

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1967 · TEIL IV

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

UNTER BERATENDER MITARBEIT VON

H. Aptheker (USA), G. Bondi † (DDR), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen), H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), A. Pesenti (Italien), T. Prager (Österreich), J. Purš (Tschechoslowakei), S. I. Tjulpanow (Sowjetunion)

REDAKTION

Wolfgang Jonas (Chefredakteur), Roswitha Czollek (Redaktionssekretär),  
Horst Handke, Heinz Kreißig (Wirtschaftsgeschichte des Altertums),  
Karl Lärmer, Elli Mohrmann, Hans-Heinrich Müller (Agrargeschichte),  
Helga Nussbaum (Literaturkritik), Hermann Roth, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Verantwortlich für Bibliographie: Renate Günther

1967 · TEIL IV

# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1967

**Redaktionsschluß: 1.5.1967**

**Anschrift der Redaktion:**

**108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26**

**Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3-4**

**Copyright 1967 by Akademie-Verlag GmbH**

**Lizenznummer: 202 · 100/237/67**

**Gesamtherstellung: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza**

**Bestellnummer: 2103/67/4 · ES 5 B 2 · 14 D**

**Preis: 20,—**

# INHALT

Zu diesem Band . . . . .	7
--------------------------	---

## MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

H. Mohrmann	Zur staatsmonopolistischen Konkurrenz deutscher Großbanken unter dem Faschismus . . . . .	11	BA 7
H. Seidl	Quellenkundliche Untersuchungen zu Form und Anwendung von Prämiensystemen für Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG, Teutschenthal, für den Zeitraum von 1908 bis 1928 . . . . .	27	BE 22
A. Maczak	Zur Grundeigentumsstruktur in Polen im 16. bis 18. Jahrhundert. . . . .	111	CC

## ZU PROBLEMEN DER ASIATISCHEN PRODUKTIONSWEISE

E220

E. Ch. Welskopf	Vorbemerkungen . . . . .	165
E. Varga	Über die asiatische Produktionsweise. . . . .	181
G. Lewin	Von der „asiatischen Produktionsweise“ zur „hydraulic society“. Der Werdegang eines Renegaten. . . . .	205
B. Töpfer	Zur Problematik der vorkapitalistischen Klassengesellschaften. . . . .	259
T. Büttner	Das präkoloniale Afrika und die Diskussionen zur asiatischen Produktionsweise. . . . .	287

## BERICHTE

G. Narweleit	Bericht über die Tagung „Gegenwärtige Probleme der Historischen Geographie bzw. der Geographischen Wirtschaftsgeschichte in der DDR“ am 10. und 11. März 1967 in Berlin . . . . .	313	BL 2
W. Neef	Bericht über die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises „Historische Geographie“ in der Fachsektion Ökonomische Geographie der Geographischen Gesellschaft der DDR am 1. Juni 1967. . . . .	333	BL 2 S

## BETRIEBSGESCHICHTE

- 35 H. Radandt Notizen über Betriebsgeschichtstagen in den Bezirken  
Suhl und Rostock . . . . . 339

## QUELLEN UND MATERIALIEN

### Löhne und Preise in Deutschland von 1750 bis 1850 (Fortsetzung)

- E. E. Koehler Haushaltsrechnungen des Georgenhauses zu Leipzig.  
Preise, Löhne, Lebensmittelverbrauch und verpflegte Per-  
sonen, bearbeitet auf Grund der im Stadtarchiv Leipzig  
aufbewahrten Rechnungen und Belege . . . . . 347
- BE 230  
225  
221  
107

## LITERATURKRITIK

- H. Blumberg Manufaktur, Staat und beginnende Industrialisierung in  
Deutschland. Einige Bemerkungen zu: Ortluf Reuter,  
Die Manufaktur im fränkischen Raum. Eine Untersuchung  
großbetrieblicher Anfänge in den Fürstentümern Ansbach  
und Bayreuth als Beitrag zur Gewerbe-geschichte des 18.  
und beginnenden 19. Jahrhunderts; Gerhard Slawinger,  
Die Manufaktur in Kurbayern. Die Anfänge der groß-  
gewerblichen Entwicklung in der Übergangsepoche vom  
Merkantilismus zum Liberalismus 1740—1833; Ulrich  
Peter Ritter, Die Rolle des Staates in den Frühstadien der  
Industrialisierung. Die preußische Industrieförderung in  
der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. . . . . 409
- H. Kreißig Einige Probleme beim Studium des antiken Fernhandels.  
Zu: Sir Mortimer Wheeler, Der Fernhandel des Römi-  
schen Reiches in Europa, Afrika und Asien. . . . . 445

- Autorenverzeichnis . . . . . 452

Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis läßt den Leser sofort den Schwerpunkt dieses Bandes erkennen. Schon seit geraumer Zeit ist die internationale Diskussion um die Probleme der asiatischen Produktionsweise wieder sehr rege geworden. Der Wirtschaftshistoriker hat zweifellos in einem beträchtlichen Maße seinen Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten. Die Redaktion dankt besonders Akademiemitglied Frau Prof. Dr. Welskopf für ihre mit "Vorbemerkungen" so bescheiden titulierte einleitende Studie, die zweifellos von vielen Historikern mit großem Gewinn und Genuß gelesen wird. Die Übersetzung der Arbeit von Eugen Varga aus seinem letzten noch zu Lebzeiten veröffentlichten Buch "Očerki po problemam politékonomii kapitalizma" gibt einen instruktiven Überblick über Vergangenheit und gegenwärtige Situation der marxistischen Diskussion zu Problemen der asiatischen Produktionsweise. Es folgen drei Studien zu speziellen Problemen von G. Lewin, B. Töpfer und T. Büttner. Weitere Arbeiten zu diesen Fragen liegen der Redaktion schon zur Veröffentlichung in folgenden Teilen des Jahrbuchs vor. Wir würden uns freuen, wenn dieser Band eine fruchtbare, über längere Zeit sich erstreckende Diskussion anregen würde.

Die Kollektive für Betriebsgeschichtsforschung seien besonders auf die Berichte über die Bezirkstagungen in Suhl und Rostock aufmerksam gemacht. Die Erfahrungen zeigen, wie wertvoll derartige bezirkliche Konferenzen sind. Wir hoffen, daß durch die Popularisierung der Ergebnisse dieser Tagungen Anregungen zur Durchführung solcher Veranstaltungen auch in den anderen Bezirken gewonnen werden.

**Monographien,**

**Studien und Referate**

# Zur staatsmonopolistischen Konkurrenz deutscher Großbanken unter dem Faschismus

von Heinz Mohrmann

Die Rolle des Kölner Bankiers Kurt von Schröder in den Januartagen 1933 wurde im Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg 1946 und auch in den Anklagedokumenten der drei Industrie-prozesse zwar erwähnt<sup>1</sup>, aber über seine Aussagen in der Voruntersuchung ist sehr wenig bekannt geworden. Selbst der sehr eifrig in dem Gestrüpp des deutschen Finanzkapitals herumstöbernde Kurt Pritz-koleit wußte außer von dem Ereignis im Hause von Schröder am 4. Jan-uar 1933 (Begegnung von Papen mit Hitler) nur zu berichten, daß der freiherrliche Mitinhaber des Kölner Bankhauses J. Stein dann 1933 nach Thyssens Flucht aus Nazideutschland "treuhänderisch" des-sen Vermögen zugewiesen erhielt.<sup>2</sup> Kurt von Schröder, einer der ein-flußreichsten Kontakteleute zwischen dem deutschen Finanzkapital und der Naziführung, erscheint in der einschlägigen westlichen Litera-tur relativ harmlos. Der Generalleutnant der SS, zum Finanzier Himm-lers und der Gestapo avancierte Sproß einer deutsch-englisch-ameri-kanisch versippten Gruppe der Finanzoligarchie wird hier noch scho-nender behandelt als vor den Spruchkammern der Westzonen nach 1945. Die Herren der Firmen J. Henry Schröder & Co. in London und J. Hen-ry Schröder Banking Corporation in New York, deren Direktorium ein-nige Zeit auch Allan W. Dulles angehörte, hatten größtes Interesse daran<sup>3</sup>, die Verbindungen von Schröder-Stein zu den Nazifunktionären möglichst nicht publik werden zu lassen, mußten sie doch damit rech-nen, daß dabei auch i h r e Beziehungen zu jener Gruppe des deut-

1 Siehe dazu Military Government Information, Das Urteil von Nürnberg, Mün-chen 1946, S. 18; Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Die Nürnberger Nachfolgeprozesse als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 224.

2 Pritzkoleit, Kurt, Wem gehört Deutschland? Wien/München/Basel 1957, S. 347

3 Wheeler, George S., Die amerikanische Politik in Deutschland, Berlin 1958, S. 166 f.

schen Finanzkapitals, die Hitler schon recht frühzeitig finanziert hatte, zur Sprache kommen würde.

Aber es gab auch Ausnahmen, zum Beispiel einen amerikanischen Wirtschaftshistoriker, der nach 1945 bei seinen Untersuchungen zu dem Schluß kam, daß Bankier von Schröder der Geschäftsfreund und enge Vertraute der ersten Geldgeber der Nazis aus den Kreisen des deutschen Finanzkapitals, Kirdorf und Thyssen sowie auch der Herren Vögler und Flick, war.<sup>4</sup>

Natürlich war der Kölner Bankier nicht der einzige Finanzier der Nazis, der so freundlich behandelt wurde. So war Hermann J. Abs nicht einmal auf der ersten "amtlichen Schwarzen Liste" der 42 deutschen Großindustriellen und Bankiers zu finden, welche die Amerikaner (Kilgore-Ausschuß) 1945 für mitschuldig an Kriegsverbrechen erklärten. Diese Lücke fiel selbst in den Kreisen der westlichen Besatzungsmächte auf.<sup>5</sup> Allerdings wurde Abs 1945 durch die Engländer inhaftiert. Die Gründe dafür stellt der Intimus vieler nazistischer Wirtschaftsgrößen (unter anderem Funks) zwanzig Jahre später so dar:

"Ich war Ratgeber der Engländer im britischen Hauptquartier. Da stand die englische Auffassung gegenüber der amerikanischen konträr. Die amerikanische, die nur länderweise eine Neuordnung zulassen wollte, und die englische (von mir empfohlene) Vorstellung von einer Reichsbankleitstelle in Hamburg. Die Engländer forderten mich auf, zwei Leute, die ich vorgeschlagen hatte, zu engagieren. Dies erregte den Zorn der Amerikaner. Und die Amerikaner insistierten bei den Engländern auf dem Vollzug des sogenannten automatischen Arrests, der bei mir nicht angewandt worden war. So wurde ich auf Druck der Amerikaner von den Engländern 90 Tage eingesperrt."<sup>6</sup>

Längst war auf die Vertreter der britischen und US-Besatzungsmächte eingewirkt, durch den "automatischen Arrest" nicht zu viel über die Verbindung zwischen den Nazigrößen und den Größen des deutschen sowie des internationalen Finanzkapitals bekannt werden zu lassen. Einflußreiche Verwandtschaft und Geschäftsfreunde aus früherer Zeit sorgten dafür, daß das Material der englischen und amerikanischen Untersuchungsgruppen zu keinen ernsthaften Aktionen gegen das deut-

4 Hallgarten, George W. F., Hitler, Reichswehr und Industrie - Zur Geschichte der Jahre 1918 - 1933, Frankfurt a. M. 1955, S. 108.

5 "Aber man wunderte sich doch, warum Hermann Abs nicht an der Spitze stand." (Wheeler, George S., a. a. O., S. 144.)

6 Capital - Das deutsche Wirtschaftsmagazin, Nr. 11/1966, S. 48.

sche Finanzkapital benutzt wurde. Für die Einschätzung des im Anschluß an meine Bemerkungen in deutscher Sprache abgedruckten Bekenntnisses Kurt von Schröders gilt sicherlich auch die Feststellung Kuczynskis, daß für solche Aussagen im allgemeinen ein um so höherer Wahrheitsgehalt angenommen werden kann, je früher sie in der Zeit nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus abgegeben wurden. Die "Interrogation of Kurt Freiherr von Schröder on Saturday, 24 November 1945, by Foster Adams, Paul Brandt, Emil Lang and Jules Schlezinger" gibt einen recht detaillierten Überblick über den ganzen Mechanismus der Verbindungen zwischen der deutschen Finanzoligarchie und der NSDAP sowie den Ministerien der Naziregierung. Sie beweist weiter, daß SS-Schröder über diesen Mechanismus finanzkapitalistische "Rekonstruktionspläne" durchzusetzen versuchte, wobei er natürlich nicht nur seine persönlichen Belange vertrat. Das aufschlußreiche Protokoll unterschrieb Schröder am 28. Dezember 1945 mit folgender Erklärung:

"I have read this record of the interrogation, and I swear that the answers given by me to the questions of Messrs. Adams, Brandt, Lang and Schlezinger are true and to the best of my knowledge and belief." Dann folgt die Unterschrift der "Interrogators", und als Zeuge des ganzen Vorganges gab Richard Tilacamus mit dem Aktenzeichen "M. ST. ASN - 02025809" der Vernehmung das notwendige amtliche Aussehen.<sup>7</sup>

Über den Wert eines Schwurs von Herrn von Schröder dürfte es kaum divergierende Meinungen geben. Aber in der damaligen Situation ist anzunehmen, daß er über die Konkurrenz doch ziemlich detailliert "auspackte". Für den Wahrheitsgehalt im besonderen waren dabei noch einige Vorgänge wirksam. Selbst Hauptmann Norbert A. Bogdan, einer der ersten US-Vertreter beim Kontrollrat und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der New Yorker Schröder-Bank, hatte eine Kontrolle der Geschäfte von J. Stein und eine Durchsuchung der Schröderschen Villa nicht verhindern können. Schröder wußte sich auf der "Schwarzen Liste" und versuchte eine Darstellung des ganzen Systems, um seine Rolle offensichtlich zu bagatellisieren und andere ins "rechte Licht" zu setzen. Seine Charakterisierung der Großbanken als "fast zweite Regierung" sowie die Liaison der Herren Abs. Rös-

<sup>7</sup> Abschriften in englischer und deutscher Sprache fand der Autor bei der Durchsicht des Nachlasses von Dr. Agartz. Sie waren zusammen mit einem Schriftwechsel über Äpfelpreise abgelegt unter "Abs". Herr Abs handelte als Besitzer eines Gutes bei Remagen nach 1945 auch mit Obst.

ler, Kimmich, Urbig, von Halt, Brecht, Pietzsch und anderen (Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft), Goetz, Rasche, Meyer (Dresdner Bank) sowie der Herren Reinhart und Deuss (Commerzbank) mit den Größen der Nazipartei ist für uns natürlich keine neue Entdeckung. Über die Gruppierungen des deutschen Finanzkapitals, ihre Beziehungen zur US-Hochfinanz (Morgan) sowie den damit verbundenen Kampf der deutschen Großbanken um die Vormachtstellung einerseits und die Einschaltung der Größen der Nazipartei in diese Auseinandersetzung andererseits liegen bereits recht umfangreiche und detaillierte Arbeiten der Historiker der DDR vor, wie zum Beispiel die von Kurt Gossweiler 1963 der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin eingereichte Dissertation "Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre".

Aber es bleibt weiter eine Aufgabe der marxistischen Geschichtsforschung, gerade diesen Zeitabschnitt aufzuhellen und den Vorgängen weiter nachzugehen, da in Westdeutschland die alte Allianz zwischen Nazismus und Finanzkapital systematisch verleugnet wurde. Jetzt wird, auf die "Vergeßlichkeit" aufbauend, eine zielgerichtete Meinungsbildung versucht. Fast gleichzeitig mit der Welle des Neonazismus setzte 1966, getragen von den modernen Massenmedien, eine Public-Relation-Aktion der Großbanken zum Thema "Banken und Macht" ein, mit dem Ziel, die breite Öffentlichkeit von der politischen Harmlosigkeit der Zentralen des deutschen Finanzkapitals zu überzeugen. Selbst Herr Abs stellte sich als Fernsehstar zur Verfügung und kokettierte mit seiner "politischen Ohnmacht", was seine "Mitarbeiter" und Geschäftsfreunde sicher mit süffisantem Lächeln entgegennahmen.

Untereinander waren sie auch nicht gerade "friedlich". Vielleicht hat sich der eine oder der andere der älteren Generation der westdeutschen Finanziers anlässlich des Bekenntnisses von Abs zur "politischen Abstinenz" an den Kampf innerhalb des deutschen Finanzkapitals erinnert, über den Kurt von Schröder bei der "Interrogation" mit dem Hinweis auf seinen am 3. November 1933 unter der Überschrift "Regionalbanken" in "Der Deutsche Volkswirt" erschienenen Artikel berichtete. Als führendes Mitglied des nazistischen Generalrates der Wirtschaft legte er dort einen Plan vor, dessen Verwirklichung die Liquidation der Dresdner Bank wie auch der Commerz- und Privatbank bedeutet und faktisch zunächst die Alleinherrschaft der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft begründet hätte.

"Es würde also durch diesen Plan", so versicherte Schröder den Herren Abs, Rösler und Co., "in keiner Weise angetastet werden die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, die nach wie vor als Filial-Großbank weiter bestehen sollte, und fernerhin auch nicht die filiallosen Berliner Großbanken, die Berliner Handelsgesellschaft und die Reichs-Kreditgesellschaft. Inwieweit es daneben noch möglich sein wird, die Zentralen der Dresdner Bank und der Commerz- und Privatbank, sei es als selbständige Institute nebeneinander oder nach vorheriger Verschmelzung, als Berliner Finanzbanken zu erhalten, ist eine andere Frage, die an dieser Stelle nicht näher erörtert zu werden braucht. Es sei ruhig davon ausgegangen, daß beide, wenn auch nicht sofort, so doch nach **A b w i c k l u n g** der ihnen noch zufallenden Aufgaben, **v o n d e r B i l d f l ä c h e v e r s c h w i n d e n**."<sup>8</sup> Dafür sollte für die Herren an Rhein, Ruhr und Wupper nach dem Vorbild des alten Schaaffhausenschen Bankvereins eine neue Bank AG geschaffen werden, welche als Geldhandlungskapital und zur Kreditbeschaffung für diese Kreise dienen sollte.

Natürlich sollte dieses neue Bankgebilde ganz auf die Interessen von "Kohle und Stahl" (Kirdorf, Thyssen, Vögler, Flick und andere) eingestellt werden, so wie Schaaffhausen etwa bis 1890 auch fungierte. Die spätere Entwicklung sollte dabei ausgeklammert bleiben. Ab 1891 (Errichtung der Niederlassung in Berlin) änderte sich bekanntlich die Geschäftspolitik des Bankvereins. Textil und Elektrizität (Ludwig Loewe & Co.) wurden Interessengebiete. Diese Expansion bekam Louis Hagen und seinen Mannen in Köln schlecht. Vorstandsmitglied Karl Klönne ließ sich von der Deutschen Bank "einkaufen" und nahm erhebliche Teile der Kundschaft mit.<sup>9</sup> Im Jahre 1914 wurde der Bankverein von der Disconto-Gesellschaft geschluckt. W. I. Lenin notierte zu diesem Vorgang: "Die Deutsche Bank hatte ihr Kapital auf 250 Millionen Mark erhöht. Das beantwortete die Disconto-Gesellschaft damit, daß sie die 'Fusion' mit dem Schaaffhausenschen Bankverein vornahm und ihr Kapital auf 300 erhöhte..."

Der 'Kampf um die Hegemonie' schien bereits zugunsten der Deutschen Bank entschieden, jetzt entbrennt er von neuem..."<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Der Deutsche Volkswirt v. 3. 11. 1933, S. 187 (Sperrung von mir - H. M.).

<sup>9</sup> So Loeb, Ernst, Die Berliner Großbanken in den Jahren 1895 bis 1902 und die Krisis der Jahre 1900 und 1901, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 6, Leipzig 1903, S. 181.

<sup>10</sup> Lenin, W. I., Hefte zum Imperialismus, Berlin 1957, S. 54 f.

Und auch nach der "Fusion" von Deutscher Bank und Disconto-Gesellschaft im Jahre 1929 war der Kampf nicht zu Ende. Kurt von Schröder bezeugte es recht deutlich.

Dabei erwähnte er 1945 in seiner Aussage über die Reaktion in den Kreisen des deutschen Finanzkapitals auf sein Bankprojekt diejenigen nicht, die 1933 noch viel weitergehende Forderungen stellten. Die nazistische Demagogie von der "Brechung der Zinsknechtschaft" und der "Verstaatlichung der Börsen und Banken"<sup>11</sup> war ja nach dem Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank (Danatbank) und der Sanierung der anderen Großbanken im Jahre 1931 durch das Reich recht massenwirksam geworden. Die Bekanntgabe der "Sanierungskosten" mit 1115,7 Millionen Reichsmark durch das Reichsfinanzministerium im Frühjahr 1932 kam der nazistischen Agitation gerade recht. Auch Schröder wußte 1933 diese Angaben noch zu nutzen und stellte sie den "Kosten" seines Bankprojektes in Höhe von 500 Millionen Reichsmark gegenüber, die er als jetzt "sichere und allmählich tilgbare" Anlage empfahl.<sup>12</sup> Gegenüber der jahrelang "getrommelten" Forderung nach Verstaatlichung der Banken war es nach der "Machtergreifung" doch nicht so schnell möglich, das öffentliche Interesse von dieser Problematik wegzulenken. Das wußten die Herren in den Leitungen der Großbanken natürlich ebenso wie die hohen Funktionäre der Nazis.

Zunächst wurde einiges "richtiggestellt". Bernhard Köhler, stellvertretender Leiter der Wirtschaftskommission bei der Reichsleitung der NSDAP, versicherte schon im Juli 1933 auf einer Kundgebung der Bankangestellten in Berlin, daß "nur bei wirklichem Staatsinteresse verstaatlicht werden dürfe" und "die Vielfältigkeit unseres Wirtschaftslebens keine rohen Eingriffe vertrage"<sup>13</sup>. Die Einrichtung von "NS-Wirtschaftsbeauftragten" wurde gestoppt, und bei Vergebung öffentlicher Aufträge sollten "weitschweifige Ermittlungen nach der Arier-eigenschaft" nicht ohne besonderen Anlaß mehr angestellt werden.<sup>14</sup>

11 "Eine deutsche Regierung wird zunächst an die Verstaatlichung der Börsen und Banken herantreten. Sie wird das Übel an der Wurzel fassen und das Volk nicht mehr wehrlos den '300, von denen jeder jeden kennt', ausliefern." (Rosenberg, Alfred, Wesen, Grundsätze und Ziele der N.S.D.A.P., München 1930, S. 24.)

12 Siehe Der Deutsche Volkswirt, a. a. O., S. 188 f.

13 Bekanntnis zur Privatinitiative - Köhler über Nationalsozialismus und Wirtschaft, in: Vossische Zeitung v. 13. 7. 1933, Abendausg.

14 Vgl. Blick in die Zeit v. 30. 9. 1933, S. 12.

Die Bankenproblematik wurde den Experten überantwortet. Im offiziellen "Untersuchungsausschuß für das Bankwesen" unter Leitung des Reichsbankpräsidenten und einflußreichsten Naziförderers, Hjalmar Schacht, kämpften die Vertreter der Großbanken um ihre Machtpositionen im staatsmonopolistischen System des deutschen Faschismus. Schröder schildert in seinen Aussagen, wie eifrig sich die Leitungen der Großbanken bemühten, das Netz ihrer persönlichen Verbindungen zur Nazi-Partei zu knüpfen und die sich daraus ergebenden neuen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die NSDAP und die Naziregierung schnellstens zu nutzen.

In der zweiten Aktion, in der Bank-Enquete des Organs "Der Deutsche Volkswirt", wurde dagegen vorwiegend "Meinung gemacht" und vor allem die Verstaatlichung der Banken aus der Diskussion herausbefördert. Das zog sich allerdings über einige Zeit hin. Eine Woche nach Schröder kam in "Der Deutsche Volkswirt" Nazistaatsrat Dr. Thyssen zu Wort und forderte, "daß grundsätzlich das gesamte Bankwesen Organ volkswirtschaftlicher Kreditpolitik werden, d. h. aber, öffentlich-rechtlichen Charakter annehmen muß"<sup>15</sup>. Nach dieser "radikalen Stimme" versickerte diese Diskussion, der es im einzelnen kaum zu folgen lohnt, in Mahnungen zur Vorsicht bei Veränderungen, in Erläuterungen bestimmter Termini und Einrichtungen, an der sich auch die Berliner Betriebswirtschaftsprofessoren Prion und Leitner fleißig beteiligten.

Dabei lebte auch eine alte Auseinandersetzung in deutschen Bankkreisen wieder auf, die sich aus der formal unterschiedlichen Konzentration des deutschen Bankkapitals ergab. Schon 1912 hatte der stellvertretende Direktor der Dresdner Bank, Dr. Hjalmar Schacht, Richter und Staatsanwälte dahingehend aufgeklärt:

"Wenn z. B. gesagt wird, daß ein größeres Netz eigener Filialen schwierig zu kontrollieren sei, so darf billig bezweifelt werden, ob bei dem Verschachtelungssystem von Tochter- und Enkelbanken die führende Großbank des Konzerns eine bessere Kontrolle auszuüben in der Lage ist."<sup>16</sup> Hier Großbank (Zentrale Berlin) mit einem eigenen Filialsys-

<sup>15</sup> Thyssen, Fritz, Das Bankwesen im neuen Staat, in: Der Deutsche Volkswirt, a. a. O., S. 234.

<sup>16</sup> Schacht, Hjalmar, Einrichtung, Betrieb und volkswirtschaftliche Bedeutung der Großbanken. Zwei Vorträge gehalten zu Berlin auf Veranlassung des Präsidenten und des Oberstaatsanwaltes des Königlichen Kammergerichtes für Richter und Staatsanwälte bzw. zu Dresden auf Veranlassung des Königl.

stem, da von einer Großbank abhängige aber formal selbständige Regional- bzw. Lokalbanken! Letztere Forderung ließ sich besser mit "mittelständischer Kreditpolitik" in Verbindung bringen. Wie das Filialsystem, ergänzt durch die "Landesausschüsse", funktionierte, schildert von Schröder in seiner Aussage. Und in der Enquete 1933 formulierte der Sprecher der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Karl Kimmich nach einem Loblied auf das Filialsystem der G r o ß b a n k e n die Entscheidung der Spitze des deutschen Finanzkapitals: "Alles in allem ist es durchaus unberechtigt, in der Filialorganisation ein Hemmnis für eine gesunde mittelständige Kreditpolitik zu sehen."<sup>17</sup>

Dagegen kamen auch die Herren Schröder und Thyssen mit ihren publizistischen Anstrengungen nicht an. Und es war eigentlich leicht abzusehen, was sich abschließend ereignete.

Das Ergebnis der doppelten Aktion (Ausschuß und Enquete) findet sich im Schlußbericht des Ausschusses an den "Führer und Reichskanzler", wo es heißt:

"Die Mängel im deutschen Kreditwesen sind weder in seinem Aufbau noch in seinen Formen zu suchen, sondern sie sind in erster Linie einem unrichtigen Verhalten der Leitung der Kreditinstitute in einem vor unseren Augen vergehenden Wirtschaftssystem und ihm adäquaten politischen System zur Last zu legen."<sup>18</sup>

Und da man nun den Nazismus habe, sei eine Wiederholung solcher Mängel kaum möglich.

Natürlich wurde eine Verstaatlichung abgelehnt und dafür die "private Initiative mit eigener Verantwortlichkeit" als die zweckmäßigste Organisation der Kreditinstitute bei einer "elastischen Staatsaufsicht" empfohlen. Die mangelnde "Solidarität der Banken", die Schacht zu Beginn der Diskussion als Erscheinungsform des "Grundfehlers" der deutschen Bankwelt bezeichnet hatte, wurde dabei verklausuliert noch einmal erwähnt.

Sächs. Justizministeriums für die sächsischen Richter, Staatsanwälte, Gerichtsassessoren und Referendare, Hannover 1912, S. 64.

17 Kimmich, Karl, Der kurzfristige Betriebskredit, in: Der Deutsche Volkswirt v. 29. 9. 1933, S. 1506.

18 Schlußbericht der Bank-Enquete, in: Der Deutsche Volkswirt v. 30. 11. 1934, S. 365.

Jürgen Kuczynski weist in seiner Arbeit "Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland" darauf hin, daß die Banken "politisch viel häufiger wie Vertreter des 'Gesamtmonopolkapitals' als in Eigenschaft von Vertretern spezifischer politischer (!) Interessen von Monopolgruppen"<sup>19</sup> auftreten. Die Grundlage sieht er in den Verbindungen der Großbanken mit v e r s c h i e d e n e n Industrie-monopolen (Finanzkapital!). Gegen diese These wurden bereits Bedenken geltend gemacht, die sich auf umfangreiche Fakten stützen<sup>20</sup> und eindeutig aussagen, daß eine wissenschaftliche Analyse des deutschen Finanzkapitals auf gesonderte Untersuchungen über die Rolle des Bankkapitals n i c h t verzichten kann. Sicherlich - soweit uns bekannt - haben die deutschen Großbanken 1919 und 1923 eine "neutrale" Haltung zwischen den monopolistischen Gruppierungen eingenommen. Aber mit der den deutschen Faschismus kennzeichnenden Verschmelzung des Finanzkapitals mit dem Staatsapparat traten Versuche, eine "eigene" Rolle zu spielen, offensichtlich zutage. Die Personen, die hierbei eine Rolle spielten, hatten prinzipiell das gleiche ökonomisch-politische Ziel, aber wie sich dann in den Fällen Thyssen, Schacht oder auch in der Verbindung von Schröder zum "Freundeskreis Himmler" zeigte, in taktischen Fragen recht unterschiedliche Auffassungen. Abgesehen von persönlichen Bemerkungen der Akteure, die gegen allzu große "Gemeinsamkeit" sprechen<sup>21</sup>, tobte doch ein heftiger Kampf. Das Ergebnis war dabei stark von den Beziehungen zum internationalen Finanzkapital bestimmt und auf außenpolitische Resonanz angelegt.

Das Projekt Thyssen scheiterte, wie später sein Verfasser an der Politik Hitlers überhaupt. Der "Treuhand" seines Vermögens erlebte ebenfalls mit seiner "Bankreform" eine Niederlage. Schacht brachte, unterstützt von den amerikanischen Interessenten an der Dresdner Bank, das Schrödersche Projekt zu Fall und verhinderte damit auch die Alleinexistenz der De-Di-Bank als Großbank in Nazideutschland. Schröder wies 1945 in der "Interrogation" darauf hin. Auch später

19 Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 2, S. 57.

20 Vgl. dazu Gossweiler, Kurt, Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken. Eine Studie über das Verhältnis von Bank- und Industriekapital in der Weimarer Republik und unter der faschistischen Diktatur (1926 bis 1936), in: ebenda 1965, T. 4, S. 13 ff.

21 Zum Beispiel Abs: "Und ich habe mir zur Regel gemacht, mich nie gleichzeitig bei zwei konkurrierenden Unternehmen zu engagieren. Ich habe jeweils nur in einem Elektrokonzern, in einer Chemiegesellschaft, in einer Maschinenfabrik usw. ein Mandat."

noch hat Hjalmar Schacht seiner starken Bindung an die Dresdner Bank recht betont Ausdruck gegeben und seine Abneigung gegen die Manns-  
schaft um Herrn Abs nicht unterdrücken können.<sup>22</sup>

Der Versuch, die Vormachtstellung der Berliner Großbanken bei Respektierung der allgewaltigen Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft zu brechen, scheiterte, und aus der neuen Großbank für Rhein und Ruhr, der mit 500 Millionen Reichsmark das erste Leben eingehaucht werden sollte, wurde nichts. Die Leitung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft konnte sich in diesem Kampf äußerlich eine gewisse Zurückhaltung leisten. Die Reaktion Kimmichs in der Bank-Enquete des Organs "Der Deutsche Volkswirt" zeigte sogar, daß die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft in der Auseinandersetzung um das "Filialsystem" bereit war, auch für die "Konkurrenz" mitzusprechen. Allerdings entsprang diese Gemeinsamkeit nicht einer Vertretung des "Gesamtmonopolkapitals". Es war eine durchaus gezielte Abwehr der Angriffe gegen das von den Berliner Zentralen beherrschte Großbankensystem. Bei den angebahnten, sich anbahnenden und damals wohl kaum immer übersehbaren Verbindungen zwischen der Finanzoligarchie und der Parteihierarchie wäre der Verlauf einer durch den Staat eingeleiteten Liquidationswelle im Banksystem auch für die größte deutsche Bank sehr beunruhigend gewesen. Für Veränderungen der fungierenden Finanzkapitale - und nur um solche Veränderungen konnte es sich handeln - waren Kräfte am Werk, wie die Aktivität des SS-Bankiers Schröder und anderer eindeutig demonstrierte. Das wurde offensichtlich nicht unterschätzt. Gegen diese in der damaligen Situation gefährliche staatsmonopolistische Konkurrenz - ihre führenden Kräfte waren wie ihre Gegner gleichzeitig in hohen Partei- oder Staatsfunktionen - war die von Herrn Schacht so gewünschte "Solidarität" der alten Großbanken durchaus spürbar. Aber für eine Vertretung des Gesamtmonopolkapitals" sprechen die Vorgänge kaum.

22 Vgl. dazu Schacht, Hjalmar, 76 Jahre meines Lebens, Würishofen 1953, S. 179 f.

Vernehmung Kurt Freiherr von Schröders vom Samstag, dem 24. November 1945,  
durch Foster Adams, Paul Brandt, Emil Lang und Jules Schlezinger<sup>+</sup>

Frage:

Um der Wiederholung einer so schweren Bankkrise, wie sie Deutschland gerade erst durchlebt hatte, mittels zweckdienlicher Veränderungen vorzubeugen, nahm in den Jahren 1933 und 1934 ein aus führenden Deutschen bestehendes Komitee unter der Leitung des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht ausgedehnte Untersuchungen zur Situation im deutschen Bankwesen vor. Wie standen Sie damals zu Veränderungen an der Struktur des deutschen Bankwesens?

Antwort:

Ich gehörte dem von Schacht ernannten Ausschuß nicht an, aber ich wurde bei einer Anzahl von Fragen, an denen ich höchst interessiert war, konsultiert. Damals schrieb ich einen Artikel für den "Deutschen Volkswirt", worin ich meine Einstellung zum Ausdruck brachte, daß es schlecht für Deutschland sei, von wenigen, über das ganze Land verbreiteten Banken derart beherrscht zu werden, daß einige wenige Männer in Berlin alle Entscheidungen treffen. In diesem Artikel schlug ich vor, daß es nur eine große Bank für ganz Deutschland geben sollte, und da die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft die größte Bank war, schlug ich vor, daß sie intakt bleiben sollte. Ich regte ferner an, die Dresdner Bank und die Commerzbank nach regionalen Gesichtspunkten aufzuspalten. Damit hätte Deutschland die für das Auslandsgeschäft erforderliche Großbank behalten.

Zu dieser Zeit hatte die Regierung diesen Großbanken mit beträchtlichen Geldsummen ausgeholfen, um sie vor dem Zusammenbruch zu retten. Die kleineren Banken und die Privatbanken aber hatten keine Hilfe von der Regierung erhalten, und 300 der rund 750 Privatbanken mußten schließen. Zur gleichen Zeit erzählten diese Großbanken, deren Hauptniederlassungen sich in Berlin befanden und

<sup>+</sup>Die vom Autor des Beitrages vorgefundene deutsche Fassung wurde anhand des authentischen englischen Textes formal überarbeitet. Dabei wurden falsche Schreibweisen von Personennamen berichtigt und an einigen, durch eckige Klammern besonders gekennzeichneten Stellen die Vornamen hinzugefügt, um möglichen Verwechslungen vorzubeugen.

die ohne Regierungsgelder aktionsunfähig gewesen wären, den Leuten, daß sie ihr Geld bei ihnen und nicht bei den kleineren, vor dem unausweichlichen Ruin stehenden Banken anlegen sollten.

Ich wurde gebeten, diese Ansichten dem von Dr. Schacht geleiteten Ausschuß, dem Vertreter der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank und der Commerzbank sowie aller anderen Großbanken angehörten, vorzutragen. Ich wurde von den Vertretern der Dresdner Bank und der Commerzbank heftig angegriffen, die wegen meines Artikels wütend auf mich waren. Sie beharrten auf dem Standpunkt, daß ein weites Netz von Bankfilialen für den Geldfluß zwischen Ost und West erforderlich sei, was ich nicht für so wichtig hielt. Im Rheinland hatte es einen Schaaffhausenschen Bankverein gegeben, eine Bank speziell für die Bedürfnisse des Rheinlandes. Er wurde später Teil der Disconto-Gesellschaft, und als diese ihrerseits mit der Deutschen Bank verschmolzen wurde, wurde er Teil der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft. Der Gedanke, sich wegen jeder Anleihe an diese Großbanken nach Berlin wenden zu müssen, war im Rheinland höchst unpopulär. Wir hofften, in der Lage zu sein, eine neue Bank zu eröffnen, die dem Rheinland die gleichen nützlichen Dienste wie ehemals der Schaaffhausensche Bankverein erweisen sollte.

Frage:

Können Sie uns die Zusammensetzung des Ausschusses angeben, der unter Dr. Schacht 1933 bzw. 1934 die Struktur des gesamten deutschen Bankwesens überprüfte? Waren alle deutschen Banken in dem Ausschuß vertreten?

Antwort:

Nein, soweit ich mich erinnere, befanden sich in dem Ausschuß selbst keine Vertreter der Banken. Der Ausschuß setzte sich aus zehn oder zwölf Regierungs- und Parteibeamten zusammen. Die Regierungsvertreter des Ausschusses kamen aus dem Reichsbankdirektorium, dem Finanzministerium, dem Wirtschaftsministerium und anderen interessierten Regierungsstellen. Die Partei hatte auch mehrere Vertreter einschließlich einiger Regierungsbeamter, die auch Parteimitglieder waren. Einige der Parteimitglieder in dem Ausschuß waren: Wilhelm Keppler, Krogmann, der Oberbürgermeister von Hamburg, und ein Herr Martin aus München, der ein führender Nationalsozialist und dort Bankberater der Partei war. Aus Kreisen der Regierung kamen: [Fritz] Reinhardt, Staatssekretär im Finanzministerium, und mehrere Reichsbankbeamte.

Es wurden jedoch Vertreter aller Großbanken hinzugezogen, um vor dem Ausschuß

Ihre Ansichten darzulegen. Bei den Sitzungen, an denen ich teilnahm, waren Vertreter der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank und der Commerzbank sowie kleinerer Banken anwesend.

Frage:

Welche Gruppe war in dem Ausschuß erfolgreicher? Waren es Ihre Ansichten über die Dezentralisierung des deutschen Bankwesens, oder gelang es den Vertretern der Großbanken, den Ausschuß von der Notwendigkeit, ihr System beizubehalten, zu überzeugen?

Antwort:

Ogleich meine Meinung, daß die Großbanken aufgeteilt werden sollten, bei den meisten der kleineren Bankiers, die auf der Sitzung anwesend waren, große Sympathien fand, war der Einfluß der Großbanken so stark, daß sich ihre Meinung durchsetzte und der Ausschuß die Annahme eines Gesetzes befürwortete, das weitgehend die Ansichten der Großbanken in dieser Frage verkörperte.

Ein wichtiger Grund für die Niederlage meiner Ansichten bestand darin, daß der damalige Reichsbankpräsident Schacht als ehemaliger geschäftsführender Direktor einer der Großbanken deren Position nachdrücklich unterstützte. Die Großbanken hatten auch sehr gute Verbindung zu einigen Parteiführern. [Friedrich] Reinhart, der damals die Commerzbank leitete, stand einigen Parteiführern sehr nahe. Viele der führenden Beamten der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft sowie der Dresdner Bank hatten auch enge Verbindung zu wichtigen Parteimitgliedern und übten großen Einfluß auf sie aus.

Frage:

Ich habe Sie so verstanden, daß es nach Ihrer damaligen Ansicht für Deutschland viel besser gewesen wäre, wenn ein dezentralisiertes Banksystem existiert hätte und wenn man die Macht und den Einfluß der in Berlin ansässigen Großbanken beschnitten hätte. Übten nach Ihrer Meinung die großen Berliner Banken einen sehr starken Einfluß und eine sehr starke Kontrolle auf das Wirtschaftsleben Deutschlands und auf die deutsche Regierung aus?

Antwort:

Zu stark! ... Der Einfluß der Großbanken war, meiner Ansicht nach, viel zu stark! Besonders während der letzten Jahre erreichte der Einfluß der Großbanken auf die deutsche Industrie ein solches Ausmaß, daß es kaum noch einen Teil der deutschen Industrie gab, der nicht unter ihrer Kontrolle stand. Diesen Ein-

fluß hielten sie auf vielerlei Weise aufrecht. Ihnen gehörten Aktien in sehr vielen deutschen Industrien, und außerdem hatten sie das Stimmrecht für eine Menge Aktien, die ihnen nicht gehörten. Sie kontrollierten Industrien, indem sie ihre Vertreter in den Aufsichtsräten großer Gesellschaften sitzen hatten, und sie untermauerten ihren Einfluß und ihre Kontrolle noch dadurch, daß sie wiederum Vertreter der größten Gesellschaften einluden, in ihren Aufsichtsräten zu sitzen. Als die Zahl der Aufsichtsratssitze begrenzt wurde, vergrößerten sie immer noch ihren Einfluß und ihre Kontrolle über die deutschen Industrien dadurch, daß sie Landesausschüsse bildeten, in die sie führende Industrielle des betreffenden Gebietes als Mitglieder beriefen. Viele Industrielle sahen es als eine große Ehre an, in diesen Landesausschüssen zu sitzen, wo sie Gelegenheit hatten, an jährlich zwei bis drei Sitzungen und an großen Essen teilzunehmen, zu denen Vertreter der Großbanken aus Berlin kamen und mit ihnen zusammentrafen. Auf diese Weise behaupteten die Berliner Großbanken ihre Kontrolle und ihren Einfluß über alle Teile des deutschen Wirtschaftslebens. Als der Gesetzgeber die Zahl der Aufsichtsratssitze, die ein einzelner innehaben konnte, begrenzte, waren die kleinen Bankiers offensichtlich im Nachteil, weil die Großbanken ihre Aufsichtsratsposten unter die vielen Mitglieder ihres Vorstandes aufteilen konnten. Darüber hinaus konnten sie dadurch, daß sie Vertreter der führenden Industrien in die Landesausschüsse hineinbrachten, deren Teilnehmerzahlen nicht begrenzt waren und die im Falle der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft mehrere hundert Mitglieder zählten, ihren Einfluß noch weiter ausdehnen.

Durch die Einladung an die örtlichen Industriellen, in diesen Ausschüssen mitzuwirken, bekamen sie natürlich das Geschäft mit den entsprechenden Gesellschaften und pflegten im Bedarfsfall deren Kredit zu erhöhen. Dadurch erhielten sie eine weitere Möglichkeit, die Industrie zu kontrollieren; denn es lag in ihrer Macht, die den örtlichen Industriellen gewährten Kreditbeträge einzufordern. Damit räuberten die Großbanken sogar in verstärktem Maße die Kunden der kleinen Privatbanken weiterhin aus und schwächten so die Position der kleineren Banken.

Frage:

Mußten die Großbanken während dieser Zeit, in der sie eine so kolossale Macht im Wirtschaftsleben Deutschlands errangen und behaupteten, nicht einen gewaltigen Einfluß auf die Partei gehabt haben, da doch die Partei in Deutschland die herrschende Rolle spielte und die Regierung entscheidend kontrollierte?

Antwort:

Sie hatten einen ganz gewaltigen Einfluß auf die Partei und auf die Regierung. De facto waren die Großbanken fast eine zweite Regierung. Die Partei und die von der Partei beherrschte Regierung konsultierten die Großbanken bei jeder wirtschaftlichen und finanziellen Frage, die auftauchte. Die Vertreter der Großbanken wurden von der Reichsbank und anderen Regierungsstellen praktisch bei allen Entscheidungen konsultiert, und sehr oft wurde das, was sie sagten, als letztes Wort in der Angelegenheit gewertet. Männer wie [Hermann J.] Abs, [Oswald] Rösler, [Karl] Kimmich und [Franz] Urbig von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft wurden von Regierung und Parteiführern ständig zu Rate gezogen; dasselbe gilt für [Friedrich] Reinhart von der Commerzbank und [Carl] Goetz, [Karl] Rasche und [Emil] Meyer von der Dresdner Bank. In den letzten paar Jahren wurden die Beziehungen zwischen den Großbanken und der Partei durch die Berufung einflußreicher Parteileute in die Vorstände dieser Banken noch mehr gefestigt. Zum Beispiel berief die Deutsche Bank Hunke in ihren Vorstand, der eine führende Figur in der Partei war.

Frage:

Können Sie mir sagen, bei welchen Organisationen, Dienststellen oder Parteiführern Abs diesen ungeheuren Einfluß besaß, von dem Sie gesprochen haben?

Antwort:

Er hatte hauptsächlich Einfluß in der Reichsbank und im Wirtschaftsministerium. Abs hatte sich als recht wertvoll für die Partei und für die Regierung erwiesen, indem er mit seiner Bank der Regierung half, Geschäfte in den besetzten Ländern und in anderen ausländischen Staaten zu machen. Abs erfreute sich ausgezeichnete Verbindungen zu Funk, der in den letzten Jahren sowohl Reichsbankpräsident als auch Leiter des Wirtschaftsministeriums war. Goetz, der Aufsichtsratsvorsitzende der Dresdner Bank, hatte sehr engen Kontakt zu Fritz Sauckel, dem Gauleiter von Thüringen, der während des Krieges mit der Beschaffung von Arbeitskräften für das Nazireich beauftragt war. Hanns Deuss, der zunächst Filialleiter der Dresdner Bank war und später in den Vorstand der Commerzbank nach Berlin ging, hatte auch recht gute Beziehungen zu wichtigen Personen in der Partei und in der Regierung. Lüer, der in den Vorstand der Dresdner Bank aufgenommen wurde, war kaum ein Geschäftsmann; er wurde nur wegen seiner Macht in der Nazi-Partei und weil er bessere Beziehungen zwischen der Partei und der Dresdner Bank herbeiführen konnte aufgenommen. Er war ein altes Parteimitglied, einer der ersten 100 000. Albert Pietzsch, der auch

einer der ältesten Nazis und ein enger Freund Hitlers war, wurde in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft berufen, danach, nur wegen seines Einflusses in der Nazipartei und um der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft noch größeren Rückhalt bei den Parteiführern zu verschaffen, zum stellvertretenden Vorsitzenden gemacht. Andere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft waren Erich Bechtolf und Robert Frowein. Gustav Brecht, ein Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft und Leiter der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, war ein anderer Mann mit sehr engen Beziehungen zu einigen wichtigen Leuten in der Partei, wie zum Beispiel dem Gauleiter von Köln, Grohé.

Frage:

War von Halt von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft ein strammer Parteimann?

Antwort:

Jawohl.

Frage:

Hatte er viel Einfluß in der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft?

Antwort:

Jawohl. Er widmete seine Zeit und sein Interesse größtenteils den Organisationsproblemen und den Angestellten. In beiden Tätigkeiten diente er den Interessen sowohl der Partei als auch der Bank.

# Quellenkundliche Untersuchungen zu Form und Anwendung von Prämiensystemen für Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG, Teutschenthal, für den Zeitraum von 1908 bis 1928

von Helmut Seidl

- I. Der Kreis der am Betriebsergebnis beteiligten Angestellten
- II. Die Prämiensysteme für Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG
  1. Statistische Übersicht über die Prämiensysteme
  2. Wie und warum Prämien eingeführt wurden
  3. Die Prämienarten
  4. Die Prämienberechnung und ihre Besonderheiten im Verlaufe der Entwicklung
  5. Über die Höhe der Prämien und das Verhältnis der Prämien zum Gehalt
  6. Einige Aspekte der Leitungstätigkeit bei der Anwendung der Prämiensysteme
- III. Veränderungen der Prämiensysteme im Kaliwerk Krügershall durch den Burbachkonzern
- IV. Schlußbemerkungen

Die vorliegende Studie entstand innerhalb des Forschungskollektivs "Wirtschaftshistorische Forschung auf dem Gebiete der Planung und Leitung der Volkswirtschaft", das dem beim Beirat für ökonomische Forschung bei der Staatlichen Plankommission bestehenden Arbeitskreis "Grundfragen der Planung und Leitung im Neuen Ökonomischen System" angeschlossen ist. Sie beschäftigt sich mit einem wichtigen Teilbereich der Leitung eines Betriebes im Kapitalismus, mit der Anwendung von Prämiensystemen für Angestellte.

Der Wert solcher Untersuchungen zu Problemen der Leitungstätigkeit in kapitalistischen Unternehmen besteht nicht nur darin, das möglicherweise für den sozialistischen Aufbau Brauchbare an Organisationsformen, -techniken oder -methoden zu ergründen. Vor allem ist die Aufdeckung der Beziehungen, die zwischen dem Charakter einer

Gesellschaftsordnung sowie den vielfältigen und sich verändernden gesellschaftlichen Erscheinungen und Prozessen auf der einen Seite und den angewandten Leitungsmethoden auf der anderen bestehen, wertvoll. Auf diese Weise gewinnen wir eine bessere Einsicht in allgemeine gesellschaftliche Beziehungen, was sich auf die Qualität sozialistischer Leitungstätigkeit nur positiv auswirken kann. Daher wird für die wirtschaftshistorische Forschung die Untersuchung von Problemen der Wirtschafts- und Betriebsführung und deren historischer Entwicklung ein immer wichtigeres Anliegen.

Mit Rücksicht auf die zu geringe Materialbasis muß im vorliegenden Falle auf eine theoretisch und statistisch ausreichende Analyse der mit der Entwicklung und Bewertung des Nutzeffekts von Prämien zusammenhängenden Probleme verzichtet werden. Eine solche Analyse bleibt ein Desiderat künftiger Forschung. Wenn entsprechende Angaben ungeachtet ihrer Lückenhaftigkeit im Anhang wiedergegeben werden, so geschieht dies in der Absicht, dem Leser Vergleiche zumindest in Grenzen zu ermöglichen.

Die folgenden Untersuchungen wurden anhand von Quellen aus dem Betriebsarchiv des VEB Kaliwerk "Deutschland", Teutschenthal, vorgenommen. Untersucht wird die Entwicklung im Kaliwerk Krügershall AG.

Das Kaliwerk Krügershall war am 29. März 1905 als Aktiengesellschaft mit Sitz in Halle (Saale) gegründet worden. Am 1. September 1905 begann das Abteufen des Schachtens. Am 25. Juni 1907 erreichte der Schacht bei 646 Meter Tiefe das Kalilager. Bis zum 15. Dezember 1907 wurden Schacht- und Fabrikanlagen soweit fertiggestellt, daß mit Förderung und Produktion begonnen werden konnte. Am 10. Februar 1908 verließ der erste Waggon Kalisalz das Werk. Mit Wirkung vom 15. Februar 1908 trat das Werk Krügershall dem Deutschen Kalisyndikat bei. Der Errichtung der Chlorkaliumfabrik folgten noch 1908 Bau und Inbetriebnahme einer Kieserit- und einer Bromstation. 1909 schloß sich die Errichtung der Sulfat- und der Chlormagnesiumfabrik an. In den Jahren der Inflation begann die Verflechtung des Kaliwerkes Krügershall mit der Gewerkschaft Burbach. Die zunehmende Verflechtung zwischen dem Kaliwerk Krügershall und dem aus der Gewerkschaft Burbach hervorgegangenen Burbachkonzern führte 1928 dazu, daß das Kaliwerk Krügershall im Burbachkonzern aufging. Mit der am 3. September 1929 erfolgten Überschreibung aller Gerechtsame auf den Burbachkonzern

war dieser Prozeß abgeschlossen.<sup>1</sup> Neben der Erzeugung von Kalisalzen diente das Werk von Anfang an der Förderung von Steinsalz und der Produktion von Siedesalz.

### I. Der Kreis der am Betriebsergebnis beteiligten Angestellten

Insgesamt zählte das Kaliwerk Krügershall AG im Zeitraum von 1905 bis 1920 166 Angestellte.<sup>2</sup> Hinsichtlich ihrer Beteiligung am Betriebsergebnis gliederten sich diese Angestellten in drei Gruppen:

Die erste Gruppe bildeten die Empfänger von Tantiemen.

Dazu gehörten folgende Angestellte:

Generaldirektor (bis 1908 Direktor),  
Bergwerksdirektor,  
Salinenbetriebsleiter.<sup>3</sup>

Mit insgesamt vier Personen war diese Gruppe zahlenmäßig sehr klein.

Die zweite Gruppe umfaßte die Empfänger von Prämien. Zu ihr zählten insgesamt 37 Personen, für die das Personalbuch folgende Berufsbezeichnungen nennt:

Grubenbetrieb: Grubenbetriebsführer und Obersteiger, Fahrsteiger, Steiger, Grubenaufseher.  
Fabrikbetrieb: Fabrikbetriebsleiter, Obermeister, Fabrikmeister, Verlademeister, Fabrikaufseher.  
Salinenbetrieb: Siedemeister, Salinenaufseher.  
Maschinenbetrieb: Betriebsführer, Maschinentechner, Elektromonteur.<sup>4</sup>

Eine dritte Gruppe, zu der insgesamt 125 Personen gehörten, umfaßte alle Angestellten, die weder Tantieme noch Prämie erhielten, am Betriebsergebnis also nicht beteiligt waren. Für diese Gruppe weist das Personalbuch folgende Berufsbezeichnungen aus: Chemiker, Analytiker, Architekt, Bautechniker, Maschinentechner, Zeichner, Lokführer, Siedemeister, Salinenaufseher, 1. Buchhalter, 2. Buchhalter

1 Nach 50 Jahre Kalibergbau im VEB Kaliwerk "Deutschland", Teutschenthal, 1907 - 1957, Festschrift, (Teutschenthal 1957).

2 Betriebsarchiv des VEB Kaliwerk "Deutschland", Teutschenthal (im folgenden abgekürzt: BA, D), Nr. K 559 u. K 560.

3 Ebenda.

4 Ebenda.

und Kassierer, Kaufmännischer Beamter, Lohnbuchhalter, Expedient, Kontorist, Schreiber, Betriebsschreiber, Bürogehilfe, Handlungskomis, Büroangestellte, Stenotypistin (Stenographie und Schreibmaschine), Technischer Beamter im Baubüro, Telefonist, Kantinenverwalter, Wohnungs- und Verpflegungsinspektor, Bergtechnischer Hilfsarbeiter, Kraftwagenfahrer, Magazinverwalter, Materialverwalter, Lehrling, Handlungslehrling.<sup>5</sup>

Damit war also knapp ein Viertel aller Angestellten durch Tantiemen oder Prämien am Ergebnis des Betriebes beteiligt.

Die Tantieme, die in Höhe von einem Prozent des als Dividende zur Verteilung kommenden Betrages gezahlt wurde und damit eine Gewinnausschüttungsbeteiligung war, blieb weitestgehend den Direktoren des Werkes vorbehalten. Eine Ausnahme bildete der Salinenbetriebsführer, der als einziger Betriebsführer eine Tantieme statt einer Prämie erhielt. Erst 1922 wurde ein Prämiensystem für den Salinenbetriebsführer eingeführt. Ob damit die Tantieme entfiel, ist nicht bekannt, wohl aber mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen.

Es ist eine Eigenart der Tantieme, daß sie nur in beschränktem Maße von der Leistung des Betriebes abhängt. Konjunktur- und Marktverhältnisse, die Stellung des Betriebes in der Wirtschaft, im Syndikat usw. und unzählige andere Faktoren wirken auf das Betriebsergebnis und damit auf die Höhe der Tantieme ein.

Wenn also für die leitenden Angestellten des Werkes die Tantieme als Form eines leistungsstimulierenden Anreizes gewählt wurde, so geschah dies, um die Aufmerksamkeit der Direktoren des Kaliwerkes Krügershall nicht nur auf eine rationelle Gestaltung des Betriebsablaufes, sondern auch auf eine geschickte Ausnutzung der Marktverhältnisse, auf die Festigung der Stellung des Unternehmens im Kaliyndikat usw. zu lenken. Zudem dürfte die Wahl der Tantieme als Anreizmittel für die leitenden Angestellten nicht zuletzt auf das Bestreben zurückzuführen sein, diesen Personenkreis deutlich und nachdrücklich aus der Masse der Angestellten hervorzuheben. Es lag im Interesse der Gesellschaft und war daher Leitungsprinzip des Unternehmens, die Stellung der Direktoren zu festigen und die Existenz einer Angestelltenhierarchie in jeder Weise zu stärken. Daß dabei der nicht nur vom Betriebsergebnis, sondern auch von den Entwicklungsplänen der Gesellschaft abhängige Ausschüttungsgewinn als Be-

<sup>5</sup> Ebenda.

zugsgröße gewählt wurde, unterstreicht einmal mehr unsere Feststellung über die mit der Tantieme verfolgten Ziele. Die gewählte Tantiemenform betonte die Sonderstellung der Direktoren gegenüber allen anderen Angestellten.

An Prämien waren die Angestellten beteiligt, die die Produktion unmittelbar zu leiten, die Arbeit zu organisieren und die Arbeiter zu führen hatten. Auf Grund dieser gemeinsamen Funktion im Produktionsprozeß lassen sich die Betriebsleiter, Obersteiger, Obermeister, Steiger, Meister und Aufseher zu einer Gruppe zusammenzufassen, und als eine Gruppe galten sie auch hinsichtlich der Form ihrer Beteiligung am Betriebsergebnis. Ihrer sozialen Stellung und Lage nach bestanden zwischen den höheren und niederen Angestellten dieser Gruppe große Unterschiede, die auch in der Höhe der Prämie und anderen Momenten der Prämierung - worauf noch zurückzukommen sein wird - ihren Niederschlag fanden.

Die Angestellten mußten ihre Arbeitskraft an das Kapital verkaufen, um die Mittel für ihre Existenz zu erlangen. In dieser Beziehung standen sie also der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nahe. Von den Lenkungs Kräften in der Produktion waren nur einige Angestellte im Salinenbetrieb nicht an Prämien beteiligt. Von drei Ende 1911 bzw. Anfang 1912 eingestellten Siedemeistern in der Saline erhielten zwei keine Prämie, während für einen eine Prämienregelung bestand. Die beiden ersteren erhielten ein Jahresgehalt von je 1500 Mark, letzterer ein solches von 1200 Mark.<sup>6</sup> Leider ist die Höhe dieser Prämie nicht feststellbar, doch dürfte, wenn man die Höhe der für die Steiger und Meister vorgesehenen Prämien als Orientierungsrichtschnur gelten läßt, die Jahressumme der Prämie aller Wahrscheinlichkeit nach den Differenzbetrag von 300 Mark, wie er zwischen den beiden Gehaltsregelungen bestand, ausgemacht haben. Dabei ergäbe sich zugleich ein interessanter Aspekt hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Lohn bzw. Gehalt und Prämie. Die Prämie wäre unter diesen Verhältnissen nur ein besonderer, von bestimmten Bedingungen abhängiger Teil des Lohnes bzw. Gehaltes. Weshalb für die Siedemeister der Saline unterschiedliche Regelungen getroffen wurden, ist nicht bekannt. Vielleicht war die Prämienregelung für den einen Siedemeister und einen Salinenaufseher<sup>7</sup> lediglich ein Experiment, während im allgemeinen die Angestell-

6 Ebenda, Nr. K 559.

7 Ebenda.

ten der Saline von Prämien ausgeschlossen waren und der Salinenbetriebsführer als einziger Betriebsführer keine Prämie, sondern eine Tantieme erhielt. Gründe für die Sonderstellung der Angestellten im Salinenbetrieb lassen sich lediglich vermuten, nicht nachweisen. Vielleicht verlief die Produktion im Salinenbetrieb so reibungslos und ohne Notwendigkeit zu besonderen Anstrengungen, daß eine Einführung von Prämien nicht unbedingt geboten schien. Vielleicht ließ sich die Nachfrage nach Salz mühelos decken. Vielleicht ließen auch die niedrigen Kosten der Salzproduktion - die Prämiensysteme basierten immerhin bis 1917 auf den Kosten - besondere Anreize zur Kostensenkung nicht unbedingt als angebracht erscheinen. Vielleicht wirkten auch mehrere Gründe zusammen.

Die dritte Gruppe der Angestellten, der Personenkreis also, der keine Prämien empfing, umfaßte alle nicht unmittelbar in der Leitung der Produktion tätigen technischen Angestellten und das kaufmännische Personal. Nur für einige wenige von ihnen weist das Personalbuch die Zahlung von jährlichen Gratifikationen aus. Es handelt sich dabei um folgende:

Der 1912 eingestellte Leiter des Salzbüros erhielt 600 Mark Gratifikation pro Jahr.<sup>8</sup>

Ein 1918 angestellter Buchhalter erhielt 250 Mark Monatsgehalt. Davon wurden 225 Mark ausgezahlt. Die restlichen 300 Mark pro Jahr waren als Gratifikation an "gute Leistungen" gebunden.<sup>9</sup>

Eine ab 1918 beschäftigte Kontoristin bekam von einem Monatsgehalt von 150 Mark nur 125 Mark ausgezahlt; der Rest war für Teuerungszulagen und Gratifikation vorgesehen.<sup>10</sup>

Ein 1920 eingestellter 1. kaufmännischer Beamter mit Prokura erhielt ein Jahresgehalt von 18 000 Mark und 3000 Mark Gratifikation.<sup>11</sup>

Auch hier, bei den an zweiter und dritter Stelle genannten Fällen, weist die Art der Regelung wieder auf die Beziehungen zwischen der "zusätzlichen" Entlohnung durch Gratifikation oder Prämie und dem Gehalt hin.

Der zahlenmäßig größte Kreis der Angestellten war wahrscheinlich deshalb nicht an Prämien beteiligt, weil seine Stellung und Tätig-

8 Ebenda.

9 Ebenda, Nr. K 560.

10 Ebenda.

11 Ebenda.

keit eine andere war als die der Meister, Steiger, Aufseher usw.; weder leiteten sie direkt die Produktion, noch hatten sie die unmittelbaren Produzenten bei der Arbeit zu lenken und anzuweisen. Dadurch hatten sie nicht in der Weise wie die Lenkungskräfte in der Produktion Einfluß auf das Ergebnis des Betriebes. Zudem darf man nicht übersehen, daß die ersten Prämiensysteme schon 1908 eingeführt wurden. Berücksichtigt man, daß im allgemeinen erst in den zwanziger Jahren und in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg der materiellen Interessiertheit der Beschäftigten am Betrieb und dessen Ergebnissen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wurde, dann ist weniger die Tatsache, daß viele Angestellte keine Prämien erhielten, sondern weit eher der umgekehrte Fall von Interesse.

## II. Die Prämiensysteme für Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG

### 1. Statistische Übersicht über die Prämiensysteme

Die folgenden Übersichten<sup>12</sup> enthalten, getrennt nach den einzelnen Werkstellen - Grube, Fabrikbetrieb, Maschinenbetrieb und Saline - alle bekannt gewordenen Angaben über die Prämiensysteme der bei der Produktionsleitung tätigen Angestellten. Nicht in jedem Fall ist der Termin der Prämieneinführung bekannt. Deshalb wurde teilweise der Termin der Bekanntgabe der Prämienregelung an den oder die Betroffenen - durch Klammern kenntlich gemacht - in die Übersicht aufgenommen. In den Fällen, wo beide Termine bekannt sind, zeigte es sich, daß die Prämienregelung meist rückwirkend eingeführt wurde, das heißt, daß der Zeitpunkt der Mitteilung nach dem der Einführung lag.

Die Spalte "Monatliche Höchstgrenze der Prämie" enthält die Werte, die sich als mögliche Höchstwerte aus der Prämienregelung errechnen ließen. Lediglich die mit <sup>x</sup> versehenen Angaben sind Werte, die als Höchstgrenze von der Werksdirektion bzw. der Konzernleitung vorgeschrieben wurden.

Einige weitere Angestellte, die im Zeitraum zwischen 1908 und 1920 im Kaliwerk Krügershall AG tätig waren, sind in den nachstehenden Übersichten nicht enthalten, da keine näheren Angaben über die Art und Form ihrer Prämienregelung bekannt sind. Unbekannt ist auch die Dauer ihrer Werkszugehörigkeit. Lediglich das Personalbuch für Ange-

<sup>12</sup> Zusammengestellt nach den Quellen über die Prämienregelungen, in: ebenda, Akte Betriebsprämien.

# T a b e l l e n 1 bis 4

## Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

A	- Aufseher
BD	- Betriebsdirektor
BF	- Betriebsführer
BIng.	- Betriebsingenieur
Erz.	- Erzeugung
ET	- Elektrotechniker
FA	- Fabrikaufseher
Fabr.	- Fabrikat
FBl.	- Fabrikbetriebsleiter
FD	- Fabrikdirektor
FH	- Fahrhauer
Fk	- Förderkosten
FL	- Fabrikleiter
FMstr.	- Fabrikmeister
FStg.	- Fahrsteiger
GI	- Grubeninspektor
Gk	- Gestehungskosten
Hk	- Herstellungskosten
L	- Leistung
M	- Mark
Mont.	- Monteur
Mstr.	- Meister
OIng.	- Obergeringieur
OMstr.	- Obermeister
OStg.	- Obersteiger
P	- Prämie
Pfg	- Pfennig
PMstr.	- Platzmeister
SchA	- Schachtaufseher
Schl.	- Schlosser
Sk	- Selbstkosten
SMstr.	- Siedemeister
Stg.	- Steiger
stv. FL	- stellvertretender Fabrikleiter
VMstr.	- Verlademeister
VSchl.	- Vorschlosser
∅	- durchschnittlich

Erklärung der Symbole in der Spalte "Ermittlung der Monatsprämie"

- a - Durch Addition der einzelnen Prämiensätze (bis zu einschließlich dem für die erreichte Leistung gewährten Satz).
- b - Der errechnete Quotient war die Prämie in Mark. Dieser Betrag wurde in voller Höhe oder in einer um einen Bruchteil davon vermehrten oder verminderten Höhe gezahlt.
- c - Durch Summierung der Beträge entsprechend der erreichten Produktion bzw. Leistung.
- d - Zahlung des für die erreichte Leistung vorgesehenen Prämiensatzes.
- e - Zur Grundprämie wurde der Mehrbetrag entsprechend den erreichten Leistungen zugerechnet bzw. der Betrag für Minderleistungen abgezogen.
- f - Die beiden für die jeweils erreichte Leistung vorgesehenen Prämiensätze wurden addiert.
- g - Die drei für die jeweils erreichte Leistung vorgesehenen Prämiensätze wurden addiert.
- h - Die drei Positionen wurden addiert. Von der Gesamtsumme erhielten: Meister je ein Fünftel, Aufseher je ein Zehntel.
- i - Der für die erreichte Leistung vorgesehene Prämiensatz der 1. Prämie und die der erreichten Produktion entsprechenden Beträge der Prämiensysteme 2 und 3 wurden addiert.
- j - Durch Summierung der Beträge entsprechend der erreichten Produktion bzw. Leistung und Addition der einzelnen Positionen.
- k - Durch Summierung der Beträge entsprechend der erreichten Ausbeute und Addition beider Beträge und der Prämie nach den Herstellungskosten (letztere erhielten nur der Fabrikdirektor und der Fabrikleiter).
- l - Durch Summierung der Beträge entsprechend der erreichten Leistung und Addition dieses Betrages mit der Ausbeutepremie.

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

Tabelle 1

Angewandte Prämiensysteme für leitende Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG  
in den Jahren 1908 bis 1928

- Grubenbetrieb -

1	1.9.1908	OStg.	Lier	Fk pro dz des auf 16 % KCl- Gehalt um- gerechne- ten Rohsal- zes	bei Fk pro dz von		a	126,--	keine
					32 - 31 Pfg	- 6,-- M P			
					31 - 30 Pfg	- 8,-- M P			
					30 - 29 Pfg	- 10,-- M P			
					29 - 28 Pfg	- 12,-- M P			
					28 - 27 Pfg	- 14,-- M P			
					27 - 26 Pfg	- 16,-- M P			
					26 - 25 Pfg	- 18,-- M P			
					25 - 24 Pfg	- 20,-- M P			
					24 - 23 Pfg	- 22,-- M P			
		Stg.	Granz		desgl., aber 1/2	Prämiensatz		63,--	keine
		Stg.	Bergfeld		desgl., aber 1/4	Prämiensatz		31,50	keine
		SchA	Kleine		desgl., aber 1/4	Prämiensatz		31,50	keine
		FH	Albrecht		desgl., aber 1/2	Prämiensatz		63,--	keine
		FH	Träger		desgl., aber 1/2	Prämiensatz		63,--	keine

2	1.7.1910	OStg.	Lier	1. den Ø monatl. Sk pro dz Car- nallit a' 16 % KCl	KCl-Gehalt in % · 100 Selbstkosten in Pfg + Schlammgehalt in % Besonderheit: Bei Schlammengen über 10 % sind diese bei der monatl. Ø- schlammermittlung doppelt zu verrechnen		b	keine	keine
				2. der Schlamm- menge in % des ver- arbeiteten Rohsalzes	P: 5/3 des Quotienten				
				3. dem Ø monatl. KCl-Gehalt des Rohsal- zes					
		Stg.	Granz		desgl., P: ganzer Betrag des Quotienten				keine
		Stg.	Bergfeld		desgl., P: 2/3 des Quotienten				keine
		SchA	Kleine		desgl., P: 2/3 des Quotienten				keine
		FH	keine Namen angegeben		desgl., P: 1/3 des Quotienten				keine

3	(28.8.) 1912	OStg.	Lier	Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von		a	232,50	100,--
					9,-- - 8,75 M	- 30,-- M P			
					8,75 - 8,50 M	- 12,50 M P			
					8,50 - 8,25 M	- 15,-- M P			
					8,25 - 8,-- M	- 17,50 M P			
					8,-- - 7,75 M	- 20,-- M P			
					7,75 - 7,50 M	- 22,50 M P			
					7,50 - 7,25 M	- 25,-- M P			
					7,25 - 7,-- M	- 27,50 M P			
					7,-- - 6,75 M	- 30,-- M P			
					6,75 - 6,50 M	- 32,50 M P			

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

4	(Juni) 1917	FStg.	Händler	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für die K <sub>2</sub> O-Erz. wird pro dz folgende P gezahlt:	c	230,--	?
					bis 4000 dz - 1 Pfg			
					4000 - 6000 dz - 2 Pfg			
					6000 - 8000 dz - 3 Pfg			
					8000 - 9000 dz - 4 Pfg			
					9000 - 10000 dz - 5 Pfg			
		Stg.	Bergfeld		bis 4000 dz - 1 Pfg		160,--	28,--
		A	Albrecht		4000 - 6000 dz - 1,5 Pfg		160,--	5,--
		A	Kleine		6000 - 8000 dz - 2 Pfg		160,--	50,--
					8000 - 10000 dz - 2,5 Pfg			
5	(5.3.) 1918	OStg.	Lier	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für die K <sub>2</sub> O-Erz. wird pro dz folgende P gezahlt:	c	260,--	bisherige Prämienhöhe wird garantiert, aber gegen die neue aufgerechnet
					bis 4000 dz - 1 Pfg			
					weitere 2000 dz - 2 Pfg			
					" 2000 dz - 3 Pfg			
					" 1000 dz - 5 Pfg			
					" 1000 dz - 7 Pfg			
6	1918/19	Stg.	Orlob	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für die K <sub>2</sub> O-Erz. wird pro dz folgende P gezahlt:	c	82,50	keine
					bis 4000 dz - 0,5 Pfg			
					4000 - 6000 dz - 0,75 Pfg			
					6000 - 8000 dz - 1 Pfg			
					8000 - 9000 dz - 1,25 Pfg			
					9000 - 10000 dz - 1,5 Pfg			
		Stg.	Knauth		bis 4000 dz - 1 Pfg		160,--	keine
		Stg.	Kirchberg		4000 - 6000 dz - 1,5 Pfg		160,--	keine
		Stg.	Hahn		6000 - 8000 dz - 2 Pfg		160,--	keine
					8000 - 10000 dz - 2,5 Pfg			
7	(20.1.) 1920	OStg.	Lier	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für die K <sub>2</sub> O-Erz. wird pro dz folgende P gezahlt:	c	335,--	125,--
					bis 5000 dz - 1 Pfg			
					weitere 500 dz - 2 Pfg			
					" 500 dz - 3 Pfg			
					" 500 dz - 4 Pfg			
					" 500 dz - 5 Pfg			
					" 500 dz - 7 Pfg			
					" 500 dz - 9 Pfg			
					" 500 dz - 12 Pfg			
					" 500 dz - 15 Pfg			
8	(1.10.) 1921	OStg.	Lier	Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von	d	450,--	keine
				190,-- M	- 100,-- M P			
				180,-- M	- 200,-- M P			
				170,-- M	- 300,-- M P			
				169,-- M	- 315,-- M P			
				168,-- M	- 330,-- M P			
				167,-- M	- 345,-- M P			
				166,-- M	- 360,-- M P			
				165,-- M	- 375,-- M P			
				164,-- M	- 390,-- M P			
				163,-- M	- 405,-- M P			
				162,-- M	- 420,-- M P			
				161,-- M	- 435,-- M P			
				160,-- M	- 450,-- M P			
9	(19.12.) 1921	OStg.	Lier	Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von	d	589,45	keine
				220,-- M	- 200,-- M P			
				217,50 M	- 210,-- M P			
				215,-- M	- 220,-- M P			
				212,50 M	- 230,-- M P			
				210,-- M	- 240,-- M P			
				207,50 M	- 250,-- M P			
				205,-- M	- 275,-- M P			
				202,50 M	- 302,50 M P			
				200,-- M	- 332,75 M P			
				197,50 M	- 366,-- M P			
				195,-- M	- 402,60 M P			

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
					192,50 M	- 442,85 M P		
					190,-- M	- 487,15 M P		
					187,50 M	- 535,85 M P		
					185,-- M	- 589,45 M P		
10	(27.4.) 1922	OStg.	Lier	Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von 350,-- M - 300,-- M P 340,-- M - 340,-- M P 330,-- M - 380,-- M P 320,-- M - 420,-- M P 310,-- M - 460,-- M P 300,-- M - 500,-- M P 290,-- M - 540,-- M P 280,-- M - 580,-- M P 270,-- M - 620,-- M P	d	620,--	keine
11	1.10.1922	OStg.	Lier	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für 7500 dz K <sub>2</sub> O-Monatsproduk- tion - 1000,-- M P Abzüge bzw. Zuschläge bei Minder- bzw. Mehrproduktion (pro dz): für 1. bis 250. dz - 3,-- M P für 251. bis 500. dz - 4,-- M P für 501. bis 750. dz - 5,-- M P für jeden weiteren dz - 6,-- M P  Bedingungen für die Zahlung der vollen Prämie: 1. Das Rohsalz darf im Tagesdurch- schnitt nicht weniger als 13 % KCl und nicht weniger als 10 % Schlamm enthalten. 2. Neben den Kalisalzen muß die für die Herstellung von 10 000 dz Siede- salz notwendige Menge Steinsalz ge- fördert werden.	e	keine	keine
12	(16.11.) 1922	OStg.	Lier	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	Wie unter lfd. Nr. 11, aber die Sätze für Abzüge bzw. Zuschläge wurden auf 6,-- , 8,-- , 10,-- und 12,-- M festgesetzt.			keine
13	(28.12.) 1922	Stg.	Raben- alt	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für 7000 dz K <sub>2</sub> O-Monatsproduk- tion - 1000,-- M P Abzüge bzw. Zuschläge bei Minder- bzw. Mehrproduktion (pro dz): für 1. bis 250. dz - 2,-- M P für 251. bis 500. dz - 2,50 M P für 501. bis 750. dz - 3,-- M P für jeden weiteren dz - 4,-- M P	e	keine	keine
14	1.1.1923	OStg.	Lier	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für 7000 dz K <sub>2</sub> O-Monatsproduk- tion - 3000,-- M P Abzüge bzw. Zuschläge bei Minder- bzw. Mehrproduktion (pro dz): für 1. bis 250. dz - 14,-- M P für 251. bis 500. dz - 20,-- M P für 501. bis 750. dz - 25,-- M P für jeden weiteren dz - 30,-- M P  Bedingungen für die Zahlung der vollen Prämie: 1. Das Rohsalz darf im Tagesdurch- schnitt nicht weniger als 13 % KCl und nicht mehr als 10 % Schlamm ent- halten. 2. Neben den Kalisalzen muß die für die Herstellung von 12 000 dz Siede- salz notwendige Menge Steinsalz ge- fördert werden.	e	keine	keine
15	1924	Stg.	Raben- alt	Hk pro dz KCl-Fabr.	bei Hk pro dz von 8,-- - 7,75 M - 6,-- M P 7,75 - 7,50 M - 12,-- M P 7,50 - 7,25 M - 18,-- M P 7,25 - 7,-- M - 25,-- M P 7,-- - 6,75 M - 31,-- M P 6,75 - 6,50 M - 37,-- M P 6,50 - 6,25 M - 42,-- M P 6,25 - 6,-- M - 50,-- M P	d	50,--	keine

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

42

16	1.8.1925	Stg. A	Schmidt Becker	der L pro Mann und Schicht in dz im Kali- und Steinsalzbetrieb usw.	für eine L von 50 dz 51 dz 52 dz 53 dz 54 dz 55 dz usw.	- 5,-- M P - 10,-- M P - 15,-- M P - 20,-- M P - 25,-- M P - 30,-- M P	d	keine	keine keine
----	----------	--------	----------------	---	--	---	---	-------	----------------

17	(12.10.) 1925	OStg.	Lier	1. dem Ø monatl. Schlammgehalt des Rohsalzes	1. bei einem Schlammgehalt von 13,0 - 12,5 % 12,5 - 12,0 % 12,0 - 11,5 % 11,5 - 11,0 % 11,0 - 10,5 %	- 20,-- M P - 40,-- M P - 60,-- M P - 80,-- M P - 100,-- M P	f	150,--	keine
				2. dem Ø monatl. Chlorkaliumgehalt des Rohsalzes	2. bei einem KCl-Gehalt von 13,5 - 13,6 % 13,6 - 13,7 % 13,7 - 13,8 % 13,8 - 13,9 % 13,9 - 14,0 %	- 10,-- M P - 20,-- M P - 30,-- M P - 40,-- M P - 50,-- M P			

18	1.11.1925	Stg. A	Schmidt Becker	der L pro Mann und Schicht in dz im Kali- und Steinsalzbetrieb	für eine Leistung von 45 dz 46 dz 47 dz 48 dz 49 dz 50 dz 51 dz 52 dz 53 dz 54 dz 55 dz	- 5,-- M P - 10,-- M P - 15,-- M P - 20,-- M P - 25,-- M P - 30,-- M P - 35,-- M P - 40,-- M P - 45,-- M P - 50,-- M P - 55,-- M P	d	55,-- 55,--	keine keine
----	-----------	--------	----------------	--	--	--	---	----------------	----------------

19	1.2.1927	GI	Lier	1. Fk ohne Generalunkosten pro dz eff. Rohsalz	1. bei Fk pro dz eff. von 30 Pfg 29 Pfg 28 Pfg 27 Pfg	- 40,-- M P - 60,-- M P - 80,-- M P - 100,-- M P	g	600,--	100,--
----	----------	----	------	--	---	---	---	--------	--------

2. Fk ohne Generalunkosten pro dz K <sub>2</sub> O Rohsalz	26 Pfg 25 Pfg 24 Pfg 23 Pfg 22 Pfg	- 120,-- M P - 140,-- M P - 160,-- M P - 180,-- M P - 200,-- M P
3. dem Ø monatl. Schlammgehalt des Rohsalzes	2. bei Fk pro dz K <sub>2</sub> O von 3,-- M 2,90 M 2,80 M 2,70 M 2,60 M 2,50 M	- 40,-- M P - 80,-- M P - 120,-- M P - 160,-- M P - 200,-- M P - 240,-- M P
	3. bei einem Schlammgehalt von 12,0 % 11,5 % 11,0 % 10,5 % 10,0 % 9,5 % 9,0 %	- 40,-- M P - 60,-- M P - 80,-- M P - 100,-- M P - 120,-- M P - 140,-- M P - 160,-- M P

1.4.1927	FStg.	Rabenalt	desgl., aber folgende andere Prämien-sätze wurden festgelegt:	99,--	50,--
	Stg.	Czabock	Zu 1: 5,-- , 10,-- , 15,-- , 20,-- , 25,-- , 30,-- , 35,-- , 40,-- , 45,-- M	99,--	40,--
	Stg.	Schmidt	Zu 2: 15,-- , 20,-- , 25,-- , 30,-- , 35,-- , 40,-- M	99,--	40,--
	A	Becker	Zu 3: 2,-- , 4,-- , 6,-- , 8,-- , 10,-- , 12,-- , 14,-- M	99,--	40,--

20	1.9.1928	FStg.	Rabenalt	1. den Fk ohne Generalunkosten pro dz eff. Rohsalz	1. bei Fk pro dz eff. von 30 Pfg 29 Pfg 28 Pfg 27 Pfg 26 Pfg	- 12,-- M P - 16,-- M P - 20,-- M P - 24,-- M P - 28,-- M P	g	?	30,--
----	----------	-------	----------	--	---	---	---	---	-------

43

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

44

				2. den Fk ohne Generalunkosten pro dz K <sub>2</sub> O	2. bei Fk pro dz K <sub>2</sub> O von			
				3,20 M	- 12,-- M P			
				3,10 M	- 16,-- M P			
				3,-- M	- 20,-- M P			
				Rohsalz 2,90 M	- 24,-- M P			
				2,80 M	- 28,-- M P			
			3. dem Ø monatl. Schlammgehalt des Rohsalzes	3. bei einem Schlammgehalt von				
			11 %	- 6,-- M P				
			10 %	- 8,-- M P				
			9 %	- 10,-- M P				
			8 %	- 12,-- M P				
			7 %	- 14,-- M P				
Stg.	Czabok			desgl., aber folgende andere Prämien-sätze wurden festgelegt:			40,--+	40,--
Stg.	Schmidt			Zu 1:	8,-- , 12,-- , 16,-- , 20,-- , 24,-- M		40,--+	40,--
A	Becker			Zu 2:	8,-- , 12,-- , 16,-- , 20,-- , 24,-- M		40,--+	40,--
				Zu 3:	2,-- , 4,-- , 6,-- , 8,-- , 10,-- M			

Tabelle 2

Angewandte Prämiensysteme für leitende Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG in den Jahren 1908 bis 1928  
- Fabrikbetrieb -

Nr.	Jahr	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
1	1908	FL	Dr.König	nach den Hk pro dz K <sub>2</sub> O	bei Hk pro dz K <sub>2</sub> O von	a	135,--	keine
					10,50 - 10,25 M - 5,-- M P			
					10,25 - 10,-- M - 7,50 M P			
					10,-- - 9,75 M - 10,-- M P			
					9,75 - 9,50 M - 12,50 M P			
					9,50 - 9,25 M - 15,-- M P			
					9,25 - 9,-- M - 17,50 M P			
					9,-- - 8,75 M - 20,-- M P			
					8,75 - 8,50 M - 22,50 M P			
					8,50 - 8,25 M - 25,-- M P			
		stv. FL	Dr.Mühlenbein		desgl., aber 1/2 Prämiensatz		67,50	keine
2	1.2.1909	FMstr.	Richter	1. dem Verbrauch von Rohsalz dz K <sub>2</sub> O-Erz.	Ausgegangen wurde von der monatlichen Produktion. Dazu wurde der Sollverbrauch errechnet und der Istverbrauch davon abgezogen. Die Differenz war die monatl. Einsparung. Danach wurde die P wie folgt berechnet:	h	keine	keine
		FMstr.	Habener					
		FMstr.	Jahn					
		FMstr.	Günther	(16 dz Rohsalz à 16 %				

45

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

A Just Rudloff  
 A KCl-Gehalt sind als Norm für 1 dz K<sub>2</sub>O-Erz. vorgegeben)  
 1. Für jeden dz Rohsalz  $\times$  16 % KCl-Gehalt, der weniger verbraucht wurde - 5 Pfg P  
 2. Von jedem Pfg Lohneinsparung - 2 % als P  
 3. Für jeden dz Kohleneinsparung - 1 Pfg P  
 2.den Lohnkosten pro dz K<sub>2</sub>O-Erz. (3,- M  
 Lohnkosten sind als Norm für 1 dz K<sub>2</sub>O-Erz. vorgegeben)  
 3.den Kohlenverbrauch pro dz K<sub>2</sub>O-Erz. (5 dz Kohlen sind als Norm für 1 dz K<sub>2</sub>O-Erz. vorgegeben)

3	(28.8.) 1912	FL	Dr. Kö-nig	den Hk pro dz K <sub>2</sub> O	bei Hk pro dz K <sub>2</sub> O von		a	302,50	keine
					9,-- - 8,75 M - 50,-- M P				
					8,75 - 8,50 M - 22,50 M P				
					8,50 - 8,25 M - 25,-- M P				
					8,25 - 8,-- M - 25,-- M P				
					8,-- - 7,75 M - 25,-- M P				
					7,75 - 7,50 M - 25,-- M P				
					7,50 - 7,25 M - 25,-- M P				
					7,25 - 7,-- M - 30,-- M P				
					7,-- - 6,75 M - 35,-- M P				
					6,75 - 6,50 M - 40,-- M P				
4	1.6.1917	OMstr.	Hin-sching	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für die K <sub>2</sub> O-Erz. wird pro dz folgende P gezahlt:		c	230,--	keine
					bis - 4000 dz - 1 Pfg P				
					4000 - 6000 dz - 2 Pfg P				
					6000 - 8000 dz - 3 Pfg P				
					8000 - 9000 dz - 4 Pfg P				
					9000 - 10000 dz - 5 Pfg P				
		Mstr.	Just	bis - 4000 dz	- 1 Pfg P			160,--	keine
		Mstr.	Rudloff	4000 - 6000 dz	- 1,5 Pfg P			160,--	keine
		Mstr.	Streit-berg	6000 - 8000 dz	- 2 Pfg P			160,--	keine
				8000 - 10000 dz	- 2,5 Pfg P				
		VSchl.	Semmler	bis - 4000 dz	- 0,5 Pfg P			80,--	keine
		Schl.	Adamczyk	4000 - 6000 dz	- 0,75 Pfg P			80,--	keine
		PMstr.	Hornung	6000 - 8000 dz	- 1 Pfg P			80,--	keine
				8000 - 10000 dz	- 1,25 Pfg P				
5	(5.3.) 1918	FL BIng.	Dr. Kö-nig Rux	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für die K <sub>2</sub> O-Erz. wird pro dz folgende P gezahlt:		c	260,--	bisherige Prämienhöhe wird garantiert, aber gegen die neue aufgerechnet
					bis 4000 dz - 1 Pfg P			260,--	
					weitere 2000 dz - 2 Pfg P				
					" 2000 dz - 3 Pfg P				
					" 1000 dz - 5 Pfg P				
					" 1000 dz - 7 Pfg P				
6	(19.11.) 1918	ET	Tümel	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für die K <sub>2</sub> O-Erz. wird pro dz folgende P gezahlt:		c	80,--	keine
					bis 4000 dz - 0,5 Pfg P				
					4000 - 6000 dz - 0,75 Pfg P				
					6000 - 8000 dz - 1 Pfg P				
					8000 - 10000 dz - 1,25 Pfg P				
7	(20.1.) 1920	FD	Dr. Kö-nig	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für die K <sub>2</sub> O-Erz. wird pro dz folgende P gezahlt:		c	335,--	125,--
					5000 dz - 1 Pfg P				
					weitere 500 dz - 2 Pfg P				

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

48

					weitere	500 dz - 3 Pfg P			
					"	500 dz - 4 Pfg P			
					"	500 dz - 5 Pfg P			
					"	500 dz - 7 Pfg P			
					"	500 dz - 9 Pfg P			
					"	500 dz - 12 Pfg P			
					"	500 dz - 15 Pfg P			
8	(16.10.) 1921	FBl.	Wegener	den Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von		d	450,--	keine
					190,-- M	- 100,-- M P			
					180,-- M	- 200,-- M P			
					170,-- M	- 300,-- M P			
					169,-- M	- 315,-- M P			
					168,-- M	- 330,-- M P			
					167,-- M	- 345,-- M P			
					166,-- M	- 360,-- M P			
					165,-- M	- 375,-- M P			
					164,-- M	- 390,-- M P			
					163,-- M	- 405,-- M P			
					162,-- M	- 420,-- M P			
					161,-- M	- 435,-- M P			
					160,-- M	- 450,-- M P			
9	(19.12.) 1921	FBl.	Wegener	den Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von		d	549,45	keine
					220,-- M	- 200,-- M P			
					217,50 M	- 210,-- M P			
					215,-- M	- 220,-- M P			
					212,50 M	- 230,-- M P			
					210,-- M	- 240,-- M P			
					207,50 M	- 250,-- M P			
					205,-- M	- 275,-- M P			
					202,50 M	- 302,50 M P			
					200,-- M	- 332,75 M P			
					197,50 M	- 366,-- M P			
					195,-- M	- 402,60 M P			
					192,50 M	- 442,85 M P			
					190,-- M	- 487,15 M P			
					187,50 M	- 535,85 M P			
					185,-- M	- 549,45 M P			
10	(7.4.) 1922	FBl.	Wegener	den Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von		d	620,--	keine
					350,-- M	- 300,-- M P			
					340,-- M	- 340,-- M P			
					330,-- M	- 380,-- M P			
					320,-- M	- 420,-- M P			
					310,-- M	- 460,-- M P			
					300,-- M	- 500,-- M P			
					290,-- M	- 540,-- M P			
					280,-- M	- 580,-- M P			
					270,-- M	- 620,-- M P			
11	1.10. 1922	FBl.	Wegener	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für 7500 dz K <sub>2</sub> O-Monatsproduk- tion - 12 000,-- M P		e	keine	keine
					Abzüge bzw. Zuschläge bei Minder- bzw. Mehrproduktion (pro dz):				
					für 1. bis 250. dz - 3,30 M				
					für 251. bis 500. dz - 4,40 M				
					für 501. bis 750. dz - 5,50 M				
					für jeden weiteren dz - 6,60 M				
					Bedingung für die Zahlung der vollen P: Es müssen mindestens 2200 dz K <sub>2</sub> O Sul- fate hergestellt werden. Die an 2200 dz K <sub>2</sub> O Sulfate fehlende Menge wird mit 80 % von der Monats- erz. abgezogen.				
12	(7.4.) 1922	FBl.	Wegener	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	Wie unter lfd. Nr. 11, aber die Sätze für die Abzüge bzw. Zuschläge wurden auf 6,60, 8,80, 11,-- und 13,20 M festgesetzt.				keine
13	(28.12.) 1922	OMstr.	Hin- siching	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für 7000 dz K <sub>2</sub> O-Monatsproduk- tion - 1000,-- M P		e	keine	keine
					Abzüge bzw. Zuschläge bei Minder- bzw. Mehrproduktion (pro dz):				
					für 1. bis 250. dz - 2,-- M				
					für 251. bis 500. dz - 2,50 M				
					für 501. bis 750. dz - 3,-- M				
					für jeden weiteren dz - 4,-- M				

49

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

50

14	1.1.1923	FBl.	Wegener	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für 7000 dz K <sub>2</sub> O-Monatsproduktion - 30 000,-- M P	e	keine	keine
					Abzüge bzw. Zuschläge bei Minder- bzw. Mehrproduktion (pro dz): für 1. bis 250. dz - 16,-- M für 251. bis 500. dz - 22,-- M für 501. bis 750. dz - 27,-- M für jeden weiteren dz - 33,-- M			
15	(3.7.) 1924	FBl.	Wegener	den Hk pro dz KCl Fabr.	bei Hk pro dz von 8,-- - 7,75 M - 25,-- M P 7,75 - 7,50 M - 50,-- M P 7,50 - 7,25 M - 75,-- M P 7,25 - 7,-- M - 100,-- M P 7,-- - 6,75 M - 125,-- M P 6,75 - 6,50 M - 150,-- M P 6,50 - 6,25 M - 175,-- M P 6,25 - 6,-- M - 200,-- M P	d	200,--	keine
					Angenommen ist, daß Sulfat im bisherigen Umfang hergestellt wird. Wegen der Mehraufwendungen für die Sulfatherstellung wird von den Gesamtherstellungskosten ein Abzug von 8,-- M pro dz K <sub>2</sub> O Sulfat vorgenommen			
			OMstr. Hin-sching		desgl., aber folgende andere Prämiensätze wurden festgelegt: 6,-- , 12,-- , 18,-- , 25,-- , 31,-- , 37,-- , 42,-- , 50,-- M		50,--	keine
16	1.8.1925	FBl.	Wegener	1. den Hk pro dz KCl Fabr. 2. der Produktion von Chlorkalium in dz K <sub>2</sub> O (12500 dz K <sub>2</sub> O sind als Monatsoll vorgegeben)	1. wie unter lfd. Nr. 15, aber 100,-- M werden garantiert 2. für jeden dz K <sub>2</sub> O Chlorkalium über 12500 dz K <sub>2</sub> O hinaus - 10 Pfg P 3. für jeden dz K <sub>2</sub> O Kalisulfat über 2600 dz K <sub>2</sub> O hinaus - 10 Pfg P	i	keine	100,--
				3. der Produktion von Kalisulfat in dz K <sub>2</sub> O (2600 dz K <sub>2</sub> O sind als Monatsoll vorgegeben)				
	1.9.1925	FL	Bremer		1. desgl., aber die Prämien betragen: 12,50, 25,-- , 37,50, 50,-- , 67,50, 75,-- , 87,50, 100,-- M 2. desgl., aber Prämiensatz beträgt 5 Pfg 3. desgl., aber Prämiensatz beträgt 5 Pfg			keine
17	1.8.1925	OMstr. FMstr. FMstr. FMstr. FA	Lidtko Just Rudloff Streitberg Barth	1. der Produktion von Chlorkalium in dz K <sub>2</sub> O (12500 dz K <sub>2</sub> O sind als Monatsoll vorgegeben) 2. der Produktion von Kalisulfat in dz K <sub>2</sub> O (2600 dz K <sub>2</sub> O sind als Monatsoll vorgegeben)	1. für jeden dz K <sub>2</sub> O Chlorkalium über 12 500 dz K <sub>2</sub> O hinaus - 2 Pfg P 2. für jeden dz K <sub>2</sub> O Kalisulfat über 2600 dz K <sub>2</sub> O hinaus - 2 Pfg P	j	keine	20,-- 15,-- 15,-- 15,-- 10,--
18	1.12.1925	FD	Wegener	1. der Ausbeute bei der Chlorkaliumherstellung (73 % Ausbeute sind als Grundwert vorgegeben)	1. für jedes Zehntelprozent Mehrausbeute - 5,-- M P 2. für jedes Zentelprozent Mehrausbeute - 50 Pfg P	k	keine	100,--

51

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

FL	Bremer	2. der Ausbeute bei	desgl., aber Prämiensätze betragen 2,50 M bzw. 25 Pfg					?
OMstr.	Lidtke	der Sulfat-herstellung	desgl., aber Prämiensätze betragen 40 Pfg bzw. 10 Pfg					20,--
FMstr.	Rudloff	(45 % Ausbeute sind	desgl., aber Prämiensätze betragen 25 Pfg bzw. 10 Pfg					20,--
FMstr.	Streitberg	als Grundwert vorgegeben)						20,--
FA	Barth		desgl., - Prämiensätze sind nicht bekannt					?

19	1.12.1925	VMstr.	Just	für ordentliche Arbeit	Wenn die Verladung der Kaliprodukte und der Nebenprodukte prompt und ohne Reklamation erfolgt, werden 20,-- M P pro Monat gezahlt. Die P kann gekürzt oder ganz entzogen werden.		20,--	keine
----	-----------	--------	------	------------------------	--	--	-------	-------

20	1.12.1925	FMstr.	Lösche	1. der Produktion von Kalisulfat in dz $K_2O$ (1400 dz $K_2O$ sind als Monats-soll vorgegeben)  2. der Ausbeute bei der Sulfat-herstellung (45 % Ausbeute sind als Grundwert vorgegeben)	1. für jeden dz $K_2O$ Kalisulfat über 1400 dz $K_2O$ hinaus - 5 Pfg P 2. für jedes Zentelprozent Mehrausbeute - 10 Pfg P	j	keine	keine
----	-----------	--------	--------	--	--	---	-------	-------

21	1.12.1926	OMstr. FMstr. FA	Lidtke Lösche Barth	der Produktion von Kalisulfat in dz $K_2O$ (3000 dz $K_2O$ sind als Monats-soll vorgegeben)	für jeden dz $K_2O$ Kalisulfat über 3000 dz $K_2O$ hinaus - 5 Pfg P	1	keine	Die Regelung vom 1. 12.1925 blieb bestehen
----	-----------	------------------------	---------------------------	---	---	---	-------	--

22	(3.5.) 1927	FA	Adamczyk	der Ausbeute bei der Chlorkaliumherstellung (75 % Ausbeute sind als Grundwert vorgegeben)	für jedes Zehntelprozent Mehrausbeute - 1,-- M P	o	keine	keine
----	----------------	----	----------	---	--	---	-------	-------

23	1.3.1927	BD	Wegener	1. der Ausbeute bei der Chlorkaliumherstellung (73 % Ausbeute sind als Grundwert vorgegeben)	1. für jedes Zehntelprozent Mehrausbeute - 7,-- M P 2. für jedes Zehntelprozent Mehrausbeute - 0,60 M P 3. für jeden dz $K_2O$ Kalisulfat über 2600 dz $K_2O$ hinaus - 0,20 M P	j	keine	350,--
		FL	Bremer	2. der Ausbeute bei der Sulfat-herstellung (45 % Ausbeute sind als Grundwert vorgegeben)	desgl., aber 1/2 Prämiensätze			?

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
				3. der Produktion von Kalisulfat in dz K <sub>2</sub> O (2600 dz K <sub>2</sub> O sind als Monats Soll vorgegeben)				
24	1.7.1927	BD	Wegener	1. wie unter lfd. Nr. 23	1. für jedes Zehntelprozent Mehrausbeute - 10,-- M P	j	keine	400,--
				2. wie unter lfd. Nr. 23	2. wie unter lfd. Nr. 23			
				3. wie unter lfd. Nr. 23	3. für jeden dz K <sub>2</sub> O Kalisulfat über 2000 dz K <sub>2</sub> O hinaus - 0,30 M P			
		FL	Bremer	3. der Produktion von Kalisulfat in dz K <sub>2</sub> O (2000 dz K <sub>2</sub> O sind als Monats Soll vorgegeben)	desgl., aber 1/2 Prämienatz			200,--
25	1.2.1928	BD	Wegener	der Ausbeute bei der	für jedes Zehntelprozent Mehrausbeute - 10,-- M P	o	keine	400,--
		FL	Bremer	Chlorkaliumherstellung (77 %	desgl., aber der Prämienatz beträgt - 6,-- M			200,--
	1.3.1928	OMstr.	Lüdtko	Ausbeute sind als Grundwert vorgegeben)	desgl., aber der Prämienatz beträgt - 0,60 M			20,--
		FMstr.	Rudloff		desgl., aber der Prämienatz beträgt - 0,50 M			20,--
		FMstr.	Lösche					keine
		A	Adamczyk		desgl., aber der Prämienatz beträgt - 1,-- M			keine
26	1.6.1928	OMstr.	Lüdtko	der Ausbeute bei	wie unter lfd. Nr. 25		50,-- <sup>+</sup>	?
	1.8.1928	FMstr.	Rudloff	der Chlor-			40,-- <sup>+</sup>	
		FMstr.	Lösche	kaliumher-			40,-- <sup>+</sup>	
		FA	Adamczyk	stellung (77 % Ausbeute sind als Grundwert vorgegeben)			40,-- <sup>+</sup>	

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

Tabelle 3

Angewandte Prämiensysteme für leitende Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG  
in den Jahren 1908 bis 1928  
- Maschinenbetrieb -

1	1908	BF	Hux	den Kosten der elektrischen Energie pro dz K <sub>2</sub> O-Erz.	bei Energiekosten pro dz von 1,-- - 1,95 M - 1,95 - 1,90 M - 1,90 - 1,85 M - 1,85 - 1,80 M - 1,80 - 1,75 M - 1,75 - 1,70 M - 1,70 - 1,65 M	pro dz von - 5,-- M P - 10,-- M P - 15,-- M P - 20,-- M P - 25,-- M P - 30,-- M P - 35,-- M P	a	140,--	keine
			Mont. Vogel		desgl., aber folgende Prämiensätze: 1,50, 2,50, 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 M			31,50	keine
2	(23.2.) 1910	BF	Hux	den Kosten der elektrischen Energie pro dz K <sub>2</sub> O-Erz.	bei Energiekosten pro dz von 1,20 - 1,15 M 1,15 - 1,10 M 1,10 - 1,05 M 1,05 - 1,-- M 1,-- - 1,95 M - 1,95 - 1,90 M - 1,90 - 1,85 M	pro dz von - 5,-- M P - 10,-- M P - 15,-- M P - 20,-- M P - 25,-- M P - 30,-- M P - 35,-- M P	a	140,--	keine
3	(20.1.) 1920	BIng.	Schul- ten	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für die K <sub>2</sub> O-Erz. wird pro dz folgende P gezahlt: bis 5000 dz weitere 500 dz " 500 dz	pro dz folgende - 1 Pfg - 2 Pfg - 3 Pfg - 4 Pfg - 5 Pfg - 7 Pfg - 9 Pfg - 12 Pfg - 15 Pfg	c	335,--	125,--
4	(1.10.) 1921	BIng.	Schul- ten	den Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von 190,-- M 180,-- M 170,-- M 169,-- M 168,-- M 167,-- M 166,-- M 165,-- M 164,-- M 163,-- M 162,-- M 161,-- M 160,-- M	pro dz von - 100,-- M P - 200,-- M P - 300,-- M P - 315,-- M P - 330,-- M P - 345,-- M P - 360,-- M P - 375,-- M P - 390,-- M P - 405,-- M P - 420,-- M P - 435,-- M P - 450,-- M P	d	450,--	keine
5	(19.12.) 1921	BIng.	Schul- ten	den Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von 220,-- M 217,50 M 215,-- M 212,50 M 210,-- M 207,50 M 205,-- M 202,50 M 200,-- M 197,50 M	pro dz von - 200,-- M P - 210,-- M P - 220,-- M P - 230,-- M P - 240,-- M P - 250,-- M P - 275,-- M P - 302,50 M P - 332,75 M P - 366,-- M P	d	589,45	keine

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

195,-- M - 402,60 M P  
 192,50 M - 442,85 M P  
 190,-- M - 487,15 M P  
 187,50 M - 535,85 M P  
 185,-- M - 589,45 M P

6	(7.4.) 1922	BIng.	Schul- ten	den Gk pro dz K <sub>2</sub> O Fabr.	bei Gk pro dz von 350,-- M 340,-- M 330,-- M 320,-- M 310,-- M 300,-- M 290,-- M 280,-- M 270,-- M	- 300,-- M P - 340,-- M P - 380,-- M P - 420,-- M P - 460,-- M P - 500,-- M P - 540,-- M P - 580,-- M P - 620,-- M P	d	620,--	keine
7	1.10.1922	BIng.	Schul- ten	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für 7500 dz K <sub>2</sub> O-Monatsproduk- tion - 10 000,-- M P  Abzüge bzw. Zuschläge bei Minder- bzw. Mehrproduktion (pro dz): für 1. bis 250. dz - 3,-- M für 251. bis 500. dz - 4,-- M für 501. bis 750. dz - 5,-- M für jeden weiteren dz - 6,-- M		e	keine	keine
8	(16.11.) 1922	BIng.	Schul- ten	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	wie un. Nr. 7, aber die Sätze für Abzüge bzw. Zuschläge wurden auf 6,-- , 8,-- , 10,-- , und 12,-- M festgesetzt.				keine
9	1.1.1923	BIng.	Schul- ten	der monatl. K <sub>2</sub> O-Erz.	für 7000 dz K <sub>2</sub> O-Monatsproduk- tion - 30 000,-- M P  Abzüge bzw. Zuschläge bei Minder- bzw. Mehrproduktion (pro dz): für 1. bis 250. dz - 14,-- M für 251. bis 500. dz - 20,-- M für 501. bis 750. dz - 25,-- M für jeden weiteren dz - 30,-- M		e	keine	keine
10	(10.6.) 1926	OIng.	Schul- ten	der Ko- stener- sparnis bei der Verar- beitung von Roh- salz	Es wird angenommen, daß die Kosten pro 1000 dz verarbeitetes Rohsalz für den Zentralmaschinenbetrieb (Bergwerk und Fabrik zusammen) 330,-- M betragen. Von der Diffe- renz zwischen den angenommenen Ko- sten für die Monatsproduktion und den tatsächlichen Kosten werden 10 % als P gezahlt.			keine	200,--
	1.1.1927				Die angenommenen Kosten pro 1000 dz verarbeitetes Rohsalz werden auf 305,-- M festgesetzt.				
	(23.2.) 1928				Die angenommenen Kosten pro 1000 dz verarbeitetes Rohsalz werden auf 225,-- M festgesetzt.				

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

Tabelle 4

Angewandte Prämiensysteme für leitende Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG  
in den Jahren 1922 bis 1928  
- Salinenbetrieb -

1	1.10.1922 BF		Lippig	der monatl. Siedesalzproduktion in dz	für 10 000 dz Siedesalz-Monatsproduktion - 7 500,-- M P	e		keine
					Abzüge bzw. Zuschläge bei Minder- bzw. Mehrproduktion (pro dz):			
					für 1. bis 500. dz - 3,-- M			
					für 501. bis 750. dz - 4,-- M			
					für jeden weiteren dz - 5,-- M			
2	(29.9.) 1925	Stg.	Kirchberg	den Gk pro dz Siedesalz	bei Gk pro dz von	d	240,--	keine
					2,20 - 2,15 M - 45,-- M P			
					2,15 - 2,10 M - 60,-- M P			
					2,10 - 2,05 M - 75,-- M P			
					2,05 - 2,-- M - 90,-- M P			
					2,-- - 1,95 M - 105,-- M P			
					1,95 - 1,90 M - 120,-- M P			
					1,90 - 1,85 M - 135,-- M P			
					1,85 - 1,80 M - 150,-- M P			
					1,80 - 1,75 M - 165,-- M P			
					1,75 - 1,70 M - 180,-- M P			
					1,70 - 1,65 M - 195,-- M P			
					1,65 - 1,60 M - 210,-- M P			
					1,60 - 1,55 M - 225,-- M P			
					1,55 - 1,50 M - 240,-- M P			
3	(30.11.) 1925	Stg.	Kirchberg	den GK pro dz Siedesalz	bei Gk pro dz von	d	225,--	100,--
					2,-- - 1,95 M - 120,-- M P			
					1,95 - 1,90 M - 135,-- M P			
					1,90 - 1,85 M - 150,-- M P			
					1,85 - 1,80 M - 165,-- M P			
					1,80 - 1,75 M - 180,-- M P			
					1,75 - 1,70 M - 195,-- M P			
					1,70 - 1,65 M - 210,-- M P			
					1,65 - 1,60 M - 225,-- M P			
4	1.2.1926 BF		Kirchberg	1. der monatl. Siedesalzproduktion in dz	1. für eine Produktion von	f	435,--	150,--
					18 500 dz - 20,-- M P			
					18 550 dz - 25,-- M P			
					18 600 dz - 30,-- M P			
					18 650 dz - 35,-- M P			
					18 700 dz - 40,-- M P			
					18 750 dz - 45,-- M P			
				2. den Gk pro dz Siedesalz	18 800 dz - 50,-- M P			
					18 850 dz - 55,-- M P			
					18 900 dz - 60,-- M P			
					18 950 dz - 65,-- M P			
					19 000 dz - 70,-- M P			
					19 050 dz - 75,-- M P			
					19 100 dz - 80,-- M P			
					19 150 dz - 85,-- M P			
					19 200 dz - 90,-- M P			
					19 250 dz - 95,-- M P			
					19 300 dz - 100,-- M P			
					19 350 dz - 105,-- M P			
					19 400 dz - 110,-- M P			
					19 450 dz - 115,-- M P			
					19 500 dz - 120,-- M P			
					19 550 dz - 125,-- M P			
					19 600 dz - 130,-- M P			
					19 650 dz - 135,-- M P			

Lfd. Nr.	Termin	Beruf	Name	Prämie nach	Prämienberechnung	Ermittlung d. Monatsprämie	monatl. Höchstgrenze der Prämie in Mark	garantierte Prämienhöhe pro Monat in Mark
----------	--------	-------	------	-------------	-------------------	----------------------------	---	---

19 700 dz	- 140,-- M P
19 750 dz	- 145,-- M P
19 800 dz	- 150,-- M P
19 850 dz	- 155,-- M P
19 900 dz	- 160,-- M P
19 950 dz	- 165,-- M P
20 000 dz	- 170,-- M P
20 050 dz	- 175,-- M P
20 100 dz	- 180,-- M P
20 150 dz	- 185,-- M P
20 200 dz	- 190,-- M P
20 250 dz	- 195,-- M P
20 300 dz	- 200,-- M P
20 350 dz	- 205,-- M P
20 400 dz	- 210,-- M P
20 450 dz	- 215,-- M P
20 500 dz	- 220,-- M P
20 550 dz	- 225,-- M P
20 600 dz	- 230,-- M P
20 650 dz	- 235,-- M P
20 700 dz	- 240,-- M P
20 750 dz	- 245,-- M P
20 800 dz	- 250,-- M P
20 850 dz	- 255,-- M P
20 900 dz	- 260,-- M P

2. bei Gk pro dz von	
2,20 - 2,18 M	- 120,-- M P
2,18 - 2,16 M	- 125,-- M P
2,16 - 2,14 M	- 130,-- M P
2,14 - 2,12 M	- 135,-- M P
2,12 - 2,10 M	- 140,-- M P
2,10 - 2,08 M	- 145,-- M P
2,08 - 2,06 M	- 150,-- M P
2,06 - 2,04 M	- 155,-- M P
2,04 - 2,02 M	- 160,-- M P
2,02 - 2,-- M	- 165,-- M P
2,-- - 1,98 M	- 170,-- M P
1,98 - 1,96 M	- 175,-- M P

5	(14.4.) 1927	BF	Kirch- berg	1. der monatl. Siede- salzpro- duktion in t	1. für eine Produktion von 2300 t - 100,-- M P 2400 t - 150,-- M P 2500 t - 200,-- M P 2600 t - 250,-- M P	f	500,--	?
	(27.8.) 1927			2. den Gk pro dz Sie- desalz	2. bei Gk pro dz von 2,10 M - 100,-- M P 2,-- M - 150,-- M P 1,90 M - 200,-- M P 1,80 M - 250,-- M P			
					Für die Prämie nach den Gk wurden die den Prämiensätzen zugrunde gelegten Gk-Sätze auf 2,40, 2,30, 2,20 und 2,10 M festgesetzt.			

6	1.6.1928	SMstr.	Unger	der mo- natl. Siede- salz- produk- tion in dz	für jeden dz Siedesalz über 20 000 dz 1 Pfg P	c	39,--	20,--
---	----------	--------	-------	---	--	---	-------	-------

### Anmerkungen zu Tabelle 1

- Lfd. Nr. 1: Bis zum 31. 8. 1909 wurde die Prämie nach den Kosten pro dz eff. gezahlt, ab 1. 9. 1909 erfolgte dann die vorgesehene Umrechnung auf 16 % Chlorkalium.
- Lfd. Nr. 3: Das Prämiensystem wurde vor seiner Einführung wieder zurückgezogen, kam also nicht zur Anwendung.
- Lfd. Nr. 6: Es handelte sich um neuangelegte Angestellte.
- Lfd. Nr. 8: Die bisherige Prämienregelung fiel damit weg.
- Lfd. Nr. 9: Änderung wegen höherer Kohlenpreise ab 1. 11. 1921.
- Lfd. Nr. 14: Wegen der Inflation wurde die Grundprämie ab 1. 3. 1923 auf 40 000,-- M, ab 1. 7. 1923 auf 200 000,-- M erhöht.
- Lfd. Nr. 17: Die Prämienregelung vom 3. 7. 1924 blieb außerdem bestehen. Sie ist nicht bekannt. Wahrscheinlich war sie gleich oder ähnlich der für den Fabrikleiter Wegener (vgl. Tab. 2, lfd. Nr. 15).
- Lfd. Nr. 19: Die am 9. 4. 1927 bekanntgegebene Prämienregelung wurde am 11. 5. 1927 in der Weise geändert, daß rückwirkend zum 1. 2. 1927 alle Prämiensätze um 20,-- M erhöht wurden. Diese letzte Regelung wurde in der Spalte "Prämienberechnung" berücksichtigt.
- Lfd. Nr. 20: Die Änderung der Prämienregelung vom 1. 4. 1927 erfolgte, weil die Hauptverwaltung des Purbachkonzerns 40,-- M pro Monat als Höchstgrenze für die Prämie vorschrieb.

### Anmerkungen zu Tabelle 2

- Lfd. Nr. 2: Bis dahin war ein monatlicher Zuschuß zum Gehalt gezahlt worden.
- Lfd. Nr. 3: Das Prämiensystem wurde vor seiner Einführung wieder zurückgezogen, kam also nicht zur Anwendung.
- Lfd. Nr. 4: Für Semmler, Adamczyk und Hornung schrieb die Prämienregelung vor: Sollten die Erwartungen auf guten Einsatz bei der Leistungssteigerung nicht erfüllt werden, würde die Prämie ab 1. 8. 1917 wieder abgeschafft.
- Lfd. Nr. 14: Ob infolge der Inflation im Laufe des Jahres 1923 eine gleiche oder ähnliche Anpassung an die Verhältnisse erfolgte wie bei Obersteiger Lier (vgl. Tab. 1, lfd. Nr. 14) ist nicht bekannt; anzunehmen ist jedoch, daß eine Anpassung erfolgte.
- Lfd. Nr. 18: Die Prämie nach den Herstellungskosten (vgl. lfd. Nr. 15 und 16) blieb weiterhin bestehen. Anlaß für die Abänderung der Prämien für die Produktion von Chlorkalium und Kaliumsulfat (vgl. lfd. Nr. 16 und 17) in Ausbeuteprämien war die Reduzierung der täglichen Verarbeitung von 9000 auf 5000 dz.

Lfd. Nr. 21: Die Prämienregelungen nach der Ausbeute vom 1. 12. 1925 blieben außerdem bestehen.

Lfd. Nr. 23: Damit waren alle Prämienregelungen aus dem Jahre 1925 (vgl. lfd. Nr. 15, 16 und 18) aufgehoben.

Lfd. Nr. 25: Die Änderung der Prämienregelungen aus dem Jahre 1927 erfolgte wegen Einstellung der Sulfatproduktion.

#### Anmerkungen zu Tabelle 3

Lfd. Nr. 1: Am Jahresende wurde die Weihnachtsgratifikation von der Prämie abgezogen.

Lfd. Nr. 5: Änderung wegen höherer Kohlenpreise ab 1. 11. 1921.

Lfd. Nr. 9: Ob infolge der Inflation im Laufe des Jahres 1923 eine gleiche oder ähnliche Anpassung an die Verhältnisse erfolgte wie bei Obersteiger Lier (vgl. Tab. 1, lfd. Nr. 14), ist nicht bekannt, anzunehmen ist jedoch, daß eine Anpassung erfolgte.

#### Anmerkungen zu Tabelle 4

Lfd. Nr. 5: Die Änderung der Prämienregelung vom 1. 2. 1926 (lfd. Nr. 4) erfolgt wegen Inbetriebnahme von zwei weiteren Pfannen. Als Grund für die Veränderung vom 27. 8. 1927 sind "veränderte Bedingungen" angegeben.

stellte weist sie als Prämienempfänger aus. Es handelt sich um folgende Personen:

Fabrik-Verlademeister Günther, eingestellt am 17. 2. 1908,  
Elektromonteur Leppin, eingestellt am 23. 3. 1909,  
Steiger von Unruh, eingestellt am 1. 7. 1911,  
Siedemeister in der Saline Kunth, eingestellt am 1. 4. 1912,  
Fabrikmeister Brandt, eingestellt am 1. 4. 1912,  
Salinaufseher Weniger, eingestellt am 9. 4. 1912,  
Steiger Seidenstücker, eingestellt am 1. 4. 1918.<sup>13</sup>

## 2. Wie und warum Prämien eingeführt wurden

Wie die Tabellen ausweisen, wurden für das Leitungspersonal im Grubenbetrieb sowie für die Betriebsleiter der Fabrik und des Maschinenbetriebes bereits 1908, wenige Monate nachdem der erste Wagen Salz gefördert war, Prämien eingeführt. Wenige Monate später wurden die Meister und Aufseher im Fabrikbetrieb einbezogen. So erstreckte sich ab 1. Februar 1909 die Prämienregelung bereits auf alle Lenkungskräfte in der Produktion, soweit sie nicht in der Saline tätig waren. Die Prämienarten und die Methoden der Prämienermittlung änderten sich später wiederholt; aber die Prämierung blieb ohne Unterbrechung bis 1928 bestehen.

Mit Recht gelten die zwanziger Jahre als der Zeitpunkt, zu dem betriebswirtschaftliche, arbeitswissenschaftliche und soziologische Untersuchungen im allgemeinen verstärkt einsetzten und in ihren Ergebnissen bei der Leitung der Betriebe Berücksichtigung fanden. Dazu gehörte auch die häufigere Anwendung leistungsfördernder Formen der Entlohnung. Doch zeigt unsere Untersuchung, daß bereits vor dem ersten Weltkrieg - zumindest in einzelnen Betrieben einzelner Industriezweige - Prämienregelungen breitere Anwendung fanden, daß sich also das Kapital schon damals genötigt sah, Methoden einer Beteiligung leitender Angestellter an den Betriebsergebnissen anzuwenden.

Der Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schließt eine unmittelbare materielle Interessiertheit der Werktätigen an der Produktion, der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Rentabilität usw. aus.

<sup>13</sup> Ebenda, Nr. K 559 u. K 560.

"Das unmittelbare materielle Interesse der Arbeiterklasse, des Hauptproduzenten der materiellen Güter, tritt im Kapitalismus als Interesse an einem möglichst günstigen Verkauf der Arbeitskraft in Form des Lohnes in Erscheinung, wird damit zum Selbstzweck und ist nicht direkt auf die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums gerichtet."<sup>14</sup> Entsprechend verhält es sich mit dem materiellen Interesse der anderen Schichten, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft an das Kapital gezwungen sind. Das unmittelbare materielle Interesse der Bourgeoisie gilt indessen ebensowenig der Entwicklung der Produktion. Es richtet sich vielmehr auf die Erlangung eines möglichst hohen Profits. Indem beide Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft die Verwirklichung ihrer unmittelbaren materiellen Interessen verfolgen, vollzieht sich der gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozeß.

Während in der sozialistischen Produktionsweise die unmittelbare materielle Interessiertheit eine objektive Gesetzmäßigkeit der Ökonomik darstellt, die es bei der Leitung und Führung der Wirtschaft auf möglichst kluge und geschickte Weise zu nutzen gilt, erscheint im Kapitalismus die Weckung des Interesses der Werktätigen an der Produktion nur als Bestandteil der Wirtschaftsführung.

Obwohl die kapitalistische Ökonomik eine unmittelbare materielle Interessiertheit der Produzenten an der Produktion und deren Entwicklung ausschließt, ist die kapitalistische Produktionsweise dennoch darauf angewiesen, ein persönliches materielles Interesse der Produzenten zu wecken und wachzuhalten. Dazu dienten schon im 19. Jahrhundert insbesondere Akkordlöhne in der Industrie und Gedingelöhne im Bergbau. Angesichts der Zunahme des gesellschaftlichen Charakters des Produktionsprozesses bei gleichzeitiger Verstärkung des privaten Charakters der Aneignung der Produktionsergebnisse im Laufe der kapitalistischen Entwicklung findet auch die häufigere und stärkere Anwendung von Verteilungsformen, die dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion zu entsprechen scheinen, bei den Kapitalisten größere Aufmerksamkeit. Es wird eine Tendenz zur Verfeinerung der Methoden, zur Anwendung neuer und besserer Formen eines materiellen Anreizes für möglichst viele Schichten der Arbeiter und Angestellten sichtbar. Vor allem gewinnt der Prämienlohn für Arbeiter,

<sup>14</sup> Kalweit, Werner/Swoboda, Heinrich, Grundfragen der materiellen Interessiertheit beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, H. 1/1966, S. 3.

deren Leistung nicht im Stücklohn zu messen ist, und die Prämie für Angestellte an Bedeutung. Einige der wichtigsten Ursachen für die zunehmende Anwendung leistungsabhängiger Formen des Lohnes und der Prämie sollen im folgenden kurz skizziert werden:

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte wächst angesichts der zunehmenden Mechanisierung und Automatisierung der Anteil der Kosten für Arbeitsmittel, Rohstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe und Energie am Gesamtwert der Produkte. Die sparsame Verwendung und pflegliche Behandlung der gegenständlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses wird immer lohnender und zu einem wichtigen profitsteigernden Faktor. Das führte unter anderem zu Lohn- und Prämiensystemen, zum Beispiel zu Energie- und Hilfsstoffverbrauchsprämien sowie Rohstoffausbeuteprämien. Außerdem fördert die Entwicklung der Produktivkräfte in immer stärkerem Maße die Differenzierung im Arbeitsprozeß. Damit wird jedoch die Kontrolle der Arbeit des einzelnen immer schwieriger. Den Lohn- und Prämiensystemen fällt daher auch die Aufgabe zu, Kontrollen zu ersetzen und die Arbeiter und Angestellten zu quantitativ und qualitativ guter Arbeit anzuregen. Die zunehmende Arbeitsteilung erfaßt dabei auch den Bereich der Verwaltung und der Betriebsleitung. Hinzu kommt, daß durch die Trennung von Eigentum und Leitung in kapitalistischen Betrieben eine Schicht von Managern entstand, die an der Produktion persönlich interessiert werden mußten.

Angesichts der Vertiefung der imperialistischen Widersprüche sollen in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus Lohnanreizsysteme der Behebung der Schwierigkeiten im Interesse der gesamten herrschenden Klasse im allgemeinen und des einzelnen Unternehmers im besonderen dienen. So sollten gegen Ende des ersten Weltkrieges - worauf noch zurückzukommen sein wird - im Kaliwerk Krügershall produktionsfördernde Prämien die Folgen der sich auf die Produktion auswirkenden Widersprüche überwinden helfen. In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus wurden leistungsstimulierende Lohn- und Prämienformen zu einem wichtigen Bestandteil der Rationalisierungsmaßnahmen des Kapitals.

Auch eine durch die sich vertiefenden Widersprüche bedingte weitere Entwicklung von Betriebswirtschaft, Arbeitswissenschaft und Betriebssoziologie führte zu neuen Erkenntnissen über die Betriebsführung. Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse fanden in den kapitalistischen Betrieben ihre praktische Nutzung, was unter anderem zu einer wachsenden Anwendung von Lohnanreizsystemen führte.

Auch bürgerliche Wissenschaftler können nicht umhin, die Verschärfung des Klassenkampfes als einen Hauptgrund für diese Entwicklung hervorzuheben. So nennen die westdeutschen Arbeitswissenschaftler Böhrs und Schelsky als Hauptgrund für die Hinwendung zur Betriebssoziologie in den zwanziger Jahren die Tatsache, daß die "... machtpolitischen Fronten dieser Auseinandersetzung (gemeint ist des Klassenkampfes - H. S.) hoffnungslos erstarrt schienen und eine alle Teile befriedigende Lösung der sozialen Fragen der industriellen Arbeitswelt von der Politik nicht mehr erhofft werden konnte ..." <sup>15</sup> Anders ausgedrückt heißt das nur, daß die Position der Arbeiterklasse so stark geworden war, daß die politische Unterdrückung nicht mehr ausreichte, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu sichern. Daher die Sorge um das Betriebsklima und dessen Verbesserung, um Menschenbehandlung und -führung, um Weckung eines Interesses am Betrieb, um leistungsfördernde Entlohnung usw.

Den Lohn- und Prämiensystemen und den Formen einer Gewinnbeteiligung fiel in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, dem Unternehmer bei der Realisierung eines ihm genehmen Betriebsklimas, bei der Bindung und Fesselung von Arbeitern und Angestellten an Betrieb und Unternehmen, bei der Aufrechterhaltung des "Betriebsfriedens", kurz bei der Korrumpierung der Belegschaftsmitglieder und der Eindämmung des Klassenkampfes der Arbeiter und der anderen werktätigen Schichten zu helfen.

Bei der Einführung der Prämien für Angestellte im Bergbau dürfte auch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß die Arbeiter durch die Gedingelöhne unter Einbeziehung der wichtigsten Materialkosten beim Abbau, der Sprengstoffkosten, an der Erreichung einer effektiven Leistung interessiert waren. Entsprechend war man bestrebt, die leitenden Angestellten in der Produktion am Betriebsergebnis zu beteiligen, um die Interessiertheit der Arbeiter nicht durch ein Desinteresse der Angestellten aufzuheben.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die unteren Angestellten (Steiger, Meister, Aufseher) zum Teil aus der Arbeiterklasse kamen und ihr nahe standen. Ihre Beteiligung am Produktionsergebnis sollte ihr Interesse an Betrieb und Produktion fördern und sie gleichermaßen den Arbeitern entfremden. Die den unteren Angestellten zuge dachte Rolle als Antreiber der Arbeiter bedingte ganz einfach, ih-

15 Böhrs, Hermann/Schelsky, Helmut, Die Aufgaben der Betriebssoziologie und der Arbeitswissenschaft, Stuttgart/Düsseldorf 1954, S. 8.

nen ständig ihre andersgeartete Position zu verdeutlichen, sie materiell zu korrumpieren und ideologisch zu verwirren. Die Prämie war dazu ein Mittel, schon deshalb, weil sie eine andere Form des Anreizes war, als er gegenüber den Arbeitern angewandt wurde. Hinzu kam, daß nicht nur die geförderte Menge, sondern auch Qualitätsmerkmale und Kosten als Berechnungsbasis dienten.

Das Bestreben, den Klassenkampf des Proletariats einzudämmen, spielte auch schon vor dem ersten Weltkrieg bei der Festlegung der betrieblichen Lohnpolitik, Sozialpolitik usw. stets eine gewichtige Rolle und wurde als ein wichtiges Anliegen immer und ständig im Auge behalten. Es wäre aber verfehlt, die Prämienregelungen in der Kaliindustrie lediglich daraus ableiten zu wollen, wenn auch die Tendenz, Gegensätze zwischen den Arbeitern und ihren unmittelbaren Vorgesetzten in der Produktion durch ein Prämiensystem zu vertiefen, ein wichtiges Moment gewesen sein dürfte. Der Hauptgrund für die frühe Einführung von Prämienregelungen dürfte im Bergbau nichtsdestoweniger in der Absicht bestanden haben, die Lohnform ursächlich nach der Arbeitsleistung auszurichten. Die Prämie war nichts anderes als eine Ausdehnung dieser Abhängigkeit auch auf die Entlohnung der Angestellten.

Durch die Art ihrer Tätigkeit hatten die an Prämien beteiligten Angestellten direkten Einfluß auf die Ergebnisse der Produktion im jeweiligen Betrieb oder Bereich. Eine materielle Interessierung am Produktionsergebnis sollte als Anreiz zu höheren Leistungen dienen. Das kam auch deutlich in folgendem Schreiben der Direktion an die Verwaltung des Werkes vom 4. März 1909 zum Ausdruck:

"Um die Meister mehr für die Fabrikation zu interessieren, halten wir es für notwendig, daß diese eine Fabrikationsprämie erhalten und nicht wie seither einen monatlichen Zuschuß zu ihrem Gehalt. Mit letzterer sogenannten Prämie wird nichts erreicht."<sup>16</sup>

Uns steht nur sehr spärliches Material über die Vorarbeiten zur Einführung der Prämiensysteme zur Verfügung. Wir wissen nur wenig über die Gedanken, die Direktion und Betriebsverwaltung zu den jeweiligen Regelungen bewogen. Analysen oder Untersuchungen, die möglicherweise der Einführung einer Prämienregelung, ihrer Abschaffung oder Veränderung vorausgingen, liegen überhaupt nicht vor. Ebenso fehlen Berichte und Berechnungen über den Erfolg oder Mißerfolg der Prä-

mien. Einige wenige Hinweise über die Motive der Prämieinführung enthalten die Schreiben an die betroffenen Angestellten. Sie sind die einzige zur Verfügung stehende Quelle, die einige Antworten auf die aufgeworfenen Fragen gibt.

Einem der künftigen Prämienempfänger schrieb die Direktion im Jahre 1908, daß die Prämienregelung vorgenommen werde, "... um Ihr Interesse an der Herbeiführung billiger Gestehungskosten zu erhöhen".<sup>17</sup>

Im einzelnen wurde dann erklärt, daß man bei der Ermittlung der Gestehungskosten folgende Posten zu berücksichtigen beabsichtige:

1. Die Löhne des gesamten Grubenbetriebes einschließlich Hängebank, Förderbrücke und Maschinisten,
2. Materialien,
3. Dampfkosten der Förderung und Heizung usw.,
4. Werkstattlöhne für den Grubenbetrieb,
5. Beamtengehälter,
6. Löhne für Wächter und Kauenwärter usw.<sup>18</sup>

Der effektiv geförderten Salzmenge wurde eine bestimmte Qualität als Berechnungsbasis zugrunde gelegt, auf die sich Kostenermittlung und Prämienberechnung bezogen. Daraus geht hervor, daß man der Qualität des geförderten Salzes eine wichtige Rolle beimaß. So wurde in dem erwähnten Schreiben hervorgehoben:

"Wir machen darauf aufmerksam, daß Sie also nicht allein ein Interesse daran haben, die Gestehungskosten zu verbilligen, sondern auch daran, möglichst hochprozentige Salze zu fördern."<sup>19</sup>

Aus dem zitierten Schreiben wird ersichtlich, daß man bei der Einführung der Prämien vorzugsweise die Erreichung eines besseren Betriebsergebnisses, im vorliegenden Falle die Senkung der Produktionskosten sowohl durch Einflußnahme auf die einzelnen Kostenfaktoren als auch durch die Verbesserung der Qualität des geförderten Rohsalzes, im Auge hatte. Wenn bei der Aufzählung der Positionen, die der Kostenermittlung und damit der Prämierung zugrunde gelegt wurden, drei von sechs Faktoren den Lohn der Arbeiter betrafen, so hat

17 Ebenda.

18 Ebenda.

19 Ebenda.

das nicht nur seine Ursache in dem hohen Anteil des Lohnes an den Kosten innerhalb der extraktiven Industrie. Zugleich sollte damit das Interesse der Angestellten an möglichst niedrigen Arbeitslöhnen stimuliert werden.

Damit war der Prämienregelung zugleich ein gegen die Arbeiter und die Arbeiterbewegung gerichtetes Moment eigen, über dessen Gewicht das Ankündigungsschreiben zur Prämie schon durch die Betonung der einzelnen Positionen keinen Zweifel ließ.

Die Absicht, durch die Prämien die Leistungen des Betriebes zu erhöhen, wird auch aus der oben bereits zitierten Begründung bei der Einführung der Prämienregelung für die Fabrikmeister deutlich. Nur eine auf einer durch die Verwaltung und den einzelnen kontrollierbaren Leistungskennziffer als sinnvoller Bezugsbasis beruhende Prämie wurde als ein den Anforderungen genügender Anreiz angesehen. Daher herrschte auch das Bestreben vor, fixe, als Prämien deklarierte Zuschüsse durch leistungsabhängige Prämien zu ersetzen und der Prämienberechnung exakte Kennziffern zugrunde zu legen.<sup>20</sup>

Auch bei späteren, in den Schreiben an die betroffenen Angestellten enthaltenen Begründungen für die Einführung oder Veränderung von Prämienregelungen wurde immer wieder auf die Rolle der Prämie für die Leistungssteigerung und den Einfluß, den der einzelne darauf hat, hingewiesen. Die Gleichartigkeit der Motivierung vor und nach dem ersten Weltkrieg kann aber nicht über gewisse Veränderungen, die als Folge der Verschärfung der Klassengegensätze nach dem ersten Weltkrieg auftraten, hinwegtäuschen. Auffällig ist zum Beispiel der häufigere Wechsel der Prämienysteme. Er war eine Folge der größeren Labilität im Wirtschaftsleben, aber auch ein Ausdruck dafür, daß man sich, bedingt durch die verschärften Klassengegensätze, mit Fragen der Prämienregelung stärker beschäftigte. Wenn auch noch die Steigerung der Leistung des Betriebes nach wie vor als erstes Motiv für Prämienregelungen erschien, so erhielten doch insgesamt die sozialökonomisch bedingten Momente ein größeres Gewicht, als sie vor dem ersten Weltkrieg besessen hatten.

### 3. Die Prämienarten

Im Kaliwerk Krügershall AG lassen sich drei Grundarten der Prämien feststellen: die Produktionsprämie, die Kostenprämie und die Quali-

<sup>20</sup> Vgl. Tabelle 1, lfd. Nr. 1, Anmerkungen.

tätsprämie, die einzeln oder miteinander kombiniert zur Anwendung gelangten. Zwei Probleme verdienen bei der Untersuchung der Prämienarten besondere Aufmerksamkeit: der Wechsel der Prämienarten und seine Ursachen sowie das Verhältnis, das dabei zwischen höheren und niederen Angestellten bestand.

Die folgenden Tabellen zeigen die Veränderungen, die sich in der Prämienart vollzogen:

T a b e l l e 5

Die angewandten Prämienarten im Grubenbetrieb<sup>21</sup>

Jahr	Prämienart	
	für Betriebsführer und Obersteiger	für Steiger und Aufseher
1908	Prämien nach den Förderkosten der Rohsalze	
1910	Prämien nach den Kosten der Rohsalzgewinnung und -förderung und nach der Qualität des geförderten Rohsalzes (Schlammgehalt und KCl-Gehalt)	
1917		Prämie nach der Menge der Produktion an Fabrikaten
1918	Prämie nach der Menge der Produktion an Fabrikaten	
1921	Prämie nach den Kosten der Fabrikate	
1922	Prämie nach der Menge der Produktion an Fabrikaten	
1924	Prämie nach den Kosten der Fabrikate	für einen Steiger: Prämie nach den Kosten der Fabrikate
1925	Prämie nach den Kosten der Fabrikate und Prämie nach der Qualität des geförderten Rohsalzes (Schlammgehalt und KCl-Gehalt)	für einen anderen Steiger und einen Aufseher: Prämie nach der Leistung pro Mann und Schicht im Grubenbetrieb
1927	Prämie nach den Förderkosten des Rohsalzes und nach der Qualität des Rohsalzes (Schlammgehalt)	

21 Zusammengestellt nach Tabelle 1.

T a b e l l e 6

Die angewandten Prämienarten im Fabrikbetrieb<sup>22</sup>

Jahr	Prämienart für Betriebsführer	für Obermeister, Meister und Aufseher
1908	Prämie nach den Kosten der Fabrikate	
1909		Prämien nach dem Rohsalz- und dem Kohlenverbrauch bei der Produktion in der Fabrik und Prämie nach den Lohnkosten
1917		Prämie nach der Menge der Pro- duktion an Fabrikaten
1918	Prämie nach der Menge der Produktion an Fa- brikaten	
1921	Prämie nach den Kosten der Fabrikate	
1922	Prämie nach der Menge der Produktion an Fa- brikaten	
1924	Prämie nach den Kosten der Fabrikate	
1925	Prämie nach den Kosten der Fabrikate und Prä- mien nach der Menge der Produktion an Fabrika- ten (unterteilt nach Chlorid und Sulfat). Diese Mengenprämien wur- den im gleichen Jahr in Prämien nach der Ausbeu- te bei der Fabrikation umgewandelt	Prämien nach der Menge der Pro- duktion an Fabrikaten (unter- teilt nach Chlorid und Sulfat). Diese Prämien wurden im glei- chen Jahr in Prämien nach der Ausbeute bei der Fabrikation umgewandelt
1926		Neben der Prämie nach der Aus- beute wird für einen Teil des Personenkreises eine Prämie nach der Menge der Produktion von Sulfat eingeführt
1927	Prämien nach der Ausbeu- te bei der Fabrikation (unterteilt nach Chlorid und Sulfat) und Prämie nach der Menge der Pro- duktion von Sulfat	
1928	Prämie nach der Ausbeute bei der Fabrikation von Chlorid	

<sup>22</sup> Zusammengestellt nach Tabelle 2.

Recht einfach war die Regelung der Prämienverhältnisse im Maschinenbetrieb. Der Betriebsführer erhielt ab 1908 eine Prämie nach den Kosten der elektrischen Energie pro erzeugtem Doppelzentner Kaliumoxid. Damit hing die Prämie nicht nur von der Leistung im Kraftwerk, sondern auch von dem mehr oder weniger rationellen Verbrauch an Energie in Grube und Fabrik ab. Diese Prämienart blieb bis 1920 gültig. Erst dann wurde die Prämie - was bei den anderen Betriebsführern schon 1917 bzw. 1918 geschah - von der monatlichen Produktion des Werkes abhängig gemacht. In den folgenden Jahren deckte sich die für den als Leiter des Maschinenbetriebes fungierenden Betriebsingenieur Schulten festgelegte Prämienart mit den für den Grubenbetriebsführer festgesetzten Prämienregelungen.<sup>23</sup> Als 1924 im Gruben- und im Fabrikbetrieb wieder Kostenprämien den Vorzug erhielten, blieb die Mengenprämie für den Maschinenbetriebsleiter weiterhin bestehen. Erst 1926 wurden auch in diesem Bereich wieder Kostenprämien angewandt. Wie auch schon vor 1920 gelangte eine Prämie zur Anwendung, auf die sowohl die Leistungen im Maschinenbetrieb selbst als auch die Arbeit in Grube und Fabrik Einfluß hatten.

Recht unkompliziert waren die Regelungen für den Salinenbetrieb. Der ab 1922 angewandten Prämie nach der Produktionsmenge folgte 1925 eine Prämie nach den Kosten der Siedesalzproduktion, und ab 1926 wurden schließlich beide Prämienarten gleichzeitig benutzt.

Die Tabellen 5 und 6 zeigen ebenso wie die Darlegungen über die Prämienarten im Maschinen- und im Salinenbetrieb, daß zwei Grundprämienarten - die Produktionsprämie und die Kostenprämie - mehrmals einander ablösten und daß in der Regel lediglich eine der beiden Prämienarten angewandt wurde. Die dritte Grundprämienart, die Prämie nach Qualitätsmerkmalen der Produktion, ergänzte zumeist nur die Kostenprämie. Fast niemals wurde sie in Verbindung mit der Produktionsprämie angewandt. Im Wechsel zwischen Kosten- und Produktionsprämie lassen sich für den Gesamtbetrieb deutlich folgende fünf Phasen unterscheiden:

1. Phase: 1908 bis 1917/18, Anwendung von Kostenprämien,
2. Phase: 1917/18 bis 1921, Anwendung von Produktionsprämien,
3. Phase: 1921 bis 1922, Anwendung von Kostenprämien,
4. Phase: 1922 bis 1924, Anwendung von Produktionsprämien,

<sup>23</sup> Vgl. Tabelle 1, lfd. Nr. 7 - 12 u. 14 sowie Tabelle 3, lfd. Nr. 3 - 9.

5. Phase: ab 1924 vorwiegend Anwendung von Kostenprämien, ergänzt durch verschiedene Formen von Qualitätsprämien sowie, im Fabrik- und Salinenbetrieb, durch Produktionsprämien für die wichtigsten oder eines der wichtigsten Produkte.

Der Wandel scheint vor allem auf allgemeine wirtschaftliche Aspekte, besonders aber auf die allgemeine Entwicklung in der Kaliindustrie zurückzugehen.

Die erste Phase fiel in eine Periode, in der sich die deutsche Kaliindustrie sprunghaft vergrößerte. Gab es 1898 in Deutschland 10 produzierende Werke, so stieg deren Zahl über 20 im Jahre 1901 und 50 im Jahre 1908 auf 207 im Jahre 1916 an.<sup>24</sup> Unter Ausnutzung des damals noch bestehenden deutschen Weltmonopols an erschlossenen Kalilagerstätten und im Schutze eines alle Werke umfassenden Syndikats, das durch Reichsgesetz 1910 zum Zwangssyndikat wurde, erzielte die deutsche Kaliindustrie auf dem Weltmarkt hohe Gewinne.

Immer neues Kapital war auf der Suche nach profitabler Anlage in den Kalibergbau geflossen. Dabei hatten sich die Absatzverhältnisse relativ immer mehr verschlechtert. Während von 1898 bis 1913 die Zahl der Werke im Verhältnis 1:16,7 gestiegen war, hatte der Absatz nur im Verhältnis 1:4,5 zugenommen.<sup>25</sup> Alle Versuche, dieser Entwicklung durch gesetzliche Eingriffe Einhalt zu gebieten, waren nicht nur gescheitert, sondern letzten Endes sogar in ihr Gegenteil umgeschlagen. "Solange das deutsche Monopol bestand, hatte eine derartige Überkapitalisierung zwar allgemeinwirtschaftliche Bedenken, sie lief auch dem Interesse der alten Werke zuwider - indessen ließen sich alle diese Nachteile durch entsprechende Preisgestaltung zum Teil auf die Abnehmer abwälzen, solange nur das Syndikat nicht auseinanderfiel", so kommentierte Moraht einige aufschlußreiche Begleitumstände dieser eigenartigen Entwicklung.<sup>26</sup> Auf weitere damit zusammenhängende Aspekte wies Paxmann 1908 hin, wenn er schrieb:

"Wie sich kaum in Abrede stellen läßt, befindet sich die Kaliindustrie im Zustand der Überproduktion, wenn auch von einer in dieser Beziehung vorliegenden ausgesprochenen Krisis im gegenwärtigen Augenblick noch keineswegs gesprochen werden kann. Die durch den Zutritt zahlreicher neuer Werke zum Syndikat notwendig herbeigeführte

24 Moraht, Robert, Der deutsche Kalibergbau, Nieder-Ramstadt, b. Darmstadt 1921, S. 24.

25 Ebenda.

26 Ebenda, S. 25.

Ver minderung der Überschüsse der Einzelwerke läßt sich nun auch durch eine Erhöhung der Verkaufspreise herbeiführen. Eine solche ist aber gegenwärtig nur in beschränktem Maße möglich. Für große, wichtige Teile des Absatzgebietes steht einer Preiserhöhung das Hindernis entgegen, daß die bestehenden Lieferungsverträge eine solche für die jetzige Dauer des Syndikats ausschließen."<sup>27</sup>

Einer Überproduktion suchte man vor allem durch Nichtauslastung der Kapazitäten zu begegnen. Das heißt aber nicht zuletzt, daß Stimuli für eine Steigerung der Produktion völlig deplaziert gewesen wären und daß es vielmehr darum ging, mit geringsten Kosten zu produzieren. So erklärt sich auch, weshalb die Prämien ab 1908 eindeutig auf die Kostensenkung ausgerichtet waren.

Die zweite Phase hatte ihre Ursachen deutlich in den Auswirkungen des ersten Weltkrieges. Bei der Einführung der Produktionsprämie schrieb die Verwaltung des Kaliwerkes Krügershall AG am 13. Juni 1917 an den Platzmeister Hornung:

"Um Ihr Interesse an der erhöhten Förderung zu heben und dieses auch für die Folge aufrecht zu erhalten, bekommen Sie von den in der Fabrik erzeugten  $K_2O$ -Mengen eine Prämie... Wir erwarten von dieser Prämienart, daß Sie sich ernstlich bemühen, die Erzeugung unserer Fabrik wieder auf die alte, vor dem Krieg bestandene Leistungsfähigkeit zu bringen. Das liegt im Interesse des Werkes und der Volksernährung."<sup>28</sup>

Noch deutlicher gibt die Gründe ein Schreiben wieder, das am 5. März 1918 den Betriebsführern zugestellt wurde. Dem Hinweis, daß bei der Produktion nicht einmal die frühere Höhe gehalten werden konnte, was verschiedene Gründe habe, folgte die Feststellung, "... daß viele unserer Beamten nicht mehr das große Interesse an unserem Betrieb haben, wie das früher der Fall gewesen ist. Speziell hat der Schacht und die Fabrik in sehr vielen Punkten versagt; die Gründe sollen hier unerörtert bleiben."<sup>29</sup> Dann schloß sich die Prämienregelung mit folgender Begründung an:

"Um das Interesse der einzelnen Herren Betriebsführer zu erhöhen, sollen bis auf weiteres die Prämienätze nach der beifolgenden Staf-fel geregelt werden. Wird also die Produktion wieder auf die Höhe

27 Paxmann, Heinrich, Übersichtskarte der Kaliunternehmungen nach dem Stande vom Sommer 1907, Halle (Saale) 1908, S. 6.

28 BA, D, Akte Betriebsprämien.

29 Ebenda.

gebracht, so werden auch Ihnen namhaft höhere Prämienbeträge zufallen... Wir haben die Überzeugung, daß zurzeit kein Grund vorliegt, wenn alle Beamten und Arbeiter ihre volle Pflicht tun, wozu die Herren Betriebsführer diese anzuhalten verpflichtet sind, daß wir nicht wieder auf unsere alte Leistung zurückkommen. Sie wissen im übrigen, daß wir uns dem Generalkommando gegenüber verpflichtet haben, unsere Produktion in Höhe von etwa 10 000 dz pro Monat, spätestens ab 1. Januar d. Js. durchzuführen. Wenn wir unsere Versprechen nicht halten, können die Folgen ganz unabsehbar sein."<sup>30</sup>

Der kriegsbedingt hohe Bedarf an Kalisalzen bei gleichzeitigem aus den Kriegsfolgen resultierendem Leistungsrückgang der Werke und die staatsmonopolistische Kriegszwangswirtschaft führten zu der 1917 vorgenommenen Änderung der Prämienart. Diese Prämienart blieb auch nach dem Kriege bestehen, weil bei der geringen Leistungsfähigkeit der Werke ein hohes Interesse an der Steigerung der Produktion bestand.

Etwas eigenartig nimmt sich die dritte Phase aus, die nur sehr kurze Zeit dauerte und wohl in erster Linie ein Zwischenspiel zwischen der zweiten und der vierten Phase war. Man kehrte zur Kostenprämie zurück.

Die deutsche Kaliindustrie hatte im Gefolge des Krieges viele Außenmärkte und ihre Monopolstellung auf dem Weltmarkt verloren. Vor allem durch die Rückgliederung des Elsaß an Frankreich war dem deutschen Kalibergbau in der dortigen Industrie ein bemerkenswerter Konkurrent entstanden. Zudem waren in Spanien bedeutende Lagerstätten entdeckt worden, und die USA unternahmen starke Anstrengungen, durch einheimische Kalierzeugung Teile ihres Bedarfs zu decken. Daher wurden schon um 1920 Forderungen nach Rationalisierung in der deutschen Kaliindustrie laut, die ein Herabdrücken der Selbstkosten zum Ziel hatten, um für den künftig zu erwartenden Konkurrenzkampf mit Frankreich und Spanien gewappnet zu sein. Erste Rationalisierungsprogramme entstanden.<sup>31</sup>

Unter diesem Blickwinkel muß auch die Rückkehr zur Kostenprämie gesehen werden. Allerdings scheint bei der Wiedereinführung dieser Prämienart auch ein Irrtum im Spiele gewesen zu sein, nämlich die Hoffnung auf eine Normalisierung im Wirtschaftsleben. Mehr noch,

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Vgl. Moraht, Robert, a. a. O., S. 49 ff.

man wollte die Prämienregelung zur Erreichung einer "Normalisierung" benutzen, wie sich am folgenden Abschnitt eines Briefes der Werksverwaltung an den Maschinenbetriebsführer Schulten vom 1. Oktober 1921 ablesen läßt. In dem Brief hieß es: "Damit Sie ein erhöhtes Interesse an einer billigen Erzeugung haben, mit welcher wir allein über die schwierigen Verhältnisse, wie sie zur Zeit in der Kaliindustrie bestehen, kommen, sind wir bereit, Ihnen bis auf weiteres, unter Fortfall der seitherigen Prämienberechnung, eine von den Gesteungskosten abhängige Betriebsprämie zu gewähren."<sup>32</sup>

Die Rückkehr zur Produktionsprämie in der vierten Phase war vorwiegend durch die Entwicklung, die die Inflation nahm, bedingt und resultierte vor allem aus der Unmöglichkeit, exakte Kostenberechnungen einer Prämienregelung zugrunde zu legen. Die Prämienberechnung hätte zu häufig geändert werden müssen; eine solche Prämie wäre angesichts dessen weder wirtschaftlich sinnvoll noch rentabel gewesen. Hinzu kam, daß in der Inflationszeit die deutsche Kaliindustrie den Weltmarkt billig beliefern konnte und ausländische Konkurrenz kaum zu fürchten brauchte. Der verhältnismäßig gute Absatz ließ ein Interesse an hoher Produktion aufkommen. Das zu stimulieren schien angesichts der verheerenden Folgen, die die Inflation auf die Lage der Werkstätigen und dadurch auf deren Leistungsfähigkeit hatte, um so notwendiger zu sein.

Der Beginn der fünften Phase fiel mit der einsetzenden relativen Stabilisierung des Kapitalismus zusammen. Rationalisierung des Betriebes ließ die Anwendung von Kostenprämien in Verbindung mit Qualitätsprämien in den Vordergrund treten. Zudem zwang die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die Erzeugung besonders gefragter Produkte - eine Zeitlang waren es Kalisulfate - stärker zu fördern. Daraus erklärt sich die gleichzeitige teilweise Stimulierung der Produktionsmenge durch Prämien. Außerdem drückt sich in dem Neben- und Miteinander bei der Anwendung der verschiedenen Prämienarten und in den dabei ausgearbeiteten Systemen der erreichte höhere Stand in der arbeitswissenschaftlichen Forschung gegenüber der vorangegangenen Zeit auch aus. Also nicht nur - wie wir oben feststellten - ein häufiger Wechsel in den Prämienregelungen, sondern auch eine umfassendere Gestaltung lassen eine größere Beschäftigung mit Problemen der materiellen Stimulierung der Produktion durch Prämien in den zwanziger Jahren erkennen.

Bisher wurden nur allgemeine ökonomische Gründe für die Ursachen bei der Bestimmung der Prämienart erwähnt. Tatsächlich scheint es ein allgemeines Charakteristikum zu sein, daß die Grundart der Prämie primär von Momenten der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt wird und die betriebliche Entwicklung sich primär nur insofern auswirkt, als diese Bestandteil der allgemeinen Entwicklung bzw. Bestandteil der Entwicklung in einem speziellen Industriezweig ist. So erscheint es jedenfalls bei der Untersuchung des vorliegenden Betriebes.

Spezielle betriebliche Gründe für die Prämiengestaltung werden erst erkennbar, wenn man nicht mehr die Grundart der Prämie, sondern die spezifische Prämienart und die Prämienberechnung untersucht. Vor allem fallen dabei die Unterschiede zwischen Grube und Fabrik und vielleicht noch mehr die Gemeinsamkeiten auf.

In der ersten Phase unterschieden sich die Prämienarten in beiden Werksteilen voneinander. Der Prämienermittlung lagen in der Grube die Rohsalzkosten, in der Fabrik die Kosten der Fabrikate zugrunde. In die Kosten der Fabrikate gingen dabei auch die Rohsalzkosten ein, eine Regelung, die zu einer möglichst hohen Ausbeute bei der Rohsalzverarbeitung anregte. Bei der Wahl der einzelnen Prämienart waren es also die betrieblichen Verhältnisse, die eine spezielle Regelung bedingten.

In den folgenden drei Phasen wurden in beiden Betrieben gleiche Prämienarten angewandt, die in jedem Falle vom Ergebnis in der Fabrik abhängig waren. Bei der Prämie nach der Produktionsmenge mag das einleuchtend sein, da von der Menge und der Qualität (Kaliumoxid-Gehalt und Schlammgehalt) des geförderterten Rohsalzes das Produktionsergebnis der Fabrik wesentlich abhängt. Bei der Kostenprämie scheint dieses Verfahren allerdings nicht das zweckmäßigste gewesen zu sein. Aus dieser Erkenntnis ergab sich wohl auch zunächst ab 1925 eine teilweise Wiedereinführung von Kennziffern des Grubenbetriebes bei der Prämienregelung im Grubenbetrieb und ab 1927 der Übergang zu Prämienarten, die völlig auf die Kosten und auf Qualitätskennziffern des Grubenbetriebes bezogen waren. Darin ist zugleich auch ein weiterer Ausdruck für die Vervollkommnung, die die Prämienregelungen in den zwanziger Jahren erfuhren, zu sehen.

Als ein weiteres Problem verdient die teilweise unterschiedliche, teilweise gleichförmige Festlegung der Prämienart für die Betriebsleiter und die ihnen unterstellten Angestellten Aufmerksamkeit. Die

Unterschiede, die hier zwischen Grube und Fabrik auftraten, waren beträchtlich.

Im Grubenbetrieb überwog die Gleichartigkeit der Prämiengestaltung. Sieht man von der nicht eingeführten Prämienregelung für den Obersteiger und Betriebsführer aus dem Jahre 1912 (Tabelle 1, lfd. Nr. 3) ab, blieb bis 1921 die Prämienart für alle Angestellten die gleiche. Lediglich ein Unterschied trat auf: die Produktionsprämie, die 1917 schon für die Steiger und Aufseher wirksam wurde, gelangte für den Betriebsführer erst Anfang 1918 zur Einführung. Vielleicht sollte auf diese Weise einerseits die Produktionsmenge stimuliert werden, während andererseits zugleich die Bedeutung der Kosten hervorgehoben wurde.

Ob Gesichtspunkte der Leitungstätigkeit oder die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage oder beide Faktoren gemeinsam schließlich zur einheitlichen Anwendung der Produktionsprämie führten, kann, da keine Quellen darüber Aufschluß geben, nicht entschieden werden.

Der erste größere Unterschied in der Prämienregelung zwischen dem Betriebsführer und den anderen Angestellten trat 1921/22 auf, als für die Steiger und Aufseher die 1917 eingeführte Produktionsprämie weiter bestehen blieb, für den Betriebsführer aber die Kostenprämie wirksam wurde. Diese auf eine kurze Zeitspanne begrenzte Erscheinung, die oben näher untersucht wurde, machte dann in den Jahren 1922 bis 1924 wieder einer einheitlichen Regelung Platz. Ab 1924 wird in der Wahl der Prämienarten eine Tendenz zu unterschiedlichen Regelungen erkennbar. Das zeigte sich bereits in der 1924 für den Obersteiger und Betriebsführer und den Fahrsteiger eingeführten Prämienzahlung nach den Kosten, während für die anderen Angestellten die Produktionsprämie weiterhin bestehen blieb. Noch deutlicher aber trat das bei den Regelungen aus dem Jahre 1925 hervor. Für den Betriebsführer wählte man jetzt die Leistungen des Gesamtbetriebes und wichtige Qualitätskennziffern des Grubenbetriebes als Prämienbasis, während für Steiger und Aufseher in der Grube die Arbeitsleistung Grundlage der Prämienberechnung wurde. Damit war im Grubenbetrieb erstmals der Versuch unternommen worden, den Umfang des Verantwortungsbereichs differenziert nach der Aufgabenstellung für die einzelnen Angestellten bei der Prämienregelung zu berücksichtigen. Wiederrum läßt sich nicht entscheiden, ob sich dieses System bewährt oder nicht bewährt hat. Bekannt ist nur die Tatsache, daß 1927 wieder einheitliche Prämienbestimmungen im Grubenbetrieb in Verbindung

mit der bereits erwähnten Rückkehr von den Fabrikations- zu den Förderkosten Anwendung fanden. Daraus läßt sich auf alle Fälle der Schluß ziehen, daß Prämien, die auf Kennziffern des betreffenden Betriebes basierten, als zweckmäßigste Form angesehen wurden und eine einheitliche Regelung für alle Grubenangestellten den Vorzug erhielt.

Wesentlich anders verlief die Prämiengestaltung im Fabrikbetrieb. Hier traten von Anfang an erhebliche Unterschiede zwischen dem Betriebsführer und den anderen Angestellten auf. Während für den Betriebsführer die Gesamtkosten bei der Fabrikation, die auch von der Leistung in anderen Werksteilen abhingen, die Prämienbasis abgaben, waren für alle anderen Angestellten wichtige Kennziffern für die Tätigkeit im Fabrikbetrieb selbst, auf die sie Einfluß hatten, als Bezugsgröße gewählt worden. Daß eine Prämienart dabei von den Lohnkosten abhängig war, ist ein besonders aufschlußreicher Aspekt, der das Wesen kapitalistischer Prämienregelungen schonungslos enthüllt. Ebenso interessant ist aber, daß eine solche Regelung nur bis 1917 bestand und in den folgenden Jahren bis 1928 nicht wieder auftrat. Die Verschärfung des Klassenkampfes nach dem ersten Weltkrieg, vor allem sicher auch die nach 1918 erheblich gewachsene Kraft der Arbeiterbewegung im Kalibergbau selbst, war dafür wohl die entscheidende Ursache.

Die Unterschiede in den Jahren 1917 bis 1924 waren die gleichen wie im Grubenbetrieb. Die Regelungen von 1925 wiesen im Prinzip wieder den gleichen Unterschied auf, wie er vor 1917 bestanden hatte. Neben den Prämien nach der Produktionsmenge bzw. nach der Ausbeute bei der Verarbeitung des Rohsalzes, die für alle Fabrikangestellten galten, bestand für den Fabrikleiter zusätzlich noch die Kostenprämie. 1927 begann ein Ausgleich der Unterschiede, und 1928 wurde eine einheitliche Prämienregelung eingeführt - sicher aus den gleichen Gründen, die möglicherweise im Grubenbetrieb wirksam waren.

Die größere Differenziertheit der angewandten Prämienarten im Fabrikbetrieb erklärt sich vor allem aus der vielschichtigen Aufgabenstellung, die dem Fabrikbetrieb als verarbeitendem Betrieb gegenüber dem Grubenbetrieb, der lediglich die Rohsalze abzubauen und zutage zu fördern hatte, zufiel. Dies bedingte auch die Anwendung differenzierterer Prämienysteme für die einzelnen Angestellten. Die betrieblichen Bedingungen wirkten sich aber auch in der Weise auf die Prämienregelungen aus, daß Veränderungen in Betriebsablauf - zum

Beispiel die Inbetriebnahme neuer Anlagen - oder die Veränderung von Materialkosten auch zu Veränderungen in der Prämienregelung führten. Die Prämienregelung wurde den Betriebsbedingungen angepaßt. Nur auf diese Weise war es möglich, die Wirksamkeit der Prämien zu erhalten.

#### 4. Die Prämienberechnung und ihre Besonderheiten im Verlaufe der Entwicklung

Die Berechnung der Prämien erfolgte stets direkt, das heißt, die Prämien wurden in jedem Falle auf das Ergebnis des Betriebes bezogen und der für das erreichte Ergebnis vorgesehene absolute Geldbetrag gezahlt. Eine Staffelung der Prämien, berechnet auf der Basis des Gehalts, erfolgte nicht, wohl aber eine Differenzierung auf der Grundlage der Positionen der einzelnen Angestellten in der Leitungshierarchie.

Zwischen den im vorangegangenen Abschnitt ermittelten Phasen in der Entwicklung der Prämiensysteme traten auch hinsichtlich der Prämienberechnung beachtliche Unterschiede auf.

In der ersten Phase wurden bei den Kostenprämien Maximal- und Minimalwerte für die Kosten pro Doppelzentner festgelegt. War der Maximalwert erreicht, so setzte die Prämienzahlung ein. Konnten die Kosten weiter gesenkt werden, wurde eine progressiv anwachsende Prämie gezahlt.

Leider gestattet das vorliegende Material keine ausreichende Beurteilung des Verhältnisses zwischen den Bezugsgrößen für die Prämie und der tatsächlichen Leistung des Betriebes.

Erst für das Jahr 1913 sind Förderkosten für den Doppelzentner Rohsalz à 16 Prozent KCl-Gehalt bekannt. Sie betragen:

im Januar	30,04	Pfennige,
im Februar	31,90	" ,
im März	34,519	" ,
im April	?	" ,
im Mai	28,158	" ,
im Juni	31,274	" ,
im Juli	29,496	" ,
im August	25,616	" ,
im September	24,56	" ,
im Oktober	26,99	" ,

im November	26,97	Pfennige,
im Dezember	28,40	"

33

Das ergäbe einen Jahresdurchschnitt von 28,902 Pfennigen. Unterstellt man, daß die Kosten in den Jahren 1908 bis 1910 ähnlich gewesen sein dürften, dann hätten die tatsächlichen Kosten etwa in der Mitte zwischen dem für die Prämienberechnung fixierten Maximal- und Minimalwert gelegen.

Ein anderes Bild ergibt sich bei den Fabrikkosten. Die Herstellungskosten pro Doppelzentner  $K_2O$ /Fabrikat betragen 1913:

im Februar	7,353	Mark,
im März	7,296	" ,
im April	7,079	" ,
im Mai	6,958	" ,
im Juni	7,215	" ,
im Juli	6,826	" ,
im August	6,113	" ,
im September	5,718	" ,
im Oktober	6,285	" ,
im November	6,726	" ,
im Dezember	7,156	" .34

Das ergibt einen Durchschnitt von 6,792 Mark. Da die Prämienregelung von 1908 noch galt, lag der für die Höchstprämie festgelegte Kostensatz weit über den tatsächlichen Kosten. Eine die Leistung stimulierende Wirkung der Prämie konnte in diesem Fall wohl kaum noch erwartet werden. Selbst wenn die den tatsächlichen Verhältnissen mehr angepaßte Prämienregelung von 1912 eingeführt worden wäre, hätten die tatsächlichen Kosten nahe bei dem Kostensatz für die Höchstprämie gelegen. Wahrscheinlich hatte die Prämienregelung im Jahre 1908 den tatsächlichen Verhältnissen entsprochen, aber eine Anpassung an spätere Veränderungen und Entwicklungen in der Kostengestaltung war nicht erfolgt.

Im Unterschied zu späteren Prämienberechnungen wies die Ermittlung der monatlichen Kostenprämie in der ersten Phase eine Besonderheit auf: Es wurde nicht ein für eine bestimmte Leistung fixierter Prämien-

33 Ebenda, Akte Betriebsberichte.

34 Ebenda.

satz gezahlt, sondern alle Prämiensätze bis zu dem für die tatsächliche Leistung gewährten Satz wurden zur Monatsprämie addiert.

Wuchs die Prämie im Grubenbetrieb und für den Fabrikbetriebsleiter progressiv an, so ließ die Prämienberechnung für die anderen Fabrikangestellten nur einen gleichmäßigen Zuwachs zu. Es waren Maximalwerte für den Rohsalz- und Kohlenverbrauch und für die Lohnkosten vorgesehen, bei deren Unterschreitung die Prämienzahlung einsetzte. Minimalwerte waren nicht festgelegt worden, so daß die Prämie in ihrer Höhe auch nicht begrenzt war (Tabelle 2, lfd. Nr. 2).

Eine nur einmal im Kaliwerk Krügershall angewandte Form der Prämienberechnung trat mit der Prämienregelung für den Grubenbetrieb im Jahre 1910 in Kraft (Tabelle 1, lfd. Nr. 2). Durch die Verbindung der Einzelprämien zu einer formelmäßig berechneten Gesamtprämie ging die Überschaubarkeit des Verhältnisses zwischen jeweiliger Leistung und Prämie weitgehend verloren. Vielleicht war das der Grund, daß eine solche Form der Berechnung später keine Anwendung mehr fand. Durch die Art der Errechnung gab es keine obere und keine untere Grenze für die Prämie, und der Zuwachs erfolgte linear.

Bei den in der zweiten Phase angewandten Produktionsprämien bestand keine untere Begrenzung; Prämie wurde bereits für den ersten Doppelzentner gezahlt. Die Ursachen für die Wahl des oberen Wertes für die Produktion (10 000 Doppelzentner) wurden oben schon genannt. Diese obere Begrenzung lag weit über der tatsächlich im Werk erreichten Produktion.<sup>35</sup>

Der Zuwachs gestaltete sich für die einzelnen Angestellten sehr unterschiedlich. Bei allen Angestellten stieg bis 4000 Doppelzentner die Prämie konstant, und zwar proportional der Produktionsmenge an. Bei 4000, 6000 und 8000 Doppelzentner nahm der Prämiensatz zu. Für die Betriebsführer, den Fahrsteiger und den Obermeister der Fabrik erhöhte sich außerdem noch bei 9000 Doppelzentner erneut der Prämiensatz.

Der Prämiensatz stieg gleichmäßig an, bei den Steigern, Meistern und Aufsehern allerdings jeweils nur um 0,5 Pfennig, beim Obermeister und Fahrsteiger dagegen jeweils um 1 Pfennig. Für die Betriebsführer stieg der Prämiensatz bis 8000 Doppelzentner jeweils um 1 Pfennig, dann jedoch um jeweils 2 Pfennige.

35 Vgl. Anhang 1.

Innerhalb der bei 4000, 6000, 8000 und teilweise bei 9000 Doppelzentner liegenden Grenze nahm die Prämie konstant zu.

In der differenzierten Gestaltung der Prämienberechnung drückte sich die Beachtung der unterschiedlichen Verantwortung der einzelnen Angestelltengruppen für den Ablauf der Produktion aus, aber gleichermaßen auch die Berücksichtigung einer Art Beamtenhierarchie, die durch ein wohlwogendes System unterstrichen wurde. Das zeigt sich auch darin, daß für einige neu eingestellte Beamte und für einige Handwerker der Prämienatz nur um 0,25 Pfennig anwuchs. Die 1920 erfolgte bessere Anpassung der Prämienregelung an die tatsächliche Produktion im Werk erstreckte sich nur auf die Betriebsführer. Dabei wurde der Prämienatz noch stärker gestaffelt. Die Staffelung setzte bei 5000 Doppelzentner Produktion ein und sah für jeweils weitere 500 Doppelzentner einen Zuwachs um 1 Pfennig pro Doppelzentner vor. Der Zuwachs erhöhte sich ab 7000 Doppelzentner um 2 Pfennige, ab 8000 Doppelzentner um 3 Pfennige pro Doppelzentner.

Die in der dritten Phase eingeführten Prämienberechnungen sahen wiederum Maximal- und Minimalwerte für die Kosten vor; entsprechend war die Prämienhöhe begrenzt. Die Berechnung war gegenüber der ersten Phase insofern verändert, als für eine bestimmte Leistung eine bestimmte Prämienhöhe fixiert war, die dann als Prämie gezahlt wurde. Bei der ersten Regelung (Tabellen 1 und 2, jeweils lfd. Nr. 8) nahm die Prämienhöhe im wesentlichen linear zum Sinken der Kosten zu. Sie stieg bei Kosten im Bereich von 190 bis 170 Mark pro Doppelzentner um durchschnittlich 10 Mark pro Doppelzentner, bei Kosten im Bereich zwischen 170 und 160 Mark um 15 Mark pro Doppelzentner. Einmalig, bei 170 Mark pro Doppelzentner, wurde also der Prämienzuwachs, der ansonsten linear erfolgte, angehoben. Der Zuwachs um durchschnittlich 10 Mark im Kostenbereich von 190 bis 170 Mark pro Doppelzentner ist allerdings nur rechnerisch von Interesse, denn höchstwahrscheinlich wurden die Kosten zum Zweck der Prämienermittlung auf die vollen Zehnmarkbeträge aufgerundet. Die geringe Differenzierung in einem bestimmten Bereich war in der weiteren Regelung (Tabellen 1 und 2, jeweils lfd. Nr. 9) überwunden worden. Diese Regelung sah bis zu Kosten von 207,50 Mark pro Doppelzentner ein lineares, ab 205 Mark pro Doppelzentner ein progressives Anwachsen der Prämie vor. Dagegen kehrte die dritte Regelung innerhalb dieser Phase (Tabellen 1 und 2, jeweils lfd. Nr. 10) zum linearen Zuwachs zurück. Im Unterschied zur ersten Regelung wurde aber der Zuwachssatz nicht einmalig angehoben.

Die Einführung der Produktionsprämie in der vierten Phase erfolgte durch Schreiben vom 27. Oktober 1922 an die betroffenen Angestellten. Sie erfolgte rückwirkend zum 1. Oktober 1922.<sup>36</sup> Zum Zeitpunkt der Einführung ließ sich etwa die erreichbare Monatsproduktion schon annähernd errechnen. Die Monatsproduktion betrug im Oktober 7500 Doppelzentner Kaliumoxid.<sup>37</sup> In den vorangegangenen neun Monaten war diese Höhe einmal überschritten und achtmal nicht erreicht worden. Die Abweichung nach oben war gering, die Abweichungen nach unten waren mehrmals beträchtlich.<sup>38</sup> Die Zahlung der Grundprämie setzte eine Monatsproduktion von 7500 Doppelzentner Kaliumoxid voraus. Die Zuschläge bzw. Abzüge für eine Über- bzw. Unterproduktion stiegen für die ersten 250 Doppelzentner pro Doppelzentner linear an.

Für den Bereich jeweils weiterer 250 Doppelzentner erhöhte sich dieser Zuschlags- bzw. Abzugssatz, der für einen Doppelzentner vorgesehen war. Allerdings war mit 6 Mark pro Doppelzentner ab 751 Doppelzentner eine obere Grenze erreicht. Die für die Gewährung der Grundprämie geforderte Monatsproduktion wurde später mit Rücksicht auf die tatsächliche betriebliche Leistung niedriger angesetzt, wenn diese auch im November 1922 mit 5801 Doppelzentner Kaliumoxid den ursprünglich vorgesehenen Grundwert überstieg und in der ersten Hälfte 1923 fast ausnahmslos weit über 7500 Doppelzentner Kaliumoxid pro Monat lag.<sup>39</sup> Diese Erscheinung wirft ein Licht auf die Schwierigkeiten, die sich aus der diskontinuierlichen Entwicklung der Wirtschaft im Kapitalismus für eine sinnvolle Prämiengestaltung ergeben.

Neu war bei der Prämienberechnung in der vierten Phase, daß die Zahlung der vollen Prämie noch an einige Bedingungen hinsichtlich der Qualität geknüpft war. Inwieweit jedoch diese Bedingungen bei der Prämienberechnung dann tatsächlich Berücksichtigung fanden, ist allerdings nicht erkennbar.

Den in der fünften Phase angewandten Prämienregelungen lagen wiederum Maximal- und Minimalwerte für die Kennziffern zugrunde. Für die im Bereich dieser Werte liegenden Leistungen wurden Prämien gezahlt, die durchweg linear anwuchsen. Eine Ausnahme bildete die 1924 für den Steiger Rabenalt eingeführte Prämie (Tabelle 1, lfd. Nr. 15),

36 BA, D, Akte Betriebsprämien.

37 Ebenda, Nr. K 324.

38 Vgl. Anhang 1.

39 Vgl. ebenda.

die bald linear, bald progressiv, bald degressiv anstieg, ohne daß ein System erkennbar wäre.

Die Berechnung der Kostenprämien im Fabrikbetrieb entsprach derjenigen, die für den Grubenbetrieb vorgenommen wurde. Bei den Produktions- und Ausbeuteprämien legte man Grundwerte fest, für deren Überbietung Prämien gezahlt wurden, und zwar in konstantem Verhältnis zur Leistung. Solche Formen der Prämienberechnung herrschten ab 1925 im Fabrikbetrieb vor.

Die im Salinenbetrieb vorgenommene Prämierung nach Kosten und Produktionsmenge wies einen linearen Zuwachs auf.

Zusammenfassend zeigt die Analyse der Prämienberechnung:

Im allgemeinen wurden obere und untere Grenzwerte für die jeweiligen Kennziffern festgelegt, in deren Bereich sich die tatsächliche Leistung, die der Prämienberechnung zugrunde lag, bewegte. Die Prämie nahm teils linear, teils progressiv zu. In den zwanziger Jahren wurden die progressiv von den linear ansteigenden Prämien völlig verdrängt. Die unterschiedliche Stellung der einzelnen Angestellten drückt sich oft in einem stärkeren Zuwachs der Prämie für die oberen Angestellten aus. Bei ihnen wurden außerdem die Prämien häufiger den realen Verhältnissen angepaßt.

##### 5. Über die Höhe der Prämie und das Verhältnis der Prämie zum Gehalt

Daß eine gründliche Untersuchung über die Prämienhöhe und die Relation zwischen Prämie und Gehalt höchst aufschlußreich ist, liegt auf der Hand. Die Behandlung dieses Problems muß in der vorliegenden Studie mehr als lückenhaft bleiben, da keinerlei Material über die monatlich tatsächlich ausgezahlten Prämien zur Verfügung steht und auch über die Gehälter wenig Quellen vorhanden sind. Daher kann nur angedeutet werden, was einer Forschung bedürfte. Immerhin gestattet das vorhandene Material einige begrenzte Einblicke.

Jahr, in dem die Prämienregelung eingeführt wurde	Die monatliche Höchstgrenze der Prämien (in Mark)	
	für den Obersteiger	für Steiger
1908	126,--	in einem Fall: 63,-- in einem Fall: 31,50
1910	unbestimmt	unbestimmt
1917/18	260,--	160,--
1920	335,--	
1921	450,--	
1921	589,45	
1922	620,--	200,--
1925	350,--	55,--
1927	600,--	99,--
1928		40,--

Es handelt sich bei den Werten der Tabelle 7 nicht um tatsächlich gezahlte, sondern nur um höchstmögliche Prämien.

Die Zahlen weisen einen Anstieg des monatlich höchstmöglichen Prämienbetrages aus. Die 1927 für den Obersteiger vorgesehene Höchstgrenze reichte annähernd an die von 1922 heran. Dabei hatte sich 1922 bereits die Geldentwertung auf die Prämienhöhe ausgewirkt. Der relative Anstieg der Prämienhöhe spielte dann 1928 - worauf noch zurückzukommen sein wird - eine wichtige Rolle bei den vom Burbachkonzern vorgenommenen Veränderungen.

Die Prämienhöhe wuchs auch für Steiger, wenn auch weniger stark, an. Als sich in den Jahren 1918 bis 1921 die Höchstgrenze der Prämie für den Obersteiger und Betriebsführer mehr als verdoppelte, blieb sie für die Steiger unverändert. Auch in der Periode ab 1925 erhöhten sich für die Steiger die Prämien in geringerem Maße.

Die folgende Übersicht weist das Verhältnis der Prämienhöchstgrenze zwischen Obersteiger und Steiger und dessen Entwicklung aus.

Jahr, in dem die Prämienregelung eingeführt wurde	Verhältnis der Höchstgrenze der Prämie zwischen Obersteiger und Steigern	
1908	in einem Fall:	1 : 0,5
	in einem Fall:	1 : 0,25
1910	in einem Fall:	1 : 0,6
	in einem Fall:	1 : 0,4
1917/18	in vier Fällen:	1 : 0,62
	in einem Fall:	1 : 0,32
1920	in einem Fall:	1 : 0,48 <sup>+</sup>
1921		1 : 0,36 <sup>++</sup>
1921		1 : 0,27 <sup>++</sup>
1922		1 : 0,26 <sup>++</sup>
1922		1 : 0,1 <sup>+++</sup>
1922/23		1 : 0,033
1927		1 : 0,17

+ Der Obersteiger erreichte die Höchstgrenze bereits bei 9000 Doppelzentner Monatsproduktion an Kaliumoxid, die Steiger erreichten sie erst bei 10 000 Doppelzentner Kaliumoxid.

++ Die Bezugsbasis für die Prämien war unterschiedlich; für den Obersteiger waren es die Kosten, für die Steiger war es die Produktionsmenge.

+++ Hier handelte es sich um das Verhältnis zwischen Obersteiger und Fahrsteiger; für die anderen Steiger bestand noch die Regelung von 1918/19. In der Tabelle ist an dieser Stelle nicht das Verhältnis zwischen höchstmöglichen Prämien, sondern zwischen den zu dieser Zeit geltenden Grundprämien aufgenommen. Wollte man die Grundprämie des Obersteigers im Verhältnis zur monatlichen Höchstprämie der Steiger setzen, ergäbe sich ein Verhältnis von 1 : 0,016. Zu beachten bliebe noch, daß die Prämie für den Obersteiger für eine Monatsproduktion von 7 500 Doppelzentner Kaliumoxid, diejenige für den Fahrsteiger aber für eine Monatsproduktion von 7000 Doppelzentner Kaliumoxid galt.

Bis 1917/18 verbesserte sich für die Steiger das Verhältnis etwas. Danach verschlechterte es sich jedoch laufend und nahm in der Inflationszeit geradezu groteske Formen an. Dies läßt ebenso wie die Tatsache, daß in den Jahren 1920 bis 1923 die Prämiensysteme für untere Angestellte stagnierten, auf ein so gut wie fehlendes Interesse an einer leistungsstimulierenden Entlohnung für Steiger und Meister in dieser Zeit schließen. Das Verhältnis verbesserte sich

zwar später wieder, als ab 1924 neue Prämienregelungen für alle an der Produktionsleitung beteiligten Angestellten eingeführt wurden, aber Relationen, wie sie bis 1917/18 bestanden hatten, wurden nicht wieder erreicht.

Zwar bleibt es sicher ein schwieriges Unterfangen, das günstigste Verhältnis bei der Prämierung der einzelnen Angestellten herauszufinden, über jene Relationen, die vor 1918 bestanden hatten, schien den Grad der Verantwortung und des Einflusses auf die Leitung des Betriebes doch besser berücksichtigt zu haben, als es in späterer Zeit der Fall war. Die Vergrößerung der Differenz ging vor allem darauf zurück, daß an die oberen Angestellten höhere Prämien gezahlt wurden. Sie sollte gewiß vor allem dem Ziel dienen, die Betriebsführer noch mehr als vordem mit dem Werk zu verbinden und sie stärker als vorher aus dem Kreis der Angestellten hervor- und herauszuheben. Dies geschah zunächst, bis es dann 1928 im Rahmen des Burbachkonzerns zu einer grundsätzlichen Neuregelung der Prämienysteme kam, durch eine am Ende recht beträchtliche Erhöhung der Prämienbeträge.

Über das Verhältnis zwischen Prämie und Gehalt können aus den oben erwähnten Gründen nur einige Einzelvergleiche, jedoch keine umfassenden Untersuchungen vorgenommen werden.

Der Obersteiger und Betriebsführer im Grubenbetrieb, Lier, erhielt ab 1. Juli 1906 ein Jahresgehalt von 3600 Mark<sup>40</sup>, das in den folgenden Jahren wahrscheinlich nicht erhöht wurde<sup>41</sup>. Da die monatliche Höchstprämie des 1908 eingeführten Prämienystems (Tabelle 1, lfd. Nr. 1) 126 Mark betrug, ergab sich ein Verhältnis von 100:42 zwischen Monatsgehalt und höchstmöglicher Prämie. Dagegen hätte sich bei dem 1912 festgelegten, aber nicht eingeführten Prämienystem (Tabelle 1, lfd. Nr. 3) ein Verhältnis von 100:77,5 ergeben.

Weitere Vergleiche sind nur für 1923 möglich, und zwar liegen für diese Zeit Angaben vor, die über die Relation zwischen Gehalt und Grundprämie Auskunft geben. Das Monatsgehalt für Lier war ab 1. Januar 1923 auf 190 000 Mark festgesetzt worden.<sup>42</sup> Die Grundprämie belief sich auf 30 000 Mark (Tabelle 1, lfd. Nr. 14). Gehalt und Grund-

40 BA, D, Nr. K 559.

41 Im Personalbuch des Kaliwerkes Krügershall (ebenda, Nr. K 559) sind bis etwa 1920 erfolgte Gehaltserhöhungen registriert worden. Im Falle des Betriebsführers Lier wird keine Gehaltserhöhung ausgewiesen.

42 Ebenda, Akte Betriebsprämien.

prämie verhielten sich dann zueinander wie 100:15,8. Bei den Änderungen der Prämienregelung ab 1. März 1923 und ab 1. Juli 1923 erfolgte zugleich eine Erhöhung des Gehalts auf 670 000 Mark bzw. 8 900 000 Mark.<sup>43</sup> Zu den gleichen Zeitpunkten erhöhte sich die Grundprämie auf 40 000 Mark bzw. auf 200 000 Mark (Anmerkungen zu Tabelle 1, lfd. Nr. 14). Daraus ergab sich ein Verhältnis zwischen Gehalt und Grundprämie von 100:6 bzw. 100:2,3. Interessant wäre der Vergleich für die Jahre ab 1924, jedoch fehlen dazu die Angaben über die Gehaltshöhe.

Aus der Höhe der zu dieser Zeit gezahlten Prämien kann aber geschlossen werden, daß sich das Verhältnis ganz wesentlich zugunsten der Prämien veränderte und die Höhe der Prämie, die erreicht werden konnte, weit mehr als 50 Prozent des Monatsgehaltes betrug.

Demnach ergäbe sich aus diesen Vergleichen, auch wenn wir berücksichtigen, wie unvollkommen die Untersuchung bleiben muß:

1. Die Prämie hatte im Verhältnis zum festen Monatsgehalt eine steigende Tendenz. Oder - unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Prämie nur ein in besonderer Form gezahlter Teil des Gehaltes war - anders ausgedrückt: Der leistungsabhängige Teil des Gehaltes nahm gegenüber dem feststehenden Teil des Gehaltes zu.
2. In der Inflation wurde die Wirksamkeit von Prämien erheblich eingeschränkt. Das Prämienystem war sinnlos und vermutlich auch wirkungslos geworden, da sich das Verhältnis zwischen Gehalt und Prämie zuungunsten der Prämie derart verschlechtert hatte, daß eine leistungsstimulierende Wirkung kaum zu erwarten gewesen sein dürfte.

Einige Angaben bezüglich der Steiger sollen das Bild abrunden. Die Berechnung<sup>44</sup> des Verhältnisses zwischen Gehalt pro Monat und der monatlich möglichen Höchstprämie ergibt folgende Relationen:

Steiger Bergfeld:	100:15,75	(1908),
	100:53,8	(1918),
Steiger Granz:	100:41,3	(1908),
Aufseher Kleine:	100:21	(1908),
	100:114	(1917).

<sup>43</sup> Ebenda.

<sup>44</sup> Die Berechnung erfolgte auch in diesen Fällen auf Grund der Gehaltsangaben im Personalbuch des Kaliwerkes Krügershall A. G. (ebenda, Nr. K 559) und der ermittelten und in Tabelle 1 ausgewiesenen monatlich höchstmöglichen Prämien.

Für den im Salinenbetrieb beschäftigten Steiger Kirchberg liegen wenigstens für 1925 Gehaltsangaben vor.<sup>45</sup>

Danach wurde am 29. September 1925 zugleich mit der Prämien-einführung (Tabelle 4, lfd. Nr. 2) das Gehalt auf 330 Mark festgesetzt. Bei der Abänderung der Prämienregelung am 30. November 1925 (Tabelle 4, lfd. Nr. 3) erfolgte eine Erhöhung des Gehaltes auf 360 Mark. Das ergibt ein Verhältnis von 100:72,7 bzw. 100:62,5.

Beim Vergleich zwischen dem Betriebsführer und den anderen Angestellten läßt sich für die Zeit vor 1914 feststellen, daß der leistungsabhängige Teil des Gehalts im Verhältnis zum festen Gehaltsteil beim Betriebsführer größer als bei den anderen Angestellten war. Ansonsten gilt für die Steiger und Meister das gleiche, was bezüglich des Betriebsführers festgestellt werden konnte. Es fällt aber auf, daß zwischen den einzelnen Angestellten hinsichtlich der Relation von Gehalt und Prämie erhebliche Unterschiede auftraten.

Die am Beispiel der Prämienregelungen für den Steiger Kirchberg festgestellten Relationen bestätigen wenigstens teilweise die Vermutung, daß sich ab 1924 das Verhältnis zugunsten der Prämie veränderte.

Ein weiterer Gesichtspunkt verdient bei Betrachtung des Verhältnisses zwischen Gehalt und Prämie Beachtung: die Gewährung einer Prämie wirkte einfrierend auf das feste Gehalt. Die folgende Tabelle 9 verdeutlicht das.

T a b e l l e 9

Übersicht über Gehalt und Gehaltserhöhung für Angestellte im Kaliwerk Krügershall AG für den Zeitraum von 1905 bis 1917<sup>46</sup>

P r ä m i e n e m p f ä n g e r			
Beruf	Name	Höhe des Jahresgehaltens ab	in Mark
Obersteiger und Betriebsführer	Lier	1. 7. 1906	3600
Maschinenbetriebsführer	Hux	1. 7. 1905	4000
Fabrikbetriebsführer	Dr. König	1. 4. 1907	6000

45 Ebenda, Akte Betriebsprämien.

46 Ebenda, Nr. K 559.

Beruf	Name	Höhe des Jahresgehaltes ab	in Mark
Fahrsteiger und stellv. Gruben- betriebsführer	Hädler	1. 6. 1912	1620
		1. 6. 1914	1800
Fabrikober- meister	Richter	1. 1. 1908	1920
Fabrikober- meister	Hinsching	1. 10. 1910	1680
Grubenaufseher	Kleine	1. 8. 1905	1800
Fabrikaufseher	Just	2. 10. 1905	1560
Steiger	Bergfeld	Tag der Ein- stellung	2400
Fabrikaufseher	Rudloff	3. 2. 1908	1560
Fabrikmeister	Jahn	1. 7. 1908	1800
Steiger	Rabenalt	1. 4. 1912	1500
Steiger	Hahn	2. 9. 1912	1620
		1. 3. 1914	1800

**Angestellte, für die keine Prämien-  
regelung bestand**

Beruf	Name	Höhe des Jahresgehaltes ab	in Mark
Erster Buchhalter	Schulze	1. 5. 1905	3000
		1. 10. 1905	3600
		1. 1. 1908	3900
		1. 7. 1912	4200
		1. 4. 1914	4800
		1. 7. 1916	5400
		1. 7. 1917	6600
Zweiter Buchhalter und Kassierer	Jacob	15. 3. 1906	2225
		1. 10. 1910	2350
		1. 10. 1911	2475
		1. 10. 1912	2500
		1. 7. 1917	3000
Buchhalter	Schöne	1. 7. 1905	2280
		1. 10. 1910	2405
		1. 10. 1911	2530

Ergänzend muß zu dieser Tabelle noch hervorgehoben werden, daß sich für zahlreiche Betriebsangehörige, die der Gruppe "Angestellte, für

die keine Prämienregelung bestand" zuzurechnen wären, das Gehalt weitaus unbedeutender erhöhte als für die in der Tabelle 9 aufgeführten Personen.<sup>47</sup> Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung des Verhältnisses von Gehalt und Prämien sind aber besonders die in der Tabelle ausgewiesenen Unterschiede von Interesse.

Leider kann aus Mangel an Quellen die Gehaltsentwicklung nicht über das Jahr 1917 hinaus verfolgt werden. Daher läßt sich nur der Schluß ziehen, daß bis 1917 die Gehälter der Prämienempfänger gegenüber denen der Angestellten ohne Prämienbeteiligung relativ stabil blieben. Das Einkommen der Prämienempfänger erhöhte sich im wesentlichen nur durch das Anwachsen der Prämie; die oben festgestellte Zunahme des Prämienbetrages hatte somit Gehaltserhöhungen zu ersetzen. Darin liegt zugleich auch ein wichtiger Grund für die steigende Tendenz der Prämienhöhe.

#### 6. Einige Aspekte der Leitungstätigkeit bei der Anwendung der Prämiensysteme

Wie schon erwähnt, waren die Prämien im allgemeinen rückwirkend eingeführt worden.

T a b e l l e 10

Prämiensystem nach der lfd. Nr. der Erfassung in den Tabellen 1 und 2	Bekanntgabe der Prämienregelung an den Betroffenen	Einführung der Prämienregelung
Tabelle 1, lfd. Nr. 1	29. 8. 1908	1. 9. 1908
Tabelle 2, lfd. Nr. 2	4. 3. 1909 <sup>+</sup>	1. 2. 1908
Tabelle 1, lfd. Nr. 12	13. 10. 1910	1. 7. 1910
Tabelle 2, lfd. Nr. 4	13. 6. 1917	1. 6. 1917
Tabellen 1 und 2, jeweils lfd. Nr. 11	27. 10. 1922	1. 10. 1922
Tabelle 2, lfd. Nr. 14	9. 2. 1923	1. 1. 1923
Tabelle 2, lfd. Nr. 15	31. 8. 1925	1. 8. 1925
Tabelle 2, lfd. Nr. 118	29. 1. 1926	1. 12. 1925
Tabelle 1, lfd. Nr. 19	9. 4. 1927	1. 2. 1927
	11. 5. 1927 <sup>++</sup>	

+ Hier handelt es sich nicht um den Zeitpunkt der Bekanntgabe an die Betroffenen, sondern um den Zeitpunkt, zu dem die Direktion die Werksverwaltung anwies, Prämien einzuführen.

++ Zu diesem Termin wurde eine Änderung der Prämiensätze bekanntgegeben, und die ursprünglich genannten Prämiensätze waren damit aufgehoben.

Prämiensystem nach der lfd. Nr. der Erfassung in den Tabellen 1 und 2	Bekanntgabe der Prämienregelung an den Betroffenen	Einführung der Prämienregelung
Tabelle 2, lfd. Nr. 23	14. 4. 1927	1. 3. 1927
Tabelle 1, lfd. Nr. 20	Ende Sept. 1928	1. 9. 1928

In allen Fällen, für die entsprechende Unterlagen bekannt sind, lag nur einmal - bei der ersten Prämienregelung - der Zeitpunkt der Bekanntgabe vor der Einführung. In allen anderen Fällen erfolgte die Prämien-einführung rückwirkend, wobei eine zeitliche Differenz zwischen Einführung und Bekanntgabe lag, die zwischen zwölf Tagen und einem Zeitraum von mehr als drei Monaten schwankte. Meist betrug sie einen Monat und mehr. Vermutlich war damit eine Wirkung beabsichtigt. Wenn die Prämie rückwirkend eingeführt wurde, konnte sie selbstverständlich für die zurückliegende Zeit nicht leistungsstimulierend wirken, mußte also relativ niedrig sein. Leistungsstimulierend konnte sie erst vom Zeitpunkt der Bekanntgabe an wirken. Es war daher mit einem Anstieg der Prämie nach der Bekanntgabe zu rechnen. Der Betroffene hatte also, da die Termindifferenz oft einen Monat und mehr betrug, Vergleichsmöglichkeiten, sich von den Vorzügen der neuen Prämienregelung zu überzeugen. Das Werk konnte so die Angestellten nachdrücklich auf den Umfang des materiellen Nutzens hinweisen, der ihnen bei vollem Einsatz für die Erhöhung der betrieblichen Leistungen zuteil wurde. Aus dem Dargelegten würde sich sogar erklären, weshalb bei der Einführung der ersten Prämienregelung die Bekanntgabe vorher erfolgte: Um den Angestellten vom persönlichen Nutzen der Prämienregelung zu überzeugen, war keine Vergleichszeit notwendig, da vorher keine andere Prämienregelung bestanden hatte.

Sämtliche Prämienregelungen wurden durch Bekanntgabe an den Betroffenen wirksam; es gab dafür keinerlei vertragliche Vereinbarungen zwischen dem Werk und dem Angestellten. Lediglich der Angestelltenvertrag enthielt eine Übereinkunft über die Zahlung von Prämien durch das Werk.<sup>48</sup> Die Prämie selbst, die Prämienätze usw. wurden "gegeben" oder "gewährt". So wurde die Abhängigkeit der Angestellten vom Werk unterstrichen, ebenso wie eine gewisse Rücksichtnahme

<sup>48</sup> Ebenda, Akte Betriebsprämien, z. B. Schreiben der Werksverwaltung an Elektrotechniker Tümmel v. 19. 11. 1918.

auf die Interessen und den persönlichen Nutzen der Angestellten durch das Werk angedeutet oder vorgetäuscht wurde. Diese Abhängigkeit der betroffenen Angestellten vom Werk wurde auch dadurch hervorgehoben, daß keine der Prämienregelungen befristet war, es vielmehr völlig im Ermessen der Direktion lag, Änderungen vorzunehmen oder Prämienysteme außer Kraft zu setzen. Dies bot dem Werk den Vorteil, bei Veränderungen der Konjunkturbedingungen, der betrieblichen Verhältnisse usw. die Prämienregelung schnell an die veränderten Bedingungen anpassen zu können. Außerdem war dieses Verfahren einfach, Kraft und Zeit sparend, und zwar insofern, als nur bei tatsächlich veränderten Bedingungen das Prämienystem verändert werden mußte, während es andererseits jederzeit verändert werden konnte. Unter kapitalistischen Bedingungen eröffnete sich gerade hier der Unternehmerwillkür ein weites Betätigungsfeld.

Angesichts der Höhe der Prämie, gemessen am Gehalt, konnten sich dabei für die Lage der Angestellten schwerwiegende Folgen ergeben. Bei einer Reihe unterer Angestellter wurde die Prämienzahlung völlig dem Ermessen der Verwaltung anheimgestellt.

So enthielt das Schreiben an den Platzmeister Hornung vom 13. Juni 1917 im Anschluß an die Erklärung der Bedingungen die Klausel:

"Sehen wir unsere Erwartungen nicht erfüllt, so werden ab 1. August d. J. Ihre jetzigen Bezüge, die ja wesentlich niedriger sind, wieder platzgreifen."<sup>49</sup>

Dem Verlademeister Just wurde mit Schreiben vom 4. Februar 1926 eine Prämie gewährt, aber mit der Einschränkung, daß die Prämie gekürzt oder ganz entzogen werde, sobald die Verwaltung mit der Leistung nicht mehr zufrieden sei.<sup>50</sup>

Hier wird zugleich ein weiteres Element kapitalistischer Prämienregelung sichtbar: die Drohung. Sie ergänzte die vorgetäuschte Großzügigkeit.

Im allgemeinen wurden die Prämienregelungen den Betroffenen als streng vertrauliches Dienstgeheimnis mit diesbezüglichen Verhaltensmaßregeln präsentiert. Während die betreffenden Schreiben an die oberen Angestellten höflich abgefaßt waren, nahmen sie bei den unteren Angestellten in der Regel den Ton eines Befehls an.

49 Ebenda, Akte Betriebsprämien.

50 Ebenda.

So wurde dem Obersteiger Lier zum Beispiel 1912 geschrieben:

"Wir ersuchen Sie höfl. bezüglich der Berechnung und Höhe der Prämien mit niemand Rücksprache zu nehmen und uns dieses auch gefälligst schriftlich zu bestätigen."<sup>51</sup>

Andere Angestellte, wie der Steiger Knauth, wurden kurz angewiesen, Stillschweigen zu wahren.<sup>52</sup> Die Geheimhaltung war ein wichtiges Prinzip der Prämienregelung - und das aus verschiedenen Gründen, wobei sich nicht entscheiden läßt, welcher Grund zu welcher Zeit die Hauptrolle gespielt haben mag. Die Geheimhaltung war vor allem nötig, um den Arbeitern und ihren Organisationen keine Kenntnis von den die Produktion und die Ausbeutung antreibenden Methoden der Betriebsführung zu geben. Aber auch untereinander sollten die Angestellten von den einzelnen Regelungen, die - wie festgestellt wurde - sogar innerhalb gleicher Berufsgruppen und erst recht zwischen den Berufsgruppen und Angestelltenschichten sehr differenziert waren, keine Kenntnis erlangen. Das war nötig, damit das ganze System funktionieren, sich jeder Angestellte als besonders bevorzugt und gegenüber den anderen hervorgehoben betrachten konnte. Außerdem war es auch das Ziel von Prämien, den Werken einen festen Angestelltenstamm zu sichern. Dazu mußten jedoch die Vorteile, die das einzelne Werk zu bieten hatte, geheimbleiben, um als etwas Besonderes gelten zu können; der einzelne sollte über keine Vergleichsmöglichkeiten mit den in anderen Betrieben angewandten Regelungen verfügen.

### III. Veränderungen der Prämienysteme im Kaliwerk Krügershall durch den Burbachkonzern

Die Eingliederung des Kaliwerkes Krügershall in den Burbachkonzern zog erhebliche Veränderungen in den bis dahin gültigen Prämienystemen nach sich. Für die Betriebsführer wurden die Prämienregelungen aufgehoben.<sup>53</sup> So erhielt der Salinenbetriebsführer am 27. Juni 1928 von der Hauptverwaltung des Konzerns die Mitteilung, daß die Gehälter der außertariflichen Beamten überprüft und als zu hoch befunden worden seien. Daher erfolge ab 1. Juli 1928 die Aufhebung der Prämienregelung. An ihre Stelle trat künftig die Zahlung der alljähr-

51 Ebenda.

52 Ebenda.

53 Ebenda.

lichen Gratifikationen des Konzerns.<sup>54</sup> Die Prämienregelungen für die anderen Angestellten wurden mit Wirkung vom 1. August oder 1. September 1928 verändert. Der Konzern legte eine Höchstgrenze für die Monatsprämie fest, die in der Mehrzahl der Fälle bei 40 Mark, teilweise auch bei 50 Mark lag.<sup>55</sup> In diesem Zusammenhang wurden die Prämiensätze gesenkt und höhere Anforderungen an die Gewährung der Prämiensätze geknüpft.

Damit wurde in erster Linie eine Reduzierung der in den vorangegangenen Jahren stark angewachsenen Prämien bezweckt. Die Art der Neuregelung schloß aber zugleich eine weitere Differenzierung zwischen den Gruppen der leitenden Angestellten in der Produktion ein. Deutlicher als zuvor wurden die Betriebsführer von den anderen Angestellten abgehoben und an die Konzernleitung gebunden, wodurch Autorität, Vorgesetztenverhältnis und Verantwortungsbewußtsein gestärkt werden sollten.

Die vorgenommenen Veränderungen deuten darauf hin, daß mit dem Übergang des Werkes in den Konzern auch neue Leitungsprinzipien mit dem Ziel einer weiteren Rationalisierung des Betriebes eingeführt und wirksam wurden. Der Anstieg der Produktion und der Leistung im Jahre 1928 bei gleichzeitiger Verringerung der Grubenbelegschaft<sup>56</sup> weist das Ergebnis dieser Tätigkeit des Konzerns aus. Die Veränderung der Prämienysteme, die mit einer Einsparung von Prämienmitteln bei strengeren Bedingungen für die Gewährung einer Prämie verbunden war, diente der Rationalisierung.

Für die Steiger, Meister usw. brachte die neue Prämienregelung eine erhebliche Kürzung der Monatseinkünfte mit sich. Allerdings muß das die leistungsstimulierende Wirkung der Prämie nicht unbedingt beeinträchtigt haben. Es ist im Gegenteil auch vorstellbar, daß die "Gewährung durch den Konzern" das Ansehen der Prämie aufwertete und trotz der erschwerten Bedingungen leistungsstimulierend wirkte. Von zweifelhaftem Wert war dagegen die Art der Prämienberechnung; denn die vom Konzern festgesetzte Höchstgrenze lag beträchtlich unterhalb des erreichbaren Wertes. Es war für den Angestellten wertlos, Höchstleistungen anzustreben, weil sie sich für ihn nicht auszahlten. Selbst wenn die Bedingungen für die höchstmögliche Prämie im Gruben-

54 Ebenda.

55 Ebenda.

56 Vgl. Anhang 1 u. 2.

betrieb so hoch lagen<sup>57</sup>, daß sie unerreichbar blieb, wurde durch eine solche Regelung von vornherein die leistungsstimulierende Wirkung der Prämie weitgehend beeinträchtigt.

Im Fabrikbetrieb erreichten die Meister nach der Prämienregelung vom 1. August 1928 die Höchstprämie bei einer Ausbeute von 85 Prozent; der Fabrikaufseher erreichte sie schon bei einer Ausbeute von 81 Prozent.<sup>58</sup> Tatsächlich wurde in den einzelnen Monaten des Jahres 1928 folgende Ausbeute bei der Chlorkaliumherstellung erreicht:<sup>59</sup>

Mai	82,87 Prozent,
Juni	83,07 " ,
Juli	82,34 " ,
August	89,48 " ,
September	81,12 " ,
Oktober	80,97 " ,
November	82,45 " ,
Dezember	87,07 " .

Für den Aufseher lag die Ausbeute danach in vier von fünf Monaten schon jenseits der Leistung, die der sich auf 40 Mark belaufenden Höchstgrenze der Prämie entsprach; für die Meister lag sie in den Monaten August und Dezember höher. Die Ausbeute im Monat August muß als ungewöhnlich hoch angesehen werden. Für den Monat August aber erfolgte die Prämienzahlung erstmals nach der neuen Regelung, und ein Teil der Leistung wurde nicht durch eine Prämie honoriert. In den beiden folgenden Monaten erreichte die Ausbeute die tiefsten Werte des Jahres 1928. Vielleicht war das - wenigstens teilweise - eine Auswirkung der Prämienregelung?!

Über die weitere Entwicklung der Prämienysteme in den Jahren nach 1928 liegen nur noch vereinzelte Quellen vor. Sie betreffen ausschließlich den Salinenbetrieb.

Für den Salinenbetriebsführer Bremer wurden mit Wirkung vom 1. Dezember 1930 folgende Prämienregelungen eingeführt:

1. Ausbeuteprämie: Bei einer Ausbeute von 85 Prozent belief sich bei der Siedesalzproduktion die Prämie auf 14 Mark. Für jedes weitere Zehntelprozent erhöhte sie sich um 0,40 Mark.

57 Vgl. dazu Anhang 2, die Höhe des Schlammgehaltes im Rohsalz 1927 und 1928.

58 Vgl. Tabelle 2, lfd. Nr. 26.

59 Nach BA, D, Nr. K 274.

2. Kohlenprämie: Bei einem Verbrauch von 1,42 Doppelzentner Kohlen pro Doppelzentner Siedesalz betrug die Prämie 7 Mark. Für jedes eingesparte Kilogramm Kohle zahlte man 0,60 Mark.
3. Reparatur- und Materialkostenprämie: Bei 0,30 Mark an Reparatur- und Materialkosten pro Doppelzentner Salz belief sich die Prämie auf 10 Mark. Für jeden weiteren Pfennig Ersparnis erhöhte sich dieser Betrag um jeweils 0,60 Mark.
4. Lohnersparnisprämie: Bei 0,79 Mark Lohn (ohne Sozialbeiträge) pro Doppelzentner Salz wurden 7 Mark Prämie gezahlt. Für jeden Pfennig Ersparnis stieg die Prämie um jeweils 0,75 Mark.

Allen Prämienberechnungen lagen die im Monatsdurchschnitt erreichten Kennziffern zugrunde. Das gilt auch für alle im folgenden genannten Prämienregelungen. Die garantierte Mindestprämie betrug 20 Mark, die vom Konzern festgelegte Höchstgrenze 50 Mark.<sup>60</sup>

Nachdem man die Prämien für Betriebsführer 1928 abgeschafft hatte, führte man sie nun - zumindest für den Salinenbetriebsführer - wieder ein.

Höchst bemerkenswert ist bei dieser Prämienregelung, daß erstmals wieder eine direkte Lohnersparnisprämie gezahlt wurde. Was die Kraft der Arbeiterbewegung nach 1917/18 erreicht hatte, fiel so der Weltwirtschaftskrise teilweise wieder zum Opfer. Die Lohnersparnisprämie wurde wieder eingeführt; im Gegensatz zu der Zeit vor dem ersten Weltkrieg erstreckte sie sich aber nicht auf die Meister. Der Salinensiedemeister Unger erhielt lediglich folgende Prämien ab 1930:

1. Ausbeuteprämie: Bei einer Ausbeute von 80 Prozent der Siedesalzproduktion betrug die Prämie 10 Mark. Jedes weitere Zehntelprozent wurde mit 0,30 Mark vergütet.
2. Kohlenprämie: Bei einem Verbrauch von 1,40 Doppelzentner Kohlen pro Doppelzentner Siedesalz wurden 5 Mark Prämie, für jedes Kilogramm Einsparung weitere 0,40 Mark Prämie gezahlt.
3. Reparatur- und Materialkostenprämie: Bei 0,36 Mark an Reparatur- und Materialkosten pro Doppelzentner Siedesalz betrug die Prämie 6 Mark. Für jeden weiteren Pfennig Ersparnis wurde jeweils 0,40 Mark gezahlt.

<sup>60</sup> Ebenda, Personalakte Bremer.

Die garantierte Mindestprämie war auf 10 Mark, die Höchstprämie auf 40 Mark festgesetzt.<sup>61</sup>

Hier fehlt also die Lohnersparnisprämie! Offenbar wollte es der Konzern vermeiden, durch eine entsprechende Prämiengestaltung für die Meister eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter offenkundig zu manifestieren. Das hätte Konflikte auslösen oder bestehende Konflikte verschärfen können.

Der allgemeine Lohn- und Gehaltsabbau während der Weltwirtschaftskrise erstreckte sich auch auf die Prämien, die ab 1. Januar 1932 reduziert wurden. Zunächst sollte eine 15prozentige Prämien senkung durch eine entsprechende Verringerung der Prämien sätze erreicht werden.<sup>62</sup> Da dies offenbar nicht ausreichte, erfolgte dann jedoch mit Wirkung vom 1. Januar 1932 eine Änderung der gesamten Prämienregelung, die seit diesem Zeitpunkt für den Salinenbetriebsführer folgendes Aussehen hatte:

1. Bei einer Ausbeute von 93 Prozent betrug bei der Siedesalzproduktion die Prämie 12 Mark. Jedes weitere Zehntelprozent wurde mit jeweils 0,34 Mark vergütet.
2. Bei der Kohlenprämie belief sich der Prämien satz bei einem Verbrauch von 1,42 Doppelzentner Kohle pro Doppelzentner Siedesalz auf 6 Mark, die Zulage für jedes weitere eingesparte Kilogramm Kohle auf 0,50 Mark.
3. Die Lohnersparnisprämie betrug bei 0,65 Mark an Arbeiterlöhnen (ohne Sozialbeiträge) pro Doppelzentner Siedesalz 6 Mark und für jeden weiteren Pfennig Einsparung je eine Mark.

Die garantierte Mindestprämie von 20 Mark blieb bestehen, die Höchstprämie verringerte sich dagegen auf 42,50 Mark.<sup>63</sup> Die Reparatur- und Materialkostenprämie war weggefallen.

Nicht so ungünstig veränderten sich die Prämienbedingungen für den Siedemeister Unger, der erst 1927 eingestellt worden war und bisher schon eine relativ niedrige Prämie erhalten hatte. Im einzelnen galten für ihn ab 1. Januar 1932 folgende Regelungen:

1. Ausbeuteprämie: Sie betrug 12 Mark bei einer Ausbeute von 93 Prozent bei der Siedesalzproduktion und erhöhte sich für jedes Zehntelprozent Mehrausbeute um jeweils 0,30 Mark.

61 Ebenda, Personalakte Unger.

62 Ebenda, Personalakte Bremer.

63 Ebenda

2. Kohlenprämie: Der Prämiensatz von 5 Mark bei einem Kohlenverbrauch von 1,40 Doppelzentner Kohle pro Doppelzentner Siedesalz blieb bestehen, während sich der Prämiensatz pro Kilogramm eingesparte Kohle auf 0,50 Mark erhöhte.
3. Reparatur- und Materialkostenprämie: Bei 0,06 Mark an Reparatur- und Materialkosten pro Doppelzentner Siedesalz belief sich die Prämie auf 8 Mark; für jeden weiteren Pfennig Einsparung erhöhte sie sich um jeweils eine Mark.

Die garantierte Mindestprämie wurde auf 15 Mark erhöht, die Höchstprämie hingegen auf 38 Mark gesenkt.<sup>64</sup>

Die Regelungen von 1932 bedeuteten nicht nur eine Senkung der Prämiensätze; sie zielten vielmehr zugleich auf eine höhere Ausbeute und eine stärkere Kostensenkung hin, um auf diese Weise die Krisenverluste zu mindern. Besonders deutlich wird das im Falle des Siedemeisters Unger durch die Erhöhung der Prämiensätze für Einsparungen im Kohlenverbrauch, einer Position also, die die Gesamtkosten bei der Siedesalzproduktion wesentlich beeinflusste.

#### IV. Schlußbemerkungen

Mit der vorliegenden Studie wurde der Versuch unternommen, ein wichtiges Teilgebiet der Leitung eines kapitalistischen Betriebes zu untersuchen. Manche aufgeworfene Frage wird erst ihre Antwort finden können, wenn weitere Untersuchungen neues Material liefern und ein tieferes Eindringen in die Problematik gestatten.

Vor allem bedarf es der Erforschung der Verhältnisse in anderen Betrieben und Industriezweigen sowie der Untersuchungen der Maßnahmen gegenüber der Arbeiterklasse und deren einzelnen Schichten im Betrieb, um zu einem einigermaßen vollständigen Bild über die Anwendung leistungsstimulierender Lohn- und Gehaltsformen im Kapitalismus zu gelangen.

64 Ebenda, Personalakte Unger.

Die Entwicklung von Förderung und Produktion und die Zahlen der Gruben- und Fabrikbelegschaft im Kaliwerk Krügershall für die Jahre 1913 und 1917 bis 1928<sup>65</sup>

Jahr und Monat	Rohsalzförderung		KCl-Gehalt des Rohsalzes	Produktion in dz $K_2O^+$	Belegschaft	
	in dz effektiv	$K_2O^+$			Grube <sup>++</sup>	Fabrik
1913 J	?		12,86	8 750		
F	138 587		12,66	8 205		
M	137 028		12,91	8 676		
A	143 539		13,39	8 680		
M	130 000		13,65	7 842		
J	127 745		13,20	7 848		
J	148 297		13,16	9 142		
A	140 306		13,93	9 452		
S	144 384		13,98	10 045		
O	142 423		13,76	9 558		
N	125 191		13,51	8 004		
D	102 777		13,46	6 804		
1917 J	85 750		12,63	5 588		
F	99 050		13,15	≈ 5 000		
M	120 344		12,44	7 251		
A	121 947		13,92	7 262		
M	132 489		13,69	7 421		
J	131 489		13,52	7 039		
J	135 863		13,66	7 343		
A	128 422		13,57	6 739		
S	116 963		14,06	5 458		
O	112 574		14,27	6 211		
N	113 584		13,85	6 898		
D	109 792		13,51	6 894		
1918 J	136 126		12,83	7 503		
F	120 884		13,10	6 766		
M	131 144		13,42	8 053		

65 Nach: ebenda, Nr. K 324.

Jahr und Monat	Rohsalzförderung in dz effektiv $K_2O^+$		KCl-Gehalt des Rohsalzes	Produktion in dz $K_2O^+$	Belegschaft	
					Grube <sup>++</sup>	Fabrik
1918	A	125 621	13,14	7 375		
	M	124 740	13,62	7 480		
	J	138 729	13,12	8 182		
	J	129 933	13,28	7 094		
	A	141 979	13,01	8 099		
	S	127 547	13,39	7 371		
	O	144 048	13,81	8 385		
	N	100 959	13,48	4 839		
	D	36 458	13,64	1 817		
1919	J	34 188	13,12	1 798	87	
	F	34 168	13,12	1 798	89	
	M	46 620	13,76	3 211	97 + 11	
	A	81 690	14,0	5 091	94 + 38	
	M	79 398	13,9	5 366	97 + 34	
	J	62 271	13,0	3 533	95 + 30	
	J	?	?	?	90 + 22	
	A	?	?	?	82 + 21	
	S	?	?	?	89 + 27	
	O	95 183	13,8	5 099	112 + 37	
	N	?	?	?	139 + 40	
	D	107 457	13,3	5 845	131 + 35	
	1920	J	128 524	13,14	7 685	145 + 33
F		?	?	5 153	137 + 42	
M		54 498	12,66	3 060	120 + 34	
A		98 446	13,0	4 594	135 + 46	
M		100 207	13,4	5 988	126 + 51	
J		102 196	13,2	6 253	121 + 34	
J		84 965	13,45	4 216	131 + 29	
A		91 498	12,84	4 535	127 + 26	
S		107 372	12,49	5 519	143 + 24	
O		73 075	12,95	4 001	134 + 7	
N		109 611	13,3	6 170	159 + 13	
D		101 998	13,3	5 341	161 + 12	

Jahr und Monat	Rohsalzförderung in dz effektiv		KCl-Gehalt des Rohsalzes	Produktion in dz K <sub>2</sub> O <sup>+</sup>	Belegschaft		
		K <sub>2</sub> O <sup>+</sup>			Grube <sup>++</sup>	Fabrik	
1921	J	110 979		13,14	6 301	168 + 12	
	F	105 638		13,14	6 370	165 + 11	
	M	84 513		12,8	5 003	153 + 5	
	A	98 021		13,3	5 743	146	
	M	92 559		13,3	5 675	145	
	J	81 340		13,0	?	131	
	J	82 167		12,5	4 598	148	
	A	96 587		13,0	6 021	145	
	S	101 161		13,18	6 280	145	
	O	112 513		13,45	?	146	
	N	91 664		13,55	?	162	
	D	100 496		13,2	?	164	
1922	J	123 365	10 412	13,35	7 448		
	F	104 616	8 725	13,2	6 264		
	M	119 728	10 177	13,45	7 264		
	A	96 026	8 191	13,5	6 346		
	M	100 063	8 505	13,45	6 647		
	J	100 295	8 746	13,8	5 777		
	J	116 168	10 060	13,7	7 525		
	A	112 426	9 309	13,1	7 260		
	S	118 253	9 448		6 665	226	191
	O	131 380	11 127		7 500	223	196
	N	130 864	11 084		5 801	246	206
	D	131 727	10 868		7 704	243	209
1923	J	142 374	12 145		8 800	241	215
	F	130 227	11 278		8 184	224	210
	M	131 973	11 759		8 505	243	216
	A	121 219	10 570		7 563	234	220
	M	131 238	11 252		8 437	221	244
	J	134 905	11 804		9 284	200	244
	J	130 388	?		8 763	202	226
	A	108 488	10 144		6 112	205	223
	S	82 435	7 683		5 600	197	206

Jahr und Monat	Rohsalzförderung in dz		KCl-Gehalt des Rohsalzes	Produktion in dz $K_2O^+$	Belegschaft	
	effektiv	$K_2O^+$			Grube <sup>++</sup>	Fabrik
	O	66 470	?	4 499	147	164
	N	54 636	4 835	3 722	144	167
	D	47 070	4 283	3 292	142	191
1924	J	101 941	9 409	6 812	144	169
	F	92 136	8 587	6 029	143	164
	M	110 863	10 188	7 725	139	161
	A	65 284	6 065	4 755	137	154
	M	62 689	5 761	4 481	129	144
	J	46 222	4 470	3 357	120	134
	J	81 800	7 689	5 530	151	176
	A	68 348	6 541	5 153	151	175
	S	131 564	11 854	8 351	158	171
	O	138 125	13 177	9 757	165	173
	N	119 476	11 254	8 544	166	172
	D	122 784	11 480	8 817	163	173
1925	J	135 631	13 197	11 539	159	174
	F	135 491	12 519	11 669	145	177
	M	143 597	12 622	10 295	153	176
	A	130 881	12 238	9 895	145	158
	M	140 495	12 700	9 393	150	185
	J	170 180	15 060	11 043	175	201
	J	202 880	?	13 738	183	227
	A	202 475	?	12 650	184	234
	S	208 806	17 227	12 557	189	234
	O	187 094	16 090	11 659	190	232
	N	194 311	16 788	11 822	208	234
	D	102 678	9 677	7 325	170	201
1926	J	127 463	12 971	16,13	159	210
	F	115 624	11 197	15,35	154	212
	M	127 612	11 657	14,48	152	208
	A	107 140	10 709	15,84	152	203
	M	107 571	10 030	14,78	161	196
	J	118 684	10 527	14,06	165	193
	J	111 910	10 124	14,34	163	195

Jahr und Monat	Rohsalzförderung in dz effektiv		KCl-Gehalt des Rohsalzes	Produktion in dz K <sub>2</sub> O <sup>+</sup>	Belegschaft		
	K <sub>2</sub> O <sup>+</sup>				Grube <sup>++</sup>	Fabrik	
1927	A	118 614	11 316	15,09	9 088	153	200
	S	119 886	12 204	16,1	9 897	154	198
	O	118 959	11 099	14,76	9 146	148	185
	N	117 269	10 941	14,77	9 177	160	189
	D	124 911	11 167	14,15	8 769	161	197
	J	142 772	12 992	14,4	9 644	167	240
	F	148 866	12 894	13,7	9 728	169	242
	M	160 632	14 653	14,4	10 876	169	235
	A	133 128	11 635	13,9	9 013	167	232
	M	155 843	13 494	13,7	10 367	157	222
	J	151 694	13 336	13,9	9 787	147	218
	J	150 912	13 121	13,75	8 039	142	217
	A	150 117	13 092	13,78	9 169	142	218
	S	144 562	12 799	14,03	9 234	142	219
	O	134 738	12 282	14,4	9 023	129	217
	N	155 567	14 465	14,6	10 175	126	224
	D	157 655	14 456	14,93	10 739	125	221
1928	J	169 372	15 735	14,69	12 423	128	227
	F	162 906	14 515	14,12	12 071	131	225
	M	174 305	16 194	14,7	13 279	119	233
	A	140 686	12 718	14,3	10 497	114	238
	M	142 212	12 813	14,25	10 618	119	234
	J	166 555	15 157	14,4	12 595	122	227
	J	167 476	15 460	14,6	12 728	122	230
	A	168 155	14 461	13,63	12 940	131	226
	S	170 869	14 849	13,75	12 045	128	232
	O	184 613	16 449	14,1	13 318	129	232
	N	173 053	15 211	13,9	12 542	130	231
	D	153 243	13 807	14,25	12 022	128	232

<sup>+</sup> Die in den Quellen angegebenen Stellen nach dem Komma wurden für diese Tabelle auf- bzw. abgerundet.

<sup>++</sup> Für die Jahre 1919 bis 1921 enthält die Spalte die Zahl der Arbeiter. Die Zahl nach dem "+" betrifft die Anzahl der in der Grube beschäftigten Kriegsgefangenen.

Die Entwicklung einiger Kennziffern im Kaliwerk Krügershall  
in den Jahren 1927 und 1928<sup>66</sup>

Rohsalzausbeute bei der Herstellung von Fabrikaten im Monatsdurchschnitt  
(in Prozent)

Monat	1927	1928
Januar	74,23	78,955
Februar	75,482	83,192
März	76,374	82,032
April	77,464	82,534
Mai	77,62	82,868
Juni	73,81	83,07
Juli	61,73	82,336
August	70,36	89,477
September	72,6	81,117
Oktober	74,65	80,966
November	74,96	82,451
Dezember	74,76	87,07

Schlammgehalt im Rohsalz im Monatsdurchschnitt  
(in Prozent)

Monat	1927	1928
Januar	9,11	7,85
Februar	15,59	9,11
März	12,77	8,29
April	10,28	8,29
Mai	9,02	9,11
Juni	11,40	10,71
Juli	9,86	11,69
August	10,10	9,46
September	11,76	8,48
Oktober	11,35	8,91
November	11,64	10,15
Dezember	10,38	9,27

66 Für die Rohsalzausbeute nach ebenda, Nr. K 274; für den Schlammgehalt nach ebenda, Nr. K 324.

# Zur Grundeigentumsstruktur in Polen im 16. bis 18. Jahrhundert

von Antoni Mączak

Das kirchliche Grundeigentum

Das königliche Grundeigentum

Das bürgerliche Grundeigentum

Das adlige Grundeigentum

Zusammenfassung

Obwohl der Problematik des vorliegenden Beitrags entscheidende Bedeutung für die polnische Geschichte vor den Teilungen zugebilligt wird, ist sie als Ganzes doch noch nicht Gegenstand von Untersuchungen geworden.<sup>1</sup> Entsprechend der Macht, die in ihren Händen ruhte, ging die Bedeutung der Gutsbesitzer weit über die wirtschaftliche Sphäre hinaus. Drei Viertel bis vier Fünftel der Bevölkerung lebte auf dem Lande<sup>2</sup>, und der Anteil des Dorfes am Nationalvermögen war - wenn man Danzig<sup>3</sup> außer Betracht läßt - sicher noch größer. Jede Veränderung im Verhältnis der verschiedenen Gruppen von Grundeigentü-

1 Eine Kurzfassung des vorliegenden Artikels wurde dem III. Internationalen Kongreß der Wirtschaftshistoriker in München im August 1965 vorgelegt. Die Anregung zur Beschäftigung mit diesem Problem verdanke ich Prof. John Habakkuk. Ihm wie auch den anderen Diskussionsteilnehmern gebührt mein Dank für Bemerkungen, die mir bei der Bearbeitung dieses Problems halfen.

2 Vgl. Kula, Witold, Stan i potrzeby badań nad demografią historyczną dawnej Polski (do początków XIX wieku) (Stand und Erfordernisse der Forschungen zur historischen Demographie Alt-Polens [bis zum Anfang des 19. Jh.]), in: Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych, Bd. 13, 1951, S. 66.

3 Die Schreibweise polnischer geographischer Bezeichnungen ist in dieser Arbeit teilweise in deutscher Fassung wiedergegeben, sofern die Namen in den zeitgenössischen Quellen des hier behandelten Zeitraums so erscheinen.

mern zueinander mußte die Wirtschaft des Landes stark erschüttern. Im vorliegenden Artikel beabsichtige ich, aus den zahlreichen damit verbundenen Problemen zwei herauszugreifen und zu behandeln: die Verteilung des Grundeigentums unter den Ständen, auch vom rechtlichen und vom wirtschaftlichen Aspekt, und die Dynamik der Verteilung des adligen Eigentums. Zu erwähnen ist auch der Zusammenhang zwischen den Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen und den Beziehungen zwischen Herren und Bauern. Die Verhältnisse zwischen Gutsherren und Bauern und die Veränderungen des bäuerlichen Landbesitzes werden in der polnischen Geschichtsforschung relativ ausführlich behandelt. Dieser ganze Fragenkomplex wurde daher bewußt in diese Untersuchung nicht mit einbezogen.

In der hier behandelten Zeit war das Recht auf Boden in Polen eingeschränkt; es bildete ein Grundprivileg des Adels. Im einzelnen müssen wir über vier Gruppen von Grundeigentümern sprechen: die Kirche, die Krone, die Städte und Bürger sowie den Adel.

#### Das kirchliche Grundeigentum

Obwohl sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts die Reformation stark ausbreitete, wurde das während des Mittelalters angehäuften Kirchengüter in Polen nicht konfisziert. Bezeichnenderweise fand der starke Antiklerikalismus, wie er für die polnische Abart der Reformationsbewegung typisch war, nur selten in der Losung "Konfiskation der Kirchengüter" seinen Ausdruck. Sie stand hinter anderen Forderungen des Adels (bezüglich des Zehnten, der geistlichen Jurisdiktion usw.) zurück.<sup>4</sup> Die Auflösungserscheinungen in der katholischen Kirchenorganisation führte zur vorübergehenden Verpfändung einiger Klostergüter durch den König Sigismund August; in den preußischen Landen königlich-polnischen Anteils nahm diese Entwicklung übrigens größere Ausmaße an.<sup>5</sup> Schließlich führte die Säkularisation jedoch dazu, daß sich der protestantische Adel innerhalb seines Einflußbereiches Hufen aus Pfarrbesitz aneignete. Über das Ausmaß der Säkularisation sind im Augenblick nur Vermutungen möglich. Wahrchein-

4 Schramm, Gottfried, Der polnische Adel und die Reformation 1548 - 1607, Wiesbaden 1965, S. 182 ff.

5 Vgl. Lengnich, Gottfried, Geschichte der preußischen Lande Königlich Polnischen Antheils, Bd. 2: Unter der Regierung Sigismundi Augusti, Danzig 1723, Doc. 34 u. 35; Akt zbycia dóbr biskupich w Pomorsce (Verkaufsakt der bischöflichen Güter in Pommerellen), hg. v. B. Ślaski, in: Zapiski Towarzystwa Naukowego w Toruniu, Nr. 11/1916, S. 187; Czaplewski, Paweł, W sprawie sprzedaży pomorskich majątków biskupich 1564 r. (Über den Verkauf der bischöflichen Güter in Pomerellen 1564), in: ebenda, S. 199 f.

lich ergab sich die Schwäche derartiger Forderungen aus der damaligen politischen Konjunktur. Wir werden uns dieser Frage zuwenden, wenn wir über das Verhältnis des Adels zum Kroneigentum sprechen. Die Stärke der reformatorischen Bestrebungen war in Polen indessen nur von begrenzter Dauer. Im Zuge der Rekonversion des überwiegenden Teils des protestantischen Adels am Ende des 16. Jahrhunderts erhielt die katholische Kirche konfiszierte Ländereien und außer Kraft gesetzte Rechte zwangsläufig zurück.

Wenn auch die Pfarreien insgesamt mit recht viel Landbesitz ausgestattet waren, so hatte dieser doch geringere Bedeutung als die geschlossenen Besitzungen der größeren geistlichen Institutionen. Dabei vollzog sich bei den Orden eine andere Entwicklung als bei den Bistümern und Domkapiteln.

Der Besitzstand der Bistümer veränderte sich vom ausgehenden Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nur unwesentlich. Die Erzbischöfe von Gnesen besaßen im 16. Jahrhundert 331 und im 18. Jahrhundert 309 Dörfer. Die Bischöfe von Posen (10 städtische Flecken und 131 Dörfer am Anfang des 16. Jahrhunderts) konnten nur 5 Dörfer von weltlichen Eigentümern und ein weiteres durch Tausch erwerben. 15 Dörfer wurden neu angelegt. Nichts weist darauf hin, daß sich der Besitzstand anderer Bischöfe in stärkerem Maße veränderte. Wenn zum Beispiel die Zahl der Dörfer der Krakauer Bischöfe am Ende des 16. Jahrhunderts beträchtlich zunahm, so beruhte das hauptsächlich auf der Gründung neuer und nicht auf dem Erwerb bereits bestehender Dörfer. Eine Ausnahme, auf Grund ganz spezifischer Bedingungen, bildete das Bistum Ermland. Unter Ausnutzung ihrer Rechte als Lehnsherren zahlreicher kleiner Adliger gelang es den dortigen Bischöfen, einen beträchtlichen Teil des Grund und Bodens des Adels auf dem Rechtsweg zu übernehmen.<sup>6</sup>

Dagegen wuchs das Vermögen vieler Klöster ungewöhnlich stark an. Vom Siegeszug Roms kündeten ungezählte fromme Stiftungen und Schenkungen, besonders im 17. Jahrhundert. Die Entwicklung der großen Adelsgüter, von der noch zu reden sein wird, schuf auch die Voraussetzungen für

6 Topolski, Jerzy, Rozwój latyfundiów arcybiskupstwa gnieźnieńskiego od XVI do XVIII wieku (Die Entwicklung des Latifundiums des Erzbistums Gnesen vom 16. - 18. Jh.), Poznań 1955, Tab. 1; Sobisiak, Walerian, Rozwój latyfundiów biskupstwa poznańskiego w XVI do XVIII wieku (Die Entwicklung der Latifundien des Bistums Posen im 16. - 18. Jh.), Poznań 1960, Tab. 17; Leśnodorski, Bogusław, Dominium warmińskie (Das Dominium Ermland) 1243 - 1569, Poznań 1949, S. 88 f.; für das Bistum Krakau siehe die Quellen in Anm. 7 der vorliegenden Arbeit.

umfangreiche Schenkungen an die aktiven Orden, die Jesuiten und die Bernhardiner. Das hatte Verschiebungen in der Kirchenstruktur zur Folge; denn im 17. Jahrhundert zogen es die führenden Magnaten vor, neue Klöster zu stiften, statt bereits bestehende zu beschenken. Einen Begriff von dem Umfang des geistlichen Eigentums vermag uns die folgende Zusammenstellung zu vermitteln. Sie betrifft die Wojewodschaft Krakau im Jahre 1629 (also ehe sich die Stiftung neuer Klöster häufte).

T a b e l l e 1

Das geistliche Eigentum in der Wojewodschaft Krakau im Jahre 1629<sup>7</sup>

Kirchliches Grundeigentum	absolut	in % (nur Dörfer)
insgesamt	512 Dörfer; 13 Städte, 12 Stadtteile	100 - -
davon: der Bischof von Krakau	97 Dörfer	21
davon: das Krakauer Domkapitel	30 Dörfer	
davon: der Bischof von Krakau	6 Städte	-
davon: die 9 größten Klöster	254 Dörfer; 4 Städte	50 -
davon: die übrigen 68 Eigentümer (= 86 % der Eigentümer)	151 Dörfer; 3 Städte, 12 Stadtteile	29

Das geistliche Grundeigentum war ungleichmäßig gestreut. Sein Anteil an der Gesamtheit der Bauernhufen schwankte zwischen 5 bis 6 Prozent (Wojewodschaften Posen und Kalisch im Jahre 1571) und 21 Prozent (Wojewodschaft Brest in Kujawien) oder sogar 28 bis 29 Prozent (Wojewodschaft Krakau im Jahre 1629 und Wojewodschaft Inowroc-

<sup>7</sup> Berechnet nach Rejestr poborowy województwa krakowskiego z roku 1629 (Das Steuerregister der Wojewodschaft Krakau vom Jahre 1629), unter d. Red. v. Stefan Ingłot, Wrocław 1956, S. XXXI - XXXVII. - Dörferanteile sind umgerechnet nach der Relation: 3 Anteile = 1 Dorf.

Law in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts). Nach noch zu überprüfenden Berechnungen von Pawiński und Jabłonowski besaß die Kirche insgesamt 11 Prozent der Bauernhufen in Großpolen (ohne Sieradz), 14 Prozent der Dörfer in Kleinpolen, 9 Prozent der Dörfer in Masowien und knapp 3 Prozent der Dörfer in Rotreußen.<sup>8</sup>

### Das königliche Grundeigentum

In deutlichem Kontrast zu den Kirchengütern schrumpfte das königliche Grundeigentum an der Schwelle zur Neuzeit weiter zusammen. Darin kam das politische Kräfteverhältnis zum Ausdruck, wie es sich in Polen im 15. Jahrhundert herausbildete. Die Könige aus der Jagiellonendynastie, die mit unterschiedlichem Erfolg ihre Partie mit den Ständen spielten, benutzten die königlichen Domänen als Trümpfe. Damit suchten sie die Lage zu meistern und sich Geldmittel zu verschaffen. Der politisch immer aktiver werdende Adel bekundete vom Beginn des 16. Jahrhunderts an ebenfalls für die königlichen Güter sein besonderes Interesse. Vor allem in der Regierungszeit König Alexanders (1501 - 1505) spitzte sich die Situation zu: Der Streit zwischen Magnatentum und dem übrigen Adel führte zur Polarisierung der Standpunkte und zur Präzisierung der Programme. Der Adel erreichte im Statut von 1504, daß der König auf die Verteilung, den Verkauf und die Verpfändung von Domänen verzichtete. Ein gutes halbes Jahrhundert später indessen sah man in diesem Datum nicht so sehr das Ende des Zerfalls der Krongüter; es galt vielmehr als der Zeitpunkt, von dem an man die weitere Verteilung als illegal ansehen und deshalb die Rechtskraft entsprechender Schenkungen anfechten konnte. Sigismund I. (der Alte), der die Nachfolge seines Bruders Alexander antrat, war nämlich gezwungen, dessen Politik, wenn auch mit leichten Abstrichen und vorsichtiger, fortzusetzen.<sup>9</sup> Im Ge-

<sup>8</sup> Vgl. Historia Polski (Geschichte Polens), unter d. Red. v. Tadeusz Manteuffel, Bd. 1, T. 2, Warszawa 1957, S. 438 ff; die übrigen Angaben vgl. Tab. 2 der vorliegenden Arbeit. - Die Feststellung des wirklichen Umfangs des Kirchengüter interessierte den Adel, als Projekte aufkamen, die Kirchengüter zu besteuern. Wie sehr man sich über deren Größe im unklaren war, zeigt eine in Verbindung mit dem Petrikauer Sejm verbreitete Notiz aus dem Jahre 1560. Danach besaßen König, Senatoren und Adel in Kronpolen 90 000, die Bischöfe und Erzbischöfe aber 110 000 Dörfer; weitere 6 560 Dörfer befanden sich im Besitz von Pfarreien, Kirchen und Klöstern. (Vermögen des polnischen Königreichs an Dörffern Geistlicher und Weltlicher, Ms. in der Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Gdańsk, Nr. 725).

<sup>9</sup> Rutkowski, Jan, Skarbowość polska za Aleksandra Jagiellończyka (Das polnische Finanzwesen zur Zeit Alexanders des Jagiellonen), in: Kwartalnik Historyczny, Bd. 23, 1909; Wyczański, Andrzej, Rozdawnictwo dóbr królewskich za Zygmunta I (Die Verteilung der königlichen Güter zur Zeit Sigismunds I.), in: Przeгляд Historyczny, Bd. 44, 1953.

gensatz zu vielen Herrschern im Westen hatten die polnischen Könige nur überaus begrenzte Möglichkeiten, Kredite bei Bürgern aufzunehmen. Die Staatseinkünfte aus Zöllen, Salinen und Steuern spielten als Anleihegarantie eine relativ geringe Rolle: Die adligen Gläubiger der Krone wie auch die reichen Bankiers strebten nach Landgütern. In der Regierungszeit Sigismunds des Alten gab der Adel die Parole aus, die Krone solle ihre Güter zurückgewinnen.

Unter "executio iurium" verstand man unter anderem "executio bonorum" - die Verwirklichung des Statuts von 1504, wofür sich der Adel leidenschaftlich einsetzte. Besonders Anfang der sechziger Jahre des 16. Jahrhunderts drang die in der Landbotenstube des Sejm dominierende "Exekutionspartei" im Bündnis mit König Sigismund August konsequent darauf, daß die Krone ihre im Laufe eines halben Jahrhunderts verlorengegangenen Güter zurückerhielt. Eine ähnliche Tendenz verfolgten laut Carsten die brandenburgischen Stände, die das Staatsbudget, gestützt auf feste Einkünfte, ausgleichen und die außerordentlichen Einnahmen, die Steuern, verringern wollten.<sup>10</sup> Wie die Stände vieler deutscher Staaten oder das englische Parlament vergaben auf diese Weise auch die polnischen Stände die so günstige Gelegenheit, den Landesherrn anlässlich der leeren Staatskasse zu entmachten. Im Falle der polnischen Landbotenstube waren die Motive klar: Es ging um die Stärkung des Staates, vielleicht aber noch mehr darum, die Inhaber der königlichen Güter, hauptsächlich die ein Senatorenamt bekleidenden Magnaten, zu schwächen. Hierin blieb die Aktion der Landbotenstube jedoch ohne Erfolg. Der 1563/64 im Sejm zustande gekommene Kompromiß beließ die große Mehrzahl der Domänen ihren bisherigen Inhabern und, was noch wichtiger ist, veränderte die soziale Struktur der Domänenverwalter (Amtsleute - Starosten) nicht.<sup>11</sup>

Das läßt sich gut in den preußischen Landen königlich-polnischen Anteils beobachten, wo seit 1569 die vom Sejm der Rzeczpospolita be-

10 Carsten, Francis Ludwig, The Origins of Prussia, Oxford 1954, S. 166.

11 Von 1572 - 1655 finden wir unter 84 Starosten in Großpolen: keinen Angehörigen des mittleren Adels (bis zu 5 erbliche Dörfer), 10 Eigentümer von 6 bis 10 Dörfern, 17 Eigentümer von 11 bis 20 Dörfern, dafür aber 57 Magnaten mit mehr als 20 Dörfern. Letztere interessierten sich für die fettesten Starosten. Vgl. dazu Dworzaczek, Włodzimierz, Skład społeczny wielkopolskiej reprezentacji sejmowej w latach 1572 - 1653 (Die soziale Zusammensetzung der Vertretung Großpolens auf dem Sejm in den Jahren 1572 - 1653), in: Roczniki Historyczne, Bd. 23, 1957, S. 308. - Diese Zahlen umfassen nur die Starosten, die gleichzeitig Sejmabgeordnete waren.

schlossenen Gesetze Geltung besaßen. Die Liste der Starosten weist nicht auf irgendeine Veränderung der Verhältnisse hin<sup>12</sup>, und ähnlich wie früher blieben die auf Lebenszeit verlehten königlichen Güter in den Händen der gleichen Familien. In der Mehrzahl der Fälle gingen sie (wenn auch mit Zustimmung des Königs) auf die Erben (auch als Mitgift oder unter die Familienangehörigen aufgeteilt) über. Ein besonders krasses Beispiel dafür ist die Familie Działyński, die die Starostei Bratian von 1536 bis 1714, also 178 Jahre lang, kontrollierte und sie dann nicht etwa abtrat, sondern Anna Działyńska in die Ehe mitgab. Działyńskis Schwiegersohn, Michał Zamoyski, der das Recht erworben hatte, die Starostei einer beliebigen Person zu überlassen, gab sie seiner Tochter und deren Gatten. Auch noch unmittelbar vor der ersten Teilung Polens (1772) erfolgte die Weitergabe der Starostei nach diesem Prinzip. Zwischen 1526 und 1772 wechselte die reiche Starostei Schlochau sechzehnmal innerhalb der gleichen Familie oder auf Grund eines vom König bestätigten Privatvertrages ihren Besitzer; nur viermal machte der König von seinen Rechten vollen Gebrauch und ergriff die Initiative. Für Neuburg stellen wir im gleichen Zeitraum dreizehn Fälle des erstgenannten und drei des zweiten Typs, für Mewe entsprechend zehn und vier, für Mirchau sieben und drei Fälle fest. Als einzige Starostei weist Graudenz mit acht und elf die umgekehrte Proportion auf. In dieser Hinsicht bildeten die preußischen Lande königlich-polnischen Anteils keine Ausnahme.

Auf diese Weise blieben die königlichen Ländereien eine dauerhafte und überaus wichtige Ergänzung der Magnatengüter.<sup>13</sup> Seitdem die "Exekution" beschlossen worden war, galt der Grundsatz, daß dem Starosten nur ein Fünftel der Einnahmen zustehen sollte. Bezeichnen-

12 Czaplewski, Paweł, Senatorowie świeccy, podskarbiowie i starostowie Prus Królewskich 1454 - 1772 (Weltliche Senatoren, Schatzmeister und Starosten aus Preußen königlich-polnischen Anteils 1454 - 1772), in: Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu, Bd. 26 - 28, 1921, nach Starosteien.

13 Der ausgezeichnete unterrichtete großpolnische Magnat Krzysztof Opaliński schätzte die Einnahmen eines angehenden Schwagers, des aus einer damals schnell emporgekommenen westpreußischen Familie stammenden Ludwig Weiher, wie folgt: in der Starostei Filehne waren 200 000 Złoty gesichert, die Starostei Deutsch-Krone (Wałcz) brachte mindestens 50 000, das erbliche Kosów bei Kulm dagegen einige tausend Złoty ein. Was noch wichtiger war: "er ist niemandem einen Pfennig schuldig". (Listy Krzysztofa Opalińskiego do brata Łukasza (Krzysztof Opalińskis Briefe an seinen Bruder Łukasz) 1641 - 1653, hg. v. Roman Pollak, Wrocław 1957, S. 153 u. 187. - Wałcz bewertet Opaliński diesmal mit "70 000 infallibiler".

derweise wurden aber nur zweimal die vorgesehenen periodischen Revisionen der Einnahmen aus königlichen Gütern durchgeführt. Das dritte Mal fanden sie erst 1616 und in den Folgejahren statt. Dann entstand wieder eine lange Pause. Sie schloß noch den Frieden von Oliva (1660) ein. Die nächste Unterbrechung dauerte noch länger: sie erstreckte sich bis 1775. Die Starosten wehrten sich mit aller Kraft gegen eine exakte Bewertung der Einnahmen aus den königlichen Ländereien. Lieber nahmen sie als kleineres Übel in Kauf, ein Vielfaches der ursprünglich festgelegten Quoten zu zahlen.<sup>14</sup> Zwar soll sich der erste weltliche Senator, der Krakauer Kastellan Spytek Jordan, beklagt haben: "Was sich Spytek kocht, das ißt der Kastellan von Krakau auf." Doch zahlten die sachkundigen Magnaten gern ansehnliche Beträge, um lukrative königliche Ländereien auf Lebenszeit zu bekommen.<sup>15</sup>

Ähnlich wie zum Beispiel militärische Ränge oder Ämter in vielen absoluten Monarchien der damaligen Zeit wurden in Polen die königlichen Ländereien zum beständigen Handelsobjekt. Das eigenartige "beneficium panis bene merentium" war eine Ware, ohne deren Berücksichtigung eine Analyse der Verhältnisse auf dem Bodenmarkt unvollständig bliebe. Es wurde allgemein üblich, lebenslängliche Besitzrechte an Krongut zu zedieren. Zwischen 1676 und 1686, also im Laufe von zehn Jahren, wurden vor dem Landgericht Lemberg im Rahmen von 63 Transaktionen 99 meist sehr kleine königliche Immobilien (einzelne Dörfer und Teile davon) zediert.<sup>16</sup>

Der Anteil des königlichen Eigentums an der Bodenfläche war nicht in allen Landesteilen gleich.<sup>17</sup> Den höchsten Prozentsatz wies West-

14 Sucheni-Grabowska, Anna, Walka o wymiar i przeznaczenie kwarty w końcu XVI i na początku XVII wieku (Der Kampf um Höhe und Bestimmung der Quarta Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts), in: *Przegląd Historyczny*, Bd. 56, 1965, S. 24 ff.

15 Die Vergabe von königlichen Ländereien auf Lebenszeit wurde von den Monarchen nicht nur als politisches, sondern auch als wirtschaftliches Instrument gehandhabt. Auch die Königinnen, von denen einige sehr auf das eigene und das Vermögen ihrer Männer bedacht waren, nutzten das aus. Vgl. dazu Pałucki, Władysław, *Studia nad uposażeniem urzędników ziemskich w Koronie do schyłku XVI wieku* (Studien über die Ausstattung der Landbeamten in Kronpolen bis zur Neige des 16. Jahrhunderts), Warszawa 1962, S. 125.

16 Wasowicz, Michał, *Kontrakty lwowskie w latach 1676 - 1686* (Die Lemberger Kontrakte in den Jahren 1676 - 1686), Lwów 1935.

17 Angaben über die Grundeigentumsstruktur finden sich verstreut in den Einführungen zu *Zródła dziejowe. Polska XVI w.* (Geschichtsquellen. Polen im 16. Jahrhundert), hg. v. Adolf Pawiński u. a. - Die Angaben wurden jedoch nicht kritisch genug zusammengestellt. Der Verf. stützt sich hier nur auf die Angaben, die in den letzten Jahren überprüft worden sind. Vgl. dazu

preußen auf. Dort waren die Domänen des Deutschen Ordens, abzüglich des Besitztums der Thorn, Elbing und Danzig übergebenen Komtureien, in das Eigentum des Königs übergegangen. In den achtziger Jahren des 16. Jahrhunderts gehörten in Westpreußen insgesamt 32 Prozent der Dörfer bzw. 49 Prozent des Bauernlandes dem König. Im Gegensatz dazu war das königliche Eigentum in einigen Teilen Masowiens verschwindend gering (in der Wojewodschaft Płock 3,4 Prozent der Bauernhöfen). Insgesamt machten die königlichen Ländereien in dieser Zeit schätzungsweise 10 bis 15 Prozent des bestellten Bodens aus. An den Waldungen war der König stärker beteiligt. (Siehe Tabelle 2)

### Das bürgerliche Grundeigentum

In der hier behandelten Zeit hatte die Bürgerschaft nur ganz geringe Rechte auf Grundeigentum. Das Statut von 1496 verbot es den Bürgern, Landgüter zu besitzen und zu erwerben. Doch dieses Verbot war wohl ohne Erfolg geblieben, denn 1538 wurde es (mit Wirkung von 1543) erneut verkündet. Die letzte in dieser Angelegenheit erlassene Bestimmung, aus dem Jahre 1611, verbot bei Strafe der Konfiskation sowohl den Bürgern als auch den Städten und Gemeinden, Landgüter zu erwerben.<sup>18</sup> Es ist anzunehmen, daß die einzelnen Rechtsakte zwischen 1496 und 1611 unterschiedliche Absichten verfolgten. Anfangs stellte das Anwachsen des Bürgertums eine reale Bedrohung für den Adel dar. Obwohl der Tradition gemäß in der Konstitution von 1538 festgelegt worden war, "quod in profectionibus bellicis et aciebus ordinatis locum inter nobiles competentem non haberent" (die Bürger)<sup>19</sup>, befürchtete der Adel, die wohlhabenderen Bürger könnten ihm als Grundbesitzer Konkurrenz bieten. Um 1611 war das Kräfteverhältnis schon anders. Jetzt fand die verstärkte Tendenz des gesamten Adels, jeglichen Zugang zum Adelsstand zu sperren, ihren Niederschlag in einer Konstitution. Wir lesen dort, daß "plebei passim und Fremde sich

außerdem Biskup, Marian, Prusy Królewskie w drugiej połowie XVI w. Atlas historyczny Polski XVI w. (Preußen königlich-polnischen Anteils in der zweiten Hälfte des 16. Jh. Historischer Atlas Polens für das 16. Jh.), Warszawa 1961, S. 120; Województwo płockie około 1578 r. (Die Wojewodschaft Płock um 1578), bearb. unter d. Leitung v. Stanisław Herbst, in: Atlas historyczny Polski XVI w. (Historischer Atlas Polens für das 16. Jh.), Warszawa 1959, S. 66, vgl. Tab. 2.

<sup>18</sup> Kaczmarczyk, Zdzisław/Leśnodorski, Bogusław, Historia państwa i prawa Polski od połowy XV w. do r. 1795 (Polnische Staats- und Rechtsgeschichte von der Mitte des 15. Jh. bis zum Jahre 1795), unter d. Red. v. Juliusz Bardach, Warszawa 1957, S. 60 u. 319.

<sup>19</sup> Volumina legum, Bd. 1, S. 544.

T a b e l l e 2

Die Verteilung des Grundeigentums in einigen Teilen  
Polens in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts

(in Prozent)

Posi- tion	Territorium (Wojewod- schaften)	Berechnungs- basis	Eigen- tum				
			könig- lich	kirch- lich	ad- lig	städ- tisch	unbe- stimmt
1	Pommerellen	Dörfer	30,4	16,3	43,5	9,2	0,6
		Ackerfläche	36,6	17,9	37,3	7,9	0,3
		Gesamtfläche	60,9	13,2	25,1	10,6	0,2
2	Kulm	Dörfer	27,2	24,1	38,6	9,1	1,0
		Ackerfläche	31,8	29,1	29,6	8,9	0,6
		Gesamtfläche	22,9	26,7	12,8	12,8	0,3
3	Marienburg	Dörfer	50,2	1,0	26,0	22,8	-
		Ackerfläche	60,3	4,6	16,5	18,6	-
		Gesamtfläche	56,7	3,4	14,0	25,9	-
4	Brest	Dörfer	13,5	17,0	68,2	0,4	0,9
		Bauernhufen	16,8	21,4	60,2	1,6	-
5	Inowrocław	Dörfer	15,4	24,1	55,1	4,3	1,1
		Bauernhufen	13,5	29,7	54,2	2,6	-
6	Żęczyca	Dörfer	5,4	11,7	82,9	-	-
		Bauernhufen	11,0	21,9	67,1	-	-
7	Nakel	Dörfer	6,5	13,5	80,0	-	-
		Bauernhufen	4,7	9,4	85,9	-	-
8	Płock	Bauernhufen	3,4	13,5	79,9	3,2	-
9	Wieluń	Dörfer	10	17	71	2	-
		Bauern	13	15	70	2	-
10	Krakau (1629)	Dörfer	16,4	23,8	59,8	+	+
		Bauernhufen	20,9	28,1	51,0	+	+

- = kommt nicht vor.

+ = nicht in die Prozentberechnung einbezogen.

#### Quellen:

für die Positionen 1 - 3: Biskup, Marian, Prusy Królewskie w drugiej połowie XVI w. Atlas historyczny Polski XVI w. (Preußen königlich-polnischen Anteils in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Historischer Atlas Polens für das 16. Jh.), Warszawa 1961;

für die Positionen 4 u. 5: Guldon, Zenon, Rozmieszczenie własności ziemskiej na Kujawach w II połowie XVI w. (Standortverteilung des Grundbesitzes in Kujawien in der 2. Hälfte des 16. Jh.), Toruń 1964 = Roczniki Towarzystwa Naukowego w Toruniu, Jg. 69, H. 2;

in den ehrbaren polnischen Adelsstand hineindrängen, nullis meritis, aber durch den Kauf von Landgütern des Adels".<sup>20</sup> Von diesen Verboten waren zwar die Bürger einiger wichtigerer Städte der Krone ausgenommen, doch war es auch ihnen praktisch kaum möglich, dem Landrecht (ius terrestre) unterliegende Adelsgüter zu erwerben. Anders lagen die Verhältnisse in den preußischen Landen königlich-polnischen Anteils, für die die Landeskonstitution von 1538 die Gleichberechtigung von Adel und Bürgertum in bezug auf Grundeigentum bestätigte.<sup>21</sup> Das ergab sich aus der bedeutend stärkeren Stellung, die die Städte in diesem Gebiet innehatten. Sie kam auch darin zum Ausdruck, daß die städtischen Besitzungen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts bis zu 11 Prozent der Fläche Westpreußens einnahmen.<sup>22</sup>

Im ganzen Lande rührten die städtischen Besitzungen größtenteils aus Lokationsprivilegien her.<sup>23</sup> Sie umfaßten daher meistens nur einige Dutzend, selten mehr als 100 Hufen. Entsprechend ihrem Umfang wurde der Boden nach sehr verschiedenen Systemen bewirtschaftet, wie auch zwischen dem Ackerbürger solcher Kleinstädte wie Dirschau und Wielun und dem grundbesitzenden Patrizier in Danzig oder Krakau ein Abgrund klaffte.

Quellen zur Tabelle 2 (Fortsetzung):

für die Position 6: Sobczak, Tadeusz, Zmiany w stanie posiadania dóbr ziemskich w województwie Łęczyckim od XVI do XVIII wieku (Veränderungen im Besitzstand der Landgüter in der Wojewodschaft Łęczyca vom 16. bis zum 18. Jh.), in: Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych, Bd. 17, 1955;

für die Position 7: Szafran, Przemysław, Osadnictwo historycznej Krajny w XVI - XVIII w. (1511 - 1772) (Die Besiedlung der historischen Krajna im 16. - 18. Jh. [1511 - 1772]), Gdańsk 1961;

für die Position 8: Województwo plockie około 1578 r. (Die Wojewodschaft Plock um 1578), bearb. unter d. Leitung v. Stanisław Herbst, in: Atlas historyczny Polski XVI w. (Historischer Atlas Polens für das 16. Jh.), Warszawa 1959;

für die Position 9: Szczygielski, Wojciech, Produkcja rolnicza gospodarstwa folwarcznego w Wieluńskim od XVI do XVIII wieku (Die landwirtschaftliche Produktion der Gutswirtschaft im Gebiet von Wieluń vom 16. bis 18. Jh.), Łódź 1963;

für die Position 10: Rejestr poborowy województwa krakowskiego z roku 1629 (Das Steuerregister der Wojewodschaft Krakau vom Jahre 1629), unter d. Red. v. Stefan Ingot, Wrocław 1956.

<sup>20</sup> Ebenda, Bd. 3, S. 14.

<sup>21</sup> Ebenda, Bd. 1, S. 544.

<sup>22</sup> Biskup, Marian, a. a. O.

<sup>23</sup> Vgl. auch, was oben über die Lehen Kasimirs des Jagiellonen an die preußischen Städte gesagt wurde.

## Das adlige Grundeigentum

Unter den adligen Grundeigentümern gab es noch viel mehr Abstufungen. In dieser Beziehung stehen drei Hauptprobleme vor uns:

1. die Typologie der Formen des adligen Grundeigentums,
2. die Richtung und die Intensität der Veränderungen der Grundeigentumsstruktur vom 16. bis zum 18. Jahrhundert,
3. die Ursachen sowie die sozialen und politischen Konsequenzen dieser Erscheinung.

Eine Systematik der adligen Eigentumstypen muß sich nach dem Zweck richten, den man damit verfolgt. Wenn wir jetzt die Dynamik des Eigentums untersuchen, legen wir deshalb besonderes Gewicht auf die Größe und nicht auf die Organisation der Güter. Die kleinsten adligen Eigentümer hatten nur einen Hof und dazu keine Hörigen. Man könnte sie mit den Freien oder dem Panenadel aus der Zeit des Deutschen Ordens vergleichen; denn sie übten de facto keine Jurisdiktion aus. Falls jedoch solch ein Adliger Grund und Boden erwarb, auf dem ein Bauer saß, oder er einen Bauern dort ansiedelte, standen ihm diesem gegenüber alle auf dem Landrecht beruhenden Rechte zu. Die wirtschaftliche Lage dieser Adelsschicht war kläglich. Sie bevölkerte dichtgedrängt ganze Kreise von Nordmasowien, Podlachien und Kaschubien. Eine durchschnittliche Wirtschaft dieses Typs war in Masowien kleiner als eine Bauernwirtschaft jener Zeit; denn es gab innerhalb des Adels keine Beschränkungen für Vermögensteilungen, wie wir später noch sehen werden.

Von den Adligen, denen lediglich ein Gehöft gehörte, unterschied sich die nächsthöhere Adelsschicht, die der Dorfanteil-Eigentümer, nur wenig. Mehrere Adlige dieser Gruppe hatten Eigentum im gleichen Dorfe. Wir werden später noch auf das Problem des Dorfes als Maßeinheit für die Größe adliger Besitzungen zurückkommen. Selbstverständlich gab es verschiedenartige und verschieden große Dörfer. Für diese Adelsschicht war ein kleines Vorwerk mit einer einzigen Hufe oder ein paar Hufen und einem Bauernhof oder höchstens ein paar Bauernhöfen, oft auch nur Kossätenstellen, charakteristisch. Die in der gleichen Dorfgemeinde lebenden Angehörigen der beiden genannten Adelsschichten waren gewöhnlich miteinander verwandt und verschwägert; denn die gleiche gesellschaftliche Stellung und Vermögenslage erleichterte Eheschließungen zwischen ihnen. Untersuchungen darüber sind schwierig, da in den Steuerregistern der Einfachheit

halber oft ganze Dörfer gemeinsam erfaßt sind. Dagegen enthalten die Gerichtsbücher vom 15. Jahrhundert ein reichhaltiges Material.

Der nächsten Gruppe des Adels, den "Eigentümern eines Dorfes", ist eine eigene Monographie gewidmet.<sup>24</sup> Ihre Besitzungen bestanden aus je einem Vorwerk und einigen hörigen Bauern, die übrigens manchmal in verschiedenen Dörfern wohnten. Prüft man die Angaben in Gutsinventarien etwas näher, so erweist sich, daß wir es hier (wenigstens im dritten Viertel des 16. Jahrhunderts) mit zwei Besitztypen zu tun haben, deren Kernstück einmal ein Vorwerk von 2 oder 3 Hufen und zum anderen ein Vorwerk von 6 bis 7 Hufen war. Den Grund und Boden der Vorwerke bestellten hörige Bauern sowie Kossäten und Saisonarbeiter.

Zwischen den übrigen Adelsgütern gab es je nach ihrem Umfang beträchtliche Unterschiede. In der Regel verhielt es sich mit den Besitzungen des reichen Adels ähnlich wie mit denen der Geistlichkeit und des Königs: auf mehrere Dörfer entfiel ein Vorwerk. Auf dieser Tatsache beruhte die unterschiedliche Struktur, die zwischen den Gütern dieses Typs und dem Kleinbesitz bestand.

Die Dynamik der Bodenverteilung innerhalb des Adels resultierte aus den wirtschaftlichen Faktoren, die den Grundstücksmarkt gestalteten, und auch aus dem Grundsatz der Realteilung des Erbes unter alle Kinder des Verstorbenen. Zwei einander widersprechende Tendenzen - einerseits zur Anhäufung unbeweglichen Eigentums und andererseits zu seiner Teilung im Erbfall - lassen sich mit Hilfe mehrerer Methoden verfolgen, von denen jede andere Seiten der uns interessierenden Erscheinung hervorhebt.

Beim gegenwärtigen Stande unseres Wissens können diese Erscheinungen erst vom 15. Jahrhundert und in größerem Maße sogar erst von der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts an irgendwie zahlenmäßig erfaßt werden. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß auch das Rittereigentum in den vorangegangenen Jahrhunderten bedeutende Wandlungen durchmachte. Davon zeugt ganz hervorragend der "Liber fundationis claustris Sanctae Mariae Virginis in Heinrichow".<sup>25</sup> Doch bei der Un-

24 Wyczański, Andrzej, Studia nad folwarkiem szlacheckim w Polsce w latach 1500 - 1580 (Studien über das Adelsvorwerk in Polen in den Jahren 1500 - 1580), Warszawa 1960. - Im folgenden werden die vom Verfasser bei der Rezension dieses Buches in Acta Poloniae Historica, Bd. 7, 1962, S. 125 - 131 (französisch), vorgenommenen Korrekturen berücksichtigt.

25 Liber fundationis claustris Sanctae Mariae Virginis in Heinrichow oder Gründungsbuch des Klosters Heinrichau, hg. v. Gustav Adolf Stenzel, Breslau 1854 u. a. Ausgaben.

tersuchung anderer Landestelle erweist es sich, daß im Mittelalter gleichzeitig zwei Prozesse in Polen vor sich gingen: die Entwicklung des Kleinbesitzes in neuen Siedlungsgebieten und das Wachstum des Großbesitzes in schon früher kolonisierten Gegenden.<sup>26</sup>

Am Beginn der Neuzeit war die Siedlungsbewegung in Polen noch nicht abgeschlossen. Sie dauerte besonders im Osten, aber auch im Innern des Landes noch an. Die polnische Wirtschaft ist vielleicht das klassische Beispiel für eine expansionistische Entwicklung in dem Sinne, wie Hoselitz diesen Begriff verstand.<sup>27</sup> Obwohl weder Polen noch das mit ihm in Personalunion vereinigte Litauen eine im politischen Sinne offene Ostgrenze hatten, waren doch die Ukraine und die reußischen Teile des Großfürstentums Litauen nach wie vor schwach bevölkert und bildeten ein attraktives Terrain für die Besiedlung und die Errichtung von Landgütern. Diese Probleme können hier nicht näher untersucht werden; man darf aber nicht übersehen, daß die polnische Ostsiedlung, oft mittelbar, die Siedlungs- und Eigentumsverhältnisse innerhalb des ganzen Landes sehr stark beeinflusste. In diesem Zusammenhang zogen zwei Erscheinungen die Aufmerksamkeit der Historiker auf sich: die Flucht der Bauern, die vor allem aus Kleinpolen nach Reußen und der Ukraine zogen<sup>28</sup>, und die Errichtung von Magnatenlatifundien im Osten und Südosten. Doch schon vor fast achtzig Jahren wies Potkański darauf hin, daß die kleinpolnische und masurensche Ostkolonisation gegen Ende des Mittelalters auch die Eigentumsverhältnisse des niederen (scartabelli, militelli) und des Kleinadels in den von den Siedlern verlassenen Gebieten bedingte.<sup>29</sup> Ande-

26 Rutkowska-Pyachcińska, Anna, Sadeczyzna w XIII i XIV wieku. Przemiany gospodarcze i społeczne (Das Sander Land im 13. und 14. Jahrhundert. Seine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen), Wrocław 1961, Kapitel 1.

27 Hoselitz, Bert F., Patterns of economic growth, in: The Canadian Journal of Economics and Political Science, Bd. 21, 1955, S. 416 ff.

28 Die historisch-geographische Terminologie kann Unklarheiten hervorrufen. Reußen hieß das südöstliche Land, das vom 13. bis 15. Jahrhundert zum polnischen Staat gehörte (die Wojewodschaft Reußen mit Lemberg als Hauptstadt). Ukraine heißen die weiter entfernt, vorwiegend an den Zuflüssen von Dnepr und Bug gelegenen Gebiete, die Polen 1569 von Litauen übernahm.

29 Potkański, Karol, Zagrodowa szlachta i włozyce rycerstwo w województwie krakowskim w XIV i XV wieku (Kleinadel und niedere Ritterschaft in der Wojewodschaft Krakau im 14. und 15. Jahrhundert). Die 1888 verfaßte Arbeit ist abgedr. in: Potkański, Karol, Lechici, Polanie, Polska (Lechiten, Polen, Polen), hg. v. G. Labuda, Warszawa 1965. - Der Herausgeber bemerkt mit Recht, daß die sozialökonomische Problematik dieser Monographie durch die inzwischen verstrichene Zeit nicht überholt ist. Bis heute sind wir eigentlich nicht über die Feststellungen und besonders die Hypothesen Potkańskis hinausgekommen.

rerseits konnten die durch die Umstellung des Dorfes auf deutsches Recht zunächst dem Großbesitz eröffneten Umbau- und Entwicklungsperspektiven für den Kleinadel (die Eigentümer eines Gehöfts, eines Dorfanteils und in bestimmten Fällen auch eines Dorfes) nicht bestehen. Wie sollte denn ein Angehöriger des Kleinadels im 14. oder 15. Jahrhundert einen Bauern ansiedeln und ihm mehrjährige Abgabefreiheit gewähren, wie und wo im 16. Jahrhundert die Getreideproduktion erhöhen? So mancher verkaufte sein Land und siedelte selbst in den Ostmarken, und zwar sowohl im 15. Jahrhundert als auch später. Lediglich die Siedlungsregion verlagerte sich.

Gehen wir nun aber zur zahlenmäßigen Erfassung über. Neuere Monographien liefern einige Angaben hierfür. Wenn diese auch territorial auf Wojewodschaften oder gar Kreise begrenzt sind, lassen sie doch die regionalen Unterschiede wie auch die Skala des ganzen Prozesses klar erkennen. Der entscheidende Mangel aller territorial begrenzten statistischen Untersuchungen über das Grundeigentum liegt darin, daß sie der Bedeutung der reichsten Magnaten nicht gerecht werden. Deren wirtschaftliche und auch politische Bedeutung ging erheblich über den Bereich einer Wojewodschaft oder eines Landesteils hinaus. Stellt man die Größe eines Kreises und eines viele Hunderte von Dörfern zählenden Latifundiums einander gegenüber, so wird der Kontrast ganz offenbar.

Die Dynamik der Verteilung des adligen Grundeigentums läßt sich nach drei Methoden untersuchen, wobei die vorhandene Quellengrundlage darüber entscheidet, welcher von ihnen man sich bedienen muß:

1. Man verfolgt die Entwicklung einzelner Besitztümer.
2. Man analysiert und bilanziert die Gesamtergebnisse einer ansehnlichen Zahl von Grundstückskäufen- und verkäufen.<sup>30</sup>
3. Man vergleicht die Grundeigentumsstruktur in mehreren chronologischen Querschnitten.

Die erste, außerordentlich mühsame Methode ist besonders fruchtbar hinsichtlich des Großbesitzes, vor allem des Eigentums jener in Polen nicht zahlreichen Familien, deren Archive dem Zahn der Zeit widerstanden. Doch geht man mit der gleichen Methode auch an das ande-

30 Prof. Dworzaczek (Poznań) bearbeitet das gewaltige Material, das in Gerichtsbüchern über die beim großpolnischen Adel ehemals herrschenden Verhältnissen enthalten ist (Wojewodschaften Posen und Kalisch).

re Extrem, die nur einen Hof besitzende Adelschicht, heran, um Antwort auf die Frage zu finden, ob sich dieser Splitterbesitz erst in neuerer Zeit (seit dem Ende des Mittelalters) herausgebildet hat oder ob er ein Relikt uralter Siedlungsverhältnisse ist.<sup>31</sup>

Von den großen Besitztümern wurde nur ein einziges Magnatenvermögen wirklich bis ins einzelne untersucht: das des Kanzlers Jan Zamoyski (gestorben 1605).<sup>32</sup> Es ist zugleich ein Extremfall. Zamoyski, der Sohn eines vermögenden, aber ganz sicher nicht herausragenden Adligen mit mehreren Dörfern durchlief eine ungewöhnliche politische Karriere. Erst war er "Tribun des Adelsvolkes", und dann vereinigte er in seiner Hand die Schlüsselfunktionen des Kanzlers und die des Krongroßhetmans (das war der höchste militärische Posten in Kronpolen). Während dieser Karriere vergrößerte er seinen persönlichen Besitz von vier (1572) auf ungefähr zweihundert Dörfer und elf Flecken. Vom König erhielt er auf Lebenszeit mehr als 600 Dörfer und zwölf Flecken. Das ergibt insgesamt eine Fläche von ungefähr 14 700 Quadratkilometern, verstreut über alle Teile des Landes. Sein Besitz wuchs schrittweise durch den Ankauf von Vorwerken, Dörfern und sogar einzelnen Grundstücken. "Aus diesen kleinen Sachen werden große, wenn parvum parvo additur", schrieb Zamoyski an einen Freund. Er begann damit, daß er die Familiengüter durch den Ankauf benachbarter Dörfer abrundete. Ab 1589 war er schon imstande, auch größere Komplexe im Umfang von fünfzehn und mehr Dörfern zu erwerben. Gern übernahm er mit hohen Hypotheken belastetes Grundeigentum, bezahlte die Schulden und zog per Saldo daraus beträchtlichen Gewinn. Durch eine Ausnahmeregelung erhielt er kraft Sejmkonstitution zwei Starosteien als Eigentum, die er sich übrigens durch einen Sieg bei Byczyna 1588 über den Prätendenten auf den polnischen Thron, Erzherzog Maximilian, verdient hatte. Aus den zahlreichen königlichen Ländereien, die Zamoyski pachtete, verschaffte er sich anscheinend ein Großteil der Mittel zur Erweiterung seines eigenen Grundeigentums. Im glei-

31 Vgl. Potkański, Karol, Zagrodowa szlachta, a. a. O.; neuerdings befaßte sich Dr. Russocki mit diesem Thema und stellte die Geschichte des Problems dar. (Russocki, Stanisław, Region mazowiecki w Polsce średniowiecznej [Die masowische Region im mittelalterlichen Polen], in: Przegląd Historyczny, Bd. 54, 1963).

32 Tarnawski, Alexander, Działalność gospodarza Jana Zamoyskiego, kanclerza i hetmana wielkiego Koronnego (Die wirtschaftliche Tätigkeit des Kanzlers und Krongroßhetmans Jan Zamoyski), Lwów 1935.

chen Jahre 1589 gestattete ihm ein anderer Sejmbeschluss, ein Fideikommiß zu errichten.<sup>33</sup>

Die Wachstumsrate des Vermögens des Kanzlers war ungewöhnlich, aber die Technik, mit der es angehäuft wurde, scheint für diese Sphäre doch typisch gewesen zu sein.

Ein anderer hervorragender Magnat jener Epoche war Sebastian Lubomirski.<sup>34</sup> Nach den Steuerregistern von 1581 besaß Lubomirski in der Wojewodschaft Krakau gerade vier ganze Dörfer und Teile von zwei anderen. Darüber hinaus pachtete er etwas Land. Er war der erste der zahlreichen Lubomirskis, die Senatorensitze innehatten<sup>35</sup>, aber die wirkliche Quelle seines Reichtums war die Raubwirtschaft, die er auf den von ihm gepachteten königlichen Salinen in Bochnia betrieb.<sup>36</sup>

Wie nur sehr wenige polnische Magnaten erhielt er vom Kaiser den erblichen Grafentitel. Kaum ein halbes Jahrhundert später (1629) erfreute sich sein Sohn, schon als Fürst Stanisław, in der gleichen Wojewodschaft des Besitzes von 91 Dörfern und Flecken sowie von 23 Dörfern und 2 Flecken aus dem Krongut. Infolge großer Schenkungen an Klöster und auch an den Adel ergaben die folgenden fünfzig Jahre insgesamt nur einen geringen Zuwachs. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß die für 1629 genannten 91 Dörfer ein halbes Jahrhundert früher noch 43 verschiedenen Adligen gehört hatten.<sup>37</sup> Übrigens war das nur ein Teil des persönlichen Vermögens des Fürsten, das über viele Wojewodschaften verstreut lag.

Mit der Güterakkumulation ging bei den Lubomirskis wie auch bei anderen Magnaten eine imponierende Bautätigkeit einher. Errichtet wur-

33 Das Fideikommiß der Zamoyski war nicht das erste. Zehn Jahre früher entstanden drei Fideikommissionen der Fürsten Radziwiłł. Vgl. dazu Mejeri, Aleksander, Ordynacje w dawnej Polsce (Fideikommissionen im alten Polen), in: Pamiętnik Historyczno-Prawny, H. 2/1929, S. 10. - Über den Unwillen des mittleren und des Kleinadels gegen die Gründung von Fideikommissionen siehe ebenda.

34 Rejestr Poborowy województwa krakowskiego z roku 1629, a. a. O., S. XII; Czapliński, Władysław, Materiały do historii wielkiej własności w Polsce (Materialien zur Geschichte des Großbesitzes in Polen), in: Ze skarba kultury, H. 1 (4)/1953, S. 91 ff.

35 Die Inhaber einiger zentraler Ämter (Kanzler, Schatzmeister usw.) wie auch die Wojewoden und Kastellane aus allen Wojewodschaften traten kraft ihres Amtes in den Senat, die obere Kammer des Sejms, ein.

36 Über ihn kursierte der Spruch: "O gutes Salz, wenn ich dich so lange beherrscht hätte, wäre ich auch so".

37 Trzyna, Edward, Podział feudalnej własności ziemskiej w woj. krakowskim w świetle księgi poborowej z r. 1929 (Die Verteilung des feudalen Grundeigentums in der Wojewodschaft Krakau im Lichte des Steuerbuches von 1629), in: Ze skarba kultury, H. 1 (7) 1955, S. 143.

den einige Residenzen und fromme Stiftungen, besonders die damals modernen Kalvarienklöster (Ablaßstätten).

Im Gegensatz zu Kleinpolen galt Großpolen bis vor kurzem als ein Gebiet fast ohne großen Magnatenbesitz. W. Dworzaczek wies jedoch nach, daß dieses Bild durch Mängel in den Steuerregistern hervorgehoben sein dürfte. Er bestreitet nicht, daß Großpolen in dieser Hinsicht hinter Kleinpolen zurückstand; doch gelang es ihm zum Beispiel festzustellen, daß dem Kastellan von Posen und Generalstarosten von Großpolen, Andrzej Górką (1551 gestorben), neben Besitzungen in anderen Landesteilen fast hundert Dörfer in Großpolen gehörten. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts gab es in den Wojewodschaften Kalisch und Posen Dutzende von Besitzungen mit zwanzig und mehr Dörfern, ferner ein gutes Dutzend mit dreißig bis hundert Dörfern und sogar eine mit über hundert Dörfern.<sup>38</sup>

Das Gelobte Land des polnischen Magnatentums waren jedoch die Ostmarken. Fürst Konstanty Ostrogski (1527 - 1608), der als reichster Mann Polens galt, besaß in der Wojewodschaft Krakau achtzig Dörfer (1581), doch zusammen mit den Starosteien schätzt man sein gesamtes Vermögen auf 1 300 Dörfer und etwa 100 Städte und Schlösser. Das von den Ostrogskis in den Jahren 1608 bis 1618 errichtete Fideikommiß bestand aus 24 Flecken, 593 Dörfern und zahlreichen städtischen Grundstücken in Krakau sowie der neuen Hauptstadt Warschau.<sup>39</sup>

Die Zahl der Dörfer eines anderen märchenhaft reichen Magnaten, des Fürsten Jeremi Wiśniowiecki, ist nicht bekannt.<sup>40</sup> Im übrigen wäre das Dorf nicht die passende Maßeinheit für das Grundeigentum, das er sich in der frisch und dünn besiedelten Zone zulegte. Laut Besitzinventarien hatte Wiśniowiecki im Jahre 1630 in der Ukraine auf dem linken Dneprufer 600 Feuerstellen (ungefähr 4 600 Seelen), aber siebzehn Jahre später, am Vorabend des berühmten Kosakenaufstandes unter Bohdan Chmielnicki, ebendort ungefähr 38 460 Feuerstellen, also umgerechnet über 230 000 Untertanen.

Die Entstehung der großen Latifundien in der Ukraine an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert ist eines der Grundelemente jenes kom-

38 Dworzaczek, Włodzimierz, a. a. O., S. 287 ff.

39 Mejer, Aleksander, a. a. O.

40 Tomkiewicz, Władysław, Jeremi Wiśniowiecki (1612 - 1651), in: Rozprawy Historyczne Towarzystwa Naukowego Warszawskiego, Bd. 12, Warszawa 1933, Kap. 5. - Die Geschichte des Wachstums des Latifundiums der Wiśniowiecki illustriert gut die Atmosphäre erbitterter Rivalität um Güter und Lehen.

plizierten Problems des Einflusses der Ostexpansion auf die polnische Geschichte. Dabei ist für unsere Thematik die Beobachtung wichtig, daß die Bewahrung der allgemeinen Geltung und des Vermögens der Magnatengeschlechter zu dieser Zeit davon abhing, ob sie die wirtschaftliche Hochkonjunktur im Osten nutzten. Leuten aus Kleinpolen fiel dies leichter.<sup>41</sup>

Vielleicht besteht die Gefahr, daß man die Perspektive verzerrt, wenn man die Aufmerksamkeit so nachdrücklich den Wachstumsprozessen der Magnatenschaft an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert widmet; doch hatte eben allem Anschein nach gerade diese Zeit für die Magnaten sowohl politisch als auch wirtschaftlich entscheidende Bedeutung. Das Vermögen der "neuen Magnaten", die zur Regierungszeit von Kasimir dem Jagiellonen (1447 - 1492) und von Sigismund dem Alten (1506 - 1548) den König unterstützten, beruhte bekanntlich zu einem gut Teil auf der großzügigen Vergabe von Krongut. Auch das Bestreben, um König Sigismund III. (1587 - 1632) eine Gruppierung von Royalisten zu bilden, trug in gewissem Sinne dazu bei, daß nouveaux riches emporkamen.<sup>42</sup> Der materielle Anreiz spielte dabei nach Meinung der Zeitgenossen die entscheidende Rolle.<sup>43</sup> Auch heutige Forscher stellen fest, daß die Familien Potocki, Ossoliński, Sieniawski, Myszkowski und andere damals aufstiegen. Die Frage, in welchem Maße neue Familien emporkamen und in welchem Maße alte Magnatengeschlechter ihr Grundeigentum erweiterten, harret noch der Beantwortung.

Eine Analyse des Wachstums einzelner Vermögen kann allerdings keinen Begriff vom gesellschaftlichen Maßstab des Problems vermitteln, das heißt, von der Anzahl und Größe der anwachsenden Vermögen und vom

41 Lworzaczek, Włodzimierz, a. a. O., S. 295. - Andererseits spielte das litauische Magnatentum im 17. und 18. Jh. eine sehr große Rolle in Kronpolen.

42 Czapliński, Władysław, Rządy oligarchii w Polsce nowożytnej (Das Regime der Oligarchie im neuzeitlichen Polen), in: Przeгляд Historyczny, Bd. 52, 1961; Kersten, Adam, Problem władzy w Rzeczypospolitej czasów Wazów (Das Machtproblem in der Rzeczypospolita zur Wasa-Zeit), in: O naprawie Rzeczypospolitej XVII - XVIII w. (Um die Verbesserung der Rzeczypospolita im 17. - 18. Jh.), Warszawa 1965; Cynarski, Stanisław, Stronnictwo królewskie w dobie rokoszu Zbrzydowskiego. Próba charakterystyki (Die Königspartei zur Zeit des Zbrzydowski-Aufstandes. Versuch einer Charakteristik), in: Małopolskie Studia Historyczne, Bd. 8, 1965.

43 Der König "wählt nur einige der mächtigsten Personen aus, macht sie zu Senatoren, belehnt sie mit reichen Starosteien, und diese werden, wie jetzt andere, alles erreichen". (Czubek, Jan, Pisma polityczne z czasów rokoszu Zbrzydowskiego [Politische Schriften aus der Zeit des Zbrzydowski-Aufstandes] 1606-1608, Kraków 1918, S. 365, zit. nach Cynarski, Stanisław, a. a. O., S. 5.)

Wachstumstempo. Gerade von dieser Seite läßt sich das Problem durch die anderen Methoden beleuchten.

Vor dem zweiten Weltkrieg empfahl Franciszek Bujak, der namhafte Wirtschaftshistoriker und Professor an der Universität Lwów, einigen seiner Doktoranden als Dissertationsthema die Untersuchung der vollständig erhalten gebliebenen Quellen über die sogenannten Lemberger Kontrakte.<sup>44</sup>

Das waren Massenzusammenkünfte des Adels, auf denen in einer festen Zeitperiode Jahr für Jahr die meisten Boden- und Geldgeschäfte getätigt wurden. Diese Quellen enthalten also das Gros der Umsätze, an denen übrigens nicht nur Adlige beteiligt waren. Als am genauesten erforscht und für unsere Zwecke am wertvollsten erweist sich der Zeitabschnitt von 1676 bis 1686. Der Verfasser der diesen Zeitabschnitt behandelnden Dissertation gliedert die Kontrahenten in Magnaten, mittleren Adel, Kleinadel, ferner in Bürger und Geistlichkeit; die Juden werden gesondert aufgeführt.

Eine Analyse der "Kontrakte" ist äußerst schwierig. Die Kontrahenten wurden nach den Titeln, unter denen sie in den Akten verzeichnet sind, den verschiedenen Schichten zugerechnet. Diese Methode scheint treffend zu sein. Man kann den unterschiedlichen Vermögensstand jeder dieser Gruppen annähernd feststellen, indem man sich auf die Angaben in den Eheverträgen stützt, die sowohl die Höhe der Mitgift als auch die vom Manne eingebrachte Widerlage nennen.

T a b e l l e 3

Mitgiften der Frauen und Widerlagen der Männer 1676 bis 1686<sup>45</sup>

	Mitgiften		Widerlagen	
	Anzahl	durchschnittliche Höhe (in 1000 Złoty)	Anzahl	durchschnittliche Höhe (in 1000 Złoty)
Magnatenschaft	5	96	7	143
mittlerer Adel	37	17	103	9
Kleinadel	-	-	42	0,2

44 Wąsowicz, Michał, a. a. O.; Siegel, Stanisław, Kontrakty lwowskie w latach 1717 - 1724 (Die Lemberger Kontrakte in den Jahren 1717 - 1724), Lwów 1935. - Die dritte Arbeit aus diesem Zyklus (Bielecka, Janina, Kontrakty lwowskie w latach 1768 - 1775 [Die Lemberger Kontrakte in den Jahren 1768 - 1775], Poznań 1948), lassen wir in unseren weiteren Erwägungen außer Betracht.

45 Nach Wąsowicz, Michał, a. a. O., Tab. XXVI u. XXXI.

Tabelle 4

Mitgiften der Frauen und Widerlagen der Männer 1717 bis 1724<sup>46</sup>

	Mitgiften		Widerlagen	
	Anzahl	durchschnittliche Höhe (in 1000 Złoty)	Anzahl	durchschnittliche Höhe (in 1000 Złoty)
Magnatenschaft	18	49	24	63
mittlerer Adel	12	8	34	8
Kleinadel	-	-	44	0,3

Wenn wir durch diese Methode vielleicht auch ein allzu kontrastreiches Bild erhalten, so ist doch die Skala der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede frappierend.<sup>47</sup>

Alle diese Schichten der Adelsgesellschaft tätigten ihre Geschäfte auf den "Kontrakten". Es ist anzunehmen, daß außerhalb der "Kontrakte" in der Regel nur der Kleinadel Verträge abschloß.

Die Tabellen 5 und 6 zeugen von einer recht starken Tendenz, Bodenkäufe und -verkäufe innerhalb der gleichen Schicht vorzunehmen.

Tabelle 5

Käufe und Verkäufe 1676 bis 1686<sup>48</sup>

	Verkäufer:		
	Magnatenschaft	mittlerer Adel	Kleinadel
Käufer: Magnatenschaft	2/97 <sup>+</sup>	-/79	1/-
mittlerer Adel	2/38	36/161	29/4
Kleinadel	-/-	6/1	70/3

<sup>+</sup>Zahlen vor dem Querstrich = kleine Besitzungen;  
Zahlen hinter dem Querstrich = größere Dorfanteile, ganze Dörfer, Gutsherrschaften.

46 Nach Siegel, Stanisław, a. a. O., Tab. XXV u. XXX. - Siegels Berechnungen im Text (S. 167) wurden korrigiert.

47 Ausgesprochen hohe Zahlen erhalten wir lediglich für den mittleren und den Kleinadel in den Jahren 1768/71; die Widerlagen scheinen hier den wirklichen Stand besser wiederzugeben.

48 Nach Wasowicz, Michał, a. a. O., Tab. VII.

Tabelle 6

Käufe und Verkäufe 1717 bis 1724<sup>49</sup>

	Verkäufer:		
	Magnatenschaft	mittlerer Adel	Kleinadel
Käufer: Magnatenschaft	13/170 <sup>+</sup>	5/17	-/-
mittlerer Adel	1/6	23/12	-/-
Kleinadel	-/-	1/-	238/1

<sup>+</sup>Zahlen vor dem Querstrich = kleine Besitzungen;

Zahlen hinter dem Querstrich = größere Dorfanteile, ganze Dörfer, Gutsherrschaften.

Von 146 kleinen und 383 größeren Immobilien, mit denen gehandelt wurde, trifft dies für den untersuchten Zeitraum (1676 bis 1686) auf mehr als zwei Drittel zu (siehe Tabelle 5). Rechnen wir die zwischen den einzelnen Schichten getätigten Käufe und Verkäufe gegeneinander auf, so bleibt am Ende ein Saldo von 41 größeren Immobilien des mittleren und 3 des Kleinadels zugunsten der Magnatenschaft sowie von einer größeren Länderei und 23 kleinen Ländereien des Kleinadels zugunsten des mittleren Adels.

In den Jahren 1717 bis 1724 war der Kleinadel (mit Ausnahme einer kleinen Besitzung, die er erwarb) nicht mehr Geschäftspartner der anderen Schichten (siehe Tabelle 6). Der mittlere Adel verlor in der Bilanz insgesamt 15 Besitzungen an die Magnaten. Zugleich erhöhte sich aber der Anteil der Umsätze innerhalb der Magnatengruppe von 18,7 auf 37,6 Prozent aller gehandelten Dörfer, und auch innerhalb des Kleinadels wechselten mehr kleine Ländereien ihren Eigentümer. Es ist also nicht anzunehmen, daß die "Kontrakte" ihren Charakter veränderten.

Um die Lebhaftigkeit des Umsatzes an Grund und Boden einschätzen zu können, müßte man umfassendere Vergleichskriterien anwenden, als wir sie besitzen. Die von der Magnatenschaft im erstgenannten Zeit-

49 Nach Siegel, Stanislaw, a. a. O., Tab. VII.

raum erworbenen vierzig Ländereien machten 7,6 Prozent aller umgesetzten Immobilien aus. Läßt man die kleinen Ländereien noch aus der Rechnung heraus, so kommt man sogar auf 10,2 Prozent. Von den 214 größeren Umsätzen, die Magnaten im Laufe dieser zehn Jahre tätigten, waren 41 reine Zugänge (das sind 19,2 Prozent).

Im nächsten Zeitabschnitt (1717 bis 1724) bedeutete der Reinzuwachs von 15 Immobilien nur 3,1 Prozent aller Umsätze (oder 5,3 Prozent, wenn man nur die größeren in Betracht zieht), jedoch 5,7 Prozent derjenigen Umsätze, an denen Magnaten beteiligt waren.

Im zweiten Zeitabschnitt (sieben Jahre) war das Tempo des gesamten Immobilienverkehrs schwächer als im ersten Zeitabschnitt (zehn Jahre; das Jahr 1684 wurde ausgelassen), was die größeren Ländereien betrifft (durchschnittlich 29 Einheiten pro Jahr gegenüber vorher 38), doch überaus lebhaft in bezug auf die kleinen Ländereien.

Die in den Tabellen 7 und 8 zusammengestellten Transaktionen sind überwiegend anderen Charakters.

T a b e l l e 7

Zweiseitige Transaktionen 1676 bis 1686 insgesamt<sup>50</sup>  
(in 1 000 Złoty)

		Verkäufer, Gläubiger, Zedenten:			
		Magnaten- schaft	mittlerer Adel	Kleinadel	
Käufer	}	Magnatenschaft	6 359	6 070	2
Schuldner		mittlerer Adel	616	6 336	21
Zessionare		Kleinadel	200	8	34

50 Nach Wąsowicz, Michał, a. a. O., Tab. II.

Zweiseitige Transaktionen 1717 bis 1724 insgesamt<sup>51</sup>  
(in 1 000 Złoty)

		Verkäufer, Gläubiger, Zedenten:			
		Magnaten- schaft	mittlerer Adel	Kleinadel	
Käufer	}	Magnatenschaft	18 021	4 575	1
Schuldner		mittlerer Adel	1 687	1 953	2
Zessionare		Kleinadel	-	2	26

Da man es aus spezifischen rechtlichen Rücksichten in sehr vielen Kauf- und Verkaufsverträgen vermied, einen Bodenpreis zu nennen, beziehen sich die in den Tabellen ausgewiesenen Zahlen hauptsächlich auf den Kreditverkehr, also auf Darlehen und Darlehenszessionen. In den Zeilen sind alle diejenigen aufgeführt, die Werte erwarben, in den Spalten diejenigen, die sie hergaben und Forderungen übernahmen. Außer acht gelassen sind alle einseitigen Willenserklärungen, also Schenkungen sensu stricto.

Die Zahlen aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sprechen auch hier von einer sehr starken Beteiligung der Magnaten an den Geschäften. Ihr Anteil belief sich auf mehr als zwei Drittel des Gesamtumsatzes. Keine geringere Rolle spielte jedoch der mittlere Adel. Ein Kontrast zeigt sich nur zwischen der Bedeutung des mittleren Adels als Gläubiger von Magnaten und seinem Anteil an Darlehen der Magnaten. Diese Erscheinung ist aus der Literatur bekannt: die Magnatenschaft war zu dieser Zeit zwar formal oft Schuldner des mittleren Adels ihrer Umgebung, aber dieses Schuldverhältnis glich der Stellung des Bankiers gegenüber seinen Kunden, die ihm ihr Geld anvertrauen. Eine solche Rolle spielte der Magnat viel häufiger als andere. Während die Kirche (die in der Tabelle nicht auftritt) dem Adel 343 000 Złoty lieh, war der Adel Gläubiger der Kirche für 435 000 Złoty (die entsprechenden Zahlen für das Bürgertum beliefen sich auf 129 000 bzw. 102 000 Złoty). Auch gegenüber der Kirche befanden sich die Magnaten in einer anderen wirtschaftlichen Situation: Sie waren für 804 000 Złoty Schuldner<sup>52</sup> und für 165 000 Złoty

<sup>51</sup> Nach Siegel, Stanisław, a. a. O., Tab. II.

<sup>52</sup> Genau genommen sind es Käufer, Schuldner sowie Zessionare auf der einen und Verkäufer, Gläubiger sowie Zedenten auf der anderen Seite.

Gläubiger. Mit dem Bürgertum gab es nur sehr wenige Transaktionen. Aus dem Zahlenvergleich ergibt sich ganz eindeutig, daß die stärksten Beziehungen zwischen dem mittleren Adel und der Magnatenschaft bestanden.

Zum gleichen Schluß gelangen wir, wenn wir auszählen, wieviel Geschäfte zustande kamen. Von 4 229 Transaktionen schlossen Angehörige des mittleren Adels untereinander 2 296, die Magnaten aber nur 194 ab. Dagegen wurden Angehörige des mittleren Adels in 736 Fällen zu Gläubigern und in nur 154 Fällen zu Schuldnern von Magnaten. Über das Wesen des Verhältnisses mittlerer Adel - Magnatenschaft kann es keinen Zweifel mehr geben, wenn wir zusätzlich die Pachtungen untersuchen. Die Magnaten (die so oft Schuldner und Bankier in einem waren) traten niemals als Pächter auf. Dagegen pachteten Angehörige des mittleren Adels in den Jahren 1676 bis 1686 von Magnaten 96 der insgesamt notierten 162 Pachtobjekte<sup>53</sup> und zahlten dafür 129 000 Złoty Zins.

Die tiefverschuldeten Magnaten verpachteten also nicht wenig Land, verpfändeten es sogar (obwohl sie im allgemeinen zu günstigen Bedingungen Geld aufnehmen konnten) und waren dennoch imstande, ihren Besitzstand zu vergrößern. Mit einem Teil der Mittel, die sie vom mittleren Adel erhielten, konnten sie ihm also Ländereien abkaufen.

Aus den Zahlen für die Jahre 1717 bis 1724, denen wir uns nun zuwenden, ist leicht zu entnehmen, daß sich innerhalb des mittleren Adels und innerhalb der Magnatenschaft die Proportionen veränderten. Während der mittlere Adel in seinen eigenen Reihen für noch nicht einmal 2 Millionen (vorher über 6 Millionen) Złoty Geschäfte abschloß, nahmen die Umsätze innerhalb der Magnatenschaft stark zu. Innerhalb des mittleren Adels kamen 636, zwischen Angehörigen des mittleren Adels und Magnaten 679 und innerhalb der Magnatenschaft 919 Geschäftsabschlüsse zustande. Der Kleinadel ging fast gar keine Verträge mit den vermögenderen Adelsschichten ein. Die uns wertmäßig bekannten Transaktionen beliefen sich im Durchschnitt auf je 26 000 Złoty unter Magnaten und auf je 5.000 Złoty innerhalb des mittleren Adels. Der mittlere Adel lieh der Magnatenschaft durchschnittlich 12 000 Złoty, während durchschnittlich 11 000 Złoty den umgekehrten Weg gingen.

53 Wasowicz, Michał, a. a. O.

Aus den so gewonnenen Angaben über die Vermögenssituation von Magnaten und mittlerem Adel können wir mit Siegel<sup>54</sup> schlußfolgern, daß sich die Magnatengruppe strukturell veränderte. Zwar kann man ihm entgegenhalten, daß sich das Verhältnis zwischen Verbindlichkeiten und Guthaben gegenüber dem vorher besprochenen Jahrzehnt für die Magnaten verbesserte. Treffend ist aber seine Feststellung, daß die Magnatenschaft in gewisser Weise in alte Geschlechter (Potocki, Wiśniowiecki, Jabłonowski, Czartoryski, Sieniawski)<sup>55</sup>, zum Teil vermarmte Geschlechter, die auf die Senatorenwürde verzichteten, und Emporkömmlinge zerfiel. Gerade diese letzteren, die zäh und hartnäckig emporklommen, waren gewöhnlich die Gläubiger und verdrängten den mittleren Adel aus seiner bisherigen Position im Geldverkehr und indirekt auch in Wirtschaft und Gesellschaft.

Für die Methode, derer wir uns hier zu bedienen versuchten, scheint es aber nur wenig weitere Anwendungsmöglichkeiten zu geben. Die Abhängigkeit des mittleren Adels vom Magnatentum, die regional verschiedene Formen annahm, läßt sich nicht ausschließlich in Vermögenskategorien ausdrücken. Ihre Beziehung war weitgehend vom Verhältnis Auftraggeber - Auftragsempfänger diktiert. Dabei leistete der oft auf einem gepachteten Vorwerk, von der herrschaftlichen Tafel oder - wie wir sahen - von der Zinszahlung des Herrn lebende Kleinadlige vielfältige Dienste: Sie reichten von der Stimmabgabe im Sejmik (Provinziallandtag) bis zum Niedersäbeln der Gegner des vermögenderen "Herrn Bruders".

Wie eng die Schwächung der sozialen und Vermögensposition des mittleren und des Kleinadels mit seinen Landverlusten zusammenhing, kann man allein durch Stichproben nicht feststellen. Beide hier behandelte Zeitabschnitte waren durch Kriege beeinflußt: Im ersten Zeitabschnitt wirkten die gewaltigen Verheerungen aus der Mitte des 17. Jahrhunderts nach, und kurz vor dem zweiten Zeitabschnitt hatte der große Nordische Krieg stattgefunden. Inwieweit sich diese Kriege auf die Entwicklungsrichtung auswirkten und wie die Eigentumsverhältnisse am Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts, in dieser Zeit, die für die Struktur der Rzeczpospolita eine Wende bedeutete, aussahen, ist nach wie vor weitgehend ungeklärt.

54 Siegel, Stanisław, a. a. O.

55 Es ist charakteristisch, daß wir einige der Geschlechter, die an der Wende vom 16. zum 17. Jh. "jung" genannt wurden, hier als "altes" Magnatentum wiederfinden. Siehe oben.

Die dritte Methode, von der wir nun sprechen wollen, erfaßt die Grundeigentumsstruktur unmittelbar. Auf Grund von Steuerregistern gruppieren wir die Adelsgüter nach der Größe und vergleichen die gewonnenen Resultate nach Zeit und Raum. Zwar verfügen wir dabei nicht immer über ein lückenloses Gesamtbild, doch lassen sich Größe und Repräsentativität der Probe gewöhnlich gut bestimmen. Schlimmer ist der Umstand, daß die Lücken oft nicht zufällig entstanden sind. In Großpolen verbirgt sich dahinter, wie schon gesagt, die Tatsache, daß es dort eine bedeutende Gruppe von Latifundienbesitzern gab. Wir meinen, daß gerade bei dieser Schicht wie auch bei den Besitzern nur eines Gehöfts, denen wir uns noch zuwenden werden, die meisten Fehler auftreten.

Es steht noch das Problem der Maße aus. Kürzlich wurden in der Diskussion über die Verteilung des Grundeigentums divergierende Ansichten über die in derartigen Untersuchungen erforderliche Präzision vertreten.<sup>56</sup> Es scheint so, daß die Genauigkeit, wie sie die Landkataster (die die Bodenqualität, die Bodenpreise etc. berücksichtigen) bisweilen ermöglichen, in unserem Falle nicht erreichbar ist, was aber Hinweise auf deutliche Tendenzen in der Dynamik der Eigentumsverteilung nicht ausschließt. Die Grundeinheit, über die wir verfügen, ist das Dorf. Sie ist auch leidlich brauchbar, wenn wir große Güter behandeln. Schlechter steht es jedoch, wenn wir Güter verschiedenen Umfangs zusammenstellen wollen. Die Dörfer waren aber verschieden groß, wobei die Unterschiede nicht nur aus dem Charakter der ursprünglichen Besiedlung herrührten. Das im Privileg von Koszyce (in Kleinpolen) vom Jahre 1374 als eine mit herrschaftlichen Ochsen gepflügte Fläche definierte Vorwerk war abgabefrei. Folglich bezieht sich die in den Steuerregistern genannte Größe nur auf bäuerlichen Grund und Boden. Neuere Forschungen haben bestätigt, daß das Verhältnis der Vorwerksfläche zum Bauernland in der Regel in gar keiner Weise ihrem Verhältnis zur gesamten Gutsfläche entsprach.<sup>57</sup> Das bedeutet, daß sich aus einem Vergleich zwischen der

56 In der Diskussion der Sektion 15 (Die soziale Verteilung des Eigentums) des III. Internationalen Kongresses der Wirtschaftshistoriker, München 1965.

57 Zum Beispiel betrug in der Zeit von 1551 bis 1580 die landwirtschaftliche Nutzfläche auf dem Besitz des "Ein-Dorf-Adels" im Durchschnitt 3,6 Hufen Vorwerk und 4,5 Hufen Bauernland. Dagegen entfielen in der Starostei Korczyn (Wojewodschaft Sandomir) im Jahre 1564 auf 60 Vorwerks- ungefähr 210 Bauernhufen. Der Unterschied ergibt sich nicht nur daraus, daß sich in den Dörfern des mittleren Adels mehr Vorwerke befanden, sondern auch daraus, daß in großen Gütern das Vorwerk meistens eine größere Fläche einnahm. In der Starostei Korczyn hatte ein Vorwerk durchschnittlich 7 Hufen. - Wy-

in steuerpflichtigen (das heißt: bäuerlichen) Hufen gemessenen Fläche großer Güter und der auf die gleiche Weise gemessenen Fläche von Besitzungen, die nur ein Dorf umfassen, eine für erstere überhöhte, also nicht wirklichkeitsgetreue Relation ergibt. Wollten wir aber die Vorwerksfläche schätzen, so würden wir in unsere Zahlenangaben nur noch mehr Unsicherheitsfaktoren hineinbringen. Wir haben uns daher entschlossen, die rohen Angaben zu verwenden, wobei wir uns darüber im klaren sind, daß das aus einer Dorfeinheit gewonnene Einkommen gewiß bei kleinen Besitzungen höher als bei großen war, eben mit Rücksicht auf die Vorwerksfläche (wir werden diese Frage noch einmal aufgreifen). Andererseits verfügte der Großgrundbesitz in der Regel über Waldungen, deren Fläche man überhaupt nicht berechnete, während aber die Einkünfte, die sie abwarfen, in den Steuertaxen berücksichtigt wurden.

Doch auch die Grundeinheit der Bodenvermessung, die Hufe, erweist sich als weniger genau, als es im ersten Moment scheint. Selbst wenn festgestellt würde, welche Hufe (die Kulmer oder die fränkische) in der betreffenden Gegend üblich war, kämen wir über eine juristische Fiktion nicht hinaus. Es ist allbekannt und unumstritten, daß die Bauern heimlich ihren Grund und Boden erweiterten, indem sie Buschwerk und Wälder rodeten und illegal Boden erwarben. Dabei suchten sie jedoch in jeder Weise zu verhindern, daß ihr gesamter Grund und Boden mit Feudalrente belastet wurde. Die Meßkunde machte zwar Fort-

czafski, Andrzej, Studia nad folwarkiem szlacheckim w Polsce w latach 1500 - 1580, a. a. O., S. 114; derselbe, Studia nad gospodarką starostwa korczyńskiego (Studien über die Wirtschaft der Starostei Korczyn) 1500 - 1660, Warszawa 1964, S. 14, 101 u. 103. Die Zahl der Bauernhufen habe ich auf Grund der Zahl der Vollbauern ermittelt. Die direkten Angaben sind unvollständig. In der Wojewodschaft Łęczyca zählten 57,8 Prozent der Adelsdörfer bis zu 4 Bauernhufen, während 50,5 Prozent der kirchlichen Dörfer 11 und mehr Bauernhufen hatten. (Sobczak, Tadeusz, Zmiany w stanie posiadania dóbr ziemskich w województwie Łęczyckim od XVI do XVIII wieku [Veränderungen im Besitzstand der Landgüter in der Wojewodschaft Łęczyca vom 16. bis zum 18. Jahrhundert], in: Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych, Bd. 17, 1955, S. 175.)

Auf dieselbe Erscheinung weist auch ein Vergleich des Prozentsatzes der Hufenzahl und der Anzahl der Ortschaften in Händen der Kirche und des Königs hin (Tab. 2). Im Gegensatz zu den Adelsgütern, zu denen sehr viele kleine Besitzungen gehörten, bildeten die kirchlichen und königlichen Güter vorwiegend geschlossene Komplexe. Die Unterschiede, von denen hier die Rede ist, erschöpfen jedoch nicht das Problem der unterschiedlichen Größe der Dörfer. Das beweisen zumindest die Unterschiede zwischen den für die drei westpreußischen Wojewodschaften berechneten Prozentsätzen der Dörfer und der Ackerfläche (Bauern- und Vorwerksland zusammen) (Tab. 2). Wir haben es hierbei mit einer Erscheinung zu tun, die noch von der Kolonisation im 13. bis 14. Jahrhundert herrührt.

schritte, und die Herren suchten derartigen Praktiken Einhalt zu gebieten, doch wie die Dinge nun wirklich lagen, bleibt ungewiß.

Unsere Aufgabe besteht ja aber auch nicht darin, ungenaue durch genaue Einheiten zu ersetzen; es gilt vielmehr, eine Methode anzuwenden, die uns sogar jene ungenauen Einheiten zu benutzen erlaubt. Wie so oft in ähnlichen Situationen kommen wir auch hier weiter, wenn wir statt der absoluten relative Zahlen verwenden.

Das statistische Material, über das wir verfügen, ist gering; es erfaßt nur eine begrenzte Zahl von Eigentumseinheiten. Doch können wir hierbei in der Mehrzahl der Fälle nicht nur von kleinen Proben, sondern von fast geschlossenen Komplexen ausgehen. Am umfassendsten lassen sich drei Zeitabschnitte untersuchen:

1. ungefähr 1570 bis 1580,
2. kurz nach 1660,
3. ungefähr 1770 bis 1790.

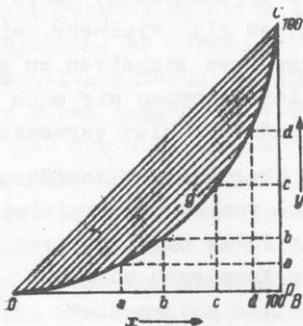
Manchmal haben selbst geringe Zeitunterschiede große Bedeutung. Das trifft besonders auf die Vor- und die Nachkriegsjahre im Zeitraum von 1655 bis 1660 zu.

Die Steuerangaben gründen sich auf die besteuerten Einheiten. Ursprünglich wurde pro Bauernhufe gezahlt (allerdings sind im 16. Jahrhundert in den Registern einiger Kreise nicht die Bauernhufen, sondern die Wirtschaften verzeichnet), später gewöhnlich pro Feuerstelle. In einem Falle (Land Wieluń) haben wir in jedem der drei Zeitabschnitte eine andere Einheit. Einen Ausweg finden wir, wenn wir den allgemein vergleichbaren Konzentrationsindex berechnen. Diese von Statistikern oft angewendete Methode hat unter den Historikern keine größere Beachtung gefunden. In den letzten Jahren unternahm René Baehrel<sup>58</sup> Forschungen, mit denen er an Pareto und Gibrat<sup>59</sup> anknüpfte. Doch halte ich die graphische Methode, die er nach dem Vorbild von Gibrat anwendet, für nicht besonders geeignet. Als für unsere Zwecke brauchbarer hat sich die von dem italienischen Forscher Corrado Gini<sup>60</sup> eingeführte Methode erwiesen:

58 Baehrel, René, Une croissance: la Basse-Provence rurale (fin du XVIIe siècle - 1789), (Paris) 1961, S. 418 ff., Tab. 31 - 34.

59 Gibrat, Robert, Les inégalités économiques. Applications aux inégalités des richesses, à la concentration des entreprises, aux populations des villes, aux statistiques des familles etc., d'une nouvelle, la loi de l'effet proportional, Paris 1931.

60 Gini, Corrado, Intorno alle curve di concentrazione, in: Metron, Bd. 9, 1932 (ich möchte Prof. Carlo Poni für die freundliche Überlassung dieses



Man wendet sie wie folgt an: Auf der Abszissenachse zeichnet man Abschnitte ein, die der Quantität der Grundeigentümer entsprechen. Dann trägt man in jeder Besitzgrößenklasse (a, b, c, d) auf der Ordinatenachse Abschnitte ein, die dem prozentualen Anteil jeder dieser Klassen an der Bodenfläche entsprechen. Die Größe der Klassen läßt sich also in Prozenten der Anzahl der Besitzungen (x-Achse) und ihres Gesamtareals (y-Achse) fassen. Auf den die Größenklassen abgrenzenden Punkten werden Senkrechten errichtet. Die Schnittpunkte dieser Senkrechten verbinden wir miteinander, mit dem Punkt O der Abszissenachse und dem Punkt 100 der Ordinatenachse. So entsteht eine gebrochene Linie (je mehr Klassen, desto mehr ähnelt diese Linie einer Kurve). Im Extremfall - wenn alle Besitzungen gleich groß sind - erhalten wir eine im Winkel von 45 Grad zur x-Achse geneigte gerade Linie, die der Hypotenuse gleicht, und wenn fast das ganze Land einigen wenigen Besitzern gehörte, käme asymptotisch beinahe eine Linie OBC zustande.

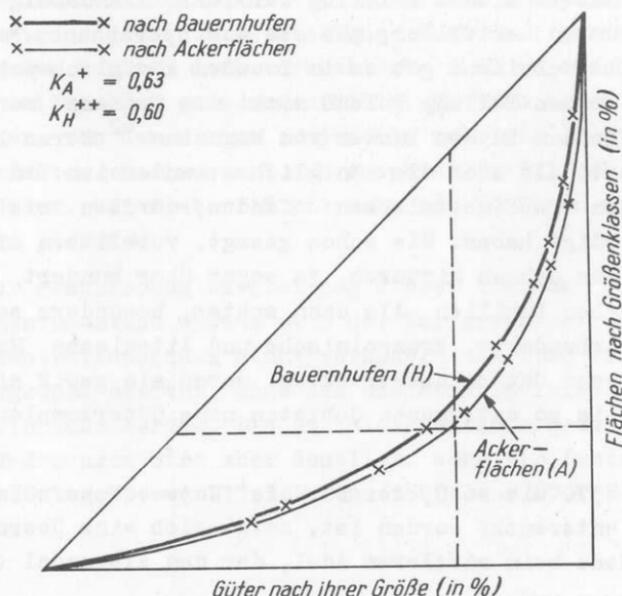
Die Kurve von Gini teilt also das Diagrammfeld in zwei Teile; das Verhältnis der Fläche  $OgC$  (schraffiert) zur Fläche des Dreiecks OBC

schwer zugänglichen Artikels danken). - Gini vergleicht die mit der graphischen Methode und mit mathematischen Methoden gewonnenen Resultate. Die Brauchbarkeit der "Gini-Kurve" für die Aufstellung statistischer Reihen nicht beständiger Klassen und für den Vergleich von Grundeigentumsstrukturen untersucht Jeziński, Andrzej, Próba analizy statystycznej rozwarstwienia wsi na ziemiach polskich na początku XX wieku (Versuch einer statistischen Analyse der Schichtung der polnischen Landbevölkerung am Beginn des 20. Jahrhunderts), in: Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych, Bd. 20, 1958, S. 64 ff.

ergibt den gesuchten Konzentrationsindex. Im ersten der genannten Extremfälle würde er 0 betragen, im zweiten annähernd 1. Gewöhnlich beträgt er ungefähr 0,3 bis 0,6. Diese Methode hat den Vorteil, daß die Einheit, nach der wir die Besitzungen gruppieren, von geringer Bedeutung ist. Ein bestimmtes Maß ist nicht erforderlich; sogar eine Einteilung in "groß", "mittel" und "klein" genügt, wenn wir nur wissen, wieviel Land jede dieser Gruppen zusammen umfaßt. Weiterhin bietet sich die Möglichkeit, den Verlauf der so gewonnenen Kurve zu analysieren.

Einen ersten derartigen Versuch führen wir am Beispiel der drei Wojewodschaften, die die preußischen Lande königlich-polnischen Anteils bildeten (Westpreußen unter Außerachtlassung Ermlands)<sup>61</sup>, für die Jahre 1570 bis 1581 durch. Damit erproben wir zugleich die Methode. Unser Diagramm zeigt hierfür zwei Kurven.

Diagramm 2



61 Die Zahlenangaben sammelte Biskup, Marian, a. a. O., Serie B, Übersichtskarten, H. 1. - Bei der Feststellung der Vorwerksfläche für jede Eigentumsgrößengruppe stützte ich mich auf eigene Berechnungen für die Wojewodschaft Pommerellen. (Vgl. Mączak, Antoni, Struktura majątkowa szlachty pomorskiej w XVI - XVII w. Próba analizy statystycznej [Die Eigentumsstruktur des pom-

Die eire ist das Ergebnis recht komplizierter Schätzungen der Vorwerksfläche, wofür die Steuererklärungen aus der Wojewodschaft Pommerellen (auf dem linken Ufer der unteren Weichsel) verhältnismäßig reichhaltige Angaben enthalten. Die zweite Kurve beruht lediglich auf der Zahl der Bauernhufen. Die Konvergenz der Ergebnisse ist überraschend. Abgesehen von dem Abschnitt, der den mittleren Besitz betrifft, unterscheiden sich die Kurven nur wegen der groben Stricheinteilung etwas voneinander. Bei der einfacheren Methode ergeben sich Abweichungen von höchstens ein paar Prozent (in unserem Falle von rund 5,5 Prozent).

Westpreußen ist ein spezifischer Fall. Dort fehlten Magnatenlatifundien, deren Entstehung die Deutschordensritter im Mittelalter nicht zugelassen hatten. Dafür spielten dort bekanntlich die königlichen Ländereien eine gewaltige Rolle. Die preußische Autonomie garantierte dem örtlichen Adel bis 1569 das ausschließliche Recht zur Übernahme königlicher Ländereien; in der Praxis verschaffte sie ihm zumindest Vorrang dabei. Dieses Privileg war für die ansässigen preußischen Adligen um so wertvoller, als sie nur spärliches Familieneigentum hatten. Anscheinend gab es im Preußen königlich-polnischen Anteils bis zur ersten Teilung Polens nicht die Tendenz zur Anhäufung von Grundeigentum in den Händen von Magnaten.<sup>62</sup> Woran lag das? Im 16. Jahrhundert, als sich die königlichen Ländereien in der Regel noch in Händen von Einheimischen befanden, dürften sie deren Landhunger befriedigt haben. Wie schon gesagt, verblieben die Starosteien Dutzende von Jahren hindurch, ja sogar über hundert Jahre lang in den gleichen Familien. Als dann später, besonders seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, kronpolnische und litauische Magnaten die Hand nach diesen Gütern ausstreckten, waren sie gewiß nicht daran interessiert, in so entlegenen Gebieten neue Güterkomplexe zu errichten.

Im Zeitraum von 1570 bis 1648, der für die Wojewodschaft Pommerellen eingehender untersucht worden ist, zeigt sich eine überaus starke Wachstumstendenz beim mittleren Adel, der dem Kleinadel (dem so-

merellischen Adels im 16. - 17. Jahrhundert. Versuch einer statistischen Analyse], in: Przegład Historyczny, Bd. 53, 1962.) - Eine neu aufgefundene Quelle, die von den schwedischen Besatzungsbehörden zusammengestellten Steuerregister der betreffenden drei Wojewodschaften, konnte hier noch nicht berücksichtigt werden. Diese Register befinden sich in: Kammararkivet, Stockholm, Preussiska räkenskaper från Karl X Gustaf krig 1655 - 1660, Suppl. 1 (Hufen- och Poborregister Preussen, Pommerellen, Kassuben 1656).

62 Maczak, Antoni, a. a. O., S. 664 ff.

genannten Panenadel) zahlreiche Dorfanteile abkaufte. Aus den Steuerregistern und den Visitationen der katholischen Pfarreien ergibt sich, daß zwischen 1570 und 1648 in 110 von 155 untersuchten Dörfern die Zahl der Adelsbesitzungen abnahm, während sie in 33 Dörfern anstieg und in 10 Dörfern unverändert blieb. Insgesamt sank die Zahl der Güter in dieser Zeit von 465 auf 301. Die Angaben des friederizianischen Katasters wurden in dieser Hinsicht noch nicht genau überprüft, doch ist der Kleinadel zweifellos nicht verschwunden. Wegen der Veränderungen in der Verwaltungsstruktur nach der Annexion Westpreußens und des Netzedistrikts kann man die Globalziffern von 1570, 1648 und 1774 nicht recht miteinander vergleichen. Dennoch darf aber angenommen werden, daß der adlige Kleinstbesitz noch an Dichte zunahm. In den drei genannten Jahren gab es in jedem geteilten Dorf durchschnittlich 3,2, dann 3,6 und schließlich 5,6 Besitzungen.<sup>63</sup> Ob die Tendenz der Jahre 1570 bis 1648 in anderen Bahnen verlief oder bloß schwächer wurde, bleibt offen.

Der benachbarte Kreis Nakel<sup>64</sup> am Nordrande Großpolens zeigt eine völlig entgegengesetzte Entwicklung. Auch dort gab es keinen wirklich großen Besitz, doch verbreiterte sich in diesem Kreis die Skala der Besitzgrößen ganz augenfällig. Um 1580 haben wir dort 105 Adelsgüter, von denen kaum 10 jeweils mehr als 20 steuerpflichtige Hufen umfaßten. Zweihundert Jahre später (1773) gab es insgesamt nur 50 Güter, davon aber 15 mit mehr als 50 Hufen und nur 3 mit weniger als 10 Hufen.

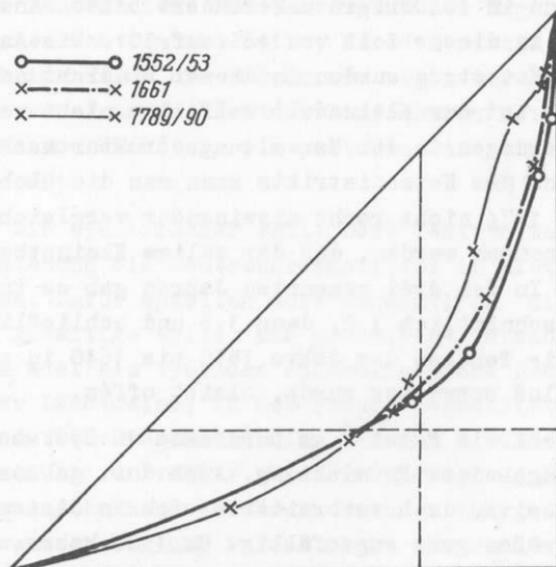
Bei einer graphischen Darstellung dieser krassen Unterschiede im Grundeigentumsstand würden sich der Kurvenverlauf und folglich auch der Konzentrationsindex nicht verändern. Es wird einfach die Skala der Gutsgrößen breiter, ohne daß die Spannen zwischen ihnen ernstlich beeinflußt werden. Die sozialökonomische Bedeutung der Eigentumsveränderungen wird aber deutlich, wenn wir feststellen, daß die mittlere Gutsgröße von 17,5 Hufen (1580) auf 60,7 Hufen (1773) anstieg.

63 Ebenda, S. 661, Tab. VI, S. 665, Tab. VIII (die Fehler in der dritten Zeile sind entsprechend zu korrigieren).

64 Szafran, Przemysław, Osadnictwo historycznej Krajny w XVI - XVIII w. (1511 - 1772) (Die Besiedlung der historischen Krajna im 16. - 18. Jahrhundert 1511 - 1772), Gdańsk 1961, Tab. 10 u. 20. - Einige Angaben in Tab. 10 erwecken Zweifel, doch ist das wohl ohne Einfluß auf das Gesamtergebnis. Der Autor schätzt, daß er für das Jahr 1580 80 Prozent und für das Jahr 1773 94 Prozent aller Grundeigentümer erfaßt hat (ebenda, S. 60 u. 96).

Eine andere Variante der Evolution der Eigentumsverhältnisse in Großpolen zeigt der Kreis Wieluń.<sup>65</sup>

Diagramm 3



Hier haben wir in jedem der drei Querschnitte eine andere Maßeinheit für das Grundeigentum. Gruppirt wurden die Besitzungen stets nach der Zahl der Dörfer (von Dorfanteilen bis zu einem einzigen im 18. Jahrhundert auftretenden Besitz von 13 1/2 Dörfern), doch wurde in der Einteilungsklasse für 1552/53 die Zahl der Bauern, für 1661 die Hufenzahl und für 1789/90 die Zahl der Feuerstellen herangezogen. Die Güter der Adligen, die nur ein Gehöft, aber keine Bauern besaßen, und die der Dorfanteil-Eigentümer werden zusammen aufgeführt. Das ist beim ersten Zeitabschnitt, für den ja die Zahl der Bauern als Maßstab genommen wurde, zwar logisch inkonsequent, doch kommt dieser Fehler nicht voll zur Geltung, weil für die folgen-

65 Szczygielski, Wojciech, Zmiany w stanie posiadania i w strukturze własnościowej szlachty powiatu wieluńskiego od połowy XVI do końca XVIII wieku (Veränderungen im Besitzstand und in der Eigentumsstruktur des Adels im Kreis Wieluń von der Mitte des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts), in: Rocznik Łódzki, Bd. 1 (4), 1958, S. 45 ff; derselbe, Produkcja rolnicza gospodarstwa folwarcznego w Wieluńskim od XVI do XVIII wieku (Die landwirtschaftliche Produktion der Gutswirtschaft im Gebiet von Wieluń vom 16. bis 18. Jahrhundert), Łódź 1963, Kap. 1, T. 1.

den Jahrhunderte ebenfalls die der erstgenannten Schicht gehörenden Hufen und Feuerstellen der untersten Eigentumsklasse zugezählt wurden. Der Verlauf der Konzentrationskurven ist in diesem Falle besonders interessant. Zwischen den beiden früheren Zeitabschnitten gibt es in der graphischen Darstellung im Grunde keine Unterschiede, doch für den dritten Zeitabschnitt sieht die Kurve anders als gewöhnlich aus. Den Dorfanteile besitzenden Adligen gehört nur eine recht geringe Zahl von Feuerstellen (11 Prozent), und auch der Besitzstand der Herren eines Dorfes hat sich vermindert; die Kurve verläuft also näher zur Abszissenachse. Der Schwerpunkt der Eigentumsveränderungen liegt weiterhin bei der Gruppe der Adligen mit zwei Dörfern (erst 12, dann 9 und schließlich 12 Prozent der Güter, entsprechend 30, 24 und 24 Prozent des Besitzstandes). Die Krümmung rechts oben rührt von zwei Besitzungen her, die die übrigen erheblich an Größe übertreffen; denn die eine hat 158 und die andere 377 Feuerstellen.

Kann man hier von einer fortschreitenden Konzentration des Grundeigentums sprechen? Weder der mit Hilfe des Diagramms ermittelte Konzentrationsindex noch die Amplitude zwischen größter und kleinster Größenklasse weisen darauf hin.<sup>66</sup> Dagegen drängt sich der Schluß auf, daß der Kurvenverlauf möglicherweise auch eine Interpretation der Eigentumsverhältnisse erlaubt.

Betrachten wir aber die Gesamtzahl der Besitzungen, so stellen wir fest, daß diese zwischen 1661 und 1789/90 ganz stark zurückging (von 148 auf 73). Zahl und Gesamtumfang der größten Güter verdoppelten sich, dagegen schrumpfte der Besitz des Kleinadels auf ein Viertel (Zahl der Dörfer) bzw. zwei Siebentel (Zahl der Güter) zusammen. Der mittlere Adel gewann prozentual und absolut. Das sollte man bedenken; denn wenn auch die absolute Zahl der Güter oft nicht bekannt ist, bleibt sie doch ein wichtiges Element der Grundeigentums-konzentration.

Im 18. Jahrhundert entstand die erste Besitzung mit mehr als zehn Dörfern. Es ist aber wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß sie nur knapp den siebenfachen Umfang einer durchschnittlichen Besitzung (nach Feuerstellen gemessen) hatte, während der größte Besitz im 16. Jahrhundert siebzehnmal und im 17. Jahrhundert zwölfmal so groß wie der jeweilige Durchschnitt gewesen war.

66 Im 17. Jahrhundert erstreckte sich der größte Besitz (8 Dörfer) auf 42 Bauernhufen, bei den Dorfanteil-Eigentümern entfielen auf eine Besitzung 1,4 Hufen. Im 18. Jahrhundert waren es entsprechend 377 und 15 Feuerstellen. Die Spanne betrug also 30 : 1 und 25 : 1.

Blicken wir aber einmal über die Grenzpfähle des Landes Wieluń hinaus, so stellen wir leicht fest, daß die dortigen lokalen Vorgänge nur Bestandteile eines in ganz Polen ablaufenden Prozesses waren. Die größte Besitzung, die es in der Mitte des 16. Jahrhunderts im Lande Wieluń gab (zehn Dörfer), war nur ein Splitter aus dem Vermögen des reichen Kronschatzmeisters Hincza von Rogow, der 1473 gestorben war. Zu der Zeit, die hier untersucht wird, bildete sie aber eine selbständige Herrschaft. 1661 umfaßte die größte Besitzung zwar nur acht Dörfer, doch hieß es, ihr Eigentümer, der Krakauer Kastellan Stanisław Warszycki, "konnte von Wieluń bis Krakau durch eigene Güter reisen". Allein in zwei Wojewodschaften West-Kleinpolens (Krakau und Sandomir) gehörten ihm nämlich 4 Flecken und 57 Dörfer.<sup>67</sup> Eine andere Gutsherrschaft gehörte zu dieser Zeit der für ganz Polen bedeutsamen Familie Dönhoff. Die Schloßresidenz und der ganze Besitz in Kruszyn, wo der Eigentümer den König zu Gast hatte, bildeten das Zentrum weit über die Kreisgrenzen hinausreichender Güter. Schließlich stellte der bereits erwähnte 13 1/2-Dörfer-Besitz im Jahre 1789/90 zwar etwas Ganzes dar; zuvor war er aber auch nur ein kleiner Teil der Leszczyńskischen Güter.

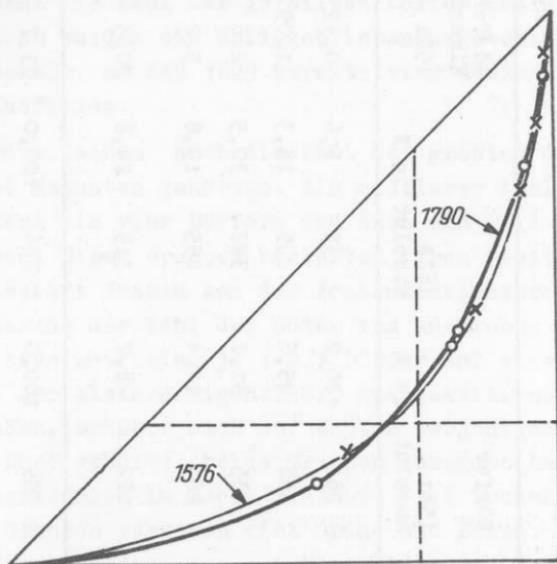
In der Wojewodschaft Łęczyca erkennen wir auf den ersten Blick keine großen Besitzveränderungen<sup>68</sup>, denn von 1576 bis 1790 stieg die Zahl der Besitzungen im Umfang von einem Dorf und mehr nur wenig an (von 272 auf 301). Doch veränderte sich ihre Struktur auch hier diametral. (Siehe Diagramm 4.)

Ursprünglich hatte es nur neun Eigentümer von vier und mehr Dörfern gegeben, doch Ende des 18. Jahrhunderts waren es 32. Der Besitzstand der Herren eines Dorfes wurde geringer. Die größten Veränderungen scheinen aber beim Kleinadel, den Eigentümern von Dorfanteilen und denen, die nur ein Gehöft hatten, vor sich gegangen zu sein. Deren beider Anteil an der Zahl der Eigentümer sank von 86 auf 56 Prozent, an der Zahl der besiedelten Dörfer von 46 auf 14 Prozent. Diese Veränderungen müssen noch näher untersucht werden<sup>69</sup>, doch

67 Unter den weltlichen Würdenträgern hatte der Kastellan von Krakau den ersten Platz im Senat inne (vgl. den Abschnitt über das königliche Grundeigentum im vorliegenden Beitrag).

68 Vgl. Sobczak, Tadeusz, a. a. O., nach Tab. II u. VIII.

69 Es ist möglich, daß die Angaben vom Jahre 1790 nicht alle kleinadligen Dörfer umfassen. War die ganze Adelsschicht, die nur einen Hof (ohne Bauern) besaß, verschwunden? Falls sie noch bestand, kann sie nur noch eine kleine Gruppe gebildet haben.



scheint es so, als ob hier die Schicht der zuletzt genannten Adligen, die keine Bauern besaßen, untergegangen wäre (1576 hatte sie noch 62 Prozent der Eigentümer gestellt). Ende des 16. Jahrhunderts umfaßte eine Adelsbesitzung im Durchschnitt 0,37 Dörfer. Ende des 18. Jahrhunderts war dieser Durchschnitt auf 1,0 gestiegen, weil eben der Kleinbesitz weitgehend liquidiert worden war (das ein Dorf und mehr umfassende Eigentum zählte entsprechend im Durchschnitt 1,4 bzw. 1,6 Dörfer).

Die vielleicht wichtigsten Ergebnisse zeitigt die Wojewodschaft Krakau.<sup>70</sup>

Zwischen 1581 und 1629 (als bekanntlich gerade in diesem Gebiet Sebastian Lubomirski seinen Besitz vergrößerte) wird der Konzentrationsprozeß ganz klar erkennbar.

<sup>70</sup> Rejestr poborowy województwa krakowskiego z roku 1629, a. a. O., Tab. VI u. VII.

Tabelle 9

Die Verteilung des adligen Grundeigentums in der Wojewodschaft Krakau 1581 und 1629

Größe der Besitzung	Eigentümer				Dörfer				Dörfer pro Eigentümer	
	1581 absolut	in %	1629 absolut	in %	1581 absolut	in %	1629 absolut	in %	1581	1629
Dorfanteil	306	36,1	339	44,0	282	20,2	85	6,6	0,92	0,25
1 Dorf	328	38,6	228	29,6	358	25,6	235	18,3	1,09	1,03
2 - 4 Dörfer	170	20,0	151	19,6	435	31,1	392	30,5	2,6	2,6
5 - 9 Dörfer	39	4,6	37	4,8	202	14,4	255	19,8	5,2	6,9
10 und mehr Dörfer	6	0,7	16	2,1	122	8,7	319	24,8	20,3	19,9
zusammen	849	100,0	771	100,0	1 399	100,0	1 286	100,0	1,7	1,7

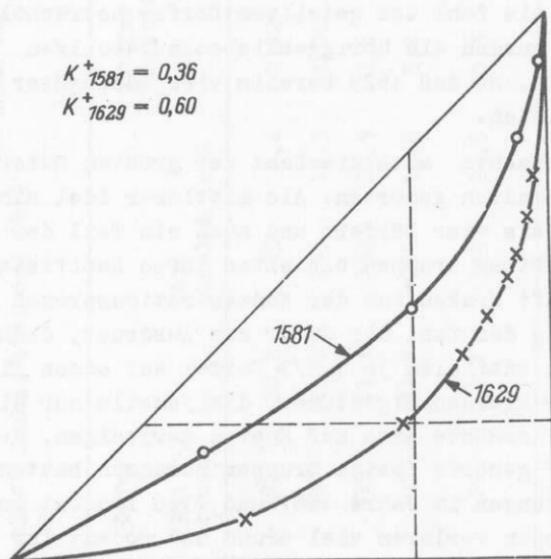
Der gesamte Konzentrationsprozeß ist aber mit der gleichzeitigen Zerstückelung der kleinsten Besitzungen, der Dorfanteile, verbunden. Zwar sank die Zahl der geteilten Dörfer beträchtlich (auf ein Drittel), doch wurden die übriggebliebenen geteilten Dörfer noch mehr zerstückelt, so daß 1629 bereits vier Adelsgüter auf ein solches Dorf entfielen.

Dagegen verdreifachte sich die Zahl der größten Güter, die damals in der Regel Magnaten gehörten. Als mittlerer Adel sind die Eigentümer von zwei bis vier Dörfern und auch ein Teil der vermögenden anzusehen. Diese Gruppen behielten ihren Besitzstand bei. In der Wojewodschaft Krakau kam der Konzentrationsprozeß nicht in einer Verminderung der Zahl der Güter zum Ausdruck, denn in beiden Zeitabschnitten entfielen je  $1 \frac{2}{3}$  Dörfer auf einen Eigentümer. Der Prozentsatz der kleinen Eigentümer, die jeweils nur einen Teil des Dorfes besaßen, erhöhte sich auf Kosten derjenigen, denen jeweils ein ganzes Dorf gehörte (beide Gruppen zusammen hatten 74,7 Prozent der Besitzungen im Jahre 1581 und 73,6 Prozent im Jahre 1629). Doch beide Gruppen verloren viel Grund und Boden. Ihr Anteil sank um die Hälfte zugunsten der reichsten Adligen. Den ruhenden Pol in der Eigentumsverschiebung bildete die Gruppe der Adligen mit zwei bis vier Dörfern.

Dagegen vermittelt uns Ginis Methode das Bild einer eindeutigen Konzentration, deren Koeffizient um reichlich 60 Prozent wächst, nämlich von 36 im Jahre 1581 auf 60 im Jahre 1629. (Siehe Diagramm 5.)

Woher kommt dieser Unterschied? Er ergibt sich aus der Tatsache, daß in diesem Gebiet die Zahl der größten Eigentümer stark anstieg, während die armseligsten (nur Dorfanteile umfassenden) Güter gleichzeitig immer mehr zerstückelt wurden. Letztere setzten sich aber gewöhnlich aus mehreren Anteilen in verschiedenen Dörfern zusammen; daher per saldo solch ein Resultat, das wir notabene noch für zu niedrig halten. Unseres Erachtens unterschätzten die Herausgeber des Registers vom Jahre 1629 die Zerstückelung im Jahre 1581. Wie schon gesagt, vermitteln die Steuerregister in dieser Hinsicht kein klares Bild.

Auf die Steuerregister gestützte Forschungen über die Grundeigentumsstruktur haben eine Perspektive vor sich, denn die Diskussion über diese Quellen ist unter denen, die in Polen das 16. bis 18. Jahrhundert erforschen, in vollem Gange.<sup>71</sup> Hierbei steht auch die

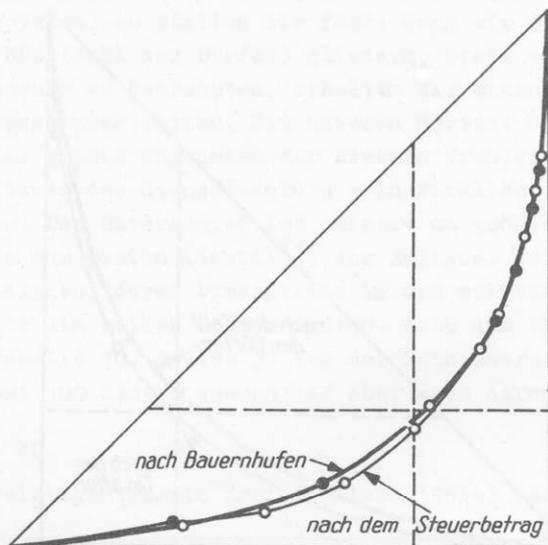


Problematik der Eigentumsstruktur im Blickfeld der Aufmerksamkeit, wobei auf zahlreiche Auslassungen in den Quellen und auf kleinere Editionsfehler hingewiesen wird. Vor kurzem ging der sowjetische Gelehrte Jakubskij einen Schritt weiter, indem er die Adelsgüter der vier nördlichen Kreise der Wojewodschaft Krakau nach der Höhe der entrichteten Steuer (pobór, lateinisch: contributio generalis) gruppierte.<sup>72</sup> (Siehe Diagramm 6.)

Legen wir die Kurve des entrichteten Steuerbetrages auf die Kurve der Hufen, so ergibt sich zwar ein sehr ähnlicher Index, doch überschneiden sich beide Kurven. Das Kriterium der Besteuerung scheint

71 Diese Diskussion läuft am Rande von siedlungsgeschichtlichen und demographischen Forschungen, hauptsächlich in den Spalten von "Kwartalnik Historii Kultury Materialnej" und "Studia Zródłoznawcze", neuerdings, in Verbindung mit der Arbeit von Szafran, Przemysław, a. a. O., auch in "Zapiski Historyczne".

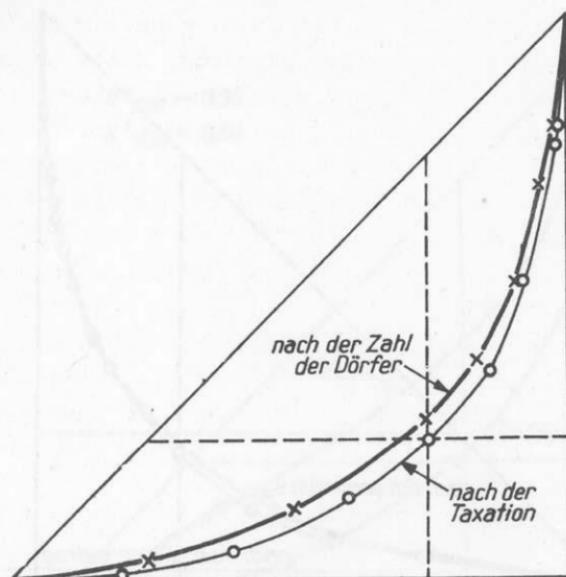
72 Jakubskij, W. A., O metodice issledowanija struktury zemlewladenija v feodalnoj Polše. Ślachetskoe zemlewladenie Maloj Polši v načale XVII v. (Über die Methodik der Erforschung der Grundeigentumsstruktur im feudalen Polen. Das adlige Grundeigentum Kleinpolens zu Beginn des 17. Jahrhunderts, in: Eżegodnik po agrarnoj istorii wostočnoj Evropy 1963 g., Vilnius 1965, S. 246 - 257. - Jakubskij stützt sich auf Rejestr poborowy województwa krakowskiego z roku 1629, a. a. O.



also den Anteil der untersten Steuerklasse (bis zu zehn Złoty Steuer) zu verringern und den mittleren Schichten (von zehn bis zu 50 bis 70 Złoty) eine größere Rolle zuzuweisen. Daher der charakteristische, wenn auch geringe Krümmungsunterschied zwischen beiden Kurven. Die Abweichungen erklären sich daraus, daß nicht nur für die Hufen (der Bauern und der nur einen Hof besitzenden Adligen), sondern auch für Kossäten, Landlose, herrenloses Gesinde, gewerbliche Einrichtungen usw. Steuern gezahlt werden mußten, wobei selbstverständlich die Steuerhöhe nicht den Einkünften des Herrn proportional war, sondern von vielen anderen Faktoren zusätzlich abhing. Offen bleibt noch die Frage, welchen Nutzen es hat, die Höhe des Steuerbetrages zu untersuchen.

Auf dem Territorium Kleinpolens ist noch eine Probe möglich. Es sind nämlich zwei einzigartige Einkommensteuerregister für den Kreis Pilzno (Wojewodschaft Krakau) vom Jahre 1536 (siehe Diagramm 7) und für den Kreis Chęciny (Wojewodschaft Sandomir) vom Jahre 1540 bekannt.<sup>73</sup>

<sup>73</sup> Polska XVI wieku, Małopolska (Polen im 16. Jahrhundert, Kleinpolen), Bd. 4, hg. v. Adolf Pawiński, Warszawa 1886. - Diese Einkommensteuerregister zeu-



gen von Vorbereitungen zu einer Steuerreform, die aber nicht in Kraft trat, und sind eine bisher nur wenig ausgeschöpfte Fundgrube ungemein interessanten Materials. Natürlich kann man schwerlich eine verdächtigere Quelle finden als gerade ein Einkommenssteuerregister aus dem 16. Jahrhundert, doch die genannten Register, besonders das von Pilzno, enthalten Elemente, die es gestatten, sie einer inhaltlichen Kritik zu unterziehen. Für uns ist wohl die Beobachtung bedeutsam, daß in hoch taxierten Besitzungen die Einschätzung eines Dorfes erheblich höher ausfällt als in den Besitzungen des Kleinadels.

Mittlere Einschätzung eines Dorfes in nach ihrer Globalbewertung gruppierten Besitzungen

Einschätzung des Grundeigentums	Wert des Dorfes	Anzahl der Besitzungen der betr. Wertgröße
bis 100 Złoty	200 Złoty	35
100 - 199 "	228 "	36
200 - 299 "	247 "	22
300 - 399 "	325 "	16
400 - 499 "	590 "	15
500 - 999 "	387 "	27
1 000 - 1 999 "	426 "	16
2 000 - 2 999 "	628 "	8
3 000 - 15 3000 "	512 "	5
durchschnittlich	422 "	

In den höheren Besitzklassen befinden sich neben Dörfern auch Marktflecken und Vorstädte, aber sie haben nur in der Besitzklasse über 3 000 Złoty Gesamtwert Gewicht.

Wir können also unsere Zusammenstellungen nach Bauernhufen mit den Einkommenstaxen vergleichen. Übertragen wir beide Elemente auf unser Koordinatensystem, so stellen wir fest: Wenn wir das Grundeigentum nach der Größe (Zahl der Dörfer) gliedern, statt es im Lichte der Einkommenssteuer zu betrachten, erhalten wir einen niedrigeren Grad der Eigentumskonzentration. Mit anderen Worten: Wir verringern die Bedeutung der großen zugunsten der kleinen Grundeigentümer, die - nach der Schätzung des Steuertaxators - in Wirklichkeit weniger Einkünfte hatten. Der Unterschied ist relativ am größten in der ersten Gruppe (bis zum ersten Quartil<sup>74</sup>) der Adligen. Es handelt sich dabei um jene Adligen, deren Dorfanteile in den meisten Fällen weniger als jeweils ein halbes Dorf umfaßten. Nach dem Einkommenskriterium (siehe Tabelle 10, Spalte 3) lag der Schätzwert eines solchen Besitzes bei 100 Złoty, gewöhnlich aber noch darunter.

T a b e l l e 10

Struktur des Adelseigentums im Kreise Pilzno (1536) nach Quartilen

	Eigentumsanteil nach Dörfern (in %)	Anteil am geschätzten Einkommen (in %)
I. Quartil	2,9	1,8
II. " (Mittelwert)	11,5	8,8
III. "	28,3	24,3

### Zusammenfassung

Nachdem wir einen Überblick über die Eigentumsverhältnisse innerhalb des Adels gegeben haben, gilt es nun, die mit graphischen Methoden gewonnenen Resultate und die einzelnen Mitteilungen zusammenzufassen. Wir beginnen mit den Methoden.

Die Kurven von Gini und die damit ermittelten Indizes sind von Nutzen, wenn wir Grundeigentumsstrukturen miteinander vergleichen wollen, ohne vergleichbare Einheiten (zum Beispiel Hufe oder Feuerstellen) zur Verfügung zu haben. Wir gewinnen jedoch lediglich ein

<sup>74</sup> Wir teilen die Gesamtheit der adligen Grundeigentümer nach ihrem Reichtum gestaffelt in vier Gruppen, Quartile, wobei sich vom Nullwert bis zum ersten Quartil die ärmsten und vom vierten Quartil bis zum Wert Hundert die reichsten Adligen befinden.

Bild vom Ausmaß der Eigentumsungleichheit innerhalb des jeweils untersuchten Bereichs. Doch darin erschöpft sich nicht das ganze Problem. Wir haben gesehen, wie im Kreis Nakel oder in der Wojewodschaft Węzycza mehr als die Hälfte der Grundeigentümer eliminiert wurde. Mit Gini ließen sich aber die wesentlichen Veränderungen nicht nachweisen. Vielleicht verbirgt sich gerade dieses Problem in den komplizierten Ausführungen von Gibrat, der die Quasi-Konstanz in der Ungleichheit der Vermögen (quasi-constance dans l'inégalité des fortunes) zu beweisen sucht.<sup>75</sup> Jedenfalls unterlagen die den unseren analogen Gesamtheiten, deren Struktur Baehrel nach Gibrats Methode untersuchte, im Laufe der Zeit ebenfalls sehr beträchtlichen quantitativen Veränderungen.

So erhebt sich die Forderung, eine neue Methode zu schaffen, die nicht nur die Struktur, sondern auch die Quantitäten der untersuchten Gruppe berücksichtigt. Nun ist aber angesichts des Umstandes, daß in unserem Material die jeweilige volle Bevölkerungszahl oft ungewiß ist und die Einheiten nicht kommensurabel sind, die dargelegte Methode gerade deshalb vorteilhaft, weil sie mit relativen Zahlen operiert. Es ist nämlich zu bezweifeln, ob es überhaupt eine reale Möglichkeit zur Lösung des gestellten Problems gibt. Man sollte sich eher damit begnügen, eine ergänzende, aber notwendige Diskussion über die Einheiten, mit denen wir operieren, zu führen und das arithmetische Mittel, eventuell Quartile zu berechnen, wie wir es weiter oben getan haben.<sup>76</sup>

Trotz eines gemäßigten Optimismus in bezug auf die Glaubwürdigkeit der erzielten Ergebnisse verhehlten wir doch nicht unsere Vorbehalte gegen die Quellengrundlage. Anschließend sollte zu dieser Frage wohl noch bemerkt werden, daß in keinem Falle, der nach mehreren Methoden untersucht wurde, die Resultate so sehr voneinander abweichen, wie sich auf einem bestimmten Territorium zwei Zeitabschnitte voneinander unterscheiden. Man darf daher annehmen, daß die durch die Ungenauigkeit der Berechnung oder des Diagramms und durch die

75 Der Enthusiasmus, den Baehrel für Gibrat aufbringt, scheint riskant zu sein. Gibrat schreibt: "Quelle que soit l'époque, quel que soit le pays, les revenus et la fortune privés possèdent un indice d'inégalité voisin de 100." (Gibrat, Robert, a. a. O.); und Baehrel kommentiert: "L'historien n'a pas à pénétrer dans ces calculs: le travail a été fait pour lui; il n'a qu'à tenter l'expérience et à enregistrer les résultats." (Baehrel, René, a. a. O., S. 418 f.)

76 Hier können auch die Extremwerte nützlich sein.

Mängel der Maßeinheiten bedingte Fehlerspanne kleiner als die Veränderungen ist, die die Zeit mit sich brachte.

Bei der Untersuchung der Struktur und Anzahl der Grundeigentümer in einem bestimmten Bereich darf man aber nicht vergessen, daß sich jenseits der unteren Grenze dieser Gruppe alle diejenigen befinden, die ihr Land verloren haben und dadurch als Untersuchungsobjekte fortgefallen sind. Das führt uns wieder zu einer zusammenfassenden Betrachtung der Dynamik der Grundeigentumsverteilung und der Struktur des Adelsstandes.

Im Laufe von drei Jahrhunderten der Neuzeit stellten wir in der einen oder anderen Form eine deutliche Eigentumpolarisation, ein Anwachsen der Zahl und des Anteils der großen Güter fest. Mit der Zeit wandelte sich das Kriterium für "großes" oder "Magnaten"-Eigentum. Zehn Weiler imponierten im 18. Jahrhundert nicht mehr. Das machte sich auch auf dem Boden- und Geldmarkt bemerkbar, wie die Lemberger "Kontrakte" in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zeigen.

Ausnahmslos überall nehmen wir einen Rückgang des kleinen, weniger als ein Dorf umfassenden Grundeigentums wahr. Die Zahl der geteilten Dörfer sank immer mehr, doch erhöhte sich in ihnen die Dichte des Kleinadels. Der Expansion des Kleinadels innerhalb der alten Kronländer wurde also entschieden Halt geboten; die Siedlungsmöglichkeit im Osten, zeitweise auch in Ostpreußen, stand ihm, wie schon gesagt, dagegen weiterhin offen. Doch zwischen den Angehörigen des Kleinadels (mit Dorfanteilen oder nur mit einem Hof) und den Eigentümern eines ganzen Dorfes oder mehrerer Dörfer gab es keine Standesschranken, sondern lediglich Vermögensunterschiede. Die festgestellte Verringerung des Besitzstandes und oft auch der Zahl der Angehörigen der ärmsten Schicht des "Adelsvolkes" bedeutet also auch, daß die Zersplitterung der Besitzungen des mittleren Adels gehemmt wurde. Selbstverständlich meinen wir damit nur die Schlußbilanz komplizierterer Prozesse, in denen sowohl individueller Aufstieg als auch Abstieg aus der mittleren Gruppe in die der Anteilbesitzer vorkamen.

Das Problem der Grundeigentumszersplitterung müßte im Lichte des in Polen geltenden Erbrechts untersucht werden. Wie es im Augenblick scheint, dominierte im Bewußtsein des polnischen Adels in dieser Hinsicht die Furcht, seine Standesstellung zu verlieren. Daher die Beschränkungen des königlichen ius caducum (Recht des Königs auf

verlassenen und verwaisten unbeweglichen Besitz) und der Freiheit in der Testamentsabfassung (die die Kirche hätte ausnutzen können), die gegen das Bürgertum gerichtete Gesetzgebung und schließlich die Abneigung gegen das Fideikommiß.<sup>77</sup> In Westpreußen erhob der Adel seit Mitte des 16. Jahrhunderts die dann im Jahre 1598 verwirklichte Forderung, das den Frauen aus dem Kulmer Recht zustehende Erbrecht zu beschränken.<sup>78</sup> Zur gleichen Zeit festigte sich die Schicht des mittleren Adels in diesem Gebiet.

Nicht zufällig ließen wir in den Zahlenzusammenstellungen die typisch kleinadligen Regionen fort. Die Steuerregister, unsere Hauptquelle, erfassen dort die Eigentümer summarisch, sie geben oft nicht einmal deren Anzahl an und nennen keine Vornamen (die Zunamen wurden in der Regel vom Namen des Dorfes abgeleitet). In vielen Kreisen Masowiens<sup>79</sup> bedeckten die Adligen das Land "wie ein Heuschreckenschwarm"; "die [tatarische] Horde hat nicht so viele Tausende"<sup>80</sup> pflegte man zu sagen. Ratlos stand der Heraldiker Paprocki diesem Problem gegenüber: "Versteh: wo ich 'dom rozrodzony' [sinngemäß etwa: ein in mehrere Linien mit eigenen Adelssitzen verzweigtes adliges Haus oder Geschlecht - d. Übers.] schreibe, da sind zehn Dörfer, ich möchte wetten, man findet keinen Bauern, es gibt zwanzig und dreißig Herren in einem Dorfe und mehr... Wegen ihrer Abgeschiedenheit und Bedeutungslosigkeit kann ich sie nicht kennen und von ihnen dort nichts wissen."<sup>81</sup> So wurden innerhalb des kleinadligen Ameisenhaufens unablässig Grundstücksgeschäfte abgeschlossen, Tauschhandlungen vollzogen und Teilungen auf Familienebene vorgenommen. Nachdem das so einige Jahrhunderte lang geschah, haben bis in die jüngste Zeit zahlreiche "Krähwinkel" und "Adelsnester" überdauert, deren Bewohner eifrig betonten, daß zwischen ihnen und der sie umgebenden Bauernschaft standesmäßige Unterschiede bestünden. Doch scheint dieser unablässige Grundstücksverkehr sogar in Masowien in einer bestimmten Richtung verlaufen zu sein. Bei der großen Armut dieser Ge-

77 Kaczmarczyk, Zdzisław/Leśnodorski, Bogusław, a. a. O., S. 177 f.

78 Zdrójkowski, Zbigniew, Korektura pruska - jej powstanie, dzieje oraz jej rola w historii polskiej jurysdykcji i myśli prawniczej (Die preußische Korrektur - ihre Entstehung, Geschichte und ihre Rolle in der Geschichte der polnischen Rechtsprechung und des juristischen Denkens) 1598 - 1830, in: Czasopismo Prawno-Historyczne, Bd. 13, 1961, S. 115.

79 Die Bemerkungen über die masowischen Verhältnisse stützen sich auf Smoleński, Władysław, Szkice z dziejów szlachty mazowieckiej (Skizzen aus der Geschichte des masowischen Adels), Kraków 1908.

80 Zit. nach ebenda, S. 46.

81 Paprocki, Bartosz, Herby rycerstwa (Wappen der Ritterschaft), zit. nach ebenda.

gend und der Schwäche der dort hoffnungslos dahinvegetierenden Kleinstädte verschlimmerten die zunehmenden Realteilungen die Not und trugen auch zur Abwanderung nach Preußen, Podlachien und Litauen bei. Schon 1616 hatte Górnicki dies klar erkannt.<sup>82</sup> Einen vermögenden und gut wirtschaftenden Landwirt lobend, tadelte Krasicki in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, daß "die vom Vater als alleinigem Besitzer hinterlassenen Kinder durchaus nicht beim ursprünglichen Erbe bleiben wollen, sondern das väterliche Gut in so viele Teile, wie es ihrer selbst gibt, zerlegen. Daher müssen es auch statt eines Hofes zwei oder drei Höfe und ebenso viele Vorwerke, Schenken und Brauereien sein. Mit der Zeit werden auch diese Vermögensteile zerstückelt, bis am Ende ein ganzes Dorf voller Erben besteht und der Adlige sich zwar noch so nennt, in Wirklichkeit aber ein Bauer geworden ist."<sup>83</sup> Rechtliche Beschränkungen für die Landaufteilung wurden zwar projektiert, aber bis zur Zeit der Teilungen Polens nicht eingeführt. Doch muß man Smoleńskis Ansicht zustimmen, daß es den Angehörigen des mittleren Adels - im Gegensatz zu den nur einen Hof besitzenden Adligen - schon gelang, für ihre Söhne Beschäftigung auf Magnatenhöfen, in Ämtern, in der Kirche oder sogar im Heere zu finden und auf diese Weise eine Aufteilung des väterlichen Erbes zu vermeiden.

Wenn aber Ländereien des Kleinadels in einer Gegend an vermögendere Eigentümer übergingen und in einer anderen Gegend endlos geteilt wurden, so hing das vor allem davon ab, ob ein Großgrundbesitz, der Kristallisationspunkt eines neuen Latifundiums sein konnte, existierte. In Westpreußen gab es, wie schon gesagt, keinen derartigen Kristallisationspunkt. Dies trug dazu bei, daß sich der Großgrundbesitz dort nur schwach entfaltete. Eine ähnliche Rolle mag die periphere Lage des Kreises Wieluń zu den Latifundienzentren gespielt haben. Mit Sicherheit wirkte sich das auch auf die neuzeitliche Eigentumsstruktur Masowiens aus. Hier konnte es ohne große Mühe sogar einem (nach gesamtpolnischen Begriffen) mittleren Adligen mit Unternehmungsgeist gelingen, nach und nach das Eigentum seiner armen Nachbarn aufzukaufen. In dem an Masowien angrenzenden Podlachien und in

82 "Durch die unablässige Teilung der adligen Besitzungen muß es zu großer Armut kommen ... Ich kenne viele, die ihre Schuldner - eigene Brüder und Brüder ihrer Väter -, da sie von ihnen Land gekauft haben, schon als Bauern ansehen und einen Tag arbeiten lassen." (Górnicki, Łukasz, Rozmowa o elekcyi [Gespräch über die Wahlen], Warszawa 1828, S. 791.)

83 Krasicki, Ignacy, Pan Podstoli (1778 - 1798), zit. nach Smoleński, Władysław, a. a. O., S. 159.

Litauen, wo kleinadlige Siedlung und Großgrundbesitz benachbart waren, ist festzustellen, daß aus Belehnungen mit kleinen Landgütern (1 bis 5 Haken) kein Kleineigentum hervorging, denn diese Güter wurden bald aufgekauft.<sup>84</sup>

Obwohl das Schicksal des Kleinadels mindestens seit dem 16. Jahrhundert zu einem wichtigen politischen und wirtschaftlichen Problem geworden war, hatte die weniger sichtbare Schwächung der Stellung des mittleren Adels doch anscheinend weitergehende Konsequenzen. Im 16. Jahrhundert brachte er eine in Opposition zum geistlichen und weltlichen Magnatentum stehende, zielbewußte Gruppe politischer Führer hervor, der es im siebenten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts gelang, die Landbotenstube zu beherrschen und Sigismund August an ihr Programm zu binden. Über die Chronologie des Verlustes ihrer politischen Einflüsse, die Bewertung ihres Strukturprogramms und dessen Zusammenhang mit der konfessionellen Ideologie ist gegenwärtig eine breite Diskussion im Gange. Nach den oben gemachten Angaben darf man vermuten, daß sich hinter der Schwächung der Position des mittleren Adels gegenüber dem Magnatentum auch der Verlust seiner wirtschaftlichen Stellung erborg.

Worin lagen die Ursachen? Ziemlich einhellig nahm man früher an, die Magnatenschaft habe das entscheidende wirtschaftliche Übergewicht seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gewonnen, als es den kleineren Grundeigentümern nicht gelang, die erforderlichen Mittel für den Wiederaufbau der durch Krieg ruinierten Landgüter aufzubringen. Diese Erscheinung muß man aber wohl noch weiter zurückdatieren. Schon im 16. Jahrhundert war die wirtschaftliche Lage in Polen für den Großbesitz äußerst günstig. Das zeigte sich am Preisgefälle und daran, daß die großen Besitzer ihre Waren in Danzig statt in einer nahe gelegenen Kleinstadt verkaufen konnten.<sup>85</sup> (Allerdings ist dabei zu bedenken, daß diese offenkundigen Vorteile durch das von den Danziger Kaufleuten zur höchsten Vollkommenheit entwickelte System, Getreide und Holz auf Kredit zu kaufen, in gewissem Grade aufgewogen wurden.) Eine vor kurzem erschienene eingehende Studie über die Münzverhältnisse in Polen Anfang des 17. Jahrhunderts weist nach,

84 Wawrzyńczyk, Alina, *Rozwój wielkiej własności na Podlasiu w XV i XVI wieku* (Die Entwicklung des Großbesitzes in Podlachien im 15. und 16. Jahrhundert), Wrocław 1951, S. 131, 135, 174.

85 Vgl. Kula, Witold, *Teoria ekonomiczna ustroju feudalnego* (Ökonomische Theorie der Feudalordnung), Warszawa 1962, S. 138 ff.

daß sogar der Geldmarkt für die Magnatenschaft äußerst günstig war.  
86

Unserer Ansicht nach ist der grundlegende Faktor aber in der Investitionssphäre zu finden. Das herrschende Wirtschaftssystem bot keinen Anreiz zu produktiven Investitionen. Das Gros seiner Einnahmen schöpfte der Grundeigentümer unmittelbar aus der mit Fronbauern betriebenen Vorwerkwirtschaft. Polen kannte weder Meiereien noch "prosperous yeomen farmers". Der Grundeigentümer verfügte über die primitive, aber billige und anfangs reichlich vorhandene Arbeitskraft von Leibeigenen. Die finanziellen Aufwendungen waren ganz gering, und das Vorwerk ließ sich leicht durch Einbeziehung von Ödland und, wenn auch seltener, durch Bauernlegen erweitern. Mühlen wurden gebaut und Fischteiche angelegt, wenn dies auch niemals so große Bedeutung wie in Böhmen erlangte. Die Zunahme der Vorwerksfläche auf Kosten von Bauernland war anfänglich vorteilhaft. Dabei konnte man die latente Arbeitslosigkeit im Dorf ausnutzen. Im Laufe der Zeit (hier und da schon im ausgehenden 16. Jahrhundert) wurden dann die auferlegten Fronarbeiten zu einer Last, die die Bauernwirtschaft nur unter großen Schwierigkeiten tragen konnte. Als auch noch eine für die Getreidewirtschaft ungünstige Konjunkturlage auf den westlichen Märkten und in Danzig hinzukam, spornte der durch die sinkenden Preise hervorgerufene Einnahmerückgang nicht zur Veränderung des Systems, sondern zu seiner Verschärfung an. An den Ausgaben ließ sich nicht viel einsparen. Um schnell aus den Schwierigkeiten herauszukommen, verfolgte man die bisherige Entwicklungslinie weiter. Nur eine detaillierte Analyse des landwirtschaftlichen Rechnungswesens könnte Aufschluß darüber geben, wie lange - wenn man das so sagen darf - die Entwicklung des Vorwerks im betreffenden Gebiet eine Funktion guter Konjunktur und seit wann sie die Konsequenz sinkender Einnahmen war.

Wie es scheint, wurde das Gleichgewicht zwischen Vorwerks- und Bauernwirtschaft in kleineren, nur ein Vorwerk aufweisenden Gütern früher und einschneidender gestört. In diesem Wirtschaftstyp war es besonders schwierig, ein optimales Flächenverhältnis zwischen Vorwerks- und Bauernland aufrechtzuerhalten. Während sofort steigende Einkünfte einen Anreiz zur Steigerung der Fronarbeit und zur Angliederung von Land bildeten, wirkte die Rücksicht auf das langfristige

86 Sadowski, Zdzisław, Pieniądz i upadek Rzeczypospolitej w początkach XVII wieku (Das Geld und der Niedergang der Rzeczpospolita am Beginn des 17. Jahrhunderts), Warszawa 1965.

herrschaftliche Interesse nur schwach und indirekt. Der Verlust eines einzigen Bauern (Tod, Flucht) konnte schon ein nicht wiedergutmachender Schaden sein. Der Kleinbesitz war eigentlich nur in einer Richtung zu reorganisieren; die Ansiedlung von Bauern durch Adlige, die nur ein Dorf besaßen, hatte geringe Perspektiven, wenn diesen Bauern jahrelange Abgabefreiheit und materielle Hilfe gewährt und sie eventuell vor der Verfolgung durch ihren früheren Herrn geschützt werden mußten.

Wenn die Aufwendungen für die Produktion gering waren, so heißt das nicht, der Adel hätte keinen Mangel an Bargeld verspürt. Man braucht bloß die entsprechenden Eintragungen in den amtlichen Büchern zusammenzustellen, um zu erkennen, in welchem Umfange Kredite aufgenommen wurden. Der adlige Lebensstil ("mos nobiliaris") erforderte Mittel zum Bauen, für Tracht und Pracht und für Bedienstete. Bei dem angespannten Budget zwangen jede Seuche, ein Feuer oder eine andere Katastrophe, Darlehen aufzunehmen. Wer aber nur ein Dorf oder einige wenige beieinander liegende Dörfer besaß, war nicht wie der Magnat imstande, Verluste in einer Gegend durch Einnahmen aus einer anderen Gegend auszugleichen. Ihm fiel es auch schwerer, Kredite zu tilgen.

Wie viele Gründe für den Verkauf von Gütern wir aber auch immer am Rande der wirtschaftlichen Tätigkeit des Adels suchen mögen, den Ankauf von Land halten wir für die grundlegende Form der Investition akkumulierter Mittel. Indem der Käufer damit seine Einkünfte vermehrte, erhöhte er gleichzeitig sein Prestige.

Betrachten wir diese Form der Investition aber von der Gesamtwirtschaft des Landes her, so ändern sich die Schlußfolgerungen. Was die Einträglichkeit der wirtschaftlichen Einheiten hob, war im Landesmaßstab lediglich eine Verschiebung der Gewinne aus der einen in die andere Hand. Jene grundlegende "Investition" - der Kauf von Grund und Boden - kann also nicht als Investition in des Wortes voller Bedeutung angesehen werden.<sup>87</sup>

Wir haben uns bemüht zu zeigen, inwieweit die Verschiebungen in der Struktur des adeligen Grundeigentums durch den wirtschaftlichen Mechanismus der Adelsgüter oder, allgemeiner ausgedrückt, durch den

87 Es zeigt sich eine Analogie zur Kolonisation, die, sofern die Siedler aus anderen Gütern geflohene Bauern waren, nur eine Verlagerung der Arbeitskräfte darstellte. Die Bilanz dieser Prozesse bedarf noch der Untersuchung.

Charakter der polnischen Feudalwirtschaft des 16./17. Jahrhunderts bedingt waren. Dabei kommt uns ein Satz von I. L. und B. Hammond in den Sinn: "A class which wishes to preserve its special powers and privileges has to discover some way of protecting its corporate interests from the misdemeanours and follies of individual members".<sup>88</sup> Das Besondere und, wenn man so will, Tragische am Schicksal des polnischen Adels lag nicht nur darin, daß es ihm nicht gelang, im politischen Sinne einen Ausweg aus dieser seiner Misere zu finden. Seine auf das unmittelbare Interesse eingestellte Fronwirtschaft und Politik standen darüber hinaus in krassem Widerspruch zum langfristigen Interesse des Staates und der Wirtschaft schlechthin. Damit schadete sich der Adel in hohem Maße auch selbst.

(Übersetzt von Berthold P u c h e r t )

<sup>88</sup> Daran erinnerte zuletzt Prof. Hrothgar John Habakkuk in: The European Nobility in the Eighteenth Century, hg. v. A. Goodwin, London 1953, S. 3.

# **Zu Problemen der asiatischen Produktionsweise**

## Vorbemerkungen

von Elisabeth Charlotte Welskopf

Die Vielfalt, man kann ohne Übertreibung sagen, auch die vielfältige Wirrnis, die zur Zeit in den Diskussionen über die historische Folge und den Charakter der Produktionsweisen und Gesellschaftsstrukturen zu beobachten ist, entsteht, soweit ich sehe, unter der Einwirkung von zwei wesentlichen Faktoren; der eine ist die überwältigende, aber für die Klärung der einschlägigen Fragen nichtsdestoweniger keineswegs ausreichende Fülle neuen Materials, ein zweiter scheint mir die Ungeduld der Forscher zu sein, die wissenschaftlich und politisch begründet ist.

Niemand bestreitet, daß die menschliche Gesellschaft seit der Zeit, seit der wir ihre Entwicklung beobachten können, auf den Gebieten von Technik und Organisation enorme Fortschritte gemacht hat. Die Einteilung des technischen Fortschritts in bestimmte Stufen wurde lange Zeit hindurch nach dem jeweiligen Hauptmaterial vorgenommen, aus dem die Produktionsinstrumente und die Waffen geformt wurden: Stein, Bronze, Eisen. Aber in dieser simplen Einteilung ist ein Bruch enthalten, denn in dem dabei nicht erwähnten, aber darin enthaltenen Vorgang der Legierung ist die unwälzende Bedeutung des Feuers, seiner Zähmung und Indienststellung in verschiedenen Formen beschlossen. Heute stehen wir am Beginn des "Atomzeitalters", nicht eines neuen Materials, sondern wiederum einer neuen Behandlungsweise des vorhandenen Materials, das umzuformen das Wesen der Technik überhaupt ist. Gehen wir unter diesem Gesichtspunkt zu den Hauptverfahren über, mit denen Material in Produktionsmittel umgeformt wird, so sind es phasenweise die physikalischen/chemisch-physikalischen/physikalischen/chemisch-physikalischen und nun zunehmend chemischen Verfahren, die in Anwendung kamen bzw. kommen und von dieser Seite her als Einteilungsprinzip dienen müßten.

Ein Versuch, den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft nach den Betriebsformen zu stufen, ist mir nicht bekannt, hätte aber ebenso wohl unternommen werden können; wandernde Kooperationsgruppe, seßhafte Kooperationsgruppe, kleine Kooperationsgruppe, große Kooperationsgruppe, sporadische Kooperationsgruppe, kontinuierliche Kooperationsgruppe, im Zusammenhang damit sporadische Arbeitsteilung, kontinuierliche Arbeitsteilung, gesellschaftliche Arbeitsteilung, betriebliche Arbeitsteilung und endlich, was die einzelne Arbeitskraft anbelangt, Eingliederung in die Wandergruppe, Seßhaftwerdung mit der Gruppe, Losreißung vom Boden innerhalb der seßhaften Gruppe, Bindung an den Herrn, neue Mobilität, Bindung an das Spezialfach, vielseitige Verwendbarkeit, Entleerung der Arbeitsaufgabe bis zum rein mechanischen Handgriff als Vorform des Maschineneinsatzes, auch Entleerung der einzelnen Verwaltungsaufgaben bis zum möglichen Einsatz des Computers - wachsende Anforderungen im Bereich der Leitungsaufgaben an den einzelnen.

Unter Zusammenfassung der jeweiligen technischen und organisatorischen Fortschritte hat der Ablauf und der Charakter der Produktion sich verändert; es treten als charakteristisch die Sammler, die Jäger, die nomadischen Viehzüchter, die Feldbauer, die Ackerbauer, Landwirtschaft, Industrie hervor. An diese Entwicklungslinie knüpft das neuerdings in die Debatte geworfene Charakteristikum "Industriegesellschaft" an, der nach entsprechendem Merkmal eine "Landwirtschaftsgesellschaft" voranzustellen wäre. In Parallele dazu steht der Vorschlag einer Einteilung der Geschichte in Land-Wirtschaft und Stadt-Wirtschaft.

Alle genannten Merkmale menschlicher Betätigung und menschlichen Fortschritts sind an die Beziehung Mensch - Natur geknüpft, auch das der Organisation der gesellschaftlichen Arbeitskraft. Organisation heißt, Menschen zum organon, zum Werkzeug machen, um einen gemeinten Zweck zu erreichen, überhaupt oder mit weniger Aufwand, in kürzerer Zeit, in vollkommenerer Weise als es den vereinzelt Arbeitenden möglich wäre. Die Organisation steht bei der Umformung der Natur der Technik zur Seite, ist ihr in der Weise übergeordnet, daß die Instrumente im Rahmen einer bestimmten Organisation der menschlichen gesellschaftlichen Arbeitskraft angewandt werden; umgekehrt ist die Organisation von der Technik abhängig insofern, als Instrumente bestimmte Organisationsformen bei ihrer Anwendung verlangen und ermöglichen. Der Mensch ist im Rahmen der Betriebsorga-

nisation das höchst qualifizierte Instrument des Menschen, insofern und solange er Anweisungen ausführt.

Technik und Organisation verbunden mit Qualifikation und Mobilisierung der Arbeitskraft sind die Mittel des Menschen, die Natur umzuformen und seine eigenen Bedürfnisse in wachsendem Maße zu befriedigen. Sie gehören in den Bereich der produktiven Kräfte. Die Einteilungen des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft nach den Merkmalen seiner wachsenden produktiven Kräfte ist ohne Zweifel möglich und nützlich, gibt aber eine Fülle von Problemen auf, unter denen ich hier nur eines herausgreifen will, das ist der bisherige Mangel an Differenzierung. Die im Widerstreit liegenden kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften erscheinen als Einheit unter dem Stempel "Industriegesellschaft". So verschiedenartige Epochen der Vergangenheit wie Alter Orient, Altamerika, griechisch-römische Antike, Hellenismus, Feudalismus in Asien, Afrika, Europa werden eine einzige kunterbunte Formation der Landwirtschaftsgesellschaft. Nicht viel weiter in den historischen Unterscheidungen führt die Einteilung nach dem jeweils entscheidenden Stoff der Instrumente; das Eisenzeitalter reicht vom Hammer im Alten Orient und in der Antike bis zur Antriebs- und Werkzeugmaschine des 19. Jahrhunderts. Die Einteilung nach den Herstellungsverfahren ist überhaupt noch nicht genau durchdacht. Die betrieblichen Organisationsformen sind noch nicht ernsthaft in die Debatte geworfen. Wenn etwa bei der Periodisierung der Geschichte aus dem Grunde in die Geschichte der Produktivkräfte oder der Produktion ausgewichen werden sollte, weil hier einfachere Ergebnisse auf Grund einfacherer Prinzipien erhofft werden, so ist diese Hoffnung ganz und gar vergeblich; hier gibt es kein Ausweichgleis für Schwierigkeiten der Analyse und Definition. Es wird uns nicht erspart bleiben, die Entwicklung der produktiven Kräfte in ihren Phasen und ihrem Ineinanderwirken von Technik, Organisation, Qualifikation und Mobilität genauer zu durchdenken und zu durchforschen, die Einteilungen ihres Fortschritts zur Debatte zu stellen.

Unabhängig und doch zugleich abhängig hiervon treten uns die Fragen der Beziehungen von Mensch zu Mensch in dem großen Entwicklungsgang entgegen. Ökonomie ist weder Technik noch Organisation, weder Lehre von den Instrumenten noch von der Betriebsform; es ist die Wissenschaft von den menschlichen Beziehungen, in deren Netz Technik und Organisation, Qualifikation und Mobilität integriert und erst dadurch gemeinsam verwirklicht werden.

Hier treten wir aus der Beziehung Mensch - Natur heraus und in den Kreis der Verhältnisse zwischen Menschen - als solchen - ein. Es ist kein Zufall, daß diese Auffassung der Ökonomie als eines durch und durch menschlichen Bereiches immer wieder die Verwechslung zwischen Ökonomie und Rechtsverhältnissen hervorruft, denn tatsächlich sind die ökonomischen Verhältnisse im dargelegten Sinne auch an sich Willensverhältnisse. Wir befinden uns bei ihrer Analyse im Grenzgebiet von Ökonomie, Recht und Politik.

In dem Augenblick, in dem wir unsere Aufmerksamkeit nicht in erster Linie auf die Beziehung Mensch - Natur, sondern auf die Verhältnisse der Menschen untereinander - bei der Bewältigung und Umformung der Natur für menschliche Zwecke - richten, sind wir bei dem Menschen als Integrationspunkt und Koordinator der genannten Prozesse. Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse, zwangsweise Unterordnung, freiwillige Einordnung in die ökonomischen Beziehungen, damit in die Formen der Koordination der organisatorischen und technischen Vorgänge, und die Intensität und Ausdehnung der Austauschverhältnisse werden Gegenstand der Analysen. Die Verhältnisse der Menschen untereinander in der Arbeit und im Austausch treten hervor, abhängig allerdings von dem jeweils erreichten Stande der Bewältigung der Naturprozesse in Technik und Organisation, zugleich aber auch Grundlage der Beziehungen der Menschen in Politik, Recht und Kultur. Hier erscheint der Mensch in seiner Ganzheit, und sein Verhalten zum Menschen als solchem ist entscheidend, nicht die Beziehung des Menschen zur Natur bzw. zum Menschen als möglichen Organon, so wenig diese Relationen vernachlässigt werden können. Nun ist es zur Genüge, fast schon zum Überdruß, bekannt, daß die Analyse der ökonomischen Verhältnisse nicht weniger Schwierigkeiten in den Weg legt als die Untersuchung und Einteilung der Entwicklung der Produktivkräfte, und es wird nicht nur der Versuch gemacht, diesen Schwierigkeiten dadurch aus dem Wege zu gehen, daß wir in den Bereich der Beziehungen Mensch - Natur zurückweichen - wodurch uns, wie dargelegt, an Mühe nichts erspart wird -, sondern wir begegnen auch dem Versuch, in das Gebiet der Politik überzugehen und dort die maßgeblichen Einteilungsprinzipien durch Beobachtung des Verlaufs und des Charakters der Klassenkämpfe aufzuspüren. Eine gründliche Erforschung der politischen Klassenkämpfe aber führt unabdingbar in das Gebiet der Produktionsverhältnisse, die ihnen zugrunde liegen, zurück. Zudem hat es Produktionsverhältnisse immer, Klassenkämpfe aber nur in den Epochen der Klassenspaltungen gegeben, so daß auch aus diesem Grunde das er-

ste Binteilungsprinzip durch seinen universalhistorischen Charakter fruchtbarer erscheint.

Ein erster Versuch, Produktionsverhältnisse zum Maßstab weltgeschichtlicher Epochen zu machen, war die Einteilung Hauswirtschaft - Stadtwirtschaft - Volkswirtschaft - Weltwirtschaft. Diese Einteilung geht auf die Ausweitung der Austauschverhältnisse zurück. So genau auch diese Ausweitung zu studieren sein wird, das Bild, das mit den genannten Stichworten gezeichnet wird, ist in seiner Schematik unzutreffend, und es verbirgt die den Austauschverhältnissen zugrunde liegenden Verhältnisse der Menschen in der Produktion, durch die der Austausch erst ermöglicht, gehemmt oder stimuliert und jeweils in seinem besonderen Charakter bestimmt wird.

Gleich, wo wir den Anfang unserer Überlegungen nehmen, wir werden von allen Seiten auf den Kernpunkt, auf die Verhältnisse der Menschen untereinander, auf die Verhältnisse, die in der Arbeit entstehen, gedrängt. Eben auf diesem Gebiet, diesem umgrenzten Gebiet, diesem Kerngebiet, wirken aber die eingangs genannten Faktoren, die Überfülle neuen Materials und die Ungeduld der Forscher, in besonderem Maße. Nachdem zeitweise alles allzu klar dargestellt wurde, wird nunmehr alles allzu unklar gemacht.

In jedem Falle sind es die enormen Leistungen der Völker Asiens und Nordafrikas, auch die der Völker Altamerikas, die, zunächst sehr vernachlässigt und in ein europahöriges Schema gepreßt, an die Tür der Forschung klopfen und nun, eingelassen, eine ungeahnte Fülle von Fragen aufgeben.

Dabei werden auf dem Boden des historischen Materialismus, auf dem diese Diskussionen vor allem geführt werden, zur Zeit drei Probleme durcheinandergemengt:

1. Was ist in der Geschichte tatsächlich vor sich gegangen?
2. Welche Verhältnisse herrschen heute bei den technisch und organisatorisch auf dem Höchststand befindlichen Völkern sozialistischer und kapitalistischer Verhältnisse und bei denjenigen, die in der Entwicklung aufholen?
3. Was hat Karl Marx, Initiator der Periodisierungsdiskussion von der ökonomischen Warte aus, gedacht und geschrieben und wie, unter der Einwirkung welcher Fragestellungen und welchen Materials, haben sich seine Gedanken entwickelt?

Was die letzte Frage anbelangt, so haben wir, nachdem eine neue kritische Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels in Angriff genommen wird, die Aussicht, in einigen Jahren noch fundierter Stellung nehmen zu können, als es im Augenblick der Fall ist. Es erscheint aber durchaus fruchtbar, immer im Hinblick auf den Vorbehalt künftiger genauerer Kenntnis, auch jetzt schon eine Reihe von Hinweisen heranzuziehen, einmal die grundlegende Sicht auf die Bedeutung der menschlichen Beziehungen in der Produktion, darüber hinaus nicht systematische, sondern mehr sporadische Ausblicke im Zusammenhang mit den Analysen, die Marx der kapitalistischen Produktionsweise widmete und bei denen er auch auf Fragen der Vergangenheit stieß. Es ist oft genug betont worden, kann aber einmal mehr betont werden, daß für Karl Marx die sogenannten Periodisierungsfragen keineswegs im Mittelpunkt des Interesses standen, sondern Nebenprodukt der Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise gewesen sind, und wir würden wahrscheinlich rascher und besser vorankommen, wenn wir frühere und neu entstandene Produktionsweisen mit dem gleichen wissenschaftlichen Eifer wie Marx zu durchleuchten suchten, ehe wir das weltgeschichtliche Bild zu zeichnen trächten. Die Wissenschaft geht nur selten den Weg rein wissenschaftlicher Erwägungen, es ist aber anzunehmen, daß uns die mit wissenschaftlicher und politischer Leidenschaft geführte Periodisierungsdiskussion, und nicht nur diese, sondern vor allem die Begegnung mit den Völkern nichtkapitalistischen Status, zwingen wird, eben das zu tun, was wir zunächst vernachlässigten, nämlich nichtkapitalistische Produktionsformen einst und jetzt mit gleich scharfer Akribie was die einzelnen Tatsachen, als auch, was die tatsächlichen Zusammenhänge anbelangt, zu analysieren. Auf einem Umweg werden wir notwendig wieder zur Hauptaufgabe gelangen.

Bei der heutigen Begegnung mit Völkern vorkapitalistischer Produktionsweisen stoßen wir auf diese in Entwicklungsphasen, die Jahrhunderte hindurch - was die sogenannte asiatische Produktionsweise anbelangt, Jahrtausende hindurch - bereits über das hinausgewachsen sind, was vor der Entstehung des vorkapitalistischen Feudalismus und des Kapitalismus selbst gelegen hat. Wenn wir die geschichtlichen Perioden durchsuchen wollen, können wir aber nicht ohne weiteres Gegenwärtiges mit Vergangenen mischen. Es ist bekannt, daß Karl Marx in seinen Studien über Indien dies noch in gewisser Weise tat, inwieweit mit Recht, ist umstritten. Wir jedenfalls werden die Fra-

gestellungen zunächst genau scheiden müssen und können erst anschließend aus Vergleichsergebnissen die Berührungspunkte heraus-schälen.

Stellen wir die historische Frage voran, so finden wir, unwiderleg-bar, eine Anzahl von Knotenpunkten, von Höhepunkten im Zuge der Ent-wicklung. Die frühesten Hochkulturen und Klassengesellschaften sind in Asien, bald darauf in Nordafrika entstanden, ein weiterer Schritt wurde rings um das Mittelmeerbecken getan. Nach diesem partiellen Einbruch und Neuanfang im Schoße des westeuropäischen Feudalismus bildete sich auf relativ engem Raum jene kapitalistische Gesell-schaftsstruktur heraus, die, technisch-organisatorisch weit überle-gen, den Kontakt aller Völker der Erde hergestellt hat, wobei sie ihren Schwerpunkt nach Nordamerika verschob. Das Entwicklungszent-rum der folgenden sozialistischen Produktionsweise und Gesell-schaftsstruktur lag in engster gegnerischer Beziehung damit in Ost-europa, liegt heute in Osteuropa und Asien.

Was diesem rohen Überblick mit Sicherheit entnommen werden kann, ist die Tatsache, daß der historische Fortschritt der menschlichen Ge-sellschaft nicht an Erdteile oder Rassen gebunden war, sondern daß sein Kristallisationspunkt gewandert ist, von Erdteil zu Erdteil, von Volk zu Volk, und daß dabei eine Art Pulsation des Fortschritts stattfand, der, zunächst auch in voneinander unabhängigen Zentren weit ausgebreitet, sich dann von der Antike an verengte, bis eine neue in sich zusammenhängende Verbreitung stattfand und noch statt-findet. Schwerer zu entschleiern sind die Beziehungen, die von Höhe-punkt zu Höhepunkt geführt haben. Zwar ist es einleuchtend, daß der Sozialismus weder theoretisch noch praktisch ohne den Vorgang des Kapitalismus hätte entstehen können, und die Meinung, daß es eine Antike habe geben können ohne die voraufgehenden Leistungen der Völ-ker Asiens und Nordafrikas, ist durch die Ergebnisse der Forschung völlig überholt; soviel Besonderes die in Griechenland und von da rings um das Mittelmeer siedelnden Gemeinden auch mitbringen moch-ten, die Möglichkeiten ihrer Kulturentwicklung basierten auf bereits geschaffenen Voraussetzungen. Nichtsdestoweniger bleibt in jedem Falle die Frage, warum der Schauplatz wechseln mußte, um bestimmte spezifische Leistungen möglich zu machen. Mit erstaunlicher Regel-mäßigkeit erscheint der neue Höhepunkt an neuer Stelle, auch inso-fern, als nicht Frankreich, das kulturell höchst entwickelte Gebiet des westeuropäischen Feudalismus, auch nicht das Deutsche Reich als der bedeutendste Machtfaktor des westeuropäischen Feudalismus, son-

dem England das führende Land des sich ausbreitenden Kapitalismus geworden ist. Die sozialistische Produktionsweise wurde nicht in den hochkapitalistischen Ländern zuerst eingeführt, sondern in dem in Entwicklung befindlichen Rußland. Dabei ist jedoch festzuhalten, daß sich die jeweils neue Spitzenleistung zwar an veränderter Stelle, aber stets in Verbindung mit den vorher in der Gipfelleistung erreichten Voraussetzungen herausbildete. Während diese Verbindungen in bezug auf vorderasiatisch-nordafrikanische Kulturen und die griechisch-römische Welt sowie zwischen Kapitalismus und Sozialismus leicht darzulegen sind, ergeben sich in bezug auf die Verbindungslinien zwischen Antike - westeuropäischem Feudalismus - Kapitalismus einige Schwierigkeiten der Einsicht in den Zusammenhang, die jedoch kritisch-analytisch zunehmend behoben werden, nachdem eine allzu naive Vorstellung von der Antike als Ahnen der westeuropäischen Kultur zunächst über Bord geworfen wurde.

Schauplatzwechsel und Pulsation im Sinne einer Verengung und Wiederausbreitung des Gebietes der jeweils führenden Produktionsweise werfen Fragen der historischen Gesetzmäßigkeit im Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf. Das Verhältnis von Möglichkeit und Wirklichkeit muß auch in dieser Hinsicht wiederum durchdacht werden

Wenn wir die genannten Höhepunkte der bisherigen Entwicklung, asiatisch-nordafrikanische Hochkulturen, Antike, westeuropäischer Kapitalismus mit seinen Voraussetzungen im westeuropäischen Feudalismus, zunächst unter dem Gesichtspunkt des jeweils bewirkten Fortschritts der Produktivkräfte ins Auge fassen, so liegen die bedeutendsten, schlechthin umwälzenden Leistungen auf technischem Gebiet zuerst bei den asiatischen Hochkulturen, die das Rad und die Metallbearbeitung bis hin zur Bearbeitung des Eisens als erste entwickelten, sodann bei den westeuropäisch-kapitalistischen Kulturen, die die Maschine in völlig neuen Formen erfanden und zur Anwendung brachten. Im gegenwärtigen Augenblick stehen kapitalistisches und sozialistisches Lager im Wettbewerb der Erfindungen auf physikalischem und chemischem Gebiet. Mit Bezug auf die betriebliche Organisation der menschlichen Arbeitskraft finden wir in den asiatischen Hochkulturen die ursprüngliche Verwirklichung der großen Kooperation, in der Antike eine neue Phase in der Mobilisierung der einzelnen Arbeitskraft durch die Privatsklaverei, im Kapitalismus den Großbetrieb mit mobilen Arbeitskräften. Der Entwicklung der Organisationsformen der gesellschaftlichen Arbeitskraft und der Technik, die hier nur in skizzenhaften Um-

rissen angedeutet sind, entsprechen sich verändernde Formen in der Verfügung über die Konsumtions- und Entwicklungsmittel, der Zentralisierung und Konzentration des Mehrprodukts, seiner Mobilisierung durch das Geld- und Kreditwesen. Gegenüber der sogenannten Urgesellschaft haben auch auf diesen Gebieten die Hochkulturen Asiens und Nordafrikas den ersten entscheidenden Schritt getan, in der Antike wurden die Methoden wesentlich intensiviert und verfeinert, im Kapitalismus zu jenem Höhepunkt geführt, der den Umschlag in die Planwirtschaft vorbereitete.

Auch aus diesem Überblick über die stufenweise Entfaltung der Produktivkräfte ergibt sich als dringendes wissenschaftliches Erfordernis, die vorantiken Kulturen Asiens und Nordafrikas in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen und zu studieren. In den erstmals auftauchenden Formen der Herrschaft einer Minderkeit, der Knechtschaft der vielen, haben sie die Vorteile gesellschaftlicher Organisation, wachsender technischer Ausrüstung verwirklicht. Ob wir die Formen dieses ursprünglichen Prozesses mit dem Behelfsbegriff "asiatische Produktionsweise" bezeichnen oder nicht, erscheint demgegenüber nebensächlich. Wenn wir es tun, so kann es nur zum historischen Ruhm der Völker Asiens ausschlagen. Daß und warum die weitere Spitzenentwicklung sodann den Schauplatz wechselte und bis zu der Entfaltung des Kapitalismus ihren Ort in Europa und Amerika fand, wird weiter zu untersuchen sein. Die letzte Antwort auf diese Frage ist noch keineswegs gegeben. Daß von der griechisch-römischen Antike im Mittelmeerkreis bis einschließlich der Entstehung des westeuropäischen Kapitalismus eine Verengung des Schauplatzes für den welthistorisch unmittelbar wirksamen Fortschritt stattfand, kann jedoch keinen Grund dafür abgeben, diesen Prozeß als eine Sonderentwicklung abzuwerten, nachdem er lange Zeit aus der Sicht der westeuropäisch-kapitalistischen Staaten überbewertet worden ist. Diese Entwicklung steht im Zuge der geschichtlichen Spitzenleistungen der menschlichen Gesellschaft bis zu ihrer Ausbreitung in einer bis dahin nicht vorhandenen umfassenden Weite auf technisch-organisatorischem Gebiet.

Mit dem zu beobachtenden regelmäßigen Schauplatzwechsel in Randgebiete eng verbunden ist die Tatsache, daß es bisher kein Staat vermocht hat, in zwei Phasen epochemachender geschichtlicher Veränderungen die Führungsspitze zu übernehmen. Das geschah auch dann nicht, wenn Revolutionen stattfanden wie zum Beispiel die französische. Soweit ich sehe, ist das Problem in dieser Weise bisher nicht aufgeworfen worden. Die beobachtete Regelmäßigkeit im Schauplatzwechsel

der Führung und Spitzenleistung im Zuge der Entwicklung der Klassengesellschaften kann nicht in ein striktes historisches Gesetz umgemünzt werden; es hat viele Randgebiete mit hohen Leistungen gegeben, die weltgeschichtlich nicht zum Zuge kamen; eine Fülle auch zufälliger Voraussetzungen und Einwirkungen spielt dabei jeweils eine Rolle. Die anscheinende Regelmäßigkeit wirft jedoch ein besonderes Licht auf die Rolle des Staates, das heißt der konzentrierten außerökonomischen Gewalt, sowohl als Hemmschuh in den führenden Ländern als auch, in veränderter bzw. revolutionierter Form, als Schützer und Förderer neuer Entwicklungen in Ländern, die bis dahin am Rande des Fortschritts standen. Diese Sicht gilt für die griechisch-römische Welt an der Grenze der vorderasiatisch-nordafrikanischen, deren sie sich zu erwehren hatte, gilt für die westeuropäische, die nach dem Zerbrechen des griechisch-römischen Staatswesens ihre Eigenentwicklung fand, für England am Rande des westeuropäischen Feudalismus, für Rußland am Rande des westeuropäischen Kapitalismus. Die Abwehr- und selbst die Angriffskriege der zu weltgeschichtlich neuartiger Leistung heranreifenden, die Leitung und Herrschaft im eigenen Gebiet übernehmenden Klassen gegenüber den bis dahin führenden Staatswesen rücken damit unter einen neuen Aspekt, zugleich mit den Aufständen und Revolutionen, die die Entwicklung durch Schwächung der bis dahin herrschenden Klasse, durch Stärkung der bisher unterdrückten beschleunigen. In den frühen Perioden der Klassengesellschaften haben sich Aufstände der Unterdrückten und Ausgebeuteten ereignet, aber nicht durchgesetzt. Die erfolgreichen Revolutionen gehören erst dem Übergang vom westeuropäischen Feudalismus zum Kapitalismus und vom osteuropäischen Kapitalismus zum Sozialismus an. Von um so größerer Bedeutung waren in den frühen Stadien die Kriege der zur Fortführung der Entwicklung heranwachsenden Gebiete. Der Versuch der Selbstbehauptung bzw. der Ausbreitung der außerökonomischen Gewalt und die Abwehr bzw. das Zerbrechen ihres bestehenden Apparates ist bei jedem Übergang von einer Stufe der Entwicklung zur nächsten zu beobachten, in welcher Form auch immer. Auch die Nachwirkung machtvoller, wenn auch unmittelbar noch erfolgloser Aktionen, wie zum Beispiel die der großen Sklavenaufstände im Römischen Reich, darf nicht unterschätzt werden.

Die Beobachtung des Wechsels des Schauplatzes und der Pulsation läßt nicht nur einige Fragen der außerökonomischen Gewalt in neuem Licht erscheinen, sondern auch Probleme der sogenannten Stagnation. Wenn, wie wir festgestellt haben, bisher kein Volk oder Staat der

Klassengesellschaft in zwei Epochen die führende Rolle innehatte, so ist die Stagnation oder das Versagen oder vorläufige Zurückbleiben gegenüber neuen Möglichkeiten keineswegs nur bei Völkern Asiens oder Afrikas zu bemerken, sondern ebenso bei Völkern und Staaten Europas. Es wäre nur zu sagen, daß das Abbrechen der Entwicklung, das Zurücksinken gegenüber einer neuen Spitzenleistung, innerhalb der Entwicklung auf dem Boden Europas jeweils sehr viel schneller stattfand als in Asien und Nordafrika, wo sich der Fortschritt von der Steinzeit bis zur Bronzezeit und weiter bis zur Eisenzeit abspielte, ehe sich der Kristallisationspunkt einer neuartigen Entwicklung in einen anderen Erdteil verlagerte. Die Forschungen sind im Gange, und wir werden uns davon überraschen lassen, was in Vorderasien seit dem 8. Jahrtausend v. d. Z. vor sich gegangen ist.

Die Untersuchung der klassischen Höhepunkte der gesellschaftlichen Entwicklung vom Beginn der größeren Kooperation, der Verbesserung der Produktionsmittel und -verfahren, der Konzentration, Zentralisation und Mobilisierung der Verfügungsgewalt über die Entwicklungsmittel, der wachsenden Mobilisierung und Qualifizierung der Arbeitskräfte, der Entwicklung der Arbeitsteilung, der Übernahme der Leitung und der Herrschaft durch eine Minderheit, des Abgehängtseins der vielen von der Mitbestimmung durch direkte Gewalt, dann in formeller Freiheit mit der massierten Gewalt im Hintergrund, in einem dialektischen, in viele Widersprüche, auch Rückschläge verwickelten Prozeß gibt der Forschung noch zahlreiche Fragen auf. Das kann jedoch kein Grund sein, von der Analyse abzulassen, es kann nur anspornen, der Analyse noch mehr Scharfsinn, Eifer und auch Geduld zu widmen.

Dabei wird es uns wieder darum gehen, die wirksamen Tendenzen, die Regelmäßigkeiten, die Gesetzmäßigkeiten aufzuspüren. Mit den oben genannten Stichworten sind einige maßgebende Tendenzen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse bereits genannt, Tendenzen, die, wie wir rückblickend feststellen können, letzten Endes unausweichlich waren, wenn der Fortschritt der menschlichen Gesellschaft verwirklicht werden sollte. Überblicken wir aber zugleich den historischen Prozeß, in dem die Realisierung stattfand, so ist von einer strikten, glatten Verwirklichung in keinem Augenblick die Rede. So häufig auch Karl Marx und Friedrich Engels von Gesetzen der gesellschaftlichen Prozesse gleich den Gesetzen in Naturprozessen geschrieben haben, so sicher haben sie eine mechani-

stische simple Auffassung des Vergleichs abgewehrt. Wir sind gezwungen, nach dem tertium comparationis zu suchen. Dabei können wir nicht von dem bewußt gelenkten Naturprozeß in der Retorte ausgehen, auch nicht von dem völlig unbewußten Wirken von Naturgesetzen im Weltall. Unsere Aufmerksamkeit muß sich einerseits auf die Fülle der Zufälligkeiten richten, die durch ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren in jedem konkreten Prozeß, auch dem der geschichtlichen Entwicklung, auftreten. Andererseits sind historische Tendenzen eine Art von Entwicklungszügen, die den Menschen als ein bewußtes Wesen, als ein die Erleichterung der Arbeit, die Umformung seiner Umgebung bewußt suchendes Wesen voraussetzen, also etwas, was es in der gesamten übrigen Natur in dieser Form nicht gibt. Der Grad der Bewußtheit ist dabei sehr unterschiedlich, erstreckt sich von den engsten Aufgaben bis endlich zu den weitesten; eine volle Einsicht in die Entwicklungsmöglichkeiten mit allen ihren vielfältigen Faktoren ist bis heute nicht gegeben, und es bleibt stets der mit mehr oder weniger Einsicht unternommene praktische Versuch als ein nicht zu umgehendes Stadium. Während der Mensch seine Umgebung zu seinen eigenen Gunsten verändert, verändert er zugleich sich selbst; auch dieses Faktum muß in Rechnung gestellt werden. Lassen wir uns von diesen Einsichten bei dem Rückblick auf die Geschichte leiten, so erscheint es als sicher, daß wir den Gang der Geschichte, wie er stattgefunden hat, nicht als unbedingt, als strikt notwendig erklären können, sondern nur als eine der Möglichkeiten, als diejenige, in der sich mit der Menschwerdung gesetzte Tendenzen realisierten, mit vielen Verlusten und Rückschlägen. Die Bezeichnung "klassische Höhepunkte", die ich gebraucht habe, muß daher auch in doppelter Beziehung erläutert werden. Diese Höhepunkte repräsentierten nicht nur jeweils einen besonderen Fortschritt, sondern gelangten auch ohne Verdienst, durch die Gegebenheit besonderer Umstände - in die Lage, ihre Errungenschaften bis zu einem gewissen Grade zu tradieren, und zwar in solche Gebiete, in denen sich weitere günstige Entwicklungsfaktoren einstellten. Beispielsweise konnte die Antike weder aus sich selbst heraus noch auf dem Wege über das seine Verhältnisse umformende Byzanz zum Kapitalismus gelangen, wohl aber konnte der von antiken Errungenschaften sehr stark beeinflusste westeuropäische Feudalismus, von Osten her gefährdet, den Ausweg nach Westen gewinnend, den nächsten welthistorischen Schritt ermöglichen.

Erkennen wir einerseits die Grundtendenzen ökonomischen Fortschritts, andererseits seine Widersprüchlichkeit, seine stete Gefährdung und jeweils prekäre Lage bei der Verwirklichung der allgemeinen Tendenzen, so werden wir in der Beurteilung der Entwicklung aller derjenigen Völker und Staaten, die nicht in die klassischen Höhepunkte einging, sie auch nicht unmittelbar begleitete, sehr bescheiden sein. Meiner Ansicht nach hat es Möglichkeiten gegeben, die nur darum nicht weiterführten, weil bestimmte Zusatzfaktoren zu ihrer Verwirklichung fehlten. Beispielsweise waren die Verhältnisse in China ohne Zweifel jahrhundertlang höher entwickelt als diejenigen des westeuropäischen Feudalismus, dennoch fehlten hier die Anknüpfungschancen für den nächsten Schritt. Die ältamerikanische Entwicklung wurde brutal abgebrochen, ehe sie ihren besonderen Beitrag zur menschlichen Geschichte leisten konnte. Müssen wir die Auffassung von einer strikten glatten Realisierung von Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaften ablehnen, da der überschaubare Teil der Geschichte eine solche Auffassung nicht bestätigt, so werden wir andererseits anerkennen, daß es außerhalb der Linie, die von Vorderasien über die Mittelmeerwelt nach Westeuropa, von da nach Amerika und auf der nächsten Stufe von Osteuropa nach Asien geführt hat, viele Spielarten der Entwicklung geben kann, die wir nun endlich zunehmend kennenlernen, da sie mit ihren Ergebnissen aktiv in die Geschichte der gesamten Menschheit miteintreten. Doch gibt uns der Überblick über die bisherige Geschichte - der sehr bruchstückhafte Überblick, wie wir ihn bis jetzt besitzen - doch die Einsicht in die genannten generellen Tendenzen, die schlechthin in jeder Gruppe der Menschheit gewirkt haben, sofern sie den Stand einer einfachen Kooperation und primitiver Werkzeuge überschritt. Die Vielfalt der Möglichkeiten, Erfolge und Verluste, die dann eintraten, ist nicht ein regelloses Durcheinander, sondern ordnet sich dem gewissenhaften Forscher zu der Einsicht in Entwicklungstendenzen, die, mit der menschlichen Natur gesetzt, sich durch unendlich viele Widerstände durch das Ringen des Menschen um Bewältigung der Natur und Verwirklichung seiner selbst durchgesetzt haben und die weiter durchzusetzen unsere verantwortliche Aufgabe ist.

Der tiefgehende Widerspruch war, wie mir scheint, der, daß die Bewältigung der Natur und die Selbstverwirklichung des Menschen zeitweise in Gegensatz geraten mußten, da der erste Prozeß zu wachsender Wirksamkeit Knechtschaft als Mittel der Realisierung von Organisation und Mobilität verlangte, der zweite Prozeß aber Freiheit

als Ziel und Basis hat. Doch gewinnt der erste Prozeß, die Bewältigung der Natur, letzten Endes nur Sinn, wenn der zweite, die Selbstverwirklichung des Menschen, die Humanisierung gesellschaftlicher Beziehungen, gelingt.

Wie die nachfolgenden Aufsätze wiederum zeigen, geht der Streit der Forscher nicht um die Tatsachen von Herrschaft und Abhängigkeit, nicht um die Tatsache, daß sie direkte und indirekte Formen annehmen können und daß sie in ihren Formen gewechselt haben. Soweit ich sehe, ist auch der alte Irrtum, daß Sklaverei und Lohnarbeit im Grunde dasselbe seien oder Sklaverei etwa rentabler sein könne als Lohnarbeit - falls diese überhaupt zu haben ist -, nicht mehr aktuell; Arbeitskräfte heranschleppen oder kaufen zu müssen, Wirtschaftskraft auf diese Weise darin festzulegen, Arbeitskräfte mit Gewalt festhalten zu müssen und bei Krisen, bei Krankheit nur mit Verlust abstoßen zu können, ist ohne jeden Zweifel unrentabler, als den freien Lohnarbeiter bei Bedarf heranzuziehen. Was die Forschung jetzt beschäftigt, ist vielmehr die Frage der verschiedenartigen Abhängigkeitsverhältnisse, bei denen der Produzent auf dem Lande ansässig bleibt. Ihre Differenzierung ist noch umstritten, weil sie nicht genügend analysiert ist. Damit zusammen hängt die Erscheinung, daß nach der Zurückweisung des Versuchs einer undifferenzierten Zusammenfassung der verschiedenartigsten Perioden vom Boden losgerissener Arbeitskräfte unter dem Motto "Kapitalismus" nun die Neigung besteht, den Begriff des Feudalismus ebenso undifferenziert auszuweiten. Dazwischen lag eine Periode, in der Alter Orient und Antike in nicht differenzierter Weise als Sklavenhaltergesellschaft antiker Form erschienen. Offenbar ist es die zentrale Aufgabe der Forschung, die Abhängigkeitsverhältnisse und die ihnen jeweils entsprechende Form der Verfügungsgewalt über zentralisierte und konzentrierte Konsum- und Entwicklungsmittel genau zu untersuchen und dabei nicht vorzeitig Verallgemeinerungen vorzunehmen, sondern zu diesen nur mit aller Sorgfalt und vor allem auf den Wegen dialektischen Denkens vorzudringen. Wesentlich für eine Gesellschaftsstruktur ist jeweils nicht dasjenige Verhältnis, das durchgängig herrscht - derartige monolithische Formationen sind in reiner Form überhaupt noch nicht zu finden -, sondern dasjenige Verhältnis, das die Entwicklung bestimmt und zur Ausbildung einer spezifischen Struktur führt, und zwar von dem Augenblick an, in dem es maßgeblich zu wirken beginnt. Für Antike, westeuropäischen Feudalismus und Kapitalismus sowie für den Sozialismus ist das bestimmende Verhältnis rela-

tiv leicht herauszukehren. Schwieriger ist die Analyse für den Alten Orient, Altafrika, Altamerika, einmal, weil das Material sich erst jetzt in vollere Maße erschließt, zum zweiten, weil offenbar die Vielfalt der Abhängigkeitsverhältnisse größer ist, ihre Abwandlungen über eine Periode von mindestens 6000 Jahren studiert werden müssen, die eigenen Bezeichnungen zudem inhaltlich nicht immer leicht bestimmt werden können. Vorläufig schließe ich mich der Auffassung an, daß im klassischen - vorantiken - Alten Orient und in Ägypten eine Art von "Hausherrschaft" über ein "Hausvolk" mit vielen in diesem Rahmen sich differenzierenden Verhältnissen bestand, während in der klassischen Antike der private Hausherr zugleich der Alleinherr in ökonomischen Fragen über Sklaven und zusätzliche Tagelöhner, also voll vom Boden losgerissene Kräfte, wurde und in der Form der Republik Teilhaber der souveränen Gewalt war, beides jedoch noch im Rahmen der Verwandtschaftsgruppe, deren Prinzip nie ganz überwunden wurde. Wie mir scheint, besteht kein Zweifel daran, daß innerhalb des Alten Orients, Altafrikas und Altamerikas zahlreiche Tendenzen wirksam waren, die in Richtung der antiken Entwicklung gingen - Auflösung der Dorfgemeinschaft, Sklavereiverhältnisse, Austauschverhältnisse, Städtebildung, privates Eigentum, Beginn der Wissenschaft -, jedoch fanden diese Tendenzen in den Hunderten von souveränen Poleis um das Mittelmeer eine erste besondere Heimstatt und Entwicklungsmöglichkeit in souveränen Gesellschaftsgruppen, einen spezifischen klassischen Höhepunkt, von dem aus der weitere Fortschritt wiederum befruchtet werden konnte.

In den Erdteilen und Gebieten, deren Leben nicht unmittelbar in den Sog der vorderasiatisch-antiken - westeuropäisch-feudalen, kapitalistischen und sozialistischen Entwicklung, Pulsation, Beschleunigung einbezogen wurde, ist die Entwicklung nichtsdestoweniger weitergegangen, abhängig, wie menschliche Entwicklung überhaupt, von den Tendenzen zu Verbesserung der Produktionsmittel und der Organisation, der Mobilisierung und der Qualifizierung der Arbeitskräfte, der diese Tendenzen integrierenden Verknechtung und Befreiung des Menschen, damit zwar in Parallele zu den Spitzenentwicklungen, jedoch unter zahlreichen Modifikationen, Hemmnissen, erstaunlichen Errungenschaften, mit denen nun die menschliche Gesellschaft konfrontiert wird und die in den weiteren gemeinsamen Fortschritt einzubeziehen, eine der wesentlichen Aufgaben der Bereicherung der menschlichen Gesellschaft ist. Hierbei fällt der historischen Wissenschaft aller Länder eine nicht geringe Aufgabe zu.

Wenn ich eingangs meiner Untersuchung die Auffassung vertreten habe, daß die Produktionsverhältnisse nach wie vor als der Knotenpunkt anzusehen sind, von dem aus sich die Struktur einer Gesellschaft entscheidet, so bedeutet das allerdings, daß wir von seiner genauen Analyse und Definition aus weitergehen zu allen damit in Verbindung stehenden Verhältnissen und auch zu den inhaltlichen Bestimmungen der produktiver Kräfte, der Ergebnisse der Produktion und des freien Spiels der Kräfte und Fähigkeiten des Menschen, das sich auf dieser Grundlage entfalten und die Entwicklung weiterzutreiben, helfen kann. Auch von diesem Gesichtspunkt aus steht die Aufgabe vor uns, aus den Periodisierungsfragen heraus in alle spezifischen Formen und materiellen Probleme einer Gesellschaftsstruktur einzudringen. Es mag sein, daß sich aus solchen Untersuchungen gewisse charakteristische Punkte ergeben, beispielsweise des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, die für die Kennzeichnung einer Gesellschaftsstruktur der Definition der Produktionsverhältnisse jeweils noch anzuschließen sind.

# Über die asiatische Produktionsweise <sup>+</sup>

von Eugen Varga

Im Vorwort des Werkes "Zur Kritik der Politischen Ökonomie", diesem kurzen Abriß der Weltgeschichte, schreibt Marx: "In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden."<sup>1</sup>

Es ist klar, daß Marx der asiatischen Produktionsweise eine den späteren Produktionsweisen analoge historische Bedeutung beimißt.

Dessenungeachtet ist der Begriff asiatische Produktionsweise aus unserer marxistischen Literatur verschwunden. Er findet weder in den Lehrbüchern der politischen Ökonomie noch in den Lehrbüchern des Marxismus-Leninismus Erwähnung. In der 51bändigen Großen Sowjet-enzyklopädie gibt es kein Stichwort "Asiatische Produktionsweise". Wir finden auch nirgendwo eine Erklärung, weshalb den Lernenden und den Lesern nichts über diese wichtige Frage der marxistischen Lehre gesagt wird. Sie wird einfach mit Stillschweigen übergangen, sie ist verurteilt und vergessen.

Eine Abkehr von dieser Marxschen These wäre in zwei Fällen gerechtfertigt:

- a) Wenn es sich bei dieser These um eine zufällige Bemerkung handelte, die Marx später nicht mehr aufgegriffen und von der er sich selbst stillschweigend distanziert hätte. Wie im folgenden zu zeigen sein wird, ist dies in bezug auf die asiatische Produktionsweise jedoch keineswegs der Fall.

+ Übersetzung aus Varga, E., Očerki po problemam politékonomii kapitalizma (Skizzen zu Problemen der Politökonomie des Kapitalismus), Moskau 1964, S. 358 - 382.

<sup>1</sup> Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 9.

b) Wenn sich diese Konzeption von Marx als fehlerhaft erwiesen hätte. Marx war nicht unfehlbar. Er wies selber voller Empörung Behauptungen von seiner Unfehlbarkeit zurück. Vor mehr als hundert Jahren definierte er mit dem Scharfblick des Genies den historischen Übergangscharakter des Kapitalismus, und dies zu einer Zeit, als der Kapitalismus noch eine ganze Periode ständiger Entwicklung vor sich hatte und die Arbeiterbewegung erst ihre ersten Schritte tat. Seine Vorstellung von einem gleichzeitigen Zusammenbruch des Kapitalismus in den industriell entwickelten Ländern Europas und von der Zeitspanne dieses Zusammenbruchs hat sich nicht bewahrheitet.

Aber er irrte sich sehr selten: Die oben erwähnten Fälle beziehen sich auf Einzelheiten der künftigen Entwicklung und nicht auf die Analyse vollendeter Tatsachen. Die äußerst große Rolle, die die Lehre von Marx bei der Formierung unseres heutigen wissenschaftlichen Denkens, unserer ganzen Weltanschauung spielt, und die Seltenheit der Fälle, in denen sich Marx irrte, erfordern, daß man sich von einer seiner Theorien nur dann abwendet, wenn eine sorgfältige Analyse seitens kompetenter Marxisten vorausgegangen ist. Wie im folgenden gezeigt wird, ist dies im vorliegenden Fall nicht geschehen.

Üblicherweise müßte der lernenden Jugend unbedingt erläutert werden, weshalb die Marxsche Lehre von der asiatischen Produktionsweise keine Beachtung mehr findet. Es ist uns nicht bekannt, was unsere Professoren für Marxismus-Leninismus ihren Studenten und Hörern antworten, wenn einer von ihnen die Frage stellt, weshalb die These von der asiatischen Produktionsweise totgeschwiegen wird. Wahrscheinlich sagen sie dasselbe, was mir ein Orientalist aus der Kommunistischen Internationale vor dreißig Jahren sagte: "Marx verstand unter asiatischer Produktionsweise eine 'asiatische Spielart des Feudalismus'.". Ich erwiderte ihm darauf empört, Marx habe seine Gedanken hervorragend in Worte zu kleiden gewußt; wenn er unter asiatischer Produktionsweise eine Spielart des Feudalismus verstanden hätte, so hätte er das auch gesagt.

Überdies spricht Marx bei der Aufzählung der einander folgenden "historischen Epochen" der Menschheit von der asiatischen, der antiken, der feudalen und der modern bürgerlichen Epoche. Hätte er unter asiatischer Produktionsweise eine "Spielart" des Feudalismus verstanden, so hätte die Abfolge der Epochen bei ihm anders ausgesehen: antike, feudale, asiatische Produktionsweise. Auch aus Bemerkungen,

die er an anderer Stelle machte, läßt sich schlußfolgern, daß er den historischen Platz der asiatischen Produktionsweise vor der Sklavenhalterperiode sah.

Kommen wir nun zum Wesen der Frage.

Marx hat nicht nur einmal den Gedanken geäußert, daß sich die asiatische Produktionsweise prinzipiell von allen anderen Produktionsweisen unterscheidet. Die Frage nach den Besonderheiten der asiatischen Gesellschaft interessierte ihn (und auch Engels) vom Beginn seiner wissenschaftlichen Tätigkeit bis zu seinem Tod. Wir wollen hier nicht alle Stellen aus seinen Werken zitieren, die sich auf dieses Problem beziehen: Das würde zu viel Platz beanspruchen. Außerdem vermitteln Zitate, wenn sie aus dem Zusammenhang herausgerissen werden, oft ein falsches Bild von Marx' Gedankengängen. Wir werden im folgenden aus Arbeiten zitieren, die in den verschiedensten Abschnitten seines Lebens geschrieben wurden, und zwar um zu zeigen, daß der Begriff asiatische Produktionsweise ein Bestandteil seiner ökonomischen Lehre ist.

1857. In der Einleitung des Werkes "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" heißt es: "So kam die bürgerliche Ökonomie erst zum Verständnis der feudalen, antiken, orientalen, sobald die Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft begonnen."<sup>2</sup>

Im übrigen spricht Marx, je nach Zusammenhang, von **a s i a t i - s c h e r** oder auch **o r i e n t a l i s c h e r** Gesellschaft, wie aus den folgenden Beispielen hervorgeht.

1853 schreibt Marx: "Klimatische und territoriale Verhältnisse, besonders die weiten Wüstenstriche, die sich von der Sahara quer durch Arabien, Persien, Indien und die Tatarei bis an das höchste asiatische Hochland ziehen, bedingten künstliche Berieselung durch Kanäle und Wasserwerke, die Grundlage der orientalischen Landwirtschaft... Die unbedingte Notwendigkeit einer sparsamen und gemeinschaftlichen Verwendung des Wassers ... machte ... das Eingreifen einer zentralisierenden Staatsgewalt erforderlich. Hierdurch wurde allen asiatischen Regierungen eine ökonomische Funktion zugewiesen, die Funktion, für öffentliche Arbeiten zu sorgen."<sup>3</sup> Weiter spricht er dann davon, daß ausgedehnte, einst blühende Landstriche in Ägypten, im Jemen, in Persien und Hindustan, heute wüst und öde sind,

2 Ebenda, S. 637.

3 Ebenda, Bd. 9, Berlin 1960, S. 129.

weil die Regierungen nicht ihre Funktion erfüllten: die Organisation der gesellschaftlichen Bewässerung.

Aus diesen Äußerungen von Marx geht folgendes völlig klar hervor:

1. Der Begriff "asiatische Produktionsweise" ist nicht geographisch zu verstehen, denn er umfaßt auch weite Gebiete Afrikas. Deshalb verwendet Marx von Zeit zu Zeit neben dem Begriff "asiatische Gesellschaft" auch den Begriff "orientalische Gesellschaft".
2. Den Begriff asiatische Produktionsweise wandte Marx nicht auf ganz Asien an, sondern nur auf diejenigen Gebiete, in denen die Niederschlagsmengen nicht für die landwirtschaftliche Produktion ausreichten. Hieraus folgt, daß es unsinnig wäre, wollte man versuchen, die Frage der asiatischen Produktionsweise lediglich auf Grund der Bedingungen Chinas zu klären, wie es unsere Sinologen taten. In den meisten Gebieten Chinas reichen die Niederschlagsmengen nämlich für eine Landwirtschaft ohne Bewässerung; besonders gilt dies für frühere Zeiten, als die Bevölkerungsdichte noch nicht so groß war, daß zur Hebung der Ernteerträge Bewässerungen notwendig gewesen wären.

In jenen Jahrzehnten, als Marx am "Kapital" arbeitete, kam er, wie auch Engels im "Anti-Dühring", immer wieder auf die Frage nach den Besonderheiten der asiatischen Ökonomik zurück. Hier einige Beispiele.

"Wenn andererseits die Naturalform der Grundrente, in Asien zugleich das Hauptelement der Staatssteuer, dort auf Produktionsverhältnissen beruht, welche sich mit der Unwandelbarkeit von Naturverhältnissen reproduzieren, erhält jene Zahlungsform rückwirkend die alte Funktionsform."<sup>4</sup>

Marx wiederholt diese Thesen mehrmals im dritten Band des "Kapital".

"Der unmittelbare Produzent befindet sich hier ... im Besitz seiner eignen Produktionsmittel ... er betreibt seinen Ackerbau wie die damit verknüpfte ländlich-häusliche Industrie selbständig ... Unter diesen Bedingungen kann ihnen die Mehrarbeit für den nominellen Grundeigentümer nur durch außerökonomischen Zwang abgepreßt werden,

<sup>4</sup> Ebenda, Bd. 23, Berlin 1962, S. 155.

welche Form dieser auch immer annehme ... Sind es nicht Privatgrundeigentümer, sondern ist es wie in Asien der Staat, der ihnen direkt als Grundeigentümer und gleichzeitig Souverän gegenübertritt, so fallen Rente und Steuer zusammen, oder es existiert vielmehr dann keine von dieser Form der Grundrente verschiedene Steuer ... Der Staat ist hier der oberste Grundherr. Die Souveränität ist hier das auf nationaler Stufe konzentrierte Grundeigentum. Dafür existiert dann aber auch kein Privatgrundeigentum, obgleich sowohl Privat- wie gemeinschaftlicher Besitz und Nutznießung des Bodens."<sup>5</sup>

Er untersucht ausführlich die Bedingungen in Asien und analysiert die Arbeitsrente. Besonders unterstreicht er den außerökonomischen Zwang in Indien.

Hier wird eine Besonderheit der asiatischen Produktionsweise klar erläutert.

Sowohl Marx als auch Engels gehen in ihren Werken wiederholt auf die asiatische Produktionsweise ein. Engels schreibt im "Anti-Dühring": "Wie viele Despotien auch über Persien und Indien auf- oder untergegangen sind, jede wußte ganz genau, daß sie vor allem die Gesamtunternehmerin der Berieselung der Flußtäler war, ohne die dort kein Ackerbau möglich."<sup>6</sup>

Engels bestreitet kategorisch die Existenz einer feudalen Produktionsweise im Asien des Altertums: "Erst die Türken haben im Orient in den von ihnen eroberten Ländern eine Art grundherrlichen Feudalismus eingeführt."<sup>7</sup> Zur Untermauerung dieser These führt er folgende Tatsache an: "Im ganzen Orient, wo die Gemeinde oder der Staat Grundeigentümer ist, fehlt sogar das Wort Grundherr in den Sprachen, worüber sich Herr Dühring bei den englischen Juristen Rats erholen kann, die sich in Indien ebenso umsonst mit der Frage abquälten: wer ist Grundeigentümer?"<sup>8</sup>

Es erübrigt sich, weitere Auszüge aus den Werken von Marx und Engels anzuführen: Der Text des ständigen Briefwechsels zwischen ihnen, der bis zum Tode von Marx geführt wurde, zeugt davon, wie sehr sie an der Frage der verschiedenen vorkapitalistischen Entwicklungsformen und Produktionsweisen interessiert waren. Aber nirgends fin-

5 Ebenda, Bd. 25, Berlin 1964, S. 798 f.

6 Ebenda, Bd. 20, Berlin 1962, S. 167.

7 Ebenda, S. 164.

8 Ebenda, S. 163 f. - Akademiemitglied N. N. Konrad, eine große Autorität auf dem Gebiet der orientalischen Sprachen, bejahte meine Frage, ob diese Feststellung von Engels zutreffe.

den wir eine Andeutung, daß sie an der Richtigkeit der These von der asiatischen Produktionsweise zweifelten.<sup>9</sup>

Vielleicht aber lehnte Lenin den Begriff asiatische Produktionsweise ab? Keinesfalls! Wir finden in seinen Werken nirgends einen Anhaltspunkt dafür. Im Gegenteil, er erkannte die Existenz der asiatischen Produktionsweise an.

In einer seiner ersten Arbeiten, "Was sind die 'Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?", zitiert er die betreffende Stelle aus dem Vorwort des Werkes "Zur Kritik der Politischen Ökonomie", und zwar völlig zustimmend.<sup>10</sup> Dasselbe gilt für Lenins späteren Artikel "Karl Marx".<sup>11</sup> Mehr noch, Lenin schloß sogar die Möglichkeit nicht aus, daß es auch in Rußland eine asiatische Produktionsweise gegeben habe. Gegen Plechanov polemisierend, der die Nationalisierung des Bodens als einen Schritt zurück betrachtete, weil sie bereits in der "Moskauer Ruß" existiert habe, schrieb Lenin:

"Insofern es im Moskauer Reich (oder: wenn es im Moskauer Reich) eine Nationalisierung des Grund und Bodens gab, war ihre ökonomische Grundlage die asiatische Produktionsweise. Indessen hat sich in Rußland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die kapitalistische Produktionsweise gefestigt, und im 20. Jahrhundert ist sie zur unbedingt vorherrschenden geworden... Die auf asiatischer Produktionsweise beruhende Nationalisierung hat er (Plechanov - E. V.) mit der auf kapitalistischer Produktionsweise beruhenden Nationalisierung in einen Topf geworfen... Ein Genosse ... erklärte in seiner Rede (auf dem Vereinigungsparteitag der SDAPR - d. Übers.), bei der 'Restauration', mit der uns Plechanov ins Bockshorn zu jagen gedachte, sei reinweg nichts herausgekommen. Aus den Prämissen seiner Argumentation ergebe sich eine Restauration des Moskauer Rus-

<sup>9</sup> Ein Gegner der Auffassung von der Existenz der asiatischen Produktionsweise in der Vergangenheit erklärte, Marx und Engels hätten sich selber davon losgesagt, da sie den Terminus, außer im Vorwort des Werkes "Zur Kritik der Politischen Ökonomie", nirgends mehr verwendet hätten. Das ist eine Pedanterie, die mit dem Marxismus nichts gemein hat. Für ein und denselben Begriff benutzte Marx verschiedene Termini, je nachdem, von welchem Gesichtspunkt aus er ihn charakterisierte. Im "Kapital" finden wir die Bezeichnungen "kapitalistische Produktionsweise", "Kapitalismus", "kapitalistische Gesellschaft", "kapitalistische Gesellschaftsordnung" usw. Sie alle bedeuten ein und dasselbe.

<sup>10</sup> Siehe Lenin, W. I., Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 129.

<sup>11</sup> Siehe ebenda, Bd. 21, Berlin 1960, S. 44.

sischen Reiches, d. h. eine Restauration der asiatischen Produktionsweise, d. h. glatter Unsinn in der Epoche des Kapitalismus." <sup>12</sup>

Die Gegner der asiatischen Produktionsweise versuchten, diese Worte Lenins als Leugnung der Marxschen These auszulegen. Das ist jedoch völlig irrig. Lenin lehnt hier in keiner Weise die asiatische Produktionsweise als solche ab: Er bezweifelt lediglich, daß diese Produktionsweise in der Moskauer Ruß existierte (übrigens mit vollem Recht, denn in diesem Falle fehlte ein wesentliches Element der asiatischen Produktionsweise - die vom Staat in riesigem Maßstab durchgeführte Irrigation).

Und schließlich besitzen wir die Randbemerkungen Lenins in seinem unlängst veröffentlichten Konspekt zum Briefwechsel zwischen Marx und Engels. Eine dieser Bemerkungen lautet: " ' S c h l ü s s e l ' zu den E r s c h e i n u n g e n des Orients - kein P r i - v a t g r u n d e i g e n t u m . " "Der gesamte Grund und Boden = Eigentum des Staatsoberhauptes." <sup>13</sup>

"Die asiatischen Dörfer sind abgeschlossen, erhalten sich selbst (Naturalwirtschaft) - G r u n d l a g e der asiatischen Ordnung + public works der Zentralregierung." <sup>14</sup>

Die Ablehnung der asiatischen Produktionsweise und ihre Umwandlung in eine "asiatische Spielart des Feudalismus" waren das Ergebnis von Diskussionen, die in den Jahren 1930/31 in Tbilissi und Leningrad geführt wurden. Dies geschah jedoch in sehr unklarer und unbestimmter Form. In einer redaktionellen Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse von Tbilissi heißt es: "Die Eigenart der asiatischen Länder ist während des ganzen Verlaufs ihrer Geschichte außerordentlich groß. In gewissem Sinne schafft sie eine besondere Struktur des Feudalismus, die man asiatische Produktionsweise nennen kann." <sup>15</sup>

Eine analoge Formulierung finden wir in dem offiziellen Schlußwort von M. Godes zur Diskussion in Leningrad: "... wir ziehen es vor,

12 Ebenda, Bd. 10, Berlin 1958, S. 332 f.

13 Derselbe, Konspekt zum "Briefwechsel zwischen Karl Marx und Friedrich Engels 1844 - 1883", Berlin 1963, S. 303.

14 Ebenda, S. 307.

15 Ob aziatskom sposobe proizvodstva (Über die asiatische Produktionsweise), Leningrad 1930, S. 14.

von einem spezifischen Feudalismus im Orient und nicht von einer asiatischen Produktionsweise zu sprechen."<sup>16</sup>

Die große und äußerst lebhaft diskutierte Diskussion erwies sich als unfruchtbar für die Wissenschaft. Wenn die Auseinandersetzung nur darum geht, ob es zweckmäßig ist, eine bestimmte Produktionsweise "asiatische Produktionsweise" oder "asiatische Variante des Feudalismus" zu nennen, so ist das vom wissenschaftlichen Standpunkt aus gesehen viel Lärm um nichts. Die Bezeichnung ändert nichts am Wesen der Frage.

Versuchen wir, uns in dem Gewirr der Gedanken und Äußerungen dieser Diskussionen zurechtzufinden. Ich möchte dabei noch einmal betonen, daß die echten Marxisten bei aller Hochachtung vor Marx dessen Werke niemals als Dogma betrachtet haben. Wenn neue Fakten Veränderungen an den Thesen von Marx erfordern, so entspricht das völlig dem Geist des Marxismus. Aber solche Veränderungen müssen gut begründet sein.

Ist die Leugnung der asiatischen Produktionsweise als einer selbständigen, die sich von allen übrigen Produktionsweisen unterscheidet, überzeugend begründet? Unseres Erachtens nicht.

Die Leugnung der asiatischen Produktionsweise wäre aus zwei verschiedenen Gründen gerechtfertigt:

a) Vom theoretischen Standpunkt aus: wenn die Besonderheiten der Gesellschaft in einer Reihe orientalischer Länder, auf deren Grundlage Marx die asiatische Produktionsweise als selbständige, von allen übrigen vorkapitalistischen Produktionsweisen, darunter auch dem Feudalismus, sich unterscheidende Erscheinung abhob, nicht ausreichten und diese Abhebung daher ungerechtfertigt wäre.

b) Vom konkret-historischen Standpunkt aus betrachtet: wenn nachgewiesen würde, daß es in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft kein Volk gegeben hat, das unter den Bedingungen lebte, die Marx als asiatische Produktionsweise charakterisierte.

Völlig unzulässig ist die Behauptung oder Andeutung, Marx (und Engels) hätte sich unter dem von ihm formulierten

<sup>16</sup> Diskussija ob aziatskom sposobe proizvodstva (Die Diskussion über die asiatische Produktionsweise), hg. v. d. Gesellschaft marxistischer Orientalisten, Moskau/Leningrad 1931, S. 170.

etwas anderes vorgestellt, das heißt, Marx und Engels hätten ihre eigene Lehre ungenügend verstanden, wie es in der Diskussion nicht selten zum Ausdruck kam.

Unserer Meinung nach waren die Teilnehmer der Diskussion, die in einem engen Kreis von Orientalisten stattfand, nicht kompetent genug zur Lösung der theoretischen Frage. Bei den Diskussionen waren im wesentlichen Orientalisten, vor allem Sinologen und Historiker, vertreten. Nicht einer der bekannten und kompetenten marxistischen Philosophen oder marxistischen Ökonomen nahm daran teil. Waren die Orientalisten kompetent genug für die Lösung der konkret-historischen Frage? Wir wissen es nicht, aber wir haben in dieser Hinsicht unsere Zweifel.<sup>17</sup>

Die Hauptursache des Wirrwarrs der Diskussion lag unseres Erachtens darin, daß viele Teilnehmer zwar oft Marx zitierten, dessenungeachtet aber die marxistische dialektische Methode nicht begriffen.

Als Beispiel kann das Buch von G. Dubrovskij<sup>18</sup>, einem der Hauptgegner der asiatischen Produktionsweise, angeführt werden.

Dubrovskij ist ein sehr "tapferer" Mensch. Er unterzieht die Marx'sche Lehre von den Produktionsweisen einer grundlegenden Revision. Von den Produktionsweisen, die Marx als "progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation" bezeichnete, läßt er nur gelten: die antike (Sklavenhaltergesellschaft) und die kapitalistische. Die asiatische Produktionsweise lehnt er gänzlich ab, aus der feudalen macht er zwei Produktionsweisen: die feudale und die "Leibeigenschafts"-Gesellschaft; er führt eine "Wirtschaft von Kleinproduzenten" als besondere Produktionsweise ein und verkündet innerhalb des Sozialismus drei besondere Produktionsweisen: die "Wirtschaft der Übergangsepoche - der Epoche der Diktatur des Proletariats", die "sozialistische Wirtschaft" und die "Wirtschaft der Epoche des Weltkommunismus".<sup>19</sup> Alles in allem zehn Formationen und Produktions-

17 Die Diskussion bewegte sich hauptsächlich um die Frage, ob es in China eine asiatische Produktionsweise gegeben habe und welche Überreste sich davon erhalten oder nicht erhalten haben. Nicht wenige von den Hauptgegnern der asiatischen Produktionsweise verstanden jedoch die chinesische Sprache nicht und konnten keine Hieroglyphen lesen.

18 Siehe Dubrovskij, G., *к вопросу о сущности "азиатского" способа производства, феодализма, крепостнищества и торгового капитала* (Zur Frage nach dem Wesen der "asiatischen" Produktionsweise, des Feudalismus, der Leibeigenschaft und des Handelskapitals), Moskau 1929.

19 Ebenda, S. 17 ff.

weisen. Lenins Bemerkungen mißverstehend oder mißdeutend, erklärt er, Marx habe nur die kapitalistische, nicht aber die vorangegangenen Produktionsweisen erfaßt.

Dieser ganze Unsinn wurde mit Recht von unseren Historikern abgelehnt. Jedem, der auch nur ein bißchen Ahnung von Geschichte hat, ist klar, daß der Feudalismus und die "Leibeigenschaft" in Europa eng miteinander verflochten waren<sup>20</sup> und zum Teil einander zeitweilig abwechselten.

Marx schreibt: "Soweit die Produktenrente herrschende ... Form der Grundrente ist, wird sie stets noch mehr oder minder begleitet von Überbleibseln der frühern Form, d. h. von Rente, die direkt in Arbeit abzutragen ist, also mit Fronarbeit, und dies gleichmäßig, ob der Grundherr eine Privatperson oder der Staat sei."<sup>21</sup>

Hinsichtlich der "Wirtschaft der kleinen Warenproduzenten" zitiert Dubrovskij Marx; dabei geht aus dem Zitat selber hervor, daß man sie in den verschiedensten Epochen der Weltgeschichte antrifft: sowohl im Altertum als auch im Kapitalismus, das heißt i n n e r - h a l b der verschiedensten Produktionsweisen, und deshalb kann sie keine besondere Produktionsweise schaffen.

Dubrovskijs Thesen wurden verworfen, aber die Grundlage seiner ganzen fehlerhaften Konzeption ist nirgends gründlich kritisiert worden. Ihre Grundlage ist ein völliges Unverständnis für die Dialektik. Für ihn ist A immer A, B immer B. Er kann nicht begreifen, daß eine Erscheinung, vom einen Standpunkt aus betrachtet, A darstellt, vom andern aus dagegen B. Das ausgezeichnete Beispiel vom Glas, mit dem Lenin Bucharin die Dialektik zu erklären versuchte, hat auf ihn anscheinend keine Wirkung gehabt. Man kann noch ein anderes Beispiel anführen. Gold ist immer Gold. Aber im Bergbau bedeutet Gold Erz, in der Metallurgie Metall, in der Chemie ein Element, für den Juwelier ist es Rohstoff, für den Kaufmann Anhäufung von Reichtum, für die Warenwirtschaft Maß des Wertes, für den Kapitalismus Weltgeld und für die Emissionsbank Deckung der ausgegebenen Banknoten. Es ist immer ein und dasselbe Gold und doch gleichzeitig bei weitem nicht ein und dasselbe.

<sup>20</sup> In Ungarn z. B. mußten die Bauern nach der Niederwerfung des großen Bauernaufstandes vom Jahre 1515 drei Tage in der Woche auf dem Grund und Boden des Gutsherrn arbeiten, ein Neuntel der Ernte an ihn und ein Zehntel der Ernte an die katholische Kirche abliefern.

<sup>21</sup> Marx/Engels, Werke, Bd. 25, a. a. O., S. 802 f.

Der Ausgangspunkt des Fehlers von Dubrovskij ist eine unrichtige, undialektische Auffassung von der bekannten Stelle aus dem Vorwort des Werkes "Zur Kritik der Politischen Ökonomie", in dem es heißt: "Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten."<sup>22</sup>

Für jeden Marxisten ist es klar, daß Produktionsverhältnisse und Eigentumsverhältnisse, auch von verschiedenen Seiten her betrachtet, ein und dasselbe sind.

Diese Äußerung von Marx wird von G. Dubrovskij und auch von E. Iolk und einigen anderen Gegnern der asiatischen Produktionsweise mit einem absoluten Unverständnis für die Dialektik ausgelegt. "Juristisch" bezieht sich auf den ideologischen Überbau - deshalb sind die Eigentumsverhältnisse, so behaupten sie, kein Bestandteil der ökonomischen Basis; sie haben nichts mit den Produktionsverhältnissen gemein. "Es ist völlig klar", behauptet Dubrovskij, "daß die Eigentumsverhältnisse und insbesondere die Bodenbeziehungen nicht die ökonomische Basis, sondern Überbauerscheinungen sind..."<sup>23</sup>

Er wiederholt dies in seinem Buch mehrmals. Unfähig zu begreifen, daß zwei verschiedene Dinge eine Einheit ergeben können und daß Produktionsverhältnisse und Eigentumsverhältnisse ein und dasselbe darstellen, schreibt er: "Die angeführten Zitate ändern jedoch nichts an dem grundlegenden Leitsatz von Marx und Engels, daß nicht die Eigentumsformen die Produktionsweise bestimmen, sondern umgekehrt sie selber von der Produktionsweise und von den Produktionsverhältnissen bestimmt werden."<sup>24</sup> Mehr noch, er erklärt: "... keinem Marxisten ist es in den Sinn gekommen, die Produktionsweise aus der Eigentumsform zu erklären..."<sup>25</sup>

Selten begegnet man einem größeren Irrtum! Zunächst reißt er alles auseinander, was ein einheitliches Ganzes darstellt, und dann erklärt er, daß das eine und das andere nichts miteinander gemein haben.

22 Ebenda, Bd. 13, a. a. O., S. 9.

23 Dubrovskij, G., a. a. O., S. 27.

24 Ebenda, S. 142.

25 Ebenda, S. 143.

Marx schreibt: "Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten - ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht -, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion ... finden."<sup>26</sup>

Das bedeutet, daß die Entwicklung der Produktivkräfte die Produktionsweise und die mit ihr ein einheitliches Ganzes bildenden Eigentumsverhältnisse bestimmt. In den vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen bestimmten die Eigentumsverhältnisse die Verhältnisse der Herrschaft und der Unterordnung.

Marx schreibt: "Es ist ... klar, daß in allen Formen, worin der unmittelbare Arbeiter 'Besitzer' der zur Produktion seiner eignen Subsistenzmittel notwendigen Produktionsmittel und Arbeitsbedingungen bleibt, das Eigentumsverhältnis zugleich als unmittelbares Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis auftreten muß..."<sup>27</sup>

Die Produktivkräfte, die Eigentumsverhältnisse, die Verhältnisse der Herrschaft und der Unterordnung sind also bei Marx dialektisch mit der Produktionsweise vereinigt.

Versuchen wir, dies auf einfachste Weise zu erklären. Für jeden Menschen mit normalem Verstand muß folgendes klar sein:

Wenn der Grund und Boden und das Wasser nicht S t a a t s e i g e n t u m gewesen wären, sondern dem unmittelbaren Produzenten der materiellen Güter gehört hätten, so hätte es keine asiatische Produktionsweise geben können.

Wenn außer den Produktionsmitteln nicht auch die Produzenten der materiellen Güter selber E i g e n t u m d e s S k l a v e n h a l t e r s gewesen wären, hätte es keine antike Produktionsweise geben können.

Wenn der Grund und Boden nicht E i g e n t u m d e s F e u d a l e n und die unmittelbaren Produzenten der materiellen Güter nicht von ihm abhängige Bauern (Leibeigene) gewesen wären, hätte es keine feudale Produktionsweise geben können.

<sup>26</sup> Marx/Engels, Werke, Bd. 25, a. a. O., S. 799 f.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 798.

Wenn die Produktionsmittel nicht Eigentum des Kapitalisten und die Arbeiter nicht ihrer beraubt wären, könnte es keine kapitalistische Produktionsweise geben.

Der Fehler von G. Dubrovskij, E. Iolk und anderen ist um so bemerkenswerter, als sie mit eigenen Augen die Geburt der sozialistischen Produktionsweise gesehen haben. Sie mußten sehen, daß der Sturz der politischen Macht der Bourgeoisie allein noch nicht ausreichte, daß es notwendig war, das Eigentum der Bourgeoisie in Gestalt der Produktionsmittel zu konfiszieren und diese aus Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln, um die Grundlagen der sozialistischen Produktionsweise zu legen. Man muß schon im wahrsten Sinne des Wortes jeden gesunden Menschenverstand verloren haben, um behaupten zu können, daß die Eigentumsform nichts mit der Produktionsweise zu tun habe!

Wir möchten noch Klarheit in einige wichtige Thesen zur Frage der Kategorie "Produktionsweise" bringen.

1. Der Ausdruck "Produktionsweise" ist eine wissenschaftliche Abstraktion, Extrakt und Summierung der entscheidenden Kennzeichen der gesellschaftlichen Produktion. In reiner Form hat es sie in der Wirklichkeit nie gegeben. "Es handelt sich hier nur um große, allgemeine Charakterzüge, denn abstrakt strenge Grenzlinien scheiden ebensowenig die Epochen der Gesellschafts- wie die der Erdgeschichte."<sup>28</sup>
2. Die Produktionsweisen sind nicht unveränderlich. Im Laufe des historischen Prozesses befinden sie sich im Zustand ständiger Veränderung. Hauptursache ist die Entwicklung der Produktivkräfte, die auf einer bestimmten Stufe die Grundlagen der bestehenden Produktionsweise untergräbt und in ihrem Schoße<sup>29</sup> die Keime der kommenden Produktionsweise entstehen läßt, welche letzten Endes zur herrschenden wird. Gerade diesen ständigen Veränderungen stellte Marx die - natürlich nicht absolute - Beständigkeit der asiatischen, insbesondere der indischen Wirtschaftsformen gegenüber.

28 Ebenda, Bd. 23, a. a. O., S. 391.

29 Eine Ausnahme bildet die sozialistische Produktionsweise; in der kapitalistischen Ordnung entstehen nur die Voraussetzungen für den Übergang zu sozialistischen Verhältnissen, aber die sozialistische Produktion selber ist nicht im Rahmen des Kapitalismus möglich.

Neben der Entwicklung der Produktivkräfte spielen noch andere Faktoren, vor allem die Gewalt eine bestimmte Rolle. Der Einfall der germanischen Stämme in das römische Imperium beschleunigte den Übergang von der Sklavenhalter- zur Feudalordnung; die europäischen Kolonisatoren schufen in Amerika eine neue, auf Sklavenarbeit beruhende kapitalistische Wirtschaft; die Eroberung Indiens durch England zerstörte die ökonomische Ordnung Indiens oder beschleunigte ihren Zerfall usw.

Im Zusammenhang mit der für den Kapitalismus charakteristischen Teilung der Gesellschaft in Geld- und Warenbesitzer auf der einen Seite und Arbeiter auf der andern schreibt Marx: "Es (dieses Verhältnis - d. Übers.) ist offenbar selbst das Resultat einer vorhergegangenen historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischen Umwälzungen, des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion."<sup>30</sup>

Aber mit diesen ununterbrochenen historischen Veränderungen ist dialektisch die historische Einheit verflochten, eine logische Folgerung, wenn jede neue Produktionsweise, zur herrschenden geworden, mit denjenigen Produktivkräften beginnen muß, die von der früher herrschenden Produktionsweise geschaffen wurden.

Letzten Endes bestehen nicht nur im gesamten Weltmaßstab, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder neben der herrschenden Produktionsweise Überreste der früheren und Keime der folgenden, später herrschenden Produktionsweise.

"Die bürgerliche Gesellschaft ist die entwickeltste und mannigfaltigste historische Organisation der Produktion. Die Kategorien, die ihre Verhältnisse ausdrücken, das Verständnis ihrer Gliederung, gewährt daher zugleich Einsicht in die Gliederung und die Produktionsverhältnisse aller der untergegangnen Gesellschaftsformen, mit deren Trümmern und Elementen sie sich aufgebaut, von denen teils noch unüberwundene Reste sich in ihr fortschleppen, bloße Andeutungen sich zu ausgebildeten Bedeutungen entwickelt haben usw."<sup>31</sup>

Das gilt auch für die heutige Epoche des Monopolkapitalismus. Nach der Befreiung der Mehrheit der Völker Schwarz-Afrikas von kolonialer Abhängigkeit stellte sich heraus, daß sich in einer Reihe von

30 Marx/Engels, Werke, Bd. 23, a. a. O., S. 183 (meine Hervorhebung - E. V.).

31 Ebenda, Bd. 13, a. a. O., S. 636.

Fällen die alte Stammesordnung fast ohne jede Veränderung erhalten hatte. In Süddeutschland, in Österreich und in der Schweiz haben sich bis heute Überreste des früheren germanischen Gemeineigentums am Boden in Form der Gemeindeweiden und -wälder erhalten, die von den ortsansässigen Bauern gemeinsam genutzt werden. Und in den portugiesischen Kolonien, wo der Staat die Arbeiter für den Erzbergbau in Rhodesien zwangsweise "wirbt", besteht noch eine kaum verhüllte Sklaverei. In Saudi-Arabien wurde die Sklaverei erst am 6. November 1962 offiziell abgeschafft. Faktisch besteht sie jedoch noch bis heute. In der östlichen Türkei, wo einzelne Gutsbesitzer über fünfhundert Dörfer herrschen, gibt es einen fast klassischen Feudalismus. Starke Überreste des Feudalismus haben sich auch in Süditalien erhalten, während im Norden des Landes der Monopolkapitalismus zu voller Entfaltung kam - und das ungeachtet der Tatsache, daß Italien territorial gesehen kein großes Land ist.

Es gibt und gab niemals "reine" Produktionsweisen; sie alle befinden sich in einem Prozeß ständiger Veränderung. Neben der herrschenden bestehen immer Überreste der früheren und Keime der kommenden Produktionsweise (mit Ausnahme des Sozialismus).

2. Alle Gesellschaften, in denen es antagonistische Klassen gibt, beruhen - unabhängig von der betreffenden Produktionsweise - auf der Ausbeutung des unmittelbaren Produzenten der materiellen Güter. Marx spricht davon, daß überall dort, wo ein Teil der Gesellschaft das Monopol für die Produktionsmittel besitzt, der unmittelbare Arbeiter freiwillig oder gezwungenermaßen die Existenzbedingungen für den Eigentümer der Produktionsmittel produzieren muß.

Das gilt auch für die asiatische Produktionsweise, wenn in diesem Falle auch der Staat Eigentümer des entscheidenden Produktionsfaktors - des Bodens - war. "... so dürfen wir doch darüber nicht vergessen", sagt Marx, "daß diese idyllischen Dorfgemeinschaften, so harmlos sie auch aussehen mögen, seit jeher die feste Grundlage des orientalischen Despotismus gebildet haben... Wir dürfen nicht vergessen, daß diese kleinen Gemeinwesen durch Kastenunterschiede und Sklaverei befleckt waren..."<sup>32</sup>

32 Ebenda, Bd. 9, a. a. O., S. 132.

4. In allen Gesellschaften mit antagonistischen Klassen ist ein ständiger Klassenkampf im Gange.

5. Alle vorkapitalistischen Produktionsweisen basieren zum überwiegenden Teil auf der Produktion für die eigenen Bedürfnisse des unmittelbaren Produzenten und des Ausbeuters - des Besitzers der Produktionsmittel; nur ein sehr unbedeutender Teil der Produktion nimmt Warenform an. Abgesehen von dem niedrigen allgemeinen Entwicklungsstand der Produktivkräfte spielte hierbei das Fehlen von Landtransportmitteln zur Beförderung von Massengütern eine große Rolle. Das einzige Transportmittel war das Lasttier. Die Beförderung von Massengütern war nur auf dem Wasserwege möglich, aber auch hier standen nur Fahrzeuge geringen Umfanges und ohne mechanischen Antrieb zur Verfügung. Flußaufwärts mußten sie von Menschen oder Tieren gezogen werden.

Als Bilanz kann man folgendes sagen. Historisch gesehen existierten die Produktionsweisen niemals in reiner Form; sie befinden sich in einem Prozeß ständiger Veränderung, und neben der herrschenden Produktionsweise bestehen Überreste der alten und Keime der künftigen Produktionsweise. Die verschiedenen Produktionsweisen haben bestimmte gemeinsame Züge. So ist zum Beispiel jede Gesellschaft mit antagonistischen Klassen auf der Ausbeutung begründet und Schauplatz eines ständigen Klassenkampfes; alle vorkapitalistischen Produktionsweisen basieren auf der Produktion für die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse. Die asiatische Produktionsweise ist heute nirgendwo die herrschende. Dies alles gab den Orientalisten die Möglichkeit, Argumente dafür anzuführen, daß die asiatische Produktionsweise eine Spielart des Feudalismus sei - unseres Erachtens eine unnötige und unrichtige Korrektur der Konzeption von Marx.

Wenn wir uns die asiatische (orientalische) Produktionsweise, wie sie Marx darstellte, vergegenwärtigen und in reiner Form, als wissenschaftliche Abstraktion, mit dem klassischen Feudalismus vergleichen, der in Westeuropa existierte, dann wird uns klar, daß es sich um zwei verschiedene Produktionsweisen mit unterschiedlichem Überbau handelt.

In der asiatischen Produktionsweise ist der Grund und Boden, das wichtigste Produktionsmittel, Eigentum\* des Staates. Im klassischen Feudalismus ist er Eigentum der Besitzer des Bodens - der Feu-

d a l e n . "Nulle terre sans seigneur" (kein Boden ohne Herrn) lautet das Gesetz des Feudalismus! Der Grund und Boden geht ungeteilt an den ältesten Sohn (daß der Boden als königliches Lehen galt, das zur Nutzung überlassen wurde und, wenn keine Erben vorhanden waren, an das Königshaus zurückfiel, hatte sehr geringe praktische Bedeutung).

In der asiatischen Produktionsweise, die, nach der Feststellung von Marx, in Dürregebieten existierte, wo die Niederschlagsmengen nicht ausreichten, war die Bevölkerung in nicht sehr ausgedehnten bewässerten Landstrichen konzentriert. Hier bestand kein Mangel an Arbeitskräften. Der bewässerte Boden war sehr teuer. Es ist bezeichnend, daß das Bodenflächenmaß in China - das Mau - 1/16 Hektar darstellt. Deshalb gab es schon seit ältester Zeit Bodenzählungen, bei denen die Besitzer des bearbeiteten Bodens aufgenommen wurden.

Im klassischen Feudalismus gibt es genügend Land, aber es mangelt an Arbeitskräften für seine Bearbeitung.

Daher die Raubzüge, die die Feudalherren in benachbarte Gebiete unternahmen, um Bauern und Vieh zur Übersiedlung auf ihr eigenes Land zu erbeuten.

Die Dokumente des Mittelalters zeugen mit aller Deutlichkeit von der unterschiedlichen Einschätzung des Bodens und der Arbeitskraft.<sup>33</sup> Beim Übergang von Feudalbesitzungen in die Hände anderer wurde die Besitzung nur etwa so beschrieben: vom Fluß bis zu diesem oder jenem Berg, von der Straße bis zum Wald usw.

Die übergebenen Arbeitskräfte dagegen wurden mit größter Sorgfalt aufgeführt, und zwar nicht nur nach der Anzahl, sondern auch, soweit vorhanden, nach ihrer speziellen Qualifikation: zum Beispiel zwei Schmiede, zwei Stellmacher, zwei Faßbinder usw. Bekanntlich wurde in Rußland noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wenn von der Position eines Gutsbesitzers die Rede war, nicht nur die Zahl der Deßjatinen seines Bodens, sondern auch die der leibeigenen "Seelen", über die er herrschte, genannt.

In der asiatischen Produktionsweise ist der Staat der einzige primäre Besitzer des Mehrproduktes, das von den unmittelbaren Produzenten erzeugt wird - der Grundrente,

33 In meiner Jugend, als ich Geschichte studierte, hatte ich Gelegenheit, mich mit Dokumenten des ungarischen Mittelalters bekanntzumachen.

die in Form der Steuer auftritt. Alle Ausbeuterschichten erhalten durch den Staat ihre arbeitslosen Einkünfte.<sup>34</sup>

Im Feudalismus ist der Besitzer des Bodens der unmittelbare Ausbeuter, der sich die Arbeits- und Produktenrente aneignet. Der Staat hat damit praktisch nichts zu tun.

In der asiatischen Produktionsweise hat der Staat eine für die Bevölkerung lebenswichtige Funktion: Er baut und reguliert die Bewässerungssysteme. Sie können nur auf großen Flächen angelegt werden, und ohne sie wäre in diesen Dürregebieten überhaupt keine landwirtschaftliche Produktion möglich (dasselbe gilt auch für den Schutz vor unerwünschten Überschwemmungen). Hieraus ergibt sich die starke Zentralisation der Staatsgewalt, die oft in Form der "asiatischen Despotie" mit jeweils für eine bestimmte Zeit eingesetzten und dann wieder abgelösten Beamten auftritt. Der Staat kümmert sich um die Anlage von Lebensmittelvorräten für den Fall von Mißernten. Die bekannte biblische Sage, wonach Joseph dem Pharao den Rat gab, Lebensmittelvorräte im Laufe von sieben fetten Jahren anzulegen, auf die dann sieben magere folgen würden, spiegelt zweifellos die Tatsache wider, daß es in Ägypten zur Zeit der Entstehung der Bibel die asiatische Produktionsweise gab.

Im klassischen Feudalismus übt der Feudalherr selber fast alle Funktionen des Staates aus, der in diesem Fall keinerlei wirtschaftliche Rolle spielt. In ein und derselben Person ist er für seine Bauern ein Ausbeuter verschiedenster Art: Er beherrscht sie mit Hilfe seiner bewaffneten Abteilungen; er spricht Recht und kann Strafen verhängen, die Untertanen in den Kerker werfen oder zum Tode verurteilen und hinrichten lassen. Jeder Feudale ist auf seinen Besitzungen der Herr. Der König ist "primus inter pares" - der Erste unter Gleichen. In bestimmten Ländern, so in Deutschland, Polen und Ungarn, wurde der König oder Kaiser (in bestimmten Zeiten) von den Feudalen gewählt. Seine Macht reichte bis an die Grenzen des eigenen Feudalbesitzes und nicht weiter. Wenn der König zum größten Feudalherrn wurde, dann unterwarf er die

34 Eine Ausnahme bilden jene Gestalten der indischen Dorfgemeinde, die, wie die Astrologen, Priester usw., nicht in der materiellen Produktion beschäftigt sind. Ihre Einkünfte waren jedoch nicht höher als die der Bauern oder Handwerker.

schwächeren Feudalherren zeitweilig seiner Macht. Aber das bildete doch die Ausnahme.<sup>35</sup>

Der Feudalstaat - sofern man überhaupt von einem Staat sprechen kann - erfüllte keinerlei wirtschaftliche, administrative oder juristische Funktionen. Das alles lag in den Händen der einzelnen Feudalherren. Sogar die Kriegführung war im Grunde Sache der Feudalen. Die Truppen des Staates waren im Grunde genommen die Summe der Truppen der Feudalherren, die unter eigenem Feldzeichen kämpften. Der König konnte den Krieg erklären, aber die Feudalherren konnten ihm ihre Truppen vorenthalten. Wenn sie erschienen, begann der Krieg, wenn nicht, gab es keinen Krieg.

Wir sehen, daß sich der Charakter der asiatischen Produktionsweise grundlegend vom Charakter der feudalen Produktionsweise unterscheidet: Es besteht keinerlei Grund, die Klassifizierung von Marx zu verwerfen und die asiatische Produktionsweise als Spielart des Feudalismus zu bezeichnen.

Es bedarf keiner langen Exkursionen in die Geschichte, um die Frage zu klären, ob es konkret in der Wirklichkeit eine asiatische Produktionsweise gegeben hat, denn bei dem Streit ging es ja nicht um die Tatsache ihrer historischen Existenz, sondern darum, ob man sie als eine selbständige Produktionsweise oder als eine asiatische Variante des Feudalismus betrachten sollte.

Für die Zweifelnden wollen wir jedoch zwei wichtige Fakten anführen.

a) In vielen Wüstengebieten Afrikas und Asiens wurden vom Sand begrabene Städte gefunden, und die Archäologen entdecken immer neue. Wie konnten in der Wüste Städte, große Tempel, Pyramiden usw. entstehen, die uns doch auf eine für den damaligen niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte zahlreiche Bevölkerung schließen lassen, wenn es keine Bewässerungssysteme, das heißt keine starke Staatsgewalt gab, die die Wasserwirtschaft schuf und regulierte - das heißt keine asiatische Produktionsweise?

<sup>35</sup> Nur in der Zeit des Verfalls des Feudalismus, als der "dritte Stand", die aufkommende Bourgeoisie, entstand und Feuerwaffen und Infanterie den Sieg über die feudale Reiterei davontrugen, konnten die europäischen "absoluten Monarchien" entstehen, die sich auf diese Kräfte stützten.

b) In den orientalischen Sprachen gibt es, wie schon bemerkt wurde, das Wort "Grundeigentümer" nicht. Die Sprache ist ein Produkt der Geschichte, das Resultat der ganzen Geschichte eines Volkes. Wie läßt sich das Fehlen dieses Wortes im Orient erklären, wenn dort historisch nicht die asiatische Produktionsweise, sondern der Feudalismus mit Grundeigentümern bestand?

Viel schwieriger ist es, die Existenz der asiatischen Produktionsweise dokumentarisch nachzuweisen. Der Mangel an Quellen für diese weit zurückliegende Zeit führt zu großen Meinungsänderungen unter den Wissenschaftlern. Als Beweis führen wir Aussprüche von Akademiemitglied V. Struve an.

1928 wandte sich V. Struve gegen das Bestehen einer asiatischen Produktionsweise.

1931 wies er nach, daß es in Ägypten in der Antike schon lange eine asiatische Produktionsweise gegeben hatte.

Er erklärte: "... nach Durcharbeitung des ganzen ... Materials gelangte ich ... zu der Auffassung, daß es in Ägypten wirklich irgendeine besondere Formation gegeben hat, die wir nicht feudalistisch nennen können ... Die Arbeit am Irrigationssystem erhielt diese Urgemeinschaft ... auch nachdem sich aus ihr die sie ausbeutende Oberschicht herausgelöst hatte ... Nur beim Fortbestehen dieser Gemeinschaft war es möglich, jene gesellschaftlichen Arbeiten durchzuführen, die für die Aufrechterhaltung der Irrigation notwendig waren ... Für die asiatische Produktionsweise ist es charakteristisch, daß die Gemeinschaft gerade wegen der Notwendigkeit der Institution der öffentlichen Arbeiten zur Bewässerung nicht verfiel, sondern sich künstlich erhielt, und es ist interessant, daß sie sich bis in die späteste Zeit hinein, bis zur Ptolemäischen Epoche hielt."<sup>36</sup>

Von der entscheidenden Bedeutung des Wassers in Ägypten zeugt folgendes: "Der Bauer in Ägypten". sagt Struve, "war in vielen Fällen Besitzer des Bodens aber nicht Besitzer des Wassers, er benutzte es nur. Nehmen wir einen solchen Ausdruck in Ägypten wie den: Um zu kennzeichnen, daß man jemandem unterstellt ist, sagt man, ich befinde mich an dem Wasser von dem und dem, ich befinde mich an dem Kanal von dem und dem."<sup>37</sup>

<sup>36</sup> Diskussija ob aziatskom sposobe proizvodstva, a. a. O., S. 96.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 97.

Die natürliche Schlußfolgerung V. Struves besteht in folgender Feststellung: 'Wenn man mich fragt, bis zu welchem Augenblick ich in Ägypten die Existenz der asiatischen Produktionsweise sehe, so möchte ich sagen, bis zur römischen Zeit, als die Herrschaft Roms eine andere Formation brachte als die, die bisher bestanden hatte.'<sup>38</sup>

Später wiederum erklärte dann V. Struve, daß es in Ägypten nicht die asiatische, sondern die auf Sklaverei beruhende Produktionsweise gegeben habe.

Ähnlich ist die Situation auch in bezug auf China. Wir verzichten darauf, irgendwelche Meinungen anzuführen, aber lebhaft wurde damals darüber diskutiert, ob es in China eine asiatische Produktionsweise gegeben habe, obgleich wir doch, und auch die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer, nicht über die ausreichende Qualifikation dafür verfügten.

China ist ein sehr großes Land; es wird nicht nur von Chinesen bewohnt, sondern auch von einigen anderen Völkern, die sich auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe befinden. Seine Geschichte reicht viele tausend Jahre zurück; in dieser Zeit kam es zu Klassenkämpfen, Umstürzen, Eroberungen durch andere Völker usw. Aus diesem Grunde ist es in diesem Falle noch viel schwieriger, die sich ständig verändernden, sich zersetzenden und sich miteinander verflechtenden Produktionsweisen zu untersuchen.

Hinzu kommt noch die besondere Schwierigkeit, die Hieroglyphen richtig zu deuten, die vor viertausend Jahren existierten und die damals noch viel komplizierter waren als heute. Unter den chinesischen Wissenschaftlern gibt es große Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der sehr alten Hieroglyphen.

Eine unterschiedliche Auslegung einer Hieroglyphe führt zu unterschiedlichen Auffassungen wichtiger Einzelheiten der Frage, ob es zu einer bestimmten Zeit in der chinesischen Geschichte in einem bestimmten Teil des Landes eine feudale oder irgendeine andere Gesellschaftsordnung gegeben hat.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 99 (meine Hervorhebung - E. V.).

Wir sind der Meinung, daß die asiatische und die feudale Produktionsweise zwei verschiedene Produktionsweisen darstellen und daß die erste von ihnen historisch ebenfalls bestanden hat.

Wenn wir heute, nach dreißig Jahren, von der Diskussion über die Frage sprechen, ob die asiatische Produktionsweise eine Spielart des Feudalismus ist, so ist die große Hartnäckigkeit, mit der die Existenz der asiatischen Produktionsweise geleugnet und die These von Marx falsch ausgelegt wurde, unverstänlich. Das alles geschah, obgleich das von allen kommunistischen Parteien drei Jahre zuvor angenommene Programm der Komintern von Ländern mit Überrester der asiatischen Produktionsweise sprach.<sup>39</sup>

Diese Frage hatte für China wissenschaftliche und politisch-strategische Bedeutung. Die Gegner der asiatischen Produktionsweise erklärten jeden, der die Gesellschaftsordnung Chinas der zwanziger Jahre nicht als gewöhnlichen Feudalismus anerkannte (wozu auch ich gehörte), zum politischen Feind. Dadurch verbauten sie den Weg zur Klärung wichtiger Fragen.

Es wäre unnütze Zeitverschwendung, wollte man die Argumentation der Gegner der asiatischen Produktionsweise im einzelnen analysieren. Da sie weder die dialektische Methode von Marx begriffen, noch seine wiederholte Mahnung beherzigten, daß jede Verallgemeinerung auf einem vorherigen gründlichen Kennenlernen und Analysieren der konkreten Fakten beruhen muß, läuft ihre Argumentation, die sich auf aus dem Zusammenhang herausgerissene und nicht richtig verstandene Zitate stützt, darauf hinaus, daß Marx ein schlechter Marxist war, daß er den Marxismus nicht begriff.

So behauptete einer der Diskussionsteilnehmer, E. Iolk, daß "die Theorie der 'asiatischen' Produktionsweise den Grundlagen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftslehre ... widerspricht ..." <sup>40</sup> und dies ungeachtet der Tatsache, daß Marx im Vorwort des Werkes "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" bekanntlich der asiati-

<sup>39</sup> Die eifrigsten Gegner der Existenz einer asiatischen Produktionsweise stützen sich zu ihrer Rechtfertigung darauf, daß die asiatische Produktionsweise im Programmtext in Anführungszeichen gesetzt ist. Ihrer Meinung nach bedeutet das die Leugnung dieser Produktionsweise. Aber warum müßte die asiatische Produktionsweise in dem Programm überhaupt erwähnt werden, wenn ihre Verfasser ihren Überresten keine bestimmte Bedeutung beigemessen hätten? Die Anführungszeichen waren ein Zugeständnis an die Zweifelnden.

<sup>40</sup> Diskussija ob aziatskom sposobe proizvodstva, a. a. O., S. 68.

schen Produktionsweise eine der antiken, feudalen und kapitalistischen Produktionsweise analoge Bedeutung als Entwicklungsepoche der Menschheit beimißt.

Das war kein rein polemischer Ausfall. Er wiederholte dasselbe in der Zeitschrift "Pod znamenem marksizma". "... Die Konzeption von einer besonderen 'asiatischen' Produktionsweise stellt dem Wesen nach ein antimarxistisches System dar ..." <sup>41</sup> In seiner Diskussionsrede erklärte er: "Die asiatische Produktionsweise ... ist theoretisch unhaltbar, denn sie widerspricht den Grundlagen der marxistisch-leninistischen Lehre von Klasse und Staat."

Diese Behauptung läuft darauf hinaus, daß Marx seine eigene Lehre nicht verstanden hat.

Um diese offene Verhöhnung von Marx etwas abzuschwächen, unterstellte ihm Iolk, er habe unter asiatischer Produktionsweise etwas ganz anderes verstanden. Aber das ist kaum besser!

M. Godes, Hauptreferent der Gegner der asiatischen Produktionsweise in der Diskussion, ging etwas vorsichtiger vor. Er erklärte zu der Äußerung von Marx in dem Vorwort des Werkes "Zur Kritik der Politischen Ökonomie": "... der ganze Zusammenhang und auch die Bedeutung des Vorwortes als ganzes schließt jeden Gedanken daran aus, daß wir es hier mit einer zufälligen Formalisierung zu tun haben. Jede in dieser Formel aufgezählte Produktionsweise stellt eine spezifische Gesellschaftsformation dar und nimmt in der Reihe der übrigen einen bestimmten Platz ein, und zwar jeweils denjenigen, auf den sie Marx gestellt hat ...

... Es ist Zeit, jede Diskussion darüber, ob Marx die asiatische Produktionsweise in seinen Arbeiten als spezifische Gesellschaftsformation anerkannte, einzustellen. Man kann die Augen nicht vor dem unbestreitbaren Ausspruch von Marx verschließen, selbst dann nicht, wenn man die Auffassung von der asiatischen Produktionsweise nicht teilt." <sup>42</sup>

Mit diesen Aussprüchen könnte jeder Marxist einverstanden sein. Aber auf welche Weise gelangte M. Godes, von dieser richtigen These ausgehend, dennoch zur Leugnung der asiatischen Produktionsweise? Er behauptete, zu Marx' Zeiten seien viele Fakten bezüglich der orientalischen Länder noch nicht bekannt gewesen. Und Marx, dem die

41 Pod znamenem marksizma, 3/1931, S. 133.

42 Diskussija ob aziatskom sposobe proizvodstva, a. a. O., S. 21 f.

Forschungen von Morgan noch nicht bekannt gewesen seien, habe daher die Existenz der asiatischen Produktionsweise als Arbeitshypothese entwickelt. "Marx ... hatte einerseits die Vorstellung von Urverhältnissen und andererseits die Vorstellung von der antiken Gesellschaftsordnung mit ihrer scharfen Klassendifferenzierung; die Lücke in der Marxschen Auffassung vom historischen Prozeß zwang ihn zur Suche nach dem fehlenden Kettenglied."<sup>43</sup>

Die weiteren Thesen von M. Godes unterscheiden sich sehr wenig von den Äußerungen anderer Gegner der asiatischen Produktionsweise. Er gelangte auch zu der Schlußfolgerung, daß "die asiatische Produktionsweise nichts anderes als der Feudalismus ist". Sein Hauptargument ist dasselbe wie im Falle von G. Dubrovskij: die Identität der Bedingungen hinsichtlich der Ausgebeuteten und der Ausbeuter. Die Antwort hierauf wurde, so meinen wir, schon weiter oben gegeben, und zwar beim Vergleich der asiatischen Produktionsweise und des Feudalismus.

Die Gegner der asiatischen Produktionsweise sind sich somit in einer Hinsicht einig: darin, daß Marx sich geirrt habe. M. Godes erklärte das damit, daß Marx die Fakten nicht gut genug gekannt habe, G. Dubrovskij damit, daß Marx nur die kapitalistische Produktionsweise, nicht aber die feudalistische verstanden habe, und E. Iolk damit, daß Marx selber den von ihm geschaffenen Marxismus nicht begriffen habe. Und das alles wurde mit Zitaten aus den Werken von Marx bewiesen.

Die Leugnung der Existenz einer asiatischen Produktionsweise in der Vergangenheit wurde von Stalin endgültig sanktioniert, als er sie in seiner Arbeit "Über dialektischen und historischen Materialismus" nicht erwähnte.

Das Problem besteht in folgendem: Haben die jüngsten Forschungen die Unrichtigkeit der "Hypothese" von Marx bewiesen oder nicht? Bestand in der Geschichte irgendwo die asiatische Produktionsweise? Wir sind nicht kompetent genug, um diese Frage e n d g ü l t i g zu klären.

Wir meinen, es ist jetzt die Zeit gekommen, daß ernsthafte marxistische Wissenschaftler - Philosophen, Ökonomen und Historiker - erneut diese Frage erörtern und die unseres Erachtens richtige Lehre von Marx und Engels von den Produktionsweisen rehabilitieren müssen.

43 Ebenda, S. 24.

# Von der „asiatischen Produktionsweise“ zur „hydraulic society“. Der Werdegang eines Renegaten +

von Günter Lewin

Wittfogels Leben und Werk in Annotation

Marx und Engels über die asiatische Produktionsweise

Wittfogel über die asiatische Produktionsweise

Wittfogel zur Periodisierung der chinesischen Geschichte

Wittfogels Etappe des chinesischen Agrarkommunismus

Wittfogels Etappe des chinesischen Feudalismus

Wittfogels chinesischer Bauern- und Beamtenstaat

Die internationale Diskussion über die asiatische Produktionsweise

"Oriental Despotism"

In den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts trat in Deutschland Karl-August Wittfogel erstmals mit verschiedenen Arbeiten hervor, in denen er gewisse wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen anstellte. Dabei versuchte er, von der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus auszugehen. Sein besonderes Augenmerk galt den Ausführungen, die die Klassiker des Marxismus zur Frage der asiatischen Produktionsweise hinterlassen haben. Obwohl ihm die zusammenfassende Darstellung von Marx zu diesem Problem (erst 1939 in Moskau in russischer Sprache und 1952 als deutsche Erstausgabe unter dem Titel "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen" veröffentlicht) noch nicht zur Verfügung gestanden hat, bildeten die damals schon veröffentlichten Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus eine hinreichende Ausgangsbasis.

+ Die folgende Arbeit wurde als Beitrag im Rahmen einer Festgabe für Herrn Prof. Dr. Johannes Schubert zum 70. Geburtstag verfaßt - G. L.

Wittfogel, obgleich kein Sinologe, versuchte vor allem anhand der chinesischen Entwicklung die Richtigkeit der marxistischen Theorien zu belegen. Gewisse falsche theoretische Ausgangspositionen verurteilten seine Bemühungen zum Scheitern und legten den Grundstein für seine heutigen unwissenschaftlichen Darlegungen zu dieser Problematik.

Aufgabe dieser Arbeit soll es sein, seine Ausführungen zur asiatischen Produktionsweise in Verbindung mit der Entwicklung der chinesischen Gesellschaft und darüber hinaus zum Problem der Gesellschaftsformation zu untersuchen. Dabei werden wir nachweisen können, daß sein Standpunkt von jeher im wesentlichen unmarxistisch war. Wir wollen uns zunächst der ersten Phase seines Schaffens bis 1933 und anschließend hauptsächlich seinem Werk "Oriental Despotism" zuwenden.

### Wittfogels Leben und Werk in Annotation

Der 1896 in Woltersdorf (Hannover) geborene Wittfogel legte 1914 in Lüneburg das Abitur ab und nahm im gleichen Jahr in Leipzig das Studium auf. Er beendete 1926 seine Studien und veröffentlichte 1930 seine Inaugural-Dissertation unter dem Thema "Die ökonomische Bedeutung der agrikolen und industriellen Produktivkräfte Chinas". Sie ist ein Teil einer größeren Arbeit, die er 1931 unter dem Titel "Wirtschaft und Gesellschaft Chinas" in Leipzig herausgab. Bis 1919 hatte er hauptsächlich Philosophie, Geschichte und Naturwissenschaft studiert; seit 1919 wandte er sich mehr der Soziologie und Nationalökonomie zu.<sup>1</sup>

Schon Anfang der zwanziger Jahre publizierte er einige Schriften zu soziologischen Fragen. Seit Mitte der zwanziger Jahre wandte er sich besonders den Problemen der chinesischen Revolution zu. Erwähnt seien hier folgende Schriften: "Das erwachende China" (Wien 1926), "Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte" (Tübingen 1927), "Sun Yat-sen (Einführung)" (Berlin 1927), "Shanghai-Kanton" (Berlin 1927), "Voraussetzungen und Grundelemente der chinesischen Landwirtschaft" (Tübingen 1929). Auch die nicht speziell auf China bezogene Schrift "Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte" (Tübingen 1932) gehört ihrem Grundtenor nach in diesen Komplex. Außer durch diese und weitere publizistische Arbeiten trat er auch auf an-

<sup>1</sup> Aus dem Lebenslauf zur Inaugural-Dissertation und nach Akten im Archiv der Karl-Marx-Universität Leipzig.

dere Art, zum Beispiel als Redner auf Versammlungen und politischen Schulungsabenden, in Erscheinung.

An seiner fortschrittlichen politischen Überzeugung in dieser Zeit zu zweifeln, besteht wohl kein Anlaß, wenn auch gewisse Fehler seiner theoretischen Position, besonders auch ein nicht zu übersehender Dogmatismus, den Wert seiner wissenschaftlichen Arbeiten beeinträchtigten. Auch in der Auswahl seiner Quellen und beim Zitieren aus den Werken der Klassiker hatte er bereits damals oft keine glückliche Hand, ja man kann sich häufig des Eindrucks nicht erwehren, daß er sich schon damals willkürlich jeweils die Belegstellen herausuchte, die seine vorgefaßte Ansicht zu bekräftigen schienen.

1933 wurde er von den Faschisten verhaftet; mit Hilfe deutscher Kommunisten konnte er, wie er später in Shanghai einem Gewährsmann berichtete, nach China entkommen. Danach erhielt er in den USA eine Professur. Dort gab er unter anderem zusammen mit Feng Jia-sheng das Werk "History of Chinese society Liao (907 - 1125)" (Philadelphia 1949) heraus. Aus seiner wissenschaftlichen Tätigkeit zwischen 1933 und 1949 kennen wir nur die Titel einiger Schriften. Ebensowenig wissen wir über seine politische Tätigkeit in diesem Zeitraum. Jedenfalls wurde, so weit uns bekannt ist, in dieser Zeit kein Zweifel an seiner fortschrittlichen Gesinnung geäußert. Daher mußte sein Erscheinen vor dem McCarthy-Ausschuß im Jahre 1951 als Denunziant und Zeuge gegen fortschrittliche Wissenschaftler überraschen. Auf wissenschaftlichem Gebiet fand diese Schwenkung ihren Ausdruck auch in dem 1957 veröffentlichten Buch "Oriental Despotism, a comparative study of total power", in dem er, völlig auf bürgerlich-idealistische Positionen übergehend, den Marxismus und die internationale fortschrittliche Bewegung auf unwissenschaftliche, gehässige Weise angreift. Bemerkenswert ist dabei, daß er im wesentlichen weiter von seinen früheren dogmatischen und pseudomarxistischen Positionen ausgehen konnte. Seine ideologische Entwicklung zum Antikommunismus läßt sich folgerichtig aus seinen schon in den zwanziger Jahren offenbar gewordenen Fehlern ableiten. Unsere Beweisführung erfolgt nicht um Wittfogels willen, dessen Person uns nur am Rande interessiert, sondern weil das Problem der Besonderheiten der Entwicklung in den asiatischen Ländern, darunter besonders in China, immer größere Bedeutung gewinnt, je weiter der Zerfall des Kolonialsystems fortschreitet.

Die Äußerungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus zur Konzeption der asiatischen Produktionsweise bieten wertvolle Hinweise zum Verständnis gewisser nationaler Besonderheiten beim Übergang ehemals kolonialer oder halbkolonialer Länder zum Sozialismus und bei der Erforschung der historischen Entwicklung dieser Länder.<sup>2</sup> Während Wittfogel diese Hinweise im frühen Stadium seines Wirkens sichtlich nur unzureichend erfaßte, bemüht er sich in seinem Werk "Oriental Despotism", den Übergang der genannten Länder zum Sozialismus durch seine Entstellungen der marxistischen Lehre auch bewußt zu behindern. Dagegen versucht er, die "demokratischen" Verdienste des US-Imperialismus ins beste Licht zu rücken und den kapitalistischen Weg für die Entwicklungsländer zu propagieren. Es wäre bedauerlich, wenn das in aller Welt gestiegene Interesse an der marxistischen Lehre zu einer größeren Verbreitung der unmarxistischen Schriften Wittfogels führen sollte. Gleichzeitig kann das Beispiel eines Wittfogel als Warnung dafür dienen, wohin eine oberflächliche und willkürliche Spielerei mit an sich richtigen Lehrmeinungen führen kann.

Chesneaux, der das Wiederaufleben des Interesses für den Begriff der asiatischen Produktionsweise in der marxistischen Lehre begrüßt, stellt fest, daß "sich während einer ganzen Periode ... die marxistischen Historiker und Theoretiker - nicht ohne Nachteil - von diesem fruchtbaren Instrument der Analyse abgewandt haben, das die Kategorie der asiatischen Produktionsweise, so wie sie von Marx skizziert wurde, darstellt. Renegaten des Marxismus, unter denen Wittfogel der bekannteste ist, haben das ausgenutzt, um sich die Ideen Marx' über die asiatische Gesellschaft anzueignen, oder besser, sie haben das versucht. Diese Ideen wurden entstellt und verstümmelt, um dann für plumpe Angriffe auf den Marxismus und die sozialistische Weltbewegung benutzt zu werden."<sup>3</sup> Schon aus diesem Grund ist die in den letzten Jahren in Gang gekommene Diskussion über die asiatische Produktionsweise, die sich zu einer prinzipiellen Untersuchung des Problems der Gesellschaftsformationen erweitert hat, zu begrüßen. Noch wichtiger ist allerdings der bereits erwähnte Ge-

2 Vgl. Lewin, Günter, Die Erforschung der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen Chinas als Schlüssel zum besseren Verständnis der Zeitgeschichte (im folgenden: Die Erforschung der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen Chinas), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, H. 3/1965, S. 359 - 366.

3 Chesneaux, Jean, Le mode de production asiatique: quelques perspectives de recherche, in: La Pensée, Nr. 114/1964, S. 34.

sichtspunkt, daß die Erfordernisse der politischen Entwicklung dieses Problems auf die Tagesordnung gesetzt haben.

### Marx und Engels über die asiatische Produktionsweise

Als sich Marx und Engels mit den Problemen der orientalischen Gesellschaften befaßten, konnten sie sich in erster Linie auf gewisse Fakten über die vorderorientalischen Gebiete sowie Persien und Indien stützen, jedoch nur in sehr geringem Umfang auch auf Daten über die chinesische Entwicklung. Die Notwendigkeit, die Besonderheiten der orientalischen Gesellschaft zu erforschen, ergab sich für sie aus der zunehmenden Bedeutung dieser Gebiete für die weltgeschichtliche Entwicklung. Das Material, das für eine gründliche Untersuchung dieser Gesellschaftsformationen etwa auf dem gleichen Niveau erforderlich gewesen wäre, wie sie von den beiden Klassikern für die Genese des Kapitalismus durchgeführt worden war, stand zum damaligen Zeitpunkt nicht zur Verfügung und ist auch gegenwärtig noch nicht vorhanden. Daß es sich bei ihren Untersuchungen der orientalischen Gesellschaften weder um Gelegenheitsschriften noch ausschließlich um Material zur Selbstverständigung gehandelt hat<sup>4</sup>, ergibt sich allein quantitativ aus der Anzahl der Hinweise in ihren Werken, unter anderem auch im "Kapital". Recht interessant ist in diesem Zusammenhang die umfangreiche Bibliographie von Godelier<sup>5</sup>, die noch nicht einmal auf Vollständigkeit Anspruch erheben kann. Wie ernst Marx die Problematik der asiatischen Produktionsweise nahm, geht unter anderem aus der bekannten Stelle im Vorwort zur "Kritik der politischen Ökonomie" hervor, worin es heißt: "In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses ..." <sup>6</sup> Aus dieser Formulierung sowie aus den vielfältigen anderen Hinweisen, besonders in der Schrift "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen", ergibt sich eindeutig, daß Marx die asiatische Produktionsweise zu den antagonistischen Gesellschaftsformationen rechnete. Er führte den Ant-

4 Werner, Ernst, Studium der Sowjetwissenschaft spart Umwege, in: Universitäts-Zeitung, Leipzig, Nr. 1/1966, S. 1.

5 Godelier, Maurice, Les écrits de Marx et d'Engels sur le mode de production asiatique (Bibliographie sommaire), in: La Pensée, Nr. 114/1964, S. 56 - 66.

6 Marx, Karl, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 9.

agonismus innerhalb dieser Produktionsweise auf das Nebeneinanderbestehen von Dorfkommunen mit einer in sich geschlossenen Wirtschaft und einem zentralen, sogar despotischen Grundeigentümer zurück. Zum Unterschied von Engels, der eher geneigt war, die Bewässerung als Grundlage dieser Zentralisierung der gesellschaftlichen Gewalt anzusehen<sup>7</sup>, führte Marx, besonders in der Schrift "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen", die Errichtung von Großbauten, darunter auch Bewässerungsanlagen, auf die von Despoten verkörperte höhere Einheit zurück, der zu Ehren solche Bauten errichtet wurden.<sup>8</sup>

Zur Charakterisierung der asiatischen Produktionsweise sei hier ferner darauf hingewiesen, daß Marx die Möglichkeiten für ihre Weiterentwicklung als begrenzt ansah. Die Feststellung: "In dem Akt der Reproduktion selbst ändern sich nicht nur die objektiven Bedingungen, ... sondern die Produzenten ändern sich ..." <sup>9</sup>, schränkte er durch den Hinweis ein: "Je altherkömmlicher die Produktionsweise selbst - und diese dauert lange in der Agrikultur, noch länger in der orientalischen Ergänzung von Agrikultur und Manufaktur - d. h. je mehr sich gleichbleibend der w i r k l i c h e P r o z e ß der Aneignung, um so konstanter die alten Eigentumsformen und damit das Gemeinwesen überhaupt."<sup>10</sup> Marx erkennt also die relative Stagnation für die Periode der asiatischen Produktionsweise an, ebenso wie für die in China auf die asiatische folgende Produktionsweise, die im 19. Jahrhundert in das letzte Stadium ihrer Zersetzung eingetreten war.<sup>11</sup> Wir haben bereits an anderer Stelle den Standpunkt vertreten<sup>12</sup>, daß die Merkmale der asiatischen Produktionsweise, wie sie von Marx, besonders in seiner Schrift "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen", dargelegt wurden, in China nur in einer ganz bestimmten Zeitspanne vorgeherrscht haben können. Diese erstreckte sich vom Beginn der historischen Zeit, die spätestens mit

7 Engels an Marx, v. 6. Juni 1853, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 28, Berlin 1961, S. 259.

8 Marx, Karl, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, Berlin 1952, S. 8.

9 Ebenda, S. 31.

10 Ebenda.

11 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 346.

12 Lewin, Günter, Zu einigen Problemen der "asiatischen Produktionsweise" in der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas (im folgenden: Zu einigen Problemen), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, H. 2/1964, S. 251 ff.

der Shang-Dynastie im 17. Jahrhundert v. u. Z. einsetzte, bis zu den Reformen des Shang Yang im 4. Jahrhundert v. u. Z. Diese Reformen legalisierten die Käuflichkeit des Bodens und damit das Privateigentum am wichtigsten Produktionsmittel dieser Zeit. Damit wurde eine Zäsur geschaffen, die deutlich das Ende einer möglichen asiatischen Produktionsweise kennzeichnet. Daß sich die nun beginnende Produktionsweise grundlegend von der asiatischen unterschied, brachte auch Marx zum Ausdruck. Das geht aus folgender Stelle im "Kapital" hervor, die sich auf das 19. Jahrhundert bezieht: "Die breite Basis der Produktionsweise ist hier (in Indien und China - G. L.) gebildet durch die Einheit kleiner Agrikultur und häuslicher Industrie, wobei noch in Indien die Form der auf Gemeineigentum am Boden beruhenden Dorfgemeinden hinzukommt, die übrigen s auch in China die ursprüngliche Form war."<sup>13</sup> Die für die asiatische Produktionsweise charakteristische Form der Dorfgemeinschaft als Basis der Wirtschaft existierte also in China nicht mehr. Aber die mit den Reformen des Shang Yang eingeleitete neue Produktionsweise unterschied sich nicht nur durch das Privateigentum am Boden von der asiatischen, sie unterschied sich auch auf vielfältige Weise von der feudalen Westeuropas. Wir haben an anderer Stelle diese Unterschiede ausführlich dargelegt<sup>14</sup> und werden dieses Problem noch im Laufe unserer Auseinandersetzungen mit Wittfogels Auffassungen kurz berühren. Hier sei nur im Zusammenhang mit den zitierten Auffassungen von Marx darauf hingewiesen, daß die "Einheit von kleiner Agrikultur und häuslicher Industrie" ein sehr wesentliches Merkmal dieser auf die asiatische folgende Gesellschaftsformation war. Es wäre grundfalsch, aus der relativen Stagnation der asiatischen und der aus ihr hervorgegangenen vorkapitalistischen Produktionsweise etwa auf eine historisch bedingte Minderwertigkeit der betreffenden Völker zu schließen. Wir dürfen nicht vergessen, daß lange Zeit, vom 2. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 15. Jahrhundert u. Z., China das höchstentwickelte Land der Erde gewesen ist.<sup>15</sup>

13 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 346 (Hervorhebung von G. L.).

14 Lewin, Günter, Die Erforschung der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen Chinas, a. a. O.; derselbe, The problem of social formations in Chinese history, in: Marxism Today, Januar 1967, S. 20 ff.

15 Needham, Joseph, in: Comprendre, Paris, Nr. 23/24; vgl. auch derselbe, Science and society in East and West, in: The science of science, hg. v. Maurice Goldsmith and Alan Mackay, Penguin Books, 1966, S. 160. - Hier schreibt Needham allerdings: 1. Jh. v. u. Z. bis 15. Jh. u. Z.

Geht man nicht schematisch, sondern unter Zugrundelegung der tatsächlichen Fakten an die Frage der Aufeinanderfolge der Produktionsweisen heran, so leuchtet ein, daß es nicht nur eine mögliche Entwicklungslinie der menschlichen Gesellschaft gegeben zu haben braucht. Es dürfte daher nicht überraschen, daß die des westlichen Feudalismus, ausgehend von der antiken Sklavenhaltergesellschaft und der "germanischen Eigentumsform"<sup>16</sup>, zum Kapitalismus, dahingegen die aus der asiatischen Produktionsweise entstandene vor-kapitalistische Form nur zur relativen Stagnation führte. In seinem Brief zum Artikel von Michailowski warnte Marx ausdrücklich vor jeder schematischen Auffassung der Universalität der menschlichen gesellschaftlichen Entwicklung.<sup>17</sup> (Insofern deckt sich das Stalinsche Schema von den fünf Gesellschaftsformationen nicht mit den Auffassungen von Marx. Dagegen hatte Lenin den Begriff der "asiatischen Produktionsweise" anerkannt.<sup>18</sup>)

### Wittfogel über die asiatische Produktionsweise

Um Wittfogels Auffassungen von der asiatischen Produktionsweise richtig einschätzen zu können, muß man wissen, welche Faktoren seiner Ansicht nach den Charakter einer bestimmten Gesellschaft maßgeblich beeinflussen.

Zu den Faktoren, die die Entwicklung der menschlichen Gemeinwesen beeinflussen können, zählt Marx die "äußerlichen, klimatischen, geographischen, physischen etc. Bedingungen", die die Stammgemeinschaft bei ihrer Seßhaftwerdung vorfindet, sowie ihren "Stammcharakter".<sup>19</sup> Diese besonderen Bedingungen beeinflussen nur, bestimmen aber nicht, wie Wittfogel in der ersten Phase seines Schaffens behauptet, die Besonderheiten der gesellschaftlichen Entwicklung.<sup>20</sup> Zwar zitiert er gelegentlich Marx und Engels im Gegensatz zu seiner Auffassung, zum Beispiel folgende Stel-

16 Marx, Karl, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, a. a. O., S. 12 ff.; vgl. dazu auch Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1962, S. 24 f.

17 Marx, Karl, Brief an die Redaktion der "Otetschestwennye Sapiski", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 111 f.

18 Lenin, W. I., Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 314 f.

19 Marx, Karl, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, a. a. O., S. 6.

20 Vgl. u. a. Wittfogel, Karl-August, Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (im folgenden: ASS), Bd. 67, 1932, S. 469, 471, 472, 594, 730 f., sowie andere Werke Wittfogels.

le aus der "Deutschen Ideologie": "[Feuerbach] sieht nicht, wie die ihn umgebende sinnliche Welt nicht ein unmittelbar von Ewigkeit her gegebenes, sich stets gleiches Ding ist, sondern das Produkt der Industrie und des Gesellschaftszustandes ..." <sup>21</sup> Dies hindert ihn jedoch nicht daran, seine pseudomarxistischen Auffassungen weiterzuentwickeln. Denn etwas später heißt es: "Nicht jede Transformation von Naturstoff in menschlichen Gebrauchswert führt zur Erschließung neuer Naturkräfte ... Aber die Arbeit allein genügt nicht. Die Arbeit muß die Möglichkeit einer entsprechenden neuartigen Betätigung erhalten. Wo das nicht der Fall ist, tritt der Produktionsprozeß auf der Stelle." <sup>22</sup>

Ferner behauptet Wittfogel: "'Not und äußere Zweckmäßigkeit' bestimmen den Charakter der gesellschaftlichen Arbeit. Der Not entwächst die Aktivität, der Wille zur Entfaltung immer neuer Produktivkräfte. 'Äußere Zweckmäßigkeit', die Eigenart der geschichtlich aktuellen Natur (Hervorhebung von G. L.) entscheidet darüber, wohin diese Aktivität führt. Das gilt auch für die Ära des Kapitalismus. Natürlich bewegt sich die gesellschaftliche Aktivität stets in einer bestimmten Richtung; allein diese Richtung ergibt sich aus der objektiven, letzthin der natürlichen Grundlage seiner Tätigkeit ... So hat die Erschließung erster oder weiterer Eigenschaften der Wolle, des Eisens, des Holzes, der Kohle, des fallenden Wassers, der Elektrizität, des Petroleums und des Kautschuks der Aktivität des gesellschaftlich arbeitenden Menschen jedesmal eine veränderte Richtung gegeben." <sup>23</sup>

Diese Auffassung ist ganz offensichtlich absurd, denn gerade von der "Aktivität des gesellschaftlich arbeitenden Menschen" hängt es ab, ob "erste oder weitere Eigenschaften" von Naturstoffen "aktualisiert" werden. Schon vor dem Auftreten des Menschen besaß zum Beispiel das Wasser objektiv die Fähigkeit, Durst zu löschen, Felder zu bewässern, Mühlen zu treiben und anderes mehr. Erst wenn der Mensch diese Produktivkräfte "aktualisiert", können diese auch zu weiteren Fortschritten in der menschlichen Entwick-

<sup>21</sup> Derselbe, Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 482. - Neueste Ausg. der Deutschen Ideologie, auf die auch im folgenden verwiesen wird, siehe in Marx/Engels, Werke, Bd. 3, a. a. O., S. 43.

<sup>22</sup> Wittfogel, Karl-August, a. a. O., S. 483.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 713.

lung beitragen. Wie der Mensch auf den Naturstoff, dessen chemische und physikalische Eigenschaften durch alle Geschichtsepochen gleichbleiben, einwirkt, wird von der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in ihrer wechselseitigen Beziehung entschieden.

Marx und Engels haben nie einer "bestimmenden" Rolle der Naturbedingungen für die gesellschaftliche Entwicklung des Menschen, einem geographischen Determinismus, das Wort geredet. Hierbei ist selbstverständlich auch eine historische Differenzierung zu beachten. Je primitiver das Stadium der menschlichen Entwicklung, desto größer der Einfluß der vorgefundenen Naturbedingungen auf den Menschen und seine gesellschaftliche Organisation. Dennoch bleiben für die gesellschaftliche Produktionsweise die materielle Produktion, das Einwirken des Menschen auf die vorgefundene Natur und die daraus resultierende Veränderung der natürlichen Umwelt bestimmend.

Daß ähnliche Naturbedingungen keineswegs zu ähnlichen Formen der gesellschaftlichen Organisation führen müssen, hat Parain sehr treffend am Beispiel der Kultur im Tal des Quémé in Dahomey nachgewiesen. Von den natürlichen Gegebenheiten her bietet dieses Tal ähnliche Möglichkeiten für die Bewässerung wie das des Nil. Statt einer Bewässerungswirtschaft finden wir hier, wie Parain feststellt, "ein treffendes Beispiel für das Scheitern einer Evolution, die in Ägypten auf einer ähnlichen natürlichen Grundlage die fruchtbarste Entwicklung gezeitigt hat, dank der Gründung einer organisierenden - und despotischen - Zentralgewalt."<sup>24</sup>

Was bestimmt nun nach Wittfogels Ansicht die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft? Wir hatten bereits darauf hingewiesen, daß für Wittfogel die "äußerlichen, klimatischen, geographischen, physischen etc. Bedingungen" der natürlichen Umwelt für den Charakter der darin lebenden menschlichen Gemeinschaft maßgeblich sind. Dieser bestimmende Einfluß bleibe praktisch auf unbegrenzte Zeit bestehen und entscheide damit über das Schicksal eines Volkes, solange es existiere. Das von Parain gelieferte Beispiel des Tales des Quémé, in dem er sogar eine gewisse rückläufige Tendenz der gesellschaftlichen Entwicklung nachweist, beweist die Haltlosigkeit einer solchen Auffassung. Wir werden sehen, daß Wittfogel diesen Determinismus so-

<sup>24</sup> Parain, Charles, Protohistoire méditerranéenne et mode de production asiatique, in: La Pensée, Nr. 127/1966, S. 43.

gar bis in die kapitalistische, ja, selbst bis in die sozialistische Gesellschaft hinein wirksam bleiben läßt.

Am Beispiel der Entwicklung der französischen Industrie seit der Französischen Revolution von 1789 versucht Wittfogel nachzuweisen, daß die Ursachen für das allgemeine wirtschaftliche Zurückbleiben Frankreichs gegenüber Großbritannien und Deutschland in seiner ungenügenden Rohstoffbasis (Mangel an Kohle und Eisen), also in seinen natürlichen Grundlagen zu suchen seien. Unter (völlig unberechtigter) Berufung auf Marx erklärt Wittfogel: "Ohne Analyse dieser Grundlagen und ohne Ableitung der auf ihnen sich vollziehenden Entwicklung a u s diesen Grundlagen läßt sich offenbar die Gesetzmäßigkeit des industriellen Geschichtsprozesses wissenschaftlich nicht ermitteln."<sup>25</sup> Die Unhaltbarkeit einer solchen Auffassung zeigt sich besonders deutlich am Beispiel Japans, das fast ohne nennenswerte Rohstoffbasis zu einem der führenden Industrieländer avancierte, während das an Rohstoffen reiche China bis 1949 ökonomisch und politisch zurückgeblieben war.

An seiner Einschätzung der französischen Entwicklung wird offenbar, daß Wittfogel zwei Begriffe durcheinanderwirft, nämlich den der Gesellschaftsordnung und den der Wirtschaftsstruktur. Sicherlich wird letztere durch die natürlichen Faktoren in bestimmtem Umfang beeinflußt. So kann die DDR aus "natürlichen" Gründen Steinkohle nicht in ausreichendem Maße und Kaffee überhaupt nicht produzieren. Sie wird also ihre Wirtschaftsstruktur auf die Zweige konzentrieren müssen, die ihr die besten Möglichkeiten bieten. Das hat aber mit der Gesellschaftsformation nicht das geringste zu tun. Andererseits kann ein Land gewisse natürliche Grundlagen nur in dem Maß nutzen, das seine gesellschaftliche Entwicklung zuläßt. Das bedeutet, daß sich der Mensch um so weiter aus den Fesseln der "natürlichen Grundlagen" befreien kann, je höher er auf der Stufenleiter der gesellschaftlichen Entwicklung steigt. Automatisierung, synthetische Herstellung von Grundstoffen, Beherrschung des Weltraums sind Aufgaben, die endgültig erst durch die klassenlose Gesellschaft gelöst werden können. Ihrer Lösung im Rahmen einer Klassengesellschaft sind zwangsläufig Grenzen gesetzt.

Wittfogel verschließt sich diesen Gedankengängen und begibt sich damit der Möglichkeit, die Richtung des menschlichen Fortschritts zu

erkennen und für sich selbst die praktische Nutzenanwendung daraus zu ziehen.

Aus der von Marx mit Recht hervorgehobenen Bedeutung der Einwirkung menschlicher Arbeit auf die tote Natur macht Wittfogel die u n - b e d i n g t e Abhängigkeit der menschlichen Arbeit von der ursprünglich vorgefundenen Natur. Diese Fehlinterpretation der materialistischen Geschichtsauffassung ist der Ausgangspunkt aller seiner wirtschaftsgeschichtlichen Betrachtungen, den er mit einigen geringfügigen Veränderungen, auf die noch zurückzukommen sein wird, bis auf den heutigen Tag beibehalten hat. In seiner Argumentation spielen die Naturbedingungen die bestimmende Rolle. Auch wenn er gelegentlich einräumt, daß "Natur" nicht gleich "Natur" sei, sondern der Veränderung durch den Menschen unterliege, ist doch diese Erkenntnis auf seine Grundeinstellung ohne Einfluß geblieben. Nach wie vor vertritt er den Standpunkt, daß die auf Grund der Naturbedingungen für das Wirtschaftsleben notwendige künstliche Bewässerung den "asiatischen" Typen menschlicher Gemeinwesen ein statisches, nur in ganz besonderen Ausnahmefällen zu veränderndes Gepräge gibt. Es ist bezeichnend, daß der fanatische Antikommunist Wittfogel damit noch immer im wesentlichen auf den Arbeiten des ehemaligen "Marxisten" Wittfogel aufbauen kann.

Es war unvermeidlich, daß solche fehlerhaften Ausgangspositionen auch den Wert seiner Arbeiten zur chinesischen Wirtschaftsgeschichte negativ beeinflussen mußten. Er leitet seine Untersuchungen zu diesem Thema unter Berufung auf die Klassiker des Marxismus mit folgenden Ausführungen ein: "Nach einer von uns bereits ausgeführten These der Begründer des Marxismus muß 'alle Geschichtsschreibung', also ganz gewiß: alle Wirtschafts- und Sozialgeschichtsschreibung von den 'natürlichen Grundlagen und ihren Modifikationen im Lauf der Geschichte durch die Aktion der Menschen ausgehen'. (Wittfogels Quellenangabe: Marx und Engels über Feuerbach. Marx-Engels-Archiv I, S. 237 ff. - G. L.<sup>26</sup>) Nun ist freilich diese These in ihrer allgemeinen Form zu abstrakt, um praktisch anwendbar zu sein. Sie ist daher auch von M a r x und E n g e l s näher präzisiert. Die 'natürlichen Grundlagen' aller Geschichte zerfallen nach ihnen in zwei Gruppen. Da ist zuerst: 'die physische Beschaffenheit des Menschen selbst', ein Begriff, der, wie anderweitige Bemerkungen ergänzend darstellen, besonders (!-G.L.) auf das Moment der R a s s e ninzielt.

26 Vgl. Marx/Engels, a. a. O., Bd. 3, S. 21.

Zweitens aber meint jene Formel Die von den Menschen vorgefundenen Naturbedingungen, die geologischen, oro-hydrographischen, klimatischen und anderen Verhältnisse' (Quellenangabe bei Wittfogel wie oben - G. L.<sup>27</sup>). Auch eine Darstellung der chinesischen ökonomisch-sozialen Entwicklung wird, sofern sie Anspruch auf methodische Korrektheit im Sinne der Marx'schen Schule erhebt, von den beiden genannten Faktoren ihren Ausgangspunkt zu nehmen haben."<sup>28</sup> Wir haben diese Stelle nicht nur deswegen zitiert, weil sie über Wittfogels Auffassungen Aufschluß gibt, sondern auch, weil wir daran seine Methoden bei der Verwendung von Klassikerzitaten zeigen wollen.

Im vollen Zusammenhang sieht das bruchstückhaft von ihm zitierte Marx-Wort wie folgt aus: "Die erste Voraussetzung aller Menschengeschichte ist natürlich die Existenz lebendiger menschlicher Individuen. Der erste zu konstatierende Tatbestand ist also die körperliche Organisation dieser Individuen und ihr dadurch gegebenes Verhältnis zur übrigen Natur. Wir können hier natürlich weder auf die physische Beschaffenheit der Menschen selbst noch auf die von den Menschen vorgefundenen Naturbedingungen, die geologischen, oro-hydrographischen, klimatischen und anderen Verhältnisse eingehen. Alle Geschichtsschreibung muß von diesen natürlichen Grundlagen und ihrer Modifikation im Lauf der Geschichte durch die Aktion der Menschen ausgehen. Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an, sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren (Hervorhebung von K. Marx), ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Indem die Menschen ihre Lebensmittel produ-

27 Vgl. ebenda.

28 Wittfogel, Karl-August, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, Leipzig 1931, S. 7.

zieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst."<sup>29</sup> Indem Wittfogel den zweiten Teil des Zitats, die bestimmende Rolle der produktiven Tätigkeit des Menschen, wegläßt, verschiebt er das Schwergewicht in dem von ihm gewünschten Sinn.

Marx und Engels bringen hier weder den Begriff der "Rasse" hinein, noch behaupten sie, daß die Naturbedingungen das Schicksal der menschlichen Gesellschaft bestimmen. Sie betonen im Gegenteil in diesem Zusammenhang die Bedeutung der materiellen Produktion. Sie stellen fest, daß sich die Menschen erst durch ihre Fähigkeit, Lebensmittel zu produzieren, von den Tieren unterscheiden und daß sie dazu durch ihre "körperliche Organisation" imstande sind, also durch ihre physische und psychische Entwicklung. Wittfogel hat es verstanden, mit Hilfe willkürlich aus dem Zusammenhang gelöster Klassikerzitate, die er mit eigenem Kommentar vermischt, den Anschein zu erwecken, als stimmten seine Ansichten mit denen der Klassiker überein. Das trifft ganz offensichtlich aber nicht zu.

Kehren wir nun zu Wittfogels Ausführungen zurück. Nachdem er an anderer Stelle erklärt hat, daß "jede sozialökonomische Untersuchung dieser (asiatischen - G. L.) Agrargesellschaften, die sich nicht den Marx'schen Kernbegriff der asiatischen Produktionsweise zu eigen macht, ... zur Unfruchtbarkeit verurteilt"<sup>30</sup> ist, versucht er, die ausschlaggebende Bedeutung der Naturbedingungen auch für die asiatische Produktionsweise zu belegen. Dabei stellt er folgende zwei Vorbedingungen für die Herausbildung spezifisch "asiatischer" Gesellschaftsformen auf: "1. Ackerbau auf Grundlage künstlicher Bewässerung; 2. eine dermaßen große Flächenausdehnung der einheitlich durchzuführenden Bewässerung, daß diese freiwillig nicht zu bewältigen ist, sondern des Eingreifens der Regierung in Form der 'öffentlichen Arbeiten' bedarf."<sup>31</sup> Diese beiden Faktoren: durch besondere Naturbedingungen erforderliche großräumige Bewässerungsanlagen und das zu ihrer Verwirklichung notwendige Eingreifen einer despotischen Regierung beherrschen Wittfogels Denken. Beide Faktoren sind der marxistischen Theorie fremd.

<sup>29</sup> Marx/Engels, a. a. O., Bd. 3, S. 20 f. (Die nicht besonders gekennzeichneten Hervorhebungen beziehen sich auf die von Wittfogel zitierten Stellen - G. L.)

<sup>30</sup> Wittfogel, Karl-August, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, g. a. O., S. VIII.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 187.

Weil Wittfogel schon in der Frühphase seiner Tätigkeit starr an diesem Denkschema festhielt, tritt bei ihm die Erforschung der Produktionsverhältnisse in den Hintergrund. Daher drang er nie bis zu einer echten Klassenanalyse der von ihm untersuchten Gesellschaft und schon gar nicht zu einer marxistischen Analyse der verschiedenen Phasen, die die chinesische Gesellschaft durchlaufen hat, vor. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß er beabsichtigte, seinem Werk "Wirtschaft und Gesellschaft Chinas" einen zweiten Band über die Produktionsverhältnisse folgen zu lassen, schwächt das den Vorwurf nicht ab, daß er in keiner seiner Arbeiten aus dieser Zeit tiefer in das Wesen der Produktionsverhältnisse eingedrungen ist. Ihre Bedeutung tritt bei ihm stets hinter der der "natürlichen Faktoren" zurück. Dies führt dazu, daß er an die chinesische Problematik völlig ahistorisch herangeht, auch wenn er gelegentlich den Versuch einer allgemeinen Periodisierung der Entwicklungsphasen der chinesischen Gesellschaft unternimmt. Er läßt die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung weitgehend außer acht und kann daher auch nicht erklären, welche Gesetzmäßigkeiten der Evolution in den von ihm benannten Phasen der chinesischen gesellschaftlichen Entwicklung zugrunde liegen. Damit aber begab er sich zwangsläufig in einen Gegensatz zum Marxismus.

#### Wittfogel zur Periodisierung der chinesischen Geschichte

Zur Evolution der chinesischen Gesellschaft bis zum 19. Jahrhundert vertrat Wittfogel anfänglich die Auffassung, sie habe folgende drei Etappen durchlaufen: 1. die des chinesischen Agrarkommunismus, die er auch die "klassische" Epoche nennt; 2. die des chinesischen Feudalismus; 3. die des Bauern- und Beamtenstaats.<sup>32</sup> Während er sich bei den beiden ersten Etappen in der Terminologie noch etwas an die Marxschen Begriffe anlehnt (ohne jedoch deren Inhalt zu übernehmen), gleitet er bei der dritten bereits in bürgerliche Auffassungen ab. Diese sehen nicht die ökonomische Basis, sondern gewisse herausragende Erscheinungen des Überbaus als Klassifizierungskriterien des Geschichtsablaufs an. So bezeichnen bürgerliche Sinologen (zum Beispiel W. Eberhard) die Periode bis zur Reichseinigung durch Qin Shi Huang Di (221 v. u. Z.) als die des Feudalismus, während die anschließende die des Gentry-Staats genannt wird. Ausschlaggebend für

32 Derselbe, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, in: ASS, Bd. 57, 1927, S. 334.

diese Art der Periodisierung ist nicht die Analyse der Produktionsweise, sondern in erster Linie die Tatsache, daß China während der sogenannten Feudalperiode in viele kleine Lehensstaaten zersplittert war und daß in dem seit 221 v. u. Z. unter einer Zentralregierung geeinten China die Shenshi eine besondere Rolle spielten.<sup>33</sup>

Über den Charakter der Beamtenschaft<sup>34</sup>, die angeblich dem geeinten China seit der Qin-Zeit<sup>35</sup> das Gepräge gegeben haben soll, herrscht in der bürgerlichen Sinologie keine einmütige Auffassung. Ohne hier näher auf das teilweise noch ungelöste Problem der Shenshi einzugehen, kann festgestellt werden, daß die Existenz einer regierenden Schicht der Shenshi, mag man sie nun als Beamte, Gentry oder Literaten bezeichnen, nicht ausreicht, eine Gesellschaftsformation zu charakterisieren.

Abgesehen von dem oben erwähnten Periodisierungsschema finden wir bei Wittfogel noch eine andere Art der Unterteilung, nämlich die in eine "einfache" und eine "entfaltete" asiatische Produktionsweise. Einen entsprechenden Hinweis enthält zum Beispiel die Einleitung zu seinem Werk "Wirtschaft und Gesellschaft Chinas"<sup>36</sup>, ohne daß dabei ersichtlich wird, wodurch sich diese beiden Etappen voneinander unterscheiden und wann sie sich gegenseitig ablösen. An anderer Stelle führt Wittfogel aus, "daß der unmittelbare landwirtschaftliche Produktionsvorgang sich während der ganzen a u s g e b i l d e t e n (Hervorhebung von G. L.) 'asiatischen' Epoche kleinbetriebmäßig im Familienrahmen vollzog."<sup>37</sup>

Einige sporadische Bemerkungen dieser Art können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Wittfogel bei seiner Periodisierung der chinesischen Entwicklung die Sphäre der materiellen Produktion vernachlässigt, die die Grundlage für jede marxistische Erforschung der historischen Entwicklung sein muß. Das trifft ganz besonders auf seine dritte Phase der chinesischen Geschichte, den sogenannten "Bauern- und Beamtenstaat", zu. Es ist bezeichnend, daß gerade der "Marxist" Wittfogel dem bürgerlichen Soziologen Max Weber vorwirft, er habe

33 Vgl. z. B. Eberhard, Wolfram, Geschichte Chinas, Bern 1948, S. 87.

34 Die Shenshi waren Literaten, die die Beamtenstellen einnahmen. Ihre Verbindung zu den Großgrundbesitzern wurde im Laufe der Zeit immer enger.

35 China blieb allerdings seitdem nicht immer geeint, sondern zerfiel über längere Zeiträume in eine ganze Anzahl von kleineren Staaten.

36 Wittfogel, Karl-August, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, a. a. O., S. XIV.

37 Ebenda, S. 131.

"... die gesellschaftliche Seite der Produktivkräfte ihrer Naturseite gegenüber ... in den Vordergrund gerückt ..." <sup>38</sup>

Wittfogel bewertet neben der Rolle der natürlichen Grundlagen gewisse Elemente des Überbaus viel zu hoch, wenn er darauf seine Periodisierung der chinesischen Geschichte stützt. Wenn auch nach marxistischer Auffassung eine gewisse Wechselwirkung zwischen Basis und Überbau besteht und beide als eine dialektische Einheit zu betrachten sind, so wird doch die materielle Basis als primär angesehen. Es ist unmarxistisch, den Überbau losgelöst von seiner Basis zu untersuchen oder ihn wie Wittfogel als bestimmendes Element für die Einordnung einer Gesellschaftsformation zu betrachten.

Schließlich müssen wir feststellen, daß in einigen Arbeiten Wittfogels keinerlei Periodisierung oder Datierung der behandelten Ereignisse erkennbar ist. So operiert er beispielsweise mit dem Begriff "asiatische Produktionsweise" oft ganz unabhängig von dem Zeitpunkt der geschichtlichen Ereignisse, auf die er ihn anwendet.

Was seine zuvor genannte Periodisierung der chinesischen Geschichte anbetrifft, so könnte man annehmen, daß die "einfache" eventuell der von ihm stipulierten "klassischen", die "entfaltete" dagegen der Etappe des "Bauern- und Beamtenstaats" entspricht. Aber selbst mit dieser von ihm selbst geschaffenen Unterteilung gerät er in Konflikt, wenn er mit Recht hervorhebt: "Der Gedanke, daß entfaltete asiatische Produktionstypen wie Indien und China eine antike oder feudale Entwicklungsphase durchlaufen müßten, findet sich ... bei Marx nirgends." <sup>39</sup> Demzufolge müßten sowohl "einfache" als auch "entfaltete" asiatische Produktionsweisen chronologisch und entwicklungsmäßig vor der Sklavenhaltergesellschaft oder dem Feudalismus rangieren, da sie laut Wittfogel eine antike und feudale Entwicklung zwar nicht durchlaufen müßten, es aber, wenn Worte eine Bedeutung haben, ihrem Stand in der Linie der Entwicklung nach noch könnten.

Angesichts dessen, daß Wittfogel für China eine antike oder feudale Entwicklung mit einleuchtenden Argumenten <sup>40</sup> in Frage stellt, muß es um so mehr verwundern, wenn er die zweite Etappe der chinesischen Geschichte mit dem Attribut "feudale" kennzeichnet. Dabei entbehrt

38 Ebenda, S. 101.

39 Derselbe, Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 594 Anm. 197.

40 Vgl. Lewin, Günter, Zu einigen Problemen, a. a. O., S. 361 f.

die betreffende Entwicklungsphase ganz offensichtlich der nach Marx für den Feudalismus in Europa charakteristischen Merkmale. Wittfogel begnügt sich mit dem Merkmal der Zersplitterung Chinas in kleine, miteinander streitende Reiche unter der nominellen Oberhoheit einer zentralen Dynastie, um daraus die Existenz des Feudalismus in China abzuleiten. Bezeichnenderweise beruft er sich in diesem Fall nicht auf Marx. Es wäre ihm wohl auch nicht gelungen, sich mit hierzu passenden Zitaten der Klassiker des Marxismus-Leninismus als Kronzeugen zu bedienen.

Wir werfen - das sei hier ausdrücklich betont - Wittfogel keineswegs vor, daß es ihm nicht gelungen ist, das Problem der Gesellschaftsformationen für die chinesische Geschichte zu lösen. Das ist bis zum heutigen Tag noch niemandem gelungen. Ein berechtigter Vorwurf muß ihm jedoch daraus erstehen, daß er von dem ihm zugänglichen Material nur das berücksichtigt hat, was sich mit seinen vorgefaßten Ansichten in Einklang bringen ließ. Man muß ihm ferner vorwerfen, daß er in der ersten Etappe seines Schaffens bereits ein ganzes "wissenschaftliches" Gebäude der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas errichtete, ohne zuvor auch nur mit dem geringsten eigenen Beitrag zur Erforschung der konkreten Entwicklung hervorgetreten zu sein. Außer der Untersuchung zur Geschichte der Liao-Dynastie (wo unklar ist, welchen Beitrag er selbst darin zur tatsächlichen Forschungsarbeit geleistet hat) kennen wir keine einzige Arbeit aus seiner Feder zur Erforschung eines Aspektes der chinesischen Geschichte. Besonders schwer wiegt, daß er immer wieder versucht hat, durch die Verwendung entstellter oder aus ihrem Zusammenhang gerissener Zitate aus den Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus die Autorität der marxistischen Theorie für seine eigenen Arbeiten in Anspruch zu nehmen.

#### Wittfogels Etappe des chinesischen Agrarkommunismus

Wie bereits angedeutet, hat Wittfogel die einzelnen Etappen der chinesischen Geschichte nach recht willkürlich ausgewählten Merkmalen festgelegt. So stand nach seiner Auffassung im Mittelpunkt der "klassischen" Periode Chinas das Brunnenfeldsystem (Jing Tian), das er in Übereinstimmung mit alten chinesischen Quellen als für diese Periode existent betrachtet. Er gibt dabei unumwunden zu, daß sich die von ihm genannten Quellen, das Shu Jing, das Shi Jing und das Zhou Li, nicht nur in bezug auf das Brunnenfeldsystem erheblich wider-

sprechen. Dennoch operiert er mit diesen Werken so, als wäre ihre Authentizität und Antiquität in der Fachwelt über jeden Zweifel erhaben.<sup>41</sup>

Aus Gründen, die nicht recht einzusehen sind, stützt sich Wittfogel ganz besonders auf das Zhou Li, das er ausgiebig zitiert. Es möge hier genügen, das Urteil des namhaften Sinologen Karlgren über das Zhou Li anzuführen, wonach das Zhou Li höchstwahrscheinlich erst in der Endphase der Zhan-Guo-Zeit (475 bis 221 v. u. Z.) entstanden ist.<sup>42</sup> Es enthält also keineswegs zeitgenössische Berichte über die frühe Zhou-Zeit (12. Jahrhundert v. u. Z.), wie Wittfogel vorgibt.<sup>43</sup> Es ist natürlich nicht auszuschließen, daß in dem Werk mündliche (und daher nicht völlig zuverlässige) Überlieferungen aus alter Zeit Aufnahme gefunden haben. Aber ganz gewiß sind diese entsprechend den Interessen der Verfasser des Zhou Li besonders ausgesucht und wahrscheinlich auch "redigiert" worden. Wenn auch diese Einschätzung durch Karlgren Wittfogel in seiner ersten Phase noch nicht bekannt gewesen sein kann, beweist sie doch, wie schwach die Basis Wittfogelscher Beweisführung schon damals war. Die weitgehende Zustimmung, die die Einschätzung Karlgrens in Fachkreisen gefunden hat, hindert Wittfogel nicht daran, selbst noch im "Oriental Despotism" seine Ausführungen durch Hinweise auf das Zhou Li zu unterstreichen. Das geschieht zum Beispiel in der Anmerkung "i" auf Seite 321. Dagegen erscheint das Werk selbst nicht im bibliographischen Index zum "Oriental Despotism".

Als weitere Quelle führt Wittfogel die von Conrady ausgewerteten "Elemente der ältesten Schriftzeichen sowie urzeitliche Überbleibsel in den religiösen und profanen Gebräuchen Altchinas"<sup>44</sup> an. Bei allem Respekt vor den großen Leistungen Conradys auf dem Gebiet der klassischen Sinologie kann man seine Hypothesen nicht als konkretes Material anerkennen, auf dem sich wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen aufbauen lassen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Wittfogel an keiner einzigen Stelle auf Ausgrabungsergebnisse

41 Wittfogel, Karl-August, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 306 ff.

42 Karlgren, Bernhard, The early history of the Chou Li and the Tso Chuan texts, in: Bulletin of the Museum of Far Eastern Antiquities, H. 3/1931, S. 1 - 59.

43 Wittfogel, Karl-August, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 306.

44 Ebenda, S. 303.

Bezug nimmt, wie sie bereits in den zwanziger Jahren, wenn auch zunächst in geringem Umfang, vorlagen. Ganz besonders gilt dies für seine späteren Arbeiten, denn seit der Gründung der Volksrepublik China wurden recht umfangreiche archäologische Berichte veröffentlicht, auf die sich Wittfogel zumindest bei der Herausgabe seines 1957 erschienenen "Oriental Despotism" hätte stützen können. Er verzichtete auf diese Möglichkeiten ebenso wie auf die Auswertung von Analysen der Orakelinschriften, deren es zur Zeit der Veröffentlichung seiner ersten Arbeiten bereits eine Anzahl gab. Sie hätten ihm vor Augen geführt, daß für die Zeit vom 14. zum 12. Jahrhundert v. u. Z. in China keinerlei Anhaltspunkte für eine "Bewässerungsgesellschaft" existieren, ja, daß nicht einmal Ansätze zu Bewässerungsanlagen für diese Zeit nachweisbar sind. Die Orakelfragen betrafen vorwiegend die Jagd, den Krieg und ähnliche gesellschaftliche Erscheinungen, jedoch kaum Fragen des Ackerbaus, des Wetters und schon gar nicht Fragen der Bewässerung.

Wenn in dem in vielerlei Hinsicht für die Archäologie ungünstigeren Kolumbien umfangreiche Überreste 3 000 Jahre alter Bewässerungsanlagen gefunden wurden<sup>45</sup>, so muß die Abwesenheit jeglicher Spuren solcher Anlagen in China als schlüssiges Beweisglied betrachtet werden. Jetzt ist es an den Verfechtern der Bewässerungstheorie, den Beweis für ihre Behauptung zu erbringen, daß es in China vor der Zhan-Guo-Zeit Bewässerungsbauten in einem Umfang gegeben habe, der sich bestimmend auf die sozialökonomische Formation auswirkte.

Was das Brunnenfeldsystem, das Jing Tian, anbelangt, so sei an dieser Stelle auf die ausführlichen Untersuchungen Felbers<sup>46</sup> verwiesen. Nach Wittfogel soll diese "agrarkommunistische Feldgemeinschaft"<sup>47</sup> (das Jing Tian) noch in der Zhou-Zeit bestanden haben.<sup>48</sup> Mengzi (372 bis 289 v. u. Z.), auf dessen Darstellungen sich die Informationen über das Jing Tian stützen, berichtet jedoch nur vom Hörensagen über eine Ordnung, die, falls sie überhaupt je bestanden hat, zu seiner Zeit bereits in fernster Vergangenheit gelegen haben mußte. Die letzten Lebensjahre des Mengzi fielen in die Periode des

45 Unbekanntes Bewässerungssystem, in: Neues Deutschland v. 6. 1. 1967, Ausg. A, S. 4.

46 Felber, Roland, Die Utopie vom Brunnenfeld, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, H. 3/1965, S. 351 ff.

47 Wittfogel, Karl-August, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 304.

48 Ebenda, S. 314.

endgültigen Verfalls der Zhou-Dynastie, und die Reformen des Shang Yang, durch die der Boden käuflich wurde, werden gegen 350 v. u. Z. angesetzt. Offensichtlich schließen sich "agrarkommunistische Feldgemeinschaft" (Jing Tian) und Käuflichkeit des Bodens gegenseitig aus. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die rechtliche Fixierung der Käuflichkeit des Bodens sicher nur Praktiken legalisierte, die sich in der vorangegangenen Zeit immer mehr durchgesetzt hatten. Nicht zuletzt als Kritik an der neuen Ordnung sind die Ausführungen des Mengzi über das Jing Tian zu verstehen.

Der Agrarkommunismus, die "klassische" Etappe, ist bei Wittfogel in ihrem zeitlichen Ablauf und ihrem Wesen sehr widersprüchlich charakterisiert. Wenn er ausführt: "Im eigentlichen Feldbau jedoch steht... seit dem Ende des Agrarkommunismus der feudalen Epoche (Hervorhebung von G. L.) im großen und ganzen durchaus die familienmäßige (Hervorhebung von Wittfogel) Organisation der Arbeit im Vordergrund"<sup>49</sup>, so muß man sich fragen, welche Etappe seiner Periodisierung hier gemeint ist: der Agrarkommunismus oder der Feudalismus. Wenn man sich an die folgenden Ausführungen Wittfogels hält, so rechnete er weder Agrarkommunismus noch Feudalismus zur ausgebildeten (anderswo: entfalteten) asiatischen Produktionsweise, denn an einer Stelle, die mit dem vorhergehenden Zitat im Zusammenhang steht, kann man lesen, "... daß der unmittelbare landwirtschaftliche Produktionsvorgang sich während der ganzen ausgebildeten 'asiatischen' Epoche kleinbetriebsmäßig im Familienrahmen vollzog."<sup>50</sup> Das hieße also, daß er die entfaltete asiatische Epoche nach dem "Agrarkommunismus der feudalen Epoche" ansetzt, wenn er erst dann den Kleinbetrieb im Familienrahmen als ökonomische Basis zeitlich einordnet. Demnach müßten die von ihm erfundenen Etappen des Agrarkommunismus und Feudalismus mit den Reformen des Shang Yang und der Reichseinigung als beendet angesehen werden, während die "ausgebildete asiatische" Epoche, zu deren Kennzeichen die "familienmäßige Organisation der Arbeit" gehörte, zu dieser Zeit begonnen haben müßte. Dazu im Widerspruch steht der Teil der bereits angeführten Bemerkungen Wittfogels, wonach die "entfaltete asiatische" Produktionsweise vor die Sklavenhaltergesell-

49 Derselbe, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, a. a. O., S. 130.

50 Ebenda. S. 131 (Hervorhebung von G. L.).

schaft oder den Feudalismus einzuordnen wäre, während hier das Ende der feudalen Epoche den Anfang der "entfalteten asiatischen" Produktionsweise kennzeichnet. Und hierbei hatte sich Wittfogel noch besonders auf Marx berufen! Das ist nur einer der vielen Widersprüche in Wittfogels System der Periodisierung der chinesischen Geschichte.

Was hat uns Wittfogel nun zur Charakterisierung des chinesischen "Agrarkommunismus" zu sagen? "Tatsache ist, daß im chinesischen Altertum, in jener Epoche, als die Agrarkommune, d. h. ein wie immer geartetes 'Brunnenfeldsystem' bestand, Fronarbeit für den feudalen Herren, Fürsten, Kaiser ein wesentlicher Zug der damaligen agrarischen Arbeit Chinas war."<sup>51</sup> Auch hier wieder finden wir die für Wittfogel typische Vermischung von Agrarkommunismus und Feudalismus, auf die wir bereits hingewiesen haben. Es geht nicht an, die ökonomische Ausbeutung der Dorfgemeinschaften durch die "höhere Einheit" als Fron oder als feudal zu kennzeichnen. Sie hatte zudem, soweit sich das bisher nachweisen läßt, nicht die in der Legende vom Brunnenfeld beschriebene spezifische Form der Ausbeutung angenommen.

Etwas "reiner" erscheint der Agrarkommunismus in Bemerkungen Wittfogels, wonach zu Anfang der Zhou-Zeit, also nach dem 12. Jahrhundert v. u. Z., Arbeiter, Handwerker und Kaufleute noch in das Brunnenfeldsystem einbezogen waren.<sup>52</sup> Widersprüchlich wird er jedoch wieder, wenn er den Kampf der Zentralgewalt gegen die Städte, die im Besitz des Lehnsadels gewesen sein sollen, in die Periode des "Agrarkommunismus" verlegt. Unter Berufung auf das Shu Jing sagt Wittfogel, daß sich in der Xia-Zeit, die geschichtlich noch nicht nachgewiesen ist, auf jeden Fall aber vor der ersten historisch belegten Dynastie (demnach vor dem 17. Jahrhundert v. u. Z.) einzustufen wäre, die Großwürdenträger He und Ho in ihre Städte zurückgezogen hätten, wo sie militärisch bezwungen werden mußten.<sup>53</sup> Kurz zuvor hatte er festgestellt, daß "das China der klassischen Periode ... bereits eine differenzierte Wirtschaftsordnung entwickelt hatte."<sup>54</sup>

51 Ebenda, S. 390.

52 Derselbe, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 310 f.

53 Ebenda, S. 312.

54 Ebenda, S. 311.

Nebenbei versucht Wittfogel, sich auch mit den nicht-agrikolen Wirtschaftszweigen des alten China zu befassen. Für die Periode des "Agrarkommunismus" stützt er sich dabei in erster Linie auf das bereits erwähnte Zhou Li. Unter Hinweis auf dieses Werk stellt er zum "Hauptgegenstand industrieller Tätigkeit" fest: "Vor Y ü (Yu)<sup>55</sup> soll die Töpferei vorgeherrscht haben, unter den H s i a (Xia) der Häuserbau. Die Y i n dagegen stellten in den Mittelpunkt ihrer industriellen Arbeit die Zimmerarbeiten (?), die T s c h o u (Zhou) den Wagenbau.<sup>56</sup> Und nun folgt ein Kabinettstückchen des "Marxisten" Wittfogel, das in diesem Stadium seiner Entwicklung vielleicht nur seine Unfähigkeit zum marxistischen Denken charakterisiert. Wir werden sehen, wie er später im "Oriental Despotism" die hierbei angewandte Methode bewußt ausgebaut und zur Grundlage einer antikommunistischen Hetze gemacht hat, der jedes Mittel recht ist. Zum Wagenbau der Zhou-Zeit heißt es bei der Einschätzung der Betriebsgröße: "Der Wagenbau z. B. wird, wie der Überblick über die Arbeiten der Handwerker (im Zhou Li - G. L.) ausdrücklich sagt, von einer Mehrzahl von Arbeitern durchgeführt, was ohne weiteres einleuchtend ist, legt doch, wie M a r x (Hervorhebung von Wittfogel) dargestellt hat, die W a g e n f a b r i k a t i o n eine manufakturmäßige Kooperation überhaupt sehr nahe (Hervorhebung von G. L.)."<sup>57</sup> In einer Fußnote bezieht sich hierbei Wittfogel auf den ersten Band des "Kapital" von Marx, in dem dieser, im 12. Kapitel, die "Teilung der Arbeit und Manufaktur" behandelt. Bekanntlich führt Marx als Schulbeispiel für die Anfänge der k a p i t a l i s t i s c h e n Manufaktur, in der verschiedene, ursprünglich selbständige Handwerker in einem Produktionsbetrieb unter dem Kommando desselben Kapitalisten vereint werden, die Kutschenmanufaktur an.<sup>58</sup> Das Beispiel ist, wie wohl ohne weiteres einleuchtet, insofern willkürlich gewählt, als statt der Kutschenmanufaktur eine beliebige andere Art der Manufaktur hätte angeführt werden können. Offensichtlich kam es Marx hier nur darauf an, den grundlegenden Prozeß der Entstehung kapitalistischer Manufakturen an einem geeigneten Beispiel zu beleuch-

55 Die in Klammern angegebene, dem Pekinger Alphabet entsprechende Umschrift nach Lewin.

56 Wittfogel, Karl-August, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, a. a. O., S. 505.

57 Ebenda, S. 506.

58 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital. Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 356 f.

ten. Es geht dabei deutlich hervor, daß Kutschen bereits vorher, wenn auch nicht in Manufakturen, hergestellt wurden. Wittfogel leitet lediglich aus der Tatsache, daß in der Periode des "Agrarkommunismus" bereits Wagen hergestellt wurden, die Existenz von Manufakturen schematisch ab. Dabei operiert er nicht etwa mit stichhaltigen Fakten, sondern mit der Verdrehung Marxscher Darlegungen. Was kann der Hinweis auf die zitierte Stelle anders bezwecken, als ein Niveau der Kooperation in der Produktion anzudeuten, das realiter in der Zhou-Zeit undenkbar war? Aus der Stelle im Zhou Li ließe sich vielleicht ein gewisser Stand der Arbeitsteilung (nicht unbedingt in der Zhou-Zeit!) ableiten, aber doch wohl keine "manufakturmäßige Kooperation". Derartige widersprüchliche Ausführungen zur Etappe des "klassischen" Agrarkommunismus ließen sich noch beliebig aus Wittfogels Werken zitieren.

Wenn man den Ausführungen Wittfogels folgt, könnte man zusammenfassend diese Epoche als "feudalen Agrarkommunismus" (eine *contradictio in adiecto*) definieren, bei dem die Bauern im Brunnenfeldsystem organisiert waren. Unter diesem System bearbeiteten sie ein Stück Land (nach Mengzi: 1/9 oder 1/10 des ihnen zustehenden Bodenanteils) in Fronarbeit für den Feudalherrn. Schon früh in dieser Epoche bestanden nach Wittfogel Städte als Besitztum von Lehnsherren im Rahmen einer bereits "differenzierten Wirtschaftsordnung".<sup>59</sup> Dieses so komplizierte (und widersprüchliche) Gesellschaftssystem verdankte angeblich seine Entstehung den natürlichen Grundlagen der chinesischen Gesellschaft, nämlich der Notwendigkeit, größere (bisher nicht nachgewiesene!) Bewässerungsanlagen als Voraussetzung für die landwirtschaftliche Nutzung des Siedlungsgebiets zu errichten.

Dabei sind Wittfogels Angaben zum Umfang der tatsächlich auf diesem Gebiet geleisteten Arbeiten recht widersprüchlich, ganz abgesehen davon, daß Bewässerungsanlagen erst in den letzten Jahrhunderten vor der Reichseinigung nachweisbar sind.<sup>60</sup> Er berichtete, daß "Yu (Yu) ... die Hsia-(Xia-)Dynastie (zirka 2200 bis 1766) durch kolossale Wasserbauten" einleitete<sup>61</sup>, und erläutert an anderer Stelle: "... diese Basis entwickelte zunächst Formen des Wasserbaus von

59 Wittfogel, Karl-August, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 311.

60 Lewin, Günter, Zu einigen Problemen, a. a. O., S. 253 ff.

61 Wittfogel, Karl-August, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, a. a. O., S. 419.

durchaus einseitiger Art, ... und zwar derart, daß die Wasser z u - f u h r immer noch vorwiegend in Kleinformen (Brunnen) verlief, während die Wasser a b w e h r anlagen zu Großformen von allerriesigsten Ausmaßen sich ausdehnten. Unsere These ist demnach die, daß in der z w e i t e n Phase der Entwicklung der chinesischen Agrargesellschaft, die wir bis gegen das Ende der Tschou-(Zhou)-Zeit ansetzen (bis 221 v. u. Z. - G. L.), diese Gesellschaft in ein von Grund auf neues Verhältnis zum Wasserbau trat, derart, daß die Wasser s c h u t z anlagen in dieser Periode, jedenfalls was ihre 'Flächenausdehnung' anbelangt, sich einseitig in den Vordergrund schieben."<sup>62</sup> Wir weisen nur, ohne näher darauf einzugehen, auf einen weiteren Widerspruch in Wittfogels Periodisierungsschema hin. Hier wird von einer z w e i t e n Etappe (oder Phase) der Entwicklung der chinesischen Agrargesellschaft gesprochen, die von der Xia-Zeit bis zur Reichseinigung gedauert haben soll.

Die Ausgrabungen sowie andere zuverlässige Angaben lassen den Schluß zu, daß die Anlage größerer Deiche zum Schutz der Felder vor Überflutungen und der Bau von Kanälen erst zu Beginn der Zhan-Guo-Zeit (5. Jahrhundert v. u. Z.) möglich wurde. Wittfogel begründet hier das Entstehen der asiatischen Produktionsweise in China aus der Notwendigkeit des H o c h w a s s e r s c h u t z e s, nicht aber der Bewässerung der Felder. Wir haben an anderer Stelle<sup>63</sup> nachgewiesen, daß der Stand der Produktivkräfte in China derart umfangreiche Anlagen, die den Charakter einer Gesellschaftsformation hätten bestimmen können, damals gar nicht gestattete. Hinzu kommt, wie wir bereits ausführten, daß es keinerlei archäologische Beweise für eine solche These gibt, weder bei Wittfogel noch anderswo.

Zusammenfassend stellen wir zu jener ersten Etappe der chinesischen Entwicklung, wie sie Wittfogel mit seiner Epoche des "klassischen Agrarkommunismus" zu definieren sucht, fest, daß neben der widersprüchlichen Charakterisierung dieser Epoche seine These schon rein chronologisch dadurch unhaltbar wird, daß er den Abschluß dieser Etappe einerseits mit dem Übergang zum "Feudalismus" gleichsetzt, dessen Ende er wiederum, wie wir sehen werden, mit der Reichseinigung identifiziert. Andererseits läßt er die "klassische" Periode auch selbst bis zur Reichseinigung währen, spricht er doch vom Agrarkommunismus der feudalen Epoche, worunter man sich schwerlich etwas

62 Ebenda, S. 284 f.

63 Lewin, Günter, Zu einigen Problemen, a. a. O., S. 255 f.

vorstellen kann. Ein weiterer Widerspruch besteht darin, daß eine Gesellschaftsordnung des Agrarkommunismus nach marxistischer Auffassung im Gegensatz zu Wittfogel noch keine antagonistischen Klassen aufweist, sondern der Urgemeinschaft zuzuordnen ist. Ganz offensichtlich hat sich sein Versuch, die chinesische (oder irgendeine andere) Entwicklung aus den "natürlichen Ursachen" zu erklären, hier als wenig glücklich erwiesen.

### Wittfogels Etappe des chinesischen Feudalismus

Dieses eigenartige Zwittergebilde Wittfogelscher Provenienz, der chinesische Feudalismus, ist in seinen Wesenszügen noch unklarer bestimmt als der in dieser Hinsicht bereits recht benachteiligte "klassische Agrarkommunismus".

Den Verfall des "Agrarkommunismus", als dessen Kernstück er das Brunnenfeldsystem ansah, führte Wittfogel auf die mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbundene Auflösung dieses Systems zurück. "Wenn das Bewässerungswesen die Grundlage der Produktionsweise Chinas bildete, so mußte die technische Höherentwicklung des Bewässerungssystems den Arbeitsprozeß intensivieren; seine Ergiebigkeit steigern."<sup>64</sup> Diese Entwicklung führte dann nach Wittfogels Auffassung zur Forderung nach Privateigentum an Grund und Boden und damit zur Klassendifferenzierung.<sup>65</sup> Ganz abgesehen davon, daß, wie wir nachweisen konnten, in der von Wittfogel als "klassisch" bezeichneten Periode selbst nach seinen Aussagen die künstliche Bewässerung als praktisch nicht vorhanden, der Schutz vor Überflutungen dagegen einmal als weitreichend, ein andermal als noch relativ unterentwickelt anzusehen ist, kann tatsächlich von einer Herausbildung des Privateigentums an Grund und Boden doch erst seit der Zeit kurz vor den Reformen des Shang Yang (4. Jahrhundert v. u. Z.) gesprochen werden. Zu dieser Zeit begann aber, nach Wittfogel, die Periode des "Bauern- und Beamtenstaats". Die zweite Etappe seines Periodisierungsschemas, die des Feudalismus, muß demnach nicht später als zu diesem Zeitpunkt geendet haben. Sie könnte jedoch erst mit den Anfängen der Herausbildung des Privateigentums, also auf keinen Fall zeitiger als in den ersten Jahrhunderten des letzten Jahrtausends v. u. Z. eingesetzt haben, da ja zuvor, wie wir bereits erwähnten,

64 Wittfogel, Karl-August, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 313.

65 Ebenda.

nach seiner Auffassung das "agrarkommunistische" Brunnenfeldsystem noch in voller Blüte stand. Da er an anderer Stelle die Etappe des "Agrarkommunismus" bis zum Ende der Zhan-Guo-Zeit, also bis zur Entstehung des "Bauern- und Beamtenstaats", wahren läßt, löst sich der Zeitraum für die Existenz des chinesischen Feudalismus praktisch in ein Nichts auf.

Ist schon die zeitliche Existenz der zweiten Etappe recht prekär, so gilt das für ihre Merkmale in noch weit stärkerem Maße. Den Kampf zwischen der Zentralgewalt und den Städten, den man, wäre er geschichtlich belegt, normalerweise als Erscheinung eines Spätfeudalismus europäischer Prägung ansehen müßte, ordnet Wittfogel einmal der "klassischen" Xia-Zeit (vor dem 17. Jahrhundert v. u. Z.) zu. Gleichzeitig verlegt er ihn aber auch in die Zhan-Guo-Zeit (5. bis 3. Jahrhundert v. u. Z.), wobei er ihn als eine Erscheinung des chinesischen Feudalismus beschreibt. In diesem Sinne heißt es bei ihm: "... wenn schließlich zur Zeit des Konfuzius (Kongzi) und Menzius (Mengzi) (5. - 4. Jh. v. u. Z. - G. L.) immer wieder diese auf ihre Städte pochenden Adelsgeschlechter auftreten, so hat das doch seinen ganz bestimmten Hintergrund und seine klare soziale Bedeutung."<sup>66</sup> Welche Bedeutung hier gemeint ist, hatte Wittfogel bereits wenige Sätze zuvor angedeutet: "Was die Städte anbelangt, so brauchen wir nur flüchtig der Rolle zu gedenken, die die Entstehung selbständiger Städte in Europa für die Entstehung des modernen Kapitalismus gehabt hat, um die Bedeutung des Städtewesens auch für die chinesische Wirtschaftsgeschichte gebührend einzuschätzen. Wenn wir nun in China den Lehnsadel im Besitz eigener Städte finden, mit deren Hilfe er eine selbständige Politik gegen die Zentralgewalt zu machen sucht, so klingt das deutlich an Frühformen der europäisch mittelalterlichen Sozialentwicklung an."<sup>67</sup> Daß die Stadt in China nie die gleiche Rolle gespielt hat wie die in Europa<sup>68</sup>, daß von der Entstehung "selbständiger" Städte in China nie die Rede gewesen sein konnte, gibt Wittfogel an anderer Stelle selbst zu, wenn er über die Rolle der Handwerker spricht. "S i e (die 'asiatischen' Beamten - G. L.) h e r r s c h t e n i n d e r S t a d t . Kein Aufstand der Zünfte und Geschlechter warf sie aus dem Sattel. Niemals vermochte sich daher die asiatische Zunft, niemals vermoch-

66 Ebenda, S. 312.

67 Ebenda.

68 Lewin, Günter, Die Erforschung der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen Chinas, a. a. O., S. 364.

te speziell die c h i n e s i s c h e Zunft auch nur einen Bruchteil jener Machtpositionen zu erobern, deren sich die Zünfte des Westens für einen mehr oder minder langen Zeitraum zu bemächtigen verstanden."<sup>69</sup> Hier sei nur kurz darauf verwiesen, wie Marx die Rolle der Städte in der asiatischen Produktionsweise einschätzte: "Die eigentlichen Städte bilden sich hier neben diesen Dörfern bloß da, wo besonders günstiger Punkt für auswärtigen Handel oder wo das Staatsoberhaupt und seine Satrapen ihre Revenue (Surplusprodukt) austauschen gegen Arbeit, sie als labour-funds verausgaben."<sup>70</sup> Offensichtlich bestehen hier keinerlei Gemeinsamkeiten mit Wittfogels Auslegungen.

Nachdem Wittfogel auf die von ihm für den Verfall des Brunnenfeldsystems als ursächlich angenommenen Erscheinungen verwiesen hat, fährt er fort: "Das feudale China mit seinen verwüstenden Kriegen und seinen drückenden Steuerlasten trieb den zahlungsunfähigen Bauern von der Scholle, steigerte beim seßhaft Gebliebenen den Wunsch nach der Konstituierung einer neuen agrarischen Rechtsordnung."<sup>71</sup> Des weiteren beruft er sich auf den chinesischen Klassiker Han Feizi, den er als Gewährsmann dafür zitiert, daß der vertriebene Bauer "seine Arbeit an andere verkaufen und ihnen die Felder bestellen" mußte.<sup>72</sup> Ergänzend stellt Wittfogel dazu fest: "Mit diesen neuen Verhältnissen (die durch den Verfall des Feudalismus noch verschärft wurden) stand allerdings das alte Tsing Tien-(Jing Tian-)System nicht mehr im Einklang."<sup>73</sup>

Von einer marxistischen Analyse kann hier keine Rede mehr sein. Da werden nicht nur geschichtliche Daten (zum Beispiel Xia-Zeit und Zhan-Guo-Zeit), sondern auch ökonomische Kategorien wild durcheinandergewirbelt. Ohne den Versuch einer Analyse der chinesischen Stadt und ihrer Besonderheiten wird die Zeit des Kongzi (Konfuzius) mit dem Vorabend des europäischen Kapitalismus in einem Atemzug genannt. Gleichzeitig werden der Verfall des chinesischen Feudalismus und der Verfall des Jing-Tian-Systems, das für die diesem vorangegangene Etappe des "Agrarkommunismus" typisch gewesen sein soll, in

69 Wittfogel, Karl-August, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, a. a. O., S. 572.

70 Marx, Karl, Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen, a. a. O., S. 9.

71 Wittfogel, Karl-August, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 313.

72 Ebenda.

73 Ebenda, S. 314.

ein und denselben Zeitabschnitt verlegt. Das bedeutet, daß nach Wittfogel der Agrarkommunismus und der ihm folgende Feudalismus zur gleichen Zeit verfielen, ja, daß die Krise der nachfolgenden feudalen Formation angeblich sogar noch die Krise der vorangegangenen, des Agrarkommunismus, verschärfte.

Was hat uns Wittfogel über diesen seltsamen Feudalismus noch zu berichten? Die chinesischen Feudalherren, die "Hauptnutznieser und Befürworter der alten Ordnung", hatten erreicht, daß ihre Lehen erblich geworden waren. "Ein rein parasitärer Herrrentyp entstand, der ... die ländliche Produktion ... durch seine ständigen Fehden ... sowie durch stumpfsinnige uferlose Steuerforderungen zum Erliegen brachte." Ihnen "gegenüber sahen sich diejenigen Großen, die sich nicht 'feudalisierten', sondern als Beamte den Bauern mit einer positiven Wirtschaftspolitik helfend zur Seite standen, gezwungen, immer ausschließlicher ihren Beamtencharakter hervorzukehren, jenen Beamtencharakter, der der chinesischen herrschenden (feudalen) Klasse von vornherein ein spezifisches Gepräge gegeben hatte. So mußten denn die sich differenzierende Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse, die immer klarere Sonderung des Beamten und des Kriegers, sowie die durch die inneren Fehden der kriegerischen Feudalherren verursachten Störungen des ganzen Wirtschaftslebens schließlich jene Krisen und Aufstände heraufbeschwören, von denen die letzten Jahrhunderte der Tschou-(Zhou-)Zeit erfüllt sind."<sup>74</sup> "Die Herstellung der neuen Agrarordnung (im Staate Qin, unter Shang Yang - G. L.) ging mit der Zerstörung der alten feudalen Zustände Hand in Hand."<sup>75</sup> Daß diese Ausführungen historisch völlig unhaltbar sind, bedarf wohl keines weiteren Beweises.

Nicht ohne Interesse ist jedoch noch folgender "schöpferischer" Beitrag Wittfogels zur marxistischen Theorie: Er entdeckte die besondere Formation des "Frühfeudalismus", die er zeitlich vor die antike Sklavenhaltergesellschaft einreicht. Dazu führt er aus: "Nicht überall gingen frühfeudale Zustände in 'antike' über, sondern nur dort, wo bestimmte Bedingungen erfüllt waren, nämlich: I. wo S k l a v e n a r b e i t leicht ... z u g ä n g l i c h w a r , ... II. wo S k l a v e n a r b e i t ökonomisch verwendbar, d. h. r e n t a b e l w a r , ..."<sup>76</sup>

74 Ebenda.

75 Ebenda, S. 315.

76 Derselbe, Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 602.

Ausgehend von marxistischen Positionen sprechen auch andere Wissenschaftler von einem chinesischen Feudalismus, so zum Beispiel in der Sowjetunion und der Volksrepublik China. Derartige Anschauungen stützen sich in erster Linie auf eine etwas mechanische Anwendung des Stalinschen Schemas auf die chinesische Entwicklung. Sie ignorieren die Hinweise von Marx auf die "asiatische Produktionsweise" oder sehen diese als unerheblich an. In den letzten Jahren wird dieses Problem in der Sowjetunion wieder rege diskutiert, und ein Abschluß der Diskussion ist vorerst noch nicht abzusehen. Die hier genannten Auffassungen haben selbstverständlich nichts gemein mit der Darstellung des "chinesischen Feudalismus" durch Wittfogel.

Es sei abschließend nochmals betont, daß uns Wittfogel eine genaue Datierung für Beginn und Untergang seines chinesischen Feudalismus vorenthalten hat. Man kann es unter diesen Umständen daher nur begrüßen, daß dieser anscheinend schon sehr bald unter dem Ansturm des sogenannten "Bauern- und Beamtenstaats" seine prekäre Existenz beenden durfte.

#### Wittfogels chinesischer Bauern- und Beamtenstaat

Seine Ausführungen zum chinesischen "Bauern- und Beamtenstaat" leitet Wittfogel mit folgenden Worten ein: "In den Entwicklungsprozessen dieser Zeit (der 'klassischen' - G. L.) und in den Ursachen, die aus dem altchinesischen Feudalstaat das spätere Bauern- und Beamtenchina hervorgehen ließen, liegt zugleich die Erklärung für den Charakter der 'mittleren' Periode der Geschichte Chinas. Diese Periode begann - dokumentierte sich, gab dem Leben Chinas sein typisches Gesicht - mit dem Ende der Tschqu-(Zhou-)Zeit im dritten vorchristlichen Jahrhundert. Erst das Auftreten des modernen Kapitalismus im 19. Jahrhundert hat im Schoße der Bauern- und Beamtengesellschaft die Keime eines neuen dritten (oder, wenn man die klassenlose agrarkommunistische Urgesellschaft einrechnet: vierten) Wirtschaftssystems zur Entstehung gebracht."<sup>77</sup>

Leider war aus keiner der Schriften Wittfogels, die uns zugänglich waren, ersichtlich, wodurch sich die hier erstmalig erwähnte Formation der "klassenlosen agrarkommunistischen Urgesellschaft" vom "klassischen Agrarkommunismus" unterscheidet, der ja nach Wittfogel bereits "Fronarbeit" und "ein differenziertes Wirtschaftssystem"

77 Derselbe, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 315.

kannte. Bekanntlich hatte Wittfogel eine Entwicklung der chinesischen Gesellschaft in drei Etappen (oder Wirtschaftssystemen) stipuliert, deren höchste Stufe der "Bauern- und Beamtenstaat" war. Hier beginnt auf einmal das d r i t t e Wirtschaftssystem erst mit dem Auftreten des modernen Kapitalismus im 19. Jahrhundert, während bisher der "Bauern- und Beamtenstaat" immer an dritter Stelle des von Wittfogel konstruierten Schemas rangierte. Dabei steht der "Agrarkommunismus" an erster Stelle; er wird also offensichtlich zu den Wirtschaftssystemen gezählt. Unklar bleibt, ob Wittfogel ihn hier mit der "klassenlosen agrarkommunistischen Urgesellschaft" identifiziert. Es handelt sich hierbei um ein weiteres Beispiel der vielen Inkonsequenzen Wittfogelscher "Wissenschaft", das wir nur zur Kenntnis nehmen können, ohne ihm zu folgen.

In dem Maße, wie sich Wittfogel schon mit der Bezeichnung "Bauern- und Beamtenstaat" von der marxistischen Terminologie löst, verzichtet er auch endgültig auf weitere Versuche einer marxistischen Analyse gesellschaftlicher Prozesse, während er sich zuvor, wenn auch ohne sichtbaren Erfolg, wenigstens darum bemüht hatte. Seine Abweichungen von der marxistischen Methode gehen nun noch bedeutend weiter als bei der Untersuchung der von ihm benannten beiden ersten Etappen. So verzichtet er darauf, die Frage nach der Konzentration von Boden und Reichtum in der Bauern- und Beamtengesellschaft zu stellen und sie der Charakterisierung dieser Periode zugrunde zu legen.<sup>78</sup> Er geht bei seinen Untersuchungen auch nicht einmal andeutungsweise mehr auf die Produktionsverhältnisse ein. Aber er hält sich genauso wenig an die noch vielfach übliche Unterteilung nach Dynastien.

Könnte man bei oberflächlicher Betrachtung den von Wittfogel als erste Etappe bezeichneten "Agrarkommunismus" noch für eine Kategorie im Sinne der marxistischen Theorien halten, so bleibt bei der zweiten, dem "chinesischen Feudalismus", lediglich der Name als Anklang an die marxistische Lehre übrig. Bei der dritten verzichtet Wittfogel sogar auf den Anschein. Wenn er auch in gewissem Maße das Entstehen des "Bauern- und Beamtenstaats" ökonomisch auf die Reformen des Shang Yang und die damit zusammenhängenden Veränderungen in der Struktur der chinesischen Gesellschaft zurückführt, so ist seine Charakterisierung dieser Etappe dennoch in erster Linie durch Kriterien des Überbaus und nicht der Basis gekennzeichnet. Wir nei-

78 Ebenda, S. 315 ff.

gen zu der Ansicht, daß sich das Gesellschaftssystem, das mit den Reformen des Shang Yang eingeleitet wurde, grundlegend vom europäischen Feudalismus unterscheidet<sup>79</sup>, ohne uns jedoch den Begriff des "Bauern- und Beamtenstaats" oder die ihm zugrunde liegenden Einschätzungen zu eigen zu machen.

Bei Wittfogel finden wir nur geringfügige Unterschiede zwischen der Basis seiner "feudalen" Gesellschaft und derjenigen seines "Bauern- und Beamtenstaats". Für ausschlaggebend hält er bei beiden die, ebenso wie auch beim Agrarkommunismus, angeblich naturbedingte Abhängigkeit der chinesischen Landwirtschaft von der Anlage größerer Bewässerungsbauten, die den Charakter der Gesellschaft bestimmen. Da sich die Natur im Laufe der Zeit nicht grundlegend verändert hat, sondern nur einige Naturkräfte "aktualisiert" worden sind, konnte es nach Wittfogel auch zu keinen grundlegenden Veränderungen der ökonomischen Basis während der verschiedenen Etappen kommen. Mußten unter dem Brunnenfeldsystem die Bauern "Fronarbeit für den feudalen Herren, Fürsten, Kaiser ..." leisten<sup>80</sup>, so sieht er das für den "Bauern- und Beamtenstaat" typische Kriterium darin, daß eine Schicht von Beamten kraft ihrer Herrschaft über das Bewässerungswesen die unmittelbaren Produzenten despotisch ausbeutet und unterdrückt. Die Tatsache, daß es sich bei diesen Beamten, deren höchster der Kaiser ist, weitgehend um Grundeigentümer oder Grundbesitzer handelt, wird dabei ausschließlich als Begleiterscheinung, als Ergebnis ihrer Funktion und nicht als deren Voraussetzung gewertet. Auf Grundeigentümer, die nicht gleichzeitig Beamte sind, geht Wittfogel in diesem Zusammenhang nicht ein. Die Abhängigkeit der chinesischen Landwirtschaft von der Bewässerung habe die Errichtung von Wasserbauanlagen großen Ausmaßes erfordert. Für deren Realisierung sei das Eingreifen einer zentralen Verwaltung notwendig gewesen, die sich zu einer despotischen Macht entwickelt habe. An ihrer Spitze habe der Despot, der Kaiser, gestanden, der seine Machtvollkommenheiten aus der Beherrschung der lebenswichtigen Wasserbauanlagen abgeleitet habe. Derartige Regierungsorgane glaubt Wittfogel bereits seit der Zeit vor Yu nachweisen zu können. Er verfolgt ihre vermeintliche Existenz durch die Shang- und Zhou-Zeit<sup>81</sup> und beschreibt dann eine

79 Lewin, Günter, Die Erforschung der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen Chinas, a. a. O., S. 361 f.

80 Wittfogel, Karl-August, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, a. a. O., S. 390.

81 Ebenda, S. 417 f.

Reorganisation dieser Organe unter der Regierung des Qin Shi Huang Di im neu geeinten Reich. Diese Reorganisation wird jedoch nicht als Ausdruck einer neuen Qualität geschildert, die es dem Leser verständlich machen könnte, daß hier die Ablösung einer alten Gesellschaftsformation durch eine neue, eben diesen "Bauern- und Beamtenstaat", erfolgen mußte.<sup>82</sup> Daß - wie Wittfogel vermeint - sich durch neu hinzugekommene größere Reisanbaugebiete in dieser Zeit die Bedeutung der Bewässerungsanlagen für die chinesische Landwirtschaft noch erhöht habe, ist hierfür kein ausreichender Grund. Da nach seiner Auffassung der Charakter der chinesischen Gesellschaft schon von frühester Zeit an durch die Notwendigkeit der Wasserbauanlagen bestimmt wurde, erscheint eine solche Argumentation kaum stichhaltig. Das ergibt sich insofern, als die von Wittfogel angeführten Veränderungen rein quantitativer Natur sind.

Über die Zeitspanne von der Entstehung des "Bauern- und Beamtenstaats" bis zum 19. Jahrhundert heißt es bei Wittfogel nicht ganz zu unrecht: "Die Ereignisse und Wandlungen dieser riesigen Zeitspanne haben das ökonomische Prinzip, auf das China durch die Tsin-(Qin)-Revolution gestellt war, zwar beträchtlich modifiziert, ausgebaut, vertieft; allein ein dem Wesen nach neues Wirtschaftssystem ist bis ins 19. Jahrhundert, bis zum Eindringen des europäischen Kapitalismus, nicht in Erscheinung getreten."<sup>83</sup> Man muß dabei allerdings beachten, daß China in den fünfzehn Jahrhunderten, die der Einigung durch Qin Shi Huang Di folgten, zu den höchstentwickelten Ländern der Welt gehörte, daß also die vorkapitalistische Gesellschaftsformation in dieser Zeitspanne noch recht gut lebensfähig war, auch wenn sie periodisch von heftigen Krisen geschüttelt wurde.

Fasziniert durch seine "Bewässerungstheorien", ist Wittfogel völlig unfähig, seinen "Bauern- und Beamtenstaat" als neue Gesellschaftsformation schlüssig zu motivieren. Ohne die Bedeutung der Bewässerung für den immer mehr von Süden nach Norden vordringenden Reisanbau zu leugnen oder etwa der großen Leistung des chinesischen Volkes beim Deichbau am Huanghe die gebührende Bewunderung zu versagen, kann man doch keineswegs die Wasserbauanlagen als bestimmend für den Charakter der chinesischen Gesellschaft dieser Periode ansehen. Es ist nicht zu bestreiten, daß seit dem 5. Jahrhundert v. u. Z. die künstliche Bewässerung allmählich in der chinesischen Landwirt-

82 Ebenda, S. 434 f.

83 Derselbe, Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte, a. a. O., S. 316.

schaft an Bedeutung gewann, aber noch 1949 erfaßte sie (nach mehr als zweitausend Jahren) nur 16 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, und die besonders stark bewässerten Gebiete entsprachen mit Ausnahme der Gegend an der Yangtsemündung und vielleicht um Kanton im allgemeinen nicht den politisch oder ökonomisch entscheidenden Teilen des chinesischen Reiches. Sicher spielten die künstlich bewässerten Flächen in der landwirtschaftlichen Produktion Chinas eine recht erhebliche Rolle, aber sie können besonders angesichts ihrer geographischen Verteilung dennoch nicht als entscheidend für die Herausbildung der Gesellschaftsordnung angesehen werden, selbst wenn man sich Wittfogels Auffassung im Prinzip anschliesse.

Ohne sie richtig zu deuten, hat Wittfogel eine ganze Anzahl von Besonderheiten der vorkapitalistischen Gesellschaft Chinas ziemlich klar erkannt. So stellt er zum Beispiel die Frage, ob landwirtschaftlicher Großbesitz in China mit landwirtschaftlichem Großbetrieb identisch war. War er für die Ming- und Qing-Zeit belegt<sup>84</sup>, nämlich die in ihren Ausmaßen zeitweilig stärkere, zeitweilig schwächere Bodenkonzentration, die Existenz landwirtschaftlichen Großbesitzes also, ist seit den Reformen des Shang Yang nachweisbar und gilt somit auch für die vorhergehenden Dynastien. Wittfogel stellt dazu mit Recht fest: "Wenn trotz alledem dennoch allgemein und immer aufs neue von der 'Kleinbauernkultur' Chinas gesprochen wird, so beruht das auf der Betriebsweise, die eben, auch bei Vorhandensein von Großbesitz, zu intensiver gartenbaumäßiger Kleinwirtschaft drängt."<sup>85</sup> "Als Besitzer größerer Latifundien bezeichnen die Quellen sehr häufig Kaufleute ..., häufig auch Beamte ..., nicht selten schließlich Angehörige der herrschenden Dynastie (am krassesten in der Ming-Zeit)."<sup>86</sup>

Die häufigen Agrarkrisen in der Periode seines Bauern- und Beamtenstaats erklärt Wittfogel wie folgt: Es gäbe dafür Ursachen staatlichen und privaten Charakters. Zu letzteren zähle in erster Linie der Wucher, durch den reiche Bauern, Kaufleute, Beamte und bisweilen auch Angehörige der herrschenden Dynastie die Landbevölkerung ausbeuteten. Diese Belastungen zwangen im Verein mit den drückenden Steuern die Kleinbauern, sich dem ökonomischen und gelegentlich auch dem außerökonomischen Zwang zu beugen und ihr Land den Gläubigern abzutreten.<sup>87</sup> Hier erkennt Wittfogel die Symptome des periodisch wie-

84 Ebenda, S. 332.

85 Ebenda, S. 333.

86 Ebenda, S. 331.

87 Ebenda, S. 322 f.

derkehrenden Prozesses der Bodenkonzentration, die er "als im Widerspruch zur Gesamtgesellschaftsordnung stehend" bezeichnet und die "auch vom Staat ungern gesehen, ja oft direkt bekämpft wird".<sup>88</sup> Wir kommen auf diesen wichtigen Aspekt noch ausführlicher zurück.

Was die von ihm erstgenannte Krisenursache betrifft, so gerät er in das Reich der reinen Spekulation, wenn er sagt: "Das zentrale politische Krisenmoment ist der K r i e g ."<sup>89</sup> Der "so viel und durchweg so mystisch dargestellte chinesische Pazifismus"<sup>90</sup> sei nur darauf zurückzuführen, daß die chinesische, auf Bewässerung eingestellte Landwirtschaft durch Kriegseinwirkung viel verwundbarer gewesen sei als die anderer Länder. Durch seinen Reichtum habe China hingegen immer wieder ärmere Nachbarvölker zu Raubzügen verlockt. Wenn man das letztere der Argumente noch gelten lassen kann, so ist es doch offenbar falsch, davon auszugehen, daß "militärische Aktionen der politischen Macht ... mit verschiedenen Wirtschaftsformen in sehr verschiedenem Maß verträglich"<sup>91</sup> seien; denn in erster Linie wird in jedem Krieg die wichtigste Produktivkraft, der Mensch, in Mitleidenschaft gezogen. Überdies war die chinesische herrschende Klasse keineswegs so pazifistisch, wie Wittfogel sie darzustellen beliebt. Sie mußte jedoch auf militärischem Gebiet ihr Hauptaugenmerk der inneren Sicherheit, dem Kampf gegen die immer wieder zum Aufstand antretenden Bauern zuwenden und konnte sich daher nur bedingt auf kriegerische Abenteuer einlassen. Immerhin können wir neben den Abwehrkämpfen gegen die nomadischen Nachbarn des Nordens und Nordwestens eine ganze Reihe von Aggressionskriegen der chinesischen Kaiser registrieren, angefangen von der Han-Zeit (ab 206 v. u. Z.) bis hinein in die Qing-Zeit (1644 bis 1911).

Es muß immer wieder hervorgehoben werden: Bestimmend für die kaiserliche Politik war stets in erster Linie die Auseinandersetzung mit dem eigenen Volk. Man kann die Geschichte Chinas seit der ersten Reichseinigung als einen *circulus vitiosus* ansehen, wenn man deshalb auch nicht eine gewisse graduelle Weiterentwicklung übersehen darf. Der Kreislauf verlief etwa wie folgt: Bodenkonzentration auf Kosten der selbstwirtschaftenden Bauern, zunehmende Steuerfreiheit für den Großgrundbesitz, erhöhte steuerliche Belastung der Bauern, als Folge davon Vertreibung der Bauern von ihrer Scholle und Landflucht, dadurch bedingt weiteres Anziehen der Steuerschraube

90 Ebenda, S. 324.

88 Ebenda, S. 323.

91 Ebenda, S. 323.

89 Ebenda.

und Erhöhung der Pachten für die noch übriggebliebene, kleinere Zahl von Bauern, Verstärkung der Landflucht als Folge der verschärften Ausbeutung. Da die Städte der entwurzelten Landbevölkerung keine nennenswerte Existenzmöglichkeit boten, verstärkte sich die Aufstandsbewegung der verelendeten Bauern. Häufig versuchte die Zentralregierung, dem Ausbruch eines Aufstands durch Reformen und die Verteilung von Boden an die landlosen Bauern vorzubeugen. Wo das nicht gelang oder auch erst gar nicht versucht wurde, kam es zu großen Aufständen. Einige erfolgreiche Aufstände führten zum Sturz der jeweils herrschenden Dynastie. Erste Maßnahme der neuen Dynastie war dann die Bodenverteilung an selbstwirtschaftende Bauern, die damit zu einer Stütze der neuen Herrscher wurden. Dann begann der gleiche Kreislauf mit dem neu einsetzenden Prozeß der Bodenkonzentration. Mißlang ein Aufstand, führten die blutigen Repressalien der herrschenden Klasse meist zu einer derartigen Entvölkerung im Aufstandsgebiet, daß zur Wiederbelebung der Wirtschaft gewisse Reformen unumgänglich wurden. Großgrundbesitz hatte für den Eigentümer nur Sinn, wenn er den Boden verpachten und so Gewinn daraus ziehen konnte. Gab es keine Pächter, weil die Abgabenschraube zu stark angezogen worden war, lag der Boden brach. Es kam zu Hungersnöten, an denen selbstverständlich auch Naturkatastrophen und die Vernachlässigung der Bewässerungsanlagen lokal oft in hohem Maße beteiligt waren, zum Verfall der staatlichen Finanzen, zu Inflation und zu neuen Aufständen. Es gab in der Produktion weder Sklaven noch Leibeigene. Die Beziehungen zwischen Großgrundbesitzer und Pächter bzw. Landarbeiter waren fast ausschließlich ökonomischer Art, wobei es sich allerdings durchaus nicht um "kapitalistische" Pachtbeziehungen gehandelt hat. Fronddienst und Steuern waren an den durch seine Beamten vertretenen Kaiser zu leisten, der als oberster Grundeigentümer auftrat. Erbliche Lehen und eine Feudalhierarchie waren kaum bekannt. De jure war der Kaiser der "Despot", de facto lag die Macht meist weitgehend in den Händen vieler kleiner Despoten, der kaiserlichen Beamten, die jedoch von der jeweils herrschenden Clique im Namen des Kaisers jederzeit abberufen werden konnten.

Der gegenwärtige Stand der Forschung läßt eine zusammenfassende Charakteristik der chinesischen Gesellschaft zwischen dem 3. Jahrhundert v. u. Z. und dem 19. Jahrhundert u. Z. noch nicht zu. Wie wir gesehen haben, hat Wittfogel manche Erscheinungen dieser Periode richtig erkannt; jedoch hat er sich mit seiner These von der bestimmenden Rolle der natürlichen Grundlagen den Weg zu tieferen Erkennt-

nissen verbaut. Hätte er wie die Klassiker des Marxismus diese Erscheinungen nicht in Isolierung, sondern in engem Zusammenhang mit ganz konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen gesehen, wäre er vielleicht zu einer richtigeren Einschätzung der Position der künstlichen Bewässerung im gesellschaftlichen Geschehen gekommen.

Wenn wir nach einer Erklärung für die besondere Rolle suchen, die der Kaiser, das Beamtentum und der Staat in China während dieser Epoche und auch bereits vor der Zhan-Guo-Zeit spielten, dürfen wir Engels' Hinweise zu den Anfängen der Staatsgewalt nicht außer acht lassen. Engels verweist auf die Möglichkeit, daß im Rahmen der zunehmenden Arbeitsteilung Heerführer, Priester und andere mit bestimmten Funktionen betraute Personen im Laufe der Zeit ihre Ämter dazu benutzten, mehr Macht an sich zu reißen.<sup>92</sup> Unter Hinweis auf die von Wittfogel proklamierte "bestimmende" Rolle der natürlichen Bedingungen sei noch bemerkt, daß die erwähnten Ämter nicht zwangsläufig in Verbindung mit irgendwelchen Bewässerungsanlagen gesehen zu werden brauchen.

Die Überschätzung der Rolle der Bewässerung führt Wittfogel dazu, die Gesellschaft Chinas für den Gesamtverlauf ihrer Geschichte der asiatischen Produktionsweise zuzuordnen.<sup>93</sup> Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß er den, nirgends ausreichend erläuterten, Unterschied zwischen der einfachen und der entfalteten asiatischen Produktionsweise macht. Zur Stützung seiner Auffassungen verweist er auf die bereits von uns angeführte Stelle aus dem "Kapital"<sup>94</sup>, an der von der enormen Widerstandskraft der mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft verbundenen Hausindustrie der asiatischen Gesellschaften (nicht: asiatischen Produktionsweise!) die Rede ist. Als Zeugen für diese Erscheinung zieht er ferner den Geographen Richthofen heran, für den er überhaupt eine gewisse Vorliebe zeigt und dessen Auffassungen auch über nichtgeographische Probleme er ausgiebig zitiert.<sup>95</sup> Richthofen, das Werkzeug der kaiserlichen deutschen Expansionspolitik in China, scheint uns indes ein etwas eigenartiger Gewährsmann für die Stützung "marxistischer" Theorien zu sein.

92 Engels, Friedrich, Herrn Euger Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 166 f.

93 Wittfogel, Karl-August, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, a. a. O., S. 5.

94 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 346.

95 Wittfogel, Karl-August, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, a. a. O., S. X, XII, XV, 17, 19, 20, 146, 151 u. a. m.

Zusammenfassend ist zur Periodisierung der chinesischen Geschichte durch Wittfogel zu sagen: Sie ist unklar, widersprüchlich und ohne reale Grundlage. Die "Aktualisierung von Naturkräften", der Wittfogel so große Bedeutung beimißt, reicht in keiner Weise aus, den Übergang von einer gesellschaftlichen Etappe zur anderen zu erklären. Im Gegensatz zu Wittfogel, der die Naturbedingungen als die entscheidende Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung ansieht, betrachtet die marxistische Lehre "die Arbeitskraft" als "das aktivste Element der Produktion. Sie schafft und setzt die Produktionsmittel (zu denen im weiteren Sinn die natürlichen Bedingungen gehören - G. L.) in Bewegung."<sup>96</sup> Das Gesetz von der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte als ökonomisches Entwicklungsgesetz der Gesellschaft<sup>97</sup> spielt deshalb auch in Wittfogels Erwägungen keine Rolle. Aber gerade das Studium der Wirkungsweise dieses Gesetzes ist von ganz besonderer Bedeutung.

Wir hatten oben bereits auf den "circulus vitiosus" der chinesischen vorkapitalistischen Entwicklung hingewiesen. Was die Entwicklung der Produktivkräfte (der menschlichen Arbeitskraft wie auch der Produktionsinstrumente und -technik) anbelangt, so nahm China während einer historisch langen Periode die führende Stellung in der Welt ein. Die Erfahrungen der chinesischen Geschichte beweisen die Richtigkeit folgender marxistischer These: "Auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung wird den Produktivkräften der Rahmen der gegebenen Produktionsverhältnisse zu eng, und die Produktivkräfte geraten in Konflikt mit den Produktionsverhältnissen. Die Produktionsverhältnisse verwandeln sich aus einer Form der Entwicklung der Produktivkräfte in ihre Fessel."<sup>98</sup> Erstaunlich ist nun, daß wir zwar in China, gekennzeichnet durch eine beispiellose kämpferische Aktivität der chinesischen Bauernmassen, fast ununterbrochen die Auswirkungen dieses Widerspruchs zwischen den Produktionsverhältnissen und dem Charakter der Produktivkräfte in zahllosen Aufständen verfolgen können, daß aber die chinesische Gesellschaft aus eigener Kraft nicht in der Lage war, in dem langen Zeitraum vom 3. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 19. Jahrhundert u. Z. diesen Widerspruch zu lösen und zu einer höheren Produktionsweise zu gelangen. Es gab zwar eine gewisse Weiterentwicklung der Produktivkräfte, sie verlangsamte sich

96 Lehrbuch der politischen Ökonomie, Berlin 1959, S. 10.

97 Ebenda, S. 13.

98 Ebenda.

aber besonders im letzten Jahrtausend immer mehr, bis sie fast zum Stillstand kam. Es steht außer Frage, daß man die Ursachen dafür nicht in den "natürlichen Bedingungen" des Landes sehen kann, denn anderenfalls hätte die gewaltige Umwälzung der chinesischen Gesellschaft, die mit dem erfolgreichen Abschluß der chinesischen Revolution im Jahre 1949 einsetzte, von einer entsprechenden Umwälzung der natürlichen Grundlagen Chinas begleitet sein müssen. Der Erforschung dieses Problems sollte größere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da sie geeignet ist, unsere Kenntnisse vom Übergang einer Gesellschaftsformation zu einer höheren Stufe grundlegend zu bereichern. Für sehr fruchtbar halten wir den folgenden Hinweis des sowjetischen Ökonomen Varga: 'Neben der Entwicklung der Produktivkräfte spielen andere Faktoren, vor allem die Gewalt, eine bestimmte Rolle. Der Einfall der germanischen Stämme in das Römische Reich beschleunigte den Übergang von der Sklavenhaltergesellschaft zum Feudalismus; die Eroberung Indiens durch die Engländer zerstörte oder beschleunigte die Auflösung der ökonomischen Struktur Indiens usw.'<sup>99</sup> Diese Gedanken werfen folgende grundlegende Frage auf: Ist es ein **A u s n a h m e f a l l**, daß sich bei der Entstehung der Klassengesellschaft aus der Urgemeinschaft, beim Übergang vom europäischen Feudalismus zum Kapitalismus sowie beim Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage der im Kapitalismus entwickelten Produktion (nach dem gewaltsamen Sturz der Herrschaft des Kapitalismus oder nach friedlichem Übergang) **i n n e r h a l b e i n e s b e s t i m m t e n G e b i e t s** eine neue Produktionsweise **d i r e k t** aus der vorangegangenen entwickelt hat? Hoffmann hat dafür ein Schema vorgelegt, das wir innerhalb des europäisch-mediterranen Kulturkreises für beachtenswert halten: "Wenn wir Marx' Kategorien der sozial-ökonomischen Formationen anwenden, erhalten wir auf der östlichen Halbkugel folgende chronologische Aufeinanderfolge: 1. Zweite Hälfte des 4. Jahrtausends und Anfang des 3. Jahrtausends v. u. Z.: Die asiatische Produktionsweise taucht zum ersten Mal in Mesopotamien, Ägypten und Indien (Pundschab und Sindh) auf. Keimformen dieser Produktionsweise in angrenzenden Territorien mögen sogar älteren Datums sein (zum Beispiel Jericho in Palästina oder Chatal Huyuk in Kleinasien), wie neuere Ausgrabungen anzudeuten scheinen. 2. Erste Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z.: Die antike Produktionsweise erscheint erstmalig in Griechenland und anderen mediterranen Län-

<sup>99</sup> Varga, E. S., Očerki po problemam političeskoj ekonomii kapitalizma (Skizzen zu Problemen der politischen Ökonomie des Kapitalismus), Moskau 1965, S. 371.

ern. 3. Zweite Hälfte des 1. Jahrtausends u. Z.: Die feudale Produktionsweise bildet sich erstmalig auf dem Gebiet des weströmischen Reiches und angrenzender europäischer Länder heraus."<sup>100</sup> Während wir hier also die von Marx im Vorwort zur "Kritik der politischen Ökonomie" angegebene Reihenfolge der Produktionsweisen allem Anschein nach verfolgen können, muß doch hervorgehoben werden, daß die Ablösung der alten Produktionsweise durch die neue in der Hoffmannschen Darstellung jeweils durch den Anstoß von außen erfolgte und daß sich die neue Produktionsweise unter Übernahme des Standes der Produktivkräfte der gestürzten Formation auf einem neuen Territorium herausbildete.<sup>101</sup> Dabei kam es auch, wie zum Beispiel in der Zeit des Übergangs von der römischen Sklavenhaltergesellschaft zum fränkischen Feudalismus, zu Perioden einer relativen Rückentwicklung der Produktionsweise bzw. zu gewissen Zwischenerscheinungen, die man kaum als selbständige Produktionsweisen bezeichnen kann. Legen diese Betrachtungen nicht den Gedanken nahe, daß das Geheimnis der "Stagnation" der orientalischen Gesellschaften nicht gelöst von der Tatsache gesehen werden darf, daß diese schon recht früh starke Staatsgebilde schufen? Zumindest für China, dem unsere Untersuchungen hier gelten, trifft es zu, daß keine angrenzende Macht die notwendige Stärke oder das gesellschaftliche Niveau besaß, um die chinesische Gesellschaftsform zu zerschlagen und auf dieser Grundlage einer höheren Formation zum Durchbruch zu verhelfen. Die von uns erwähnten Nomadenvölker, denen zeitweilig die Eroberung des chinesischen Staatswesens gelang, zerschlugen nicht, sondern übernahmen die Gesellschaftsform des eroberten Landes. Sie lösten nur die alte herrschende Schicht ab (oder verbündeten sich mit ihr) und führten den Kräften, die an der Aufrechterhaltung der alten Produktionsverhältnisse interessiert waren, neue Reserven zu, so daß sich die bestehende Gesellschaftsordnung nach wie vor gegen äußere (oder innere) Feinde behaupten konnte. Was - obwohl von ihm nicht ausdrücklich vermerkt - für die von Hoffmann angeführten Beispiele gilt, trifft auch für China zu: Im Innern der bestehenden Gesellschaftsformation existierten keine neuen Kräfte, die in der Lage waren, neue Produktionsverhältnisse auf der Basis der weiterentwickelten

100 Hoffmann, Ernst, Social economic formations in historical science, in: Marxism Today, Sept. 1965, S. 273.

101 Lewin, Günter, The problem of social formations in Chinese history, a. a. O., S. 21.

Produktivkräfte durchzusetzen. Dazu war erstmals seit Auflösung der Urgemeinschaft die westeuropäische Bourgeoisie imstande, als sie auf den Trümmern der von ihr zerschlagenen und transformierten Feudalgesellschaft ihre Gesellschaftsordnung errichtete.

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir wollen den Staat als Institution keineswegs verabsolutieren. Auch die Herausbildung des Staateswesens in China muß auf die ökonomische Basis zurückgeführt werden, die allerdings noch näher zu erforschen ist. Ebenso wie wir Wittfogels These vom Primat der Naturbedingungen für falsch halten, lehnen wir auch das später durch ihn formulierte Primat der Institutionen ab.<sup>102</sup>

Obwohl Wittfogel eine Anzahl von Fakten in der chinesischen Geschichte richtig erkannt hat, wußte er damit nichts anzufangen. Statt die marxistische Lehre zu bereichern, entstellte er sie und zeigte kein Verständnis für die Fülle der noch zu erforschenden Probleme.

#### Die internationale Diskussion über die asiatische Produktionsweise

Die gewaltigen revolutionären Auseinandersetzungen, die in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts China erschütterten, erregten weltweite Aufmerksamkeit. Die fortschrittliche Öffentlichkeit begann sich mit Fragen der Strategie und Taktik der chinesischen Revolution zu beschäftigen. Auch die internationale revolutionäre Bewegung und ihr Zentrum, die Komintern, berieten politische Maßnahmen und faßten Beschlüsse zur Lage in China.

In diesem Zusammenhang regte sich bei zahlreichen marxistischen Wissenschaftlern ein lebhaftes Interesse für die Grundfragen der orientalischen Gesellschaft, denn zur Ausarbeitung einer revolutionären Strategie würde eine brauchbare wissenschaftliche Grundlage, eine korrekte Analyse der Klassenkräfte, benötigt.

Die Sinologie des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts war zu der Schlußfolgerung gelangt, daß es in China kein Privateigentum an Boden und auch keine Grundbesitzer gegeben habe, während den Dorfgemeinden eine besondere Rolle zugefallen sei. Einen gewissen Einfluß übte auch Max Weber auf die Diskussionen über die chinesische Gesellschaft aus. So bestätigt Wittfogel, daß er "1922/23 unter dem Ein-

102 Wittfogel, Karl-August, Oriental Despotism. A comparative study of total power, New Haven/London 1957, S. 11.

fluß von Max Weber, ab 1924 unter dem Einfluß von Marx und Weber ge-  
 standen"<sup>103</sup> habe. Die erst bedeutende sowjetische sinologische Ar-  
 beit, die neue Gesichtspunkte aufwarf, stammte von Ivin, der China  
 als ein Land der Kleinbauern charakterisierte, in dem das Privatei-  
 gentum eine bedeutende Rolle gespielt habe. Weitere Arbeiten über  
 die Agrarfrage in China wurden von Volin, Alsskii und Mif herausgege-  
 ben. Die damals in marxistischen Kreisen hierzu herrschenden Auffas-  
 sungen faßte Nikiforov<sup>104</sup>, auf den wir uns hauptsächlich stützen,  
 wie folgt zusammen: 1. Es gab Privateigentum an Boden in China.  
 2. Im Dorf bestand eine Klassendifferenzierung bei einem Anteil von  
 rund 10 Prozent Ausbeutern. Dieser Zustand galt als neueren Datums,  
 da in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts der Auflösungspro-  
 zeß der Familiengemeinschaften auf dem Lande noch angedauert hätte.  
 3. Die feudale Grundrente hätte die Form der sogenannten Pachtzah-  
 lungen angenommen. Daraus folgerte man, daß bis zum Eindringen kapi-  
 talistischer Verhältnisse in China die feudale Produktionsweise vor-  
 geherrscht hätte. Diese Theorie vom chinesischen Feudalismus hatte  
 jedoch eine schwache Stelle, denn es fand sich seltsamerweise keine  
 feudale Ausbeuterklasse. Es gab weder große Feudalgüter noch einen  
 Adelsstand. Die mittleren und kleinen Ausbeuter, die man vorfand,  
 waren aus dem Stand der Bauern und Kaufleute hervorgegangen und hat-  
 ten eher den Charakter von Kulaken als den von Grundbesitzern. Be-  
 sondere Rätsel gab der nicht erbliche Stand der Shenshi<sup>105</sup> auf. Sie  
 wurden unterschiedlich als Intelligenz, Gelehrte oder als "herrschende  
 Klasse der Literaten" (Varga) bezeichnet. Unter dem Eindruck der  
 Bauernaufstände von 1927, in denen auch besonders die "üblen Shen-  
 shi" angegriffen wurden, kristallisierte sich allmählich eine ein-  
 heitliche Meinung über die während der zwanziger Jahre in China be-  
 stehende Lage heraus, die von Jakobson<sup>106</sup> folgendermaßen zusammenge-  
 faßt wurde: Im chinesischen Dorf existierten zu dieser Zeit spezifische  
 Formen feudaler Beziehungen und ein besonderer Typ von Grundbe-  
 sitzern.

In der zweiten Etappe der Diskussion tauchte erstmalig der Begriff  
 der asiatischen Produktionsweise auf. Damals (1927) erschien dieser

103 Ebenda, S. 5.

104 Nikiforov, V. N., Diskussija sovetskich istorikov (Eine Diskussion sowje-  
 tischer Historiker), in: Narody Azii i Afriki, Nr. 5/1965, S. 75 - 91.

105 Vgl. Anm. 34 der vorliegenden Arbeit

106 Jakobson, Genrich, K voprosu o perežitkach feodalizma v sovremennom Kitae  
 (Zur Frage der Überreste des Feudalismus im heutigen China), in: Revolju-  
 cionnyj vostok, Nr. 2/1927, S. 3 - 48.

Begriff auch im Entwurf des Agrarprogramms der Kommunistischen Partei Chinas; er wurde aber vom VI. Parteitag zurückgewiesen. Begründet wurde diese Ablehnung unter anderem damit, daß (zu diesem Zeitpunkt! - G. L.) in China keine Herrschaft der für die Bewässerungsanlagen verantwortlichen Zentralregierung über die kleinen Gemeinden festzustellen war. Es gab auch kein System selbstgenügsamer Gemeinden mit Verbindung von Agrikultur und Manufaktur. Das bedeutet, daß sich eine asiatische Produktionsweise in unserem Jahrhundert nicht mehr in China nachweisen ließ. Im Unterschied zur ersten Etappe der Diskussion wurde das Ende einer asiatischen Produktionsweise auf die Zeit vor dem Eindringen der Europäer, also bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, zurückverlegt, denn damals habe es noch kein Privateigentum an Boden gegeben. Die Shenshi wurden als Überreste der asiatischen Produktionsweise im 20. Jahrhundert angesehen. Eine Schwäche der Diskussion dieser Periode war, wie wir auch bei Wittfogel feststellen mußten, daß sich die Teilnehmer nur unzureichend auf Faktenmaterial stützen konnten. Ein positiver Faktor war die zunehmende Hinwendung zur marxistischen Theorie. Dadurch wurde es in der folgenden Phase, von 1929 bis 1931, möglich, die Probleme der chinesischen Geschichte im Rahmen des weltweiten Problems der Aufeinanderfolge der sozialökonomischen Formationen zu erforschen. Als negative Erscheinung traten dabei jedoch auch, wie Nikiforov ausführt<sup>107</sup>, Elemente des Dogmatismus hervor. Es folgten in dieser Phase einige größere interne Diskussionen, die in der Leningrader Konferenz von 1931 gipfelten. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer kam zu dem Schluß, daß es keine asiatische Produktionsweise gegeben habe, sondern daß auch im Orient die Entwicklung von der Urgemeinschaft über die Sklavenhaltergesellschaft zum Feudalismus verlaufen sei. Diese Auffassung herrscht noch immer in China vor, wohingegen eine gewisse Anzahl von sowjetischen Wissenschaftlern heute die Meinung vertritt, daß die asiatische Produktionsweise eine "orientalische Abart des Feudalismus"<sup>108</sup> sei, ohne ihr dabei freilich eine selbständige Existenz im Rahmen der sozialökonomischen Entwicklung zuzubilligen.

Die 1938 von Stalin veröffentlichte Arbeit "Über dialektischen und historischen Materialismus" setzte mit ihrem Schema von den fünf Gesellschaftsformationen unter den Bedingungen des Personenkults den Diskussionen um die asiatische Produktionsweise bzw. um die sozial-

107 Nikiforov, V. N., a. a. O., S. 80.

108 Varga, E. S., a. a. O., S. 365.

ökonomische Einordnung der orientalischen Gesellschaften ein Ende. Dies ist zweifellos zu bedauern, da sich die wissenschaftliche Wahrheit weder durch Ex-cathedra-Erklärungen noch durch Mehrheitsbeschluß eruieren läßt. Allerdings muß man sich von der gehässigen Auslegung der Vorgänge distanzieren, wie sie Wittfogel in seinem "Oriental Despotism" der Öffentlichkeit unterbreitet.<sup>109</sup> Die von Nikiforov gegebene Darstellung der Vorgänge erscheint uns zuverlässig, zumal sie weitgehend mit den von Jian Bo-zan<sup>110</sup>, Varga und anderen erwähnten Fakten übereinstimmt.

Daß es sich beim Abschluß der Diskussion um die asiatische Produktionsweise nicht um eine echte Klärung gehandelt hat, zeigte sich in den fünfziger Jahren, als der umfassende antikoloniale Freiheitskampf in Asien und Afrika die Frage wieder auf die Tagesordnung setzte. Es waren zu diesem Zeitpunkt vor allem französische Wissenschaftler der "Centre d' Études et de Recherches Marxistes", wie Chesneaux, Godelier, Suret-Canale und andere, die die Diskussion wieder in Gang brachten. Ihnen schlossen sich bald Wissenschaftler aus den Volksdemokratien an, und schließlich beteiligten sich auch Wissenschaftler der jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas am Meinungsaustausch. In China, wo Hou Wai-lu 1949 die asiatische Produktionsweise in die Diskussion zu bringen versucht hatte<sup>111</sup>, blieb es bis zum heutigen Tag bei der alten dogmatischen Auslegung der sozialökonomischen Entwicklung. In der Sowjetunion kam die Diskussion erst Anfang der sechziger Jahre wieder in Gang. Varga setzte sich kritisch mit den Ergebnissen der Diskussion der zwanziger und frühen dreißiger Jahre auseinander.<sup>112</sup> Auch er kommt zu dem Ergebnis, daß die gesellschaftliche Entwicklung das Problem der asiatischen Produktionsweise erneut auf die Tagesordnung gesetzt hat. Interessante Ausführungen finden wir bei Struve.<sup>113</sup> In seiner Stellungnahme zu den Arbeiten der französischen Marxisten Godelier und Suret-Canale dankt er den beiden Wissenschaftlern, weil sie daran erinnert haben, daß der Begriff der asiatischen Produktionsweise von Marx stammt. Allerdings betont Struve gegenüber den Ansichten von Gode-

109 Wittfogel, Karl-August, Oriental Despotism, a. a. O., S. 402 ff.

110 Jian Bo-zan, Vorlesungsprotokolle, Peking 1959.

111 Es gibt mehrere Arbeiten aus dieser Zeit. In Buchform wurde veröffentlicht: Hou Wai-lu, Zhonggou gudai shehui shilun (Zur Sozialgeschichte Chinas), Peking 1955.

112 Varga, E. S., a. a. O., S. 358 ff.

113 Struve, V. V., Ponjatje "Aziatskij sposob proizvodstva" (Der Begriff "asiatische Produktionsweise"), in: Narody Azii i Afriki, Nr. 1/1965, S. 104 - 109.

lier und Suret-Canale, daß er die asiatische Produktionsweise, wenigstens für den Vorderen Orient, mit dem er sich eingehend befaßt hat, nur als ein Frühstadium der Sklavenhaltergesellschaft betrachten könne. Seiner Auffassung nach bediente sich die Gemeinschaft zur Ausführung der notwendigen Bewässerungsarbeiten der Sklaven, die nur in ihrer Minderheit Privatsklaven waren. Er stellt die Auffassungen Lenins zur asiatischen Produktionsweise denen von Marx gegenüber.<sup>114</sup> Lenin habe 1919 in seiner "Vorlesung über den Staat"<sup>115</sup> die These vertreten, daß die Sklavenhaltergesellschaft die erste Stufe der Klassengesellschaft der Menschheit gewesen sei, wobei er die asiatische Produktionsweise mit in die Sklavenhaltergesellschaft einbezogen habe.<sup>116</sup>

Aus den Wittfogelschen Angriffen erscheint uns nur einer erwähnenswert, weil er noch einmal deutlich seine Stellung zu den Bewegungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft darlegt. Er schreibt: "Die Theorie von der asiatischen Produktionsweise... gefährdete die kommunistischen Versuche, einseitig solche sekundäre, wenn auch ernsthafte Probleme zu betonen, wie die des Eigentums, und damit das primäre Problem bürokratischer Klassenherrschaft und allgemeiner Staatsklaverei zu verdecken."<sup>117</sup> Wir ersparen es uns, an dieser Stelle auf Wittfogels Argumente einzugehen, zumal wir sie im nächsten Kapitel noch näher untersuchen werden.

### "Oriental Despotism"

Bis auf das gemeinsam von Wittfogel und Feng Jia-sheng 1949 in Philadelphia veröffentlichte Werk "History of Chinese society Liao (907 bis 1125)" sind uns Wittfogels Schriften aus dem Zeitraum 1933 bis 1956 nur dem Titel nach bekannt. Welchen Anteil Wittfogel an dem hier genannten Werk hat, konnten wir nicht feststellen. Aus dem Li-

114 Ebenda, S. 108.

115 Vgl. Lenin, W. I., Über den Staat. Vorlesung an der Swerdlow-Universität. 11. 7. 1919, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 460 - 479.

116 Das ist insofern nicht ganz zutreffend, als Lenin hier die "asiatische Produktionsweise" überhaupt nicht erwähnt, sie also auch nicht der Sklavenhaltergesellschaft zuordnet.

117 Wittfogel, Karl-August, Oriental Despotism, a. a. O., S. 404 (Hervorhebung von G. L.).

teraturverzeichnis zu "Oriental Despotism"<sup>118</sup> geht hervor, daß er die Einleitung, die Seiten 1 bis 35 des umfangreichen Werkes, selbst verfaßt hat. Imübrigen war er, wohl als Leiter des Autorenkollektivs, Herausgeber, wie aus folgender Bemerkung hervorgeht: "Der Herausgeber war zuerst Sozialwissenschaftler, später Sinologe..."<sup>119</sup> Anders als in seinen und aus der Zeit bis 1932 bekannten Werken kommen hier seine besonderen Auffassungen über die "orientalische" Gesellschaft nur schwach zum Ausdruck. Im Unterschied zu der von Wittfogel früher vertretenen bestimmenden Rolle der natürlichen Bedingungen stellen die Autoren dieses Buches fest, daß die "physikalische und ökonomische Geographie von Nord-Jehol in bedeutendem Maße das Wachstum wie auch die Beschränkung des Liao-Reiches erklärt".<sup>120</sup> Das Problem der Bewässerung tritt in diesem Buch zwangsläufig stark in den Hintergrund, da zur behandelten Zeit die Bewässerung in der landwirtschaftlichen Produktion Nordchinas kaum eine Rolle spielte. So finden wir in dem Index zu dem genannten Werk weder "Bewässerung", "hydraulic society", "orientalische Gesellschaft" noch "asiatische Produktionsweise" als Stichwörter.

Ungeachtet dessen zählen Wittfogel und sein Autorenkollektiv das Reich der Liao zu den von der "orientalischen, despotischen" Gesellschaftsform bestimmten Staatswesen, wobei sie diese Form aus dem starken Einfluß der benachbarten Chinesen ableiten. Allerdings wird hier bereits der wiederholt auftauchende Terminus der "bürokratischen Gesellschaft" bevorzugt, der einerseits an den von Wittfogel in früheren Arbeiten angewandten Terminus "Bauern- und Beamtenstaat" anknüpft, andererseits aber zugleich die angeblich bestimmende Rolle der institutionellen Faktoren, wie wir sie im "Oriental Despotism" wie erfinden werden, in Ansätzen erkennen läßt. Diese Auffassungen spiegeln sich am besten in folgenden Ausführungen wider: "Für gewisse Perioden kann die Geschichte von einem ausschließlich sozialen und ökonomischen Gesichtspunkt geschrieben werden, und sie wurde auch so geschrieben. Ein solches Herangehen, das niemals sehr befriedigend ist, wird ganz offenkundig ungenügend, wenn es sich um eine Gesellschaft wie die des kaiserlichen China handelt, denn dann durchdringt die politische (bürokratische) Organisation alle Aspek-

118 Ebenda, S. 528.

119 Wittfogel, Karl-August/Feng Jia-sheng, History of Chinese society Liao (907 - 1125), Philadelphia 1949, S. 34.

120 Ebenda, S. 42 (Hervorhebung von G. L.).

te der Zivilisation, so daß kein klares Verständnis ihrer Dynamik möglich ist ohne eine Darstellung und Analyse des politischen und militärischen Rahmens, in dem sie funktioniert."<sup>121</sup> Es sei besonders darauf hingewiesen, daß sich in diesem Werk noch nicht der virulente Antikommunismus andeutet, der Wittfogels Auftreten seit dem Anfang der fünfziger Jahre kennzeichnet. Seine Haltung vor dem McCarthy-Ausschuß mußte daher zweifellos aufs äußerste überraschen. Während in dieser Hinsicht die Wandlung des ehemaligen Marxisten zum offenen Handlanger der schwärzesten Reaktion, sein Verrat an allen Idealen, für die er früher eingetreten war, gänzlich unverstänlich erscheinen mußte, hat sich seine Entwicklung auf wissenschaftlichem Gebiet viel konsequenter vollzogen.

Wir glauben gezeigt zu haben, daß selbst in der Zeit, als Wittfogel sich, und die Welt ihm, für einen überzeugten Marxisten hielt, seine Auffassungen in einigen wichtigen Punkten ganz und gar unmarxistisch waren. Dazu gehört insbesondere seine Überbewertung der Rolle der natürlichen Bedingungen, die zum völligen Unverständnis für die Dialektik der Entwicklungsprozesse der menschlichen Gesellschaft führen mußte. So gelangte er zu einem mechanischen Materialismus, von dem aus es nur noch ein kleiner Schritt zu jenen bürgerlich-idealistischen Geschichtsbetrachtungen war, die sein Werk "Oriental Despotism" kennzeichnen.

Über den wissenschaftlichen Wert bzw. Unwert des "Oriental Despotism" gibt es in Fachkreisen kaum irgendwelche Meinungsverschiedenheiten. Es genüge hier, die Einschätzung von Chesneaux wiederzugeben, der wir uns vollinhaltlich anschließen: "So bietet beispielsweise Wittfogel in seinem 'Oriental society (recte: Despotism - G. L.)', a comparative study of total power' eine kaum wiederzuerkennende Karikatur der asiatischen Produktionsweise; man findet dort nichts mehr von dem, was Marx darunter verstand, nämlich eine gesellschaftliche Produktionsweise, ein Prinzip gesellschaftlicher Beziehungen in ihrer Verbindung zu den Erfordernissen der Produktion auf einem gegebenen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte; die asiatische Gesellschaft verwandelt sich unter der Feder Wittfogels in eine Art magische Formel, die 'hydraulic society'. Von ihr ausgehend, entfaltet der Autor eine haßerfüllte Kritik an der bestehenden sozialistischen Welt, die im Namen eines elementaren geographischen Determinismus beschuldigt wird, nur eine Reinkarnation der alten asiati-

121 Ebenda, S. 310.

schen Despotien zu sein. So, als ließe sich eine sozialhistorische Kategorie, die aus Jahrtausende alten Realitäten abgeleitet wurde, auch nur im mindesten auf eine Welt anwenden, die durch die seitdem von den Produktivkräften erzielten Fortschritte transformiert wurde, oder als ließe sie sich auf Länder übertragen, in denen grundlegend verschiedene, nämlich sozialistische Produktionsverhältnisse herrschen."<sup>122</sup> In einer redaktionellen Einschätzung dieser Wittfogelschen Arbeit in der Zeitschrift "La Pensée" heißt es: "Auf der politischen Ebene kann man ein solches Vorgehen nicht diskutieren, sondern nur entschieden ablehnen. Aber - schlechte Anliegen finden immer nur schlechte Verfechter - diese Thesen Wittfogels ermangeln ebenfalls jeglicher ernsthafter wissenschaftlicher Grundlage..."<sup>123</sup>

Wenn wir uns dennoch kurz mit dem Buch Wittfogels auseinandersetzen, dann deshalb, weil es typisch ist für den Versuch einer ganzen Gruppe bürgerlicher Schreiber, von der Welle des Antikommunismus zu profitieren. Sie operieren, wie Wittfogel, mit Halbwahrheiten, Entstellungen, Unterstellungen oder der offenen Lüge. Mit echten wissenschaftlichen Anliegen haben solche Machwerke nichts gemein, auch wenn, wie im Fall des "Oriental Despotism", der Autor versucht, auf seinem früheren Ruf als "marxistischer Wissenschaftler" aufzubauen. Um diese Beziehung herzustellen, erklärt er: "Im Gegensatz zu dem verbreiteten Glauben, daß die Natur ewig gleich bleibt...<sup>124</sup>, wandelt sich die Natur tiefgreifend, wenn immer der Mensch, reagierend auf einfache oder komplexe historische Ursachen, seine technische Ausrüstung, seine gesellschaftliche Organisationsform und seine Weltanschauung grundlegend ändert. Der Mensch hört nie auf, seine natürliche Umwelt zu beeinflussen. Er transformiert sie ständig, und er aktualisiert neue Kräfte, wann immer ihn seine Anstrengungen zu einer neuen Ebene seiner Tätigkeit emportragen. Ob ein neues Niveau überhaupt erreicht werden kann, oder wohin es, wenn einmal erreicht, führt, hängt in erster Linie von den gesellschaftlichen Institutionen und in zweiter Linie von dem grundlegenden Objekt menschlicher Tätigkeit ab: der physischen, chemischen und biologischen Welt, die ihm zugänglich ist."<sup>125</sup> In einer Fußnote fügt er ergänzend hinzu: "Diese Formulierung unterscheidet sich von meiner früheren Auffas-

122 Chesneaux, Jean, a. a. O., S. 34 f.

123 La Pensée, Nr. 118/1964, S. 126 f.

124 Diesen Standpunkt vertrat vor allem Wittfogel selbst!

125 Wittfogel, Karl-August, Oriental Despotism, a. a. O., S. 11 (Hervorhebung von G. L.).

sung von den Beziehungen zwischen Mensch und Natur (siehe auch Wittfogel, Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte, S. 483 ff., 712 ff.) in ihrer Betonung der primären Bedeutung der institutionellen (und kulturellen) Faktoren. Aus dieser Prämisse folgt die Anerkennung der menschlichen Freiheit einer echten Entscheidung in historisch offenen Situationen, worauf wir später im gleichen Kapitel zurückkommen werden. Abgesehen von diesen Korrekturen - die auch von ausschlaggebender Bedeutung für meine Kritik an gewissen Ideen von Marx sind, die ich früher anerkannt habe - erhalte ich im wesentlichen meine früheren Ansichten aufrecht (siehe auch Wittfogel, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, S. 21 ff.; Wittfogel, Die natürlichen Ursachen der Wirtschaftsgeschichte, S. 486 ff.)."<sup>126</sup> Während sich Wittfogels frühere Auffassung von der bestimmenden Rolle der Naturbedingungen wenigstens insofern motivieren läßt, als eine objektive Existenz der Natur auch vor der Entstehung der menschlichen Gesellschaft nicht bezweifelt werden kann, ergibt sich bei seiner jetzigen Anschauung eine eigenartige Situation: Die "institutionellen und kulturellen Faktoren" müßten zunächst losgelöst von der menschlichen Gesellschaft bestanden haben, deren Charakter sie später bestimmen, welchem "Geist" sie ihr Entstehen vor dem Auftauchen der menschlichen Gesellschaft verdanken, verrät uns Wittfogel nicht. Aus der Anlage seines Buches ist jedoch unschwer zu erkennen, daß es ihm gar nicht um eine ernsthafte wissenschaftliche Untersuchung geht. Es kommt ihm vielmehr nur darauf an, eine "schicksalhafte" Verbindung von "Bewässerungsgesellschaft" (hydraulic society) und Despotie zu proklamieren, um dieses Stigma (denn diese Vorstellung wird bei Wittfogel zu einem Stigma) dann auch jenen ihm unliebsamen (sozialistischen und orientalischen) Ländern anzudichten, in denen sich Anzeichen einer Bewässerungswirtschaft überhaupt nicht nachweisen lassen.

Bedenkt man, daß der "Marxist" Wittfogel bereits vor 1933 die Merkmale seines chinesischen "Bauern- und Beamtenstaats" nicht aus der ökonomischen Basis, sondern aus den gesellschaftlichen Institutionen ableitete, so wird ersichtlich, daß ihm die Wandlung gar nicht allzu schwer gefallen sein kann. Wesentlich erscheint lediglich, daß sich Wittfogel nun ein System zurechtgelegt hat, mit dem er den Geltungsbereich der "hydraulic society" willkürlich ausweiten kann. Diese Gesellschaftsform zeichnet sich angeblich dadurch aus, daß "ein 'begrenztes Kerngebiet' die Bedingungen in großen Zwischen- und Peri-

126 Ebenda, S. 11 Anm. b.

pherie-Gebieten entscheidend beeinflusst. In vielen Fällen sind diese Randgebiete mit dem 'hydraulischen' Kerngebiet politisch verbunden; sie existieren jedoch auch unabhängig davon. Offensichtlich können die organisatorischen und räuberischen Institutionen des agrodespotischen Staates sich auch ohne die wasserbaulichen Institutionen ausbreiten, die, wie die verfügbaren Unterlagen einzuschätzen gestatten, die Entstehung aller historisch bedeutenden Zonen der agrarischen Despotie erklären."<sup>127</sup>

Er bezeichnet die Auffassung als veraltet, daß sich die Klassenstruktur aus der Eigentumsstruktur ableite.<sup>128</sup> Unter Hinweis auf die "totalitären Staaten", die "in der Sowjetunion und in Deutschland entstanden", bezeichnet er "die Staatsmacht als eine hervorsteckende Determinante der Klassenstruktur in unserer Zeit wie auch in der Vergangenheit. Das ermöglicht uns auch, die Bedeutung der Macht bei der Entstehung der herrschenden Klasse in der 'hydraulic society' deutlicher als zuvor zu erkennen."<sup>129</sup> Der ehemalige "Marxist" Wittfogel scheut sich nicht, die sozialistische Sowjetunion und das faschistische Deutschland in einem Atemzug zu nennen, nur um seine unhaltbaren Thesen zu exemplifizieren. Er fragt auch nicht nach den Eigentumsverhältnissen, die die Klassenstruktur der Staaten bestimmen und die sich in den genannten Staaten um eine ganze gesellschaftliche Etappe voneinander unterscheiden. Wie in früherer Zeit gibt Wittfogel auch jetzt noch vor, die Despotie aus der Notwendigkeit künstlicher Bewässerung abzuleiten. Nunmehr geht er jedoch ganz offen davon ab, das tatsächliche Vorhandensein von Bewässerungsanlagen als unabdingbare Voraussetzung für das Entstehen der "Despotie"<sup>130</sup> in einer ganzen Reihe von Ländern anzusehen. Weil er in einigen Ländern, die umfassende Bewässerungsanlagen besitzen, wie den Niederlanden und Norditalien, keine "Despotie" nachweisen zu können glaubt (und es aus fadenscheinigen politischen Motiven auch nicht will) und sich der daraus resultierenden Inkonsequenz wohl auch selbst bewußt wird, erfindet er die Möglichkeit und Notwendigkeit der "freien Entscheidung", wonach auf einer gewissen Stufe der menschlichen Entwicklung Methoden der Bewässerung entweder im Kleinbetrieb oder aber in großem Umfang unter Leitung einer Regierung zur Wahl standen. Die erste Variante führe zu "freien, demokratischen", die zweite aber zu "despotischen" Gesellschaftsformen. Dabei hält Wittfogel letzte-

127 Ebenda, S. 3.

128 Ebenda, S. 301 f.

129 Ebenda, S. 302.

130 Ebenda, S. 12.

re zwar für effektiver, aber in ihren gesellschaftlichen Implikationen für gefährlicher.<sup>131</sup>

Zu den von ihm geprägten Begriffen der "hydraulic society" und der "hydraulic civilisation" stellt er fest, daß bei ihnen die Betonung mehr auf den Institutionen als auf der Geographie liege, was den Vergleich mit der "Industriegesellschaft" und der "Feudalgesellschaft" erleichtere.<sup>132</sup> Auf den Antikommunismus steuert er dann mit folgender Formulierung zu: "Die institutionelle Kategorie der 'hydraulic society' kann nicht allein unter Bezugnahme auf geographische, technologische und wirtschaftliche Faktoren erklärt werden. Das Reagieren auf die natürliche Umgebung ist zwar ein ausschlaggebendes Charakteristikum, spielt jedoch nur unter ganz besonderen kulturellen Bedingungen eine formative, wasserbauliche Rolle. Und es beinhaltet eher organisatorische als technologische Veränderungen ... Einige Wesenszüge der 'hydraulic society' erscheinen auch in anderen Agrarordnungen. Aber die 'hydraulic society' zeichnet sich besonders durch die Qualität und das Gewicht zweier ihrer Wesenszüge aus (der wasserbaulichen Organisation und der agrohydraulischen Despotie)."<sup>133</sup>

Wittfogel kommt damit auf die sogenannten "Peripheriegebiete" zu sprechen und versucht am Beispiel von Byzanz seine These zu belegen. Was allerdings Rußland anbetrifft, das er in diesem Zusammenhang vor allem anvisiert, so kann er dort weder Bewässerungsanlagen noch andere große Bauten nachweisen. Um diese offenkundige Beweislücke in seinem Schema zu schließen, sucht er den "orientalisch-despotischen" Charakter Rußlands mit der Tatsache zu belegen, daß "der herangereifte moskowitzische Staat ... die Masse der Bevölkerung zu Steuer- und Heereszwecken registrierte; er unterhielt ein durchorganisiertes Postsystem mit Poststationen; er hatte eine Schlüsselstellung im Handel des Reiches inne; und er zog seine Krieger despotisch zum Heeresdienst ein und führte sie auch despotisch."<sup>134</sup> Nach dieser Formel kann man jeden absolutistischen Feudalstaat Europas, und damit natürlich auch das Rußland Peters I., als "hydraulic" bezeichnen.

Aus durchsichtigen politischen Gründen läßt Wittfogel in seinem streng mechanisch-deterministischen System ein Schlupfloch offen. Er beschert nämlich den von ihm zur Existenz unter einer ewigen

131 Ebenda, S. 15 ff.

133 Ebenda, S. 161.

132 Ebenda, S. 3.

134 Ebenda, S. 174.

Despotie verurteilten Völkern als eine Art Rettungsanker die sogenannten "historisch offenen Situationen". Einerseits sucht er damit einige zu offensichtliche Absurditäten seiner Konstruktion zu übertünchen; andererseits hofft er, daraus politisches Kapital zu schlagen. Die politische Zweckbestimmtheit seiner Auslegung der "historisch offenen Situationen" zeigen seine Bemerkungen zur russischen Februarrevolution von 1917 in aller Deutlichkeit. Nur auf die Unfähigkeit der Entente, den "demokratischen" Kerenski entschieden zu unterstützen<sup>135</sup>, sei es zurückzuführen, daß Rußland nicht aus dem "schicksalhaften" Weg der orientalischen Despotie ausbrechen konnte. Hier wird ganz offen der Versuch unternommen, die als "Freiheitsmission" proklamierte konterrevolutionäre Interventionspolitik der USA "wissenschaftlich" mit der Behauptung zu rechtfertigen, daß sie das edle Ziel verfolge, ein "unglückliches Volk" aus dem Abgrund der Despotie auf die Höhen der "demokratischen Freiheit" zu führen. Indem er das sozialistische Lager mit der "orientalischen Despotie" identifiziert und amerikanische Interventionen zu potentiellen Wegbereitern von "Freiheit und Demokratie" erklärt, versucht er gleichzeitig, bei den jungen unabhängigen Nationalstaaten und den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern für den kapitalistischen Entwicklungsweg zu werben. Angesichts der offenen Selbstentlarvung der USA-Politik durch die barbarische Aggression und Kriegsführung in Vietnam dürfte Wittfogel in dieser Hinsicht jedoch keinerlei Aussicht auf Erfolg haben, so demagogisch er seine unwissenschaftlichen und menschenfeindlichen Anschauungen auch verbrämen mag.

Abschließend sei noch erwähnt, daß sich in Wittfogels Augen selbstverständlich das alte, typisch asiatische China den Weg zur "Rettung" durch seine Hinwendung zum Kommunismus ebenfalls verbaut hat. Wittfogels Einschätzungen der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas während der letzten hundert Jahre nehmen sich, wie wir das bei ihm gewöhnt sind, recht widersprüchlich aus. Nachdem er früher festgestellt hatte, daß es im 19. Jahrhundert in China private Großbetriebe und freie Lohnarbeiter<sup>136</sup> gegeben habe, fügte er 1957 die Feststellung hinzu, daß um die Jahrhundertwende ungefähr 93 Prozent des gesamten Bodens in Privatbesitz gewesen seien.<sup>137</sup> Er schätzt damit das China dieser Zeit unter Berufung auf Marx nicht mehr als "asia-

<sup>135</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>136</sup> Derselbe, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, a. a. O., S. 620 ff.

<sup>137</sup> Derselbe, Oriental Despotism, a. a. O., S. 290.

tisch" ein<sup>138</sup>. Dennoch führt er fast zu gleicher Zeit aus: "Das China, in dem die Partei Mao's die Macht ergriff, war noch immer orientalistisch."<sup>139</sup> Daraus leitet er ab, daß "Mao Ze-dong und seine Anhänger eine Agrardespotie errichteten, die, trotz gewisser Modifikationen, eine große Ähnlichkeit mit den großen despotischen Regimes der chinesischen Vergangenheit trug."<sup>140</sup> Wir sehen hier wieder einmal, daß es Wittfogel auf einen Widerspruch mehr oder weniger nicht ankommt. Einmal ist bei ihm China um die Jahrhundertwende nicht mehr "asiatisch", ein andermal um 1949 "noch immer orientalistisch", wobei er an anderer Stelle nie einen Zweifel daran gelassen hat, daß er beide Attribute als Synonyme zu "despotisch" auffaßt.

Wenn es auch nicht möglich ist, Wittfogels Argumentation im "Oriental Despotism" wissenschaftlich ernst zu nehmen, so ist doch nicht zu übersehen, daß die von ihm behandelte Thematik sehr wichtige Probleme berührt, die einer gründlichen wissenschaftlichen Durchforschung bedürfen. Die Besonderheiten der chinesischen Entwicklung lassen sich zum Beispiel kaum in das Schema von den fünf Gesellschaftsformationen einfügen. Diese Tatsache anerkennen heißt jedoch nicht, auf die schöpferische Anwendung der marxistischen Lehre zu verzichten. Im Gegenteil, sie macht diese unbedingt erforderlich.

Es geht hier nicht um einen Streit um Worte. Ob wir die chinesische Gesellschaft der Zeit bis 221 v. u. Z. als "asiatisch" und die sich daran anschließende als "vorkapitalistisch" bezeichnen, oder ob wir andere Termini wählen, ist unerheblich. Wichtig erscheint, daß die jeweilige Bezeichnung keine bestehenden Unterschiede verwischt oder Unterschiede sekundärer Art überbetont. Wir sind überzeugt, daß sich die gesellschaftliche Struktur Chinas vom 17. Jahrhundert v. u. Z. bis ins 19. Jahrhundert u. Z. durch die Kategorien "Sklavenhalter-" und "Feudalgesellschaft" nicht ausreichend erklären läßt. Vieles deutet darauf hin, daß das nicht nur auf China, sondern auch auf viele andere außereuropäische Länder zutrifft. Im weiteren Verlauf der in Gang gekommenen internationalen Diskussion wird sich anhand sorgfältig erarbeiteter Fakten zeigen müssen, welche These sich wissenschaftlich behaupten kann. Vor allem kommt es darauf an, sich bei der Untersuchung dieser Fragen streng an die marxistische Methode der Geschichtsanalyse zu halten. Wittfogels Methode, an einigen Äu-

138 Ebenda, S. 445.

139 Ebenda, S. 443.

140 Ebenda, S. 441.

Berlichkeiten plausibel anmutende "Theorien" aufzuhängen, kann nur zu oberflächlichen und in der Praxis unverwendbaren Ergebnissen führen. Weder seine unverhüllte Apologetik des Kapitalismus und Imperialismus noch seine prinzipienlosen Angriffe auf die Lehre des Marxismus-Leninismus werden imstande sein, den Fortschritt der Völker auf dem Wege zur klassenlosen, wirklich freien Gesellschaftsordnung aufzuhalten.

# Zur Problematik der vorkapitalistischen Klassengesellschaften

von Bernhard Töpfer

Nachdem in der marxistischen Geschichtsschreibung seit den dreißiger Jahren nahezu unangefochten die Auffassung vorherrschte, daß alle vorkapitalistischen Klassengesellschaften entweder der Sklavenhaltergesellschaft oder dem Feudalismus zuzuordnen seien, mehrten sich vor allem seit etwa 1964 die Stimmen, die dieses Entwicklungsschema anfechten.<sup>1</sup> In der seitdem immer mehr um sich greifenden Diskussion wurde vor allem auf den von Marx mehrfach verwendeten Begriff "asiatische Produktionsweise" zurückgegriffen.<sup>2</sup> Als typische Merkmale dieser Produktionsweise erwähnte Marx das Fehlen des Privateigentums bzw. die Erhaltung der primitiven autarken Gemeinde mit Gemeineigentum<sup>3</sup> sowie die Entwicklung einer staatlichen Organisation meist despotischen Charakters<sup>4</sup>, die sich auf der Grundlage der schon in der verfallenden Urgesellschaft entstandenen öffentlichen Funk-

1 Gegen die gemeinsame Einordnung der antiken orientalischen Staaten und der antiken Gesellschaften des Mittelmeerraumes unter den Begriff "Sklavenhaltergesellschaft" erhob schon früher Bedenken Welskopf, Elisabeth Charlotte, Probleme der Periodisierung der Alten Geschichte: Die Einordnung des Alten Orients und Altamerikas in die weltgeschichtliche Entwicklung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), H. 2/1957, S. 296 ff.

2 Vgl. die Zusammenstellung der entsprechenden Aussagen von Marx und Engels bei Tökei, Ference, Le mode de production asiatique dans l'oeuvre de K. Marx et F. Engels, in: La Pensée, Nr. 114, 1964, S. 7 ff.; vgl. jetzt auch derselbe, Sur le mode de production asiatique, in: Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, Bd. 58, 1966, S. 7 ff. Vgl. auch Varga, Eugen, Über die asiatische Produktionsweise, in diesem Band.

3 Vgl. Marx an Engels in Manchester, v. 2. 6. 1853, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 28, Berlin 1963, S. 251 - 254; Marx an Engels in Manchester, v. 14. 6. 1853, in: ebenda, S. 267 - 269; Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953 (im folgenden: Grundrisse), S. 383; derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 353 f.

4 Daß Marx die Despotie nicht für ein unabdingbares Merkmal der asiatischen Produktionsweise hielt, geht hervor aus Äußerungen in derselbe, Grundrisse, a. a. O., S. 377.

tionen entwickelt hatte.<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang wurde sowohl von Marx als auch von Engels die Notwendigkeit umfassender Flußregulierungs- und Bewässerungsarbeiten als günstiger Nährboden für die Entwicklung einer derartigen Produktionsweise genannt.<sup>6</sup>

Vor allem infolge der in letzter Zeit schnell wachsenden Kenntnisse über die Struktur der außereuropäischen vorkapitalistischen Gesellschaften mehrt sich jetzt die Zahl der marxistischen Historiker, die darauf hinweisen, daß die älteren orientalischen Gesellschaften, die vorkolonialen afrikanischen Staaten und die alten mittelamerikanischen Kulturen weder der Sklaverei noch dem Feudalismus zugerechnet werden können. Daher ist man geneigt, den Äußerungen von Marx über die asiatische Produktionsweise wieder größeres Gewicht zuzusprechen<sup>7</sup> und neben der Sklaverei und dem Feudalismus noch eine weitere vorkapitalistische Klassenformation in Betracht zu ziehen. Unter den Historikern, die in dieser Richtung argumentieren, bestehen jedoch in sehr vielen wichtigen Fragen beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Zunächst einmal ist festzustellen, daß man von einer Einigung über die entscheidenden Merkmale dieser asiatischen Produktionsweise noch recht weit entfernt ist. Außerdem sind vor allem folgende recht wesentliche Punkte strittig:

1. Während einzelne Historiker, so neuerdings vor allem Struve, die asiatische Produktionsweise als eine spezifische und räumlich begrenzte Erscheinung in orientalischen Gebieten auffassen<sup>8</sup>, gehen die meisten anderen von der Annahme aus, daß die asiatische Produktionsweise universalhistorischen Charakter habe; diese Historiker plädieren dann in der Regel dafür, anstelle des Terminus "asiatische Produktionsweise" einen anderen, dem universalhistorischen Charakter dieser Erscheinung entsprechenden Begriff zu finden<sup>9</sup>.

5 Vgl. dazu Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 166 f.

6 Vgl. Marx, Karl, Grundrisse, a. a. O., S. 377; Engels an Marx in London, v. 6. 6. 1853, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 28, a. a. O., S. 259 f.

7 Vgl. den instruktiven Bericht über frühere Diskussionen in der Sowjetunion von Pečirka, Jan, Die sowjetischen Diskussionen über die asiatische Produktionsweise und über die Sklavenhalterformation, in: Eirene, Bd. 3, 1964, S. 147 ff.

8 Vgl. Struve, V. V., Ponjatje "Aziatskij sposob proizvodstva" (Der Begriff "Asiatische Produktionsweise"), in: Narody Azii i Afriki, H. 1/1965, S. 105 ff.

9 So Chesneaux, Jean, Le mode de production asiatique: quelques perspectives de recherche, in: La Pensée, Nr. 114, 1964, S. 50 f.; Suret-Canale, Jean, Les sociétés traditionnelles en Afrique tropicale et le concept de mode de

2. Im Gegensatz zu einer Gruppe marxistischer Historiker, die dazu tendiert, die asiatische Produktionsweise als echte, eigenständige Klassengesellschaft aufzufassen<sup>10</sup>, vertreten andere die Meinung, es handle sich hier um eine Übergangserscheinung zwischen Urgesellschaft und einer ersten Klassengesellschaft, um eine Struktur, die zugleich klassenlose und Klassengesellschaft ist<sup>11</sup>.

3. Sehr umstritten ist schließlich die für das Verständnis des welt-historischen Ablaufs überaus wichtige Frage, wie diese asiatische Produktionsweise in die Entwicklung der vorkapitalistischen Klassengesellschaften einzuordnen ist. Struve vertritt beispielsweise in weitgehender Anlehnung an das bisher gültige Entwicklungsschema die Auffassung, daß sich aus der asiatischen Produktionsweise heraus nur eine Sklavenhaltergesellschaft entwickeln könne und erst nach dieser sich feudale Verhältnisse ausbilden könnten.<sup>12</sup> Die meisten jener Historiker, die für eine asiatische Produktionsweise plädieren, sind jedoch der Meinung, daß die asiatische Produktionsweise Grundlage der Entwicklung sowohl einer Sklavenhaltergesellschaft wie auch einer Feudalgesellschaft sein könne.<sup>13</sup> Doch treten nicht nur unterschiedliche Auffassungen über die Reihenfolge der vorkapitalistischen Klassengesellschaften hervor, sondern es wurde von einzelnen

production asiatique, in: ebenda, Nr. 117, 1964, S. 42; Melikišvili, G. A., K voprosu o karaktere drevnejšich klassovykh obščestv (Zur Frage des Charakters der ältesten Klassengesellschaften), in: Voprosy istorii, H. 11/1966, S. 74 - 77, spricht von "frühen" bzw. "unentwickelten" Klassengesellschaften; Semenov, J. I., Problema socialno-ekonomičeskogo stroja drevnego vostoka (Das Problem der sozialökonomischen Struktur des alten Orients), in: Narody Azii i Afriki, H. 4/1965, S. 87, schlägt den Begriff "obščestvo kabalnoe" vor.

10 Vgl. Semenov, J. I., a. a. O., S. 87; Vasilev, L. S./Stučevskij, I. A., Tri modeli vznikovenija i evoljucii dokapitalističeskich obščestv (Drei Modelle der Entstehung und Entwicklung vorkapitalistischer Gesellschaftsordnungen), in: Voprosy istorii, H. 5/1966, S. 86 f.

11 Vgl. Godelier, Maurice, Ponjatje aziatskogo sposoba proizvodstva i marksistskaja schema razvitie obščestva (Der Begriff der asiatischen Produktionsweise und das marxistische Schema der Entwicklung der Gesellschaft), in: Narody Azii i Afriki, H. 1/1965, S. 102 u. 104; Pavlovskaja, A. I., Po povodu diskussii ob aziatskom sposobe proizvodstva na stranicach žurnalov "La Pensée" i "Eirene" (Anläßlich der Diskussionen über die asiatische Produktionsweise in den Zeitschriften "La Pensée" und "Eirene"), in: Vestnik drevnej istorii, H. 3/1965, S. 95; ähnlich auch Krapivenskij, S. E., Osobaja ili perechodnoe sostojanie obščestva (Besonderer oder Übergangszustand der Gesellschaft), in: Narody Azii i Afriki, H. 2/1966, S. 90.

12 Struve, V. V., a. a. O., S. 109.

13 Godelier, Maurice, a. a. O., S. 103; Melikišvili, G. A., a. a. O., S. 77; Stučevskij, I. A., Zavisimoe naselenie drevnego Egipta (Die abhängige Bevölkerung des alten Ägyptens), Moskau 1966, S. 161.

Befürwortern der Existenz einer asiatischen Produktionsweise auch die Frage nach dem Ausmaß und dem Charakter der Unterschiede zwischen diesen vorkapitalistischen Klassengesellschaften gestellt und in diesem Zusammenhang auf viele Ähnlichkeiten zwischen asiatischer Produktionsweise, Sklaverei und Feudalismus hingewiesen<sup>14</sup>; am weitesten gingen hierbei Vasiliev und Stučevskij, indem sie die asiatische Form, die Sklaverei und die feudale Form als drei gleichberechtigte Modelle der einen vorkapitalistischen Gesellschaftsformation zusammenfaßten<sup>15</sup>.

Hier wird besonders deutlich, daß die Diskussion über die asiatische Produktionsweise automatisch grundsätzliche Probleme der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der vorkapitalistischen Periode in einem neuen Licht erscheinen läßt und zu neuen Antworten zwingt. Unter anderem stellt sich damit erneut die Frage nach der Bewertung der Übergänge von der asiatischen Produktionsweise zur Sklaverei oder zum Feudalismus bzw. von der Sklaverei zum Feudalismus, insbesondere wird es fraglich, ob für diese Übergänge der Revolutionsbegriff noch anwendbar ist.<sup>16</sup>

Damit dürfte deutlich geworden sein, wieviele wesentliche Fragen bei dem gegenwärtigen Stand der Diskussion um die asiatische Produktionsweise noch umstritten und ungeklärt sind. Im folgenden soll daher versucht werden, einige eigene Gesichtspunkte zu diesen ungeklärten Fragen vorzutragen und so vielleicht einen kleinen Beitrag zur Klärung der noch strittigen Probleme zu leisten. Dabei ist es klar, daß die Lösung der meisten aufgeworfenen Fragen in hohem Maße davon abhängig ist, daß ein gewisses Einverständnis über die entscheidenden Merkmale jener asiatischen Produktionsweise erzielt wird. Diesem Problem wollen wir uns daher zunächst zuwenden.

Eine Festlegung der entscheidenden Merkmale der asiatischen Produktionsweise muß naturgemäß von einer Analyse der Gesellschaftsstruk-

14 Vgl. Melikišvili, G. A., a. a. O., S. 77, der die Auffassung vertritt, daß auf der Basis eines gleichen technischen Niveaus sowohl eine Sklavenhaltergesellschaft wie auch eine Feudalgesellschaft entstehen kann. Vgl. auch die Ausführungen von Töpfer, Bernhard, Zu einigen Grundfragen des Feudalismus, in: ZfG, H. 5/1965, S. 803 ff.

15 Vgl. Vasiliev, L. S./Stučevskij, I. A., a. a. O., S. 89 f.

16 Vgl. Töpfer, Bernhard, a. a. O., S. 805 f.; vgl. dazu auch die Ausführungen von Kolesnizki, N. F., Typisches und Spezifisches in den frühen Klassengesellschaften, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, H. 1/1967, S. 71.

tur jener Staaten ausgehen, die am unumstrittensten als Beispiele der asiatischen Produktionsweise gelten, also etwa von den alten vorderorientalischen Staaten, vom alten Ägypten, Indien und China, zu denen noch die vorkolonialen amerikanischen Staaten, das Inka-Reich und das Reich der Azteken, hinzuzufügen wären. In all diesen Staaten stoßen wir zweifellos auf Sklaven, aber auch auf ausgebeutete abhängige Bauern, die unter anderem Frondienste auf den Wirtschaften des Herrschers und der Tempel sowie eventuell auch einzelner mächtiger Persönlichkeiten verrichten<sup>17</sup> und die somit in einem feudälähnlichen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Es steht jedoch fest, daß diese teils mehr sklavenhalterischen, teils mehr feudalen Ausbeutungsverhältnisse rein quantitativ nur eine sehr begrenzte Rolle spielen und keineswegs die gesamten Produktionsverhältnisse bestimmen. Vorherrschend ist in diesen Gesellschaften vielmehr die kollektive Ausbeutung von bäuerlichen Gemeinden durch den Staat und seinen meist sehr umfangreichen "Apparat" von Beamten bzw. Würdenträgern. Die innere Struktur dieser zu Abgaben und Arbeitsleistungen verpflichteten Gemeinden ist in der Regel dadurch gekennzeichnet, daß das Privateigentum am Boden noch nicht voll entwickelt ist und die bäuerlichen Wirtschaften innerhalb dieser Gemeinden noch nicht recht verselbständigt sind. Obwohl diese Form der Ausbeutung gewisse Ähnlichkeiten mit feudalen Verhältnissen aufweist<sup>18</sup>, schließt doch der ausgesprochen kollektive und nicht an privates Grundeigentum gebundene Charakter dieser Ausbeutungsverhältnisse eine Gleichsetzung mit feudalen Produktionsverhältnissen aus. Hier stehen sich nicht ein feudaler Bodeneigentümer und der feudalabhängige Bauer gegenüber, sondern ein Kollektiv - die oft noch aus Großfamilien bestehende Dorfgemeinde<sup>19</sup> - wird von der staatlichen Gewalt - dem Herrscher und seinen meist sehr zahlreichen "Beamten" - ausgebeutet,

17 Vgl. die Ausführungen von Stučevskij, I. A., a. a. O., S. 54 ff., bes. S. 74 f., über die Stellung der Meret im alten Ägypten; vgl. auch Jakobson, V. A., Socialnaja struktura Novoassirijskogo Carstva (Die soziale Struktur des Neuassyrischen Reiches), in: Vestnik drevnej istorii, H. 1/1965, S. 100 ff.; Katz, Friedrich, Die sozialökonomischen Verhältnisse bei den Azteken im 15. und 16. Jh., in: Ethnographisch-archäologische Forschungen, Bd. 3, T. 2, S. 37 f.; Djakonov, I. M., Obščina na drevnem vostoce v rabotach sovetskich issledovatelei (Die Gemeinde im Alten Orient in den Arbeiten sowjetischer Forscher), in: Vestnik drevnej istorii, H. 1/1963, S. 28 f.

18 Vgl. Melikišvili, G. A., a. a. O., S. 71.

19 Vgl. Djakonov, I. M., a. a. O., S. 24 ff.; Katz, Friedrich, a. a. O., S. 33 ff.

das heißt, auch die ausbeutende Instanz tritt nicht in Gestalt einzelner Personen, sondern als Kollektiv auf<sup>20</sup>; dabei wird von der staatlichen Gewalt zwecks Realisierung der Ausbeutung in der Regel ein das "Gemeineigentum" der Gemeinden nicht ausschließender "Ober-eigentumsanspruch" am Boden geltend gemacht. Daher wird man Suret-Canale zustimmen können, wenn er das gleichzeitige Nebeneinanderexistieren von Klassenausbeutung und Aufrechterhaltung des Kollektiv-eigentums als den für die asiatische Produktionsweise typischen inneren Widerspruch bezeichnet.<sup>21</sup> Ein teilweise sehr ausgestalteter Ausbeutungsapparat erhebt sich also über einer Gesellschaftsstruktur, die überaus primitiv ist und in mancher Hinsicht noch urgesellschaftliche Züge trägt.<sup>22</sup>

Aus dem Gesagten geht bereits hervor, daß die alten orientalischen oder amerikanischen Gesellschaften keineswegs a u s s c h l i e ß l i c h durch die Existenz dieser primitiven, kollektiv geprägten Ausbeutungsverhältnisse gekennzeichnet sind. In den Kerngebieten dieser Staaten ist die Entwicklung oft weiter fortgeschritten; es gibt neben den weit verbreiteten dorf-gemeindlichen Kollektiven in begrenztem Umfang auch ein mehr oder weniger ausgeprägtes Privateigentum am Boden. Dementsprechend treten nicht nur im Rahmen der Wirtschaften des Herrschers oder von Tempeln, sondern auch innerhalb der Wirtschaftskomplexe mächtiger Würdenträger Pachtverhältnisse sowie die Ausbeutung abhängiger Bauern in primitiven feudalen Formen<sup>23</sup> und selbstverständlich auch die Ausnutzung der Arbeitskraft von Sklaven auf. Wenn sich auf Grund besonderer Bedingungen bzw. beschleunigender Faktoren derartige Ausbeutungsverhältnisse sehr schnell ausweiten und auf diese Weise in relativ kurzer Zeit eine ausgeprägte Sklavenhaltergesellschaft oder Feudalgesellschaft entsteht, wird

20 Vgl. Suret-Canale, Jean, a. a. O., S. 32, der den kollektiven Charakter dieser Form der Ausbeutung hervorhebt.

21 Ebenda, S. 41. - Man muß sich allerdings vor Augen halten, daß dieses Kollektiveigentum der Gemeinden nicht Eigentum im modernen Sinne des Wortes ist, sondern mehr einem festen Nutzungsrecht entspricht. Vgl. zu diesem Problem auch Djakonov, I. M., K probleme obščiny na drevnem vostoce (Zum Problem der Gemeinde im Alten Orient), in: Vestnik drevnej istorii, H. 4/1964, S. 76. - Dieses "Kollektiveigentum" schließt also einen vom Staat erhobenen Eigentumsanspruch am Boden nicht aus.

22 Eine völlige Gleichsetzung dieser Gemeindestruktur mit rein urgesellschaftlichen Verhältnissen ist allerdings zu vermeiden. Vgl. Djakonov, I. M., Obščiny na drevnem vostoce v rabotach sovetskich issledovatelei, a. a. O., S. 21; Suret-Canale, Jean, Schwarzafrika, Bd. 1, Berlin 1966, S. 103 f. u. 105.

23 Für Babylonien vgl. Weltgeschichte, Bd. 1, Berlin 1961, S. 346 f.; für das alte Ägypten vgl. ebenda, S. 196 f.

man das vorhergehende Stadium staatlicher Existenz ohne weiteres als eine Vorbereitungsperiode der Sklaverei oder des Feudalismus werten können. Wenn jedoch die unausgereiften sklavenhalterischen oder feudalen Formen jahrhundertlang keine durchschlagenden Fortschritte machen und jene nicht an Grundbesitz gebundenen kollektiven Ausbeutungsformen lange Zeit dominieren, darn wird man in solchen Verhältnissen zweifellos eine dritte Form vorkapitalistischer Ausbeutung neben den Formen der Sklaverei und feudaler Ausbeutung sehen müssen.

Daß diese dritte Form vorkapitalistischer Ausbeutung nie völlig rein auftritt und daneben stets mehr oder weniger verbreitet auch Formen der Sklaverei und feudaler Ausbeutung erkennbar sind, ist in keiner Weise überraschend. Denn auch die auf der asiatischen Produktionsweise basierenden Staaten konnten sich nicht auf der Grundlage einer noch völlig undifferenzierten, rein urgesellschaftlichen Struktur entwickeln. Auch diese Staaten mit ihrer zweifellos relativ primitiven Gesellschaftsstruktur konnten erst entstehen, nachdem zumindest in den besonders begünstigten Kerngebieten eine gewisse gesellschaftliche Differenzierung eingetreten war und sich ein über größere Reichtümer verfügender Stammesadel gebildet hatte, der dann naturgemäß in begrenztem Umfang bereits Sklaven oder andere abhängige Leute ausbeutete.<sup>24</sup> Ohne das Vorhandensein einer solchen wenigstens keimhaften Differenzierung und erster Formen der Ausbeutung von Menschen durch eine Oberschicht kann kein Staat entstehen; ohne dies ist auch die für die Staatsbildung sehr häufig überaus wichtige Beherrschung erobelter Gebiete nicht möglich. Typisch für die asiatische Produktionsweise ist also keineswegs ein völliges Fehlen von Ausbeutungsformen teils mehr sklavenhalterischen, teils mehr feudalen Charakters, sondern nur der sehr geringe Entwicklungsgrad derartiger Ausbeutungsverhältnisse bzw. der sozialen Differenzierung überhaupt. In derartigen Gesellschaften nehmen weder primitive Formen der Sklaverei noch Ansätze einer feudalen Ausbeutung solche Ausmaße an, daß man von einer Sklavenhalter- oder Feudalgesellschaft sprechen könnte. Daher ist Melikišvili durchaus recht zu geben, wenn er das typische Merkmal dieser frühen Klassengesellschaften im Nebeneinanderexistieren verschiedener Ausbeutungsformen bei Vorhan-

24 Vgl. Shiozawa, Kimio, Les historiens Japonais et le mode de production asiatique, in: La Pensée, Nr. 122/1965, S. 67 f. u. 76.

densein beträchtlicher Überreste der urgesellschaftlichen Ordnung sieht.<sup>25</sup>

So ergibt sich als wesentliches Charakteristikum der Staaten mit asiatischer Produktionsweise, daß hier die Staatsbildung bei einem relativ niedrigen Niveau der sozialen Differenzierung eingetreten ist.<sup>26</sup> Private Sklaverei und privater Grundbesitz der Oberschicht sind nur in Ansätzen vorhanden. Dafür überwiegt die kollektive Ausbeutung "freier" Bauerngemeinden durch staatliche Instanzen, deren Ursprung weitgehend in den für die vorstaatliche Stammesverfassung typischen Organen zu suchen ist; mit der Staatsbildung erfahren die Stammesorgane aber eine beträchtliche Erweiterung und zugleich eine festere Abkapselung gegenüber der Masse der Bevölkerung; so entsteht teilweise eine recht ausgestaltete Bürokratie, die dann weitgehend mit der herrschenden Klasse identisch ist.<sup>27</sup> Das Überwiegen kollektiver Formen der Ausbeutung erklärt sich dabei gerade dadurch, daß die innere Differenzierung der Gesellschaft noch sehr gering ist und dementsprechend die an urgesellschaftliche Verhältnisse anknüpfenden Bindungen beim größten Teil der Bevölkerung noch nicht zersetzt sind.

Wenn man nunmehr die Frage stellt, wo auf der Erde sich in besonders ausgeprägter Weise und zuerst derartige Gesellschaften entwickelt haben, dann kann man feststellen, daß es vorwiegend die mittleren Breiten sind; weder in den tropischen Urwaldgebieten noch in den schwer zugänglichen und erschließbaren Waldgebieten in den nördlichen Regionen sind derartige Staaten in voll ausgereiften Formen entstanden.<sup>28</sup> In diesen mittleren Breiten waren offenbar die günstigsten Vorbedingungen dafür gegeben, bereits bei einem sehr geringen Niveau der technischen und sozialen Entwicklung ein ausreichendes Mehrprodukt zu erzielen und größere Räume politisch zu kontrollieren oder zu unterwerfen. In den von Germanen und Slawen besiedel-

25 Vgl. Melikišvili, G. A., a. a. O., S. 72. - Den Mischcharakter der Ausbeutungsformen in diesen Gesellschaften betont auch Semenov J. I., a. a. O., S. 77 f.; vgl. auch die Ausführungen von Sellnow, Irmgard, Die Stellung der Sklaven in der Hausa-Gesellschaft, in: Mitteilungen des Instituts für Orientforschung, Bd. 10, 1964, S. 87.

26 Vgl. auch Welskopf, Elisabeth Charlotte, a. a. O., S. 312.

27 Ebenda, S. 306; vgl. auch Tökei, Ference, Sur le mode de production asiatique, a. a. O., S. 60, der von einer "aristocratie des fonctionnaires d'Etat" spricht.

28 Vgl. Suret-Canale, Jean, Les sociétés traditionnelles en Afrique tropicale et le concept de mode de production asiatique, a. a. O., S. 30, der darauf hinweist, daß die frühesten afrikanischen Staaten in den Savannen-Gebieten entstanden sind. Ähnlich derselbe, Schwarzafrika, a. a. O., S. 106.

ten Gebieten bedurfte es dagegen offensichtlich eines höheren Niveaus in der Entwicklung der Produktionsinstrumente und der sozialen Differenzierung, ehe die Bildung von Staaten möglich war; hier nahm die gesellschaftliche Struktur zu Beginn der staatlichen Periode auf Grund der bereits beträchtlich entwickelten sozialen Differenzierung und des dadurch bedingten stärkeren Hervortretens privater Ausbeutungsformen in der Regel sehr bald ausgeprägte feudale Formen an, so daß hier die anfänglichen primitiveren Formen einer staatlich organisierten Klassengesellschaft meist als zum Feudalismus hinführend und somit als frühfeudal charakterisiert werden können.

Dagegen haben sich im orientalischen Bereich jene primitiveren Formen der Ausbeutung, bei denen weder die Sklaverei noch feudale Elemente eine bestimmende Rolle spielen, besonders ausgeprägt entwickelt und sehr lange gehalten. Man wird sicher annehmen können, daß hier die Notwendigkeit der Regulierung der größeren Flüsse (Euphrat, Tigris, Nil und andere) und des Baues umfassender Bewässerungsanlagen dazu beigetragen haben, jener Gesellschaftsstruktur besonders günstige Entwicklungsmöglichkeiten und lange Dauer zu geben. Diese Verhältnisse gewährten der staatlichen Bürokratie ein besonders wirksames Übergewicht, so daß die Entwicklung privaten Großgrundbesitzes gehemmt oder eventuell auch wieder rückgängig gemacht werden konnte und zugleich die für die innere soziale Differenzierung so wichtige Herausbildung privater Eigentumsrechte am Boden gebremst wurde.<sup>29</sup> Eine direkte Zurückführung der asiatischen Produktionsweise auf die Notwendigkeit umfangreicher Flußregulierungs- und Bewässerungsarbeiten, wie sie verschiedene Historiker im Anschluß an einige Aussagen von Marx und Engels annehmen<sup>30</sup>, ist aber offensichtlich nicht möglich<sup>31</sup>. Voraussetzung für die Entstehung derartiger Staaten auf der Basis der asiatischen Produktionsweise ist nicht die Notwendigkeit umfassender Bewässerungsarbeiten; entscheidend dürfte vielmehr eine Reihe allgemeiner günstiger geographisch-klimatischer Voraussetzungen gewesen sein, so eine einigermaßen offene Landschaft, die eine politische Kontrolle größerer Räume erleichtert; hierzu gehören auch gute Vorbedingungen für eine beträchtliche Reichtumsanhäufung in den Händen der Oberschicht bei geringem technischen Ni-

29 Vgl. Tökei, Ference, Sur le mode de production asiatique, a. a. O., S. 62.

30 Vgl. etwa Struve, V. V., a. a. O., S. 106 f.; ebenso Varga, Eugen, in diesem Band.

31 Vgl. Suret-Canale, Jean, Schwarzafrika, a. a. O., S. 110.

veau, also etwa eine hohe natürliche Fruchtbarkeit oder günstige Kontrollmöglichkeiten über wichtige Handelswege, die wiederum zuerst in offeneren Landschaften auftreten.<sup>32</sup>

Damit deutet sich auch eine Möglichkeit zur Beantwortung der anfangs gestellten Frage an, ob die asiatische Produktionsweise universalhistorischen Charakter habe oder aber eine spezifische Erscheinung sei. Zunächst darf man auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Diskussion davon ausgehen, daß die asiatische Produktionsweise und auf ihr basierende Staaten nicht nur in Asien, sondern auch in Afrika und im vorkolonialen Amerika, vielleicht auch im Mittelmeerraum (minoische und mykenische Kultur, Etrusker) festzustellen sind. Das allein spricht dafür, daß es sich hier um eine universalhistorische Erscheinung handelt. Tökei hat im wesentlichen recht, wenn er von einer im Grunde ganz natürlichen Entwicklung hin zum Staat spricht<sup>33</sup>, obwohl nicht zu übersehen ist, daß keineswegs überall am Beginn der staatlichen Entwicklung ein eindeutig auf dieser Produktionsweise basierender Staat stand. Das war im wesentlichen nur in jenen besonders begünstigten mittleren Breiten der Fall, aber eben in diesen Gebieten setzt die staatliche Entwicklung der Menschheit ein.

Aus diesen Gründen erscheint es notwendig, möglichst bald anstelle des Begriffs "asiatische Produktionsweise" eine angemessenere Formulierung zu setzen. Unter den bisher gemachten Vorschlägen dürfte der von Melikišvili mehrfach verwendete Begriff "frühe (oder 'unentwickelte') Klassengesellschaft" am zweckentsprechendsten sein. Es sind dies in der Tat "frühe Klassengesellschaften", weil im Vergleich zu Sklavenhalter- oder Feudalgesellschaften der innere soziale Differenzierungsprozeß und damit private Ausbeutungsverhältnisse sehr gering entwickelt sind. Daher sind derartige frühe Klassengesellschaften im Rahmen der universalhistorischen Entwicklung

32 Ebenda, S. 106.

33 Tökei, Ferenc, Le mode de production asiatique dans l'oeuvre de K. Marx et F. Engels, a. a. O., S. 113; derselbe, Sur le mode de production asiatique, a. a. O., §. 16. - Allerdings verweigert Tökei diesem "natürlichen Entwicklungsweg" die Bezeichnung "typisch", da seiner Ansicht nach die feste Etablierung einer auf der asiatischen Produktionsweise basierenden Gesellschaft die progressive Entwicklung zur kapitalistischen Gesellschaft verhindert (ebenda, S. 62). Diese Unterscheidung zwischen natürlichem und typischem Entwicklungsweg scheint mir nicht ganz zutreffend, da die relativ reine Sklavenhaltergesellschaft des Mittelmeerraumes ohne die älteren orientalischen Staaten kaum denkbar ist und insofern die frühen, auf der asiatischen Produktionsweise basierenden Staaten des Orients aus der Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft nicht wegzudenken sind.

unzweifelhaft die ersten möglichen Klassengesellschaften und Staatsbildungen. Insofern erweist sich der allerdings zugegebenermaßen etwas blasse Terminus "frühe Klassengesellschaft" als durchaus angemessen. Der von Semenov gemachte Vorschlag, derartige Gesellschaften mit dem Terminus "kabalnoe obščestvo" zu umschreiben<sup>34</sup>, erscheint weniger glücklich, da damit im Grunde nur die unentwickelten Formen der Sklaverei und der feudalen Ausbeutung erfaßt werden, nicht die letztlich vorher herrschende kollektive staatliche Ausbeutung der Dorfgemeinden.

Beachtung verdient schließlich noch der Vorschlag von Chesneaux, derartige Gesellschaften als "despotico-villageois" zu bezeichnen<sup>35</sup> um so schon im Begriff den Antagonismus zwischen der bürokratisch-despotischen staatlichen Organisation und den ausgebeuteten Dorfgemeinden zu erfassen. Doch ist auch dieser Begriff nicht recht geeignet, da die frühen Klassengesellschaften zwar häurig, aber keineswegs immer despotische Staatsformen aufweisen.<sup>36</sup> Daß in diesen Staaten despotische oder annähernd despotische Regierungsformen relativ häufig begegnen, ist übrigens durchaus erklärlich. Denn es gibt hier infolge des weitgehenden Fehlens des Privateigentums am Boden und der noch relativ geringen inneren sozialen Differenzierung noch keine über eigene große und sichere Reichtumsquellen (Grundbesitz, Sklaven) verfügende Oberschicht, die auf Grund eigenständiger Macht ein wirksames Gegengewicht gegenüber dem Herrscher und den direkt von ihm abhängigen Würdenträgern bilden könnte. Die größte Reichtumsquelle ist hier ein geeigneter Posten im staatlichen Apparat bzw. - bei primitiveren staatlichen Gebilden - im "Haushalt" des Herrschers.<sup>37</sup> Naturgemäß wird diese Tendenz zu despotischen Regierungsformen dort, wo umfassende Flußregulierungs- und Bewässerungsarbeiten zu organisieren sind, besonders gefördert. Aber obwohl somit Despotien unter diesen frühen Klassengesellschaften häufig und keineswegs untypisch sind, so sind sie eben doch

34 Vgl. Semenov, J. I., a. a. O., S. 83 u. 87.

35 Vgl. Chesneaux, Jean, a. a. O., S. 51, ebenso seinen Hinweis auf die Arbeit von Robbie, E. di, A proposito del modo di produzione asiatico; i regimi despotico-comunitari nelle civiltà americane, in: Rinascita, Nov. 1963, der diesen Terminus ebenfalls verwendet.

36 Vgl. etwa die Ausführungen von Katz, Friedrich, a. a. O., S. 119, über die Stellung des Herrschers der Azteken; vgl. außerdem Suret-Canale, Jean, Schwarzafrika, a. a. O., S. 110; - Etwas stärker betont Tökei den despotischen Charakter dieser Staaten. (Tökei, Ference, Sur le mode de production asiatique, a. a. O., S. 59.)

37 Vgl. Suret-Canale, Jean, Les sociétés traditionnelles en Afrique tropicale et le concept de mode de production asiatique, a. a. O., S. 32.

kein gesetzmäßiges und ständiges Merkmal dieser frühen Klassengesellschaften, so daß die von Chesneaux vorgeschlagene Begriffsbildung nicht akzeptiert werden kann, obwohl seine Formulierung zweifellos inhaltlich aussagekräftiger ist als der wenig konkrete Begriff "frühe Klassengesellschaft".

Die Annahme dieses Begriffs schließt allerdings ein, daß man diese Gesellschaften als wirkliche Klassengesellschaften auffaßt und nicht nur als eine Übergangsstruktur zwischen Urgesellschaft und echter Klassengesellschaft. Für eine Einbeziehung etwa der alten orientalischen oder der vorkolonialen amerikanischen Staaten in die wirklichen Klassengesellschaften spricht vor allem auch die Tatsache, daß wir unumgänglich die der eigentlichen Staatsbildung unmittelbar vorausgehende Periode als Übergangsperiode zwischen der wirklichen Urgesellschaft und der Klassengesellschaft charakterisieren müssen. Denn bei allen Völkern können wir in der vorstaatlichen Zeit eine mehr oder weniger weitgehende soziale Differenzierung feststellen, die den Rahmen rein urgesellschaftlicher Verhältnisse bereits durchbricht. Es sei hier nur an die innere Struktur der germanischen Völker auf dem Boden des späteren Deutschlands in der Zeit vom 1. bis 5. Jahrhundert erinnert. In diesem Gebiet haben sich bereits damals in beträchtlichem Umfange teils mehr der Sklaverei, teils bereits dem Feudalismus ähnelnde Formen der Ausbeutung entwickelt, ohne daß man sagen kann, es sei bereits eine klare Klassenspaltung eingetreten.<sup>38</sup> Als politische Organisationsform können wir in dieser Übergangszeit Stammesverbände feststellen, in deren Struktur zwar bereits staatliche Elemente auftreten, die aber noch nicht als Staaten bezeichnet werden können.

Es ist natürlich sehr schwer, diese späturgesellschaftliche bzw. vorklassengesellschaftliche Übergangsperiode mit mehr oder weniger weitgehender sozialer Differenzierung gegenüber den ersten echten

<sup>38</sup> Zur Gesellschaftsstruktur der Germanen in dieser Zeit vgl. Herrmann, Joachim, Frühe klassengesellschaftliche Differenzierungen in Deutschland, in: ZfG, H. 3/1966, S. 398 ff. - Es wäre hier zu erwägen, ob man diese frühen Formen der Differenzierung nicht besser mit dem Terminus "soziale Differenzierung" umschreiben sollte, um so den Begriff "klassengesellschaftlich" zu vermeiden, da meines Erachtens die Differenzierung in diesem Entwicklungsstadium noch nicht zu einer klaren und durchgehenden Klassenspaltung führt. Vgl. zu dieser Problematik jetzt auch Neusychin, A. I., Dofeodalnyj period kak perehodnaja stadija razvitija ot rodoplemennogo stroja k rannefeodalnomu (Die vorfeudale Periode als Übergangsstadium der Entwicklung von der Stammesordnung zur frühfeudalen Gesellschaftsordnung), in: Voprosy istorii, H. 1/1967, S. 75 ff.

Klassengesellschaften zeitlich klar abzugrenzen. Untersuchungen über das quantitative Ausmaß der sozialen Differenzierung können hier niemals zur Festlegung deutlicher Grenzlinien führen. Als einigermaßen sicheres Merkmal der Abgrenzung kommt nur die Entstehung einer echten staatlichen Organisation anstelle der voraufgehenden Stammesorganisation in Frage. Wenn wir jedoch als das einzige einigermaßen klare Abgrenzungen ermöglichende Indiz für die Existenz einer Klassengesellschaft das Auftreten des Staates akzeptieren, dann folgt daraus, daß wir die alten orientalischen sowie die vorkolonialen amerikanischen oder afrikanischen Staaten in die Geschichte der Klassengesellschaften einbeziehen müssen und den Begriff "Übergangsperiode" der vorstaatlichen, späturngesellschaftlichen Struktur vorbehalten müssen.<sup>39</sup>

Diese vorstaatliche Übergangsperiode hat bei vielen Völkern eine überaus lange Dauer gehabt. So entstanden bei den Germanen Staaten erst, nachdem in einem sehr langandauernden Entwicklungsprozeß ein beträchtliches Maß an sozialer Differenzierung und dementsprechend auch ein höheres Niveau in der Entwicklung der Produktivkräfte erreicht war. In anderen Gebieten, wo günstigere Vorbedingungen für die Errichtung einer staatlichen Organisation bestanden, war diese späturngesellschaftliche Übergangsperiode kürzer, und es entstanden bei einem noch sehr niedrigen technischen Entwicklungsstand und einer wenig ausgeprägten inneren sozialen Differenzierung eben jene frühen Klassengesellschaften.<sup>40</sup>

Da die frühen Klassengesellschaften eine relativ geringe innere soziale Differenzierung aufweisen und die ausgebeuteten Dorfgemeinschaften zum Teil noch urgesellschaftliche Organisationsformen zeigen, ist es voll verständlich, wenn verschiedene Historiker Bedenken tragen, sie bereits voll den Klassengesellschaften zuzurechnen, besonders wenn sie - wie etwa Godelier - von den im Vergleich zu den altorientalischen Staaten meist recht primitiven afrikanischen vorkolonialen Staaten ausgehen. Aber man sollte sich doch vor Augen halten, daß mit der Konstituierung echter staatlicher Formen die bereits in der vorstaatlichen Periode vorhandenen Stammesorgane sich tiefgreifend wandeln: sie werden zum Kern einer den Staat beherr-

39 Es handelt sich hier also um jene Struktur, die Engels als militärische Demokratie bezeichnet hat.

40 Vgl. die teilweise ähnlichen Gedankengänge bei Struve, V. V., a. a. O., S. 105 u. 107.

schenden und die Masse der Bevölkerung ausbeutenden Klasse<sup>41</sup>, die sich jetzt scharf gegenüber der Masse des Volkes abgrenzt und zugleich in der Regel durch eine Art "Dienstadel" auch zahlenmäßig verstärkt wird. So mündet die bereits vorher vorhandene soziale Differenzierung jetzt unverkennbar in eine echte Klassenspaltung mit ausgeprägter Ausbeutung ein.<sup>42</sup>

Damit können wir uns dem nächsten größeren Fragenkomplex zuwenden, der Frage der Abfolge und des Verhältnisses der vorkapitalistischen Klassengesellschaften zueinander. Wenn wir zunächst einmal die asiatischen Staaten, etwa die des Vorderen Orients oder China, in Betracht ziehen, so folgt aus dem bisher Gesagten, daß wir dort an den Beginn der klassengesellschaftlichen Entwicklung jene frühen Klassengesellschaften stellen müssen. Wir können weiter beobachten, daß im Rahmen dieser ersten Stufe von vornherein mit der Existenz primitiver sklavenhalterischer und unentwickelter feudaler Ausbeutungsformen zu rechnen ist. Wenn wir die Entwicklung in diesen Staaten weiterverfolgen, dann zeigt sich, daß diese Ansätze der Sklaverei und feudaler Ausbeutung im Laufe der Zeit immer mehr an Gewicht und Bedeutung gewinnen; hierbei kann wohl in der Regel in der Weise differenziert werden, daß in den früheren Perioden die Ausbeutung von Sklaven zunächst etwas stärker zunimmt als die Ausbeutung in feudalen Formen<sup>43</sup>, ohne daß jedoch die Sklaverei zu einem die Produktion beherrschenden Faktor wird. Auf lange Sicht setzen sich dann immer mehr jene feudalen Formen durch, da mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte und der Intensivierung der Bodenkultur sich unvermeidlich mehr oder weniger entwickelte Formen privaten Eigentums am Boden ausbilden und damit günstige Voraussetzungen für die Entstehung von Großgrundbesitz feudalen Charakters gegeben sind.<sup>44</sup> So wird in diesen Gebieten schließlich zu einem allerdings schwer faßbaren Zeitpunkt und in sehr allmählicher Weise der Übergang zur feudalen Gesellschaftsformation realisiert. Damit wird zugleich deutlich, daß von einer völligen Stagnation in den asiatischen Ge-

41 Das ist nach Engels der für orientalische Staaten typische Weg der Bildung einer herrschenden Klasse (Engels, Friedrich, a. a. O., S. 166 f.).

42 Vgl. die entsprechenden Gedanken bei Tökei, Ference, Sur le mode de production asiatique, a. a. O., S. 61.

43 Vgl. die China betreffenden Ausführungen von Felber, Roland, Die Reformen des Shang Yang und das Problem der Sklaverei in China, in: Neue Beiträge zur Geschichte der alten Welt, Bd. 1, Berlin 1964, S. 117 ff.

44 Vgl. Töpfer, Bernhard, a. a. O., S. 804.

bieten keine Rede sein kann<sup>45</sup>, wenn auch unverkennbar ist, daß die Entwicklung hier sehr langsam verläuft.

So ergibt sich, daß in den meisten älteren asiatischen Staaten über eine lange Zeit mit schwer definierbaren Mischformen hinweg ein direkter Übergang von der frühen Klassengesellschaft zur Feudalgesellschaft erfolgt, ohne daß eine ausgeprägte Sklavenhaltergesellschaft dazwischentritt.<sup>46</sup> Dieser Entwicklungsgang spricht zugleich dagegen, die Gesellschaftsstruktur der alten orientalischen Staaten als "unentwickelte Sklaverei" zu charakterisieren<sup>47</sup>, denn mit gleichem, vielleicht sogar mit besserem Recht könnte man sie als "unentwickelten Feudalismus" charakterisieren.

Angesichts der Tatsache, daß sich die alten orientalischen Gesellschaften schließlich in der Regel zu Feudalgesellschaften entwickeln, wird man ohne Zweifel jenen in letzter Zeit immer zahlreicher auftretenden marxistischen Historikern zustimmen müssen, die den Standpunkt vertreten, daß es eine ausgeprägte Sklavenhaltergesellschaft im wesentlichen nur im Mittelmeerraum gegeben hat.<sup>48</sup> Nur in diesem Gebiet hat die in nahezu allen vorkapitalistischen Klassengesellschaften auftretende Sklaverei in der Zeit vom 8./7. Jahrhundert v. u. Z. bis etwa zum 3. Jahrhundert u. Z. auf Grund besonderer Voraussetzungen eine solche Ausdehnung erfahren, daß man für dieses Gebiet im genannten Zeitraum von der Existenz einer Sklavenhaltergesellschaft sprechen kann. Daß in Griechenland nach der dorischen Wanderung in relativ kurzer Zeit die Entwicklung einer zerfallenden Urgesellschaft zu einer recht ausgeprägten Sklavenhaltergesellschaft vollendet wurde, ist allerdings aus der inneren Entwicklung der dorischen Stämme allein nicht zu erklären; vielmehr ha-

45 Für China betont dies u. a. Yamamoto, Tatsuro, From Tang to Sung. A transitional period in East Asian history, in: XI<sup>e</sup> congres international des sciences historiques, Stockholm 1960, Rapports, Bd. 3, Göteborg/Stockholm/Uppsala 1960, S. 1 ff.

46 So auch Melikišvili, G. A., a. a. O., S. 75, und Stučevskij, I. A., a. a. O., S. 160 f., die sich damit auf einen von Struve abweichenden Standpunkt stellen.

47 Diese Charakterisierung findet sich in den meisten älteren sowjetischen Arbeiten. Vgl. etwa Meiman, M. N./Skazkin, S. D., K voprosu o neposredstvennom perehode k feodalizmu na osnove razloženiya pervobytnoobščinnogo sposoba proizvodstva (Zur Frage des unmittelbaren Übergangs auf der Grundlage der Auflösung der urgemeinschaftlichen Produktionsweise), in: Voprosy istorii. H. 1/1960, S. 79 u. 83.

48 Vgl. Vasilev, L. S./Stučevskij, I. A., a. a. O., S. 88; Melikišvili, G. A., a. a. O., S. 75 f.; Kolesnizki, N. F., a. a. O., S. 68 f.

ben hier die Berührung mit frühen Klassengesellschaften, die Übernahme vieler technischer und wissenschaftlicher Errungenschaften der älteren Kulturen<sup>49</sup> sowie die Möglichkeiten eines intensiven Handels im Mittelmeerraum eine ungewöhnlich beschleunigende Wirkung auf die sozialökonomische Entwicklung der Griechen ausgeübt. Nur auf Grund dieser Einwirkungen und der damit gegebenen besonders günstigen Bedingungen für ein schnelles und intensives Aufblühen von Handel und Gewerbe ist es zu erklären, daß bei diesen griechischen Stämmen vor der Ausbildung einer echten Sklavenhaltergesellschaft ein eigenes frühklassengesellschaftliches Entwicklungsstadium nicht deutlicher hervortrat.

Die Entwicklung einer ausgeprägten Sklavenhaltergesellschaft in Griechenland und in weiten Teilen des Mittelmeerraumes ist untrennbar verbunden mit einer für die vorkapitalistische Zeit ungewöhnlichen Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen.<sup>50</sup> Nur unter solchen wirtschaftlichen Voraussetzungen war die Herausbildung einer Massensklaverei möglich. Grundlage hierfür waren die besonders günstigen und weitreichenden Verkehrsverbindungen des Mittelmeerraumes und die dadurch gegebenen Kontaktmöglichkeiten mit den älteren vorderorientalischen Kulturen. Daher konnten sich in den griechischen Staaten und im Römischen Reich das Städtewesen, die Warenproduktion und der Handel in besonders intensiver Weise entwickeln, so daß die an sich für alle vorkapitalistischen Gesellschaften typische Naturalwirtschaft zwar nicht völlig überwunden, aber doch beträchtlich eingengt wurde. Doch war gerade wegen der starken Anwendung der im Grunde sehr unproduktiven Sklavenarbeit und bei dem damaligen Niveau der Produktivkräfte eine direkte Weiterentwicklung von der Sklaverei zum Kapitalismus hin unmöglich, so daß die anfangs so rapide wirtschaftliche Entwicklung der Sklavenhaltergesellschaft in einer Sackgasse endete. Die daraus resultierende Krise der Sklavenhaltergesellschaft führte dazu, daß sich nunmehr im Mittelmeerraum feudale Formen mehr und mehr durchsetzten und damit auch dieses Gebiet wieder auf den üblichen Entwicklungsweg zurückkehrte.<sup>51</sup>

Die Ablösung der Sklavenhaltergesellschaft durch die Feudalordnung brachte zunächst eine Reihe von Rückschlägen im wirtschaftlichen Be-

49 Vgl. Leneman, J. A., *Rabstvo v mikenskoj i gomerovskoj Grecii* (Die Sklaverei im mykenischen und homerischen Griechenland), Moskau 1963, S. 280. - Zu dem hier auftauchenden Kontinuitätsproblem siehe Anm. 62.

50 Vgl. bereits Töpfer, Bernhard, a. a. O., S. 801 f.

51 Vgl. Melikišvili, G. A., a. a. O., S. 76, der davon spricht, daß damit diese Gesellschaft wieder auf die Hauptlinie der Entwicklung zurückkehrte

reich, ermöglichte dann aber letztlich doch eine weit über die Potenzen einer Sklavenhaltergesellschaft hinausgehende Entwicklung der Produktivkräfte. Nur auf der Grundlage einer Feudalgesellschaft, nicht aus einer Sklavenhaltergesellschaft heraus, konnte sich der Kapitalismus entwickeln.

Im ganzen ergibt sich also folgendes Entwicklungsschema: Zuerst entwickeln sich aus zerfallenden urgesellschaftlichen Verhältnissen heraus frühe Klassengesellschaften. Die in diesen Gesellschaften von vornherein enthaltenen primitiven Formen der Sklaverei und feudaler Ausbeutung treten entsprechend dem langsamen Fortschreiten des wirtschaftlichen Niveaus und den sich dadurch verbessernden Möglichkeiten individueller Ausbeutung immer ausgeprägter und stärker hervor, wobei sich zunächst im allgemeinen Formen der Sklaverei schneller ausbreiten als feudale Ausbeutungsformen; schließlich setzen sich aber in der Regel die feudalen Formen stärker durch, so daß normalerweise die frühe Klassengesellschaft durch eine Feudalgesellschaft abgelöst wird. Nur im Mittelmeerraum setzen sich auf Grund besonderer Bedingungen die in den frühen Klassengesellschaften stets vorhandenen Formen der Sklaverei so weit durch, daß wir hier für einen gewissen Zeitraum von der Existenz einer Sklavenhaltergesellschaft sprechen können. Nach einer tiefgreifenden Krise der Sklavenhaltergesellschaft triumphiert aber auch hier die Feudalordnung.

Hier wäre noch hinzuzufügen, daß etwa in jenen Jahrhunderten, in denen sich in den alten Kulturgebieten der frühen Klassengesellschaften und der Sklavenhaltergesellschaft feudale Formen mehr und mehr durchsetzen, im europäisch-asiatischen Raum auch viele im Stadium der zerfallenden Urgesellschaft verharrende Völker den Übergang zur Feudalordnung finden. In diesen Fällen - so etwa bei Germanen und Slawen, bei vielen Turkvölkern und auch in Japan - kann man also von einem direkten Übergang von der zerfallenden Urgesellschaft zu einer feudalen Klassengesellschaft sprechen, die somit in der Entwicklung dieser Völker die erste echte Klassengesellschaft überhaupt ist.<sup>52</sup> Zwar treten hier in der ersten Zeit der staatlichen Entwicklung Formen auf, die noch nicht voll den Merkmalen einer echten Feudalordnung entsprechen und vielfach Ähnlichkeiten mit frühen

52 Für die Entwicklung in Japan vgl. die meines Erachtens im wesentlichen zutreffenden Ausführungen von Tökei, Ference, Sur le mode de production asiatique, a. a. O., S. 85.

Klassengesellschaften oder der Sklaverei aufweisen<sup>53</sup>, aber der Weg führt letztlich sehr schnell und eindeutig zum Feudalismus hin.

Als Erklärung für diesen recht häufig auftretenden Entwicklungsgang bieten sich mehrere Gründe an: Einmal macht die stark naturalwirtschaftliche Struktur dieser Völker in jenem Entwicklungsstadium die Herausbildung einer Massensklaverei unmöglich. Außerdem siedeln die genannten Völker, die nicht zufällig relativ spät zur Staatenbildung kommen und damit in die klassengesellschaftliche Entwicklungsphase eintreten, in wirtschaftlich schwerer erschließbaren und politisch nicht leicht kontrollierbaren Gebieten. Hier ist ein beachtliches Niveau der Produktivkräfte und der inneren sozialen Differenzierung erforderlich, um eine Staatsbildung zu ermöglichen. Daher spielt hier schon zur Zeit der Entstehung des Staates die private Ausbeutung eine größere Rolle als etwa in der Frühzeit der orientalischen Staaten. Außerdem müssen bei all diesen Völkern Einflüsse bzw. die Übernahme technischer Errungenschaften aus den Gebieten der älteren Klassengesellschaften als wesentlicher beschleunigender Entwicklungsfaktor in Betracht gezogen werden. So haben die Franken und die germanischen Stämme manche Kenntnisse auf wirtschaftlichem Gebiet von der Antike übernommen, obwohl gerade in diesem Bereich der Kontinuitätsbruch zwischen Antike und Mittelalter relativ tiefgreifend ist.<sup>54</sup> Besonders zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß die

53 Vgl. die verschiedentlich geäußerten und durchaus berechtigten Zweifel an einer vorbehaltlos feudalen bzw. frühfeudalen Charakterisierung der Gesellschaftsstruktur der späteren deutschen Stämme oder etwa des Großmährischen Reiches bei Müller-Mertens, Eckhard, Die Genesis der Feudalgesellschaft im Lichte schriftlicher Quellen, in: ZfG, H. 8/1964, S. 1393; Lehmann, Hannelore, Bemerkungen zur Sklaverei im frühmittelalterlichen Bayern, in: ebenda, H. 8/1965, S. 1378 ff. - Zum Streit um die Charakteristik des Großmährischen Reiches, das vor allem Graus noch nicht als feudal auffassen möchte, vgl. Bulin, Hynek, Z diskuse o počátkách Velkémoravské říše (Aus der Diskussion über die Anfänge des Großmährischen Reiches), in: Slavia occidentalis, Bd. 22, 1962, S. 72 ff.; vgl. besonders Graus, František, L'Empire de Grande-Moravie, sa situation dans l'Europe de l'époque et sa structure intérieure, in: Das Großmährische Reich. Tagung der wissenschaftlichen Konferenz des Archäologischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften 1963, Prag 1966, S. 208 f. - Ähnliche Probleme ergeben sich bei der Charakterisierung der Gesellschaftsstruktur der Kiewer Rus.

54 Vgl. dazu bereits Töpfer, Bernhard, a. a. O., S. 786 f. - Auch die sowjetische Forschung, die zunächst jede Kontinuität beim Übergang von der Antike zum Mittelalter verneinte, sieht diese Problematik jetzt differenzierter; vgl. Ušal'cova, Z. V., Zadači izučeniya genezisa feodalizma v stranah zapadnoj Evropy (Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Entstehung des Feudalismus in den Ländern Westeuropas), in: Voprosy istorii, H. 9/1966, S. 62 u. 65 f.

Herausbildung des vollen Eigentums am Boden (einschließlich des Rechts zur freien Veräußerung des Bodens) im mittelalterlichen Europa durch die Übernahme römischer Rechtsvorstellungen entschieden gefördert wurde, wobei vor allem die Kirche als Vermittlerin eine entscheidende Rolle spielte.<sup>55</sup> Gerade die Herausbildung frei veräußerlichen Grundeigentums war aber eine entscheidende Voraussetzung für eine schnelle Durchsetzung feudaler Verhältnisse.<sup>56</sup>

So ergibt sich, daß sich der Feudalismus entweder in einer meist sehr langen Entwicklung aus einer frühen Klassengesellschaft heraus entfalten oder auf eine Sklavenhaltergesellschaft folgen oder sich schließlich auch aus einer zerfallenden Urgesellschaft herausbilden kann. Allerdings ist dieser direkte Übergang zu einer Feudalstruktur ohne eine gewisse Beeinflussung von Seiten älterer Klassengesellschaften kaum denkbar; insofern ist es auch nicht zufällig, daß sich derartige direkt auf zerfallende urgesellschaftliche Verhältnisse folgende Feudalstrukturen niemals in der Bronzezeit, sondern erst in einem relativ fortgeschrittenen Stadium der Eisenzeit mit entsprechend besser entwickelten Produktionsinstrumenten herausgebildet haben.<sup>57</sup>

Aus der Möglichkeit dieser verschiedenen Übergänge zum Feudalismus ergibt sich ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt. Abgesehen von vielen anderen geographischen und historischen Faktoren, die die Gestalt der Feudalordnungen in verschiedenen Gebieten der Erde sehr unterschiedlich werden ließen, wird die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Feudalordnung in hohem Maße auch davon abhängig sein, ob sie aus den Verhältnissen einer zerfallenden Urgesellschaft, aus einer Sklavenhaltergesellschaft oder auf der Basis einer früheren Klassengesellschaft erwächst.<sup>58</sup> Wenn sich die Feudalordnung auf der Grundlage einer älteren Klassengesellschaft - einer frühen Klassengesellschaft oder einer Sklavenhaltergesellschaft - entwickelt, wird wiederum zu beachten sein, ob diese Entwicklung ausgesprochen konti-

55 Vgl. Njeussychin, A. I., Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft als Klasse der frühfeudalen Gesellschaft in Westeuropa vom 6. bis 8. Jh., Berlin 1961, S. 528 (über die Entwicklung in Bayern); Conrad, Hermann, Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 1, 2. Aufl. Karlsruhe 1962, S. 161.

56 Vgl. Engels, Friedrich, Fränkische Zeit, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, S. 457 f.

57 Vgl. Hoffmann, Ernst, Social economic formations and historical science, in: Marxism today, Bd. 9, H. 9/1965, S. 272.

58 Vgl. Töpfer, Bernhard, a. a. O., S. 798 f.

nuerlich erfolgt oder ob etwa durch Einfälle und die Landnahme barbarischer Völker ein größerer Bruch eintritt und die weitere Entwicklung teils von den Bedingungen der zerfallenden Urgesellschaft der eingefallenen Barbaren, teils von den Formen der vorher in dem betreffenden Gebiet bestehenden Klassengesellschaft mitbestimmt wird. Das Eindringen von Barbarenvölkern in ältere Kulturräume hat in den frühen Epochen der Menschheitsgeschichte eine sehr wesentliche Rolle gespielt, weil die ältesten Klassengesellschaften sich in besonders günstigen Gebieten zunächst wie sehr begrenzte Inseln in einer barbarischen Umwelt entwickelten; nur sehr langsam erweiterte sich der Raum, in dem Klassengesellschaften und damit höhere Kulturen existierten. Ein sehr wesentliches Charakteristikum des Zeitalters des Feudalismus besteht gerade darin, daß damals eine sehr bedeutende räumliche Erweiterung der Klassengesellschaften und damit einer gewissen Zivilisation eintrat.

Daher hat weit in das Feudalzeitalter hinein das Wechselverhältnis zwischen Klassengesellschaften und barbarischer Umwelt in mannigfaltiger Weise eine große Rolle gespielt. Die klassische Sklavenhaltergesellschaft des Mittelmeerraumes ist ohne die barbarische Umwelt als Sklavenreservoir undenkbar. Welthistorisch bedeutsam ist aber vor allem die Frage, welche Auswirkungen Barbareneinfälle in ältere Kulturräume auf die weitere historische Entwicklung hatten. Die Ausbreitung der Türken, speziell der Osmanen, im Vorderen Orient und auf dem Balkan hat offensichtlich nachhaltig als retardierender Faktor gewirkt.<sup>59</sup> Die Niederlassung der Germanen im Gebiet des Weströmischen Reiches hat zwar zunächst ebenfalls in vieler Hinsicht Rückschläge mit sich gebracht, aber letztlich doch den Weg für eine weiterführende Entwicklung frei gemacht. Hier hat sich der durch die Germaneneinfälle bewirkte weitgehende (aber keineswegs vollständige) Kontinuitätsbruch also auf lange Sicht positiv ausgewirkt und die Herausbildung einer relativ reinen, entwicklungsfähigen Feudalordnung ermöglicht.<sup>60</sup>

Ähnliche Probleme stellen sich bei der Betrachtung der frühen griechischen Geschichte; hier wäre zu fragen, inwieweit die durch die dorische Einwanderung verursachte Zerstörung der mykenischen Kultur,

59 Vgl. Werner, Ernst, Die Geburt einer Großmacht - Die Osmanen (1300 - 1481), Berlin 1966, S. 311.

60 Vgl. Töpfer, Bernhard, a. a. O., S. 799 f. u. 807.

die offensichtlich noch einen frühklassengesellschaftlichen Charakter aufweist<sup>61</sup>, die Herausbildung einer relativ reinen Sklavenhaltergesellschaft erleichtert hat.<sup>62</sup> So zeigt sich, daß bei einer Untersuchung und Einschätzung der vorkapitalistischen Klassengesellschaften wegen des engen Wechselverhältnisses zwischen begrenzten Kulturräumen und weiter barbarischer Umwelt die Klärung des jeweiligen Maßes von Kontinuität bzw. Diskontinuität von größter Bedeutung für eine tiefere Einsicht in den historischen Ablauf ist.

Die eben angeführten Beispiele relativ tiefer, aber niemals vollständiger Kontinuitätsbrüche ändern jedoch nichts an der Tatsache, daß im asiatischen Raum die Entwicklung früher Klassengesellschaften zu Feudalgesellschaften in den meisten Fällen sehr kontinuierlich und langsam erfolgt ist, so daß eine klare zeitliche Abgrenzung zwischen früher Klassengesellschaft und Feudalgesellschaft meist völlig unmöglich ist. Das hatte zur Folge, daß im asiatischen Raum vielfach die in den frühen Klassengesellschaften geprägten Formen während der Feudalepoche mehr oder weniger lange Zeit beibehalten wurden.<sup>63</sup> So hatten beispielsweise schon die frühen Klassengesellschaften ein allerdings zunächst einseitig auf die Bedürfnisse der Oberschicht orientiertes Städtewesen<sup>64</sup> mit gewerblicher Produk-

61 Vgl. Chesneaux, Jean, a. a. O., S. 50. - Auch Lençman, J. A., a. a. O., S. 280 f., sieht viele Parallelen zwischen der gesellschaftlichen Struktur Mykenes und den vorderorientalischen Gesellschaften. Vgl. auch Vernant, Jean-Pierre, *Les origines de la pensée Grecque*, Paris 1962, S. 15.

62 Hier hat sich ein ähnlicher Streit um das Kontinuitätsproblem ergeben wie bei der Beurteilung des Übergangs von der Antike zum Mittelalter. Einen radikalen Kontinuitätsbruch nimmt Finley an. (Finley, M. I., *Homer and Mycenae: Property and tenure*, in: *Historia. Zeitschrift für alte Geschichte*, Bd. 6, 1957, S. 136 u. 159.) Zweifellos überbetont wird die Kontinuität von Will, Edouard, *Aux origines du régime foncier grec*, in: *Revue des études anciennes*, Bd. 59, 1957, S. 45, 48 u. 50. - Einen mittleren und wohl im wesentlichen zutreffenden Standpunkt bezieht Lençman, J. A., a. a. O., S. 280 ff.

63 Insofern ist es durchaus erklärlich, wenn verschiedene Historiker etwa für China oder Indien eine durchgehende Existenz der asiatischen Produktionsweise annehmen und nur insoweit differenzieren, als sie für frühere Perioden einen stärkeren Einschlag sklavenhalterischer Elemente und für spätere Zeiten das Hervortreten feudaler Elemente innerhalb der asiatischen Produktionsweise konstatieren. So für China Tökei, Ference, *Sur le mode de production asiatique*, a. a. O., S. 88. - Vor allem hinsichtlich der Entwicklung Indiens, in der Züge der Stagnation besonders deutlich hervortreten, wird wahrscheinlich noch lange darüber gestritten werden, ob hier in den dem europäischen Mittelalter entsprechenden Zeiten eine asiatische Produktionsweise (bzw. frühe Klassengesellschaft) mit stärkeren feudalen Einschlägen oder eine Feudalgesellschaft mit starken frühklassengesellschaftlichen Relikten existierte.

64 Vgl. die Hinweise bei Chesneaux, Jean, *Où en est la discussion sur le mode de production asiatique*, in: *La Pensée*, Nr. 129/1966, S. 43 ff.

tion und Handel entwickelt, das im Feudalzeitalter weiterbestand. Das hatte zur Folge, daß in den meisten orientalischen Gesellschaften schon im Frühfeudalismus ein recht entwickeltes Städtewesen vorhanden war, während für den europäischen Frühfeudalismus gerade ein fast völliges Fehlen von Städten charakteristisch ist. Weiter kann man feststellen, daß die schon in den frühen Klassengesellschaften des Orients vorhandene unentwickelte Sklaverei innerhalb der Feudalordnung mehr oder weniger stark weiterbesteht. Schließlich ist für die frühen Klassengesellschaften die Existenz vom Staat ausgebeuteter "freier" Bauerngemeinden typisch. Die Folge ist, daß in den entsprechenden Gebieten während des Frühfeudalismus die Zahl der vom Staat ausgebeuteten Bauern, die keinem privaten Grundherrschaft unterstehen, sehr groß bleibt. Wenn eine derartige staatliche Ausbeutung der Bauern in einer mehr und mehr feudalen Umwelt erfolgt und wenn das Ausbeutungsobjekt mehr die einzelne Bauernwirtschaft und nicht so sehr das Gemeindegemeinschaft ist, wird man das Verhältnis dieser Bauern zum Staat durchaus als ein feudales Ausbeutungsverhältnis charakterisieren müssen. Während also in großen Teilen Europas der Frühfeudalismus gekennzeichnet ist durch die Existenz einer großen Zahl vollfreier Bauern, ist für den orientalischen Frühfeudalismus das Vorhandensein zahlreicher steuerlich stark belasteter "Staatsbauern" typisch. Hinzu kommt noch, daß in einigen asiatischen Staaten die aus der Zeit der frühen Klassengesellschaft ererbte, auf einer städtischen Wirtschaft basierende stark bürokratische Verwaltung wiederholt in der Lage gewesen ist, das Wachstum des privaten feudalen Großgrundbesitzes wieder rückgängig zu machen<sup>65</sup>, so daß die Zahl der Staatsbauern in einigen Staaten, etwa in China<sup>66</sup>, auch später recht groß ist und das für einen vollentwickelten Feudalismus typische Vorherrschen des privaten Großgrundbesitzes ständig gehemmt wird.

65 Für China vgl. etwa Erkes, Eduard, Geschichte Chinas von den Anfängen bis zum Eindringen des ausländischen Kapitals, 2. Aufl. Berlin 1957, S. 99 f. u. 112.

66 Hier liegt einer der Hauptgründe dafür, daß sich verschiedene Historiker weigern, das China der "mittelalterlichen" Epoche als feudal zu charakterisieren. (Siehe z. B. Tökei, Ferenc, Sur le mode de production asiatique, a. a. O., S. 68 ff.; Lewin, Günter, Die Erforschung der vorkapitalistischen Gesellschaftsformation Chinas als Schlüssel zum besseren Verständnis der Zeitgeschichte, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe, H. 3/1965, S. 362.) Andererseits spricht Needham von einer "feudal-bureaucratic society", akzeptiert also bei aller Betonung der Besonderheiten der chinesischen Entwicklung den Terminus "feudal". (Needham, Joseph, Glories and defects of the Chinese scientific and technical traditions, in: Neue Beiträge zur Geschichte der alten Welt, a. a. O., S. 101.) Vgl. auch die Charakterisierung

Aus diesen Hinweisen ergibt sich mit aller Deutlichkeit, in wie hohem Maße die jeweilige konkrete Gestaltung der Feudalordnung von der vorher bestehenden gesellschaftlichen Struktur mitbestimmt wird. Im ganzen gewinnt man auf diese Weise den Eindruck, daß die für die Feudalordnung typischen Charakterzüge am klarsten bei jenen Völkern hervortreten, die vor der Feudalordnung keine ausgeprägte ältere Klassengesellschaft entwickelt, sondern in relativ kurzer Zeit aus der zerfallenden Urgesellschaft heraus direkt den Weg zum Feudalismus gefunden haben. Denn man wird sicher weiterhin davon ausgehen müssen, daß etwa der europäische und der japanische Feudalismus besonders charakteristische Ausprägungen dieser Ordnung darstellen. In beiden Fällen aber ist die feudale Entwicklung durch Einflüsse von Seiten älterer Klassengesellschaften zwar entscheidend befruchtet und beschleunigt, aber nicht direkt geprägt worden.<sup>67</sup>

Damit stellt sich nunmehr am Ende dieser Darlegungen in aller Schärfe die Frage nach dem Charakter der Übergänge von einer vorkapitalistischen Gesellschaftsstruktur zu einer anderen fortgeschritteneren vorkapitalistischen Klassengesellschaft. Die Entwicklung von der frühen Klassengesellschaft zum Feudalismus erfolgt offensichtlich ohne einen tieferen Umbruch, was sicher damit zusammenhängt, daß die frühen Klassengesellschaften von vornherein Formen der Sklaverei und feudaler Ausbeutung enthalten. Diese von vornherein vorhandenen Elemente brauchten sich nur zu verstärken, um schließlich einen fast unmerklichen Übergang zu einer Feudalgesellschaft zu bewirken. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, derartigen Übergängen den Charakter einer Revolution zuzusprechen. Größere Berechtigung hat dagegen die Frage, ob die Ablösung der Sklavenhaltergesellschaft durch die Feudalordnung im westlichen Mittelmeerraum als Revolution zu deuten sei. Zwar ist die früher verschiedentlich vertretene Auffassung, dieser Wandel der sozialökonomischen Verhältnisse sei begleitet von einer Revolution der Sklaven und Kolonen, inzwischen aufgegeben worden.<sup>68</sup>

der Bodenpachtverhältnisse in China durch Balasz, E., *Le régime de la propriété en Chine du IV<sup>e</sup> au XIV<sup>e</sup> siècles*, in: *Cahiers d'histoire mondiale*, Bd. 1, H. 3/1954, S. 677. - Diese Ausführungen zeugen doch wohl von einem recht ausgeprägt feudalen Charakter dieser Pachtverhältnisse.

67 Vgl. Töpfer, Bernhard, a. a. O., S. 799 f.

68 Vgl. Korsunskij, A. R., *Problema revoljucionnogo perechoda ot rabovladel'českogo stroja k feodalnomu v zapadnoj Evrope* (Das Problem des revolutionären Übergangs von der Sklavenhalter- zur Feudalordnung in Westeuropa), in: *Voprosy istorii*, H. 5/1964, S. 99 ff.; Korostovzev, M. A., *O caractere drevnevostočnogo obščestva* (Über den Charakter der altorientalischen Gesellschaft), in: *Narody Azii i Afriki*, H. 3/1966, S. 74; Günther, Rigobert,

Aber wenn man auch allgemein von der Annahme einer den bürgerlichen Revolutionen vergleichbaren "politischen Revolution" beim Übergang von der Sklaverei zum Feudalismus abgerückt ist, so spricht man doch nach wie vor von einer sozialen Revolution.<sup>69</sup> Hier erhebt sich allerdings die Frage, ob für eine echte Revolution eben nicht gerade das Zusammenspiel eines grundsätzlichen Wandels in der sozialökonomischen Basis und einer politischen Revolution unter Führung einer neuaufsteigenden Klasse typisch ist. Wenn eine angebliche soziale Revolution grundsätzlich ohne eine solche politische Revolution auskommt, muß man naturgemäß sogleich die Frage stellen, ob die sozialökonomischen Wandlungen in diesem Falle wirklich so tiefgreifend waren, daß die Bezeichnung "Revolution" angemessen ist.

Es ist in der Tat nicht zu bezweifeln, daß die Strukturen der frühen Klassengesellschaft, der Sklaverei und der Feudalgesellschaft trotz aller Unterschiede eine Reihe von sehr wesentlichen Übereinstimmungen aufweisen. Die Produktivkräfte haben sich zwar von der Zeit der frühen Klassengesellschaften bis zur Blütezeit des Feudalismus im 12./13. Jahrhundert unbestreitbar weiterentwickelt, aber ein tiefgreifender Wandel im Charakter der Produktionsinstrumente ist während dieser ganzen Zeit nicht eingetreten. Die von Lenin als Merkmal der Zeit der Fronwirtschaft und damit letztlich wohl doch des Feudalismus angeführte "niedrige und zur Routine erstarrte Technik"<sup>70</sup> finden wir letztlich in allen vorkapitalistischen Klassengesellschaften. Das Gleiche gilt von der mehr oder weniger weitgehenden Herrschaft der Naturalwirtschaft. Außerdem wird man sagen können, daß während des gesamten vorkapitalistischen Zeitalters die Produktionsinstrumente auf den individuellen Gebrauch abgestellt sowie einfach und billig waren; ebenso war stets der Boden das wichtigste Produktionsmittel und daher größerer Landbesitz die sicherste Grundlage für Reichtum sowie für die Existenz der herrschenden Klasse. Weiter hatten die Einfachheit der Produktionsinstrumente, die jeder entweder selbst herstellen oder relativ leicht beschaffen konnte, und das Vorherrschen der Landwirtschaft zur Folge, daß in allen

Revolution und Evolution im Weströmischen Reich zur Zeit der Spätantike, in: ZfG, Sonderh. 1965; Evolution und Revolution in der Weltgeschichte, S. 19 f. u. 33.

69 Vgl. Günther, Rigobert, a. a. O., S. 33 f.; Korsunskij, A. R., a. a. O., S. 96 u. 111.

70 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 187.

diesen Gesellschaften die Masse der Produzenten unmittelbar mit den "objektiven Bedingungen der Arbeit" verbunden war<sup>71</sup> und eine Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten daher in der Regel nur unter Anwendung außerökonomischen Zwangs möglich war. So gilt auch das für den Feudalismus typische Merkmal des außerökonomischen Zwangs für die anderen vorkapitalistischen Klassengesellschaften, nur daß dieser außerökonomische Zwang etwas andere Formen annimmt, je nachdem, ob er sich gegen die bäuerlichen Gemeinden der frühen Klassengesellschaften oder gegen Sklaven oder gegen feudalabhängige, weitgehend selbständig wirtschaftende Bauern richtet. Schließlich ist noch zu beachten, daß die herrschende Klasse in allen vorkapitalistischen Klassengesellschaften mehr oder weniger ausgeprägt den Charakter einer bevorrechtigten Aristokratie aufweist.

Die vorkapitalistischen Klassengesellschaften haben also sehr viele wesentliche Merkmale gemeinsam, unter anderem gerade auch jene Merkmale, die als typisch für den Feudalismus angeführt werden (niedrige Technik, Naturalwirtschaft, außerökonomischer Zwang)<sup>72</sup>; es bedarf also genauerer Spezifizierungen, um Feudalismus, Sklaverei und frühe Klassengesellschaften klar gegeneinander abzugrenzen.<sup>73</sup>

Hier muß allerdings erwähnt werden, daß diese gemeinsamen Charakteristika im Zusammenhang mit dem für vorkapitalistische Verhältnisse ungewöhnlichen Aufschwung der Ware-Geld-Beziehungen innerhalb der mittelmeerischen Sklavenhaltergesellschaft aufgelockert (aber keineswegs völlig durchbrochen) worden sind. So wurde in den griechischen Städten die herrschende Aristokratie in beträchtlichem Maße von neuaufsteigenden Elementen mehr bürgerlichen Charakters durchsetzt, und zum Teil mußte sie ihre politische Herrschaft nach heftigen Klassenkämpfen mit anderen Schichten teilen.<sup>74</sup> Dem entspricht, daß im antiken Griechenland und Rom die sonst für alle vorkapitali-

71 Vgl. Marx, Karl, Grundrisse, a. a. O., S. 402.

72 Diese von Lenin zusammengestellten Merkmale werden übernommen von Kosminski, J. A./Skaskin, S. D., Geschichte des Mittelalters, Bd. 1, Berlin 1958, S. XXIII f.

73 Vor allem muß neben den ökonomischen Grundlagen die Sozialstruktur und damit letztlich auch die staatliche Struktur stärker mitberücksichtigt werden; daher habe ich mich in meinem Aufsatz "Zu einigen Grundfragen des Feudalismus" (Töpfer, Bernhard, a. a. O., S. 792 f.) auch bemüht, zusätzlich zu den meist genannten Merkmalen einer Feudalordnung gewisse typische Züge der feudalstaatlichen Struktur herauszuarbeiten.

74 In diesem Zusammenhang kommt es in den griechischen Stadtstaaten teilweise zu sozialen Auseinandersetzungen, die echten Revolutionen recht nahekommen.

stischen Gesellschaften typische religiöse Gebundenheit des geistigen Lebens teilweise überwunden wurde und eine ungewöhnliche Säkularisierung und Rationalisierung des Denkens eintrat. Damit bestätigt sich nur erneut, in wie hohem Maße die Entwicklung im Mittelmeerraum in der Antike eine Ausnahmeerscheinung ist und teilweise außergewöhnliche Ansätze für eine Überwindung der für die vorkapitalistische Zeit charakteristischen Schranken aufweist. Aber es blieb bei Ansätzen; der volle Durchbruch konnte auf der Basis der Sklaverei nicht gelingen.

Diese Bemerkungen könnten dazu verleiten, die Entwicklung der mittelmeerischen Sklavenhaltergesellschaft als eine zwar interessante, aber für die Gesamtentwicklung der Menschheit letztlich nebensächliche Sonderentwicklung ohne Perspektive abzutun. Das wäre jedoch falsch. Die Sklavenhaltergesellschaft konnte zwar aus sich heraus die Schranken der vorkapitalistischen Klassengesellschaften nicht voll überwinden, und es kam zunächst zu einem Rückfall auf ein primitiveres Niveau. Aber trotz dieses relativ tiefgehenden Kontinuitätsbruches beim Übergang zum europäischen Mittelalter hat die antike Gesellschaft dazu beigetragen, dem Feudalismus in den von ihr beeinflussten Gebieten in verschiedener Hinsicht eigentümliche Züge zu verleihen. Neben der Übernahme einer Reihe produktionstechnischer Erfahrungen und Errungenschaften ist vor allem auch die Tatsache bedeutsam, daß in der ungewöhnlich stark von Elementen der Warenproduktion durchsetzten antiken Gesellschaft ein besonders klar umrissener Begriff des rechtlich gesicherten, zugleich frei veräußerlichen Privateigentums (einschließlich des Privateigentums am Boden) entwickelt wurde. Die in der Antike, insbesondere auch im römischen Recht entwickelten Vorstellungen vom Privateigentum haben auf die Bodenbesitzverhältnisse bei den germanischen Völkern und in den europäischen Staaten überhaupt einen wesentlichen Einfluß gehabt<sup>75</sup> wobei insbesondere die an den römisch-rechtlichen Vorstellungen vom Grundeigentum festhaltende Kirche wesentlich dazu beitrug, die genossenschaftlichen Bindungen des Bodenbesitzes bei den Germanen zu überwinden. Die dadurch geförderte Mobilisierung des Grundbesitzes, die im europäischen Feudalismus uneingeschränkter hervortritt als in den meisten anderen Feudalgesellschaften, hat die Herausbildung eines fest verwurzelten feudalen Großgrundbesitzes und damit den

75 Vgl. Engels, Friedrich, Die Mark, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 320. vgl. auch derselbe, Der Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie, in: ebenda, Bd. 21, Berlin 1962, S. 397.

Feudalisierungsprozeß überhaupt entschieden vorangetrieben.<sup>76</sup> Schließlich haben diese Vorstellungen vom Eigentum auch dazu beigetragen, dem sich ausbildenden Bürgertum einen relativ sicheren Raum für die Entfaltung seiner Aktivität zu gewährleisten. So ist die Antike aus der europäischen Entwicklung und damit letztlich als Faktor der Überwindung der vorkapitalistischen Struktur überhaupt nicht wegzudenken.

Nach dieser Charakterisierung der vielen Gemeinsamkeiten aller vorkapitalistischen Klassengesellschaften und den Hinweisen auf einige Besonderheiten der antiken Sklavenhaltergesellschaft können wir nunmehr wiederum die Frage aufgreifen, wie die Übergänge von der frühen Klassengesellschaft zur Sklaverei oder zum Feudalismus bzw. von der Sklaverei zum Feudalismus zu bewerten sind. Auf Grund des bisher Gesagten kann die Antwort meines Erachtens nur lauten: Diese Übergänge bedeuteten wichtige soziale Wandlungen, die meist sehr langsam abliefen sowie mit scharfen Klassenkämpfen und verschiedentlich mit beträchtlichen Kontinuitätsbrüchen verbunden waren; aber es spricht nichts dafür, diesen Übergängen den Charakter wirklicher Revolutionen - vergleichbar mit den bürgerlichen Revolutionen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus - zuzusprechen. Denn bei diesen Übergängen lassen sich weder politische Revolutionen erkennen, noch haben die sicher beachtlichen Wandlungen in der sozialökonomischen Struktur einen so tiefgreifenden Charakter, daß der Terminus "soziale Revolution" gerechtfertigt wäre. Dazu sind die Ähnlichkeiten in der sozialökonomischen Struktur aller vorkapitalistischen Klassengesellschaften zu groß. Den Ausweg aus den sich damit ergebenden theoretischen Schwierigkeiten bietet der meines Erachtens vollauf zu bejahende Vorschlag von Vasilev und Stučevskij, die drei Formen vorkapitalistischer Klassengesellschaften nicht als eigenständige Gesellschaftsformationen aufzufassen, sondern zu der einen vorkapitalistischen Gesellschaftsformation zusammenzufassen.<sup>77</sup> Bedenklich erscheint es nur, wenn die beiden sowjetischen Historiker diese drei Formen als gleichberechtigte Modelle auffassen. Obwohl in der Praxis alle drei Formen zweifellos als primäre Klassengesellschaften auftreten können<sup>78</sup>, ist doch die eigentlich primäre Klassengesellschaft die frühe Klassengesellschaft, und die weltgeschicht-

76 Vgl. Tökei, Ference, Sur le mode de production asiatique, a. a. O., S. 35.

77 Vasilev, L. S./Stučevskij, I. A., a. a. O., S. 87 - 90.

78 Vgl. Stučevskij, I. A., a. a. O., S. 159.

liche Entwicklung ist letztlich doch durch die Abfolge: frühe Klassengesellschaft - Sklaverei - Feudalismus - Kapitalismus gekennzeichnet. Das tiefere Niveau der frühen Klassengesellschaften gegenüber der Sklaverei und der Feudalgesellschaft dürfte außer Frage stehen. Eine Klärung des Verhältnisses von Sklaverei und Feudalgesellschaft ist zwar schwieriger, da zweifellos verschiedene Feudalgesellschaften auf einem niedrigeren ökonomischen Niveau stehen als die antike Sklavenhaltergesellschaft; aber auch hier wird man davon ausgehen können, daß die Sklaverei gegenüber dem Feudalverhältnis ein primitiveres und eine Weiterentwicklung zum Kapitalismus ausschließendes Produktionsverhältnis darstellt.

Für eine solche Annäherung der drei vorkapitalistischen Klassengesellschaften spricht auch das meist recht ungestörte und unkomplizierte gleichzeitige Nebeneinanderexistieren der drei Ausbeuterformen. Gewisse Elemente der Sklaverei und feudaler Ausbeutung sind geradezu charakteristisch für die frühen Klassengesellschaften. In manchen Gesellschaften, die nicht mehr als frühe Klassengesellschaften aufgefaßt werden können, existierten sehr ausgeprägte sklavenhalterische und feudale Formen lange Zeit ohne Komplikationen nebeneinander, so in China in den Jahrhunderten um die Zeitenwende oder im Vorderen Orient einschließlich Byzanz vom 4. Jahrhundert bis etwa 600 u. Z. Das dürfte ebenfalls für die hier vertretene Auffassung sprechen, diese drei Formen, ohne ihre Unterschiede zu verwischen, als Stufen (nicht als gleichberechtigte Modelle) der vorkapitalistischen Gesellschaftsformation näher aneinander zu rücken und die Geschichte der Revolutionen mit den bürgerlichen Revolutionen beginnen zu lassen, die an die Stelle der durch außerökonomischen Zwang gekennzeichneten, aristokratisch geprägten Gesellschaften eine Gesellschaft setzen, für die der ökonomische Zwang und eine zumindest formelle rechtliche Gleichheit aller typisch sind.

# Das präkoloniale Afrika und die Diskussionen zur asiatischen Produktionsweise

von Thea Büttner

Forschungen zu spezifischen Problemen der präkolonialen Staatengründungen in Tropisch-Afrika, deren Klassen- und Ausbeutungscharakter haben in der gegenwärtigen Epoche eine große politische Bedeutung. Im Prozeß der weiteren Festigung der jungen Nationalstaaten, im besonderen der Konsolidierung eines Nationalbewußtseins, ist die Besinnung auf die eigenen historischen Kulturleistungen vor dem Eindringen der europäischen Kolonialeroberer in diesen Ländern außerordentlich evident und in jedem Falle anticolonialistisch. Nicht zufällig nehmen Diskussionen und Kontroversen zu theoretischen Einschätzungen des erreichten Standes der gesellschaftlichen Entwicklung der Völker Afrikas, des Charakters der sozialökonomischen Verhältnisse der vorkolonialen Staatengründungen, Probleme der Progressivität und Stagnation in der historischen Forschung über Tropisch-Afrika, einschließlich der afrikanischen Geschichtsschreibung selbst<sup>1</sup>, einen breiten Raum ein.

Allerdings ist die internationale Diskussion zu dieser Problematik noch stark im Fluß. Bei einem immer noch ungenügend erschlossenen Quellenmaterial wird sie bis zu einem gewissen Grade von Ein- und Nachwirkungen kolonialistischer Theorien, nicht zuletzt jedoch von divergierenden Schlußfolgerungen über die Einordnung der präkolonialen Staatengründungen und ihrer Sozialstruktur in den trotz Mannigfaltigkeit und Gegensätzlichkeit einheitlichen gesetzmäßigen welt-historischen, im Wandel der ökonomischen Gesellschaftsformationen manifestierten Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt.<sup>2</sup>

1 Vgl. dazu Markov, Walter, Afrikanische Geschichtsschreibung heute, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), H. 1/1964, S. 28 - 45.

2 Vgl. Büttner, Thea, Zu Fragen des Standortes der historischen und ethnologischen Literatur zur Geschichte Afrikas in der vorkolonialen Zeit, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, H. 3/1965, S. 369 - 377.

Dabei zeichnen sich Gefahren der Überschätzung und einseitigen Betrachtungsweise der traditionellen Spezifika auf der Basis der "African Personality", einer "Afrikanischen Gesellschaftsordnung", der mystisch-romantisch verzerrten "Negritude" ab, denen oft die Aufgabe zufällt, eine einseitig afrikanische, aus den universalgeschichtlichen Aspekten ausgeklammerte Betrachtungsweise der Geschichte der Völker Tropisch-Afrikas zu demonstrieren. In deutlicher Abgrenzung gegenüber Theorien des "ewig klassenlosen Kontinents" setzten sich in letzter Zeit in der Forschung eindeutig Auffassungen durch, die den frühen Klassen- und Ausbeutungscharakter dieser Staaten betonen. Nicht konform gehen sie jedoch in wichtigen methodologischen Fragen der Bewertung der einzelnen Faktoren der sozialökonomischen Struktur, die zum Beispiel die bürgerliche und marxistische Forschung in der Einschätzung des Feudalismus<sup>3</sup> generell trennen. Aber auch in den marxistischen Arbeiten zu Problemen des präkolonialen Afrika spiegelt sich der Stand der noch nicht zu Ende geführten Diskussionen über den Begriff der präkapitalistischen Gesellschaftsformationen,

3 Zahlreiche marxistische und bürgerliche Autoren haben sich in jüngster Zeit zur feudalen Charakteristik der präkolonialen Staatengründung geäußert. Für die Mehrzahl der historischen und ethnologischen Arbeiten bürgerlicher Provenienz ist allerdings ein Ausweichen in die ausschließlich politische, formallegale Sphäre typisch. Vgl. Goody, R., Feudalism in History, in: Journal of African History, Nr. 1/1963, S. 1 ff.; Maquet, J., Une Hypothèse pour l'étude de féodalités africaines, in: Cahiers d'Etudes Africaines, 2. Jg. 1961, S. 292 - 314; derselbe, A research definition of African feudality, in: Journal of African History, 2/1962, S. 307 - 310; vgl. ferner Chilver, E. M., Feudalism in Interlacustrine Kingdoms, in: Richards, A. J., East African Chiefs, London 1960, S. 378 ff.; Beattie, J. H. M., Bunyoro: An African Feudality, in: Journal of African History, 1/1964, S. 25 - 36. - Über die verschiedenen Strömungen in der bürgerlichen Historiographie zu allgemeinen Problemen des Feudalismus vgl. Barg, M. A., Koncepcija feodalizma v sovremennoj buržuaznoj istoriografii (Die Konzeptionen des Feudalismus in der heutigen bürgerlichen Geschichtsschreibung), in: Voprosy istorii, 1/1965, S. 79 ff. - Die marxistische Forschung hat immer auf den feudalen Land- bzw. Vieh- und Weidebesitz sowie feudale Unterdrückungsverhältnisse als ausschlaggebende Faktoren für das Entstehen feudaler Beziehungen, einschließlich rechtlicher Institutionen, orientiert. Vgl. u. a. Orlova, A. S., O meste i roli tradicionnyh vlastej Afrikanskogo obščestva v prošlom i nastojaščem (Über den Standort und die Rolle der traditionellen Obrigkeiten in der afrikanischen Gesellschaft in Vergangenheit und Gegenwart), in: Sovetskaja étnografija, H. 6/1960, S. 92 ff.; Potechin, I. I., On the Feudalism of the Ashanti, Moskau 1960. - Das Wesen feudaler Beziehungen allgemein wurde in jüngster Zeit behandelt von Poršnev, B. F., Feodalizm i narodnye massy (Feudalismus und Volksmassen), Moskau 1964, bes. S. 34 ff.; Büttner, Thea, Probleme des Feudalismus in Afrika in der vorkolonialen Periode, in: ZfG, H. 3/1964, S. 460 ff.

ihre Anzahl, Reihenfolge und spezifischen Merkmale sowie speziell über die Relation der asiatischen Produktionsweise zu Sklaverei und Feudalismus wider.

Besonders unter den Bedingungen des weltweiten Prozesses des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung und der zunehmenden Einbeziehung der Völker Asiens und Afrikas, bei denen oft noch vorkapitalistische Produktionsverhältnisse die sozialökonomische Struktur mitbestimmen, in diesen epochalen Prozeß rückt die marxistische Konzeption des Wechsels der sozialökonomischen Formationen, insbesondere auch die Spezifik präkapitalistischer Formationen und Produktionsweisen, in einen besonderen Brennpunkt der Diskussion und Forschung. Die wissenschaftliche Ausarbeitung von Strategie und Taktik der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung und die wissenschaftliche Begründung einiger gegenwärtiger Prozesse und Erscheinungen sind in gewissem Maße von der Bewältigung dieser Problematik abhängig.

Geschichtsmethodologische Fragen zur Einheit der Menschheitsgeschichte in der präkapitalistischen Zeit, zur gesetzlichen Abfolge der einzelnen Formationen, zur historischen Präzisierung der Mannigfaltigkeit und zur Möglichkeit paralleler Varianten innerhalb des einheitlichen gesetzmäßigen welthistorischen Prozesses der gesellschaftlichen Entwicklung, zu den strukturellen Beziehungen zwischen dem Vorhandensein verschiedener Typen der Produktion und Ausbeutungsverhältnisse innerhalb des gleichen Systems einer Formation, zum Charakter der Übergangsphase zur Klassengesellschaft stehen im Mittelpunkt der Diskussionen über die präkapitalistischen Gesellschaftsformationen, die zur Zeit unter marxistischen Philosophen, Soziologen, Ethnologen und Historikern geführt werden.<sup>4</sup> Dabei harren viele Schlußfolgerungen noch des empirischen Beweises. Der Stand der Diskussionen über

4 Vgl. die Zusammenfassungen der Diskussion bei Danilova, L. V., Diskussija po važnoj probleme (Diskussion über ein wichtiges Problem), in: Voprosy filosofii, Nr. 12/1965, S. 149 - 156; Garušjanz, Ju. M., Ob aziatskom sposome proizvodstva (Über die asiatische Produktionsweise), in: Voprosy istorii, Nr. 2/1966, S. 83 - 100; Krapivenskij, S. E., Osobaja formacija ili perehodnoe sostojanie obščestva? (Besondere Formation oder Übergangsgesellschaft?), in: Narody Azii i Afriki, Nr. 2/1966, S. 87 - 90; vgl. ferner weitere Arbeiten in Narody Azii i Afriki, Nr. 6/1965, u. a. sowjetischen Zeitschriften. - Den neuesten Stand der Diskussion gibt wieder Chesneaux, Jean, Ou en est la discussion sur le mode de production asiatique? in: La Pensée, Nr. 122/1965, S. 40 - 59, u. Nr. 129/1966, S. 33 - 46.

die präkapitalistischen Gesellschaftsformationen allgemein und die asiatische Produktionsweise im besonderen ist von vielen Entwicklungsgebrechen der bisherigen Erkenntnisse zu den teilweise neu aufgeworfenen methodologischen Fragen gekennzeichnet. Hier müssen weitere konkrete Untersuchungen, die zielgerichtet auf einige "kritische" Punkte der Einschätzung gelenkt werden könnten, einsetzen, um auch die für Tropisch-Afrika bisher entwickelten theoretischen Konzeptionen zu überprüfen, zu präzisieren oder zu verwerfen.

In gleicher Weise muß man auf die Bedeutung dieser Arbeiten für die Auseinandersetzung mit den Theorien der imperialistischen Ideologen verweisen, die jederzeit bemüht sind, die logisch-methodologischen Prinzipien des Marxismus in Frage zu stellen. Sie versuchen, wenn auch oft in "neuer" Drapierung, so doch nach wie vor auf philosophisch-idealistischer Grundlage, die allgemeine innere Gesetzmäßigkeit der Geschichte zu leugnen.<sup>5</sup> Die Absage an die unaufhaltsam aufwärtsschreitende Geschichte, die Leugnung des gesellschaftlichen Fortschritts, bleibt ein wesentlicher Grundzug der modernen imperialistischen Theorien. Obwohl die europazentrischen Konzeptionen der Weltgeschichte antiquiert und abgewirtschaftet sind, werden sie ob ihrer gleichbleibenden kapitalistischen Klassenfunktion in immer neuen Versionen, etwa als "atlantische Zivilisation"<sup>6</sup> oder als einseitige, von den konkreten natürlichen und historischen Bedingungen losgelöste Konfrontation der "prosperierenden" Völker Westeuropas mit den "ewig stagnierenden" Völkern Asiens und Afrikas erneut ans Licht gezerzt. Damit muß sich die marxistische Wissenschaft prinzipiell auseinandersetzen. Im gegenwärtigen Streit der Meinungen, der auch unter den marxistischen Wissenschaftlern auf der Grundlage neuer Forschungsergebnisse besteht, zeichnet sich immer deutlicher die grundsätzliche Überlegenheit der wissenschaftlichen Konzeption ab, die von der Einheit der Weltgeschichte ausgeht und jede Form der offenen oder verschleierte Diskriminierung außereuropäischer Völker

5 Vgl. Heise, Wolfgang, Zur Krise der bürgerlichen Philosophie und ihren weltanschaulichen Entwicklungstendenzen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 2/1966, S. 153 ff.; Netschkina, M. W./Paschuto, W. T./Tschernjak, J. B., Die Entwicklung des historischen Denkens in der Mitte des 20. Jahrhunderts, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 5/1966, S. 517 ff.

6 Vgl. Kon, I. S., Die Geschichtsphilosophie des 20. Jh., Berlin 1964, Bd. 2, S. 241 f.

ablehnt. Die Offensive der marxistischen Wissenschaft, die nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auch im Bereich der Althistoriker, Mediävisten, Orientalisten, Ethnologen und anderer speziell an der Erforschung der Geschichte Afrikas interessierter Wissenschaftler begann, findet ihre Fortsetzung im schöpferischen Ringen um die wissenschaftliche Klärung<sup>7</sup> unserer Problematik. Im folgenden sollen einige konkrete Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der Völker Afrikas in der präkolonialen Zeit im Zusammenhang mit den in der Diskussion über die asiatische Produktionsweise getroffenen Einschätzungen erneut durchleuchtet werden.

Suret-Canale<sup>8</sup> und Godelier<sup>9</sup> haben in einigen interessanten Arbeiten, die zweifellos zur Bereicherung unserer Kenntnisse über die präkapitalistischen Gesellschaftsformationen und ihrer inneren Spezifik beitrugen, die afrikanische Gesellschaft als autarken Zweig der im wesentlichen in den letzten Jahren erneut zur Diskussion gestellten asiatischen Produktionsweise darzustellen versucht. Trotz vieler Modifikationen und Variationen über die theoretische und inhaltliche Konzipierung der asiatischen Produktionsweise<sup>10</sup> werden folgende, spe-

7 Das bleibt trotz vieler unterschiedlicher Auffassungen wesensbestimmend für die Diskussionen unter den marxistischen Wissenschaftlern und ist auch in den neuen Thesen von I. A. Stučevskij und V. N. Nikiforov deutlich sichtbar. (Vgl. Mežvovskaja naučnaja konferencija po voprosam istorii stran Azii i Afriki v sovetskoj istoriografii [Wissenschaftliche Konferenz der Hochschulen zu Fragen der Geschichte der Länder Asiens und Afrikas in der sowjetischen Geschichtsschreibung], Moskau 1966.)

8 Suret-Canale, J., Les sociétés traditionnelles en Afrique tropicale et le concept de mode de production asiatique (im folgenden: Les sociétés), in: La Pensée, Nr. 117/1964, S. 3 - 24; derselbe, Tradicionnye obščestva v tropičeskoj Afrike i marksistskaja koncepcija "aziatskogo sposoba proizvodstva". Tezisy (Die traditionelle Gesellschaft in Tropisch-Afrika und die marxistische Konzeption der "asiatischen Produktionsweise". Thesen) (im folgenden: Tradicionnye obščestva), in: Narody Azii i Afriki, Nr. 1/1965, S. 101 - 102; derselbe, Sur la notion marxiste de "mode de production asiatique", in: Cahiers du Communism, März 1966, S. 62 - 67.

9 Godelier, Maurice, La notion de "Mode de production asiatique" et les schémas marxiste d'évolution des sociétés, in: Les Cahiers du Centre d'Études et de Recherches Marxistes, 1964; derselbe, Ponjatje aziatskogo sposoba proizvodstva i marksistskaja schema razvitija obščestva (Der Begriff der asiatischen Produktionsweise und das marxistische Schema der Entwicklung der Gesellschaft) (im folgenden: Ponjatje aziatskogo sposoba), in: Narody Azii i Afriki, Nr. 1/1965, S. 102 ff.; vgl. auch Chesneaux, Jean, Le mode de production asiatique: quelques perspectives de recherche, in: La Pensée, Nr. 114/1964, S. 33 - 55; Parain, Charles, Le mode de production asiatique: un étape nouvelle dans une discussion fondamentale, in: ebenda, S. 3 - 7.

10 Vgl. Chesneaux, Jean, Ou en est la discussion sur le mode de production asiatique? a. a. O., S. 38 f.; Krapivenskij, S. E., a. a. O., S. 87 ff.

ziell auch für die afrikanische Entwicklung zutreffende und von Vertretern des Centre d'Etudes et Recherches Marxistes in Paris besonders herausgearbeitete, "neue" Züge betont: Die asiatische Produktionsweise beschränke sich keineswegs auf die geographischen Besonderheiten Asiens und des Vorderen Orients. Man müsse sie vielmehr auf der Grundlage der von Marx geschilderten Spezifika als eine sich qualitativ von Sklaverei und Feudalismus unterscheidende Gesellschaftsformation betrachten. Hinzu treten insbesondere von Godelier und Suret-Canale 1965<sup>11</sup> thesenartig bekräftigte Vorstellungen, wonach der asiatischen Produktionsweise eine weitaus größere historische und geographische Universalität zukomme, als sie Marx annehmen konnte. Diese gesellschaftliche Etappe mußte ihrer Meinung nach die Mehrheit der Völker beim Übergang von der Urgesellschaft zur Klassengesellschaft durchlaufen, ja, Suret-Canale geht sogar noch weiter und vertritt die Ansicht, daß diese Struktur universalhistorisch über alle bei der Auflösung der Gentilordnung und der Herausbildung von Klassenverhältnissen in Erscheinung getreten sei (etwa im präkolumbianischen Amerika, prähistorischen Griechenland). Geändert aber hat sich auch die Charakterisierung der Wesenszüge der asiatischen Produktionsweise. Die von Marx angeführten Spezifika (die Existenz von kollektiven Dorfgemeinschaften, die auf gemeinschaftlichen Arbeiten an Bewässerungsanlagen beruhen, wobei Agrikultur und Handwerk nicht getrennt sind; die Abhängigkeit von despotischen Herrschern und einer Aristokratie; das Vorherrschen staatlicher Ausbeutungsformen, wo Rente und Steuer auf der Basis des kollektiven Eigentums an Grund und Boden in Dorfgemeinschaften zusammenfallen; das Vorhandensein der patriarchalischen Sklaverei; nicht zuletzt aber gewisse stagnierende Züge) werden modifiziert. Viele Autoren wenden sich in diesem Zusammenhange gegen eine "mechanische" Auslegung und Anwendung der von Marx genannten Faktoren. Vor allem drei Spezifika werden unter eine kritische Lupe genom-

11 Suret-Canale, J., Tradicionnye obščestva, a. a. O.; Godelier, Maurice, Ponjatje aziatskogo sposoba, a. a. O. - Zu den Thesen von Godelier und Suret-Canale wurde in der sowjetischen Forschung Stellung genommen von Figulevskaja, N. V., K voprosu ob aziatskom sposobe proizvodstva (Zur Frage der asiatischen Produktionsweise), und Pavlovskaja, A. I., Po povodu diskussii ob aziatskom sposobe proizvodstva na stranicah žurnalov "La Pensée" i "Eirene" (Anlässlich der Diskussion über die asiatische Produktionsweise in den Zeitschriften "La Pensée" und "Eirene"), beide Artikel in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 3/1965, S. 83 - 96, sowie in weiteren Arbeiten in der Zeitschrift Narody Azii i Afriki, Nr. 1/1965, 3/1965 u. 5/1965.

men: Fragen der Notwendigkeit von Bewässerungsanlagen, der Despotie und der Stagnation.

Unter dem Aspekt, daß auch das präkolumbianische Amerika, das prähistorische Rom und Griechenland, aber auch Tropisch-Afrika - und zwar hier ohne Berücksichtigung der entwicklungsgeschichtlichen Unterschiede - dieser Struktur zugezählt werden, müssen notwendigerweise einige Spezifika der asiatischen Produktionsweise ausgeklammert werden. Godelier unterscheidet zwischen zwei Typen der asiatischen Produktionsweise: Gesellschaften mit großer gesellschaftlicher Arbeit und solche ohne große gesellschaftliche Arbeit. Beiden sei gemeinsam, daß eine kleine Minderheit, die Stammesaristokratie, die Mehrheit in den Dorfgemeinschaften ausbeutet.<sup>12</sup> In Auseinandersetzung mit den von Wittfogel im bürgerlich-apologetischen Sinne zum Fetisch erhobenen Stagnationstheorien wird stärker der Entwicklungscharakter betont. Chesneaux stellt zwar gewisse stagnierende Züge, die seiner Meinung nach die asiatische Produktionsweise in vielen Gebieten über Jahrhunderte, ja Jahrtausende verharren ließen, durchaus nicht in Abrede, aber diese Erscheinung beruhe auf keinem fundamentalen Grundgesetz. Das Gesetz der Entwicklung der inneren Widersprüche auf der Basis der Entwicklung der Produktivkräfte sei auch auf die asiatische Produktionsweise anwendbar.<sup>13</sup> Suret-Canale hat diesen Aspekt besonders auf afrikanische Verhältnisse zu übertragen versucht.<sup>14</sup> Die durch die Vertreter des Centre d'Etudes et Recherches Marxistes über die innere Dynamik der asiatischen Produktionsweise vorgenommenen Einschätzungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Neben der Entwicklung der Sklaverei in Rom und Griechenland und des "klassischen" Feudalismus in Westeuropa haben wir in einigen Gebieten, in denen die asiatische Produktionsweise vorherrscht, eine Tendenz zur Feudalordnung vor uns. Dementsprechende Entwicklungszüge wie die Herausbildung von Privateigentum an Grund und Boden und die Durchsetzung der individuellen Ausbeutung werden jedoch erst für das 18. und 19. Jahrhundert angesetzt, zum Beispiel von Amer für Ägypten<sup>15</sup> und Suret-Canale für Tropisch-Afrika (hier noch als Ausnahme gesehen)<sup>16</sup> Diese Entwicklung wurde dann von den Kolonialmächten systematisch

12 Godelier, Maurice, Ponjatje aziatiskogo sposoba, a. a. O., S. 102.

13 Chesneaux, Jean, Le mode de production asiatique: une nouvelle étape de la discussion, in: Eirene, Bd. 3, 1964, S. 142 ff.

14 Vgl. Suret-Canale, J., Les sociétés, a. a. O., S. 22 ff.

15 Vgl. Chesneaux, Jean, Le mode de production asiatique: un nouvelle étape de la discussion, a. a. O., S. 138 f.

16 Suret-Canale, J., Les sociétés. a. a. O., S. 16.

gefördert. Im Unterschied zum "klassischen" westeuropäischen Feudalismus ist diese feudale Entwicklung noch mit vielen Zügen der asiatischen Produktionsweise behaftet, unter anderem dem Weiterbestehen der kollektiven Beziehungen in den Dorfgemeinden. Die politische Aktualität spezieller Untersuchungen zu diesen Fragen manifestiert sich in dem Bestreben, die Agrarreformen in den asioafrikanischen Ländern durch eine fundierte Zielsetzung mitzubestimmen.<sup>17</sup>

Versuchen wir nun, diese theoretischen Verallgemeinerungen mit dem konkreten Material zur sozialökonomischen Entwicklung der Völker Tropisch-Afrikas in der präkolonialen Zeit zu konfrontieren. Dabei sollen folgende Fragenkomplexe herausgegriffen werden:

1. die Eigentumsrechte an Grund und Boden,
2. die Rolle der Sklavenarbeit und Sklavensiedlungen,
3. der Entwicklungsstand des Handwerks,
4. Probleme der Progressivität und Stagnation im präkolonialen Tropisch-Afrika.

1. Als Kernproblem der Charakterisierung der asiatischen Produktionsweise wird immer wieder der Widerspruch zwischen dem Entstehen von Ausbeutungsverhältnissen, einer Aristokratie auf der einen Seite und dem kollektiven Eigentum an Grund und Boden andererseits herausgestellt. Suret-Canale verallgemeinert dabei dahingehend, daß es in keinem Teil Tropisch-Afrikas, auch nicht in den entwickeltsten Staaten, zu einem Bodenregime gekommen sei, das Züge des Privateigentums trage und das man somit als feudal bezeichnen könne. Erst die Kolonialzeit habe Privateigentumsrechte im Sinne des Code civil geschaffen.<sup>18</sup> Tatsächlich behaupteten sich die kollektiven Eigentumsrechte besonders in den Dorfgemeinschaften sehr hartnäckig; vielfach blieben sie auch noch über die imperialistische Kolonialzeit hinaus erhalten. Innerhalb der neuen bestimmenden Formen des territorialen Prinzips erwies sich ähnlich wie im Vorderen Orient auch in Afrika die Dorfgemeinde, die in der letzten Etappe der Urgesellschaft entstanden und noch mit zahlreichen gentilen Organisationsformen des Clans und der Großfamilie verknüpft ist, als besonders konservativ und zählebig. Auch unter den Bedingungen einer lockeren staatlichen

17 Vgl. Chesneaux, Jean, Le mode de production asiatique: une nouvelle étape de la discussion, a. a. O., S. 145; Peširka, J., Die sowjetischen Diskussionen über die asiatische Produktionsweise und über die Sklavenshalterformation, in: Eirene, Bd. 3, 1964, S. 150.

18 Suret-Canale, J., Schwarzafrika. Geographie, Bevölkerung, Geschichte West- und Zentralafrikas, Bd. 1, Berlin 1966, S. 75, 107 u. 110 f.; derselbe, Les sociétés, a. a. O., S. 15.

Ausbeutung und Abhängigkeit in den Staaten der vorkolonialen Zeit<sup>19</sup> wurden sie vielfach zu einem starken Hemmnis der weiteren Klassenspaltung.

Für den Vorderen Orient, Indien usw. wurde zur Klärung dieses Kernproblems die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Arbeiten an den Bewässerungsanlagen als maßgebliches Kriterium herangezogen. Zweifellos hatten diese Arbeiten dort Einfluß auf die Konservierung der Dorfgemeinschaften. Für Afrika trifft dieser Umstand indessen nur zu einem geringen Teil zu. Den größeren Ausschlag gibt hier meines Erachtens die Tatsache, daß in vielen Gebieten dieses Kontinents kein Landproblem existierte. Es war genügend kultivierbares Land vorhanden, das jederzeit mit den vorherrschenden extensiven Methoden bebaut werden konnte, eine Erscheinung, die die Flucht, den Wegzug ganzer Stämme, Clans und Dorfgemeinschaften<sup>20</sup> begünstigte. Für den Herrscher wiederum war es im Bedarfsfall die einfachste Lösung, noch vakante Ländereien zu ergreifen und auf diese Weise der schwierigen Auseinandersetzung mit den Dorfgemeinschaften, die sich der Klassenspaltung oft energisch widersetzen, aus dem Wege zu gehen. Die Frage, warum sich der innere ökonomische und soziale Differenzierungsprozeß zum Teil so langsam vollzog und oftmals auf einer gewissen Stufe stehen blieb, muß außer mit den von Marx aufgezeigten Grenzen der Naturalwirtschaft<sup>21</sup>, die sehr oft die Basis stationärer Gesellschaftszustände abgeben, noch mit einem weiteren Fakt beantwortet werden. Das individuelle (bzw. der Großfamilie eigene) erbliche Verfügungsrecht oder Eigentum an Grund und Boden oder Vieh schuf noch keine sozialen Unterschiede, wenn es wohl auch immer ein untrügliches Kennzeichen für den einsetzenden Prozeß der Klassenspaltung ist. Während jedoch die Viehzucht bereits mit verhältnismäßig primitiven Methoden die

19 Derselbe, Schwarzafrika, a. a. O., S. 82, verwies auf die Doppelpoligkeit der Feldbaugemeinden: "So kann die Feldbaugemeinde mit dem ganzen Erbe des Urkommunismus, das sie bewahrt, ebenso einer Stammesgesellschaft, die verhältnismäßig freiheitlich und demokratisch ist, wie einer Klassengesellschaft zur Grundlage dienen!"

20 Das spielt sogar für den Ausbau feudaler Grundherrschaften eine Rolle. Beim Tode eines Herrn im Sokoto-Reich im 19. Jh. verließen z. B. große Gruppen auf Herrenland angesiedelter Nachkommen von Sklaven die Besitzungen und siedelten sich als freie Bauern auf dem Neuland an. (Vgl. Olderogge, D. A., Zapadnyj Sudan v XV - XIX vv. (Der westliche Sudan im 15. - 19. Jh.), Moskau/Leningrad 1960, S. 106.

21 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 379; ebenda, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 804.

Möglichkeit einer ökonomischen und vielfach auch sozialen Differenzierung in sich barg, mußte bei den Bodenbauern dazu ein relativ hoher Stand der Produktivität erreicht sein.<sup>22</sup> Dies erklärt neben anderen Faktoren recht überzeugend, warum die ackerbautreibende Gemeinde in ihrer Form oft über Jahrtausende existierte, ohne daß der soziale Differenzierungsprozeß zu sichtbaren Veränderungen führte.

Auch muß man betonen, daß in Afrika den politischen Oberhäuptern oder der Aristokratie das Land oftmals nicht in gleicher Weise gehörte wie etwa einem feudalen Lord in Westeuropa. Obwohl sehr weitgehende Verfügungsrechte existierten, waren die Eigentumsrechte der Herrscher an Grund und Boden zum Teil schwach fundiert. Sie trugen weitgehend den Charakter öffentlicher globaler Eigentumsrechte, wobei je nach dem Grad der erreichten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe vielfach noch eine gewisse Akzentuierung des Herrschers als obersten Wächters und Hüters des ehemaligen Stammes- oder Claneigentums auftrat. Der König, oftmals noch ausgestattet mit einer symbolischen und religiösen Vormachtstellung, verkörperte das Reich, und in dieser Funktion gehörte ihm alles Land, über das er die höchste Kontrolle ausübte.<sup>23</sup> Gemäß religiöser Vorstellungen ist zum Beispiel das Land der Ashanti heilig, und es gehört dem ganzen Volke. Der o m a n h e n e - obwohl dieser im 19. Jahrhundert bereits Privatbesitz hatte - war für einen großen Teil der an die Häuptlinge, o h n e , gegebenen Gebiete nur oberster Wächter und Hüter des ehemaligen Stammeslandes.<sup>24</sup>

Gewisse Unterschiede in Afrika südlich der Sahara ergeben sich ohne Zweifel zwischen den Islamstaaten und anderen staatlichen Gründungen. Die Einführung des islamischen, im Westsudan im wesentlichen des malikitischen Rechts, rief zahlreiche Konflikte<sup>25</sup> zwischen dem alten Gewohnheitsrecht, das das kollektive Eigentum an Grund und Boden vorsieht, und dem privaten, individuellen Eigentum an Grund und Boden hervor und beschleunigte die Herausbildung des letzteren.<sup>26</sup> Keines-

22 Vgl. Sellnow, Irmgard, Grundprinzipien einer Periodisierung der Urgeschichte, Berlin 1961, S. 459 ff., bes. S. 471; Suret-Canale, J., Schwarzafrika, a. a. O., S. 82 f.

23 Vgl. Vansina, J., A Comparison of African Kingdoms, in: Africa, 4/1962, S. 325.

24 Potechin, I. I., a. a. O., S. 4 f.

25 Prothero, H. M., Land Use, Land Holdings and Land Tenure at Soba, Zaria Province, Northern Nigeria, in: Bulletin de l'Institut Francais d'Afrique Noire, Bd. 19, Reihe B, Nr. 3 - 4/1957, S. 559; Trimingham, J. Spencer, Islam in East Africa, Oxford 1964, S. 154.

26 Über die Auswirkungen der Einführung des islamischen Rechts auf die Sozial-

wegs soll an dieser Stelle den Ergebnissen der zur Zeit noch geführten Diskussionen und Kontroversen zu der Frage, wie weit in Afrika Privateigentum an Grund und Boden bestanden hat und in welchen Formen es entstanden ist, vorgegriffen werden; in jedem Fall setzt eine konkrete Antwort differenzierte Analysen der einzelnen Gebiete voraus.

Verdier vermittelt in einem Artikel<sup>27</sup> einen Überblick über die vorwiegend von Ethnologen und Anthropologen geführten Diskussionen. Legt man die Arbeiten von Lombard über die Baribas, von Beattie über die Nyoro und anderen zugrunde, so leitet sich das Obereigentum des Herrschers an Grund und Boden in seinem Ausgangspunkt einzig und allein aus Eroberungen ab. Allerdings sei den örtlichen Clans und Häuptlingen weiterhin ein starker Einfluß verblieben. Für Adamaua und Futa Djalon, also Islamgebiete der Fulbeherrschaft, kommt nach Meinung des Verfassers hinzu, daß diese ihre militärischen Eroberungen teilweise religiös motivierten, wodurch die Eigentumsrechte an Grund und Boden, deren Basis bisher gentil war, allmählich feudale Züge annahmen.<sup>28</sup> Es bleibt aber weiterhin zu beachten, daß diese Islamherrscher oder andere traditionelle Könige ihre Oberhoheit sehr häufig mehr als einen politischen Herrschaftsanspruch über Land und Bevölkerung betrachteten, als daß sie reale Rechte im Sinne der eigenen Nutznießung, des vollen, persönlichen Privateigentums geltend zu machen suchten. Der letztgenannte Faktor war Mittelpunkt starker Kontroversen und bot den Vertretern der kollektivistisch orientierten Theorien, die ein ausgeprägtes Privateigentum an Grund und Boden für Afrika in Abrede stellen, jederzeit einen wirksamen Ansatzpunkt. Allerdings verkennen viele Verfechter der Auffassung von einem vorherrschenden unveräußerlichen, kollektiven Eigentum in Afrika, das nur langsam Formen des Privateigentums entwickelt, daß sich die Einschätzung dieser Fragen nicht auf ein starres abstraktes Dogma stützen darf, sondern dem objektiven historischen Prozeß der gesellschaftlichen Weiterentwicklung Rechnung tragen muß.

struktur einiger west- und mittelsudanischer Staaten siehe Trimingham, J. Spencer, Islam in West Africa, Oxford 1959, S. 124 ff.; Gouilly, A., L'Islam dans l'Afrique Occidentale Française, Paris 1952, S. 229 ff.

27 Verdier, R., Féodalités et collectivismes africains. Etude critique, in: Presence Africaine, Nr. 239, 4/1961, S. 79 - 101.

28 Ebenda, S. 80 f.

Zweifellos finden wir in vielen frühen Klassengesellschaften noch starke Züge "kollektiver" Eigentumsrechte, sei es auch im Rahmen der Großfamilie, die die wahren Eigentumsrechte bedingt verdeckt. Aber selbst in den für die Herausbildung privatrechtlicher Beziehungen als klassisch geltenden Gebieten Westeuropas haben - wie der niederländische Rechtshistoriker Sonius in einer sehr aufschlußreichen Studie in jüngster Zeit feststellte<sup>29</sup> - die vom römischen Recht geprägten absoluten Eigentumsrechte in der Praxis nie existiert. Vor allem auf Grund der von ihm vertretenen Meinung, wonach es unzulässig ist, Kriterien der Unveräußerbarkeit von Land mit Kriterien des Eigentums an Grund und Boden zu identifizieren, lassen sich auch für Afrika die in den Dorfgemeinschaften, aber auch in den höheren staatlichen Organisationsformen vorhandenen erblichen Nutzungsrechte als "quasi"-Eigentumsrechte einschätzen. Auch sollte man Bezeichnungen wie "kollektive", "kommunale" Eigentumsrechte besser zugunsten von Formulierungen fallen lassen, die von einem korporativen<sup>30</sup>, durch die Zugehörigkeit zur Gemeinde bzw. Großfamilie oder Familie beschränkten Privateigentum der unmittelbaren Produzenten am Boden sprechen. Es bleibt in diesem Zusammenhang zu untersuchen, ob sich die als wesensunterscheidend herausgearbeitete Differenzierung zwischen Ausbeutungsverhältnissen auf der Basis "kollektiver" Eigentumsrechte und Klassenverhältnissen nach dem Entstehen des vollen Privateigentums (zum Beispiel in der klassischen Sklaverei und dem westeuropäischen Feudalismus) derart generell vornehmen läßt. Überprüfenswert erscheint auch die Frage, ob nicht etwa kapitalistische Rechtsvorstellungen über das Privatrecht an den Produktionsmitteln auf präkapitalistische Gesellschaftsformationen übertragen wurden.

Für die Staaten im präkolonialen Afrika wird man sich weiterhin vor Augen halten müssen, daß es zwischen dem völligen Fehlen von Privateigentum an Grund und Boden und echtem Privateigentum sehr viele Abstufungen<sup>31</sup> und entwicklungsbedingte, aber auch auf der Einwirkung

29 Sonius, H. W., Introduction to Aspects of Customary Land Law in Africa, in: Afrika-Studiecentrum, Leiden 1963, S. 19 ff.

30 Vgl. Elias, T. O., The Nature of African Customary Law, Manchester 1956, S. 163 ff.

31 Töpfer, Bernhard, Zu einigen Grundfragen des Feudalismus, in: ZfG, H. 5/1965, S. 798, A. 50, betont das für den Orient.

geographischer Faktoren beruhende Spezifika gibt. Zunächst setzten sich die Eigentumsrechte in den afrikanischen Staaten, angefangen von den trotz aller Unterschiede vorwiegend korporativ geprägten Rechten in den Dorfgemeinden bis hin zu dem obersten Staatseigentum in der Verfügungsgewalt des Herrschers sowie teilweise der Aristokratie, schon relativ früh und sehr differenziert durch. Die generelle Einschätzung dieser Eigentumsrechte als "kollektiv" trägt diesem Differenzierungsprozeß nur ungenügend Rechnung. Die von Marx für den Orient aufgezeigten Charakteristika des Vorherrschens von Formen des Staatseigentums an Grund und Boden und damit der staatlichen Ausbeutung, in der Rente und Steuer zusammenfallen<sup>32</sup>, treffen für viele afrikanische, auch islamisierte Staaten in den frühen Etappen zu. Das schließt nicht aus, daß die Aristokratie in den entwickelten Staaten Afrikas private Nutzungs- und Eigentumsrechte an Steuerbefugnissen, Vieh und Weiden - deren Besonderheiten bei der Herausbildung von Privateigentum sowie einer ökonomischen und sozialen Differenzierung oft nur ungenügend berücksichtigt wurden - aber auch an Ländereien in Gestalt von Sklavensiedlungen und Domänen erwarb. Dies erfolgte häufig unter den Bedingungen des Fortbestandes beschränkter Eigentumsrechte in den Dorfgemeinschaften. Diese Doppelpoligkeit der Entwicklung spiegelt sich auch darin wider, daß diese privaten Nutzungs- und Eigentumsrechte an Boden zunächst in der Regel auf erobertes, frei verfügbares Land beschränkt blieben. Dieses Land wurde den Mitgliedern des königlichen Clans, der königlichen Familie sowie den Beamten und Gefolgschaftsmitgliedern überlassen und bildete den Ausgangspunkt für die Ausbildung von Domänen und die Anlegung von Sklavensiedlungen.<sup>33</sup> In den Diskussionen wurde der Prozeß der Herausbildung von Ausbeutungsverhältnissen häufig zu einseitig auf Veränderungen im Innern der Dorfgemeinschaften - obwohl diese oft sehr bedeutsam waren - reduziert, während Vorgänge der Usurpation und Eroberung von außen weit weniger Berücksichtigung fanden. Derartige Vorgänge führten aber bereits in präkolonialer Zeit auf der Basis des Erobererrechts, der *s a r' i a* beispielsweise in den entstehenden Islamstaaten, durchaus zur privatrechtlichen Aneignung größerer Ländereien, Sklavensiedlungen und anderer Rechte.<sup>34</sup> Die von Suret-Canale erst

32 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 799.

33 Smith, M. G., The Economy of Hausa Communities of Zaria, London 1955, S. 81 = Colonial Research Studies, Nr. 16.

34 Beattie, J. H. M., Bunyoro. An African Kingdom, New York 1960, S. 38 f.; Meek, C. K., Land Tenure and Land Administration in Nigeria and the Cameroons, London 1957, S. 160 = Colonial Research Studies, Nr. 22.

für das 19. Jahrhundert angesetzte Herausbildung von Landdomänen mit  
erworbener Arbeit, von ersten Formen des Privateigentums und individu-  
eller Ausbeutung, die im wesentlichen als exzeptionell und von kolo-  
nialen Einflüssen abhängig betrachtet werden, vollzog sich in Tro-  
pisch-Afrika weitaus früher, unabhängiger und umfangreicher, als es  
bisher herausgearbeitet wurde.

Im Zusammenhang mit den erwähnten Eigentums- und Ausbeutungsverhält-  
nissen erweisen sich für das Verständnis der folgenden Ausführungen  
einige Hinweise zur methodologischen Zuordnung als notwendig. Unab-  
hängig davon, ob die Herausbildung voller Privateigentumsrechte ein-  
zelner Grundherren bzw. die Entstehung von Landdomänen - ein Begriff,  
der die Spezifika der afrikanischen grundherrschaftlichen Ausbeutung  
allerdings nicht genau zum Ausdruck bringt - quantitativ oder auch  
qualitativ als entscheidend angesehen wird, lassen sich die in vie-  
len präkolonialen Staaten Afrikas vorhandenen Klassen- und Ausbeu-  
tungsverhältnisse unter Berücksichtigung aller Bereiche des gesell-  
schaftlichen Lebens der f e u d a l e n Charakteristik<sup>35</sup> zuord-  
nen. Bereits die meines Erachtens unzulässige Gleichsetzung des Feu-  
dalismus mit der westeuropäischen Grundherrschaft (seigneurie oder  
manorsystem), die selbst in Westeuropa nicht durchgängig vorherrscht,  
bedeutet eine begriffliche Einengung feudaler Landeigentumsver-  
hältnisse und Ausbeutungsformen. Ferner sind die Unterschiede zwi-  
schen dem vorwiegend gesamtstaatlichen Landmonopol des in dieser Hin-  
sicht bereits von Marx charakterisierten Orients, wie wir es auch in  
Tropisch-Afrika sehr häufig vor uns haben, und der Aufsplitterung des  
Grundeigentums unter viele Feudalherren weder prinzipiell<sup>36</sup> noch we-  
sentlich. Die Besonderheit des feudalen Obereigentums der herrschen-  
den Klasse, gleichgültig, ob sie ihre Verfügungsgewalt als Staat oder  
Einzelperson ausübt, an Grund und Boden bzw. anderen Hauptprodukti-  
onsmitteln kommt vor allem auch in der Bedingtheit der Verfügungs-  
rechte im Rahmen des hierarchischen Aufbaus und in der unabdingbaren  
"Begrenzung" des feudalen Grundeigentums durch das auf der Basis der  
kleinen Warenproduktion notwendige Anteilsystem der unmittelbaren

35 Vgl. Büttner, Thea, Probleme des Feudalismus in Afrika in der vorkolonialen  
Periode, a. a. O., S. 460 - 472.

36 Poršnev, B. F., a. a. O., S. 39 ff.

Produzenten zum Ausdruck.<sup>37</sup> Die Arbeit der Hörigen auf den ihnen zur Verfügung gestellten Ländereien kennzeichnet generell und stets jede feudale Gesellschaft, in der die Landwirtschaft dominiert.

2. Besondere Bedeutung kommt daher der Einschätzung jener neuen Ausbeutungsformen zu, die sich von der lockeren staatlichen Ausbeutung, der die Mitglieder der Dorfgemeinschaften als Kollektiv in Form der Abgaben des Zehnten und anderer Verpflichtungen unterlagen, deutlich unterschieden. Beide Ausbeutungsformen liefen vielfach parallel nebeneinander her und verschmolzen erst im Laufe der Entwicklung zu einer einheitlichen Ausbeutungsform.

Neben der patriarchalischen Sklaverei<sup>38</sup>, die keineswegs nur Haussklaverei im engeren Sinne war, sondern auch wesentliche Funktionen in der materiellen Produktion erfüllte - sei es auf dem Acker, bei den Herden oder im Handwerk -, bestand in einigen präkolonialen Staaten intensive Ausbeutung von Sklavenarbeit in speziellen Sklaven-siedlungen<sup>39</sup>, die sich häufig in der Nähe großer Ländereien bzw. auf dem Grundbesitz des Herrschers oder der Aristokratie befanden. Ihre Stellung im Rahmen der allgemeinen Knechtschafts- und Ausbeutungsverhältnisse ist umstritten. Oft werden diese Siedlungen, in denen vielfach die angesiedelten Kriegsgefangenen ihrer alten ethnischen Grundlage verhaftet blieben, als regressiv eingeschätzt und dem herkömmlichen Modell der kollektiven Ausbeutung in den freien Dorfgemeinden gleichgesetzt.<sup>40</sup> Auch hier gilt es, stärker der inneren Dynamik der sozialökonomischen Entwicklung in den präkolonialen Staaten Rechnung zu tragen. Vermögen die für Mali aus dem 14. Jahr-

37 Ebenda, S. 34 f. - Eine abschließende Einschätzung der zur Zeit unter den marxistischen Mediävisten geführten Diskussion über den Charakter des Feudalismus kann zur Zeit nicht gegeben werden. Im Augenblick gebührt den aus vielen Einzeluntersuchungen gewonnenen theoretischen Hinweisen und Einschätzungen der Vorrang. Vgl. dazu in jüngster Zeit die ausgezeichneten Arbeiten von N. V. Pigulevskaja, M. A. Barg, A. P. Korsunskij, A. D. Novičev u. a. In der DDR vgl. Werner, Ernst, Die Geburt einer Großmacht. Die Osmanen (1300 - 1481), Berlin 1966, bes. S. 305 ff.

38 Vgl. Weiskopf, Elisabeth Charlotte, Die Produktionsverhältnisse im alten Orient und in der griechisch-römischen Antike, Berlin 1957, S. 104 f.

39 Vgl. u. a. Sellnow, Irmgard, Die Stellung der Sklaven in der Hausa-Gesellschaft, in: Mitteilungen des Institutes für Orientalforschung, H. 1/1964, S. 87 f. u. 94 ff.

40 Vgl. Suret-Canale, J., Schwarzafrika, a. a. O., S. 113; derselbe, Les sociétés, a. a. O. S. 14.

hundert<sup>41</sup>, aber auch für die frühen Hausa-Staaten<sup>42</sup> überlieferten Sklavensiedlungen diesen Rahmen noch keineswegs zu sprengen, so offenbart eine Charakterisierung der Ausbeutungsverhältnisse in den Sklavendörfern des Songhai-Reiches aus dem 16. Jahrhundert<sup>43</sup> und in einigen Fulbe- und Tukuleur-Staaten des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts bereits wesentlich andere Züge. Zahlreiche europäische Reisende aus dem 19. Jahrhundert sowie ethnographische Untersuchungen übermitteln uns ein relativ klares Bild vom Arbeitsablauf in diesen Dörfern und den Grundherrschaften.<sup>44</sup> Im Sokoto-Reich erhielten vertrauenswürdige Sklaven und Sklaven zweiten Grades individuelle Feldanteile gegen die Verpflichtung, zu bestimmten Zeiten auf den Feldern ihres Herrn zu arbeiten und Abgaben zu leisten.<sup>45</sup> Diese Arbeitszeit auf dem Herrenland - um den belasteten Begriff Fronarbeit zu umgehen - wurde unter der Oberaufsicht des *s a r k i n - g a n d u* abgeleistet und betrug in Zaria konkret sechs bis sieben Tage in der Woche.<sup>46</sup> In anderen Gebieten des Sokoto-Reiches erstreckten sich diese Arbeitsleistungen auf nur vier bis fünf Tage wöchentlich<sup>47</sup>, wobei die Sklaven auch während dieser Tage durchaus einige Stunden auf ihren individuellen Feldanteilen arbeiten konnten. Für eine jährliche Neuverteilung dieser Feldanteile bieten die verfügbaren Quellen keinerlei Anhaltspunkte. Dagegen zeichnete dieses Spezifikum zahlreiche gentile Dorfgemeinschaften der oft nur tributären autochthonen Stämme aus. Im Kern des Sokoto-Reiches traten im Laufe des 19. Jahrhunderts für die Nachkommen von Sklaven, deren rechtliche und ökonomische

41 Niane, Dj. Tamsir, Recherches su l'Empire du Mali au Moyen Age, in: Recherches Africaines, 2/1961, S. 34 f.

42 The Kano Chronicle, übersetzt und mit einer Einleitung versehen von H. R. Palmer, in: Journal of the Royal Anthropological Institute, Bd. 38, 1908, S. 69, 73 u. 75 f.

43 Olderogge, D. A., Die Gesellschaftsstruktur Songhais im 15. und 16. Jh., in: Afrikanische Studien, hg. v. J. Lukas, Berlin 1955, S. 246.

44 Smith, M. G., Slavery and Emancipation in Two Societies, in: Social and Economic Studies, Kingston (Jamaica), Nr. 3 - 4/1954; derselbe The Economy of Hausa Communities of Zaria, a. a. O.; Traoré, D., La condition de l'esclavage bawa-gandu dans l'ancien royaume peul de Sokoto, in: Notes Africaines, hg. v. Institut Français d'Afrique Noire, Nr. 40/1948, S. 13.

45 Tagebuch der zweiten Reise Cap. Clappertons ins Innere Africa nebst dem Tagebuch des Rich. Lander, Weimar 1930, S. 292; Smith, M. G., Slavery and Emancipation in Two Societies, a. a. O., S. 265. - Für den Ahmadu-Staat des 19. Jahrhunderts sind konkrete vergleichende Hinweise gegeben bei Labouret, H., Le servage étape entre l'esclavage et la liberté en Afrique occidentale, in: Afrikanische Studien, a. a. O., S. 152.

46 Smith, Mary F., Baba of Karo. A Woman of the Moslem Hausa, London 1954, S. 41 (2. Aufl. London 1964).

47 Trimingham, J. Spencer, Islam in West Africa, a. a. O., S. 133; Traoré, D., a. a. O., S. 13.

mische Lage sich den in Abhängigkeit geratenen, verarmten freien Bauern annäherte, die Arbeitsleistungen mehr und mehr zugunsten eines Grundzinses in Form von Natural- und Geldabgaben sowie lockerer Dienstleistungen zurück.<sup>48</sup> Nach Trimmingham verlief der natürliche Entwicklungsweg von den b a y i über die c u c a n a w a zu den "clients"<sup>49</sup> (Pächtern). Diese Tatsache des Übergangs zu lockeren Formen der Natural- und Geldabgaben kennzeichnet meines Erachtens deutlich die Entwicklung zur feudalen Hörigkeit, nicht aber ein Rückwärts zur spätgentilen Dorfgemeinschaft. Hierbei wird man auch Lenins Hinweise über die graduelle Aufwärtsentwicklung von der persönlichen zur zunehmend ökonomischen Abhängigkeit berücksichtigen müssen.

Ein etwas diffiziles Problem ist in diesem Zusammenhange die Frage nach dem Anstieg der Produktivität. Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich, die Entwicklungsrichtung auch auf dieser Ebene exakt am Stand der Produktivkräfte festzustellen, weil diese auf Grund des allgemeinen niedrigen Standes der Technik in den vor-kapitalistischen Gesellschaftsformationen oft nur sehr geringen Veränderungen unterlagen. Allerdings deutet schon die Zunahme dieser Sklavensiedlungen und der zugehörigen Domänen darauf hin, daß sie wenigstens zeitweilig eine höhere Produktivität aufwiesen, so daß die Ausbeutung von Sklaven im größeren Maße als lohnend erschien. Fest steht, daß die Einnahmen aus den Sklavensiedlungen ( r i n - j o j i ) im Sokoto-Reich recht beträchtlich waren.<sup>50</sup> Aber auch in vielen Feudalstaaten Westeuropas waren die großen Landdomänen oft nur vorübergehend und bedingt rentabel, da die kleinbäuerliche Produktion der Pächter und Hörigen weitaus besser den kleinen Produktionsinstrumenten und dem individuellen Charakter der Produktion entsprach. Eine ähnliche Ursache dürfte dem verstärkten Übergang von der Arbeits- zur Naturalrente in den Sklavendörfern des Sokoto-Reiches zugrunde liegen. Die rein äußerlich zwar sehr oft an freie Dorfgemeinschaften erinnernden Sklavensiedlungen, denen ökonomisch und rechtlich sehr bald eine größere Freiheit zugestanden wurde, fußten somit auf neuen Ausbeutungsformen.

3. Zumindest wird man die Sklavenarbeit in der Landwirtschaft ebenso wie die mit Veränderungen der sozialen Verhältnisse einhergehende

48 Smith, M. G., The Economy of Hausa Communities of Zaria, a. a. O., S. 104.

49 Trimmingham, J. Spencer, Islam in West Africa, a. a. O., S. 134.

50 Sellnow, Irmgard, Die Stellung der Sklaven in der Hausa-Gesellschaft, a. a. O., S. 94.

Entwicklung der Produktivkräfte stets in Verbindung mit der Entwicklung des Handwerks in den städtischen Zentren einschätzen müssen. Erstaunlich bleibt, daß in vielen Analysen über die asiatische Produktionsweise dieser vor allem für den Vorderen Orient, aber auch für andere Gebiete so eminent bedeutsamen Frage fast keine oder nur ungenügende Beachtung geschenkt wird.

Die Stadt als Zentrum des Handels, insbesondere des Transithandels, des Handwerks und der Kultur war in einigen afrikanischen Staaten bereits sehr früh entwickelt, ja sie spielte oftmals bei der Herausbildung feudaler Reiche, zum Beispiel des Ghana-Reiches oder der ostafrikanischen Stadtstaaten, eine nicht unwesentliche Rolle. Die Stadt war aber oft gleichzeitig und vor allem auch Sitz des Herrschers und ein Teil seiner Besitzung. Meiner Kenntnis nach kam es in den afrikanischen Städten nicht zur Ausbildung eigener Selbstverwaltungsorgane und zur Verleihung von Privilegien. Die Zentren des Fernhandels im Westsudan, zum Beispiel die Islamzentren Timbuktu, Gao, Djenne oder die Hausa-Städte, unterschieden sich in ihrem Aufbau nicht wesentlich von der islamischen Stadt Nordafrikas oder des Vorderen Orients.<sup>51</sup> Das Anwachsen dieser Städte beruhte jedoch vorwiegend auf dem Fernhandel und hing weniger von der Entwicklung des inneren Marktes ab. In vielen Gebieten setzte im Zuge der Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der Sozialstruktur, aber auch auf Grund günstiger natürlicher Bedingungen eine verstärkte Arbeitsteilung zwischen Handwerk und Landwirtschaft ein. Von dem Stammes-, Clan- und patriarchalischen Hausgewerbe spalteten sich in zahlreichen Dörfern selbständige Handwerkszweige ab. Schmiede, Töpfer, Weber, Schneider, Färber und andere Angehörige entsprechender Handwerksberufe siedelten sich dabei zugleich in den wichtigsten Handelszentren an. Es setzte in einigen Städten des Songhai-Reiches und in den frühen Hausa-Städten bereits eine ausgedehnte Spezialisierung in einzelnen Handwerkszweigen ein. Dies gilt insbesondere für die Lederbearbeitung, die Glasherstellung und die Schmiedekunst (Gold-, Silber-, Eisen- und Kupferschmiede).<sup>52</sup>

51 Vgl. dazu Grünebaum, G. E. v., Die islamische Stadt, in: Saeculum, H. 2/1955, S. 139 f.; Cahen, Cl., Zur Geschichte der städtischen Gesellschaft im islamischen Orient des Mittelalters, in: ebenda, 9. Jg. 1958, S. 66 ff.; Gardet, L., La cité musulmane, Paris 1954.

52 Schurtz, H., Das afrikanische Gewerbe, Leipzig 1900, bes. S. 85 ff.; Smith, M. G., A study of Hausa domestic economy in Northern Zaria, in: Africa, 4/1952, S. 334; derselbe, A Hausa system of social status, in: ebenda, 3/1959, S. 348; Olderogge, D. A., Die Gesellschaftsstruktur Songhais im 15. und 16. Jh., a. a. O., S. 248 f.

Generell kann man zahlreichen Reisebeschreibungen des 18. und 19. Jahrhunderts entnehmen, daß Sklaven einen großen Teil der Stadtbevölkerung ausmachten. Die englischen Forschungsreisenden Denham und Clapperton, die 1825 Kano besuchten, schätzten die Bevölkerung Kanos auf 30 000 bis 40 000 Einwohner, wovon ihrer Meinung nach mehr als die größere Hälfte Sklaven waren.<sup>53</sup> Außer in der Hausarbeit, was vor allem für Sklavinnen zutraf, arbeitete ein nicht unbeträchtlicher Teil von Sklaven in der handwerklichen Produktion. Einzelne große Grundherren besaßen in den städtischen Zentren Tausende von Sklaven, die als selbständige Handwerker arbeiteten, Handel trieben und ihrem Herrn einen großen Teil ihrer Einnahmen ablieferten.<sup>54</sup> In dem gewerbstätigen Bussa machten nach Angaben von Lander<sup>55</sup> in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Sklaven rund 80 Prozent der Bevölkerung aus. Sie gingen dort selbständig einem Gewerbe nach, sorgten dabei selbst für den Unterhalt ihrer Familie und lieferten etwa die Hälfte ihres Einkommens an ihre Eigentümer ab. Zum Teil trieben Sklaven in den Hausa-Ländern auch auf eigene Rechnung Handel und lieferten ebenso wie die Handwerker einen Teil des Gewinns an ihre Eigentümer ab.<sup>56</sup> Selbstverständlich gab es in einigen Zweigen der Produktion, vor allem im Exportgewerbe und in den Bergwerken, auch intensive Anwendung von Sklavenarbeit. Sklaven beuteten die Salzminen des alten Kongo-Reiches aus<sup>57</sup>, Sklaven waren als Goldwäscher tätig<sup>58</sup>. Sklaven wurden in größerer Zahl auch in den verschiedenen Zweigen der Textilherstellung beschäftigt, die bereits in den Hausa-Staaten des 19. Jahrhunderts gewisse Formen des organischen Zusammenschlusses verschiedener Handwerkszweige wie derjenigen der Färber, Weber,

53 Denham/Clapperton, Narrative of Travel and Discoveries in Northern and Central Africa, Bd. 2, London 1826, S. 281.

54 Die Verwendung von Sklaven im Handwerk der Hausa-Städte des Sokoto-Reiches behandelt Olderogge, D. A., Zapadnyj Sudan v XV - XIX vv., a. a. O., S. 109 ff.; vgl. dazu allgemein Schurtz, H., a. a. O., S. 96 ff.

55 Lander, Rich., Reise in Afrika zur Erforschung des Nigers bis zu seiner Mündung, T. 2, Leipzig 1833, S. 177 f.

56 Denham/Clapperton, a. a. O., S. 377 ff.

57 Dapper, O., Beschreibung von Afrika, Bd. 2, Amsterdam 1670, S. 246.

58 Cruickshank, B., Ein 18jähriger Aufenthalt an der Goldküste, Leipzig 1855, S. 287.

Spinner unter der Leitung eines Herrn aufwies. Obwohl wir nichts Näheres über die Organisation der Produktion in diesen Werkstätten wissen, deutet alles darauf hin, daß die 500 bis 800 Sklaven<sup>59</sup>, die hier unter der Kontrolle von Sklavenaufsehern zeitweilig tätig waren, im Gesamtarbeitsprozeß nur äußerlich unter der Oberherrschaft eines Herrn zusammengefaßt wurden. Die innere Organisation des Produktionsablaufs beruhte hingegen auf Handwerkelei einzelner Sklavenfamilien und -gruppen, die zum Teil noch der Hauswirtschaft verhaftet waren. Im Grunde genommen bildete auch die massive Verwendung von Sklaven in der Baumwollverarbeitung, beim Mattenflechten usw. nur eine den besonderen Bedürfnissen, im vorliegenden Fall dem Export, angepaßte Großproduktion auf der Basis der alten Handwerkelei mit noch starken grundherrschaftlichen und hauswirtschaftlichen Bindungen.

Die gewerbliche Produktion erreichte in der vorkolonialen Zeit selbst in den hochentwickelten Hausa-Städten nicht die frühkapitalistische Etappe des Verlagssystems und der Manufaktur. Für die Entwicklung selbst der einfachsten kapitalistischen Kooperation fehlten in diesen Städten fast alle Voraussetzungen. Sie bestanden weder innerhalb der handwerklichen Produktion noch in den Möglichkeiten eines sich in der Produktion verankernden Kaufmannskapitals - hier differieren meine Ergebnisse mit denen von Sellnow<sup>60</sup> -, genausowenig wie die Entwicklungshöhe und der sozialökonomische Charakter der Agrikultur die erforderlichen Bedingungen erfüllten. Es fehlte der von jeglichen eigenen Produktionsmitteln exproprierte freie Lohnarbeiter. Der mit vielen Zügen alter rechtlicher Abhängigkeit behaftete ehemalige Sklave vermochte nicht so ohne weiteres diese Lücke auszufüllen. Bei einer Einschätzung der Entwicklung des Handwerks und der grundlegenden Entwicklungstendenzen müssen stets alle Bereiche der gesellschaftlichen Produktion und des materiellen Lebens Berücksichtigung finden. Sowohl der Grundcharakter der vorwiegend landwirtschaftlich organisierten Produktionsweise als auch die Einordnung

59 Denham/Clapperton, a. a. O., S. 99. - Richardson, J., Bericht über eine Sendung nach Centralafrika in den Jahren 1850 und 1851, Leipzig 1853, S. 280, erwähnt, daß er in Zinder 30 Sklaven in einer Werkstatt bei der Anfertigung von Matten für den Häuserbau beschäftigt sah, die von 3 Sklavenaufsehern beaufsichtigt wurden. Sklaven und Material gehörten einem Besitzer.

60 Sellnow, Irmgard, Der Handel in der Hausa-Literatur, in: Mitteilungen des Instituts für Orientforschung, H. 2 - 3/1963, S. 431.

der Sklavenausbeutung in das gesellschaftliche Gesamtsystem lassen den Schluß zu, daß trotz eines sich auf Grund günstiger geographischer und historischer Bedingungen herausbildenden Exportgewerbes in einigen Sudan-Städten, keinerlei frühkapitalistische Formen der materiellen Produktion in Tropisch-Afrika existierten. Das trifft für die entsprechenden Staaten nicht nur bis zum 16. Jahrhundert, einem sowohl für die Universalgeschichte als auch die Geschichte Afrikas entscheidenden Wendepunkt, zu, sondern gilt auch für die trotz allgemeiner Regression einige progressive Entwicklungstendenzen aufweisenden Staatengründungen des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts.

4. Damit berühren wir aber bereits als weiteren Fragenkomplex Probleme der Progressivität, wobei das Verhältnis zwischen eventuell vorhandenen hemmenden Faktoren der inneren gesellschaftlichen Entwicklung der Völker Afrikas und der seit der ursprünglichen Akkumulation einsetzenden Beeinflussung des Entwicklungsweges von außen besondere Beachtung verdient. Im Zuge der Auseinandersetzung mit den von der bürgerlichen Forschung besonders gehegten und nahezu zum Grundgesetz erhobenen Stagnationstheorien wird auch für Afrika der Entwicklung der inneren Widersprüche sowie der Produktivkräfte mit Recht mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Allerdings wird dabei der in der asiatischen Produktionsweise zwischen den Ausbeutungsverhältnissen einerseits und dem "kollektiven" Landeigentum andererseits bestehende Widerspruch, der eine Auflösung im progressiven Sinne durch sich selbst (so zum Beispiel die Ausbildung voller Klassenverhältnisse) nur schwer zuläßt<sup>61</sup>, mitunter überbetont. Dahingehend werden die Möglichkeiten des Rückfalls in das stammesmäßig-patriarchalische Stadium und der nur im zyklischen Sinne erfolgenden Ablösung der einen herrschenden, aristokratischen Schicht durch eine andere (so werden unter anderem auch die Fulbe- und Tukuleur-Erhebungen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts charakterisiert<sup>62</sup>) ganz einfach überschätzt. Suret-Canale erkennt eine progressive Entwicklung, wobei die Akkumulation einzelner quantitativer Elemente zu qualitativen Veränderungen führen konnte, an, gleichzeitig betont er jedoch die konkreten historischen und geographischen Faktoren, die diese Entwicklung verhinderten.<sup>63</sup> Die

61 Suret-Canale, J., *Les sociétés*, a. a. O., S. 23.

62 *Eberda*.

63 *Eberda*.

richtige Betonung der inneren Progressivität sollte dahingehend weitergeführt werden, daß es im Verlaufe der viele Jahrtausende umfassenden Geschichte der Völker Tropisch-Afrikas, die die neolithische Phase überschritten und seit dem ersten Jahrtausend u. Z. bedeutsame Staatengründungen auf der Basis von Ausbeutungsverhältnissen zuwege brachten, trotz hemmender Faktoren durchaus nicht nur zu quantitativen Veränderungen in der materiellen Produktion und den Produktionsverhältnissen gekommen ist. Innerhalb der im Prinzip zwar wesensgleich bleibenden gesellschaftlichen Verhältnisse erfolgten auch qualitative Wandlungen, die jedoch den Rahmen der alten Qualität noch nicht entscheidend zu sprengen vermochten. Auf diese Weise scheint es möglich, die Generaliter zwischen den frühen Staatengründungen, zum Beispiel Ghanas und Malis auf der einen und den Fulbe- und Tukuleur-Staaten bzw. auch den Staaten Ostafrikas im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf der anderen Seite, vorhandenen Unterschiede besser einzuschätzen.

Ein sehr wesentliches Kriterium des Fortschritts<sup>64</sup> bleibt nach wie vor die Frage der Entwicklung der Produktivkräfte, eine Entwicklung, die allerdings auf Grund des allgemeinen niedrigen Standes der Technik in den präkapitalistischen Agrargesellschaften nicht so qualitativ entscheidende Entwicklungsphasen wie der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse gleichgesetzt werden darf. Zweifellos hat sich jedoch auch unter den Bedingungen des vorherrschend extensiven Hackbaus in der Agrarwirtschaft des präkolonialen Afrikas eine Entwicklung der Produktivkräfte vollzogen.<sup>65</sup>

Eindeutiger kann man die Probleme der Progressivität anhand der Entwicklung der Produktionsverhältnisse und den sich daraus ergebenden Ausbeutungsverhältnissen verfolgen. Die skizzierten Vorgänge der Umwandlung der Sklaverei in Formen der Hörigkeit sowie der zunehmenden Differenzierung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden bzw. Vieh und Weiden auf der Basis des vollen Obereigentums des Herrschers und teilweise einer Aristokratie sowie des beschränkten Eigentums der unmittelbaren Produzenten am Boden auf Grund der Zugehörigkeit zur Gemeinde lassen gleichsam eine zunehmende Vertiefung der Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse erkennen.

64 Müller, Werner, Gesellschaft und Fortschritt, Berlin 1966, S. 72 ff.

65 Suret-Canale, J., Schwarzafrika, a. a. O., S. 70 ff.; Westermann, D., Geschichte Afrikas. Staatenbildungen südlich der Sahara, Köln 1952, S. 6 ff.

Abschließend seien mir noch einige Bemerkungen zu unseren, im ersten Teil der Ausführungen aufgeworfenen methodologischen Problemen gestattet.

Handelt es sich bei dem über Jahrhunderte vorhandenen "Kollektiv"-eigentum der Dorfgemeinschaften - dessen Absolutheit wir ebenfalls zu bezweifeln suchten - um Reste, Überbleibsel der Gentilordnung, die eine lange Übergangszeit bestimmten bzw. als Erscheinungsform einer eigenen speziellen Gesellschaftsformation, der "asiatischen Produktionsweise", auftraten? Oder haben wir hier entsprechend den natürlichen und historischen Bedingungen, die es für Tropisch-Afrika noch stärker zu untersuchen gilt, spezifische Varianten, parallele Formen des voll ausgebildeten Privateigentums, zum Beispiel des westeuropäischen Feudalismus, vor uns? In der marxistischen ökonomischen und philosophischen Literatur werden Übergangsphasen im allgemeinen nicht als selbständige sozialökonomische und soziologische Kategorien betrachtet.<sup>66</sup> Übergangsperioden von der Urgesellschaft zur Klassengesellschaft hat es in vielen Gebieten der Welt gegeben. Der Versuch, diese Übergangsphasen zu eigenen Produktionsweisen zu verselbständigen, wie ihn unter anderem auch Müller-Mertens für Westeuropa unternimmt<sup>67</sup>, indem er die gesellschaftlichen Verhältnisse bei den Germanen als barbarisch-vorfeudale Produktionsverhältnisse sui generis konzipiert, führt meines Erachtens indessen nicht weiter. Abgesehen davon, daß für die Bestimmung des Charakters der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur Faktoren der Ökonomik, sondern auch Faktoren der staatlichen Entwicklung sowie aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens herangezogen werden müssen, bleibt der dabei zu beschreitende Weg im allgemeinen noch offen. Dennoch lassen die gesellschaftlichen Verhältnisse der Übergangszeit bei aller Besonderheit der konkreten Bedingungen eine Entwicklungsrichtung erkennen; die Elemente zeichnen sich ab, die die neue Gesellschaftsformation bestimmen. Oft bleibt natürlich die Entwicklung aus inne-

66 Krapivenskij, S. E., a. a. O., S. 90; vgl. auch die Diskussionen in der Sowjetunion über das Übergangsstadium bei der Herausbildung der feudalen Klassengesellschaft in Westeuropa, z. B. Samodurowa, S. G., Aktuelle Probleme der Frühgeschichte des Feudalismus, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswiss. Beiträge, H. 1/1967, S. 87; Neussychin, A. I., Dofeodalnyj period kak perehodnaja stadija razvitija ot rodoplemnennogo stroja k rannefeodalnomu (Die vorfeudale Periode als Übergangsstadium der Entwicklung von der Stammesordnung zur frühfeudalen Gesellschaftsordnung), in: Voprosy istorii, Nr. 1/1967, S. 75 - 87.

67 Müller-Mertens, Eckhard, Die Genesis der Feudalgesellschaft im Lichte schriftlicher Quellen, in: ZfG. H. 8/1964, S. 1402.

ren und äußeren Gründen auf einer bestimmten Stufe stehen. Gewisse Erscheinungsformen des Übergangs werden hierbei gleichsam konserviert. Aber auch diese tragen dann weniger den Charakter einer eigenen Gesellschaftsformation, sondern charakterisieren in stärkerem Maße unterschiedliche Entwicklungsstufen und Spezifika der qualitativ neuen gesellschaftlichen Verhältnisse. Daß bei diesem Prozeß der Herausbildung früher Klassengesellschaften verschiedene Varianten, parallele Formen auf Grund der stärkeren Wirksamkeit konkreter geographischer<sup>68</sup> und historischer Bedingungen vorkommen konnten und oft nur schwer die historisch zukunftssträchtigeren Elemente erkennen lassen, soll durchaus nicht geleugnet werden. Auch in den präkolonialen Staaten Afrikas ist diese Parallelität, das Aufeinanderwirken verschiedener gesellschaftlicher Formen bei der Herausbildung vertiefter Ausbeutungsverhältnisse, feststellbar. So bestand neben der staatlichen Ausbeutung der Dorfgemeinschaften die Ausbeutung von Sklaven in den Sklavensiedlungen und deren Übergang in die Hörigkeit, wobei in den einzelnen Staaten bestimmte Formen jeweils dominierten. Unverkennbar bleibt aber die generelle Entwicklungstendenz zu feudalen Verhältnissen, die am besten den vom Stand der Produktivkräfte abhängigen individuellen, kleinbäuerlichen Charakter der Produktion unter den Bedingungen der präkapitalistischen Ausbeutergesellschaft entsprechen. Diese feudalen Verhältnisse bestimmten in Tropisch-Afrika vom 8. bis 16. Jahrhundert eine ganze historische Epoche und dauerten auch noch unter den Bedingungen der einsetzenden frühen Kolonialeroberungen bis zum 19. Jahrhundert an. In der Zeit seit dem 8./9. Jahrhundert hatte der Feudalismus welthistorisch die erste Klassen- und Ausbeutergesellschaft, wie sie im Alten Orient und in Gestalt der griechisch-römischen Sklaverei auftrat, bereits abgelöst, und er wurde für die gesellschaftliche Weiterentwicklung ausschlaggebend. Die konkreten natürlichen und historischen Bedingungen ließen die feudalen Verhältnisse in einer Vielzahl paralleler Varianten und Formen reifen und schufen in Afrika gleichfalls Spezifika der sozialökonomischen Entwicklung. Diese Bedingungen beeinflussten nachhaltig den Grad der weiteren Entwicklung des Feudalismus, der im 15. und 16. Jahrhundert in mehreren Gebieten der Welt zur Herausbil-

68 Je weiter wir in der menschlichen Gesellschaft zurückgehen, desto größer ist die Abhängigkeit des Menschen von der Natur. (Vgl. vor allem Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 535 f.; vgl. auch Heiden, Günter, Kritik der deutschen Geopolitik, Berlin 1958, S. 58 ff.)

dung qualitativ neuer Produktionsformen führte, wobei Westeuropa auf Grund günstigster innerer und äußerer Faktoren einen sozialökonomisch-kulturellen Vorsprung erreichte, der die Herausbildung kapitalistischer Produktionsformen begünstigte und ihnen zum Durchbruch verhalf. In Tropisch-Afrika erreichte die materielle Produktion in der präkolonialen Zeit nicht die Stufe frühkapitalistischer Produktionsformen. Die hierbei wirkenden hemmenden Faktoren der inneren Feudalentwicklung, die jedoch in den einzelnen Staaten nicht einheitlich zum Zuge kamen, wurden seit Ende des 15. Jahrhunderts durch einen von außen her aufgezwungenen Bruch weitestgehend überdeckt. Die progressive historische Entwicklung Afrikas wurde durch das Festsetzen und Eindringen europäischer Kolonialisten<sup>69</sup>, seit dem 16. Jahrhundert insbesondere durch die verheerenden Auswirkungen des mit der ursprünglichen Akkumulation verbundenen Sklavenhandels<sup>70</sup>, stark beeinträchtigt, in einigen Gebieten sogar unterbrochen oder zum Stillstand verurteilt. Natürlich hörte nicht jegliche Entwicklung der Völker Afrikas auf. Im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts vollzog sich im Inneren Afrikas die Gründung einer Reihe von Staaten, womit sogar eine Weiterentwicklung der innerfeudalen Struktur verbunden war. Obwohl diese Staaten Gründungen zu einer bedingt progressiven Entwicklung führten, vermochten sie im allgemeinen nicht mehr, die von außen aufgezwungene gesellschaftlich hemmende Barriere zu durchbrechen. Mit dem Beginn der kolonialen Ausbeutung Afrikas war für Jahrhunderte über eine beschleunigte historische Entwicklung der Völker Afrikas das Todesurteil gesprochen. Dokumentiert die Tatsache, daß die einzelnen ethnischen Gruppen, Völker und Staaten Afrikas sich zum Zeitpunkt der beginnenden ursprünglichen Akkumulation auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen, auch innerhalb der feudalen Gesellschaftsstruktur, befanden, bereits für die präkapitalistischen Ausbeutergesellschaften den gesetzmäßigen Prozeß der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung an einer schmalen Front, vielfach auf der Basis der Unterdrückung zurückgebliebener ethnischer Ge-

69 Vgl. vor allem Davidson, B., *Black Mother*, London 1961; Suret-Canale, J., *Schwarzafrika*, a. a. O., S. 126 ff.

70 Der enge Zusammenhang zwischen der ursprünglichen Akkumulation und dem Sklavenhandel wird vor allem deutlich in dem Werk von Williams, E., *Capitalism and Slave Trade*, Carolina 1944, S. 33 u. 209 f.; vgl. auch Markov, Walter, *Fragen der Genesis und Bedeutung der vorimperialistischen Kolonialsysteme*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe*, H. 1/2, 4. Jg. 1954/55, S. 45 ff.

meinschaften und Völker<sup>71</sup>, so hob der Sieg des Kapitalismus diesen Prozeß auf eine qualitativ neue Stufe. Die ökonomische und soziale Kluft zu den den kapitalistischen Weg beschreitenden Ländern Europas wurde auch für die Völker Afrikas unüberwindbar. Die Völker Afrikas bezahlten den beschleunigten historischen Fortschritt einiger weniger Länder Westeuropas<sup>72</sup> und Nordamerikas mit Ausbeutung, Not und historischer Regression, woraus sie erst die antiimperialistische national-demokratische Befreiungsbewegung zu lösen vermochte.

71 Bollhagen, Peter, Soziologie und Geschichte, Berlin 1966, S. 225 f. u. 230; Kon, I. S., a. a. O., S. 271 ff.; Gleserman, G., Les Lois de l'Evolution Sociale, Moskau 1964, S. 203 ff.

72 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in 2 Bdn., 10. Aufl. Berlin 1960, Bd. 2, S. 302.

## Bericht über die Tagung „Gegenwärtige Probleme der Historischen Geographie bzw. der Geographischen Wirtschaftsgeschichte in der DDR“ am 10. und 11. März 1967 in Berlin

von Gerhard Narweleit

Die Historische Geographie als Wissenschaftszweig verschwand in den ersten Jahren nach 1945 aus dem wissenschaftlichen Leben der damaligen Sowjetischen Besatzungszone und späteren Deutschen Demokratischen Republik. Zu groß war die Belastung, die sie durch fehlerhafte bürgerliche Theorien und durch die starke Einbeziehung in die faschistische Geopolitik erfahren hatte. Arbeiten, die sich mit historisch-geographischen Fragestellungen befaßten, blieben daher selten. Erst in den letzten zehn Jahren belebte sich die Forschung auf diesem Gebiet. 1957 bezeichnete es Jacob als nicht gerechtfertigt, den Problemen der Historischen Geographie aus dem Wege zu gehen<sup>1</sup> und setzte sich für die Entwicklung einer Historischen Physischen und einer Historischen Ökonomischen Geographie entsprechend dem System der geographischen Wissenschaften ein<sup>2</sup>. Die wachsende Einbeziehung der geographischen Teildisziplinen in die praktische Arbeit von Wirtschaft und Gesellschaft machte zudem bald deutlich, daß historisch-geographische Forschungen von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung sind, führte doch die Nichtbeachtung der konkreten historischen Entwicklungslinien zu verschiedenen Unzulänglichkeiten bei den ersten sozialistischen Umgestaltungen des Wirtschaftsgefüges. Auch die Forderungen der Historiker nach besserer Zusammenarbeit mit den Geographen gaben der Betätigung auf historisch-geographischem Gebiet weiteren Auftrieb.

In den fünfziger Jahren entwickelte sich unter Leitung von Prof. Dr. R. Junge die Forschungsrichtung der Geographischen Wirtschafts-

1 Jacob, Günther, Die historische Methode in der ökonomischen Geographie, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Math.-nat. Reihe 6, H. 5/1957/58, S. 839.

2 Ebenda, S. 842.

geschichte, die 1960 als Abteilung am Institut für allgemeine Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin eine erste Organisationsform fand und seit 1965 dem Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin angehört. Ihr Ziel war und ist die Untersuchung der historischen Herausbildung von gesellschaftlichen Standortgefügen in den verschiedenen Gesellschaftsformationen und ihrer Gesetzmäßigkeiten einschließlich der dabei auftretenden Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und geographischem Milieu.

In den beiden letzten Jahren mehrten sich die Stimmen, die die organisatorische Zusammenfassung aller an historisch-geographischen Fragestellungen Interessierten forderten, zumal auch in anderen sozialistischen Ländern, wie zum Beispiel in der ČSSR, ein ähnlicher Trend zu beobachten war. Der Vorstand der Fachsektion Ökonomische Geographie in der Geographischen Gesellschaft der DDR trug diesen Forderungen Rechnung und faßte im Juni 1966 den Beschluß, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Geographische Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Frühjahr 1967 eine erste Tagung über Probleme der Historischen Geographie und der Geographischen Wirtschaftsgeschichte durchzuführen.

Diese Gemeinschaftsveranstaltung fand am 10. und 11. März 1967 in Berlin statt. Ihre organisatorische Vorbereitung lag in den Händen der Abteilung Geographische Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Das Interesse an der Tagung - es lagen etwa 150 Anträge für die Teilnahme vor - zeigte deutlich das große Bedürfnis nach einer derartigen Zusammenkunft. Der vorgesehene Charakter der Veranstaltung als Arbeitstagung machte es notwendig, nur den Personenkreis einzuladen, der durch entsprechende Arbeiten ausgewiesen war. Von den über 50 eingeladenen Personen nahmen 46 an der Tagung teil.

Die Vorträge und Diskussionsbeiträge, die an den beiden Tagen gehalten wurden, zeigten die breite Skala der Möglichkeiten, die vor der historisch-geographischen Forschung in der DDR liegen.

Der Vorsitzende der Fachsektion Ökonomische Geographie in der Geographischen Gesellschaft der DDR, Prof. Dr. G. JACOB (Dresden) überbrachte die Grüße des Präsidenten und des Hauptvorstandes der Geographischen Gesellschaft. Er stellte fest, daß im Mittelpunkt geo-

graphischer Arbeit auch weiterhin die volkswirtschaftlichen Belange stehen müssen, doch dürfe das nicht zu einer Vernachlässigung der übrigen Forschung führen. Dazu gehört auch die historisch-geographische Problematik. Die beschränkten Kräfte müßten hier auf bestimmte Fragestellungen konzentriert werden, um eine hohe Effektivität der Arbeit zu erreichen. Jacob betonte, daß eine Fülle von Fragen vor der Tagung steht, wie die nach der Stellung von Historischer Geographie und Geographischer Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften, der Unterschiede zwischen Historischer Geographie und Geographischer Wirtschaftsgeschichte, des Nutzeffektes historisch-geographischer Forschung und anderes mehr. Geklärt werden müßte auch, ob die Historische Geographie überhaupt eine wissenschaftliche Disziplin oder nur eine Methode sei. Jacob hob hervor, daß es nicht Aufgabe der Tagung sein könne, alle diese Fragen zu klären. Ein zu gründender Arbeitskreis im Rahmen der Fachsektion Ökonomische Geographie müßte die hier begonnene Arbeit fortsetzen.

Die beiden Hauptreferate wurden von Dr. E. WEGNER (Greifswald) und Dr. W. STRENZ (Berlin) gehalten. Wegner stellte in den Mittelpunkt seines Vortrages die Frage: "Historische Geographie - Methode oder Disziplin?" Die Genesis des Begriffes Historische Geographie zeigt, daß im 19. Jahrhundert fast alle Forscher auf diesem Gebiet von Hause aus Historiker und die Ergebnisse der Forschung als Hilfe für die Geschichtswissenschaft gedacht waren. Geographische Auffassungen traten erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stärker in den Vordergrund, nachdem die Geographie als Wissenschaft zunehmend Zugang zu den Universitäten gefunden hatte. Die sich herausbildende Kulturlandschaftsforschung übte einen starken Reiz auf die Historische Geographie aus und führte fast zu einer Verschmelzung der beiden Richtungen. Da derartige Arbeiten oft der Siedlungsgeographie oder anderen geographischen Zweigdisziplinen zugeordnet wurden, ergab sich daraus die Auffassung, in der Historischen Geographie nur eine Methode zu sehen. Wegner stellte fest, daß diese Meinung für eine bürgerliche Geographie passen mag, da sie auf Grund ihrer philosophischen Grundhaltung eine Trennung zwischen naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten vielfach nicht vornimmt und zum Teil noch deterministische Kurzschlüsse zuläßt.

In den sozialistischen Staaten besteht nach Wegner die Auffassung, daß beide Seiten der Historischen Geographie, als Methode und als

selbständige Disziplin, bestehen. Wegner bezog sich dabei auf Äußerungen sowjetischer Geographen und auf die schon erwähnte Arbeit von Jacob aus dem Jahre 1957. Er stimmte mit Jacob darin überein, daß beide Seiten für die wissenschaftliche Arbeit in der Geographie erforderlich sind, wandte sich aber gegen eine scharfe Trennung von physisch-geographischer und ökonomisch-geographischer Forschung in der Historischen Geographie als Disziplin, wie sie Jacob vorgeschlagen hatte. Bei den notwendigen Komplexuntersuchungen müssen vor allem Querschnitte gelegt werden, in denen die gegenseitigen Einwirkungen funktional und strukturell zu erfassen sind. Die Vielzahl der Methoden, die dabei verwendet werden müssen, läßt nach Meinung Wegners eine derartige Trennung kaum noch zu.

Auf die in der DDR publizierten Arbeiten mit historisch-geographischer Fragestellung eingehend, stellte Wegner fest, daß sie in der Mehrzahl bis in die Gegenwart (und zwar mit deren Hauptbetonung) geführt würden und damit nur die Anwendung der historisch-geographischen Methode zeigten. Sie müßten deshalb in die geographischen Einzelwissenschaften eingeordnet werden. In den überwiegenden Fällen wäre das die Siedlungsgeographie. Diese beschränke sich aber im wesentlichen auf die Untersuchung von Standorten, und ihre Methoden sind nach Auffassung Wegners meist auf die Klärung des Funktions- und Strukturgefüges ausgerichtet. Die historische Entwicklung der Standorte komme dagegen nur ungenügend zur Geltung.

Wegner stellte deshalb die Forderung auf, eine eigene Disziplin für historisch-geographische Forschung zu schaffen. Er betonte, daß die Historische Geographie als selbständiger Zweig vielfältige praktische Bedeutung habe. Eine echte Arbeitsteilung ergäbe sich mit der Ökonomischen Geographie. Der Historische Geograph könnte die Entwicklungslinien von Einzelfaktoren oder Komplexen von der Gegenwart in Längs- und ergänzenden Querschnitten zurückverfolgen und dabei neu auftretende Fragestellungen aus anderen Wissenschaften, wie der Geschichte, übernehmen. Der Ökonomische Geograph könnte, sich auf den wissenschaftlichen Vorlauf des Historischen Geographen stützend, die Funktions- und Strukturuntersuchungen der Gegenwart gründlicher durchführen.

Auch für die Wirtschaftspraxis bestehen nach Wegner Möglichkeiten, aus den Arbeiten der Historischen Geographie Nutzen zu ziehen. Der Vortragende wies auf die Bedeutung hin, die die Kenntnis der Entwicklungslinien für die Planung besäße. Er illustrierte das anhand

des Beispiels von vierzehn MTS im Bezirk Rostock, die bis heute keinen echten Anteil am Funktionsnetz der Siedlungen erreichen konnten - eine Folge von Unkenntnis der historisch-geographischen Entwicklungslinien.

Die Bedeutung historisch-geographischer Forschung zeigt sich nach Wegner auch auf anderen Gebieten. Derartige Arbeiten können vom Standpunkt des Marxismus vertiefte Einsichten in die Entwicklung einzelner Faktorengruppen bzw. ökonomisch-geographischer Zweige vermitteln, wodurch die Teilwahrheiten der bürgerlichen idealistischen Wissenschaft zur ganzen Wahrheit ergänzt werden. Des weiteren wies Wegner auf die Forderung der Schule nach historisch-geographischer Vertiefung des Unterrichtsstoffes (so 1966 von Dorn/Jahn<sup>3</sup>), auf die Bedeutung historisch-geographischer Forschungen für benachbarte gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen (Allgemeine Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Regionalgeschichte und anderes) und auf die Notwendigkeit hin, an der Untersuchung einer Reihe von Fragestellungen aktiv mitzuarbeiten, die in sozialistischen und kapitalistischen Ländern diskutiert werden. Schließlich wäre es nur möglich, die historisch-geographischen Methoden zu verbessern und zu erweitern, wenn sich eine Fachdisziplin damit befaßt. Ein methodisches Prinzip sei dazu nicht in der Lage.

Zusammenfassend stellte Wegner fest, daß unter Historischer Geographie zu verstehen sei:

1. eine Methodengruppe, die die Geographie benutzt, um Raumverhältnisse zu erklären,
2. eine Disziplin, die im Rahmen einer Arbeitsteilung die aus der Gegenwart in die Vergangenheit rückführenden Untersuchungen aus den Einzelzweigen unter ihrem genetischen Prinzip auffängt.

"Historisch-Ökonomische Geographie und Geographische Wirtschaftsgeschichte - zwei Disziplinen?" - diese Frage stand im Mittelpunkt der Ausführungen von Dr. W. STRENZ. Von der Geographischen Wirtschaftsgeschichte ausgehend, definierte er ihren Gegenstand als die Untersuchung der historischen Herausbildung der territorialen und regionalen Standortgefüge der Wirtschaft innerhalb der jeweiligen konkreten geographischen Situation in den verschiedenen Gesell-

3 Dorn, Wolfgang/Jahn, Walter, Vorstellung und Begriffsbildung im Geographie-Unterricht, Berlin 1966.

schaftsformationen und ihrer Gesetzmäßigkeiten. Die Beachtung der geographischen Situation schließt dabei insbesondere auch die Untersuchung der Wechselbeziehungen ein, die zwischen den gesellschaftlichen Gefügen und der geographischen Umwelt entstehen und aufeinander einwirken.

So gesehen, ergeben sich vielfältige geographische Beziehungen. Wenn auch die Gesellschaft und ihre Bewegungsgesetze, speziell der Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Charakter der Produktionsverhältnisse, in jedem Fall als das bewußte, aktive Element bei Untersuchungen von Standortgefügen und deren Entwicklung in historischer Zeit erscheinen, so tritt doch die Bindung der Gesellschaft an die natürliche Umgebung ständig hervor. Sie erschöpft sich nicht in der Tatsache, daß die Standorte eine konkrete Lokalisation aufweisen und die Produktivkräfte damit über den Standort räumlich festzulegen sind. Vielmehr bleibt die Produktivität der Arbeit stets an die Naturbedingungen gebunden, die damit den gesamten Prozeß der gesellschaftlichen Produktion beeinflussen. Außerdem erfährt jedes Standortgefüge durch seine räumliche Erstreckung eine zusätzliche geographische Komponente. Sie ist um so größer, je umfangreicher und komplizierter die regionalen Verbindungen in diesem Gefüge sind. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß es sich bei den Standortgefügen um historische Erscheinungen handelt, auf den historischen Aspekt in den Untersuchungen also vor allem ein Hauptaugenmerk zu richten ist.

Auf entsprechende geographische Zweige eingehend, stellte Strenz fest, daß die bürgerliche Historische Geographie und die marxistische Historische Ökonomische Geographie als Pendant theoretisch in Frage kämen. Die bürgerliche Historische Geographie ging und geht aber bei ihren Untersuchungen im allgemeinen von Räumen aus, die durch physisch-geographische Faktoren determiniert sind. Als Methode bedient sie sich meist der Kulturlandschaftsforschung, bei der das spezifische und differente Wirken gesellschaftlicher und natürlicher Gesetzmäßigkeiten meist nur ungenügend beachtet wird. Sie kann daher auch nicht zur Grundlage einer künftigen historisch-geographischen Forschung in der DDR genommen werden. Aus gleichem Grunde wendete sich Strenz in diesem Zusammenhang gegen die Einführung einer Kulturlandschaftstheorie materialistischer Prägung.

Demgegenüber besteht nach Strenz eine weitgehende Übereinstimmung

der Geographischen Wirtschaftsgeschichte mit der Aufgabenstellung eines bis jetzt durch Arbeiten allerdings noch wenig ausgewiesenen historischen Zweiges der Ökonomischen Geographie. Der Vortragende leitete seine Auffassung von Hinweisen aus Arbeiten von Sanke<sup>4</sup>, Benthien<sup>5</sup> und Schmidt-Renner<sup>6</sup> her, in denen die Verfasser zu theoretischen Ergebnissen gelangen, die sich hinsichtlich der Untersuchung räumlicher Standortgefüge nur in der zeitlichen Komponente unterscheiden. Strenz forderte, diesem historischen Zweig der Ökonomischen Geographie größere Aufmerksamkeit zu schenken. Ihm und der Geographischen Wirtschaftsgeschichte komme für die Erforschung des Grenzbereichs zwischen Geschichte und Geographie große Bedeutung zu.

Übereinstimmend mit seinem Vorredner sah Strenz die Bedeutung beider Zweige in der Möglichkeit, der Praxis konkrete Angaben über die Entwicklung der Wirtschaft zu geben, aus denen eine den Gegebenheiten noch besser entsprechende Planung sich aufbauen läßt. Der Vortragende bedauerte auch, daß Geschichte und gesellschaftsbezogene Geographie noch zu wenig Notiz voneinander nehmen, daß neue Forschungsergebnisse nur in geringem Umfang in die Untersuchung der anderen Disziplin einfließen. Ein Austausch der Ergebnisse zu beiderseitigem Nutzen müßte angestrebt werden. Strenz vertrat weiterhin die Ansicht, daß vor der Historischen Ökonomischen Geographie und der Geographischen Wirtschaftsgeschichte die wichtige ideologische Aufgabe stehe, sich mit der idealistischen Konzeption der bürgerlichen Historischen Geographie auseinanderzusetzen, deren Forschungsergebnisse auf ihren Klassencharakter zu untersuchen und die falschen Auffassungen von der Rolle des Naturmilieus im Leben und der Entwicklung der Gesellschaft zu widerlegen.

Er beendete seine Ausführungen mit dem Wunsch nach einem Gremium, das künftig auf dem Gebiet der Historischen Ökonomischen Geographie

4 Sanke, Heinz, Entwicklung und gegenwärtige Probleme der Politischen und Ökonomischen Geographie in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1962, S. 21 Anm. 35 = Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Jg. 1962, Nr. 4.

5 Benthien, Bruno, Wirtschaftliche Strukturveränderungen im Norden der Deutschen Demokratischen Republik, Greifswald 1966, S. 3 = Greifswalder Universitätsreden, NF, Nr. 23.

6 Schmidt-Renner, Gerhard, Elementare Theorie der Ökonomischen Geographie, Berlin 1961, S. 7.

und der Geographischen Wirtschaftsgeschichte anleitend und koordinierend wirken und auch für die Verwirklichung größerer Projekte, wie die Herausgabe eines historisch-geographischen Kartenwerkes für das Gebiet beider deutscher Staaten, Möglichkeiten schaffen könnte.

In der anschließenden Diskussion lenkte Dr. D. ZÜHLKE (Dresden) das Augenmerk auf die Ergebnisse der Historischen Physischen Geographie. Als Vertreter nannte er neben Käubler (Halle) besonders Herz (Dresden), der für das Lommatzcher Gebiet durch Untersuchungen säkularer Haushaltsveränderungen im Boden zu wichtigen Aussagen über Landschaftshaushalt und dessen Veränderungen durch meliorative Eingriffe kam, die auch der Gebietsplanung wichtige Unterlagen liefern konnten. Zühlke regte an, in den zu gründenden Arbeitskreis auch die physisch-geographische Richtung aufzunehmen, da diese Seite in der historisch-geographischen Forschung nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Dr. H. HARNISCH (Potsdam) warnte vor einer zu scharfen Abgrenzung der Geographischen Wirtschaftsgeschichte und der Historischen Geographie. Anhand von Beispielen aus der deutschen Agrargeschichte wies er nach, daß man Umformungen und Veränderungen im ländlichen Siedlungsbild nicht verstehen kann, wenn nicht historische, teilweise auch verfassungsgeschichtliche Fragestellungen mit in die Untersuchungen einbezogen werden.

Einen sehr interessanten Diskussionsbeitrag lieferte Prof. Dr. H. KOHL (Berlin). Er führte aus, daß sich gegenwärtig zwei Haupttendenzen in der Wissenschaft zeigen:

1. ein Integrationsprozeß, der die bisherigen klaren Abgrenzungen der Wissenschaften zu verdecken scheint, neue Aufgaben für sie stellt und die Grundlage einer ersten sozialistischen Gemeinschaftsarbeit bildet.
2. eine weitgehende Spezialisierung in den Wissenschaften.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Fragen der Abgrenzungen, der Gegenstände der Wissenschaften und ihrer Methodologien neu auf die Tagesordnung zu setzen. Neue Inhalte müssen die Richtung der Arbeit bestimmen.

Das bedeute für das Gebiet der Geographie, daß bei einer zu scharfen Trennung von Physischer und Ökonomischer Geographie die Forschungsergebnisse nicht den Erfordernissen entsprechen, die die Ent-

wicklung der sich gegenwärtig vollziehenden technischen Revolution an die Wissenschaften stellt. Eine scharfe Trennung ist notwendig hinsichtlich der gesetzmäßigen Anlagen der jeweils zu untersuchenden Objekte. Ein Zusammentreten beider Zweige muß aber unbedingt erfolgen, um die beiden geographischen Bereiche innerhalb eines komplexen Erfassens für die Gesellschaft nutzbar zu machen. Es ist also notwendig, eine komplexe Geographie zu entwickeln, wenn die Geographen für die wirtschaftliche und darüber hinaus gesellschaftliche Entwicklung fruchtbare Arbeit leisten wollen.

Auch für die Historische Geographie ergibt sich nach Kohl die Frage einer komplexen Wissenschaft. Die Erfordernisse der technischen Revolution und der zunehmenden Nutzung des Raumes sind hier zwar nicht das wichtigste Kriterium. Dafür zeigt sich aber, daß in der Vergangenheit Naturbedingungen einen starken Einfluß auf die Gesellschaft ausübten, da die Produktivkräfte und die sie beherrschenden Produktionsverhältnisse weniger entwickelt waren.

Kohl stimmte mit Jacob überein, die historisch-geographische Forschung auf die wichtigen Themen zu konzentrieren. Er zeigte sich erfreut über die Orientierung der Vorträge von Wegner und Strenz auf die gegenwartsbezogene Praxis und forderte, daß die historisch-geographischen Arbeiten bis an die Gegenwart herangeführt und hier wirtschaftlich-praktisch oder in weiterem Sinne gesellschaftlich-ideologisch wirksam werden müssen.

Wie notwendig derartige Arbeiten sind, demonstrierte Kohl am Beispiel des von ihm geleiteten Arbeitskreises "Raumordnungstendenzen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus". Eine historisch-geographische Arbeit, die die faschistischen Raumordnungstendenzen untersuche und damit die Wurzeln der heutigen Entwicklung und die Parallelen zur westdeutschen Raumordnung zeigen könnte, hätte eine große politische Bedeutung.

Prof. Dr. G. JACOB ging in seinem Diskussionsbeitrag von seinem bekannten Modell des territorialen Produktionskomplexes<sup>7</sup> aus. Er betonte, daß dieser Komplex auch historisch, in verschiedenen zeitlichen Querschnitten, faßbar sei. Zum Problem einer komplexen geographischen Wissenschaft meinte er, daß in den bisherigen Arbeiten Veränderun-

7 Jacob, Günther, Zum Gegenstand der Verkehrsgeographie, in: Geographische Berichte, Nr. 22, H. 1/1962, S. 21.

gen der Physis, auch wenn sie gesellschaftlich bedingt waren, durch den Physischen Geographen, ökonomische Tatbestände, selbst bei starker Beeinflussung durch physisch-geographische Prozesse, durch den Ökonomischen Geographen untersucht wurden. Jacob gab jedoch zu, daß in der Historischen Geographie die Verhältnisse insofern komplizierter sind, als sich natur- und gesellschaftswissenschaftliche Methoden hier eng verzahnen (zum Beispiel bei der Anwendung der Pollenanalyse für die Untersuchung früher Wirtschaftsformen).

Die historisch-geographische Methode faßte Jacob so auf, daß soweit in die Vergangenheit zurückgegangen werden muß, wie es für das Verständnis des zu untersuchenden Zeitabschnittes notwendig ist. Als entscheidend für die weitere Entwicklung der Historischen Geographie als Disziplin sah er, die verschiedenen Arbeitsmethoden möglichst rasch zur Kenntnis vieler zu bringen, das heißt die besten Methoden herauszusondern und zu publizieren.

Dr. J. WÄCHTER (Greifswald) wies darauf hin, daß zwar von einer Historischen Ökonomischen und einer Historischen Physischen Geographie gesprochen worden ist, damit aber nicht alle Bereiche im Grenzgebiet zwischen Geschichte und Geographie erfaßt werden. So hat zum Beispiel das Gebiet der Verwaltung auch eine geographische Seite, die Verwaltungsräume, die in der Vergangenheit in ihrer Grenzziehung durch verschiedene Faktoren, darunter auch stark durch die Physis, determiniert waren. Faßt man die Historische Geographie nach Kohl als Komplexwissenschaft auf, ist in ihr auch die "Historische Administrative Geographie", wie sie Wächter bezeichnete, enthalten. Bei einer Trennung der beiden Zweige ergebe sich die Notwendigkeit, diese Spezialrichtung in einem besonderen Zweig zu erfassen. Da es sicher noch mehr derartige Grenzfälle gibt, plädierte Wächter für eine Komplexwissenschaft.

Ein Unterschied zwischen Historischer Geographie und Geographischer Wirtschaftsgeschichte besteht praktisch nicht, stellte Wächter übereinstimmend mit Strenz fest. Die Grenze zwischen Geographie und Geschichte sei sehr schwimmend, und es komme hier im wesentlichen auf den Standpunkt des Untersuchenden an, ob er mehr das Historische oder das Geographische in den Vordergrund stelle.

Demgegenüber forderte Prof. Dr. Dr. h. c. E. LEHMANN (Leipzig) eine genaue Abgrenzung des Aufgabenbereiches von Historischer Geographie und "Geographischer Geschichte", da es sich um zwei wesensverschie-

dene Dinge handle. Bei dem einen stehe das Historische, beim anderen das Geographische, das heißt der Raum im Vordergrund. Von beiden Seiten muß jedoch gearbeitet werden, um zu genauen Aussagen für diesen Grenzbereich zu kommen. Dabei ist auch die Historische Physische Geographie mit einzubeziehen.

Auch in seinem Vortrag über "Die Rolle der Geschichte in der Erforschung des geographischen Raumes" ging Lehmann von dieser strikten Aufgabentrennung aus. Aufgabe der "Geographischen Geschichte" ist dabei nach Lehmann, historische Abläufe innerhalb eines Raumes in gesellschaftsbezogenen Gesetzmäßigkeiten zu erfassen. Sie verfare also nach Prinzipien der Geschichtswissenschaft und fasse den Raum nur als geographisches Milieu auf. Diese Auffassung des Raumes ist nach Meinung Lehmanns für den Historischen Geographen aber nicht ausreichend. Die historisch-geographische Forschung müsse den Raum selbst in den Mittelpunkt der Untersuchung stellen, das heißt die Auswirkungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auf Siedlung und Produktion in historischen Zeitabläufen betrachten. Dabei betonte Lehmann nochmals die Bedeutung der physisch-geographischen Komponente. Der Wert historisch-geographischer Forschung liegt seiner Meinung nach vor allem darin, daß sie die Differenziertheit des Wirkens historisch-gesellschaftlicher Vorgänge erkennen läßt. Er veranschaulichte seine theoretischen Ausführungen durch Beispiele aus der mexikanischen Geschichte und Geographie.

Prof. Dr. B. BENTHIEN (Greifswald) referierte über "Möglichkeiten und Grenzen historisch-geographischer Forschung im früheren Land Mecklenburg". Für den Siedlungsgeographen steht im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit die Siedlung in allen ihren Formen. Unter den verschiedenen Gesichtspunkten ihrer Untersuchungen ist auch die historische Entwicklung vertreten, und allein sie führt zur Historischen Geographie. Daraus könnte man, folgerte Benthien, die Existenz einer historischen Siedlungsgeographie ableiten, die sich speziell mit der historischen Seite der Siedlungsgeographie befasse. Dementsprechend müßte es dann auch eine Historische Verkehrsgeographie usw. geben und die komplexe Historische Geographie, die Kohl als notwendig hingestellt hat, nach Gegenstand und Inhalt erfaßt werden.

Unbeschadet der offenen theoretischen Fragen bestehen zahlreiche Möglichkeiten historisch-geographischer Forschung. Benthien wiederholte die Forderung Wegners, daß historisch-geographische Untersu-

chungen auch für das internationale Ansehen der DDR-Wissenschaft notwendig sind, und erläuterte das am Beispiel der Wiebekingschen Karte von Mecklenburg. Das in Westdeutschland in einem Nachdruck erschienene Kartenwerk aus dem späten 18. Jahrhundert sollte in der DDR unter verschiedenem Blickwinkel ausgewertet werden. Dabei erweise es sich, daß derartige Arbeiten selbst für gegenwärtige wirtschaftliche Belange fruchtbringend sein können. Als die wichtigsten Seiten der historisch-geographischen Forschung in den Nordbezirken sieht Benthien

1. die Arbeit an der historisch-geographischen Ortskartei für die drei Nordbezirke, an der besonders in Greifswald und Rostock gearbeitet wird,
2. die historisch-geographische Unterbauung der siedlungsgeographischen Untersuchungen, da dadurch die perspektivische Siedlungsplanung leichter und sicherer zu genauen Ergebnissen gelangt,
3. die historisch-geographische Auswertung der kartographischen Quellen des 18. Jahrhunderts.

Zur "Problematik der Geographischen Wirtschaftsgeschichte" sprach Prof. Dr. R. JUNGE (Berlin). Nach seiner Meinung bestehen wesentliche Unterschiede zwischen Namen und Arbeitsbereich verschiedener geographischer Zweigdisziplinen. Im besonderen wandte er sich gegen die Ökonomische Geographie, deren Konzeption er als verfehlt betrachtete. Einen ihr entsprechenden Arbeitsbereich gebe es nicht. Die Ökonomischen Geographen müßten sich deshalb entweder der Physischen Geographie zuwenden, um von dorthin zu Erkenntnissen zu gelangen, die für die Wirtschaft wichtig sind, oder sich zu geographisch beziehenden Ökonomen entwickeln. Das gelte auch für die historischen Zweige, und aus diesen Überlegungen heraus sei die Geographische Wirtschaftsgeschichte entstanden, die betont von der Wirtschaft auszugehen habe. Als ihre Aufgaben bezeichnete Junge

1. aus der Grundkenntnis der Geschichte und der ihrer Wirtschaftsbeziehungen heraus im geographischen Milieu die lokale oder territoriale Standortlage sämtlicher Wirtschaftserscheinungen zu untersuchen und die Charakterisierung der standorteinnehmenden Erscheinungen festzuhalten oder selbst erst festzustellen,
2. die territoriale Verknüpfung der Standorte in ihren ökonomischen Beziehungen zu untersuchen und

3. die Einflüsse der totalen gesellschaftlichen Entwicklung in ihrer Verbindung mit denen des totalen geographischen Milieus
- a) auf die Charakterisierung der standorteinnehmenden gesellschaftlichen Erscheinungen und.
  - b) auf die Standortlage
- zu zeigen.

In einer Entgegnung auf Junges Ausführungen über die Ökonomische Geographie wies Jacob darauf hin, daß ein einzelner heute oft nicht mehr in der Lage ist, die vor uns stehenden komplexen Fragestellungen zu übersehen. Gerade in dem Bereich, in dem sich Gesellschafts- und Naturwissenschaften treffen, wie es in der Geographie der Fall ist, sind sie so vielfältig, daß hier gegenüber Einzelauffassungen die kollektiven Erfahrungen großer Gremien die entscheidenden Aussagen machen.

In seinen Ausführungen über "historisch-geographische Untersuchungen zur Stadtgeographie der sächsischen Bezirke" stellte Dr. D. ZÜHLKE (Dresden) fest, daß derartige Untersuchungen die Aussagen über gegenwärtige stadtgeographische Probleme erleichtern. Als möglichen Ansatzpunkt für planwirtschaftliche Überlegungen deutete er die auf historisch-geographischer Analyse beruhende Heraussonderung von Räumen, in denen die Städte übereinstimmende Funktionen besitzen. Bei einer Verknüpfung historischer und geographischer Tatbestände könne man feststellen, daß der historische Hintergrund in der Gegenwart noch sichtbar weiterwirkt und daß bestehende Formen und Zustände allein aus der Kenntnis der heutigen Verhältnisse vielfach nicht zu erklären sind. Zühlke beleuchtete das anhand der Stadtentwicklung in den sächsischen Bezirken.

In "Bemerkungen zum Einfluß der Produktivkräfte auf die Entwicklung von Wirtschaftsstandorten" stellten Diplom-Geograph G. NARWELEIT und Diplom-Sinologe W. NEEF (Berlin) fest, daß zwischen Entwicklung der Produktivkräfte und Veränderungen der Wirtschaftsstandorte enge Beziehungen bestehen. Sie sind jedoch nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit den Produktionsverhältnissen, dem Überbau, dem geographischen Milieu und der Bevölkerungsstruktur zu sehen. Die Veränderung der Standorte erfolgt in gewissen Etappen, die sich aus den dialektischen Widersprüchen vorwärtsdrängender und beharrender Kräfte ergeben. Dabei bestehen regio-

nal starke Unterschiede, wie anhand der Entwicklung in Mitteleuropa und Asien gezeigt wurde.

"Einige Entwicklungsprobleme der rügenschcn Seebäder bis zum ersten Weltkrieg in ökonomisch-geographischer Sicht" führte Prof. Dr. E. WEBER (Jena) an. Er konzentrierte sich auf drei Momente:

1. die Auswirkung der Grundbesitzverhältnisse auf die Entwicklung der Rügenbäder,
2. die ökonomische Situation im rügenschcn Bäderwesen,
3. einige Aspekte der Entwicklung der Produktivkräfte in den Badeorten Rügensch.

Weber zeigte, daß die verschiedenen Formen des Grundbesitzes den Fremdenverkehr zwar behindern, ihm aber keine absoluten Grenzen setzen konnten. Das späte 19. Jahrhundert war die Zeit der ersten großen Blüte für die rügenschcn Seebäder. Trotzdem blieb die wirtschaftliche Lage der Orte immer unsicher, zum einen durch die Abhängigkeit von den Witterungsverhältnissen, zum anderen durch die zunehmende Konkurrenz der schon bestehenden und neu hinzukommenden Erholungsorte untereinander. Weber konnte zeigen, daß schon vor dem ersten Weltkrieg die Seebäder von ersten Depressionen betroffen wurden, die sich in dem Maße verschärften, wie die kaufkräftige Nachfrage hinter der wachsenden Produktion von Dienstleistungen zurückblieb. Ausdruck dessen war die hohe Verschuldung der meisten Bäder und die steigende Zahl von Konkursen.

Zu "Fragen historisch-geographischer Entwicklung der Bevölkerung und der Siedlungen im Niederlausitzer Braunkohlengebiet seit der Mitte des 19. Jahrhunderts" sprach Diplom-Geograph H. NERLICH (Berlin). Er zog enge Parallelen zwischen der Entwicklung der Braunkohlen- und Glasindustrie und den Bevölkerungs- und Siedlungsveränderungen. Besonders der Braunkohlenförderung und ihren Nachfolgeindustrien komme für die Arbeitskräftekonzentrierung große Bedeutung zu. Anhand einer vom historischen Standpunkt allerdings anfechtbaren Periodeneinteilung stellte Nerlich fest, daß die heutige Siedlungsverteilung im wesentlichen das Ergebnis zweier Perioden sei. Im Laufe der Jahre 1885 bis 1905, in denen sich die Rohkohlenförderung um das Zehnfache und die Briketterzeugung um das Zwanzigfache hoben, wurde die Grundlage für die Siedlungs- und Bevölkerungsverteilung gelegt, die im wesentlichen bis in die jüngste Vergangenheit

erhalten blieben. Erst seit der Mitte der fünfziger Jahre entstanden in der DDR unter den neuen sozialistischen Verhältnissen bedeutende Umwandlungen in der Bevölkerungs- und Siedlungsverteilung, die sich aus der Umstrukturierung der Braunkohlenwirtschaft und dem Abbau der Ballung im Niederlausitzer Kernrevier durch die Errichtung außerhalb gelegener Großbetriebe ergeben.

Aus der Sicht des Ethnographen beleuchtete Dr. K. BAUMGARTEN (Rostock) "den geographischen Raum und sein Haus". Relativ einfach, wenn auch nicht immer eindeutig, sind die Beziehungen zwischen den in einer Landschaft vorhandenen baulich nutzbaren Stoffen und dem materialmäßigen Aufbau des Hauses. Problematischer ist jedoch die Festlegung einer Relation zwischen der dominierenden Wirtschaftsform in einem Gebiet und der dort vorhandenen Hausform. Besonders von seiten der Volksforschung bestehen Zweifel an einem direkten Zusammenhang. Besser bekannt ist die Beziehung zwischen der Entwicklung der Wirtschaft und der Veränderung des Haustyps innerhalb eines geographischen Raumes. Hier erweisen sich die wirtschaftlichen Prozesse neben den sozialen Verhältnissen als wichtigste Impulse für die Weiterentwicklung des Hauses. Baumgarten betonte abschließend, daß die Volksforschung nicht nur an der Entwicklung der Historischen Geographie als Nachbardisziplin, sondern auch an einer Zusammenarbeit mit ihr interessiert sei.

In der anschließenden Diskussion zeigt Prof. Dr. W. RADIG (Berlin), daß vor den Ethnographen noch zahlreiche Probleme stehen, die mit Hilfe der Geographen gelöst werden können. Dazu zählte er die historische Tiefengliederung bei der Kartierung der Hausformen, die für Mecklenburg erreicht, für die übrigen Gebiete der DDR aber noch fast vollständig fehle. Hier könne eine Zusammenarbeit mit den Historischen Geographen sehr nützlich sein.

"Zur Frage der Wechselbeziehung zwischen historisch-ökonomischer Geographie und Wirtschaftsgeschichte" sprach als Vertreter der Wirtschaftsgeschichte Dr. W. JONAS (Berlin). In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er das Problem der Grenzforschung, das durch die zunehmende Integration der Wissenschaften zu besonderer Bedeutung gelangt ist, erwartet man doch von der Erforschung dieser Grenzsäume zwischen zwei Disziplinen entscheidende Fortschritte für Wissenschaft und Praxis. Von beiden Seiten werden die Grenzgebiete untersucht, oft mit dem Erfolg, daß die daran arbeitenden Wissenschaftler sich zu einer neuen Disziplin zusammenfinden. Jonas betrachtete

die Historische Ökonomische Geographie und die Geographische Wirtschaftsgeschichte als derartige Grenzforschungsdisziplinen zwischen Ökonomischer Geographie und Wirtschaftsgeschichte. Er hielt deshalb die Frage nach Abgrenzung nicht für sehr fruchtbar und stellte die Kooperation zwischen den beiden Zweigen als Voraussetzung für eine wirklich erfolgreiche Forschungsarbeit heraus.

Im letzten Referat machte Dr. R. FORBERGER (Dresden) "einige Bemerkungen zur Gestaltung von Wirtschaftskarten". Er wies auf die Notwendigkeit hin, die Gestaltung der Wirtschaftskarten zu verbessern. Die Kritik erstreckte sich nach seiner Meinung auf zwei Seiten: Zum einen gingen die Karten nicht über bloße Standortverzeichnungen heraus, und es fehle ihnen bei historischen Sujets das Moment der zeitlichen Entwicklung. Zum anderen ließen die meisten Karten keine Aussagen über die quantitative Entwicklung wirtschaftlicher Phänomene zu. Ungünstig wirke sich auch das "babylonische Gewirr" von Kartenzeichen aus, da für fast jede neue Karte neue Zeichen festgelegt werden. Forberger schlug zur Änderung dieses Zustandes vor, daß sich die an der Wirtschaftskartographie Interessierten zusammenfänden, um zu einer Normung und Typenfestlegung von Darstellungsmitteln zu kommen. Dadurch könnte die Lesbarkeit der Karten erhöht werden.

In der abschließenden Diskussion ergriff noch einmal JACOB das Wort. Er äußerte sich sehr befriedigt über den Verlauf der Tagung, die sich als dringend notwendig erwiesen habe. Ein wissenschaftliches Bedürfnis nach der Erforschung ökonomischer und darüber hinaus auch gesellschaftlicher Raumstrukturen in Gegenwart und Vergangenheit liege vor. Die Strukturen der einzelnen Zeitabschnitte gehen ineinander über, und so ist die Zusammenarbeit von Geographen und Historikern notwendig, um zu einwandfreien Ergebnissen zu gelangen.

Jacob ging nochmals auf den Aufbau einer Historischen Geographie ein. Sie wäre analog der Ökonomischen und Physischen Geographie in eine Historische Ökonomische und eine Historische Physische Geographie, diese wieder in weitere Teildisziplinen wie die oft erwähnte Historische Siedlungs- und die Historische Verkehrsgeographie aufzugliedern.

Gegen diese Auffassung wandte sich WEGNER. Er vertrat abermals den Standpunkt, daß durch eine derartige Aufsplitterung der Historischen Geographie der Charakter einer eigenen Disziplin verlöre und nur noch das historische Prinzip als Methode übrigbleibe. Selbstver-

ständiglich müsse auch in den Teilbereichen der Ökonomischen Geographie das historische Prinzip angewendet werden. Daraus aber eigene historische Teilbereichswissenschaften zu entwickeln, gehe über den Rahmen des Möglichen heraus.

In der Schlußzusammenfassung umriß BENTHIEN das auf der Tagung Geleistete. Er traf die Feststellung, daß von der Existenz verschiedener sich berührender Gebiete ausgehend bis zu den Erscheinungen vorgedrungen werden konnte, die als wissenschaftliche Fragestellungen hinter den Äußerlichkeiten stehen. Dazu gehöre die Erkenntnis, daß die Erforschung der historischen Seite wirtschaftlicher Raumstrukturen offenbar Gegenstand eines Forschungsbereiches ist, der sich entweder Historische Geographie oder Geographische Wirtschaftsgeschichte nennt. Darin sah Benthien ein wesentliches Ergebnis der Tagung.

Auf die künftige Arbeit eingehend, befürwortete er die Gründung eines Arbeitskreises für Historische Geographie. Der Arbeitskreis hätte die Aufgabe, die Konzentration der vorhandenen Kräfte auf besonders wichtige Themen vorzunehmen. Hauptgesichtspunkte der künftigen Arbeit sollten danach die Erforschung der historischen Erscheinungen auf dem Gebiete der ökonomischen Raumstrukturen und des geographischen Milieus, die von Interesse für die Gegenwart sind, und die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen als ideologischer Beitrag sein. Benthien sprach abschließend die Bitte aus, daß sich die Interessenten für den Arbeitskreis anmelden und an der künftigen Zusammenarbeit teilnehmen. Dort wäre auch der Ort, über alle noch offenen Fragen zu sprechen.

Damit endete eine Tagung, deren Bedeutung in der ersten Zusammenführung der Kräfte lag, die auf historisch-geographischem Gebiet arbeiten. Dieser Charakter der Zusammenkunft brachte es mit sich, daß die einzelnen Vorträge und Diskussionsbeiträge in ihrer Thematik weit auseinanderliefen und damit die Bildung von thematischen Schwerpunkten unmöglich machten. Darin zeigte sich aber, welche Vielfalt historisch-geographischer Probleme noch der Untersuchung harren.

Selbstverständlich konnte nicht auf alle Seiten der historisch-geographischen Arbeit eingegangen werden, teils weil die Zeit zu kurz war, teils weil von einigen Forschungsrichtungen keine Vertreter anwesend waren. Das gilt besonders von der Historischen Physischen

Geographie, die nicht vertreten war, obwohl Einladungen ergangen waren. Es wäre wünschenswert, wenn sich in Zukunft die Möglichkeit böte, zu einer Zusammenarbeit mit diesem Zweig zu kommen, wurde doch während der Tagung auf die Bedeutung der Historischen Physischen Geographie mehrfach hingewiesen.

Die Tagung brachte eine Fülle neuer Gesichtspunkte und wichtiger Hinweise für die künftige Arbeit. Sie konnte bei der Kürze der Zeit und der Vielfalt der Probleme nicht überall schlüssige Lösungen herbeiführen. Offen blieb zum Beispiel die Frage nach dem Charakter der Historischen Geographie, das heißt die Frage, ob die Historische Geographie eine echte eigenständige Disziplin oder nur eine Sammelbezeichnung für die historischen Forschungsbereiche der einzelnen geographischen Zweigdisziplinen ist. Hier stehen sich die Auffassungen von Wegner und Jacob gegenüber.

Trotzdem kann gesagt werden, daß wichtige Punkte, die für die weitere Arbeit von Bedeutung sind, geklärt werden konnten. Dazu gehören unter anderem folgende Feststellungen:

Die Historische Ökonomische Geographie und die Geographische Wirtschaftsgeschichte untersuchen gemeinsam ein Gebiet, das grob als Grenzbereich zwischen Ökonomischer Geographie und Wirtschaftsgeschichte definiert werden könnte. Damit besteht die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit.

Übereinstimmung wurde erzielt, daß zur Untersuchung gesellschaftlicher Raumkomplexe in historischer Zeit die ganze Breite der geographischen Methoden herangezogen werden muß. Von verschiedener Seite wurde dabei auf die physisch-geographischen Gesichtspunkte hingewiesen, da das geographische Milieu die gesellschaftliche Entwicklung um so mehr beeinflusste, je geringer die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Vergangenheit entwickelt waren.

Die Bedeutung historisch-geographischer Arbeit für die verschiedenen Seiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens kam deutlich zum Ausdruck. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die praxisbezogene Seite, das heißt auf die Möglichkeit der Materialbereitstellung für die Gebietsplanung, und auf die ideologische Nutzbarkeit der Forschungsergebnisse gelegt. Das ist aber nur eine, wenn auch wichtige Seite der Ausnutzung historisch-geographischer Untersuchungen. Das Interesse an der Historischen Geographie und ihren Arbeiten ist in den benachbarten Wissenszweigen groß, wie die Äußerungen der

Ethnographen und Wirtschaftshistoriker auf der Tagung bewiesen.

Schließlich brachte die Tagung die Gewißheit, daß die bisherige, unorganisierte Arbeit auf historisch-geographischem Gebiet in der DDR ein Ende finden wird. In Kürze wird ein Arbeitskreis im Rahmen der Fachsektion Ökonomische Geographie der Geographischen Gesellschaft gegründet, der den Personenkreis vereinigen wird, der historisch-geographische Forschung betreibt. Dadurch wird sich die Möglichkeit ergeben, alle vorhandenen Kräfte zusammenzufassen, ihre Arbeit zu koordinieren und sie in Zukunft auf die Bearbeitung größerer gemeinschaftlicher Projekte, wie die Herausgabe eines historisch-geographischen Kartenwerkes für das Gebiet beider deutscher Staaten, zu lenken.

# Bericht über die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises „Historische Geographie“ in der Fachsektion Ökonomische Geographie der Geographischen Gesellschaft der DDR am 1. Juni 1967

von Wolfgang Neef

Ausgehend von den Ergebnissen der 11. Arbeitstagung der Fachsektion Ökonomische Geographie im März dieses Jahres, die in Gemeinschaft mit der Abteilung Geographische Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin durchgeführt worden und speziell Fragen der Historischen Geographie gewidmet war, fand am 1. Juni 1967 in Berlin, im Gebäude der DAW, die erste Sitzung und Konstituierung des Arbeitskreises "Historische Geographie" in der Fachsektion Ökonomische Geographie statt.

Die Teilnahme an dieser konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises beschränkte sich auf den engen Kreis der Teilnehmer an der Märztagung, die tatsächlich historisch-geographisch arbeiteten. Einige der 24 Eingeladenen konnten nicht erscheinen, da am selben Tage noch zwei weitere Gremien der Geographen tagten. Trotzdem war durch die anwesenden 17 Teilnehmer der größte Teil der auch mit historisch-geographischen Arbeiten befaßten Institutionen der DDR vertreten.

Die Arbeit des Arbeitskreises soll auf eine möglichst breite Basis gestellt werden. Demzufolge wird der Arbeitskreis sich um die Mitarbeit weiterer Vertreter aus Wissenschaft und Praxis, die auf historisch-geographischem Gebiet arbeiten oder an historisch-geographischen Problemen stärker interessiert sind, bemühen. Gleichzeitig sei auch hier die Bitte an diese Kreise ausgesprochen, eventuell selbst an uns heranzutreten.

Auf der Tagesordnung standen zwei Hauptpunkte: die Konstituierung des Arbeitskreises, verbunden mit einer "Bestandsaufnahme" gegenwärtig laufender Arbeiten an den verschiedenen Institutionen, um dadurch die künftige Arbeitsweise und eventuelle gemeinsame Arbeitsprojekte für die Zukunft festlegen zu können; und am Nachmit-

tag ein Vortrag von Herrn Dr. Ogrissek (VEB Hermann Haack, Werk Leipzig), der den "Methoden der Erarbeitung von historisch-geographischen Karten" gewidmet war.

Das einleitende Referat hielt Herr Dr. Strenz. Dr. Strenz wies darauf hin, daß die Gründung des Arbeitskreises auf eine Empfehlung der Fachsektion Ökonomische Geographie der Geographischen Gesellschaft der DDR zurückgehe, deren Organ er auch sei. Für die Leitung des Arbeitskreises wurde folgender Vorschlag unterbreitet:

Leiter: Dr. W. S t r e n z , DAW zu Berlin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Abt. Geographische Wirtschaftsgeschichte;

stellv. Leiter: Dr. E. W e g n e r , Universität Greifswald, Geographisches Institut;

Sekretär: W. N e e f , DAW zu Berlin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Abt. Geographische Wirtschaftsgeschichte.

Weiter führte Dr. Strenz aus: Das Interesse an historisch-geographischen Forschungen sei weitaus größer als bisher angenommen wurde. Die Gründung des Arbeitskreises bedeute die offizielle Wiederaufnahme der historisch-geographischen Forschung in der DDR als eines marxistisch orientierten Wissenszweiges. Die Richtungen der Arbeit müssen unter dem Gesichtspunkt der Anforderungen aus der Praxis überprüft werden. Die vordringlichsten Aufgaben des Arbeitskreises seien: die Konzentrierung der Kräfte und die Koordinierung der Arbeiten auf diesem Gebiet. Durch exakte wissenschaftliche Untersuchungen müsse zum Verständnis der gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen beigetragen und damit bei der Planung und Leitung des sozialistischen Aufbaues in der DDR mitgeholfen werden.

Um eine rege Mitarbeit im Arbeitskreis zu erreichen, sollten die im Arbeitskreis zu behandelnden Probleme möglichst weitgehend den Interessen und Aufgaben der beteiligten Institutionen und Mitarbeiter entsprechen. Daher solle auch die anschließende Diskussion vor allem einer "Bestandsaufnahme" dienen.

Dr. Strenz nannte als einige der interessierenden Themen: Diskussionen über die theoretische Konzeption einer marxistischen Historischen Geographie; die Untersuchung wirtschaftlicher Raumstrukturen im Zeitraum des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus (insbesondere während der industriellen Revolution) in Deutschland und die

Einrichtung einer entsprechenden Forschungskartei; Diskussionen über die Gestaltung von wirtschaftshistorischen Karten und historischen Schulwandkarten.

Im Anschluß an das Referat fand eine lebhafte Diskussion statt, bei der der Haupttenor einerseits auf den Berichten über die laufenden Arbeiten lag (darauf soll jedoch hier nicht näher eingegangen werden); auf der anderen Seite wurden im Zusammenhang mit der "Bestandsaufnahme" zahlreiche Vorschläge über mögliche Arbeiten und die Mitarbeit des Arbeitskreises an verschiedenen Projekten sowie für die Einbeziehung weiterer Fachleute vorgebracht.

Insgesamt gingen diese Vorschläge dahin: Vertreter aus möglichst allen geographischen Institutionen, die auch historisch-geographisch arbeiten, zur Mitarbeit zu gewinnen, ebenso weitere Kreise der Archivare, der Wirtschaftshistoriker, der Volkskundler sowie Mitarbeiter aus den Instituten für Regionalgeschichte und den Instituten für Landesforschung und Naturschutz der DAL zu gewinnen; Verbindungen zu möglichst vielen Heimatforschern aufzunehmen, sie zu stärkerem historisch-geographischen Arbeiten anzuhalten sowie die von ihnen gesammelten Materialien stärker zu nutzen; bereits gesammelte, aber brachliegende historisch-geographische Materialien durch den Arbeitskreis zumindest vor der Vernichtung zu bewahren.

Des weiteren wurde angeregt: Der Arbeitskreis solle in Zukunft begutachtende Funktionen für historisch-geographische Arbeiten und Karten übernehmen; eventuell regional gegliederte Konsultationsstellen für interessierte Kreise (besonders Heimatforscher etc.) schaffen; sich bei der Ausarbeitung des im VEB Hermann Haack geplanten Geschichtsatlasses und der historischen Schulwandkarten einschalten und, damit im Zusammenhang, sich über eine einheitliche Terminologie und Symbolik bei der Darstellung historisch-geographischer Tatbestände auseinandersetzen.

Am Nachmittag hielt Dr. Ogrissek einen außerordentlich problemreichen Vortrag über die Darstellung historisch-geographischer Tatbestände in der Karte. Die anschließenden Darlegungen von G. Narweleit (DAW zu Berlin) über den Atlas der Tschechoslowakischen Geschichte unterstrichen am praktischen Beispiel viele der von Dr. Ogrissek angeschnittenen Probleme. Anschließend kam es zu einer kurzen, aber recht lebhaften Diskussion.

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird im November dieses Jahres stattfinden und sich mit dem Problem der Erarbeitung historisch-geographischer Ortskarteien bzw. historischer Ortsverzeichnisse beschäftigen.

# Betriebsgeschichte

# Notizen über Betriebsgeschichtstagungen in den Bezirken Suhl und Rostock

von Hans Radandt

In den letzten Jahren haben einige Bezirksleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Lehrgänge und Tagungen für Betriebsgeschichte durchgeführt. Im Bezirk Suhl, wo sich der Vorsitzende der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Ferdinand Jung, besondere Verdienste um die Förderung der Betriebsgeschichte erworben hat, fanden seit 1964 jährlich Tagungen auf Bezirks- oder Kreisebene zur Betriebsgeschichte statt. Für den 31. März bis 4. April 1967 hatte die Bezirkskommission der SED gemeinsam mit dem Bezirksvorstand des FDGB zu einer Bezirksarbeitstagung etwa 120 Teilnehmer nach Gehlberg bei Oberhof eingeladen, auf der fünf Vorträge gehalten und in eingehender Diskussion die nächsten Aufgaben für die Betriebskommissionen für Betriebsgeschichte beraten wurden.

Prof. Dr. Dieter Fricke, Friedrich-Schiller-Universität Jena, sprach über die Bedeutung des achtbändigen Werkes "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" insbesondere für die Betriebsgeschichtsforschung für die Periode ab 1945. Ausgehend von der allgemeinen Aufgabenstellung des Geschichtswerkes, seiner Bedeutung für eine breite ideologische Erziehungs- und Weiterbildungsarbeit sowie für die weitere wissenschaftliche Forschung, erläuterte er die speziellen Aufgaben, welche der Betriebsgeschichtsschreibung auf Grund des Vorliegens des Geschichtswerkes und der Weiterarbeit daran erwachsen. Das Geschichtswerk gibt unter anderem nicht nur den großen geschichtlichen und ideologischen Rahmen für die Darstellung der Betriebsgeschichte in den letzten 120 Jahren, es gibt auch eine ausführliche Darstellung und Einschätzung der Strategie der Führung der deutschen Arbeiterbewegung in jeder Periode, erklärt die Merkmale ihrer Periodisierung und vermittelt die konkrete Kenntnis von Fakten aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, von denen sich nicht

wenige auch auf Fragen der Arbeiterbewegung in einzelnen Betrieben beziehen. Dieter Fricke hob hervor, wie wichtig das Studium und die Auswertung des Geschichtswerkes künftig für die Erarbeitung von Betriebsgeschichten seien und betonte gleichzeitig die große Bedeutung von guten Betriebsgeschichtsuntersuchungen für die weitere Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den nächsten Jahrzehnten.

Dr. Hans Radandt, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, entwickelte in seinem Vortrag über spezielle Probleme der Betriebsgeschichtsschreibung noch einmal die Aufgabe der betriebsgeschichtlichen Veröffentlichungen, die möglichst von jedem Belegschaftsangehörigen gelesen werden sollen, ideologische Überzeugungsarbeit zu leisten, um das gesellschaftliche Bewußtsein zu heben und zur Verbesserung des Betriebsklimas beizutragen.

Er wies anhand einer Reihe von Beispielen darauf hin, welche Vorteile eine sukzessive Erarbeitung von Teilgebieten der Betriebsgeschichte gegenüber der sofortigen Erarbeitung der gesamten Betriebsgeschichte hat. Diese Teilgebiete sind leichter überschaubar und schneller zu erarbeiten; kleinere Veröffentlichungen könnten in kürzerer Zeit erscheinen, vermitteln der Betriebskommission bzw. den Autoren Erfolgserlebnisse und spornen so zur weiteren Arbeit an, während die veröffentlichten Teilgebiete selbst schon im Hinblick auf die spätere Erarbeitung der gesamten Betriebsgeschichte diskutiert und verbessert werden können.

Dr. Rudolf Schröder, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, sprach über Formen und Methoden betriebsgeschichtlicher Darstellung. Aus seiner Erfahrung als Leiter der Konsultationsstelle für Betriebsgeschichte in Leipzig brachte er viele Beispiele für Möglichkeiten der Darstellung und Popularisierung von Betriebsgeschichten und ihrer Teilgebiete. Er gab viele konkrete Hinweise für die Betriebsgeschichtskommissionen, angefangen von ihrer Zusammensetzung über die Erarbeitung der Konzeption bis zu den Vorteilen, die sich für die Betriebe aus einer Zusammenarbeit mit dem Verlag Tribüne bei der Veröffentlichung einer Gesamtbetriebsgeschichte ergeben.

Dr. Hans Eberhardt, Staatsarchiv Weimar, gab in seinem Vortrag über das Archivwesen der Deutschen Demokratischen Republik sowohl einen Abriss von Struktur und Aufbau des Archivwesens als auch viele Hin-

weise, in welchen Beständen welcher Archive die Materiallage zur Erforschung der Geschichte der Betriebe besonders günstig ist.

Diese allgemeinen Ratschläge konkretisierte Dr. Ulrich Heß, Staatsarchiv Weimar, in seinem Vortrag über die Quellen zur Betriebsgeschichte in den Staatsarchiven. Er erläuterte mit vielen Einzelbeispielen aus den Beständen des Staatsarchivs Weimar, welche wichtigen Materialien es für die Geschichte der Betriebe im Bezirk Suhl aus diesem Archiv noch zu erforschen gilt.

In der Diskussion wurden Fragen zu den einzelnen Referaten gestellt und beantwortet sowie auch Berichte über den Verlauf der Arbeiten an der Betriebsgeschichte in einigen Betrieben gegeben.

Auf Grund der sorgfältigen Vorbereitung der Tagung konnte den Teilnehmern ein schriftlicher Bericht über den Stand der Arbeiten in 29 Betrieben des Bezirks Suhl gegeben werden. Ein an jeden Teilnehmer ausgegebener Fragebogen stellte mit den darauf gegebenen Antworten ein sehr gutes Hilfsmittel für die weitere Leitungstätigkeit der Bezirkskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED und des Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen - Arbeitsgruppe Geschichte - beim FDGB-Bezirksvorstand auf dem Gebiet der Betriebsgeschichtsschreibung dar. In ihm wurde erfragt, ob und in welcher Form sich Werkleitung, Betriebsparteiorganisation und Betriebsgewerkschaftsleitung bereits mit Betriebsgeschichtsschreibung befaßt hätten und welche Unterstützung sie geben würden; weitere Fragen betrafen Zusammensetzung, eventuelle Fluktuation und Arbeit der Betriebsgeschichtskommission; ferner, ob die Betriebsgeschichtsschreibung im Betriebskollektivvertrag berücksichtigt worden wäre (zum Beispiel durch Festlegungen für den materiellen Anreiz der Mitglieder der Betriebsgeschichtskommission, für die Übernahme der allgemeinen Kosten und der Mittel für die Herausgabe der Betriebsgeschichte), wer die Betriebsgeschichte schreiben würde (Schriftsteller, Historiker, ein oder mehrere Betriebsangehörige usw.) und wann ihre Herausgabe in welcher Form geplant wäre.

Die Vorträge und einige wichtige Diskussionsbeiträge der Gehlberger Tagung werden durch die Bezirkskommission veröffentlicht werden, um durch ihre Verbreitung in Betrieben des Bezirks Suhl der Betriebsgeschichtsschreibung einen weiteren nachhaltigen Auftrieb zu geben.

Die Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Bezirksleitung Rostock der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands führte am 14. und 15. März 1967 einen Erfahrungsaustausch über Probleme der betriebsgeschichtlichen Forschungsarbeit besonders für die Periode nach 1945 durch, zu dem vierzig Teilnehmer eingeladen worden waren.<sup>+</sup>

Dr. Johanna Jawinsky, Bezirksleitung Rostock, behandelte in ihrem Vortrag Probleme der allgemeinen zeitgeschichtlichen Periodisierung und Probleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, wie zum Beispiel die Herausbildung der Diktatur des Proletariats in der Form des Mehrparteiensystems im Zusammenhang mit ihrer Berücksichtigung und Darstellung bei der Betriebsgeschichtsschreibung.

Dr. Martin Heyne, Museum Rostock, ging auf die Entwicklung der Arbeiterklasse des Bezirks Rostock ein, besonders in Verbindung mit der Entwicklung der Werften.

Fritz Katzenmaier, VEB Schiffswerft "Neptun", Rostock, wies am Beispiel der betriebsgeschichtlichen Arbeit in der Neptunwerft die Notwendigkeit nach, betriebliche Ereignisse stets im richtigen Zusammenhang mit der gesamtnationalen Problematik darzustellen.

Mit sehr interessanten Beispielen aus der Geschichte der Deutschen Seereederei gelang es Gerda Grammdorf, Universität Rostock, besonders jenen Teilnehmern, die noch am Anfang der betriebsgeschichtlichen Arbeit standen, die große erzieherische Bedeutung der Betriebsgeschichtsschreibung deutlich zu machen. Sie berichtete zum Beispiel davon, mit welchen Problemen die oft noch sehr jungen Kapitäne und Mannschaften in ausländischen Häfen kapitalistischer Länder fertig werden mußten, wie sie es verstanden, unsere Republik würdig zu vertreten, und wie die Aufzeichnung bestimmter dieser Erlebnisse die bewußte Einstellung zur Deutschen Demokratischen Republik bei den Seeleuten verstärkte.

Dr. Hans Radandt, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, ging in seinem Vortrag unter anderem auf die Notwendigkeit der kollektiven Arbeit an der Betriebsgeschichte ein, auch mit jenen Kräften, die nicht im Betrieb selbst tätig sind, wie Historiker, Lehrer, Journalisten, Schriftsteller einerseits, Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der

<sup>+</sup> Das folgende stützt sich teilweise auf Mitteilungen der Bezirksleitung der SED Rostock.

örtlichen Arbeiterbewegung der SED, Veteranenkommissionen des FDGB und Konsultationsstellen für Betriebsgeschichte andererseits. Er betonte anhand einiger Beispiele, wie wichtig es wäre, lebenswahr darzustellen, auf welche Weise bestimmte große Leistungen im Betrieb gelungen seien, mit welchen Mitteln Schwierigkeiten gemeistert worden wären. Abschließend wies er ausführlich auf die Bedeutung der wissenschaftlichen Akribie in der Betriebsgeschichtsschreibung hin, indem er den Teilnehmern die wichtigsten Regeln des Arbeitens mit den Quellen, des Zitierens und der Quellenangabe ins Gedächtnis rief.

Im Anschluß an die Beratung sandte die Bezirksleitung der SED Rostock den Kreisleitungen der SED ein Schreiben, in dem Hinweise für die weitere betriebsgeschichtliche Arbeit der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung gegeben wurden.

Die Beispiele dieser beiden Betriebsgeschichtstagungen zeigen, welche Möglichkeiten, Kräfte und Mittel in allen Bezirken für die Förderung der Betriebsgeschichtsschreibung nutzbar gemacht werden können, welche Probleme behandelt und welche Kenntnisse vermittelt werden sollten. Sie zeigen auch einige Mittel, die die Leitungstätigkeit unterstützen können (Berichte, Fragebogen, Protokollveröffentlichungen, schriftliche Hinweise).

Mögen diese guten Beispiele recht bald Schule machen!

# Quellen und Materialien

# Löhne und Preise in Deutschland, 1750 bis 1850

(Fortsetzung)

Haushaltsrechnungen des Georgenhauses zu Leipzig<sup>+</sup>

Preise, Löhne, Lebensmittelverbrauch und verpflegte Personen, bearbeitet auf Grund der im Stadtarchiv Leipzig aufbewahrten Rechnungen und Belege

von Eduard Erich Koehler

1. Kritische Bemerkungen zur Auswertung der vorhandenen Quellen durch Elsas bis zum Jahre 1820
2. Zur Quellenlage
3. Bemerkungen zu den einzelnen Waren in den Tabellen
4. Tabellen und Dokumente
  - a) Entwicklung der Einzelhandelspreise 1819 bis 1860
  - b) Gekaufte (und im allgemeinen auch verbrauchte) Lebensmittel und Materialien 1820 bis 1860
  - c) Anzahl der beköstigten Personen 1819 bis 1860
  - d) Verpflegungsrichtlinien aus dem Jahre 1820
  - e) Erläuterungen und Dokumente zu den Tabellen der Bauhandwerkerlöhne
  - f) Bauhandwerkerlöhne 1787 bis 1860
  - g) Sonstige Handwerkerlöhne 1834 bis 1859
  - h) Bauhandwerkerlöhne 1818 bis 1824 (St. Jacobs-Hospital)

+ Die Angaben für die letzte der angeführten Lohntabellen sind den Haushaltsrechnungen des St. Jacobs-Hospitals zu Leipzig entnommen.

## 1. Kritische Bemerkungen zur Auswertung der vorhandenen Quellen durch Elsas bis zum Jahre 1820

Das ursprüngliche Ziel dieser Arbeit bestand darin, die von Elsas<sup>1</sup> aufgestellten Tabellen über Löhne und Preise in Leipzig bis 1850 weiterzuführen, wobei unter Anwendung der von ihm verwandten Methoden und durch den möglichst engen Anschluß an seine Tabellen die Errechnung einheitlicher Indizes für einen größeren Zeitraum ermöglicht werden sollte.

Die umfangreiche Einleitung, in der Elsas über die beiden Leipziger Hospitäler zu St. Johannis und St. Georg<sup>2</sup> schreibt, läßt annehmen, daß deren Rechnungen die Quellen sind, auf denen er seine Tabellen aufbaut. Obwohl aber die Hospitalrechnungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts lückenlos vorhanden sind, schöpft Elsas sie nicht aus, sondern beschränkt sich für die Zeit seit dem Erscheinen der "Leipziger Intelligenzblätter" in der Hauptsache auf die Auswertung der darin ziemlich regelmäßig jede Woche veröffentlichten "Leipziger Preise von allerhand Sachen". Allerdings geschieht auch das nicht erschöpfend; die Angaben über die Holzpreise benutzt er beispielsweise überhaupt nicht.

Die Gründe für den Quellenwechsel ebenso wie für die Tatsache, daß einige Waren nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit aufgeführt werden, bleiben trotz der vielfachen und teilweise recht umfangreichen Erläuterungen, die Elsas gibt, letztlich im Dunkeln. Möglicherweise wurden die Intelligenzblätter deshalb bevorzugt, weil sie ohne Schwierigkeit die Einteilung in Erntejahre ermöglichen, was bei den Hospitalbuchungen in vielen Fällen nicht möglich ist, weil ihr Rechnungsjahr das Kalenderjahr ist. Von 1819 an tauchen die "Leipziger Preise von allerhand Sachen" - deren Angaben übrigens nicht sehr zuverlässig waren und nicht selten Irrtümer und Druckfehler enthielten - in den Intelligenzblättern nur noch sporadisch und seit 1823 gar nicht mehr auf. Elsas, dessen Interesse stark auf diese Quelle konzentriert war, setzt mit dem Jahre 1820 den Schlußpunkt seiner Berechnungen.

1 Elsas, M. J., Umriß einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland vom ausgehenden Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Bd. 1, Leiden 1936; Bd. 2 A, Leiden 1940; Bd. 2 B, Leiden 1949.

2 Diese Hospitäler waren nicht ausschließlich Krankenhäuser. Über die Zweckbestimmungen und Aufgaben des Georgenhospitals siehe ausführlich ebenda, Bd. 2 A, S. 81 - 84.

Die Angaben aus dem Johannishospital hören bei Elsas ebenfalls sehr früh auf, ohne daß er eine Erklärung dafür gibt. Der Grund liegt wahrscheinlich darin, daß in den Rechnungen dieses Hospitals der Wirtschaftspächter jeweils nur über den Empfang von 1 Taler pro Kopf und Woche quittiert, wofür er die Insassen zu verpflegen hat; irgendeine Aufstellung über die eingekauften und verbrauchten Waren findet sich nicht. Aber auch die "Beschreibung der Rechnungen des Georgenhospitals" ist bei Elsas mangelhaft. Er beschreibt nur die Zeit des 16. und 17. Jahrhunderts. Die späteren Änderungen sowohl in der Bewirtschaftung wie auch in der Rubrizierung der einzelnen Ausgaben treten überhaupt nicht in Erscheinung.

Elsas gibt auch keine Erklärung dafür, nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl der Gehälter und Löhne erfolgt ist; bei der verhältnismäßigen Seltenheit solcher Angaben sollte man doch erwarten, daß wenigstens hierfür die vorhandenen Quellen ausgeschöpft würden; das ist aber ganz und gar nicht der Fall. Dadurch werden die Elsassschen Angaben beträchtlich in ihrem Wert gemindert. Außerdem macht sich auch hier wieder unangenehm bemerkbar, daß die "Beschreibungen" nur für die ältere Zeit gelten. Mindestens seit Anfang des 19. Jahrhunderts (für die frühere Zeit habe ich aus Zeitmangel die Angaben nicht nachgeprüft) ist zum Beispiel in allen Hospitälern genau zwischen den Honoraren der Internisten, der Wundärzte und Barbieri sowie den Remunerationen für die Assistenten bzw. Amanuenses unterschieden worden. Elsas weiß davon aber anscheinend nichts, denn er führt die Wundärzte weiterhin als "Barbieri" auf, während er die wirklichen Barbieri gar nicht erwähnt.

Mit den Angaben von Elsas vergleichbare Indizes zu bekommen, erwies sich als unmöglich. Seine "lokalen Preisreihen" sind offenbar nicht mit der Absicht zusammengestellt worden, daraus Lebenshaltungsindizes zu berechnen.

Die Zusammenstellung von Preisreihen in der Elsassschen Weise war sehr zeitraubend. Die Zusammenstellung aller für einen Lebenshaltungsindex maßgebenden Preise - in Ergänzung zu Elsas vor allem die Preise für Brennholz sowie die Fleisch- und Bäckertaxe<sup>3</sup> - für die gesamte Periode ihrer Aufzeichnung, also von 1723 an, muß daher einer weiteren Untersuchung vorbehalten bleiben, die sich auch mit den in den Rechnungen des Georgenhauses so zahlreich vorliegenden,

3 Diese von der jeweiligen Obrigkeit festgelegten Taxen sind keine eigentlichen Preis-, sondern Mengenregelungen. Vgl. dazu weiter unten.

aber eine Bearbeitung nach verschiedener Hinsicht erfordernden Angaben über die Kosten von Einrichtungsgegenständen, Haushaltgeräten, Textilien, Papier- und Schreibwaren beschäftigen müßte.

Obwohl sich meines Erachtens mit den Preisreihen von Elsas allein keine brauchbaren Indizes errechnen lassen, so ist es doch meiner bisherigen Kenntnis nach durchaus möglich, sie mindestens seit der Mitte des 18. Jahrhunderts soweit zu ergänzen, daß man die Lebenshaltungskosten für die einzelnen Jahre ermitteln und daraus Indizes für deren Entwicklung errechnen könnte.

## 2. Zur Quellenlage

Die größten Schwierigkeiten für die Zusammenstellung von Lohntabellen liegen - worauf schon Elsas aufmerksam macht<sup>4</sup> - vor allem in der Innungsverfassung, die bis 1860 ohne nennenswerte Änderung fortbestand. Für die Lohnarbeiter im eigentlichen Sinne, daß heißt für Fabrik- oder Manufakturarbeiter und sonstige ungelernete Arbeiter liegen überhaupt keine zuverlässigen Angaben vor, was insofern zusätzliche Schwierigkeiten bringt, als ihre wachsende Anzahl für die Frage der durchschnittlichen Lebenshaltung immer stärker ausschlaggebend wurde. Bauhandwerker wurden im Georgenhaus nur je nach Bedarf beschäftigt. Deshalb lassen sich auch für ihre Löhne keine kontinuierlichen Lohnreihen aufstellen, und man muß sich mit der Interpolation der vorhandenen mehr oder weniger vereinzeltten Angaben begnügen.

Für die Preistabellen ist die Quellenlage günstiger. Es gibt für viele Dinge, vor allem für Landesprodukte, eine ganze Reihe von Preiszusammenstellungen, die aber selten ohne gründliche Bearbeitung verwendbar sind.

Die Ermittlung einwandfreier Angaben zur Berechnung von Reallöhnen ist eine sehr wichtige Frage. Klar ist zunächst, daß als Ausgangspunkt wirklich gezahlte Preise dienen müssen, daß also Großhandels-, Messe- und Börsennotierungen hierfür nicht in Frage kommen. Ideal wären über längere Zeit geführte private Haushaltsbücher, die sich aber nur ganz vereinzelt erhalten haben und dazu meist nur für einzelne Jahre oder noch kürzere Zeiträume geführt wurden. Unbedingt maßgebend sind die sogenannten Taxen, die jedoch nur für Roggen- und Weizenbrot sowie für Fleisch erlassen wurden. Eine Schwierig-

<sup>4</sup> Vgl. Elsas, M. J., a. a. O., Bd. 1, S. 57 f.

keit für die Vergleichbarkeit ergibt sich hier daraus, daß die Produzenten, wenn möglich, auf eine Herabsetzung der Taxe mit einer Herabsetzung der Qualität eines Produkts antworteten. Für einige Waren sind Verzeichnisse der Marktpreise vorhanden. Allerdings geben sie teils Mittelwerte an, deren Berechnungsweise nicht bekannt ist, teils Höchst- und Tiefstwerte, ohne die entsprechenden Mengen oder die Qualität mitzuteilen, so daß die tatsächlich im Durchschnitt gezahlten Preise meist nicht genau feststellbar sind. Alle übrigen Warenpreise sind nur durch eine Art von Quellen zu erfahren: die Haushaltsrechnungen öffentlicher Institutionen, die ihre Angehörigen zu versorgen hatten, also vor allem Hospitäler, Waisenhäuser und ähnliche Einrichtungen. Leider gibt es nicht in allen solchen Institutionen ausführliche Kostenrechnungen. Es wurde bereits erwähnt, daß die Verpflegung des Johannishospitals an einen Pächter vergeben wurde, wobei nur der wöchentliche Kostensatz pro Person bekannt ist, nicht aber, was für diesen Betrag gekauft wurde.

Anders steht es dagegen mit dem Georgenhaus. Für die Jahre 1787 bis 1850 sind glücklicherweise nicht nur die offiziellen Rechnungen, das heißt die schon von Elsas benutzten Reinschriften, sondern auch die dazugehörigen Belege, die Originalquittungen der Lieferanten, erhalten geblieben. Sie geben vielfach genaueren Einblick in die Art der Bewirtschaftung. Für die Zeit nach 1850 sind leider nur die Rechnungsreinschriften vorhanden, in denen nur ein Gesamtbetrag angeführt wird. Dadurch fehlen vor allem bei den Löhnen, aber auch bei verschiedenen Warenarten, zum Beispiel bei Gewürzen, die spezifizierten Angaben.

Die Rechnungen aus dem Georgenhaus sind besonders deshalb für die Berechnung der Lebenshaltungskosten geeignet, weil das Georgenhaus trotz der großen regelmäßig verbrauchten Menge von Waren mit Ausnahme von Kartoffeln und Rüböl keine Vorratswirtschaft trieb. Kartoffeln wurden gewöhnlich im Oktober vom Erzeuger in der nächsten Nachbarschaft von Leipzig gekauft, oft von zwei oder auch drei verschiedenen, aber ohne - zumindest ohne nennenswerte - Abweichung im Preis. Bisweilen wurde schon vorher eine kleine Menge gekauft, die etwas teurer war (Frühkartoffeln), aber nicht ins Gewicht fiel (etwa 3 bis 6 Prozent der Gesamtmenge). Der Fuhrlohn betrug zwar je Scheffel 7 Pfennige, ist aber in den Preistabellen nicht mitberechnet, weil er wegfiel, wenn das Hospital die Kartoffeln selbst abholte. Die Kartoffelvorräte nahmen - wie die Jahresschlußinventuren

zeigen - unterschiedlich schnell ab. Es gibt Jahre, in denen zum Jahresschluß kaum noch Kartoffeln vorhanden waren, und andere Jahre, in denen bis zum Jahresschluß erst ein kleiner Teil verbraucht war. Leider sind keine erklärenden Bemerkungen zu finden, ob die Qualität der Kartoffeln die Ursache war oder ob es andere Gründe für den unterschiedlichen Verbrauch gab. Was das Rüböl betrifft, so findet sich im Jahre 1822 die Bemerkung, daß man nicht so sehr deshalb zum Bezug in wenigen großen Posten übergegangen sei, weil es dadurch etwas billiger wäre, sondern vor allem deshalb, weil es durch Ablagern seine Leuchtkraft beträchtlich verbessere. Der Roggenvorrat bewegte sich anscheinend immer um das Verbrauchsquantum eines Monats. Bei anderen Waren traf man offenbar langfristige Liefervereinbarungen. Der Lieferant legte nur einmal, zum Jahresschluß, die Rechnung vor, vermerkte aber darauf, wie sich der Preis im Verlauf des Jahres geändert hatte.

Textilien und manche Haushaltsgeräte wurden oft auch auf den Messen gekauft, aber nur in den Mengen, wie sie zu einem bestimmten Zweck, zum Beispiel zur Ausstattung der Konfirmanden, erforderlich waren. Im übrigen waren bestimmte Handwerksmeister engagiert, die (offenbar auf Abruf) die benötigten Waren zu liefern hatten und ebenfalls nur am Jahresende Rechnungen vorlegten. Leider sind nur auf einigen Rechnungen alle Arbeitsgänge spezifiziert aufgeführt, während andere nur ganz summarische Angaben enthalten, zum Beispiel: Schüsseln = 73 Taler, 12 Groschen, allerhand buntes Geschirr = 26 Taler, 22 Groschen. Schwierigkeiten für die Berechnung der Einzelpreise ergeben sich aus den Handwerkerrechnungen besonders dadurch, daß oft nicht einwandfrei daraus hervorgeht, ob die Materialien vom Handwerksmeister oder vom Georgenhaus geliefert wurden, ob die Rechnungen sich also auf den Verkauf fertiger Waren oder nur auf den Macherlohn beziehen.

Die Einkäufe erfolgten für die meisten Waren im Abstand von zwei, drei oder vier Wochen. Nur solche Waren, die entweder nur zu bestimmten Zeiten gebraucht wurden (Rosinen und Mandeln für die Weihnachtsbäckerei oder Tuch für die Konfirmandenkleidung) oder nur zu bestimmten Zeiten zu haben waren (Früchte) sowie solche, die nur in ganz geringen Mengen gebraucht wurden (zum Beispiel Zimt und chinesischer Tee), wurden auf einmal oder doch in größeren Zeitabständen eingekauft. Molkereierzeugnisse wurden natürlich in noch kleineren Portionen bezogen. Aus den nur vereinzelt Originalquittungen geht aber nicht hervor, in welchem Rhythmus das geschah. Milch wurde si-

cher jeden Tag frisch geliefert, Fleisch vermutlich zweimal wöchentlich.

Wichtig erscheint mir, daß keinerlei Anzeichen dafür vorhanden sind, daß das Georgenhaus irgendwelche Preisvergünstigungen genossen hätte, außer für Erzeugnisse des Buchhandels zum Gebrauch in der Waisenhausschule. Es scheint auch im allgemeinen keine differenzierten Preise für mittlere Quantitäten gezahlt zu haben.

Das Georgenhaus zahlte für alle Waren Einzelhandelspreise, gleichgültig, ob die Warenmenge ein Pfund oder einen Zentner betrug.

Fraglich ist auch, wie man den Begriff "Durchschnittspreis" definieren soll. Ein einwandfreier Durchschnitt setzt voraus, daß in genügend kleinen Zeitabschnitten ungefähr die gleichen Mengen gekauft werden. Das ist leider gerade bei den Waren, die die stärksten Schwankungen innerhalb eines Jahres aufzuweisen haben, nur annähernd der Fall, am ehesten noch bei frischer Butter. Da die Käufe aber nur monatlich gebucht wurden, sind auch hier die im Laufe des Jahres auftretenden Preisschwankungen nur ziemlich groß feststellbar. Ähnlich liegt der Fall bei Eiern. Überhaupt sind für eine ganze Reihe meist kleinerer Ausgaben keine Quittungen der Lieferanten vorhanden, sondern nur Aufstellungen des Hausverwalters, die durch Gegenzeichnung des Ratsdezernenten anerkannt worden sind. Die Annahme, daß es sich um Dinge handelt, die in der eigenen Wirtschaft erzeugt wurden, kann jedoch nicht zutreffen, denn darunter fallen zum Beispiel Heringe und andere Fische, Wildfrüchte, wie Preisel- und Heidelbeeren, Zitronen, Salz, Hefe, Reisigbesen, Bleistifte, Schiefertafeln und Schieferstifte, Stecknadeln, auch eine Reihe von Textilien, die anscheinend von Hausierern oder in Marktbuden erstanden wurden, und noch manches andere. Aber auch die doch sehr beträchtlichen Posten von Butter, Käse, Eiern und Milch sind nur vom Hausverwalter zusammengestellt, ohne daß Quittungen von den Lieferanten vorhanden sind. Bis 1814 könnte man annehmen, daß diese Erzeugnisse von dem sogenannten Georgenvorwerk geliefert wurden, das das Georgenhaus bis dahin selbst bewirtschaftete, das aber seit 1814 verpachtet war und 1836 vollständig an die Leipzig-Dresdner Eisenbahngesellschaft abgetreten wurde. Es mußten also fremde Lieferanten eingetreten sein. Auch die Verwendung der Erträge eines dem Georgenhaus gehörigen Gartengrundstückes ist nicht ganz klar. Zwar war ein Gärtner mit 1 1/2 Talern je Woche bzw. 78 Talern im Jahr angestellt, und regelmäßig wurden Gemüsesamen und Obstbäume

angeschafft, andererseits findet sich jedoch regelmäßig die Einnahme für die verpachtete Obstnutzung in den Abrechnungen des Georgenhauses, wogegen nichts über den Verkauf von Gemüse vermerkt ist. Man kann also annehmen, daß der Gemüseertrag vollständig in der Wirtschaft des Georgenhauses verwendet wurde. Ob auch vom Obst-ertrag etwas in der eigenen Wirtschaft verbraucht wurde, ist nicht bekannt.

Im übrigen zeigen die Quittungen, daß einerseits ein gewisser Stamm von Lieferanten vorhanden war, andererseits aber auch Gelegenheitskäufe getätigt wurden. Nicht immer geht aus den Quittungen hervor, wann die Ware geliefert wurde, da vielfach über mehrere Posten zugleich quittiert wurde und nur das Datum der Zahlung angegeben ist.

Solange das Georgenvorwerk in der Regie des Georgenhauses war, deckte es dessen Fleischbedarf im wesentlichen, und nur eine verhältnismäßig geringe Menge - hauptsächlich Schöpsen- und Schweinefleisch - wurde hinzugekauft; nach der Verpachtung des Vorwerks zu Walpurgis (30. April) 1814 deckte ein sogenannter Landfleischer den gesamten Fleischbedarf.

Die Preisbewegungen einer großen Anzahl von Warenarten sind durch die Rechnungen des Georgenhauses fast lückenlos zu verfolgen. Eine Reihe wichtiger Waren des täglichen Bedarfs fehlen jedoch darin, so daß dafür andere Quellen herangezogen werden müßten. Die Preise für Gerste, Hafer, Heu, Leinöl, Baumwolle, Flachs und anderes entnahm Elsas den "Leipziger Intelligenzblättern"; diese Quelle versiegt aber ab 1819. Die Weizenpreise - die geringen Käufe des Georgenhauses von zirka 30 Scheffeln pro Jahr, meist in drei Posten für die Oster-, Michaelis- und Weihnachtsbäckerei, können nicht als repräsentativ für die Weizenpreise angesehen werden - müßten ebenso wie die Preise für Hafer und Gerste aus dem "Getreideregister der Ratsstube"<sup>5</sup> ergänzt werden.

Auch die vom Georgenhaus gezahlten Holzpreise sind infolge verschiedener Umstellungen in der Bezugsweise nicht ohne weiteres vergleichbar. Hier tritt das seit 1760 vorhandene "Holzverzeichnis der Ratsstube"<sup>6</sup> ergänzend ein, in dem von Woche zu Woche die Mengen sowie der niedrigste und höchste Preis des nach Leipzig gebrachten Höl-

<sup>5</sup> Stadtarchiv Leipzig, Tit. XXXI A 58; Sekt. II, P 929<sup>b</sup>.

<sup>6</sup> Ebenda, Tit. XXX B 10; Tit. XLIX 19.

zes gebucht wurden, und zwar getrennt nach Buchen, Birken, Eichen, Ellern (Erlen) und Kiefern. Daraus geht hervor, daß Eichenholz im allgemeinen unter 1 Prozent der ausgewiesenen Gesamtmenge blieb, während das Kiefernholz etwa 50 Prozent ausmachte.

In diesen Verzeichnissen sind außerdem auch Preis und Menge des Kalks und der Holzkohle, die nach Leipzig gebracht wurden, aufgeführt.

Die "Leipziger Intelligenzblätter" veröffentlichten die Holzpreise zwar auch weiterhin, aber in so unregelmäßigen Abständen, daß daraus kein Durchschnittspreis errechnet werden kann.

Die gleichen Aktenbände, in denen das "Holzverzeichnis der Ratsstube" aufgezeichnet ist, enthalten auch, und zwar schon für die Zeit ab 1723, die Fleischtaxe, das heißt den amtlich festgesetzten Kleinverkaufspreis für die verschiedenen Fleischsorten. Diese Taxer zeigen eine gewisse Preisspanne für das beste und für geringeres Fleisch und liegen für Landfleischer gewöhnlich um einen Pfennig je Pfund niedriger als für die Stadtfleischer.

Leider sind in den Akten des Leipziger Stadtarchivs keine brauchbaren Angaben über Viehpreise zu finden. Aus vielfachen Eingaben der Fleischer geht hervor, daß sich die Viehpreise wesentlich schneller veränderten als die Fleischtaxen. Ähnliche Erscheinungen gibt es bei den Bäckertaxen und den Getreidepreisen, wie zahlreiche Eingaben der Bäcker zeigen.

Die Endverbraucherpreise für Brot und andere Backwaren weisen in den verschiedenen Orten Sachsens starke Unterschiede auf. In Dresden beispielsweise waren sie erstaunlich niedrig. Weitere Schwierigkeiten für die Errechnung von Preistabellen sowie für Lebenshaltungsindizes ergeben sich daraus, daß die Bäckertaxe nicht den Höchstpreis für ein bestimmtes Gewicht, sondern umgekehrt das Mindestgewicht für einen ortsüblichen Preis darstellte (Dreiersemmel, Viergroschenbrot usw.). Eine Umrechnung auf festes Gewicht und schwankende Preise bei gleichzeitiger Umrechnung auf eine moderne Gewichtseinheit wäre zweckmäßig und für die Berechnung von Lebenshaltungsindizes auch bequemer.

Abschließend ist es notwendig, noch einige Bemerkungen über Münzen, Maße und Gewichte während des Zeitraums, über den sich die Preistabellen erstrecken, hinzuzufügen.

Mit dem Jahreswechsel 1840/1841 trat in Sachsen gemäß der Münzkonvention vom 30. Juli 1838 eine neue Währung in Kraft. Bis 1840 waren 12 Pfennige = 1 Groschen, 24 Groschen = 1 Taler. 1 Taler hatte also 288 Pfennige. Seit 1841 waren 10 Pfennige = 1 Neugroschen, 30 Neugroschen = 1 Taler, das heißt, 1 Taler hatte 300 Pfennige. Außerdem war verfügt worden, daß der alte sogenannte Conventionstaler um 2 7/9 Prozent höher bewertet werde als der neue "Taler Courant". Das ist nicht ganz verständlich. Da der alte Taler nach dem 20-Gulden-Fuß 17,54 Gramm Feinsilber enthielt, der neue nach dem 14-Taler-Fuß aber nur 16,704 Gramm, so wäre eigentlich ein Unterschied von 5 Prozent vorhanden. Übrigens wurden schon seit Beginn des Jahrhunderts sehr oft Rechnungen in "Preußischen Talern Courant" ausgestellt, die von Anfang an nur 16,705 Gramm Feinsilber enthielten.

Nach der amtlichen Umrechnung galten also 288 alte Pfennige soviel wie 308 1/3 neue oder 100 alte ungefähr soviel wie 107 neue. Im Kleinverkehr wurden 2 "gute" Groschen = 2 1/2 Neugroschen, also 24 alte Pfennige = 25 neue gerechnet. Über die Auswirkungen der neuen Währung auf den Kleinhandel können keine Aussagen gemacht werden, weil die jährlichen Preisschwankungen weit größer waren als der Währungsunterschied; lediglich bei Zichorie könnte der Preissprung von 18 auf 19 Pfennige je Pfund von 1840 auf 1841 auf der Währungsumrechnung beruhen, wenn man in Betracht zieht, daß die Zichorienpreise sonst fast konstant blieben.

Für die Maßbezeichnungen gelten etwa folgende Umrechnungswerte<sup>7</sup>:

1 Scheffel	= 103,8 Liter
1 Kanne	= 935 g bzw. cm <sup>3</sup>
1 Tonne	= 98,2 Liter
1 Karnfaß	= 4 Tonnen = 393 Liter
1 Scheffel Salz (seit 1810)	= 128 Pfund = 59,8 kg
1 Pfund Kramer- oder Handelsgewicht	= 467,3 g
1 Pfund Fleisch- oder Fischgewicht	= 504 g
1 Zentner	= 110 Pfund Handels- oder 102 Pfund Fleischgewicht = 51,4 kg

<sup>7</sup> Nach Brandt, Otto, Urkundliches über Maß und Gewicht in Sachsen, Dresden 1933.

Mit dem 1. November 1858 wurde das in den Zolltarifen des Zollvereins festgelegte Zollpfund zu 500 Gramm gesetzliche Gewichtseinheit in Sachsen. Der Unterschied zwischen Kramer- und Fleischgewicht fiel damit fort, und der Zentner betrug einheitlich 100 Pfund = 50 Kilogramm. Ein Einfluß der Änderung auf die Einzelhandelspreise läßt sich nicht feststellen.<sup>8</sup>

Die Preise in den Tabellen sind, wie bei Elsas, in Pfennigen angegeben. Auf diese Weise werden Versehen durch die Verwechslung von Gramm, Pfennigen usw. am besten vermieden. Lediglich die Wollpreise sind in Talern aufgeführt, weil die hohen Pfennigzahlen bei den großen Preisspannen eher verwirrend wirken könnten.

Die Löhne der Bauhandwerker sind - soweit sie überhaupt spezifiziert sind - stets Tagelöhne, nicht Stundenlöhne. Aus den jahreszeitlichen Unterschieden ergibt sich, daß der Stundenlohn bei den gelernten Arbeitern während der ganzen in der Tabelle erfaßten Zeit bis 1852 ohne jede Änderung 12 Pfennige betrug (nach der Währungsänderung entsprechend 12 1/2 Pfennige), bei den ungelernten Arbeitern jeweils die Hälfte. Bei den Hilfsarbeitern zeigen sich aber schon seit Beginn der vierziger Jahre Lohnschwankungen.

Seit 1853 betragen die Stundenlöhne der Hilfsarbeiter im allgemeinen 15 bzw. 8 Pfennige. Sonn- und Feiertagsarbeit kam zwar bei besonders dringenden Reparaturen vor, ein Lohnzuschlag wurde aber nur in einem Fall im Jahre 1807 gezahlt. Auch für Überstunden, die verhältnismäßig häufig geleistet wurden und eine unterschiedliche Höhe der Tagelöhne bewirkten, wurden keine Zuschläge gezahlt. In verschiedenen Fällen wurden für besonders einfache oder besonders schwierige Arbeiten Löhne gezahlt, die beträchtlich unter bzw. über dem Regelbetrag lagen. Erst ab 1853 geraten die Löhne in Bewegung. Es schien daher zweckmäßig, die Tabellen bis zum Jahre 1860 fortzusetzen.

Tabelle c enthält die jeweilige Anzahl der Insassen des Georgenhauses, über die seit 1820 den Rechnungen beiliegende Aufstellungen Auskunft geben. Alle Gruppen von Insassen erhielten Unterkunft und Verpflegung. Nur einige Offizianten waren zeitweilig davon ausgenommen und erhielten stattdessen ein Geldäquivalent, ohne daß dies

<sup>8</sup> In den Georgenhausrechnungen sind auch die Preise für die größten Lebensmittel mengen Einzelhandelspreise, da die Waren fast immer in zahlreichen relativ kleinen Posten bezogen wurden - möglicherweise, weil dem Georgenhaus geeignete Lagerräume fehlten.

jedoch merklichen Einfluß auf die Wirtschaft des Georgenhauses gehabt hätte. Kleidung erhielten die Waisenkinder und die Korrektio-ner, zum Teil auch die Versorgten; die Waisenkinder wurden bei der Konfirmation nochmals neu eingekleidet. Die Verpflegung der ver-schiedenen Gruppen von Insassen war durch eine Richtlinie geregelt, die im Tabellen- und Dokumententeil beigelegt ist (d).

### 3. Bemerkungen zu den einzelnen Waren in den Tabellen

**W e i z e n :** Ungefähr die Hälfte der Jahresmenge wurde einige Wo-chen vor Weihnachten gekauft, je etwa ein Viertel im Frühjahr und im Spätsommer. Echte Durchschnittspreise lassen sich also nicht bil-den, doch zeigt sich einwandfrei die Bewegung der Preise von Jahr zu Jahr. Bisweilen wurden auch kleinere Mengen von Weizenmehl ge-kauf - seit 1855 regelmäßig jedes Jahr 3 bis 4 Zentner -, die Wei-zenmenge ist dann entsprechend geringer. Da aber keine Beziehung zwischen Getreide- und Mehlpreisen erkennbar ist, konnten diese An-gaben für die Tabellen nicht ausgewertet werden.

**R ö g g e n :** Während Weizenbrot (als sogenannte Krankensemmeln) vom Bäcker gekauft werden mußte, buk das Georgenhaus sein Roggen-brot selbst. Die dafür erforderlichen großen Roggenmengen wurden aber nicht in größeren Posten, sondern im allgemeinen wöchentlich, in Mengen von 20 bis 40 Scheffeln, gekauft. Man kann daher die Jah-resdurchschnitte als echte Durchschnittspreise ansprechen. Auffal-lend ist, daß das Georgenhaus nie versuchte, billige Preise durch Vorratskäufe auszunutzen.

Außer für den eigenen Bedarf buk das Georgenhaus auch das Brot für die Stadtsoldaten. Die dafür benötigten Mengen Roggen wurden geson-dert abgerechnet, nur für die Jahre 1828 bis 1834 sind sie nicht vom Bedarf des Georgenhauses getrennt, der dadurch unverhältnismä-ßig hoch erscheint.

Auch an Stelle von Roggen wird mehrfach - erstmalig 1835 - eine ge-wisse, von 1855 an regelmäßig eine beträchtliche Menge an Roggen-mehl gekauft, um die sich die Roggenmenge vermindert. Aber auch hier läßt sich keine Beziehung zwischen Mehl- und Kornpreisen fest-stellen, darum müssen die Mehlpreise außer Betracht bleiben.

**E r b s e n , L i n s e n , H i r s e , H a f e r g r ü t - z e , B u c h w e i z e n g r ü t z e :** Alle diese Waren wurden meist nur drei- bis viermal im Jahr und keineswegs immer zu den gleichen Terminen eingekauft, so daß für sie keine echten Durch-

schnittspreise gebildet werden können. Da aber auch keine Bevorzugung billiger Gelegenheiten zu bemerken ist, können die Preise doch als repräsentativ angesehen werden. Für die außerordentlich starke Schwankung der in den einzelnen Jahren gekauften Mengen bieten die Quellen keine Erklärung.

**G r a u p e n , G r ä u p c h e n , G r i e s :** Im allgemeinen wurden etwa alle vierzehn Tage entsprechende Mengen in offenbar recht unterschiedlicher Qualität gekauft, über die die Quellen aber keinerlei erklärende Angaben enthalten. Als Maßeinheit sind Scheffel, Pfund oder Zentner angegeben, deren Vereinheitlichung jedoch nicht möglich ist; die Umrechnung von Scheffel auf Pfund könnte nur auf der Basis des spezifischen Gewichts einer Ware vorgenommen werden.

**F l e i s c h :** Die Fleischpreise waren durch die sogenannte Fleischtaxe festgelegt und zeigen daher keine so starken Schwankungen wie die Preise des freien Handels. Das Georgenhaus bezog sein Fleisch von einem sogenannten Landfleischer. Bei Landfleischern lag die Taxe im allgemeinen um 1 Pfennig niedriger als bei Stadtfleischern. Man könnte vermuten, daß das Georgenhaus an allen Markttagen einkaufte, doch läßt sich hierüber nichts Genaueres feststellen, da nur monatlich abgerechnet wurde. Eine gesonderte Bearbeitung der monatlichen Fleischrechnungen könnte interessante Ergebnisse über den Viehautrieb und die Verbrauchsgewohnheiten ergeben, da der Verbrauch der verschiedenen Fleischsorten in den einzelnen Monaten außerordentlich schwankt. Das kann jedoch nicht Aufgabe dieser Arbeit sein. Im Verbrauch des Georgenhauses gleichen sich die Schwankungen im Jahresdurchschnitt ziemlich aus.

Bei Taxpreisen wurden Qualitätsunterschiede selten berücksichtigt. Die Qualität des Fleisches war in Sachsen überhaupt ziemlich gering.

**S c h i n k e n , S p e c k :** Seit dem Jahre 1834 mästete das Georgenhaus von den Küchenabfällen jährlich mehrere (meistens vier) Schweine, deren Schinken geräuchert wurde. Daß dies auch mit dem Speck geschah, ist anzunehmen, obwohl darüber nichts vermerkt wurde. Die Mengen, die von beiden Waren gekauft wurden, sind jedenfalls sehr gering.

**G ä n s e , E n t e n , H ü h n e r , T a u b e n , H a s e n :** Diese stückweise gekauften Waren können nur ungefähre Anhaltspunkte für die Preisentwicklung bieten, da weder für das Ge-

wicht noch für die Qualität irgendwelche Angaben vorliegen, obwohl die verhältnismäßig hohen Preisspannen einzelner Jahre zeigen, daß sie sehr unterschiedlich gewesen sein müssen.

**B u t t e r :** Frische Butter wurde jede Woche in annähernd gleicher Menge gekauft; es ergeben sich also hierbei echte Durchschnittspreise. Schmelzbutter wurde anfangs ebenfalls in regelmäßigen Monatsmengen von 1/2 Zentner gekauft, in den Wochen vor Weihnachten jeweils etwas mehr; seit dem Ende der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts wurde sie mehr und mehr durch sogenannte Stoppelbutter (aus Holstein und Schlesien, aber auch aus der weiteren Umgebung Leipzigs) ersetzt, die in wenigen, bisweilen in einem einzigen Posten bezogen wurde, so daß man hierbei nicht von Durchschnittspreisen sprechen kann. In den Jahren 1827 und 1837 wurden jeweils zwei verschiedene Sorten Stoppelbutter gekauft. In der Tabelle sind diese beiden Angaben in einer Anmerkung angeführt, da es nicht sinnvoll wäre, aus den beiden Preisen einen Durchschnittspreis zu bilden. Warum der Verbrauch an Schmelz- und Stoppelbutter so außerordentlich schwankt, läßt sich aus den Quellen nicht entnehmen

**B a u m ö l** (manchmal auch als "französisches Salatöl" bezeichnet), **S i r u p**, **Z u c k e r**, **K a f f e e**, **Z i c h o r i e**: Sie wurden zwar in größeren Posten, aber in ziemlich regelmäßigen Abständen bezogen, so daß die angegebenen Preise als Jahresdurchschnittspreise angesehen werden können. Bei Zucker ist der Preisunterschied zwischen Raffinade und Melis (eine geringere Zuckersorte) so klein, daß er von den jährlichen Schwankungen völlig überdeckt wird; daher sind die Preise für beide Sorten nicht getrennt aufgeführt worden. Ob beim Anziehen der Kaffeepreise auf eine geringere Sorte ausgewichen wurde, läßt sich aus den Quellen nicht ersehen.

**C h i n e s i s c h e r T e e**: Er wurde in sehr geringen Mengen und in verschiedenen Sorten gekauft, so daß die Preise nicht als repräsentativ gelten können.

**R o s i n e n** und **K o r i n t h e n**: Etwa vier Wochen vor Weihnachten wurden größere Mengen gekauft, sonst nur einige ganz kleine Posten, deren zum Teil etwas höhere Preise außer acht gelassen werden können.

**E i e r :** Preisaufzeichnungen sind nur vom Georgenhausverwalter in summarischer Weise vorhanden, doch geht daraus immerhin hervor, daß nur frische Eier, und zwar das ganze Jahr hindurch, gekauft wurden, so daß die Preise der Tabelle als echte Durchschnittspreise anzusehen sind.

**H e r i n g e :** Zwar wurden regelmäßig in jedem Jahr Heringe gekauft, aber es finden sich darüber keine Quittungen, sondern nur Notizen des Verwalters, meist ohne Datum. Seit 1846 werden häufig 1/2, 1 oder 2 Tonnen gekauft, deren Preise aber so verschieden sind, daß sie sich nur bei sehr unterschiedlicher Größe der Fässer verstehen lassen, für die sich aber sonst kein Hinweis findet. Für einige Jahre konnten daher in der Tabelle keine Angaben gemacht werden. Immerhin ist deutlich zu sehen, daß der Verbrauch mit der Verbilligung steigt.

**W e i n :** Er wurde teils bei den sonntäglichen Abendmahlfeiern, teils als Krankenwein verwendet. Die früher üblichen Regalierungen der Oberoffizianten mit Kuchen und Wein zu den hohen Festtagen waren schon seit längerer Zeit durch Geldzahlungen ersetzt.

**K o f e n t** (Dünnbier): Seit 1840 wurde kein Kofent mehr gekauft; vom gleichen Jahre an erscheinen in den Rechnungen kleine Mengen "Erlanger Bier" und "Weißbier"; da sie aber höchstens 3 bis 4 Prozent der Gesamtmenge an Bier ausmachen, blieben sie hier außer Betracht.

**G e m ü s e :** Die außerordentlich starken Schwankungen der gekauften Gemüsemengen erklären sich einfach dadurch, daß Gemüse in dem zum Georgenhaus gehörigen Garten gezogen und nur der darüber hinausgehende Bedarf hinzugekauft wurde.

**O b s t :** Hier zeigen sich ebenfalls starke Schwankungen. Da außerdem die Maßeinheiten (Korb, Wanne, Stiege, Schock und andere) nicht auf einen Nenner gebracht werden konnten, wurden diese Angaben in den Tabellen überhaupt nicht berücksichtigt.

**G e w ü r z e :** Die gekauften Mengen schwanken stark, ohne daß sich ein Hinweis auf die Ursachen fände. Seit 1851 ist in den Rechnungsreinschriften immer nur ein Gesamtbetrag "für Gewürze" aufgeführt, daher konnten die Reihen für die einzelnen Gewürzsorten nicht weitergeführt werden.

**K e r z e n :** Inselfkerzen wurden steinweise gekauft, anfangs ungefähr alle vierzehn Tage ein Stein, später nur noch jeden Monat ein Stein, im Winter etwas mehr bzw. etwas häufiger.

Da aber sonst der Stein als Gewichtseinheit kaum vorkommt, wurden die Preise der Tabelle je Pfund berechnet und die Mengen auf halbe Zentner abgerundet.

Wachskerzen kommen nur als 2 1/2 Pfund schwere Altarkerzen vor, die aber nicht in jedem Jahr gekauft wurden, und ab 1833 als Christbaumkerzen, für die aber keine Gewichte angegeben werden und die in der Tabelle auch nicht berücksichtigt sind. (Christbäume erscheinen seit dem Jahre 1830.)

**R ü b ö l :** Anfangs wird es in Posten von je 1 Zentner ungefähr alle drei Wochen gekauft, von 1822 an jedoch in zwei bis vier großen Posten jährlich. Als Grund für die Veränderung im Bezug wird angegeben, daß die Leuchtkraft abgelagerten Öles beträchtlich besser sei.

Seit 1842 steigt der Verbrauch ziemlich plötzlich. Der Durchschnittsverbrauch der Jahre 1842 bis 1860 beträgt fast 182 Prozent desjenigen von 1823 bis 1841.

**S e i f e :** Der Durchschnittsverbrauch steigt im gleichen Zeitraum noch rascher als der Rübölverbrauch. Von 1842 bis 1860 beträgt er fast das Doppelte des Verbrauchs von 1823 bis 1841 (197,5 Prozent). Leider bin ich erst zu spät darauf aufmerksam geworden, daß seit dem Ende der dreißiger Jahre in steigendem Maße neben der gewöhnlichen "Talgseife" eine Schmierseife, auch als "grüne Seife" bezeichnet, verwendet wurde, die immerhin soviel billiger war, daß ihre getrennte Aufführung zweckmäßig gewesen wäre. Sie ersetzte offenbar die vordem in großen Mengen verbrauchte sogenannte "Waschlauge", die zum großen Teil im eigenen Betrieb hergestellt wurde. Die in der Preistabelle angeführten Werte sind also bis 1841 Jahresdurchschnitte für Talgseife, seit 1842 dagegen für den gesamten Seifenverbrauch. Der starke Anstieg der verbrauchten Mengen ist also vermutlich durch den Wegfall der Waschlauge bedingt.

**S t r o h :** Anfangs lagen die Korrektioner auf einer Strohschütte auf dem Fußboden, wobei das Stroh nicht einmal regelmäßig erneuert wurde; erst in den dreißiger Jahren erhielten auch die Korrektioner Bettstellen und Strohsäcké. Demzufolge stieg der Strohverbrauch beträchtlich an.

**S t ä r k e :** Elsas ist sich nicht schlüssig, ob Reis- oder Kartoffelstärke gekauft wurde.<sup>9</sup> Zweifellos handelte es sich aber um Weizenstärke. Da Weizenstärke in Sachsen trotz verschiedener Ermunterungen seitens der Regierung nicht in der nötigen Weise hergestellt werden konnte, sondern immer etwas gelblich blieb, wurde sie in der Regel aus Halle (Saale) bezogen, und zwar ziemlich gleichbleibend  $5/8$  Zentner, manchmal  $3/4$  Zentner, im vierzigjährigen Durchschnitt jährlich 71 Pfund.

**B a u m a t e r i a l i e n :** Die Preise wurden nach den angegebenen Standardmengen berechnet, auch wenn es sich nur um ganz geringfügige Mengen für kleine Reparaturen handelte, die natürlich ganz unregelmäßig anfielen.

### Wolle

Die verhältnismäßig kleinen Mengen (im dreißigjährigen Durchschnitt zirka 250 Pfund je Jahr) wurden offenbar von den Insassen des Georgenhauses selbst gesponnen, und aus dem Garn wurden Strümpfe für den eigenen Gebrauch gestrickt. Auch die Waisenknaben wurden zum Strümpfestricken angehalten und erhielten regelmäßig kleinere Geldbeträge "zur Ermunterung ihres Fleißes im Strümpfestricken". In dem von mir bearbeiteten Zeitraum finden sich weder über den Kauf noch über den Verkauf von Strümpfen Angaben, so daß gerade der Bedarf der Insassen von diesen selbst gedeckt worden sein muß. Sowohl die Preise als auch die Qualität und Quantität der gekauften Rohwolle sind aber so verschieden, daß es keinen Sinn hätte, daraus Durchschnittswerte bilden zu wollen; nur als Anhaltspunkte für einen eventuellen Vergleich mit anderen Angaben sind in den Tabellen die niedrigsten und höchsten Einkaufspreise der einzelnen Jahre angeführt. Seit 1850 wurde keine Rohwolle mehr gekauft, sondern nur noch Garn. Baumwoll- und Leinengarn wurde schon immer gekauft, aber die Maß- und Qualitätsbezeichnungen sind so verschieden, daß sich keine Gesamt- bzw. Durchschnittswerte bilden lassen. Aus diesem Grunde wurden auch die Preise für Textilien vorläufig nicht bearbeitet. Wenn man berücksichtigt, daß alljährlich etwa vierzig Sorten in mehr als hundert einzelnen Posten für die verschiedenen Bedürfnisse des Georgenhauses meist auf den Messen, aber auch (besonders in den späteren Jahren) bei Leipziger Textilhandlungen in sehr unterschiedlichen Mengen gekauft wurden, so ist es klar, daß keine Durchschnittspreislisten aufgestellt werden können, sondern daß für einen Lebenshal-

<sup>9</sup> Elsas, M. J., a. a. O., Bd. 2 A, S. 382.

tungsindex erst einmal festgelegt werden müßte, welche Textilien als repräsentativ zu betrachten sind, um dann deren Preisbewegung festzustellen.

Bei den Lebensmitteln sind drei in sehr großen Mengen verbrauchte Produkte nicht aufgeführt worden, weil über das Zustandekommen ihrer Preise nichts Genaues in Erfahrung zu bringen war. Es ist zweifelhaft, ob man hier überhaupt Durchschnittspreise bilden kann. Es handelt sich um folgende Produkte:

#### 1. Käse

Bis zur Mitte des Jahrhunderts wurde Käse nur schockweise gekauft, und zwar ziemlich gleichbleibend zwischen 500 und 650 Schock je Jahr. Größe und Gewicht dieser Käse sind nicht angegeben. Erst mit dem Jahre 1850 begann - zunächst ganz geringfügig - der Kauf von Käse nach Gewicht. Er nahm laufend zu, so daß seit 1856 die schockweise gekauften Mengen bis auf 400 bis 450 Schock je Jahr zurückgingen. Der Preis je Schock betrug zunächst 144 Pfennige und blieb bis Ende 1840 unverändert. Nur in einigen Jahren wurden ganz geringe Mengen (weniger als 5 Prozent der Gesamtmenge) zu einem 30 bis 50 Prozent höheren Preis gekauft, ohne daß die Quellen den Grund für den höheren Preis erkennen lassen. 1841 erfolgte die Umstellung auf 150 "neue" Pfennige, 1842 blieb dieser Preis unverändert, dagegen trat 1843 eine Erhöhung auf 200 Pfennige ein. Bis 1857 blieb dieser Preis ohne jede Schwankung, dann trat im Verlauf des Jahres 1858 eine weitere Erhöhung auf 250 Pfennige ein, die 1859 und 1860 unverändert blieb. Die Preise des pfundweise gekauften Käses waren sehr verschieden, und da die Sorten nur ganz ungenau angegeben sind, ließe sich auch deren Preisentwicklung nur ganz ungefähr feststellen. Die Preiserhöhung von 1843 ging parallel mit dem sprunghaften Ansteigen der Fleischpreise, ohne aber deren späteren zeitweisen Rückgang wieder mitzumachen.

#### 2. Milch

Bis 1831 wurden zirka 8 Prozent der Gesamtmenge von einer billigeren Sorte zu 9 Pfennigen je Kanne zum Kuchenbacken bezogen, die restlichen 92 Prozent kosteten 12 Pfennige je Kanne. Die Gesamtmenge betrug ziemlich gleichbleibend zirka 3000 Kannen jährlich. Von 1832 an wurden dagegen drei bis vier verschiedene Sorten zum Preise von 4 bis 12 Pfennigen je Kanne bezogen, und zwar in sehr wechselndem

Mengenverhältnis, wobei die Gesamtmenge bis 1845 bis auf 10 000 Kannen jährlich stieg, um dann bis 1854 auf dieser Höhe zu bleiben; von 1855 an aber bewegte sie sich um 12 000 Kannen. Bevorzugt wurden die Preislagen von 5 und 10 Pfennigen je Kanne, mehrfach wurde ziemlich genau die Hälfte von der billigen und die andere Hälfte von der besseren Sorte bezogen, wobei sich aber weder über die Unterschiede der einzelnen Sorten noch über deren Verwendungszweck Angaben finden. Wahrscheinlich wurde die Milch zunächst vom Georgenvorwerk geliefert, nachdem dieses aber 1836 an die Leipzig-Dresdner Eisenbahngesellschaft abgetreten worden war, dürften mehrere Lieferanten vorhanden gewesen sein. In späteren Jahren findet sich regelmäßig die Angabe, daß eine Frau ein Trinkgeld erhielt, weil sie Milch aus Mächern brachte, allerdings ist nicht gesagt, daß sie die gesamte Milchmenge brachte.

### 3. Essig

Bis 1832 wurde immer die Hälfte guter und die Hälfte geringerer Essig bezogen, und zwar zu 16 bzw. 8 Pfennigen je Kanne. Seitdem erscheinen auch hier drei bis vier Sorten, leider auch wieder ohne Angaben über ihre Unterschiede bzw. ihren verschiedenen Verwendungszweck. Der Anteil der geringeren Sorte nahm von Jahr zu Jahr zu, ihr Preis blieb von 1833 bis 1854 unverändert 7 1/2 Pfennige je Kanne. Seit 1855 kostete die Kanne der Standardsorte 10 Pfennige. Die Gesamtmenge schwankte zwar in den einzelnen Jahren recht beträchtlich (ebenso wie das Mengenverhältnis der verschiedenen Sorten), blieb sich aber im langjährigen Durchschnitt gleich, nämlich zirka 1800 Kannen im Jahr.

## 4. Tabellen und Dokumente

a) Entwicklung der Einzelhandelspreise 1819 bis 1860 (in Pfennigen)<sup>10</sup>

Jahr	Weizen	Roggen	Erbsen	Linsen	Hirse	Hafergrütze	Buchweizengrütze	Graupen
	je Scheffel							
1819	1332	864	1392	1748	2803	3456	1533	.
1820	1152	700	1509	1555	2376	2932	1464	1519
1	1209	661	1270	1408	2208	2628	1326	1344
2	1121	755	948	1141	2414	2575	1348	1783
3	1104	838	1357	1326	2336	2976	1902	2475
4	819	566	724	879	1904	2304	1312	1769
5	804	445	667	1086	1771	1218	1072	1876
6	835	512	817	1266	1900	.	1032	1861
7	970	820	1056	1244	1581	.	1361	1818
8	1512	1040	1023	1153	1802	.	1605	1995
9	1246	893	972	1003	1945	1344	1296	2066
1830	1403	723	893	1149	1984	.	1323	1750
1	1285	885	915	1140	2135	1426	1436	2156
2	1112	973	1059	1326	2200	.	1618	2213
3	896	673	906	1334	1969	.	1394	2086
4	923	617	923	1312	1679	1344	1082	2025
5	910	677	876	1145	1588	1296	1213	2134
6	1070	628	834	1273	1959	1356	1384	2058
7	1008	718	768	968	1987	1216	1305	1845
8	1348	1047	.	.	2040	1296	1252	2049
9	1586	1172	1207	1192	2135	1424	1541	2741
1840	1198	897	936	1030	1999	1344	1484	2427
1	1738	735	882	960	1981	.	1400	2025
2	1500	829	1316	1960	2542	1423	1923	2054
3	1426	997	1500	1875	2800	2250	2279	2438
4	1166	857	976	1325	2526	.	1737	2017
5	1675	953	1181	1600	2560	.	1482	1813
6	1831	1295	1700	.	2295	.	1560	2742
7	1925	1927	1750	1945	2979	1650	2290	3329
8	1350	829	901	1062	2316	.	1584	2097
9	1250	655	750	750	1811	.	1229	1930
1850	1075	758	891	713	1818	1200	1178	1922
1	1356	1122	1207	1325	2104	.	1322	2423
2	1556	1375	1286	1492	2481	1440	1730	2563
3	2325	1503	1257	.	2233	1600	1711	2547
4	2213	1802	1995	2700	3053	.	1964	.
5	2709	1855	1830	1939	3034	2220	2258	3300
6	1925	1650	1674	1940	2517	.	1956	2713
7	1675	1192	1450	1800	2339	.	1636	2478
8	1788	1185	1811	2425	2106	.	1846	2525
9	1650	1161	1808	2486	2147	.	1803	2677
1860	1950	1317	1730	2155	2117	.	1857	.

<sup>10</sup> Außer bei Wolle, deren Preise in Talern aufgeführt sind. Vgl. dazu die erklärenden Bemerkungen im Text.

Jahr	Gräupchen	Gries		Rindfleisch	Kalbfleisch	Speck
	je Pfund	je Scheffel	je Pfund			
1819	32,0		39,0	37,4	25,2	.
1820	31,0		36,0	33,2	22,6	.
1	30,3		35,4	27,7	21,9	.
2	25,7		30,0	27,0	21,4	.
3	24,8		25,6	26,4	20,6	.
4	20,8		24,0	26,0	19,5	.
5	17,9		24,0	24,9	17,1	.
6	17,6		24,0	23,8	16,7	.
7	17,9		24,0	24,0	18,7	.
8	17,1		24,0	27,1	16,4	.
9	19,8		30,0	28,2	18,5	.
1830	18,9		30,0	27,0	18,2	.
1	20,0		29,0	27,0	18,8	.
2	36,0		30,0	27,0	18,2	60,0
3	27,6	2496		26,8	18,0	63,0
4	20,4	1907		27,0	18,0	55,4
5	12,0	2304		27,0	19,0	60,9
6	.	2694		28,5	18,3	66,7
7	12,7	2726		30,0	17,3	54,3
8	.	2185		30,0	19,2	67,3
9	27,4	3062		30,0	21,0	68,0
1840	26,6	2604		30,0	21,0	63,3
1	.	2400		30,0	20,0	66,0
2	14,8	2593		30,0	20,0	69,0
3	12,7	3736		39,3	23,9	77,5
4	10,3	2879		36,1	24,8	68,0
5	.	2452		35,0	19,6	68,7
6	22,0	2670		35,0	20,1	75,0
7	30,0	3754		35,5	20,6	100,0
8	25,0	2550		38,0	20,5	85,0
9	30,0	2184		38,0	20,0	65,0
1850	.	2230		37,9	21,2	60,0
1	.	2225		40,0	22,1	62,8
2	12,5	2853		40,0	21,9	78,1
3	15,5	3053		39,5	22,7	81,1
4	18,9	3491		40,2	23,4	87,4
5	17,3	3633	15,2	45,5	25,5	93,5
6	15,4	2960	14,8	48,5	27,5	78,2
7	14,4	2600	12,7	48,5	30,0	.
8	17,7	2911	28,7	48,5	30,0	90,0
9	14,0	3008	15,5	47,4	27,8	.
1860	13,4		17,8	47,0	27,0	75,0

Jahr	Schöpsen- fleisch	Schweine- fleisch	Schinken	Gänse	Enten	Hühner	Tauben
	je Pfund			je Stück			je Paar
1819	38,7	40,1	70,7	345	.	.	53,1
1820	35,0	33,4	63,3	304	113	.	53,0
1	32,6	29,5	59,1	303	126	.	48,0
2	30,6	28,9	52,6	261	112	.	44,2
3	29,5	30,0	52,0	295	116	.	44,6
4	26,8	27,9	50,7	269	126	55,2	41,7
5	26,2	24,8	48,0	281	108	47,0	43,0
6	23,0	24,0	42,2	260	103	42,0	40,2
7	24,2	25,9	37,3	254	87	35,2	36,0
8	25,4	30,7	43,6	245	122	45,0	36,0
9	26,6	30,2	43,5	253	96	48,0	30,0
1830	25,4	28,3	41,9	267	87	50,0	36,0
1	26,8	29,0	42,0	240	79	43,0	36,1
2	25,9	28,2	40,2	276	120	42,9	34,8
3	26,7	29,9	42,0	261	84	46,6	38,4
4	27,0	30,0	42,0	258	115	41,0	34,9
5	27,0	31,0	.	251	103	52,6	32,3
6	27,0	31,0	.	284	78	52,6	34,8
7	25,5	32,3	48,0	312	96	45,0	37,7
8	24,7	33,0	54,0	264	90	38,2	35,8
9	24,0	33,0	54,0	295	.	51,1	36,5
1840	24,0	33,0	54,0	302	120	43,9	36,2
1	30,0	35,0	53,0	293	150	34,4	34,6
2	30,0	35,0	53,0	281	113	38,7	37,2
3	32,1	43,2	50,0	367	110	53,3	37,5
4	29,6	38,2	50,0	325	100	42,6	36,2
5	28,0	35,1	.	344	97	42,0	42,0
6	28,0	35,0	.	219	61	37,0	37,9
7	29,7	41,3	.	283	103	48,7	40,5
8	32,2	41,3	.	368	96	38,1	38,9
9	29,0	35,8	.	350	98	41,8	35,9
1850	29,4	34,2	45,0	342	.	39,3	35,4
1	30,0	35,0	50,0	395	93	44,7	38,6
2	30,0	38,8	.	404	.	45,5	46,7
3	31,3	43,8	.	380	90	55,8	59,6
4	31,7	48,2	.	382	115	44,1	44,8
5	37,0	48,5	.	407	94	48,0	43,5
6	37,3	48,9	90,0	394	115	53,7	43,9
7	42,0	50,0	.	400	.	48,6	42,6
8	45,0	50,0	80,0	392	.	46,9	45,4
9	41,3	50,0	117,0	381	.	55,3	45,5
1860	40,0	50,0	118,0	366	150	44,1	51,0

Jahr	Karpfen	Heringe	Krebse	Sardellen	Zitronen	Reis	Sago
	je Pfund	je Stück	je Schock	je Pfund	je Stück	je Pfund	
1819	48,0	25,3	.	.	18,0	43,0	.
1820	48,0	19,7	.	.	17,6	34,5	.
1	46,5	19,5	.	.	18,0	30,8	.
2	42,0	20,6	.	.	16,8	25,4	.
3	42,0	19,3	.	.	18,0	26,0	.
4	42,0	16,8	.	.	17,7	24,1	.
5	42,0	16,6	.	.	16,0	29,0	.
6	35,5	14,0	.	.	15,4	31,2	69,8
7	29,0	15,0	.	.	14,6	31,3	65,8
8	36,0	15,7	.	.	10,9	29,9	60,0
9	28,1	14,3	.	.	9,3	29,9	51,5
1830	27,7	13,7	.	.	12,4	28,4	48,0
1	39,7	14,2	.	.	12,0	27,8	51,4
2	33,9	11,1	.	.	11,5	28,3	28,3
3	33,3	11,3	.	.	11,0	27,8	27,4
4	36,0	9,8	.	109	11,3	27,5	.
5	34,0	10,5	150	96	10,4	31,0	.
6	31,8	11,3	226	63	13,3	32,4	84,0
7	37,3	10,6	216	72	10,8	32,8	64,8
8	38,3	11,2	240	67	12,0	35,7	75,0
9	37,5	11,3	192	93	10,0	39,6	36,0
1840	37,8	11,4	192	144	10,0	35,6	54,0
1	42,6	11,3	.	125	10,4	32,8	60,0
2	43,3	11,7	150	100	11,6	26,2	48,0
3	43,4	9,9	.	100	9,3	28,6	30,8
4	43,5	8,2	150	100	12,1	25,5	30,0
5	47,8	11,8	240	160	12,5	21,4	30,0
6	45,2	.	150	160	11,0	29,0	30,0
7	41,5	.	175	200	10,6	30,9	34,0
8	40,0	.	150	100	10,7	27,7	36,0
9	40,0	.	150	100	9,3	23,5	31,8
1850	40,0	.	.	100	9,7	19,9	.
1	40,0	.	150	80	9,5	21,6	31,8
2	40,0	15,0	.	80	9,9	20,5	31,7
3	40,0	9,1	108	80	9,7	19,7	30,8
4	40,0	.	115	80	10,0	24,3	34,1
5	40,0	7,8	120	80	10,0	22,1	40,5
6	40,0	8,5	100	80	10,0	20,2	40,0
7	46,1	8,7	100	80	11,2	19,7	31,6
8	50,0	10,8	345	80	11,1	17,2	40,0
9	51,1	9,6	273	80	11,1	15,6	38,1
1860	51,3	10,0	258	80	11,7	12,3	36,2

Jahr	Kaffee	Zichorie	chin. Tee	große Rosinen	Korinthen	Eier
	je Pfund					je Stück
1819	132,0	.	360	42,0	49,7	3,2
1820	137,0	.	288	37,0	58,9	3,0
1	134,0	.	264	45,5	60,4	2,2
2	121,0	.	240	38,3	64,0	2,5
3	109,0	.	240	33,0	70,8	3,2
4	77,4	.	432	29,2	62,0	2,7
5	71,2	.	480	32,0	60,0	2,5
6	64,5	.	432	30,6	57,2	2,5
7	57,3	18,0	480	28,9	50,7	2,4
8	47,0	18,0	240	32,5	48,0	2,5
9	44,0	18,0	384	29,0	48,0	2,7
1830	44,0	18,0	432	27,4	38,2	2,5
1	54,0	18,0	516	30,9	34,2	2,5
2	65,6	18,0	608	28,6	30,4	2,4
3	65,6	18,0	432	28,6	34,3	2,5
4	69,0	18,0	.	33,0	54,9	2,3
5	75,0	18,0	.	33,0	60,3	2,3
6	76,7	18,0	.	34,2	60,9	2,4
7	71,4	18,5	.	36,5	60,0	2,5
8	70,7	18,0	.	37,4	58,2	2,4
9	71,0	18,0	.	36,2	64,9	2,3
1840	67,8	18,0	608	37,3	69,4	2,4
1	74,0	19,0	640	37,0	56,4	2,4
2	71,8	19,0	550	35,3	49,5	2,5
3	71,3	19,1	600	37,8	40,1	3,1
4	70,4	19,0	600	42,3	41,0	2,8
5	69,8	19,1	.	41,7	47,8	2,8
6	67,0	19,0	516	37,4	52,6	2,7
7	64,2	19,0	574	37,7	51,7	3,3
8	63,6	19,0	.	39,5	42,8	2,6
9	62,7	19,0	624	46,9	42,0	2,8
1850	80,0	19,0	700	45,7	42,0	2,7
1	75,3	19,0	700	41,4	40,0	2,6
2	70,4	19,0	640	41,2	46,3	3,2
3	71,2	19,0	683	50,4	76,1	3,3
4	71,7	19,0	650	50,6	79,0	3,1
5	73,1	19,0	640	53,2	86,1	3,6
6	76,2	19,0	550	60,0	82,6	3,4
7	76,3	19,0	.	78,1		3,5
8	77,3	19,0	.	64,2	51,3	3,9
9	79,5	19,0	550	59,1	46,2	3,5
1860	80,6	18,0	626	46,2	37,7	3,5

Jahr	Faden- nudeln	Wein	Stadt-(Braun) bier	Kofent (Dünnbier)	Kartof- feln	Möhren
	je Pfund	je Kanne	je Tonne	je Karnfaß	je Scheffel	
1819	30,0	120,0	900	216	278	.
1820	25,4	120,0	864	216	262	.
1	24,9	120,0	852	216	252	.
2	27,0	121,0	840	216	315	.
3	26,0	112,0	834	224	264	192
4	21,6	108,0	775	216	228	114
5	19,5	108,0	735	216	346	.
6	18,7	96,0	716	216	278	.
7	18,4	96,0	689	201	287	192
8	19,2	97,3	672	192	228	192
9	25,0	72,0	696	192	206	170
1830	22,3	88,0	696	192	200	144
1	23,6	88,0	696	192	193	140
2	23,1	96,0	696	192	248	.
3	21,9	90,4	696	192	181	144
4	20,9	84,7	675	192	181	144
5	20,9	88,0	681	192	257	172
6	21,4	70,7	681	192	273	144
7	21,4	88,0	679	192	216	150
8	22,7	88,0	687	192	201	153
9	26,1	88,0	768	202	210	171
1840	26,2	83,2	768	.	189	164
1	24,5	90,0	800	.	165	150
2	23,4	90,5	800	.	495	700
3	18,9	91,7	850	.	234	139
4	21,0	88,9	850	.	176	152
5	22,7	91,7	850	.	249	175
6	28,3	91,7	850	.	274	195
7	33,0	92,7	875	.	332	184
8	20,2	91,7	858	.	208	175
9	18,2	91,7	750	.	207	175
1850	17,4	91,7	759	.	404	175
1	18,7	91,7	784	.	387	200
2	21,1	91,7	882	.	336	250
3	23,8	91,7	862	.	393	208
4	30,0	91,7	950	.	547	226
5	32,5	91,7	947	.	413	204
6	33,2	90,5	930	.	289	230
7	26,8	81,0	881	.	247	345
8	26,7	86,9	872	.	293	283
9	27,2	93,8	916	.	399	398
1860	20,6	85,5	926	.	395	214

Jahr	Erdrüben	Kraut- häupter	Backpflau- men	Pflaumen- mus	Einlege- gurken	Wacholder- beeren
	je Schock		je Pfund	je Ztr.	je Schock	je Scheffel
1819	151	118	17,0	.	.	.
1820	120	121	14,7	.	.	.
1	106	115	10,0	.	.	.
2	125	99	10,0	.	.	896
3	108	104	10,0	.	.	.
4	96	88	10,0	1434	.	885
5	168	112	10,0	1152	.	.
6	144	84	11,0	.	.	960
7	168	120	11,0	1584	.	1248
8	144	73	12,7	.	27,0	.
9	109	77	18,9	1584	54,0	960
1830	114	78	11,6	.	36,0	.
1	114	77	10,4	1440	60,0	1648
2	155	120	13,4	.	.	816
3	72	94	12,8	1734	53,0	504
4	96	112	9,0	.	.	685
5	120	117	9,1	1464	.	.
6	.	117	11,4	1415	74,0	1056
7	120	120	12,7	1472	.	1080
8	120	120	15,4	.	69,0	.
9	120	114	16,1	2189	63,0	.
1840	127	120	16,5	.	.	1152
1	125	125	12,3	1600	62,5	1000
2	.	250	17,7	1756	75,0	.
3	125	104	15,8	.	75,0	.
4	125	100	13,0	1823	65,0	.
5	.	100	16,2	.	63,0	1000
6	125	130	22,3	2150	31,0	.
7	.	144	23,5	2200	30,0	.
8	.	150	15,7	1950	43,8	.
9	.	150	15,3	1950	52,0	1200
1850	.	150	18,8	2100	.	.
1	.	150	19,4	2482	50,0	.
2	.	150	15,3	2100	50,0	.
3	150	200	14,0	1955	41,3	.
4	250	225	13,1	2077	66,3	.
5	180	195	15,6	2550	49,4	.
6	177	189	18,4	.	61,2	.
7	240	192	22,8	2849	46,4	.
8	165	267	17,2	2525	58,2	.
9	.	261	24,0	2700	62,5	.
1860	150	214	18,2	1950	59,1	.

Jahr	Hasen	frische Butter	Stoppelbutter	Schmelzbutter	Baumöl	Sirup	Zucker
	je Stück	je Kanne	je Pfund				
1819	.	168	.	71,3	90,0	38,3	83,0
1820	.	136	.	59,5	89,4	30,1	78,0
1	.	120	.	53,1	84,8	24,7	75,1
2	.	127	55,0	64,2	66,5	22,5	64,1
3	.	133	60,0	51,0	64,4	24,1	64,0
4	.	101	66,0	50,2	51,4	23,0	54,5
5	.	106	66,0	52,4	46,0	26,5	61,5
6	.	115	81,0	51,8	47,3	26,3	61,4
7	.	113	78,4 <sup>+</sup>	.	52,8	24,6	64,0
8	.	127	71,5	.	49,4	22,8	64,6
9	181	113	45,8	.	47,9	22,0	57,7
1830	192	119	50,3	.	47,0	20,4	56,6
1	174	118	.	58,3	51,1	22,2	51,8
2	192	117	78,6	.	57,7	25,0	48,4
3	197	123	.	.	64,4	22,1	45,8
4	163	116	.	.	59,4	31,4	45,0
5	141	121	47,1	.	56,0	32,2	73,8
6	143	141	64,0 <sup>++</sup>	72,0	53,5	32,5	75,1
7	165	131	84,0 <sup>++</sup>	.	52,3	29,9	68,4
8	158	118	60,7	.	50,0	30,1	69,3
9	166	135	70,7	55,6	50,7	25,7	67,9
1840	163	125	54,0	57,6	57,6	27,1	63,2
1	173	135	.	62,7	60,8	31,4	61,0
2	166	151	78,8	.	59,3	30,9	59,8
3	126	187	67,6	.	61,0	30,4	63,1
4	181	128	53,0	.	50,9	29,1	59,1
5	177	146	65,0	.	47,5	28,8	61,9
6	154	152	74,2	.	50,1	28,2	63,0
7	161	174	69,3	.	65,8	30,2	58,7
8	177	156	67,9	.	65,9	30,5	55,9
9	180	140	51,6	.	56,2	30,9	55,3
1850	241	136	.	.	48,2	30,0	55,9
1	179	146	62,9	.	47,3	30,0	54,8
2	223	155	71,8	.	46,7	30,0	52,6
3	211	144	71,3	.	60,6	31,1	51,0
4	195	153	71,3	.	63,4	32,4	50,2
5	245	158	69,9	.	65,5	35,7	53,5
6	234	160	79,1	.	67,8	36,8	57,8
7	225	190	81,2	.	72,8	38,2	60,3
8	244	199	79,7	.	75,7	41,6	57,6
9	213	192	75,6	.	76,3	36,8	49,0
1860	221	161	.	.	65,5	31,3	46,3

<sup>+</sup>Im Jahre 1827 kaufte das Georgenhaus eine zweite Sorte Stoppelbutter zum Preis von 41,5 Pfg je Pfund.

<sup>++</sup>Im Jahre 1837 belief sich der Preis der zweiten Sorte Stoppelbutter auf 67,9 Pfg je Pfund.

Jahr	Heidebeeren	Preißelbeeren		Zwiebeln	Morcheln	Sellerie
	je Kanne	je Kanne	je Scheffel		je Pfund	je Schock
1819	.	.		.	.	.
1820	.	.		.	.	.
1	.	.		.	.	.
2	.	.		.	.	.
3	.	.		.	.	.
4	.	.		.	.	.
5	.	.		.	120	.
6	.	.		.	120	.
7	5,6	28,0		.	.	.
8	-8,0	30,6		.	177	.
9	5,0	34,5		.	168	.
1830	5,3	25,7		.	144	.
1	6,0	36,0		.	127	.
2	8,0	24,0		.	120	.
3	5,3	24,0		.	168	.
4	4,5	32,0		.	132	.
5	5,0	9,0		.	.	.
6	8,0	12,0		.	120	.
7	6,4	9,0		.	144	.
8	9,5	28,0		468	120	.
9	8,8	24,0		1280	168	.
1840	7,6	24,0		576	.	.
1	5,6	31,0		.	275	.
2	9,6	30,0		1000	.	.
3	6,3	25,0		861	.	.
4	6,6	25,0		250	.	.
5	6,4	20,0		661	220	.
6	10,0	25,0		750	.	.
7	5,9	25,0		450	.	.
8	8,5	25,0		289	75	275
9	7,1			250	.	262
1850	7,5		600	460	75	300
1	7,6		800	946	120	268
2	6,5		.	640	.	300
3	6,6		714	675	140	275
4	8,2		754	400	160	275
5	7,2		880	579	212	150
6	10,5		1529	450	234	150
7	8,7		1351	615	300	271
8	9,1		1600	596	300	269
9	9,8		1093	750	300	450
1860	6,6		800	300	300	212

Jahr	Kümmel		Pfeffer	Macisblumen (Muskat)	Macisnüsse (Muskat)	Nelken
	je Scheffel	je Kanne	je Pfund			
1819		36	90	936	711	424
1820		42	84	864	622	412
1		43	84	768	519	360
2		30	90	720	432	360
3		30	84	720	440	365
4		23	73	648	432	348
5		24	72	720	460	360
6		22	72	648	468	360
7		22	72	648	432	336
8		18	60	576	396	264
9		18	60	576	384	216
1830		18	48	648	348	216
1		24	50	672	432	216
2		30	51	672	480	168
3		48	48	768	576	192
4		48	72	720	648	240
5		42	72	720	600	240
6	2016		72	672	600	240
7	1464		.	648		.
8	.		72	624	576	.
9	.		72	576	564	192
1840	.		72	576	544	211
1	2550		75	500	500	.
2	.		70	500	500	200
3	3150		70	480	440	200
4	.		70	440	430	200
5	.		70	.	467	224
6	3000		70	560	560	220
7	.		70	560	560	220
8	.		70	520	555	240
9	.		70	510	560	260
1850	2400		70	.	560	260
1	2100		.	.	.	.
2	.		.	.	.	.
3	.		.	.	.	.
4	.		.	.	.	.
5	3250		.	.	.	.
6	.		.	.	.	.
7	.		.	.	.	.
8		50	.	.	.	.
99		50	.	.	.	.
1860		50	.	.	.	.

Jahr	Piment	Zimt	Mandeln	bittere Mandeln	Zitronat	Kapern	Salz
	je Pfund						je Scheffel
1819	96	1386	63,0	.	.	.	1024
1820	96	1190	75,0	.	.	.	1024
1	96	1034	73,0	.	.	.	1024
2	102	936	72,0	84,0	.	.	1024
3	114	1008	72,0	84,0	.	.	1072
4	98	965	72,0	78,0	.	.	1072
5	108	1007	66,0	72,0	.	.	1072
6	108	960	67,0	72,0	.	.	1072
7	110	936	66,0	72,0	.	.	1072
8	108	936	66,0	72,0	.	.	1072
9	108	864	64,0	72,0	.	.	1072
1830	96	1056	60,0	60,0	.	.	1072
1	72	1004	72,0	72,0	.	.	1072
2	87	1085	72,0	72,0	.	.	1072
3	.	1080	84,0	72,0	.	.	1072
4	84	1080	96,0	.	.	96	1024
5	84	1080	84,0	102,0	.	120	1024
6	84	1080	84,0	96,0	.	120	1024
7	.	1080	84,0	96,0	.	120	1024
8	84	1016	94,5	.	.	180	1024
9	.	960	96,2	.	.	180	1024
1840	.	960	102,0	96,0	.	120	1014
1	.	840	105,0	100,0	125	100	1038
2	75	860	100,0	.	120	100	1038
3	70	902	94,5	.	110	100	1038
4	70	906	90,0	100,0	107	100	1038
5	70	850	89,0	100,0	110	100	1038
6	.	840	86,4	100,0	120	100	1038
7	80	756	89,0	100,0	120	100	1038
8	97	640	90,0	.	120	100	1038
9	.	720	90,0	.	120	100	1038
1850	90	760	97,0	.	120	100	1038
1	.	.	97,0	.	130	150	1038
2	.	.	94,7	.	120	150	1038
3	.	.	96,6	.	.	150	1038
4	.	.	100,0	.	130	125	1038
5	.	.	96,7	.	120	150	1038
6	.	.	100,0	.	120	150	1038
7	.	.	118,0	.	120	150	1038
8	.	.	107,0	.	.	150	1038
9	.	.	95,8	.	120	150	1061
1860	.	.	81,7	.	140	150	1080

Jahr	Unschlitt- kerzen	Rüböl	Seife	Stärke	Stroh	Weißkalk	Graukalk
	je Pfund			je Ztr.	je Schock	je Scheffel	
1819	75,4	46,3	62,4	4032	1926	960	.
1820	70,0	46,0	57,6	3708	1683	864	.
1	67,0	35,4	55,0	3520	1320	768	.
2	62,7	27,9	50,5	3360	1064	637	.
3	58,7	31,4	47,1	3312	1045	728	.
4	50,7	24,2	47,1	3254	872	678	.
5	48,1	24,3	47,2	3072	768	540	.
6	48,3	22,3	43,4	2816	720	492	686
7	45,4	25,6	39,4	2880	875	600	.
8	50,4	30,2	40,0	2796	1241	504	.
9	51,0	34,7	42,7	3072	1118	492	672
1830	46,5	42,3	41,2	3120	811	560	.
1	50,9	30,3	43,8	2976	786	543	.
2	50,9	29,4	44,2	2520	949	563	672
3	52,5	30,2	42,4	2220	1152	216	528
4	55,6	38,6	47,6	1920	1155	192	.
5	56,9	42,6	41,3	1812	1004	204	.
6	56,0	39,4	44,3	1752	888	192	.
7	55,0	30,7	44,1	1872	960	186	.
8	54,8	24,1	44,0	1968	1180	199	.
9	56,7	31,7	45,8	2556	1485	185	.
1840	56,7	33,9	44,9		1298	192	.
1	58,8	47,3	46,7	2474	1166	194	.
2	59,1	39,7	41,0	2530	1416	240	.
3	59,1	35,0	41,3	2417	1636	200	188
4	58,9	33,2	39,0	2333	867	200	188
5	57,7	36,4	38,7	2320	1083	208	175
6	56,7	32,0	37,8	2578	1102	250	175
7	59,5	33,5	40,1	4001	1261	241	.
8	61,4	34,0	39,9	2520	1020	225	.
9	60,2	41,9	40,3	2139	695	180	160
1850	56,2	36,6	38,7	2101	800	225	160
1	54,5	32,2	38,0	2200	788	225	.
2	54,5	30,0	37,2	2189	1011	225	.
3	54,5	33,0	36,4	2585	973	207	160
4	63,6	41,6	40,0		1079	225	180
5	68,2	50,1	43,5	4037	1130	200	225
6	64,6	51,2	38,5	3750	1243	200	225
7	64,1	46,7	37,9	3373	1137	250	.
8	65,0	43,3	35,4	2730	1717	220	190
9	82,3	38,9	33,8	2564	1022	250	190
1860	63,3	34,8	33,9	2709		250	190

Jahr	Gips	Mauerziegel	Dachziegel	Wolle
	je Ztr.	je 1000 Stück		Taler je Ztr.
1819	.	5760	.	47...60
1820	312	5184	4608	50...55
1	.	5280	4128	45...50
2	288	4776	4104	40
3	300	5184	4176	30...45
4	288	4812	.	31...35
5	264	4608	.	48 1/2
6	288	4608	3456	.
7	288	3888	3360	38 1/2
8	271	4896	3840	30...40
9	288	4896	3744	35...38
1830	288	4800	3840	.
1	276	3744	2880	42...48
2	236	.	2736	45...48
3	.	.	2880	54...56
4	.	.	3120	48...51
5	.	.	3120	50
6	240	.	.	60
7	240	.	3168	50...59
8	240	.	2880	40...50
9	.	4896	.	42...50
1840	240	.	3072	35...45
1	251	5100	3000	30
2	250	5100	.	30...40
3	250	.	3000	37
4	240	.	.	38...42
5	219	4125	3000	48
6	201	4500	3000	43
7	200	4200	3000	44
8	195	.	.	41
9	200	2925	2700	33...42 1/2
1850	200	2925	2700	.
1	200	3000	.	.
2	205	.	.	.
3	200	1650	1650	.
4	.	2250	2250	.
5	.	3750	3000	.
6	.	.	.	.
7	400	3900	.	.
8	400	4050	.	.
9	400	3975	.	.
1860	400	.	.	.

b) Gekaufte (und im allgemeinen auch verbrauchte) Lebensmittel und  
Materialien 1819 bis 1860

Jahr	Weizen	Roggen	Erbsen	Linsen	Hirse	Hafergrütze	Buchweizen- grütze
	in Scheffel						
1819	28	861	42	15	14	1 1/2	29
1820	28	796	25	20	9	1	24
1	28	812	22	15	7	.	22
2	40	1218	29	17	7	1	25
3	12	1111	31	28	18	1/2	10
4	19	1114	26	24	18	.	21
5	29	1300	34	25	15	7 1/2	13
6	27	873	37	26	18	.	22
7	21	1200	26	19	15	.	9
8	12	1723	29	22	18	.	5 1/2
9	24	1720	20	26	19	.	24
1830	23	1714	24	16	19	.	24
1	26	1572	35	21	23	2	23
2	17	1720	35	12	20	.	20
3	18	1550	24	14	23	.	17
4	18	1366	51	12	27	1	18
5	21	927	37	14	11	1	16
6	21	1318	55	24	28	2	17
7	18	1154	47	37	17	.	16
8	22	1431	.	.	17	1	19
9	24	1568	57	42	22	1 1/2	21
1840	29	1813	26	12	20	1 1/2	21
1	18	1031	42	2 1/2	22	.	29
2	27	988	103	13	27	3	30
3	23	665	19	3	28	2	14
4	32	1488	42	14	23	.	22
5	12	1244	54	6	25	.	29
6	17	1166	64	.	20	.	32
7	42	1313	12	15	27	1	34
8	24	832	77	33	25	.	24
9	15	1354	14	12	27	.	33
1850	13	1164	45	27	23	1	28
1	16	1239	14	12	23	.	26
2	16	1456	45	9	38	1/2	30
3	12	1339	35	.	38	1/2	27
4	12	1247	64	4	34	.	24
5	16	766	53	14	35	1/2	32
6	16	799	50	5	33	.	31
7	12	803	53	4	26	.	20
8	16	823	35	5	32	.	23
9	14	689	19	6	19	.	10
1860	16	672	34	3	18	.	9

Jahr	Graupen	Gräupchen	Gries		Rindfleisch	Kalb-, Schöps- und Schweine- fleisch
	in Scheffel	in Ztr.	in Scheffel	in Pfund	in 1000 Pfund	
1819	.	7		50	17	8,0
1820	11	6		54	18	8,0
1	6	6		64	18	7,5
2	15	13		60	17	7,0
3	14	9		67	17	8,0
4	13	8		56	18	9,0
5	11	7		40	19	9,0
6	13	9		60	19	10,0
7	11 1/2	9 1/2		64	19	10,5
8	11	9 1/2		76	20	10,0
9	19	3 1/2		56	20	9,5
1830	13	7 1/2		43	19	9,5
1	19	5 1/2		100	19	9,0
2	14	6 1/2		250	19	7,0
3	13	5	2		19	7,3
4	22	1 1/2	2 1/2		18	7,0
5	17	7	2 1/2		17	6,6
6	22	.	4		18	6,3
7	25	1	2 1/2		17	6,2
8	28	.	5		18	6,1
9	25	1/8	3 1/2		18	7,0
1840	22	.	3		18	7,0
1	25	.	4		17	6,5
2	18 1/2	14	3 1/2		17	6,5
3	10	39	3		18	6,5
4	13 1/2	16	4		19	7,5
5	19	.	4		18	7,3
6	28	.	2 1/2		18	7,3
7	27	.	3		19	6,8
8	28	.	2 1/2		18	7,0
9	17	9 1/2	2 1/2		19	7,2
1850	18 1/2	2	2 1/2		18	7,0
1	21	.	2		18	6,9
2	9 1/2	42	2		19	7,0
3	19	17	2 1/2		18	7,0
4	.	40	2 1/2		18	6,8
5	5	40	1 1/2	110	18	6,5
66	9	27	1 1/2	350	18	6,5
7	17	12	1	550	16	6,3
8	9	5	2	21	17	6,8
9	7	15	1/2	42	19	6,1
1860	.	22	.	.	18	6,2

Jahr	Schinken und Speck	Gänse	Enten	Hühner	Tauben	Hasen	frische Butter
	in Pfund	in Stück			in Paar	in Stück	in Kannen
1819	222	11	.	.	104	.	1600
1820	418	26	34	.	211	.	2000
1	369	29	20	.	266	.	2000
2	396	28	20	.	181	.	1800
3	228	29	30	.	131	.	1500
4	240	25	64	25	154	.	1800
5	258	25	46	68	136	.	2000
6	145	24	25	24	161	.	2100
7	142	28	17	78	143	.	2100
8	130	20	36	36	32	.	2200
9	121	11	49	18	32	12	2300
1830	103	16	26	45	96	9	2400
1	22	14	17	31	110	6	2300
2	176	8	13	52	136	9	2300
3	110	8	6	77	62	13	2100
4	65	8	9	100	129	18	2200
5	70	13	7	53	106	30	2100
6	47	9	8	71	122	33	2100
7	150	9	11	94	95	30	2400
8	64	9	7	66	127	33	2500
9	70	10	.	55	94	27	2400
1840	48	7	3	61	80	15	2500
1	38	10	4	92	104	23	2500
2	99	12	20	88	111	35	2300
3	70	9	20	70	110	24	2300
4	56	18	6	73	250	27	2600
5	43	18	18	96	115	15	2500
6	53	16	35	89	129	19	2400
7	32	9	25	54	86	40	2400
8	38	11	21	122	77	13	2500
9	55	16	26	111	133	30	2600
1850	71	15	.	146	119	14	2800
1	57	10	24	76	152	10	2400
2	63	14	.	76	86	26	2600
3	10	16	2	106	165	20	2500
4	29	10	10	24	123	17	2300
5	26	11	20	44	116	13	2250
6	28	12	11	68	152	18	2230
7	(34)	11	.	58	133	18	2150
8	50	13	.	89	144	24	2340
9	17	9	.	45	103	20	2300
1860	29	19	2	68	111	15	2660

Jahr	Stoppel- und Schmelzbutte	Baumöl	Sirup	Zucker	Kaffee	Zichorie	chin. Tee
	in Ztr.			in Pfund			
1819	13	4	8 1/2	500	836	.	2
1820	14	5	8	456	870	.	2
1	15	4	7	524	900	.	4
2	21	5	7	536	750	.	4
3	13	5	7	461	500	.	2
4	13	4	8	500	500	.	2 1/2
5	4 1/2	4	8	574	500	.	1 1/4
6	12	5	8	594	550	.	1 1/2
7	5	6	8	540	508	68	1
8	4 1/2	5	8	495	450	68	2
9	1 1/2	4 1/2	7	560	450	44	1/2
1830	1	4	7	515	588	36	1/4
1	1	3 1/2	7	480	268	35	1
2	1/2	4	7	460	440	44	1 1/2
3	.	3	8	405	440	66	.
4	1	4	9	618	558	60	.
5	3/4	3	6	140	165	36	.
6	.	2	9 1/2	330	385	54	.
7	1 1/2	2	10 1/2	335	275	72	.
8	5	2	9 1/2	318	330	42	.
9	5	3	8 1/2	373	330	54	.
1840	8	2	7	398	275	48	1/2
1	1 1/2	2	6	338	330	72	1/2
2	7	2	6	347	303	84	1/2
3	8 1/2	2	7	460	358	110	1/4
4	2	3	6 1/2	414	385	100	1/2
5	4	2 1/2	7	450	440	130	.
6	5 1/2	3	6	380	385	140	2/3
7	6 1/2	3	6	424	358	140	1/2
8	4	3	5	400	385	140	.
9	3	2	5 1/2	412	385	120	1/2
1850	.	3	5	400	358	100	1/2
1	4	2	3	464	330	80	1/2
2	3	3	3 1/2	525	388	60	1 1/4
3	2	2 1/2	4 1/2	547	330	60	1 1/2
4	1	2 1/2	4	596	330	60	1/2
5	4 1/2	2 1/2	4 1/2	578	358	100	1 1/4
6	2	2 1/2	4	623	276	60	1/2
7	2	2 1/2	4	558	302	60	.
8	2	2 1/2	3 1/2	744	372	80	.
9	2	2 1/2	4	859	371	154	1/2
1860	.	4	3 1/2	1011	505	163	1/2

Jahr	große Rosinen	Korinthen	Eier	Karpfen	Heringe	Krebse
	in Zentner		in 1000 Stück	in Pfund	in Stück	in Schock
1819	1/2	1	9,0	248	113	.
1820	1/2	1	8,0	360	72	.
1	1/2	1	11,0	400	128	.
2	1/2	1	8,0	384	120	.
3	3/4	1	6,0	300	113	.
4	1 1/4	1/2	6,0	320	105	.
5	1 1/4	1/2	7,0	220	151	.
6	1 1/4	3/4	7,4	295	162	.
7	1 1/4	3/4	7,0	453	100	.
8	1 1/4	3/4	7,0	280	137	.
9	1	3/4	6,0	352	112	.
1830	1 1/2	3/4	6,0	255	135	.
1	1 1/4	1/2	6,0	202	134	.
2	1	1/2	6,0	242	188	.
3	1 1/4	1/2	6,0	188	218	.
4	1	1/2	6,0	196	262	.
5	1 1/4	3/4	6,3	210	185	3
6	1 1/4	3/4	6,0	170	313	3 1/2
7	1 1/4	1/2	6,0	165	352	1 1/2
8	1 1/2	3/4	6,5	128	229	1
9	1 1/4	1/2	5,2	136	274	2 1/4
1840	1 1/4	3/4	5,0	132	358	2
1	1 1/4	1/2	4,2	136	280	.
2	1 1/4	3/4	4,6	143	300	1 1/2
3	1 1/2	1/2	4,8	168	293	.
4	1 1/2	1/2	5,6	158	441	2 1/2
5	1 1/4	3/4	5,5	136	127	1 1/2
6	1 1/4	3/4	6,0	111	.	2
7	1 1/2	3/4	7,0	128	.	2
8	1 1/2	1/2	6,6	98	.	1
9	1 1/4	1/2	6,6	152	.	2 1/2
1850	1 1/4	3/4	6,5	166	.	.
1	1 1/2	3/4	6,1	177	.	1 1/2
2	1 1/2	3/4	5,3	178	170	.
3	1 1/2	1	6,0	115	231	3 1/4
4	2	3/4	4,3	167	.	1
5	1 3/4	3/4	4,2	117	192	2
6	1 1/2	1/2	5,1	140	.	4
7	2,3		4,1	151	.	1 1/4
8	1 3/4	3/4	4,1	195	.	2
9	1 1/2	2/3	5,0	187	.	2
1860	1 1/2	2/3	4,8	212	.	3 1/4

Jahr	Sardellen	Zitronen	Reis	Sago	Fadennudeln	Wein	
	in Pfund	in Stück	in Ztr.	in Pfund	in Ztr.	in Flaschen	in Kannen
1819	•	372	6	•	2	192	
1820	•	372	7	•	2	226	
1	•	354	11	•	7	214	
2	•	312	15	•	10	250	
3	•	348	12 1/2	•	8	222	
4	•	300	9 1/2	•	8	230	
5	•	348	9 1/2	•	8 1/2	284	
6	•	348	9	•	7 1/2	320	
7	•	288	8 1/2	10	6 1/2	300	
8	•	282	8 1/2	10	5 1/2	432	
9	•	318	8	17	4 1/2	144	
1830	•	264	7 1/2	10	4	288	
1	•	276	7 1/2	14	4 1/2	144	
2	•	264	7	33	4	288	
3	1	270	7	51	3	360	
4	5 1/2	342	7	•	3	216	
5	11	315	7	•	3	216	
6	8	306	5 1/2	2	1 1/2	216	
7	9	300	5 1/2	10	3	288	
8	11	282	8	6	4	144	
9	10	276	2	11	4	216	
1840	9	258	5 1/2	12	3 1/2	180	
1	2 1/2	270	5	10	3	151	
2	4 1/2	240	16 1/2	10	3	216	
3	5 1/2	396	1	12	3	144	
4	6 1/2	306	6	7	3	225	
5	7 1/2	282	16	19	3	216	
6	6	294	6	11	3	144	
7	4	264	8	14	3 1/2	297	
8	9	317	7	8	2 1/2	150	
9	11	258	13	19	3	296	
1850	9	264	14	14	3	151	
1	13	312	11	11	3	235	
2	11	540	17	9	3 1/2	234	
3	15	300	38	26	3	179	
4	10	198	3	39	3	236	
5	9	222	13 1/2	38	3 1/2	186	
6	10	246	20	36	3	252	
7	8	234	10	62	3 1/2	252	
8	8 1/2	210	20	55	3 1/2	252	
9	12 1/2	288	33	34	2 1/2	234	
1860	14	264	63	37	14	275	

Jahr	Stadt-(Braun-)bier	Kofent (Dünnbier)	Kartoffeln	Möhren	Erdrüben
	in Tonnen	in Karnfaß	in Scheffel		in Schock
1819	309	47	232	.	109
1820	295	44	230	.	90
1	291	43	247	.	76
2	338	45	202	.	64
3	259	50	224	16	43
4	215	53	211	16	51
5	212	64	244	2	51
6	220	59	216	5	14
7	225	58	193	23	16
8	216	49	282	26	54
9	217	49	291	44	86
1830	231	41	337	31	46
1	209	50	323	29	64
2	215	53	278	.	35
3	256	56	300	10	29
4	245	59	272	22	37
5	224	53	165	6	20
6	227	50	128	8	.
7	222	50	109	41	30
8	234	52	226	71	42
9	262	75	283	72	22
1840	229	-	337	33	41
1	215	-	329	71	38
2	225	-	201	1	.
3	232	-	280	65	42
4	227	-	411	89	31
5	229	-	360	78	.
6	228	-	419	33	40
7	223	-	454	67	.
8	217	-	465	77	.
9	221	-	493	51	.
1850	221	-	357	50	.
1	238	-	202	33	.
2	249	-	267	8	.
3	270	-	210	93	82
4	294	-	142	24	59
5	292	-	228	15	42
6	273	-	217	30	22
7	271	-	469	19	9
8	281	-	497	60	20
9	268	-	539	46	.
1860	285	-	473	54	4

Jahr	Krauthäupter	Backpflaumen	Pflaumen- mus	Einlege- gurken	Wacholder- beeren	Heide- beeren
	in Schock	in Ztr.		in Schock	in Scheffel	in Kannen
1819	195	7	.	.	.	.
1820	203	8	.	.	.	.
1	110	3	.	.	.	.
2	228	5	.	.	1/2	.
3	192	4	.	.	.	.
4	171	6	.	14	3/4	.
5	163	4	.	.	.	.
6	180	6	.	62	1/3	.
7	65	7 1/2	1 1/2	.	1/2	114
8	124	6	.	8	.	50
9	172	6	1	10	2/3	140
1830	145	7	.	20	.	216
1	132	14	6	.	3	72
2	36	9	.	18	2	144
3	90	22	4	12	5	334
4	127	22	1	.	4 1/2	240
5	74	19	.	.	.	260
6	76	16	2	39	3	322
7	89	15	2	.	3	452
8	52	18	.	33	.	265
9	131	17	2 1/2	20	.	210
1840	103	16	.	.	2	230
1	66	14	2	50	2	436
2	35	27	4	30	.	296
3	147	17	.	6	.	426
4	110	23	3	30	.	509
5	130	24	.	35	1/4	370
6	120	19	5	50	.	40
7	125	21	1 1/2	75	.	350
8	101	24 1/2	1	80	.	350
9	51	26	1	75	1 1/2	506
1850	35	18	1	.	.	306
1	55	18	3	60	.	346
2	59	22	1	70	.	510
3	89	14	4	67	.	364
4	87	9	2	60	.	330
5	103	17	1/2	55	.	386
6	98	18	.	74	.	207
7	88	12	1/2	74	.	475
8	88	15	3 1/3	88	.	331
9	98	17	1	77	.	321
1860	136	11	3 1/4	81	.	437

Jahr	Preiſelbeeren		Zwiebeln	Morcheln	Sellerie	Kümmel	
	in Kannen	in Scheffel				in Schock	in Pfund
1819	.		.	.	.	32	
1820	.		.	.	.	28	
1	.		.	.	.	36	
2	.		.	.	.	16	
3	.		.	.	.	23	
4	.		.	.	.	30	
5	.		.	7	.	22	
6	.		.	7 1/2	.	22	
7	12		.	9	.	22	
8	33		.	6 1/2	.	28	
9	28		.	3	.	35	
1830	42		.	2 1/2	.	36	
1	24		.	3 1/2	.	41	
2	24		.	4	.	23	
3	26		.	1	.	15	
4	24		4	1	.	18	
5	33		3	.	.	28	
6	50		.	1	.		1/4
7	55		4	1/2	.		1
8	69		.	1/2	.		.
9	94		7	1/2	.		.
1840	70		4 1/2	.	.		.
1	20		.	1/2	.		1/2
2	46		2 1/2	.	.		
3	30		9	.	.		1/2
4	30		2	.	.		.
5	30		12	1/2	.		.
6	40		8	.	.		1/4
7	30		12	.	.		.
8	15		9	1	3		.
9		1/4	14	.	6		1/4
1850		.	10	12	2		.
1		1/2	8	1 1/2	4		1
2		.	15	1	7		.
3		1/2	4	.	1		.
4		3/4	7	1 1/4	1 1/2		.
5		3/4	11	2 1/2	12		1/2
6		1	4	1	1		.
7		1/2	12 1/2	1/2	7		.
8		1/2	17	1/4	20		27
9		3/4	16 1/2	1	7		15
1860		1/2	18	1/2	17 1/2		25

Jahr	Pfeffer	Macisblumen (Muskat)	Macisnüsse (Muskat)	Nelken	Piment	Zimt	Mandeln
	in Pfund						
1819	14	3/4	4 1/4	3	4	5	14
1820	8	3/4	5 1/2	3	4	6 1/2	14
1	8	3/4	4	2 1/4	4	5 1/2	16
2	8	1 1/4	3 1/2	2	4	5	23
3	8	1	3	2 1/2	4	4	25
4	11	1	2	2	5	5	22
5	7	1 1/4	3	3	2	5	21
6	12	1 1/4	4	3	7	5 1/2	24
7	11	1	4	2	4	3 1/4	22
8	10	1 1/4	3	3	4	4	25
9	10	1 1/4	3	3	5	5	26
1830	11	1 1/4	2	2	5	2 1/2	29
1	9	1	1	2	2	3 1/2	27
2	8	1/2	1 1/2	1	5	1 1/4	28
3	6	1/2	1 1/2	1	•	1 1/4	26
4	19	1/2	2	1/2	9	1	27
5	11	1/2	2	2	10	1/2	31
6	3	1/2	1	2	3	1	26
7	•	3/4	•	•	•	1	24
8	5	3/4	1 1/4	•	3	1	24
9	7	1	1	1/2	•	1	25
1840	6	3/4	3/4	1 1/4	•	1	26
1	5	3/4	1	•	•	5/8	27
2	4	3/4	1/4	1	1	1	27
3	11	3/4	1/2	1/2	1	1 1/8	29
4	9	3/4	3/4	1/2	2	1 1/8	28
5	11	•	3/4	1 1/4	2	1/2	29
6	12	3/4	1	1/2	•	1	30
7	15	3/4	1 1/4	1	2	1 1/4	27
8	16	3/4	1	5/8	3	3/4	24
9	14	1	1/2	1	•	3/4	25
1850	4	•	1/4	1 1/2	2	1/2	27
1	•	•	•	•	•	•	31
2	•	•	•	•	•	•	30
3	•	•	•	•	•	•	30
4	•	•	•	•	•	•	32
5	•	•	•	•	•	•	42
6	•	•	•	•	•	•	29
7	•	•	•	•	•	•	28
8	•	•	•	•	•	•	34
9	•	•	•	•	•	•	36
1860	•	•	•	•	•	•	29

Jahr	Zitronat	Kapern	Salz	Unschlittkerzen	Rüböl	Seife	Stroh
	in Pfund		in Scheffel	in Ztr.			in Schock
1819	•	•	37	7	16	13	11
1820	•	•	37	7	16	12	9 1/2
1	•	•	34	8	16	13	9
2	•	•	39	8	25	13	16
3	•	•	39	5	14	8	16
4	•	•	43	5	14	11	26
5	•	•	43	5	16	8	18
6	•	•	39	4 1/2	12	8	11
8	•	•	40	4	11	9	13
9	•	•	44	4	14	8	19
9	•	•	50	3	14	8 1/2	19
1830	•	•	52	3	14	8 1/2	22
1	•	•	53	3	13	9	28
2	•	•	51	3	14	8	24
3	•	•	50	3	16	8	27
4	•	3	52	1 1/2	20	8	38
5	•	3	54	2	13	9	30
6	•	3	55	2	18	8 1/2	20
7	•	2	56	2	18	8	30
8	•	2	57	2	14	8 1/2	38
9	•	2 1/2	60	2 1/2	15	10	42
1840	•	4	60	2 1/2	18 1/2	9	39
1	1 1/2	2	55	2	16	9	30
2	1 1/2	2	56	3	19 1/2	14	40
3	1 1/2	2 1/2	62	3	24	15	41
4	1 1/2	3	59	3	21	16	40
5	1 1/2	2 1/2	57	2	26	15	34
6	1 1/2	2	61	2	26	15	44
7	1 1/2	2	65	2	26	15	45
8	1 1/2	2 1/2	60	2	25	15 1/2	48
9	1 1/2	4	55	2	31	17	36
1850	1 1/2	4 1/2	53	2	30	15	46
1	2	5	54	2	25	15	40
2	2 1/2	5 1/2	59	2	26	15	53
3	•	4	63	2 1/2	30	15	53
4	3	3 1/2	65	2 1/2	25	16 1/2	50
5	3	2 1/2	68	2 1/2	25	12 1/2	57
6	4	3	68	2	30 1/2	14 1/2	65
7	3 1/2	2 1/4	60	2,7	25 1/4	16 1/2	61
8	•	3 1/2	60	3	35 1/2	21 1/4	42
9	3	3 1/2	57	2,7	31	29 1/4	69
1860	3	5	59	3	36	31	54

## c) Anzahl der beköstigten Personen 1820 bis 1860

Jahr	Offi- zian- ten	Kost- gänger	Ver- sorgte	Waisen- kinder	Exmit- tierte	Korrek- tionier	Straf- arbei- ter	Gesamt- zahl
1820	35	7	84	127		45		298
1	34	6	96	123		41		300
2	37	9	117	111		60		334
3	44	12	106	101	28	60		351
4	47	11	101	107	14	61	10	354
5	50	10	102	108	15	75	8	368
6	44	10	91	102	4	72	7	330
7	42	11	94	106	5	70	10	338
8	41	12	101	107	13	81	10	365
9	37	8	105	114	21	100	8	393
1830	35	6	104	125	13	105	9	397
1	33	7	121	129	16	115	10	431
2	32	7	128	125	14	114	9	429
3	34	6	107	119	18	106	10	400
4	37	6	103	106	17	128	11	408
5	38	5	104	99	29	133	11	419
6	39	4	105	92	49	127	5	421
7	39	3	124	95	57	135	15	468
8	38	3	118	110	60	141	21	491
9	43	3	121	122	30	143	32	494
1840	44	2	119	134	25	140	47	511
1	43	1	113	138	20	115	45	475
2	46	1	104	149	16	118	42	476
3	48	3	112	157	25	129	45	519
4	49	3	109	157	16	115	34	483
5	50	3	110	158	13	117	33	484
6	47	2	110	162	18	121	36	496
7	48	3	118	171	19	142	35	536
8	48	2	123	182	19	111	33	518
9	46	2	125	185	20	104	42	524
1850	46	2	111	187	31	100	49	526
1	47	1	103	175	27	103	40	496
2	49	1	105	186	40	117	51	549
3	50	1	95	190	50	119	39	544
4	51	1	87	208	60	122	39	568
5	52	1	83	203	53	113	33	538
6	54	1	88	186	65	108	32	534
7	53	1	88	174	71	84	31	502
8	56	1	82	170	64	77	33	483
9	61	1	75	175	64	99	23	498
1860	64	1	77	161	59	95	24	481

Sauerkraut und Kofent, zu Martini Braten, Sauerkraut und Kofent. Abends: Suppe, Butter oder Käse zum Brot.

6. Korrektioner und Strafarbeiter. Früh: Suppe. Mittags: Gemüse und alle 3 Wochen Fleisch dazu, Kofent. Jeden 1. Feiertag Braten und Sauerkraut, auch 1 Nösel Bier, jeden 2. Feiertag Fleisch mit Gemüse und 1 Nösel Bier, zu Martini Braten und Sauerkraut. Abends: Suppe, Brot und Käse, Sonnabends Salz und Brot.

An jedem der jährlich stattfindenden 3 Kommuniontage bekommen die Korrektioner Fleisch und alle Kommunikanten insgesamt 1 Nösel Bier. Die Rekonvaleszenten müssen auf Anordnung des Hausarztes täglich Fleisch und 1 Nösel Bier bekommen.

Sämtliche Krankenwärter männl. u. weibl. Geschlechts, sowie die Kinderwärterinnen und jede Person, die dem Hause einen nützlichen Dienst leistet, z. B. Schuhmacher, Schneider, Zimmermann, Maurer, Gassenkehrer, Lampenwärter, Ausgeher und Küchenleute, zusammen 24 Personen, bekommen täglich Fleisch und 1 Kanne Bier.

Georgenhaus zu Leipzig am 31. Dezember 1820.

(gez.) Gottlob Wilhelm Böhme,  
Hausverwalter.

d) Verpflegungsrichtlinien aus dem Jahre 1820

(Beilage zur Jahresrechnung des Georgenhauses für 1820)

**A n z e i g e** , wie die Bewohner des Georgenhauses nach den verschiedenen stattfindenden Klassen beköstigt werden. Nach Angaben der verw. Frau Hausverwalter Anschütz.

1. **O f f i z i a n t e n** . Früh: Kaffee mit Milch, Butter und Brot. Mittags: Suppe und abwechselnd Fleisch, Braten, Schinken, Karpfen, zum Fleisch nach Beschaffenheit der Jahreszeit grüne oder trockene Zugemüse, Nudeln, Klöße; zum Braten Salat oder Backobst. Nachmittags: Kaffee mit Milch. Abends: im Winter Suppe, im Sommer Bierkalttschale, an Bratentagen den Mittags übriggebliebenen aufgewärmt, außerdem Wurst, Eier, auch bisweilen Hering, hierzu Salat und Butter, Brot und Käse und 2 Bout. Bier à Person.
2. **U n t e r b e d i e n t e** . Mittags: Fleisch, grüne und trockene Gemüse. Abends: Brot, Butter, Käse und tägl. 2 Kannen Bier, zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten und Martini Braten.
3. **K o s t g ä n g e r** . Früh: Suppe. Mittags: Fleisch, grüne und trockene Gemüse, Sonntags und zu Festen Braten, dazu Salat oder Backobst, täglich 1 Kanne Bier. Abends: Suppe, Butter und Brot.
4. **W a i s e n k i n d e r** . Früh: Suppe. Mittags: Sonntags und Mittwochs Fleisch, dazu grünes oder trockenes Gemüse, beide Tage Kofent. Jeden ersten Feiertag zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten und Martini Braten und Sauerkraut und ein Nösel Bier jedes. Jeden zweiten Feiertag Fleisch mit grünem oder trockenem Gemüse und ein Nösel Bier jedes. Den dritten Feiertag Wurst und Kofent. An jedem Grünen Donnerstag Suppe, gesottene Eier und Salat, auch Kofent. Alle übrigen Tage Suppe und Gemüse, Kofent. Zu Ostern und Pfingsten jeden dritten Feiertag nachmittag Warmbier und 2 Stück Zwieback als Entschädigung für den sonst üblich gewesenen Kuchen. Die kleinen Kinder bekommen täglich etwas Fleisch. Abends: Suppe, Brot mit Butter oder Käse.
5. **V e r s o r g t e** . Früh: Suppe. Mittags: Sonntags Fleisch mit grünem oder trockenem Gemüse und Kofent, die übrigen Tage bloß Gemüse und Kofent. Jeden 1. Feiertag Biersuppe, Braten und Sauerkraut, auch 1 Nösel Bier, jeden 2. Feiertag Fleisch mit Gemüse und 1 Nösel Bier, jeden 3. Feiertag Wurst mit

e) Erläuterungen und Dokumente zu den Tabellen der Bauhandwerkerlöhne

Obwohl in den amtlichen Bekanntmachungen nur zwischen Sommer- und Winterlöhnen unterschieden wurde, findet sich in den Georgenhausrechnungen durchweg noch eine Zwischenstufe für die Zeit von ungefähr Mitte September bis Ende Oktober und ungefähr Mitte März bis Ende April. Genaueres läßt sich dazu nicht angeben, da man aus den Zahlungsanordnungen des Rates bzw. den Quittungen der Baumeister auf die Zeit der Bauausführung zurückschließen muß.

In der Zeit von 1820 bis 1840 betragen die Löhne der Maurer und Zimmerer übereinstimmend im Sommer 156 Pfennige je Tag, 12 Pfennige je Stunde, im Frühjahr und Herbst bei gleichbleibendem Stundenlohn 144 Pfennige je Tag und im Winter 120 Pfennige je Tag. Vorarbeiter erhalten einen Zuschlag von 12 Pfennigen je Tag.

Die Hilfsarbeiter werden bei den Maurern als Handlanger bezeichnet und erhalten 84 bzw. 78 oder 72 Pfennige je Tag, bei den Zimmerern heißen sie Tagelöhner und erhalten 78 bzw. 72 oder 66 Pfennige je Tag.

Im Jahre 1841 wurden diese Beträge in die neue Währung umgerechnet, und es erhielten nunmehr die Gesellen 163 bzw. 150 oder 125 Pfennige je Tag, der Vorarbeiter einen Zuschlag von 13 Pfennigen, die Handlanger 88 bzw. 81 oder 75 Pfennige je Tag und die Tagelöhner 81 bzw. 75 oder 69 Pfennige. Während die Gesellenlöhne bis 1853 unverändert blieben, finden sich bei den Hilfsarbeitern schon ab 1850 höhere Löhne: 100 und 106 Pfennige im Sommer, 81 und 88 Pfennige im Winter.

Seit 1854 betragen die Gesellenlöhne der Maurer 210 bzw. 180 oder 150 Pfennige je Tag, die der Zimmerer dagegen 195 bzw. 180 oder 165 Pfennige je Tag. Die Handlangerlöhne betragen zunächst 106 bzw. 100 oder 75 Pfennige, die der Tagelöhner 100 bzw. 90 oder 80 Pfennige. Seit 1857 kommen aber beträchtlich höhere Hilfsarbeiterlöhne vor, die bis zu 120, 125 und 130 Pfennigen - offenbar im Sommer - ansteigen. Für Winterarbeit finden sich nur wenige Angaben, die Löhne steigen aber ebenfalls bis zu 100 Pfennigen je Tag.

Einmal findet sich ein "Polirzuschlag" von 25 Pfennigen je Tag. Zu den Veränderungen in der Höhe der Arbeitslöhne seien hier einige Dokumente angeführt<sup>11</sup>:

<sup>11</sup> Die folgenden Dokumente sind dem Leipziger Tageblatt entnommen.

Zu angemessener Ausgleichung des seit einiger Zeit sehr fühlbar gewordenen Mißverhältnisses zwischen den gesunkenen Preisen der allgemeinen Lebensbedürfnisse und dem unverändert gebliebenen Arbeitslohne der Maurer- und Zimmer-Gesellen wird solcher mit Einschluß des sogenannten Meister-Groschens auf 12 Groschen für jeden Tag zu 11 Arbeitsstunden gerechnet, in der Zeit vom 15. März bis 15. Oktober jeden Jahres, und auf 9 Groschen für jeden Tag von 8 Arbeitsstunden, in der Zeit vom 16. Oktober bis zum 14. März jeden Jahres, hiernach aber auf 1 Groschen für jede einzelne Stunde auf den Fall, daß nach dem gewöhnlichen Feierabende noch, oder daß statt eines ganzen oder halben Arbeitstages nur stundenweise gearbeitet wird, hiermit bis auf anderweite Anordnung festgesetzt.

Es bleibt jedoch nach wie vor billig nachgelassen, denjenigen Gesellen, welche wegen ihrer Achtsamkeit, Geschicklichkeit, guten Aufführung und deshalb vorzüglichen Brauchbarkeit als Polirer den anderen Gesellen bei einzelnen Bauen vorgesetzt werden, außer dem ihnen nach obiger Bestimmung gebührenden Lohne eine Zulage von 1 Groschen auf jeden Arbeitstag zu gewähren.

Jede Zuwiderhandlung aber, welche gegen diese Vorschriften von den Bauen und Reparaturen irgend einer Art in der Stadt, in den Vorstädten und innerhalb des Weichbildes in Auftrag gebenden Grundstücks-Eigentümern und andern Personen durch abgeforderte oder freiwillige Verabreichung eines h ö h e r n Lohnes und von den Meistern und Gesellen der gedachten Handwerke durch Forderung oder Annahme eines solchen, gleichviel ob unter der Benennung "Lohn" oder im etwaigen Inbegriff anderer "Leistungen", wider Erwarten würde begangen werden, wird nachdrückliche Geld- und nach Befinden Gefängnis-Strafe zur unausbleiblichen Folge haben.

Leipzig, den 2. März 1825.

(L. S.) Der Magistrat der Stadt Leipzig.

Der Rat der Stadt Leipzig hat sich veranlaßt gefunden, die von ihm unterm 2. März 1825 in Betracht des damals fühlbar gewordenen Mißverhältnisses zwischen den gesunkenen Preisen der Lebensbedürfnisse und dem Arbeitslohne der Maurer- und Zimmer-Gesellen erlassene Bekanntmachung einer Revision zu unterwerfen und verordnet in deren Folge, da sich gegenwärtig, wenn auch gerade aus dem entge-

gengesetzten Grunde, doch ein nicht minder fühlbares Mißverhältnis zwischen Lohn und notwendigem Lebensbedarfe herausgestellt hat, hiermit wie folgt: Es wird vorbehältlich freier Vereinbarung für die Maurer- und Zimmer-Gesellen

1. die tägliche Arbeitszeit, einschließlich der Frühstücks-, Mittags- und Vesperbrotstunde auf längstens 12 Stunden, und
2. das Arbeitslohn für jede wirkliche Arbeitsstunde einschließlich der von dem Gesellen zu entrichtenden Meistergebühr auf 2 Neugroschen festgesetzt.

Diese Verordnung, durch welche die Bekanntmachung vom 2. März 1825 aufgehoben wird, tritt mit dem 1. Januar 1849 in Kraft.

Leipzig, den 2. November 1848.

Der Rat der Stadt Leipzig.

K o c h .

Der Rat der Stadt Leipzig fand sich mit Rücksicht auf die gesteigerten Lebensbedürfnisse sowie im Hinblick auf die diesfallsigen Anträge der Maurer- und Zimmergesellen veranlaßt, die von ihm unterm 2. März 1825 festgestellten Arbeitslöhne der Maurer- und Zimmergesellen durch Bekanntmachung vom 2. November v. J. abzuändern. Nachdem jedoch die Ausschüsse der Maurer- und Zimmergesellen die Wiederaufhebung dieser Bekanntmachung beantragt haben, so wird dieselbe mit Zustimmung des Kgl. Min. d. Innern von uns hiermit zurückgenommen.

Leipzig, den 16. Februar 1849.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Dr. S e e b u r g .

Burmman.

Bekanntmachung, das Arbeitslohn der Maurer- und Zimmergesellen betr.

Da die Verhältnisse, welche bei der Bekanntmachung vom 2. März 1825 für die Festsetzung des Arbeitslohns der Maurer- und Zimmergesellen maßgebend gewesen, seitdem sich wesentlich geändert haben, so haben wir jene Bekanntmachung einer Revision unterworfen und verordnen auf deren Grund hiermit Folgendes:

Vorbehältlich freier Vereinigung wird für die Maurer- und Zimmergesellen während der Zeit vom 15. März bis 15. Oktober jeden Jahres die Arbeitszeit auf die Stunden von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr festgesetzt, jedoch mit Ausschluß je einer halben Stunde zum Frühstück und Vesperbrote und einer Stunde zur Mittagszeit. Während der Zeit vom 16. Oktober bis 14. März eines jeden Jahres dagegen haben die Gesellen solange als es das Tageslicht gestattet und mindestens 8 Stunden täglich zu arbeiten. Solange die Arbeitszeit bloß 8 Stunden beträgt, darf wegen des Frühstücks oder Vesperbrotes die Arbeit nicht aus-

gesetzt werden. Der Arbeitslohn wird auf 1 Neugroschen 5 Pfennige für die Stunde in der Weise bestimmt, daß die Zeit des Frühstücks und Vespers als Arbeitszeit angesehen und bezahlt wird, die Mittagszeit dagegen bei der Bezahlung ausfällt. Es beträgt daher der Tageslohn für die Zeit vom 15. März bis 15. Oktober eines jeden Jahres 18 Neugroschen, und zwar mit Ausschluß der auf 1 Ngr. 5 Pf. festgesetzten täglichen Gebühren des Meisters, während der Winterzeit dagegen richtet sich der Lohn nach der Zahl der Arbeitsstunden und beträgt wenigstens 12 Neugroschen täglich. Einem Polirer ist mindestens der Lohn einer Arbeitsstunde (1 Ngr. 5 Pf.) über den geordneten Gesellenlohn zu gewähren. Vorstehende Bestimmungen, nach denen sich die Meister und Gesellen sowie die Bauherren gebührend zu achten haben, treten mit dem 16. Oktober 1853 in Wirkung.

Leipzig, den 30. Juli 1853.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Koch.

Kittler.

#### Bekanntmachung

Vom 1. Februar dieses Jahres an treten bei hiesiger Maurer- und Zimmer-Innung die Taxe der Gesellenlöhne und die dermaligen Bestimmungen über die Meistergebühren außer Kraft, und es bleibt die Feststellung der Arbeitslöhne der Polire und Gesellen sowohl, als der Vergütung für die Bemühung der Meister freier Vereinbarung überlassen.

Leipzig, am 12. Januar 1860.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Dr. Koch.

Schleißner.

f) Bauhandwerkerlöhne 1787 bis 1860<sup>12</sup>

Jahr	M a u r e r			Z i m m e r l e u t e		
	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer
1787	84 ( 5)	96 ( 2)		90 ( 6)		102 ( 99)
8						
9		96 ( 16)				
1790		96 ( 22)				102 ( 3)
1						102 ( 34)
2						
3						
4						
5			102 ( 6)			102 ( 34)
6						
7				84 ( 48)		
8						
9			114 ( 9)	119 ( 30)	120 ( 15)	129 ( 24)
1800						
1						
2						
3	120 ( 4)					
4			150 ( 10)	120 ( 10)	144 ( 2) <sup>+</sup>	
5						
6	120 ( 10)	132 ( 17)	150 ( 48)			
7	114 ( 34)		126 ( 74)	120 ( 5)		126 ( 109)
	120 ( 2) <sup>++</sup>					
8	114 ( 21)				120 ( 4 1/2)	126 ( 33)
9						
1810	120 ( 13)			114 ( 66)		126 ( 35)

<sup>+</sup>Einschließlich Überstunden: 1804 = 2.

<sup>++</sup>Sonntag(e).

<sup>12</sup> Die Zahl vor der Klammer gibt die Tageslöhne in Pfennigen, die Zahl in der Klammer die entlohten Arbeitstage an.

Jahr	M a u r e r			Z i m m e r l e u t e		
	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer
1811						
2	120 ( 6)					
3						
4				144 ( 8)		
5						
6						
7			168 ( 12) 174 ( 6)	120 ( 1)	96 ( 27) <sup>+</sup>	156 ( 9) 168 ( 12)
8						
9			180 ( 3) <sup>++</sup>			
1820						
1	144 ( 29)					168 ( 8)
2	138 ( 75)	156 ( 100)	168 ( 18)	144 ( 250) 156 ( 41)	156 ( 107) 168 ( 24)	168 ( 57) 180 ( 17) <sup>+++</sup>
3	132 ( 98)	156 ( 11)	168 ( 115)	138 ( 102)	156 ( 44)	168 ( 98)
4	138 ( 6)			138 ( 6)		
5	120 ( 15)	144 ( 116)	156 ( 235 1/2) 168 ( 11) <sup>+++</sup>	120 ( 42)	144 ( 94)	156 ( 224 1/2)
6						
7		144 ( 1 1/2)				
8		144 ( 10)	156 ( 12)		144 ( 1)	156 ( 26)
9						
1830						
1		144 ( 37 1/2) 156 ( 21) <sup>+++</sup>			144 ( 230) 156 ( 13) <sup>+++</sup>	

<sup>+</sup>Spalieranbringen.<sup>++</sup>Einschließlich Überstunden<sup>+++</sup>Polier.

Jahr	M a u r e r			Z i m m e r l e u t e		
	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer
1832			156 ( 36)	120 ( 5)	144 ( 16)	156 ( 35) 168 ( 46)
3	120 ( 20 1/2)	144 ( 6 1/2)	192 ( 21 1/2) <sup>+</sup>			
4	120 ( 6 1/2)	132 ( 9)		120 ( 31 1/2)		
5			180 ( 2 1/2) <sup>++</sup>			
6						
7						
8						156 ( 3)
9						
1840						
1				125 ( 4)		112,5 (39) <sup>+++</sup>
2		138 ( 19)	250 ( 18)			
3	125 (120 1/2)	150 (220)	163 (751)	125 ( 16 1/2)	150 ( 36)	163 (180) <sup>o</sup> 175 ( 21) <sup>o</sup>
	138 ( 29)	163 ( 31)	175 ( 42) <sup>o</sup>			
4	138 ( 12)	150 ( 35)	163 ( 13 1/2)	125 ( 55) <sup>o</sup> 138 ( 11) <sup>o</sup>	150 (121 1/2)	163 ( 48)
5		138 ( 1)	163 ( 18)			163 ( 12) <sup>o</sup> 175 ( 4) <sup>o</sup>
6			175 ( 1 1/2)	125 ( 18)		163 ( 16)
7				125 ( 15)	150 ( 20)	163 ( 46)
				138 ( 11)	163 ( 10)	175 ( 14) <sup>o</sup>
8						163 ( 58)
9	125 ( 16)		163 ( 63 1/2)	125 ( 2 1/2)		163 ( 2)
1850	175 ( 1 1/2)	138 ( 6)	163 ( 56)	125 ( 2)		163 ( 9)
			175 ( 20) <sup>o</sup>			

<sup>+</sup>Herdumsetzen.

<sup>++</sup>Einschließlich Überstunden.

<sup>+++</sup>Zaunsetzen.

<sup>o</sup>Polier.

Jahr	M a u r e r			Z i m m e r l e u t e		
	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer
1851						
2						
3	150 ( 14)	165 ( 2)	175 ( 6)		150 ( 14)	
4	150 ( 21 1/2)	180 ( 12)	210 ( 8 1/2)	150 ( 99 1/2)	165 ( 19)	195 (105 1/2)
				125 ( 2)	180 ( 3)	210 ( 12 1/4)
5		165 (1/2)	210 ( 4 1/2)	150 ( 4 1/2)	165 ( 1 1/2)	195 ( 4 1/2)
					180 ( 1)	
6						
7						
8						195 ( 3)
9	165 ( 13 1/4)	195 ( 15)	210 ( 17)	150 ( 9)	175 ( 1)	
1860		195 ( 3)	210 ( 5)			210 (1/4)

Jahr	Hilfsarbeiter		
	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer
1787			
8			
9			
1790			
1			
2			
3			
4			
5			60 ( 6)
6			
7			
8			
9			
1800			66 ( 9)
1			
2			
3	60 ( 4)		
4			
5			75 ( 10)
6	60 ( 10)		
7	60 ( 12)		75 ( 48)
	66 ( 1) <sup>+</sup>		66 ( 52)
8			
9			
1810	66 ( 13)		
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			90 ( 12)
9			
1820			
1	72 ( 16)		
2	72 ( 46)	78 ( 81)	84 ( 18)
3	72 ( 17)	78 ( 34)	78 (108)
			84 ( 11)
4		78 ( 6)	
5	66 ( 8)	72 ( 6)	78 ( 40)
			84 ( 42)
6			
7			
8			
9			84 ( 20)
1830			

<sup>+</sup> Sonntag

Jahr	Hilfsarbeiter		
	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer
1831	66 ( 6 1/2)	72 (230)	
2			78 ( 28)
3	66 ( 3)	72 ( 6 1/2)	
4	60 ( 3)		
5			84 ( 2 1/2)
6			
7			
8			
9			
1840			
1			
2		88 ( 11 1/4)	125 ( 5)
3	70 ( 30)	75 ( 98)	81 (225)
			88 ( 67)
4	66 ( 9)	75 ( 20 1/2)	88 ( 6)
5			95 ( 18)
6			85 ( 1 1/2)
7			
8			
9	81 ( 8)	88 ( 8 1/2)	100 ( 27)
1850	81 ( 6)		100 ( 34)
1			
2			
3	88 ( 2)	100 ( 7)	106 ( 6)
4	75 ( 21 1/2)	100 ( 19 1/4)	106 ( 7 1/2)
	80 ( 13)	90 ( 5)	100 ( 16)
5	81 ( 21 1/2)	88 ( 46)	106 ( 4 1/2)
		100 ( 1 1/2)	
6			
7			125 ( 2)
8			
9		100 ( 28 1/4)	130 ( 17 1/2)
1860			120 ( 1)
			130 ( 5)

g) Sonstige Handwerkerlöhne 1834 bis 1859<sup>12</sup>

Jahr	Zeugarbeiter	Schieferdecker	Steinhauer	Ziegeldecker	Handlanger
1834	144 (16)	192 (1)			
5	192 (79)				
6					
7					
8					
9	192 (98)	192 (2)			
1840	204 (17 1/2)				
1	200 (41)				
2					
3		200 (8 1/4)		150 (33)	75 (16 1/2)
4			250 (11 3/4)	163 (106)	81 (31 1/2)
5					88 (21 1/2)
6		200 (1 1/2)	250 (3 1/2)		
7	150 (15)	250 (1 1/2)			
8	175 (33)				
9					
1850					
1					
2					
3					
4					
5				160 (42)	
6				180 (72)	
7					
8					
9			300 (1 3/4)		

<sup>12</sup> Die Zahl vor der Klammer gibt die Tageslöhne in Pfennigen, die Zahl in der Klammer die entlohten Arbeitstage an.

h) Bauhandwerkerlöhne 1818 bis 1824 (St. Jacobs-Hospital)<sup>12</sup>

Jahr	M a u r e r			Z i m m e r l e u t e		
	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer
1818	156 (11)	168 ( 9) 156 ( 74)	168 (245)	144 (54)	156 (33)	168 ( 27)
1819	144 (44) 132 (12)	168 ( 12) 156 ( 24)	180 ( 92) 168 (301)	144 (15)		168 ( 9)
1820	144 (37) 132 (47)	180 ( 36) 168 ( 47) 162 ( 17) 156 ( 33) 150 ( 14)	192 (124) 186 (136) 180 ( 87) 174 (139 1/2) 168 ( 16)	144 (98 1/2) 132 (20)		168 (380)
1821	144 (49) 132 (80)	156 ( 13) 144 ( 61)	180 ( 70 1/2) 168 (160)	132 (133)	156 (36) 132 (20)	168 (255)
1822	144 (11) 132 (55)	156 (107)	168 (374)	132 ( 63)	156 (67)	168 (353) 156 ( 27)
1823	144 (43)	156 ( 46)		132 ( 40)	156 (58)	168 ( 30)
1824	144 (95 1/2) 132 (23)	168 ( 22) 156 ( 42 1/2) 144 ( 22) 132 ( 1)	180 (173) 168 (122)	132 ( 75)	156 (93)	168 (183) 156 ( 42)

<sup>12</sup> Die Zahl vor der Klammer gibt die Tageslöhne in Pfennigen, die Zahl in der Klammer die entlohnnten Arbeitstage an.

Jahr	Handlanger		
	Winter	Frühjahr bzw. Herbst	Sommer
1818		90 (18)	
1819	78 (18)	84 (24)	90 (72) 84 (36)
1820	72 (26)	90 (18) 84 (21 1/2) 78 (40)	96 (67 1/2) 90 (77)
1821			90 (29)
1822			84 (126 1/2)
1823			
1824			90 (24)

# Literaturkritik

# Manufaktur, Staat und beginnende Industrialisierung in Deutschland

Einige Bemerkungen zu

Ortulf Reuter, Die Manufaktur im fränkischen Raum. Eine Untersuchung großbetrieblicher Anfänge in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth als Beitrag zur Gewerbe-geschichte des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts

Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,  
hg. v. Friedrich Lütge, Bd. 3, Gustav Fischer Verlag,  
Stuttgart 1961, 213 Seiten, Preis 44,50 DM

Gerhard Slawinger, Die Manufaktur in Kurbayern. Die Anfänge der großgewerblichen Entwicklung in der Übergangsepoche vom Merkantilismus zum Liberalismus 1740 - 1833

Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,  
hg. v. Friedrich Lütge, Bd. 8, Gustav Fischer Verlag,  
Stuttgart 1966, 359 Seiten, Preis 64,-- DM

Ulrich Peter Ritter, Die Rolle des Staates in den Frühstadien der Industrialisierung. Die preußische Industrieförderung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Volkswirtschaftliche Schriften, hg. v. J. Broermann,  
H. 60, Duncker & Humblot, Berlin 1961, 176 Seiten,  
Preis 19,60 DM

von Horst Blumberg

Im imperialistischen Deutschland von den Lehrstühlen der Univer-sitäten und Hochschulen verbannt, vermochte sich die deutsche marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung erst in der Deutschen Demokratischen Republik voll zu entfalten. In dieser verhältnismä-ßig kurzen Zeit hat die Geschichtswissenschaft des ersten soziali-

stischen deutschen Staates nicht zuletzt zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland sowie zur Frage der industriellen Revolution wesentliche Aufschließungsarbeiten geleistet.

Im Zusammenhang mit dieser Literaturkritik sei an die verschiedenen Arbeiten Kuczynskis<sup>1</sup> zu diesem Fragenkomplex, an diejenigen von Forberger<sup>2</sup>, Krüger<sup>3</sup>, Schilfert<sup>4</sup>, Streisand<sup>5</sup>, Obermann<sup>6</sup>, Engelberg<sup>7</sup> und an die Veröffentlichungen des unter Leitung von Hans Mottek stehenden Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie<sup>8</sup>, Berlin-Karlshorst, erinnert.

Diese fruchtbare Forschungsarbeit der Geschichtswissenschaft - und hierunter nicht zuletzt der Wirtschaftsgeschichtswissenschaft - der Deutschen Demokratischen Republik hat in den letzten Jahren einen sichtbaren Einfluß auf die westdeutsche bürgerliche Geschichts-

- 1 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart, Bd. 1, 1. T.: 1789 bis 1870, 6. verb. Aufl. Berlin 1954; derselbe, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961; Bd. 2: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870, Berlin 1962; Bd. 8: Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter, Berlin 1960; Bd. 9: Bürgerliche und halbfeudale Literatur aus den Jahren 1840 bis 1847 zur Lage der Arbeiter. Eine Chrestomathie, Berlin 1960; Bd. 10: Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien, Berlin 1960; Bd. 11: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1825 bis 1866, Berlin 1961.
- 2 Forberger, Rudolf, Die Manufaktur in Sachsen vom Ende des 16. Jahrhunderts bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1958. - Vgl. auch Rudolf Forbergers Rezension des hier zu besprechenden Buches von Reuter in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 10. Jg. 1962, S. 1954 - 1960.
- 3 Krüger, Horst, Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen, Berlin 1958.
- 4 Schilfert, Gerhard, Deutschland. 1648 - 1789, Berlin 1959 = Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Bd. 4.
- 5 Streisand, Joachim, Deutschland von 1789 - 1815, Berlin 1959 = ebenda, Bd. 5.
- 6 Obermann, Karl, Deutschland. 1815 - 1849, Berlin 1961 = ebenda, Bd. 6.
- 7 Engelberg, Ernst, Deutschland von 1849 - 1871, Berlin 1962 = ebenda, Bd. 7.
- 8 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 1, Berlin 1957; Bd. 2, Berlin 1964; Mottek, Hans/Blumberg, Horst, u. a., Studien zur industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960; Schröter, Alfred/Becker, Walter, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962; Blumberg, Horst, Die deutsche Textilindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1965; Baar, Lothar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966.

schreibung ausgeübt. Im Ergebnis dessen und im Zusammenhang mit dem wachsenden Interesse für den Verlauf der Industrialisierung in den heute industriell entwickelten Ländern im Hinblick auf die allseitige Entfaltung der Produktivkräfte in den ökonomisch schwachentwickelten Ländern entstand eine ganze Anzahl westdeutscher Veröffentlichungen.<sup>9</sup> Drei von ihnen schenken wir an dieser Stelle unsere besondere Aufmerksamkeit.

Betrachten wir die Arbeiten von Ritter, Reuter und Slawinger, so gilt es von vornherein anzumerken, daß sie sich nicht nur vom methodischen Herangehen wesentlich unterscheiden, sondern daß ihre Aussage und ihr wissenschaftlicher Wert ungleich zu beurteilen sind. Die Monographien Reuters und Slawingers, die sich etwa der gleichen Aufgabenstellung - der Untersuchung der Manufakturperiode in den fränkischen Fürstentümern Ansbach und Bayreuth bzw. in Kurbayern - widmen und hierbei auch aufgeschlossenen Orientierungspunkten aus früheren Arbeiten aus der Deutschen Demokratischen Republik<sup>10</sup> folgen, basieren auf einem breiten, mit Fleiß und Umsicht zusammengetragenen Quellenmaterial. Schon von daher sind diese beiden westdeutschen Publikationen interessant und für einen Historiker, der sich mit Fragen der Manufakturperiode, des Merkantilismus, der Krise des Feudalregimes und der Entstehung der ersten Fabriken in Deutschland beispielsweise befaßt, sehr aufschlußreich. Die marxistisch-leninistischen Historiker und Wirtschaftshistoriker werden nicht immer auf die sie bewegenden Fragen von den Verfassern eine direkte Antwort erhalten, aber sie bieten ihnen das verarbeitete Quellenmaterial doch in einer solchen aussagefähigen Form an, daß sie mehr über die Wirtschaft Kurbayerns und Frankens erfahren, als die Verfasser daraus entnehmen konnten oder wollten.

Reuter und Slawinger gelangen im Verlaufe ihrer Untersuchungen zu bemerkenswerten Einsichten und Ergebnissen über die gewerbliche Wirt-

<sup>9</sup> Vgl. u. a. Fischer, Wolfram, Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800 - 1850, Bd. 1, Berlin 1962; Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jh. Bericht über die 1. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Mainz, 4. - 6. März 1963, Stuttgart 1964 = Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6; Zorn, Wolfgang, Handels- und Industrie-geschichte Bayrisch-Schwabens 1648 - 1870, Augsburg 1961; Adelmann, Gerhard, Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Bonn 1962.

<sup>10</sup> Hierbei ist zu verweisen auf Forberger, Rudolf, a. a. O., und Krüger, Horst, a. a. O.

schaft der von ihnen erforschten Regionen. Dank ihrer Bemühungen werden weitere Lücken der Forschung über die Entwicklung der Manufakturindustrie im süddeutschen Raum geschlossen. Sie vermitteln ein detailliertes Bild und gewähren einen im Vergleich zu den bisherigen Publikationen tieferen Einblick in wesentliche Fragen des Wirtschaftslebens Deutschlands des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts.

Ritter sucht die preußische Industrieförderung während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts systematisiert darzustellen, aber im Unterschied zu den beiden vorher erwähnten Werken fußt seine Arbeit nicht auf der Auswertung von Archivmaterial. Da Ritter die **s t a a t l i c h e** Wirtschaftspolitik zum Gegenstand seiner Betrachtung wählt, ist das zweifellos als ein Mangel der Arbeit anzusehen. Dies um so mehr, da er auch der zeitgenössischen Literatur, vor allem den Periodica, nur eingeschränkte Aufmerksamkeit schenkt. Quellenmäßig ist so die Rittersche Abhandlung weniger fundiert abgesichert, als das für die Arbeiten Slawingers und Reuters gilt. Darüber hinaus geht es Ritter nicht in erster Linie darum, die Entwicklung der preußischen Wirtschaftspolitik zu klären, speziell ausgerichtet auf die Förderung der Industrie, sondern er will von vornherein dieses historische Material für einen aktuellen Zweck nutzen. Schon im Geleitwort, das von Erich Egner geschrieben wurde, erfährt der Leser, daß es bei dieser Arbeit um nichts weniger geht, als die sogenannten Entwicklungsländer davor zu bewahren, "auf das nur allzu plausibel erscheinende Rezept einer kommunistischen Industrialisierungspolitik" zu verfallen (Ritter, S. 5).<sup>11</sup> Diese von vornherein gegebene antikommunistische Grundkonzeption gereicht Ritters Arbeit ebenfalls nicht zum Vorteil. Dieser Grundschwächen der Arbeit muß sich der Leser von vornherein bewußt sein. Dann wird er aber auch bei Ritter eine ganze Reihe interessanter Fakten zur Problematik der staatlichen Wirtschaftspolitik Preußens in der von ihm behandelten Zeit finden, aber häufig kann er sich hierbei nicht auf eine exakte Wiedergabe verlassen. Insoweit besteht der Wert der Ritterschen Untersuchung vor allem in der Systematisierung bestimmter Seiten der preußischen Wirtschaftspolitik, auf die wir später noch etwas näher eingehen werden. Auf keinen Fall ist diese Arbeit das, was

11 Sämtliche Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sind sie jeweils mit dem Verfassernamen gekennzeichnet.

ihr Verfasser auf der letzten Seite behauptet: eine "ausführliche Darstellung der preußischen Industrieförderung" (Ritter, S. 166).

Eine Grundschwäche haben alle diese drei Arbeiten gemeinsam: Sie verbannen die Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Klassen des damaligen Deutschlands weitgehend aus ihrer Betrachtung und vermögen so alle drei oft nicht tief genug in den historischen Entwicklungsprozeß einzudringen. Sie bleiben bei der Klärung bestimmter Erscheinungen oder Veränderungen im historischen Prozeß häufig an der Oberfläche und dringen nicht in das Wesen ein. Alle drei gehen von einem unwissenschaftlichen Staatsbegriff aus und fassen der Staat nicht in seiner klassenmäßigen Bedingtheit.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen wollen wir uns noch einigen Seiten dieser drei Arbeiten im konkreten zuwenden, ohne dabei die ganze Fülle der von den drei Publikationen aufgeworfenen Fragen erfassen zu wollen. Die Art und Weise, in der Ritter historische Tatsachen behandelt, wird uns hierbei zwingen, seiner Arbeit etwas mehr im Detail zu folgen.

Bei der Auswertung der Untersuchungsergebnisse von Slawinger und Reuter für die Entwicklung der deutschen Manufakturindustrie gegen Ende des 18. Jahrhunderts erweist es sich als ein Vorzug, daß beide den Manufakturbegriff so deuten, daß er dem marxistischen Terminus nahekommt. Slawinger schreibt beispielsweise als Ergebnis seiner Begriffsbestimmung: "Zwei Elemente konstituieren also den Begriff der Manufaktur: die innerbetriebliche Arbeitsteilung und das Vorherrschen der Handarbeit" (Slawinger, S. XVII). Der marxistische Manufakturbegriff, der darüber hinaus den kooperativen Charakter der Arbeit in der Manufaktur hervorhebt und auf den handwerklichen Charakter der Technik in der Manufaktur verweist, erfaßt den ökonomischen Inhalt dieser Produktionsorganisation viel klarer. Außerdem vermeidet er jene begriffliche Enge, in der Slawinger wie Reuter befangen bleiben, die innerbetriebliche Arbeitsteilung nur innerhalb eines zentralisierten Unternehmens für die Manufaktur gelten zu lassen. So schalten beide die dezentralisierte Manufaktur weitgehend aus ihrer Betrachtung aus. Darüber hinaus mißdeuten sie den marxistischen Terminus der "dezentralisierten Manufaktur", was Slawinger am sichtbarsten zum Ausdruck bringt, wenn er unterstellt, daß die marxistischen Wirtschaftshistoriker den kapitalistischen Verlag mit der dezentralisierten Manufaktur gleichsetzen (Slawinger, S. XV

Anm. 7). Auf diese Weise erfassen beide Autoren nur den entwickeltesten, reifsten Teil der Manufakturindustrie ihrer Untersuchungsgebiete. Noch bedauerlicher ist, daß sie darüber hinaus nicht den gesamten Bereich der damaligen Manufakturindustrie in ihre Untersuchung einbeziehen. Dies trifft vor allem für Slawinger zu, der ausdrücklich zwischen sogenannten primären Großbetrieben und sekundären unterscheidet. "Zu diesen primären Großbetrieben gehören vor allem die Betriebe des Bergbaus, die Salinen, die Hütten- und Hammerwerke, die Münzstätten und vielfach die Glashütten und die keramischen Manufakturen sowie teilweise die Papiermühlen, die Getreidemühlen und die Druckereien" (Slawinger, S. XVII). Von sekundären Formen spricht er dann, wenn es sich um vorindustrielle großbetriebliche Produktion in alten und neu entstehenden Produktionszweigen handelt (Slawinger, S. XVII). Sein Untersuchungsfeld gilt nun diesen sogenannten sekundären Formen, wobei er allerdings auch nicht konsequent verfährt, da er die Glashütten und feinkeramischen Manufakturen, die nach ihm ja zu der ersten Gruppe gehören, mit in die Betrachtung einbezieht. Alle die Leser, die an einem Gesamtbild der damaligen großgewerblichen Produktion interessiert sind, werden diese Einschränkung sicherlich bedauern. Dies um so mehr, weil diese Einteilung etwas willkürlich erscheint. Es wird hier der Eindruck erweckt, als wäre bei diesen Produktionsbereichen die arbeitsteilige Kooperation eine ihnen innewohnende Existenzbedingung. Historisch gesehen läßt sich nur feststellen, daß die sogenannten primären Bereiche der großgewerblichen Wirtschaft verhältnismäßig früh schon auf Grund der technischen Entwicklung, auf Grund der Erfordernisse der Produktivkräfte zur Manufakturindustrie tendierten, aber selbst zu Beginn des 19. Jahrhunderts lassen sich viele Beispiele dafür anführen, daß selbst in der Metallurgie und im Bergbau eine stattliche Anzahl von Betrieben existierten, die hinsichtlich ihrer Ausstattung und ihrer Arbeitskräftezahl mehr dem Handwerk zugerechnet werden müssen.<sup>12</sup> Selbst Reuter, der allerdings im wesentlichen bei seiner Darstellung ähnlich verfährt (Reuter, S. 48 f.), aber ebenfalls nicht konsequent, weist für die fränkischen Fürstentümer dar-

12 Vgl. dazu u. a. Adelmann, Gerhard, a. a. O., S. 23; Borries, Kara v., Das Puddelverfahren in Rheinland und Westfalen, volkswirtschaftlich betrachtet, rechts- u. staatswiss. Diss. Düsseldorf 1929, S. 13 ff.; Schuchard, Adolf, Die Entwicklung des Siegerländer Erzbergbaues und der Eisenindustrie seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung ihrer Wettbewerbsverhältnisse, wirtschafts- u. sozialwiss. Diss. Düsseldorf 1926, S. 14 ff.

auf hin, daß bei den dortigen Hütten- und Hammerwerken vorindustrielle Großbetriebe nicht vorhanden gewesen seien (Reuter, S. 54 f.).

Obwohl Slawinger und ebenfalls Reuter auf diese Weise in ihren Abhandlungen nicht die gesamte Manufakturindustrie erfassen, ermitteln sie für ihre Untersuchungsgebiete eine bemerkenswerte Anzahl von Manufakturgründungen. So wurden zwischen 1740 und 1833 in Kurbayern 209 zentralisierte Manufakturen (Slawinger, S. 3) und in den fränkischen Fürstentümern Ansbach und Bayreuth zwischen 1680 und 1830 98 ins Leben gerufen (Reuter, S. 10). Selbst wenn die Schwierigkeiten in Rechnung gestellt werden, die dem Forscher gerade bei einer exakten quantitativen Ermittlung der Manufakturindustrie entgegentreten, und von daher Zweifel an der Stichhaltigkeit der so ermittelten Zahlen angemeldet werden mögen, so steht dem doch entgegen, daß beide Verfasser mit hoher Sorgfalt an die Auswertung ihres Materials herangegangen sind. Außerdem sind vor allem jene kleinen Manufakturunternehmen, die aus dem handwerklichen Bereich erwachsen, und jene, die sehr kurzlebig waren, nur noch schwer aufzuspüren. Berücksichtigen wir weiterhin, daß beide Autoren die dezentralisierte Manufaktur weitgehend unbeachtet ließen, so muß man sogar annehmen, daß für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft, den sie untersuchten, die von ihnen ermittelten Manufakturgründungen als Minimalwerte anzusehen sein werden.

Sowohl nach der Zahl der Betriebe als auch nach ihrem Anteil an den Manufakturarbeitern stand in Kurbayern die Glaserzeugung- und -verarbeitung an der Spitze. Sie umfaßte fast 35 Prozent der Betriebe und knapp 30 Prozent der Beschäftigten (Slawinger, S. 5). An zweiter Stelle folgt dann die Textilfertigung mit 16 Prozent der Betriebe und rund 23 Prozent der Beschäftigten (Slawinger, S. 5). Hingegen dominierten in den fränkischen Fürstentümern mit Abstand die Textilmanufakturen, die rund 45 Prozent der Betriebe und 55 Prozent der Arbeitskräfte auf sich vereinigten. Die zweite Gruppe bildet aber dann auch die Glasverarbeitung mit fast 14 Prozent der Betriebe und fast 10 Prozent der Beschäftigten, aber in der gleichen Größenordnung bewegten sich hier auch die Tabakmanufakturen (Reuter, S. 10). Strukturell bestätigt sich hier in etwa das Bild, das Forberger für die sächsische Manufakturindustrie zeichnete, der auch für Sachsen die Textilmanufakturen als die größte Gruppe der Manufakturbetriebe ermittelte.<sup>13</sup> Wenn Kurbayern hierbei abweicht, so ergäbe sich dies

<sup>13</sup> Forberger, Rudolf, a. a. O., S. 36.

wahrscheinlich nicht mehr, wenn Slawinger auch die dezentralisierten Betriebe mit erfaßt hätte (Slawinger, S. 159). Die Übereinstimmung in wichtigen Fragen mit den Untersuchungsergebnissen über die Entwicklung der sächsischen Manufakturindustrie beziehen sich jedoch nicht nur auf die strukturelle Frage. "Die Zeit zwischen 1763 und der Wende zum 19. Jahrhundert wurde zur Blütezeit der sächsischen Manufaktur."<sup>14</sup> Für Kurbayern muß vor allem das letzte Drittel des 18. Jahrhunderts als eine Zeit regerer Manufakturgründung angesehen werden (Slawinger, S. 73). In dieser Zeit hielten sich auch die Zahlen über die Liquidierung bestehender Manufakturen noch verhältnismäßig niedrig. Die absolut zahlreichsten Manufakturgründungen finden wir in Bayern zwar vor allem nach der Jahrhundertwende, aber hier nimmt zugleich der Verfall der bayrischen Manufakturindustrie rapide zu, der dann seinen Höhepunkt im vierten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts findet (Slawinger, S. 303 f.). "Bis zum Beginn des ersten Koalitionskrieges gegen Frankreich war die Lage der Ansbach-Bayreuther Manufakturen aller Produktionszweige jahrzehntelang durchweg - mit wenigen Ausnahmen - durch Aufschwung und blühenden Absatz gekennzeichnet" (Reuter, S. 18), und als Hauptgründungsperiode ermittelt Reuter die Zeit zwischen 1792 und 1806 (Reuter, S. 11). Um 1800 zählten die beiden Fürstentümer 49 zentralisierte Manufakturen mit zirka 2000 zentralisierten Arbeitern (Reuter, S. 144). Beide Arbeiten bestätigen also, daß sich die Ausdehnung der Manufakturindustrie im Verlaufe der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Deutschland beschleunigt hatte und daß sich damit die Tendenz zum Kapitalismus im Schoße der Feudalordnung sichtbar verstärkte. Schilfert hat in diesem Zusammenhang ja bereits darauf hingewiesen, daß sich in dieser Zeit eine Beschleunigung der industriellen Entwicklung in Deutschland abzeichnete, die "neue Züge" angenommen habe.<sup>15</sup> Vom Standpunkt der heutigen Begriffsbestimmung des Terminus "Industrie" ist damit selbstverständlich eine Beschleunigung der Entwicklung der großgewerblichen oder, sozialökonomisch präziser, der kapitalistisch gesteuerten und kapitalistisch beherrschten gewerblichen Produktion gemeint. Die raschere Vermehrung der Zahl der Manufakturen, sowohl zentralisierten als auch dezentralisierten Typus, und ihr Vordringen in neue Produktionszweige war vor allem im letzten Drittel des 18.

14 Ebenda, S. 301.

15 Schilfert, Gerhard, Deutschland von 1648 bis 1789, in: Deutsche Geschichte in drei Bänden, Bd. 1, Berlin 1965, S. 698.

Jahrhunderts selbst für Gebiete in Deutschland zutreffend, von denen man es bislang nicht angenommen hatte. Slawinger betont zwar, daß "in der vorindustriellen Epoche ... der großgewerbliche Entwicklungsstand Kurbayerns ... niedriger als jener der meisten anderen deutschen Territorialstaaten" war (Slawinger, S. 59), aber daß seine Untersuchung doch "das bisherige ... Urteil über die außerordentliche Rückständigkeit Kurbayerns in seiner großgewerblichen Entwicklung zu modifizieren" (Slawinger, S. 4) in der Lage sei. Im Vergleich zu den Untersuchungsergebnissen Forbergers für Sachsen gelangt Reuter zu folgender Feststellung: "Berücksichtigt man die dreifache Größe Kursachsens und setzt ungefähr gleiche Bevölkerungsdichte und Betriebsgröße voraus, so stellt sich als erstaunliches Resultat für die Ansbach-Bayreuther Fürstentümer ein mindestens gleich starker Grad großgewerblicher Entwicklung wie für Kursachsen heraus, das damals eines der fortgeschrittensten Wirtschaftsgebiete auf deutschem Boden war" (Reuter, S. 9 f.).

Der außeragrarisches Sektor der materiellen Produktion war offensichtlich spätestens seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auch in Deutschland in eine Entwicklungsphase getreten, die Marx als Manufakturperiode kennzeichnete. Die sich herausbildende Klasse der Bourgeoisie gewann wachsende Positionen in der materiellen Produktion, und die Zahl der in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts gegründeten Manufakturen ging weit weniger auf staatliche Initiativen zurück. Auch das bestätigen Slawinger und Reuter. "Ein erstarkendes bürgerliches Element drängte somit bereits im 18. Jahrhundert auf wirtschaftlichem Gebiet zu neuen Formen, wohlwollend - wenn auch aus anderen Zielsetzungen heraus - vom Landesherrn unterstützt" (Reuter, S. 77). In Kurbayern traten vor allem Händler im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts stark als Gründer von Manufakturen auf, und etwa zur gleichen Zeit begannen auch die Handwerker eine größere Rolle unter den Manufakturgründern zu spielen (Slawinger, S. 25 f.). Bei den fränkischen Manufakturen stammte ebenfalls die Mehrzahl der Gründer aus dem Handelskapital, aus den Kreisen von Verlegern und Handwerkern (Reuter, S. 74 ff.).

Für die "neuen Züge" der industriellen Entwicklung ist nicht nur die abnehmende Rolle der staatlichen Initiative bei den Manufakturgründungen charakteristisch, sondern auch die sich ändernde Absatzorientierung der Manufakturindustrie. Wie schon Forberger für Sach-

sen<sup>16</sup>, so weisen auch Slawinger und Reuter für die von ihnen untersuchten Territorien nach, daß nicht mehr der Heeres- und Luxusbedarf von Staat und Herrscher, sondern der "zivile" Massenabsatz für die Entfaltung der Manufakturindustrie bestimmend wurde (Slawinger, S. 16, Reuter, S. 112 f.). Deshalb war eben während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auch in Kurbayern die Manufaktur "also kein künstliches Produkt des Merkantilismus, sondern behauptete sich auch in der Ära des wirtschaftlichen Liberalismus" (Slawinger, S. 11).

In diesem Zusammenhang von Manufakturperiode zu sprechen, bedeutet selbstverständlich nicht, wie uns die bürgerlichen Historiker stets unterstellen, um Marx - ohne ihn offenbar gelesen zu haben - zu widerlegen, daß damit die gewerbliche Produktion von der Manufaktur beherrscht wurde. Dies war zu keiner Zeit und in keinem Lande während der Manufakturperiode der Fall, und die Ursachen für diesen Tatbestand hat bereits Marx vor hundert Jahren aufgeheilt.<sup>17</sup> Von Manufakturperiode zu sprechen, bedeutet nichts anderes, als daß die arbeitsteilige Kooperation auf der Basis der Handarbeit nicht nur zu der gegebenen Zeit die höchste Stufe der Arbeitsproduktivität und der kapitalistischen Produktionsorganisation verkörperte, sondern daß diese Betriebsform innerhalb der gewerblichen Produktion eine solche Verbreitung gefunden hatte, daß sie einen volkswirtschaftlich bedeutenden Faktor darstellte - und das war für den Entwicklungsweg der kapitalistischen Produktionsweise überaus wichtig. Sowie die Manufakturindustrie eine solche Ausdehnung erlangte, bereitete sie in vielfältiger Hinsicht den Boden für den Übergang zur maschinellen Großindustrie. Der enge Zusammenhang zwischen Manufakturindustrie und nachfolgender Fabrikindustrie, den Marx im "Kapital" eindeutig nachgewiesen hat<sup>18</sup>, wird oft von bürgerlicher Seite bestritten.

Diese entwicklungsgeschichtlich so bedeutsame Kontinuität zwischen Manufaktur und Fabrik tritt auch in Kurbayern und in den fränkischen Fürstentümern unmittelbar in Erscheinung. "Schätzungsweise ist also einem Sechstel aller am Ende des Untersuchungszeitraums noch bestehenden - bzw. einem Zehntel aller zwischen 1740 und 1833 tätigen -

16 Forberger, Rudolf, a. a. O., S. 36 u. 301.

17 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 390.

18 Ebenda, S. 368 ff.

Manufakturen in Kurbayern der Übergang zur Fabrik gelungen" (Slawinger, S. 68). Von den 98 Manufakturen, die zwischen 1680 und 1830 nach Reuter in den fränkischen Fürstentümern gegründet wurden, glückte 15, also ebenfalls fast einem Sechstel, der Übergang zur Fabrik (Reuter, S. 152). Slawinger weist zu Recht darauf hin, daß sich die vorbereitende Wirkung der Manufakturindustrie für die Industrialisierung keineswegs in dieser unmittelbaren Überleitung der Manufaktur in die Fabrik erschöpfte (Slawinger, S. 68 ff.). Doch Slawinger möchte der irrigen bürgerlichen Auffassung nicht entschieden widersprechen, weshalb er sehr vorsichtig formuliert: "Dieses Ergebnis kann die bisher in der Literatur überwiegend vertretene Ansicht, die Manufakturen hätten keinen Beitrag zur Industrialisierung geleistet, zwar nicht völlig umstoßen, aber modifizieren" (Slawinger, S. 68), und an anderer Stelle bemerkt, daß "zwischen dem vorindustriellen Großbetrieb, der Manufaktur, und dem industriellen Großbetrieb, der Fabrik, in Kurbayern doch ein engerer Zusammenhang bestand, als man bisher glaubte" (Slawinger, S. 11). Hingegen vermag Reuter diese wesentliche Frage nicht zu erfassen und bleibt der herrschenden bürgerlichen These der Diskontinuität von Manufakturindustrie und maschineller Großindustrie letztlich verhaftet, obwohl sein eigenes Tatsachenmaterial vom Gegenteil zeugt (Reuter, S. 152 ff.).

Sowohl Slawinger als auch Reuter haben faktisch mit ihrer Untersuchung den Nachweis der Manufakturperiode in Deutschland für ihre Regionalgebiete erbracht, wenngleich sie in dieser Frage nicht gegen die vorherrschende bürgerliche Negierung des Terminus "Manufakturperiode" auftreten wollten. Bei Slawinger spielt diese Frage keine Rolle, den Begriff "Manufakturepoche" verwendet er lediglich in einer Anmerkung (Slawinger, S. XVII Anm. 13). Aber dafür versucht er - was wertvoller ist -, in etwa zu ermessen, welche Rolle die Manufakturindustrie in der bayrischen gewerblichen Wirtschaft am Ende des 18. Jahrhunderts spielte. Hierbei ist nun interessant, daß er faktisch auch zumindest einen Teil des Bereichs der dezentralisierten Manufaktur erfaßt. Er schreibt: "Um den Beschäftigungseffekt der Manufakturen zu ermitteln, muß man wegen der engen Verbindung zwischen Manufaktur und Verlag auch die von den Manufakturen außerhalb der zentralen Betriebsstätten beschäftigten Handwerker und Heimarbeiter berücksichtigen" (Slawinger, S. 62). Nach ihm beanspruchten die Manufakturbeschäftigten um 1770 etwa anderthalb

Prozent der Erwerbstätigen im Gewerbe und im Handel (Slawinger, S. 62). 1790 besaß Kurbayern etwa siebzig Manufakturen mit einem Produktionswert von rund 1 Million Gulden, das entsprach etwa 30 Prozent des Produktionswertes des kurbayrischen Handwerks (Slawinger, S. 63). Hingegen betrug die Verlagsproduktion zur gleichen Zeit "das Doppelte bis Dreifache der Manufakturproduktion" (Slawinger, S. 64). Damit wäre der Grad der kapitalistischen Durchdringung der gewerblichen Wirtschaft Kurbayerns gegen Ende des 18. Jahrhunderts nicht niedrig gewesen. Abschließend kommt Slawinger zu der Schlußfolgerung: "Die Zahl der Manufakturen war in Kurbayern weit größer und die handwerkliche Produktionsweise weniger dominierend, als bisher angenommen wurde" (Slawinger, S. 72).

Reuter hingegen wendet sich entschieden gegen den Terminus "Manufakturperiode", obgleich er sie faktisch selbst für sein Untersuchungsgebiet nachweist. Zunächst konstatiert Reuter, daß das allgemeine Urteil bestätigt wird, "daß die Betriebsform der Manufaktur - gemessen an der Gesamtzahl der Gewerbebetriebe - nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat" (Reuter, S. 144). Doch Reuter ist klug genug, um zu erkennen, welche lächerliche Gegenüberstellung hier gewählt wurde, die ökonomisch keine Aussagekraft besitzt. Ginge man in der nachfolgenden "Fabrikperiode" analog vor und stellte den Fabriken die Gesamtzahl der Betriebe des nichtagrarischen Sektors gegenüber, dann könnte man bis über das 19. Jahrhundert hinaus die Bedeutungslosigkeit der Fabrik konstatieren. Deshalb stellt Reuter nachfolgend denn auch fest: "Dieses Ergebnis wird allerdings nicht unwesentlich korrigiert, wenn man den Versuch unternimmt, nach dem wertmäßigen Anteil an der gewerblichen Gesamterzeugung zu fragen. Trotz aller Vorbehalte, die das fast ausnahmslose Fehlen zahlenmäßiger Anhaltspunkte vorschreibt, kann immerhin behauptet werden, daß dem Manufaktursektor um 1800 mit einem jährlichen Bruttoproduktionswert von schätzungsweise 600 000 - 1 000 000 fl. selbst gegenüber dem allgemein herrschenden Verlagssystem eine höhere Bedeutung für den Volkswohlstand der fränkischen Fürstentümer zukam, als nach einer Betrachtung, die nur die Zahl der Gewerbebetriebe berücksichtigt, zu erwarten wäre" (Reuter, S. 144). Es ist um so bemerkenswerter, daß er zu diesem Ergebnis kommt, da er, wie dies von bürgerlicher Seite die Regel ist, die dezentralisierte Manufaktur nahezu unberücksichtigt läßt. Sein dargebotenes Quellenmaterial läßt jedoch mit Sicherheit vermuten, daß auch in Mittelfranken die-

se Form der Manufaktur gar nicht so selten war (Reuter, S. 54, 142 f.). Teilweise erfaßt jedoch Reuter diese von ihm theoretisch ge-  
leugnete Betriebsform, wie es sein "Tabellarium der Ansbach-Bayreuther Manufakturen" am sichtbarsten offenbart (Reuter, S. 160 ff.). Doch Reuter vermag nicht, über seinen bürgerlichen Schatten zu springen, so daß er trotz seines faktischen Beweises für die Manufakturperiode zu der Feststellung gelangt, daß "bestenfalls jene Zeit als 'Verlagsperiode', aber keinesfalls als 'Manufakturperiode' gekennzeichnet werden kann" (Reuter, S. 142).

In der feudalen Welt des politisch und wirtschaftlich zerrissenen Deutschlands des 18. Jahrhunderts waren die Lebensbedingungen für die Manufakturindustrie nicht die günstigsten. Das bestätigen auch die Arbeiten von Slawinger und Reuter, wenngleich man gewünscht hätte, daß sie dieser Frage noch etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Dabei waren offensichtlich in Kurbayern die hemmenden Momente infolge der allgemein größeren Rückständigkeit und der hier stärker dominierenden Stagnationstendenzen im Wirtschaftsleben überhaupt, aber vor allem im Hauptbereich der materiellen Produktion, der Landwirtschaft, stärker (Slawinger, S. 69). Die Arbeitsproduktivität, schreibt Slawinger, habe sich in der kurbayrischen Landwirtschaft im Verlaufe des 18. Jahrhunderts kaum verändert (Slawinger, S. 51). So mußten deshalb in Kurbayern die Manufakturen "mit dem inländischen Handwerk und mit den ausländischen Produzenten um eine begrenzte Nachfrage konkurrieren" (Slawinger, S. 51). Auswärtige Märkte spielten bei ihnen eine geringere Rolle als für die sächsischen<sup>19</sup> und fränkischen Manufakturen (Reuter, S. 114 f.), denn Slawinger stellt für die meisten Manufakturen in Kurbayern eine Binnenmarktorientierung fest (Slawinger, S. 59). Dies bedeutet nicht, daß die bayrische Manufakturindustrie für den gewerblichen Export Bayerns, der allerdings nicht sehr hoch zu veranschlagen ist, keine Rolle gespielt habe (Slawinger, S. 67).

So war die Gründung der Manufaktur vielfach ein Abenteuer, dessen Gelingen von vielerlei Umständen abhing und nicht zuletzt von den Fähigkeiten und der Kapitalausstattung der Gründer wesentlich beeinflußt wurde. Wie Reuter für Mittelfranken feststellte, kamen die meisten der bürgerlichen Fabrikanten - die ja auch in Kurbayern den Hauptteil der Manufakturgründer stellten - aus dem unteren Mittel-

<sup>19</sup> Forberger, Rudolf, a. a. O., S. 301.

stand, und so war allgemein für die Mehrzahl der Manufakturen die zu geringe Kapitalausstattung einer der wesentlichsten Geburtsfehler, der zum baldigen Untergang der Betriebe führte (Reuter, S. 104). Jene Kreise des Handelskapitals, die über größere Geldfonds verfügten, waren bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts nicht sehr geneigt, diesen Manufakturen ihr Geld in Kreditform oder auch durch eine eigene Gründung anzuvertrauen. "Bei den meisten Manufakturen waren die Gewinnaussichten im Hinblick auf das hohe Produktions- und Marktrisiko aber zu gering, als daß sie für eine derart langfristige Bindung des Kapitals besonders geeignet gewesen wären" (Slawinger, S. 42). Und Reuter schreibt, daß die Anlage des Kapitals in den Manufakturen zu riskant schien und es deshalb lieber dem Grundbesitz anvertraut und in Staatspapieren angelegt wurde (Reuter, S. 101). Auch die Gewinnung der für die Manufakturproduktion erforderlichen Arbeitskräfte stieß in beiden Gebieten auf erhebliche Schwierigkeiten. Dies betraf vor allem die gelernten Arbeitskräfte, die zwar in all diesen Manufakturen nur eine Minderheit darstellten, aber dafür entscheidend den Produktionsprozeß beeinflussten (Slawinger, S. 31). Die Herrschaft der Zünfte und ihr Widerstand gegen die Manufakturen erschwerten den Übergang erfahrener Handwerker in die Manufaktur vor allem in den fränkischen Fürstentümern wesentlich (Reuter, S. 96, Slawinger, S. 37). Die Mehrzahl der Arbeitskräfte in den Manufakturen stellten jedoch die ungelernten Kräfte, an denen es keinen Mangel gab (Reuter, S. 95). Hier nutzten darüber hinaus die Manufakturiers des ausgehenden 18. Jahrhunderts in starkem Maße die Arbeitskräfte der Frauen und Kinder aus. Slawinger und Reuter bestätigen beide, daß, worauf Jürgen Kuczynski bereits einmal hingewiesen hatte<sup>20</sup>, sich schon die Manufakturindustrie der kindlichen Arbeitskraft in nicht geringem Maße bediente (Reuter, S. 97, Slawinger, S. 31). Die soziale Lage dieser ersten Keimformen der deutschen Arbeiterklasse, die dann im Ergebnis der industriellen Revolution in Deutschland während des 19. Jahrhunderts entstand, war auch in Kurbayern und in Mittelfranken äußerst schlecht. Die Manufakturbeschäftigten fristeten, wie Reuter meint, sowohl wirtschaftlich als auch sozial eine unsichere Existenz (Reuter, S. 91). Der Lohn der Masse der Manufakturarbeiter reichte in Kurbayern nicht aus, um die notwendigsten Bedürfnisse

<sup>20</sup> Kuczynski, Jürgen, Geschichte der Kinderarbeit in Deutschland 1750 - 1939, Bd. 1: Geschichte, Berlin 1958, S. 92.

des Arbeiters, schon gar nicht seiner Familie, zu decken (Slawinger, S. 33). Und Slawinger betont ausdrücklich, daß die Manufaktur dem Arbeiter "aber natürlich keine Existenzsicherung" bot (Slawinger, S. 35). In Kurbayern kam noch hinzu, daß das allgemein niedrige Lohnniveau und die wenigen Ausweichmöglichkeiten für die Arbeitskräfte aus dem ungelernten Bereich sowie die vielfach wirtschaftlich bedrängte Lage der Manufakturen das Lohnniveau der Arbeiter negativ beeinflussten (Slawinger, S. 32). Um so kurioser wirkt es dann, wenn Slawinger nach all diesen richtigen Feststellungen zu der "fundamentalen Entdeckung" gelangt, daß der Eindruck seines Quellenstudiums nicht dahin ginge, "daß die Manufakturarbeiter in Kurbayern von den Unternehmern generell und in zunehmendem Umfang ausgebeutet wurden" (Slawinger, S. 34). Er meint, nur in zwei Fällen könne er eine bewußte Ausbeutung der Arbeiter ziemlich eindeutig nachweisen (Slawinger, S. 34).

Die Quellen für die Manufakturarbeiter waren auch in Kurbayern und Mittelfranken die gleichen wie in anderen Gebieten Deutschlands. Es ergibt sich in Kurbayern zu Mittelfranken nur insoweit ein Unterschied, als der Anteil der Ausländer unter den Gründern, aber auch unter den Facharbeitern erheblich größer war (Slawinger, S. 27, 30 f.). Für die Masse der Manufakturarbeiter, insbesondere den ungelernten Teil, trifft das zu, was Reuter wie folgt zum Ausdruck bringt: "Der sozialen Herkunft nach kamen die meisten der Manufakturarbeiter aus den armen und ärmsten Volksschichten, denen zu dieser Tätigkeit nur die Alternative des Bettelns blieb, während die Facharbeiter zumeist aus dem unteren Mittelstand kamen. Eine erhebliche Rolle spielten darüber hinaus Waisenkinder und Zwangsarbeiter der Strafanstalten" (Reuter, S. 86).

Vor allem im 18. Jahrhundert spielten in den fränkischen Fürstentümern wie in Kurbayern der Staat und seine Wirtschaftspolitik eine nicht unwesentliche Rolle für das Entstehen vieler Manufakturen und für die Entwicklung der Manufakturindustrie überhaupt. Schon die fehlende  Gewerbefreiheit machte den staatlichen Eingriff durch die Erteilung der Konzession unabänderlich. Auch in Kurbayern und in den fränkischen Fürstentümern bewahrheitete sich die Marxsche Hervorhebung, daß auf dem europäischen Kontinent vielfach das Kapital für die ersten kapitalistischen Manufakturen der Staatskasse entstammte.<sup>21</sup> Zwischen 1740 und 1800 haben die bayrischen Landesherren

21 Marx, Karl, a. a. O., S. 785.

etwa 1 Million Gulden in den inländischen Manufakturen investiert (Slawinger, S. 44), und Slawinger meint, daß im 18. Jahrhundert der Staat sogar den größten Teil der Investitionsmittel aufgebracht hätte (Slawinger, S. 42). Erst seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und noch stärker während der ersten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts trat das Handelskapital aktiver bei der Finanzierung der Manufakturindustrie in Kurbayern in Erscheinung, so daß für den gesamten Untersuchungszeitraum von 1740 bis 1830 Slawinger meint, daß staatliches Kapital und Handelskapital etwa zu gleichen Teilen an der Finanzierung beteiligt gewesen waren (Slawinger, S. 42).

Die Darstellung der Rolle des bayrischen Staates als Finanzier und Kreditgeber der Manufakturindustrie könnte den Eindruck erwecken, als ob die merkantilistische Wirtschaftspolitik Kurbayerns besonders erfolgreich gewesen wäre, aber das ganze Gegenteil trifft zu. Slawinger trifft darüber folgendes Urteil: "Außerdem hat die merkantilistische Manufakturpolitik wohl in keinem anderen Land bei so geringer Intensität so negative Auswirkungen gehabt wie in Kurbayern" (Slawinger, S. 59). Im einzelnen weist Slawinger darauf hin, wieviel Unfähigkeit und Dilettantismus der merkantilistischen Manufakturpolitik in Bayern zugrunde lagen, daß sie ferner oft ganz andere Zielsetzungen verfolgte als offiziell vorgegeben wurde. Eine nicht geringe Rolle spielte die Ausplünderung der Staatskasse durch die höhere Beamtschaft im Bunde mit einigen Handelskapitalisten über den Umweg der Manufakturgründung (Slawinger, S. 47 f.). Auch in den fränkischen Fürstentümern spielte die finanzielle Unterstützung des Staates eine große Rolle (Reuter, S. 102). Doch scheinen hier die Markgrafen eine etwas glücklichere Hand bei der Unterstützung und Kreditierung von Manufakturen gehabt zu haben, wobei - Reuter weist ausdrücklich darauf hin - die Einnahmeerhöhung ein wesentliches Motiv für die Beteiligung des Fiskus an den dortigen Manufakturen war (Reuter, S. 149). Wenn sowohl in Kurbayern als auch in Mittelfranken der Staat und die Landesherren gewissermaßen als Geburtshelfer der Manufakturindustrie auftraten, so blieb ihre Rolle als Gründer von Manufakturen doch recht bescheiden, und so bestätigen sich auch die bereits von Forberger aus Sachsen gewonnenen Ergebnisse. Hierzu äußert sich Reuter: "Immerhin werden die Feststellungen Forbergers für Kursachsen und Haases für Schleswig-Holstein, der Landesherr habe als unmittelbarer Gründer von Manufakturen vielfach nur eine untergeordnete Rolle gespielt, auch für die Fürstentü-

mer Ansbach und Bayreuth bestätigt" (Reuter, S. 73). Hingegen waren "von den 209 insgesamt erfaßten Manufakturen (im Untersuchungszeitraum von 1740 bis 1833) ... nur 10 Gründungen der bayrischen Fürsten" (Slawinger, S. 23).

Im ganzen bestätigen jedoch auch Reuter und Slawinger, daß trotz dieser Fäulnis, die die zum Untergang verurteilte Feudalgesellschaft in Deutschland im zu Ende gehenden 18. Jahrhundert verbreitete und die Jürgen Kuczynski so beredt und ausdrucksvoll dargestellt hat<sup>22</sup>, dieses Deutschland damals eben zu jener kleinen Ländergruppe gehörte, in der die Elemente des Kapitalismus sich bereits verhältnismäßig stark entwickelt hatten und zum Durchbruch drängten. Überschautes man die Ergebnisse der hier genannten Arbeiten zusammen mit denen von Krüger, Forberger, Haase und Fischer<sup>23</sup>, so gewinnt man doch den Eindruck, daß das Niveau der kapitalistischen Entwicklung im Rahmen der Feudalordnung für Deutschland bisher unterschätzt worden ist. Man kann erwarten, daß nach Fertigstellung weiterer Regionaluntersuchungen für Deutschland ein Ergebnis erzielt wird, das die vorherrschende Meinung des wesentlichen Zurückbleibens Deutschlands gegenüber Frankreich im 18. Jahrhundert korrigiert.

Sicherlich wird sich an der bisher bestehenden Einschätzung insoweit nichts ändern, daß Deutschland auch am Ende des 18. Jahrhunderts noch hinter dem wirtschaftlichen Niveau Frankreichs zurückblieb, aber die Entwicklungsdifferenz dürfte für die Zeit des "Ancien Régime" nicht so groß gewesen sein, wie das bislang zumeist angenommen wurde.

Sowohl Reuter als auch Slawinger können nachweisen, daß sich auch in den von ihnen untersuchten Gebieten gegen Ende des 18. Jahrhunderts die ersten Ansätze für die Entstehung einer Fabrikindustrie zeigten und daß sich überhaupt die Tendenz zum großgewerblichen Betrieb seit den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts wesentlich verstärkte (Slawinger, S. 20, 82 ff., Reuter, S. 15, 19 ff.). Hierbei handelte es sich vor allem um Spinnereibetriebe der Baumwoll- und

22 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1, a. a. O., S. 6 ff.

23 Krüger, Horst, a. a. O.; Forberger, Rudolf, a. a. O.; Fischer, Wolfram, a. a. O.; Haase, Nicolai, Das Aufkommen des gewerblichen Großbetriebes in Schleswig-Holstein (bis zum Jahre 1845), Kiel 1925 = Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, hg. v. d. Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 11.

Wollindustrie. Darüber hinaus zeigen sie weiterhin, daß es keineswegs die Zeit der Kontinental Sperre war, die eine sichtliche Beschleunigung der industriellen Entwicklung Deutschlands brachte, sondern daß das Gesamtsystem der napoleonischen Wirtschaftspolitik zu einem wesentlichen Hemmnis für diese Entwicklung wurde. "Brachte somit die Kontinental Sperre den Manufakturen der fränkischen Fürstentümer nur teilweise eine Erleichterung, so wirkten sich die direkten wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, die Frankreich im Interesse seiner eigenen Gewerbeförderung ergriff, um so verheerender aus" (Reuter, S. 20 ff.) "Die Kontinental Sperre (seit 1806) verteuerte den Baumwolle und Tabak verarbeitenden Manufakturen den Rohstoff, und an die Stelle der englischen Manufakturwaren traten weitgehend französische Erzeugnisse ... Das Kontinental System, d. h. die gesamten Einwirkungen Frankreichs auf West- und Mitteleuropa, zielte insbesondere darauf ab, Süddeutschland der französischen Einfuhr vollkommen zu öffnen und die Anfänge des süddeutschen Großgewerbes im Keim zu ersticken" (Slawinger, S. 53). In Kurbayern litt darunter insbesondere der Hauptzweig der dortigen Manufakturindustrie, die Glas erzeugende und Glas verarbeitende Industrie (Slawinger, S. 236). So bestätigt sich auch in diesen beiden Arbeiten das Ergebnis der Analyse über die Wirkungen der napoleonischen Wirtschaftspolitik auf die industrielle Entwicklung Deutschlands, wie sie Mottek vorgenommen hat.<sup>24</sup> Wenn jedoch Reuter in diesem Zusammenhang die Hypothese aufstellt, "die industrielle Revolution hätte auch auf deutschem Boden in offensichtlich sehr rascher Nachahmung der umwälzenden Tendenzen in England schon einige Jahrzehnte früher eingesetzt, wenn nicht übermächtige, zum Teil nicht vorhersehbare Ereignisse dies verhindert hätten" (Reuter, S. 157), so muß man dem entschieden widersprechen. Reuter übersieht hier das Grundproblem der damaligen Zeit, die Überwindung des Feudalismus als fundamentale Voraussetzung für den Beginn der industriellen Revolution und der Industrialisierung in Deutschland. Auch die Zeit nach der Kontinental Sperre, in der sich die englische Konkurrenz in Kurbayern (Slawinger, S. 53, 88) - und nicht nur hier - so verheerend auf die noch bestehende großgewerblichen Betriebe auswirkte<sup>25</sup>, zeigte, welches Verhängnis es für die industrielle Entwicklung in

24 Mottek, Hans/Blumberg, Horst, u. a., a. a. O., S. 21 ff.; Mottek, Hans, a. a. O., Bd. 2, S. 79 ff.

25 Vgl. Mottek, Hans, a. a. O., Bd. 2, S. 106 ff.

Deutschland war, daß eben in Deutschland die Bourgeoisie nicht den Staatsapparat für ihre Interessen - und das hieß damals für die Interessen der Industrialisierung - wie vergleichsweise in Frankreich einzusetzen in der Lage war. Wenn sich letztendlich allmählich die Bedingungen für die industrielle Revolution in Deutschland im Verlaufe der ersten vier Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zum Besseren veränderten, so war dies nicht zuletzt das Ergebnis des Einflusses der bürgerlichen Revolution Frankreichs auf Deutschland und der mit der Aktivierung der antifeudalen Front in Deutschland in Gang gesetzten bürgerlichen Revolution.<sup>27</sup> Bei der Darstellung der Wirtschaftspolitik der deutschen Staaten - und nicht zuletzt auch des preußischen Staates - im Hinblick auf die Förderung der Industrie im vorigen Jahrhundert muß das der Ausgangspunkt sein, wenn man diese Politik in ihrer Widersprüchlichkeit verstehen will und wenn man tatsächlich Erfahrungen daraus für die Probleme der wirtschaftlich schwachentwickelten Länder der Gegenwart vermitteln möchte. Doch dann vermag man eben nicht, wie es Ritter von vornherein beabsichtigt, die antikommunistische Grundtendenz durchzuhalten. Dabei genügt es nicht, einfach darauf zu verweisen: "Daß ohne den Zerfall feudal-ständischer Bindungen, der besitzlose Arbeitssuchende auf den Markt wirft, die moderne Fabrik nicht denkbar ist" (Ritter, S. 43). Den Eindruck zu erwecken, als wäre der Staat nicht klassenmäßig bestimmt und als hätte sich im Staat während der ganzen Zeit nichts geändert, entspricht nun einmal nicht der historischen Wirklichkeit, und ohne diese Veränderungen läßt sich eben diese von Ritter skizzierte Industrieförderung Preußens nicht verstehen.

Wenn sich Preußen schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu entschiedenere Maßnahmen genötigt sah, dann nicht wegen der Weitsicht und Weisheit seines Herrschers, sondern nicht zuletzt wegen dessen Mittelmäßigkeit und weil die Gunst der historischen Verhältnisse ihm zeitweise die Möglichkeit des Herrschens nahm. Gerade weil der König, der sich bis an das äußerste Ende seines Staates verkrochen hatte, 1806/07 besonders arg in der Klemme saß, fiel hier das erste Stadium der bürgerlichen Revolution in Deutschland summa summarum am ertragreichsten aus. Auf diesen Zusammenhang hat auch Le-

26 Vgl. Sée, Henri, Französische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, Jena 1936, S. 222 ff.

27 Vgl. Mottek, Hans, a. a. O., Bd. 2, Kap. 1 - 4.

nin 1918 hingewiesen, als er schrieb: "Der Tilsiter Frieden war die größte Erniedrigung Deutschlands und gleichzeitig eine Wendung zu einem gewaltigen nationalen Aufschwung. Damals bot die historische Situation diesem Aufschwung keinen anderen Ausweg als den zum b ü r g e r l i c h e n Staat. Damals, vor mehr als hundert Jahren, machten ein paar Handvoll Adliger und ein paar Häuflein bürgerlicher Intellektueller Geschichte, während die Massen der Arbeiter und Bauern schlummerten und schliefen. Damals konnte die Geschichte deshalb nur entsetzlich langsam vorankriechen."<sup>28</sup>

Der Adel, völlig damit beschäftigt, zu verhindern, daß die fordernden Bauern und die antifeudalen Kräfte in den eigenen Reihen im Bunde mit den aktivsten Männern des Bürgertums dem Feudalismus zu rasch den Garaus machten, ließ es in Preußen geschehen, daß im Sektor der außeragrarischen Produktion weitgehend die Bedingungen der freien Konkurrenz geschaffen wurden.<sup>29</sup> Hingegen hatte die Mehrzahl der kleinen und mittleren Fürsten südlich und westlich von Preußen schnell den Thron von Gottes Gnaden in einen solchen von Napoleons Gnaden getauscht. So vermochten sie den Forderungen der bürgerlichen Kräfte weit mehr als der preußische König zu widerstehen (vgl. Slawinger, S. 56). Dadurch mußte sich aber hier die maschinelle Großindustrie noch lange Zeit der Sticheleien und der Quertreibereien der Zünfte erwehren.

Die Ungunst der gesellschaftlichen Zustände, verursacht durch die Zählebigkeit der feudalen Verhältnisse, hemmte die industrielle Entwicklung vor allem während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland wesentlich. Der entscheidende Garant dieser Anachronismen aber waren die deutschen Staaten, nicht zuletzt Preußen; und dieses Negativum konnten auch ihre die Industrie fördernden Maßnahmen nicht aufwiegen. Solche progressiven Entscheidungen wurden darüber hinaus zumeist aus einer Zwangssituation heraus geboren und waren Zugeständnisse der Monarchen an die Bourgeoisie, die sie ihnen in der Regel in einem verbissenen, hartnäckigen Kleinkrieg abrang. Dem standen aber nicht selten wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Seite, die sich gegen die Industrialisierung wendeten. Diese gegensätzlichen Tendenzen waren für die staatliche Wirt-

<sup>28</sup> Lenin, W. I., Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 149 f.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu auch Streisand, Joachim, Deutschland von 1789 bis 1815, in: Deutsche Geschichte in drei Bänden, Bd. 2, Berlin 1965, S. 78 ff.

schaftspolitik der deutschen Territorialstaaten besonders während der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts charakteristisch.

Wenn Preußen auch nach 1815 auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik den anderen deutschen Territorialstaaten in der Regel voranging, dann war das ebenfalls einer Reihe von Gründen geschuldet, an denen das an der Macht befindliche reaktionäre Junkertum wenig unmittelbaren Anteil hatte. Zunächst mußte sich Preußen nach der Befreiung vom napoleonischen Joch in dem neu zusammengezimmerten Territorium zurechtfinden. Machtpolitische Interessen der Großmächte hatten dazu geführt, daß Preußen bei dem großen Gebietsschacher nicht - wie es der Wunsch der herrschenden Kreise Preußens gewesen war - das Königreich Sachsen, sondern die in Deutschland ökonomisch und gesellschaftlich am weitesten entwickelte "Rheinprovinz", einschließlich Westfalens, zugesprochen erhielt.<sup>30</sup> So mußte sich denn der preußische Staat nach dem Wiener Kongreß mit der die bürgerliche Gesetzgebung aus eigener Anschauung kennenden und auf Grund der ihr zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Ressourcen rasch erstarkenden rheinischen Bourgeoisie herumschlagen, die ihm im Bunde mit den Klassengenossen rechts der Elbe im zähen ökonomischen Klassenkampf manches Zugeständnis wirtschaftspolitischer Art bereits vor der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 abtrotzte.

Desweiteren mußte das völlig heruntergewirtschaftete Preußen nach 1815 Mittel und Wege suchen und finden, um den Staat wieder zu sanieren und die Finanzen, die Einnahmen in Ordnung zu bringen. Es lag auf der Hand, daß hierfür ein wirtschaftlicher Aufschwung vonnöten war, und dies vor allem im gewerblichen Sektor, von dem man am ehesten eine Erhöhung der Steuereinnahmen erwartete, da in diesem halbfeudalen Staat nach wie vor die Steuerprivilegien des Adels als heilig galten. Nur auf diesem historischen Hintergrund konnte auch unter den Bedingungen der Konterrevolution, die für das politische Leben in Deutschland nach 1815 charakteristisch war, ein anderes Element weiter wirksam bleiben, auf das Mottek im zweiten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" hingewiesen hat<sup>31</sup> - nämlich die von England ausgehenden Lehren des ökonomischen Liberalismus. Diese wurden an deutschen Universitäten verbreitet und prägten auch die Anschauungen einiger leitender Vertreter der preußischen Staatsbürokratie (Ritter, S. 158).

30 Vgl. ebenda, S. 140 ff.

31 Mottek, Hans, a. a. O., Bd. 2, S. 44.

Getrieben von der Finanznot des Staates und beeinflusst von der bürgerlichen ökonomischen Ideologie, wurde nach 1815 weiter daran gearbeitet, die Entwicklungsbedingungen für die gewerbliche Wirtschaft günstiger zu gestalten, soweit dadurch nicht unmittelbare Interessen der Junker sichtbar gefährdet wurden. Das Zollgesetz von 1818, die beginnende verkehrsmäßige Erschließung des Landes und schließlich die Gründung des deutschen Zollvereins gehören hierher. Auf diese Weise kamen die Finanzen des Staates wieder in Ordnung, die Einnahmen stiegen und erreichten 1841 schon die Summe von fast 168 Millionen Mark.<sup>32</sup>

Reuter und Slawinger vermeiden beide, auf diese wesentlichen Grundfragen der historischen Entwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert, die gesetzmäßige Notwendigkeit der Liquidierung der Feudalgesellschaft für die Entfaltung des Kapitalismus, einzugehen. Aber nur auf diesem Wege wären sie in der Lage gewesen, den Verfallsprozeß der Manufakturindustrie tiefer erklären zu können. Hier liegen letztendlich auch die Ursachen dafür, daß es während des vorigen Jahrhunderts sowohl in den fränkischen Fürstentümern als auch in Kurbayern - also im Herrschaftsbereich des bayrischen Adels - den Manufakturen in den seltensten Fällen gelang, zur Fabrik überzugehen (Slawinger, S. 161, Reuter, S. 153), und darüber hinaus die vorhandenen Keime der Industrie im hohen Maße "durch den produktionstechnischen Vorsprung der westeuropäischen Staaten und einiger anderer deutscher Länder" zugrunde gingen (Slawinger, S. 57).

Im Unterschied zu Slawinger und Reuter geht Ritter auf diese Grundfragen nicht nur nicht ein, sondern er verzerrt die historische Wirklichkeit. Mit "zeitgemäßerem" Mitteln, das heißt mit einer kritischen Würdigung "auf Grund der neuesten Erkenntnisse der nationalökonomischen Theorie" (Ritter, S. 14), setzt Ritter in seiner Arbeit die berüchtigte Glorifizierung des preußischen Staates fort. Nach Ritter änderte sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts die Haltung des preußischen Staates zur Entwicklung der Industrie nicht auf Grund qualitativer Veränderungen in der Basis und im Ergebnis des Klassenkampfes, sondern der Staat wird nahezu zum Vater der preußischen Industrie erklärt (Ritter, S. 161). "Diesem vielfach

32 Kaufmann, Georg, Geschichte Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert, Berlin 1912, S. 184.

rückständigen, konservativ gesinnten Unternehmertum Preußens stand ein Staat gegenüber, der in seiner Spitze zwar nicht mehr einen dem technischen Fortschritt so zugetanen Monarchen besaß, wie es Friedrich II. gewesen war, aber über einflußreiche Beamte verfügte, die, von der Notwendigkeit der Industrialisierung überzeugt, diese mit allen Mitteln zu fördern suchten" (Ritter, S. 157 f.). Was die Aufgeschlossenheit Friedrichs II. gegenüber dem technischen Fortschritt betrifft, so mag hier nur auf die Literatur verwiesen werden, die sich zu dieser Frage geäußert hat.<sup>33</sup> Auch das Rittersche Urteil über den preußischen Staatsapparat und seine Beamtenschaft muß größte Verwunderung hervorrufen. Zur vorteilhaften Ausgangslage für die industrielle Entwicklung Preußens zählt Ritter: "Preußen besaß bereits ein großes Maß von Rechtssicherheit und insbesondere einen unbestechlichen, absolut zuverlässigen und fortschrittlich eingestellten Beamtenapparat" (Ritter, S. 165). Friedrich Engels, der die Verhältnisse in Preußen aus eigener Anschauung sehr gut kannte, hat darüber ein ganz gegenteiliges Urteil gefällt, als er 1847 schrieb: "Schon bei der Manufaktur wird die Beamtenüberwachung und Einmischung sehr lästig; die Fabrikindustrie ist kaum möglich unter einer solchen Aufsicht. Die deutschen Fabrikanten haben sich bisher die Bürokratie durch Bestechung möglichst vom Halse gehalten, was ihnen gar nicht zu verdenken ist. Aber dieses Mittel befreit sie doch nur von der geringeren Hälfte der Last; abgesehen von der Unmöglichkeit, alle Beamte, mit denen ein Fabrikant in Berührung kommt, zu bestechen, befreit ihn die Bestechung nicht von Sporteln, Honoraren für Juristen, Architekten, Mechaniker und sonstigen durch die Überwachung hervorgerufenen Ausgaben, von Extraarbeiten und Zeitverlust. Und je weiter sich die Industrie entwickelt, desto mehr 'pflichttreue Beamte' tauchen auf, d. h. solche, die entweder aus purer Borniertheit oder aus bürokratischem Haß gegen die Bourgeoisie den Fabrikanten die ärgsten Schikanen antun."<sup>34</sup> Mit diesem Urteil über die preußische Bürokratie stand Friedrich Engels keineswegs allein, sondern auch die führenden Vertreter der Bourgeoisie Preu-

33 Mottek, Hans, a. a. O., Bd. 1, S. 277 u. 359; Bd. 2, S. 102; Krüger, Horst, a. a. O., S. 46 f.; vgl. Kesselbauer, Günter, Die preußische Bourgeoisie in Handel und Gewerbe und ihre Bestrebungen zur Durchsetzung der neuen kapitalistischen Produktionsverhältnisse (1789 - 1806), wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1958.

34 Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 53 f.

Bens stimmten in dieser Hinsicht völlig mit seiner Einschätzung überein.<sup>35</sup> An dieser Stelle möge nur noch Hansemann zu Wort kommen, der sich einmal wie folgt ausließ: "Ein sich weise dünkendes, das ganze innerste Wesen der Staatsverwaltung durchdringendes Beamtentum übt eine allgemeine Bevormundung aus, wird in den Geschäften unpraktisch erzogen, ist dadurch dem Leben entfremdet und von einem kleinlichen Sinn beherrscht."<sup>36</sup>

Der Hauptabschnitt in Ritters Darstellung der preußischen Industrieförderung befaßt sich mit jenen staatlichen Maßnahmen, die unmittelbar auf die Entwicklung der Industrie Einfluß nahmen. Von den 140 Seiten, die Ritter der Darstellung der preußischen Wirtschaftspolitik und ihrer freundlichen Kritik und Würdigung widmet, gelten 66 Seiten diesem Gegenstand. Jene Leser, die mit den Verhältnissen der industriellen Entwicklung Preußens der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts näher vertraut sind, werden verblüfft sein, mit welcher Oberflächlichkeit Ritter hier zu Werke geht, um seine Erkenntnisse zu gewinnen. Oberflächlichkeit ist das mindeste, was man in diesem Zusammenhang anmerken muß, wengleich sich nur schwer der Eindruck zerstreuen läßt, als habe Ritter hier bewußt, um einige vorgefaßte Meinungen zu belegen, wie sie oben zum Teil angeführt wurden, eine so begrenzte Tatsachensubstanz zusammengetragen und obendrein nicht selten sehr eigenartig interpretiert. Streckenweise erhält hier der Leser den Eindruck, als hätte der preußische Staat nur aus der Provinz Schlesien bestanden, aber selbst die für dieses Gebiet getroffenen Feststellungen sind nicht selten unrichtig. Die Hervorhebung Schlesiens soll zweifellos die allgemein für Preußen von Ritter aufgestellten Thesen glaubwürdiger machen. Der Hauptzweig der nichtagrarischen Produktion Schlesiens, die Leinenfertigung, machte bekanntlich vor allem während der vierziger Jahre eine schwere Krise durch<sup>37</sup>, die hier das gesamte Wirtschaftsleben ungünstig beeinflußte. Von dieser Seite abstrahiert aber Ritter weitgehend und hebt hervor, daß es sich hierbei - gemeint ist das Gebiet Niederschlesien - um ein wirtschaftlich rückständiges und "dem technischen Fortschritt so feindlich gesinntes Gebiet" handle (Ritter,

35 Vgl. hierzu Eichholtz, Dietrich, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962, S. 124. - Allgemein zur Frage der Korruption und der "fortschrittlichen" Einstellung des Beamtentums siehe ebenda, S. 124 ff.

36 Zit. nach ebenda, S. 124 f.

37 Vgl. Mottek, Hans/Blumberg, Horst, u. a., S. 85 ff. u. 97 f.

S. 101). Das fortgeschrittenste Gebiet Preußens war Schlesien zweifellos nicht, vergleicht man es mit den Gebieten links und rechts des Rheins, aber Schlesien gehörte bekanntlich schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den industriell entwickelteren Gebieten der preußischen Monarchie. Quentin stellt 1837 für Schlesien fest, daß dort ein großer Bedarf an Maschinen bestehe und die Maschinenbauwerkstätten nicht ausreichen, "so daß man überall im Lande Maschinen aus Lüttich, Aachen, vom Rhein und England sieht und weitere Bestellungen laufen".<sup>38</sup> Nach Ritter blieben dort "die Maschinenspinnereien isoliert und die Spindelzahl wuchs nur langsam" (Ritter, S. 101). Diese mit statistischen Daten nicht belegte Feststellung trifft nur bedingt zu. Wenn während der vierziger Jahre die schlesische Spinnereiindustrie nicht übermäßig rasch wuchs und zwischen 1840 und 1846 sich die Zahl ihrer Feinspindeln nur um 42 Prozent vergrößerte<sup>39</sup>, so lag das keineswegs in erster Linie an der von Ritter herausgefundenen besonderen Fortschrittsfeindlichkeit, sondern an den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der vierziger Jahre, die sich in Schlesien besonders stark auswirkten und an denen der preußische Staat ebenfalls seinen Anteil hatte.<sup>40</sup> Mit ihren 133 245 Feinspindeln besaß die Provinz Schlesien 1846 immerhin ein Fünftel derjenigen der preußischen Spinnereiindustrie.<sup>41</sup>

Eine solche Darstellung benötigt Ritter jedoch, um den Chef des königlichen Seehandlungsinstitutes jener Jahre, Rother, in das rechte Licht zu setzen. Beuth und Rother suchten, schreibt Ritter, "fortschrittlichere Unternehmer in jeder Weise zu unterstützen, und Rother scheute auch nicht davor zurück, selbst durch die Seehandlung unternehmerisch tätig zu werden, wo es noch an privatem Unternehmungsgeist fehlte. Der leitende Gesichtspunkt war bei diesen Maßnahmen immer die Absicht, durch Beispiele die privaten Unternehmer zur Nachahmung anzuregen" (Ritter, S. 159). Dabei habe Rother es

38 Quentin, Bericht über eine gewerbliche Reise durch Schlesien und einen Teil von Polen, Böhmen und des Königreichs Sachsen (Juli/September 1837), in: Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, (im folgenden: DZA Merseburg), Rep. 120 D I/1, Nr. 11, Bd. 2.

39 Vgl. Dieterici, C. F. W., Statistische Übersicht der wichtigsten Gegenstände des Verkehrs und Verbrauchs im Preußischen Staate und im deutschen Zollverbände, 2. Fortsetzung, Berlin/Posen/Bromberg 1844, S. 341, 499 u. 516 f.; Zollvereinsstatistik von 1846 (Preußen), in: Sächsisches Landeshauptarchiv, Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 1398 c.

40 Vgl. Mottak, Hans/Blumberg, Horst, u. a., a. a. O., S. 85 ff.; Blumberg, Horst, a. a. O., S. 172 u. 180 ff.

41 Vgl. Zollvereinsstatistik von 1846 (Preußen), a. a. O.

vermieden, "mit der Privat-Industrie ins Gehege zu kommen: seine Betriebe errichtete er nur dort, wo von privater Seite keine derartigen Fabriken bestanden... Er beabsichtigte also mit anderen Worten, mit Hilfe von Pionierinvestitionen die Industrialisierung Preußens zu fördern" (Ritter, S. 107 f.). Unter Pionierinvestitionen versteht Ritter "diejenigen Investitionen, die auf neuen Ideen beruhen und der Herstellung neuer Produkte oder der billigeren und(oder) besseren Herstellung bereits bekannter Produkte dienen. Das Attribut 'neu' bezieht sich nicht auf die Wirtschaft generell, sondern auf die einzelnen Wirtschaftszweige ... auf die einzelnen Länder und Regionen ... " (Ritter, S. 65 f.).

Als Chef der Seehandlung hat Rother ohne Zweifel einen Beitrag zur Entwicklung der preußischen Industrie geleistet<sup>42</sup>, aber keineswegs in erster Linie im Sinne von Pionierinvestitionen. Man muß im Gegenteil sagen, daß sich Rother überwiegend bei seinen Gründungen auf Gebiete begab, bei denen bereits in Deutschland selbst der Nachweis günstiger Profitchancen erbracht worden war. Dies gilt beispielsweise für die Kammgarnspinnerei und auch für die Flachsmaschinenspinnerei sowie eingeschränkt auch für das Breslauer Maschinenbauunternehmen. Darüber hinaus ging die Initiative häufig bei diesen Gründungen nicht von der Seehandlung oder gar von Rother aus, sondern von Handelskapitalisten oder Unternehmern, mit denen sich dann die Seehandlung zur Errichtung bestimmter Industriebetriebe verband.

Ritter stellt fest: "Zur Einführung der Maschinenspinnerei für Flachsgarn in Schlesien gründete die Seehandlung zwei Fabriken. Das Erdmannsdorfer Unternehmen war bereits 1838 genehmigt worden, konnte jedoch erst im Frühjahr 1844 den Betrieb ... aufnehmen" (Ritter, S. 89). "Gewiß scheinen die Pionierinvestitionen (gemeint sind die Flachspinnereien - H. B.) zunächst noch nicht die erwünschte Belebung der privaten Investitionstätigkeit hervorgebracht zu haben ... In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgten dann bald die Privatbetriebe dem Beispiel der Fabriken der Seehandlung" (Ritter S. 96). Außer der Tatsache, daß die Seehandlung in Erdmannsdorf und

42 Zur Beurteilung seines Anteils vgl. Eichholtz, Dietrich, a. a. O., S. 94 f., 114 f. u. 117 f.; Kubitschek, Helmut, Die Börsenverordnung vom 24. Mai 1844 und die Situation im Finanz- und Kreditwesen Preußens in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts (1840 bis 1847), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 4, S. 61 ff.

Landeshut - hier im Zusammenwirken mit drei Privatleuten - zwei Flachsmaschinenspinnereien gründete, stimmt auch nichts an diesen Ritterschen Feststellungen. Nach den Aussagen des Oberregierungspräsidenten von Merckel waren Anfang 1844 in Schlesien 2000 Spindeln der Landeshuter Seehandlungsspinnerei bereits in Betrieb, denen 26 195 Spindeln der Privatindustrie gegenüberstanden, und darunter befanden sich zwei Spinnereien von der für damalige deutsche Verhältnisse stattlichen Ausdehnung von je 10 000 Feinspindeln.<sup>43</sup> Bis zum Jahre 1846 gab es eine weitere Ausdehnung der schlesischen Flachsmaschinenspinnerei, und zwar bei den Privatbetrieben um fast 17 000 Spindeln, während die Seehandlung zur Ausdehnung der Flachsmaschinenspinnerei in Schlesien 10 500 Spindeln beisteuerte.<sup>44</sup> Ritter erwähnt, daß zwischen der Genehmigung der Gründung durch den König und der Inbetriebnahme eine relativ lange Zeit verstrich, aber er nennt nicht die Ursachen. Die kann er nicht nennen, da sich dann seine Feststellung, Rother habe es vermieden, der Privatindustrie "ins Gehege zu kommen", als Humbug erweist. Als nämlich in Schlesien bekannt wurde, daß die Seehandlung diese Gründungen beabsichtige, erhoben sämtliche Spinnereibesitzer einen geharnischten Protest<sup>45</sup>, den Rother erst beim König zerstreuen mußte. Dies geschah in Gemeinschaft mit dem preußischen Finanzminister Graf von Alvensleben in dem Schreiben vom 3. Dezember 1839.<sup>46</sup> Die dort entwickelte Argumentation hat nun sehr wenig mit dem gemein, was Ritter den Rotherschen Gründungen unterstellen möchte. Rother erklärt hier, daß die Empörung der Privatbetriebe nur darauf zurückzuführen sei, daß sie ihre Monopolstellung behalten möchten, womit er nicht so unrecht hatte. Darüber hinaus verteidigt er das Recht der Seehandlung, solche Gründungen vorzunehmen, da sein Institut "für die nutzbare Anlage seiner Fonds verantwortlich ist". Zu dieser Fondsanlage bemerkt von Merckel zu Beginn des Jahres 1844, "daß die von der See-

43 DZA Merseburg, Rep. 120 D V/2 c, Nr. 9, Bd. 2 (Bericht v. Merckels an den Finanzminister v. Bodelschwingh v. 16. 2. 1844).

44 Vgl. Zollvereinsstatistik von 1846 (Preußen), a. a. O.; DZA Merseburg, Rep. 120 HA, R, Nr. 16 (Reisenotizen auf der Reise durch Schlesien im August 1847).

45 Vgl. DZA Merseburg, Rep. 120 D V/2 c, Nr. 9, Bd. 1 (Acta, die Anlage der Flachs-Maschinen-Spinnerei in der Provinz Schlesien betr. [Eingaben aus dem Jahre 1839!]).

46 Ebenda (Bericht von Rother und Alvensleben an den König v. 3. 12. 1839).

handlung errichteten beiden Flachsmaschinenspinnereien zu Landeshut und Erdmannsdorf der gedeihlichen Fortentwicklung der bereits früher gegründeten derartigen Privat-Etablissements nicht eben Vor-schub leisten".<sup>47</sup> Noch interessanter ist eine andere Argumentation Rotherers in dem Schreiben aus dem Jahre 1839 an den König. Dort heißt es: "Allein die Besorgnis vor einer zu raschen Entstehung jener Anlagen und ihrer zu großen Ausdehnung werden durch meine obigen Ausführungen erledigt und es wird meiner Seits nicht mehr geschehen, als was die Gebrüder Alberti und der Koppisch durch die beabsichtigte Vergrößerung ihrer Etablissements in Waldenburg und Patschkey, freilich ohne zu hoffende günstige Rückwirkung auf die Lage der Spinner und Weber in den Gebirgskreisen des Liegnitzer Regierungsbezirks zu ihrem eigenen Nutzen zu thun gedachten."<sup>48</sup> Die unzureichende Verwertung des Kapitals, die diese beiden Spinnereien im fünften Jahrzehnt aufwiesen, könnte unserer Feststellung widersprechen, daß sich Rother bei seinen Gründungen vor allem profitable Objekte auswählte. Doch dabei muß man berücksichtigen, daß die Gründungen am Ende der dreißiger Jahre beschlossen wurden, in denen die Aussichten noch recht günstig waren, und in dieser Zeit bezeugte insbesondere die Firma Kramsta zu Freiburg, daß vor allem die Flachsmaschinenspinnerei kombiniert mit Hausweberei sehr lohnend war.<sup>49</sup> Als allerdings die beiden Seehandlungsspinnereien dann mit der Produktion begannen, hatte sich die Lage wesentlich geändert, denn die Inbetriebnahme fiel mit dem Ausbruch der Überproduktionskrise in der deutschen Leinenindustrie, die sich besonders arg in Schlesien zeigte, zusammen.<sup>50</sup>

Wenigstens teilweise ließe sich die Behauptung über die Pionierinvestitionen noch retten, wenn die bei Ritter angeführte Feststellung zutreffend wäre, daß die "Seehandlungs-Spinnereien" als erste auch das Werg haben verspinnen lassen. (Ritter. S. 89). Jedoch ist es aktenmäßig belegt, daß in der ersten schlesischen Flachsmaschinenspinnerei in Waldenburg bereits in den zwanziger Jahren Werg versponnen wurde<sup>51</sup> und daß darüber hinaus die Firma Kramsta in Freiburg

47 Ebenda, Bd. 2, a. a. O.

48 Ebenda, Bd. 1 (Bericht von Rother und Alvensleben an den König v. 3. 12. 1839).

49 Ebenda, Rep. 120 D I/1, Nr. 11, Bd. 2 (May, Bericht über eine Reise nach einigen Manufakturorten des schlesischen Gebirges und den vorzüglichen Manufakturstädten des sächsischen Erzgebirges v. 15. 9. 1836).

50 Vgl. Mottek, Hans/Blumberg, Horst, u. a., a. a. O., S. 85 u. 90 ff.

51 Ebenda. S. 106.

etwa zur gleichen Zeit wie die Seehandlungsspinnerei mit der Produktion von Werggarn begann und die etwa zur gleichen Zeit wie die Erdmannsdorfer Fabrik entstandene Maschinenspinnerei der Gebrüder Willmann zu Sagan ebenfalls von vornherein als Flachs- und Wergspinnerei projektiert und errichtet wurde.<sup>52</sup>

Bei der Kammgarnspinnerei in Breslau behauptet Ritter, sich auf Rother stützend: "Trotz des sehr erheblichen Verbrauchs von Kammgarn in Preußen hatte sich bis 1840 dort nur eine einzige Maschinenspinnerei, die mit Wasserkraft betriebene Spinnerei Weiß in Lagensalza, niedergelassen, so daß der überwiegende Teil der Wolle nach England ausgeführt wurde, um später versponnen wieder zurückzukommen" (Ritter, S. 90). Zunächst läßt sich feststellen, daß Rother die Existenz von mehr als einer preußischen Kammgarnspinnerei bekannt war. Er hat vor solchen von ihm beabsichtigten Gründungen stets erhebliche Informationen über den jeweiligen Gegenstand eingebracht. Aus einer solchen Information, die Rother am 17. April 1839 abgezeichnet hat, geht hervor, daß es neben der Weißschen Kammgarnspinnerei zu Langensalza noch zwei weitere, jeweils eine in Mühlhausen und in Erfurt, gab.<sup>53</sup> Tatsächlich befanden sich in Langensalza zwei Kammgarnspinnereien, aber bestehen bleibt die Tatsache, daß am Ende der dreißiger Jahre der Schwerpunkt der deutschen Kammgarnspinnerei in Thüringen und Sachsen lag, während insgesamt in Preußen dieser Zweig als Fabrikspinnerei sehr gering entwickelt war.<sup>54</sup> Insoweit stellt die Breslauer Spinnerei im Sinne von Ritter eine solche Pionierinvestition in der Provinz Schlesien dar. Aber auch hier dürfte das Anlegen der Fonds, wie es Rother ausdrückte, der maßgebende Beweggrund für die Gründung gewesen sein, denn die hohen Gewinne der Weißschen Kammgarnspinnerei waren in Deutschland überall bekannt; auch hier jedoch kam der "Pionier" Rother wieder ein paar Jahre zu spät und so in die "mageren" Jahre.<sup>55</sup>

52 DZA Merseburg, Rep. 120 D V/2 c, Nr. 9, Bd. 2, a. a. O.; ebenda (Besuch von A. u. W. Willmann zu Sagan v. 5. 2. 1844 an den König).

53 Ebenda, Rep. 109 B IV, Nr. 22 (Übersicht über die Produktion von deutschen Kammgarnspinnereien aus dem Jahre 1839).

54 Vgl. Haendly, Karl P., Bauern und Weber vom Eichsfeld. Geschichte eines deutschen Kleinstaates, seiner Wirtschaft und der Menschen, die ihn bewohnten, 897 bis 1933, Diss. Köln 1949 (Ms.), S. 292 f. u. 264 f.; Blumberg, Horst, a. a. O., S. 103 u. 165 f.

55 Vgl. Blumberg, Horst, a. a. O., S. 165 ff.; DZA Merseburg, Rep. 109 B II, Nr. 84 (Bericht von Bloch v. 30. 1. 1849).

Desweiteren war Preußen in jener Zeit keineswegs ein Rohstofflieferant für die britische Kammgarnindustrie. Hierzu äußerte sich im Juni 1836 Beuth in einem Bericht an den preußischen Finanzminister über die Kammgarnspinnerei wie folgt: "Von allen Spinnereien ist die Kammgarnspinnerei die allerschwierigste ..., das Material im Lande durch die Veredlung mit Merinos das seltenste ... Im Süden von Deutschland gibt es noch mehr lange Wollen und sie geht nach England, wo Stansfield in Leeds sie unter dem Namen Bavarian Wool verspinn, und als Garn oder Ware uns zusendet."<sup>56</sup> Einer der besten Kenner der damaligen Industrie, Wieck, äußerte sich zu diesem Gegenstand 1846 noch eindeutiger: "Unsere Schafzüchter in den Gegenden Deutschlands, die sich für die Erzeugung starker, glatter, langer Kammwolle eignen dürften, können sich nicht auf dieselbe nachhaltig einlassen, da sie sich eben auf einen zufriedenstellenden Absatz nicht verlassen können; sie wirken daher immer auf Erzielung kurzer, möglichst feiner Streichwolle hin. Von England ist begreiflicherweise mit Vorteil keine Wolle für den Kamm zu beziehen."<sup>57</sup> Tatsächlich hat in den dreißiger und vierziger Jahren Deutschland für Großbritannien als Bezugsland für Kammwolle keine Rolle gespielt. Hingegen war bis zu den vierziger Jahren der Bezug feiner deutscher Streichgarnwolle sehr bedeutend.<sup>58</sup>

Über die mechanische Wollweberei in Wüste-Giersdorf, zu deren Gründung die Initiative vom Kaufmann Großmann ausging, der schon die ersten Ansätze zur Errichtung einer solchen mechanischen Weberei gemacht hatte<sup>59</sup>, übernimmt Ritter ebenfalls kritiklos einige Angaben von Rother, die nicht der Wahrheit entsprechen. "Die Zahl der Maschinenwebstühle betrug 200. Die Fabrik beschäftigte 1844 900 Arbeiter, und diese Zahl sollte sich 1845 'infolge der vielen festen Bestellungen' um 500 vermehren" (Ritter, S. 91). Die Seehandlung hatte mit ihrem Kompagnon Großmann und dessen technischer Leitung wenig Erfolg<sup>60</sup>, weshalb sie sich auch bereits 1845 an die Handlung N. Reichenheim & Sohn wandte, um deren Absatzvermittlung zu gewin-

56 DZA Merseburg, Rep. 120 D IV/1, Nr. 15 (Beuth, P. C., Votum an das Finanzministerium v. 22. 6. 1836).

57 Wieck, F. G., Die deutsche Kammgarnspinnerei, in: Deutsche Gewerbezeitung und sächsisches Gewerbeblatt, Nr. 7, v. 23. 1. 1846.

58 Vgl. Blumberg, Horst, a. a. O., S. 159 f.

59 DZA Merseburg, Rep. 120 D IV/7, Nr. 21 (Schreiben von August Großmann zu Tannhausen v. 16. 3. 1839).

60 Ebenda, Rep. 109 B II, Nr. 84 (Bericht von Bloch v. 30. 1. 1849).

nen. Am 21. Dezember 1845 fällte diese Handelsfirma ihr Urteil über die Erzeugnisse der Seehandlungsfabrik: "So gern wir nun auch den Absatz deutscher Fabrikate befördern möchten, so kann uns unter diesen Umständen (der schlechten Qualität und Ausstattung der Gewebe, die sie im einzelnen vorher dargelegt hatten - H. B.) nicht conveniren, mit der genannten Fabrik zu arbeiten, so lang das Technische nicht von einem Mann geleitet wird, der das Fach genau kennt."<sup>61</sup> Nachdem die Seehandlung auf die Bedingungen des Handelshauses eingegangen war, übernahm N. Reichenheim & Sohn die kaufmännische Leitung und vermittelte englische Spezialisten für die technische Führung des Betriebes. Am 9. November 1846 schrieben sie unter anderem über den Erfolg ihrer bisherigen Tätigkeit, daß: "Während früher die auf 160 Stühlen gefertigte Ware nicht abzusetzen war, jetzt fast 500 Stühle im vollen Betrieb sind ..."<sup>62</sup>

Zusammenfassend kann man für die Gründungstätigkeit der Seehandlung im Bereich der Industrie sagen, daß es hierbei in erster Linie um die günstige Anlage ihrer Fonds ging, wenngleich sie dabei nicht immer die glücklichste Hand hatte, und daß Rother erst in zweiter Linie die Förderung der Industrialisierung selbst oder gar die Durchführung von Pionierinvestitionen dabei verfolgte. Deshalb bekämpfte die Bourgeoisie von Anfang an die industrielle Betätigung der Seehandlung. Diesem Druck gab 1845 der preußische König nach und untersagte Rother die weitere Gründung von Fabrikunternehmen (Ritter, S. 107). 1849, als im Ergebnis der Revolution die Bourgeoisie größeren Einfluß auf den Staatsapparat erlangte und die Seehandlung selbst im Ergebnis der Krise in eine finanzielle Klemme geriet, wurden die Seehandlungsfabriken veräußert. Zu diesem Fragenkomplex schrieb der damalige Finanzminister am 9. Mai 1849 an den König: "Das Seehandlungsinstitut hat in den letzten Jahren der Verwaltung seines früheren Chefs, des Staatsministers von Rother, mit der Errichtung und dem Betrieb großer Fabriketablissemments eine Richtung eingeschlagen, welche in mehrfacher Beziehung als eine bedenkliche bezeichnet werden muß. Sie beunruhigt die Privat-Industrie und gab deshalb zu Klagen Veranlassung, welche, wenn auch nicht immer begründet, wenigstens häufig übertrieben, doch eine lästige, auf den Betrieb der

61 Ebenda, Rep. 109 A, XXIV, C, Nr. 12 (Schreiben von N. Reichenheim & Sohn v. 21. 12. 1845 an die Generaldirektion der Seehandlung).

62 Ebenda (Schreiben von N. Reichenheim & Sohn v. 9. 11. 1846 an die Seehandlung).

Fabriken selbst nachteilig einwirkende Aufregung unter den Industriellen nährten."<sup>63</sup> Selbst aus den Worten des Finanzministers wird deutlich, daß die Veräußerung der Seehandlungsfabriken im hohen Maße das Ergebnis des Kampfes der Bourgeoisie war, aber auch das erfährt der Leser bei Ritter nicht, sondern lediglich die unvermittelte Erwähnung des Verkaufs in ungünstiger Zeit (Ritter, S. 110).

Neben der Betätigung der Seehandlung als Fabrikgründer führt Ritter noch eine Reihe weiterer nicht unwesentlicher Seiten der preußischen Industrieförderung an. Aber auch hier sind halbrichtige Darlegungen und eine äußerst magere Substanz an Tatsachen charakteristisch. Gehen wir darauf noch etwas ein.

Zur Frage der Zollerleichterung äußert Ritter: "Bis 1837 läßt sich eine größere Zahl derartiger Zollbefreiungen nachweisen. Die Anträge wurden jedoch nur gebilligt, wenn die Maschinen tatsächlich neu waren" (Ritter, S. 71). Die hier erwähnte Zollerleichterung bei der Einfuhr von Maschinen spielte in Preußen nicht nur bis 1837 eine Rolle; um "tatsächlich neue" Maschinen brauchte es sich hierbei nicht zu handeln, sondern um solche, die der inländische Maschinenbau nicht fertigte.<sup>64</sup>

Ritter erwähnt auch die Maschinenschenkungen, die der preußische Staat vorgenommen hat und die wohl die wirksamste Industrieförderung Preußens darstellten, soweit wir jene Maßnahmen im Auge haben, die sich unmittelbar auf die Förderung der Industrie richteten. Aber auch hier ist Ritters Darstellung äußerst dürftig. "Auch scheute man nicht die Aufwendungen, auf Staatskosten Maschinen an die Fabrikanten zu liefern, welche eigens zu diesem Zweck für sie bestellt wurden. So versuchte man in Schlesien, wo die Maschinenspinnerei fast ganz ein Produkt der staatlichen Hilfe war, durch Maschinenschenkungen zur Modernisierung der Industrie beizutragen. 1818 wurde in Waldenburg die erste Spinnmaschine, welche ein solches Geschenk des Staates war, aufgestellt. 1833 erhielt eine andere Flachsspinnerei kostenlos acht Maschinen ... und auch in den vierziger Jahren wird noch von solchen Maschinenschenkungen berichtet" (Ritter, S. 69). Dies ist nun alles, was der Leser über diese zweifellos nicht unwichtige Seite der preußischen Industrieförderung an

63 Ebenda, Rep. 109 B II, Nr. 84.

64 Vgl. z. B. ebenda, Rep. 120 C VII/2, Nr. 65, Bd. 1 - 3 (Acta, die Zollbegünstigungen für die vom Ausland einzuführenden Maschinen behufs der Vollspinnerei und Tuch- und Wollwarenfabrikation betr.).

konkretem Tatsachenmaterial erfährt. Und obendrein ist diese Darstellung im einzelnen nicht einmal völlig richtig.<sup>65</sup> Auch hier scheut Ritter die Mühe, dem Leser wenigstens eine ungefähre Vorstellung zu vermitteln, welche Rolle diese Maschinenschenkungen für die Industrialisierung in Preußen gespielt haben. Er begnügt sich bei der "kritischen" Wertung mit der Feststellung, daß ein endgültiges Urteil darüber noch nicht gegeben werden kann (Ritter, S. 101). Auf den Umfang der staatlichen Maschinenschenkungen für den preußischen Maschinenbau ist Schröter in seiner Arbeit eingegangen.<sup>66</sup> Die preußische Wollindustrie erhielt Maschinenschenkungen in der Zeit von 1840 bis 1851 im Werte von 79 044 Talern.<sup>67</sup> Zumeist waren die den Unternehmern übergebenen Maschinen Nachbauten ausländischer Fabrikate durch den einheimischen Maschinenbau. Der Umfang der vom preußischen Staat aus dem Ausland bezogenen Maschinen war unbedeutend. So bezog Preußen in der Zeit von März 1836 bis Februar 1842 aus England Maschinen im Werte von 4 388 Pfund Sterling, was etwa 30 700 Talern entsprach.<sup>68</sup> Die Wirkung dieser Maschinenimporte kann aber nicht nur nach ihrer begrenzten Zahl eingeschätzt werden. Es sei daran erinnert, welchen Schwierigkeiten und Kosten sich vor allem bis zu Beginn der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein deutscher Unternehmer gegenüber sah, wollte er in den Besitz der damals fortgeschrittensten Technik, der englischen Maschinen, gelangen oder auch nur Kenntnis von ihr erhalten. Diese Aufwendungen für die technischen Errungenschaften des Auslandes ersparte der preußische Staat der einheimischen Bourgeoisie zu einem nicht unwesentlichen Teil; er verminderte in Verbindung mit seiner Geschenkpolitik das Erprobungsrisiko für neue Ausrüstungen und verhalf insbesondere dem Berliner Maschinenbau durch seine Nachbauraufträge zu den Kenntnissen und Fertigkeiten für die Herstellung solcher Maschinen. Die Aufnahme solcher modernen Produktionsmittel in die Modellsammlung des Ber-

65 Vgl. Mottek, Hans/Blumberg, Horst, u. a., a. a. O., S. 105 ff.

66 Schröter, Alfred, Die Anfänge der deutschen Maschinenbauindustrie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss. Berlin 1957 (Ms.), S. 92 f.; siehe auch Schröter, Alfred/Becker, Walter, a. a. O., S. 58 f.

67 Vgl. die Angaben in DZA Merseburg, Rep. 120 D II, Nr. 86 Adh. (Nachweisung von den zur Förderung der Industrie vom Anfang des Jahres 1840 bis Ende Juli 1852 durch Verleihung von Maschinen aus Staatsfonds gewährten Beihilfen).

68 Vgl. ebenda, Rep. 120 D, I/1, Nr. 1, Bd. 13 - 17 (Acta, die Nachrichten aus England über Fabrikationsverbesserungen betr.).

liner Gewerbeinstituts trug zugleich zu einer fundierten Ausbildung der technischen Kader bei.<sup>69</sup>

Die Politik der Maschinenschenkungen und der Unterstützung der Privatindustrie durch den Staat wurde auch während der fünfziger Jahre fortgesetzt, aber der damit erzielte Effekt für die Industrialisierung des Landes ging zusehends zurück, da mit der zunehmenden Reife der deutschen Industrie und den intensiver werdenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen den heranwachsenden Industrieländern eine so geartete Hilfe nicht mehr erforderlich war. Im Zeitraum von 1848 bis 1856 erhielt die Industrie insgesamt eine Unterstützung - fast ausschließlich in Form von Maschinenschenkungen und Spindelprämien - in Höhe von 311 915 Talern.<sup>70</sup> Mit etwas mehr Mühe wäre es also Ritter durchaus möglich gewesen, diese Seite der staatlichen Industrieförderung ein wenig genauer darzustellen.

Es wäre noch eine ganze Menge an Halbheiten anzumerken, die Ritter zu Papier gebracht hat. So wird zum Beispiel der Eindruck erweckt, als habe das Oktoberedikt tatsächlich zu einer völligen Freizügigkeit geführt (Ritter, S. 39 f.). Diese Feststellung muß verwundern, wenn man die Berichte der Handelskammern liest, die noch während der sechziger Jahre verhältnismäßig fortlaufend die Forderung nach einer solchen Freizügigkeit erhoben. So schreibt beispielsweise die Handelskammer Elberfeld in ihrem Bericht für das Jahr 1864: " Die deutsche Heimatgesetzgebung bedrückt die ärmeren Klassen ungemein. Die Freizügigkeit ist ein natürliches, mit dem Menschen geborenes Recht, und dennoch befinden sich in manchen deutschen Staaten die Arbeiter in nicht viel anderer Lage als die ehemaligen Erbuntertänigen. Der Deutsche gilt im eigenen Vaterlande als ein Fremder, sobald er in einen anderen Staat übersiedelt, und selbst im eigenen Land wird der Bürger, welcher innerhalb desselben seinen Wohnort verändert, noch heute nicht selten harten Bestimmungen unterworfen, obwohl die Freizügigkeit schon seit 1815 versprochen worden ist."<sup>71</sup> Empörend ist

69 Vgl. Blumberg, Horst, Einige Bemerkungen zur Rolle des preußischen Staates für die Entwicklung der kapitalistischen Industrie am Beispiel der deutschen Wollindustrie erläutert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie, H. 3/1962, S. 283 ff.

70 Vgl. DZA Merseburg, Rep. 120 A/2, Nr. 14, Bd. 2 (Übersicht v. 20. 11. 1857, abgezeichnet von Stegemann).

71 Jahresbericht der Handelskammer Elberfeld für 1864, in: Preußische Statistik, IX. vergleichende Übersicht des Ganges der Industrie, des Handels und Verkehrs im preußischen Staate 1864, Berlin 1866, S. 23.

auch, wie Ritter versucht, die schamlose Ausbeutung der Kinder in den Fabriken des 19. Jahrhunderts zu rechtfertigen (Ritter, S. 46).

Da Ritter die ganze Arbeit unter dem Aspekt der Probleme der sogenannten Entwicklungsländer behandelt, verwundert es nicht, wenn er von den "segensreichen Auswirkungen einer ausländischen Betriebsgründung in einem unterentwickelten Lande" spricht (Ritter, S. 104). Dabei bezieht er sich auf die Cockerillschen Unternehmen in Preußen<sup>72</sup>, deren tatsächliche Bedeutung er wieder überschätzt, um an diesem Beispiel einen Rechtfertigungsversuch der neokolonialistischen Bestrebungen der Gegenwart zu versuchen (Ritter, S. 103 ff.).

Zu begrüßen ist an der Ritterschen Darstellung, daß er den Terminus "Industrieförderung" nicht zu eng gezogen hat und hierbei auch die Entwicklung des Bildungswesens einbezieht. Tatsächlich hat ja die Entwicklung des Bildungswesens in Deutschland und auch in Preußen, und nicht zuletzt die Entwicklung technischer Bildungsstätten, eine wesentliche Rolle für die Überwindung der Rückständigkeit gespielt. Aber auch hier übertreibt Ritter, wenn er feststellt: "So muß der preußischen Erziehungspolitik mit obiger Einschränkung (klassenmäßiges Bildungsprivileg - H. B.) zugebilligt werden, daß sie den höheren Ansprüchen, welche an das Bildungswesen in einem Lande gestellt werden, das sich auf die Industrialisierung vorbereitete, gerecht wurde" (Ritter, S. 34). Eine solche Qualität kann man dem preußischen Bildungswesen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nun denn doch nicht bescheinigen, wenn es auch dem anderer Länder in mancher Beziehung überlegen war. Diese Einschätzung ist nur zutreffend für die Entwicklung und den Ausbau des technischen Bildungswesens, den Sektor der Gewerbeschulen, an dem, wie Ritter mit Recht feststellt, Beuth wesentlichen Anteil hatte (Ritter, S. 26 ff.). Auf diesem Gebiet wurde tatsächlich in Deutschland Großes geleistet. Hier wurden im wahrsten Sinne des Wortes Pionierinvestitionen nicht nur für Deutschland vorgenommen.<sup>73</sup>

Verwunderung erweckt allerdings bei dieser Arbeit, daß zwei wichtige Seiten des Problems der Industrieförderung fehlen, nämlich die Frage der durch die staatliche Wirtschaftspolitik gegebenen Ent-

72 Vgl. hierzu Schröter, Alfred/Becker, Walter, a. a. O., S. 43.

73 Vgl. ebenda, S. 230 ff.; Bernal, John Desmond, Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin 1961, S. 394 f.

wicklungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft, die ja eine wesentliche Rolle für den Gesamtprozeß der Industrialisierung spielen, und die Behandlung der Sicherung des inneren Marktes durch die Zollpolitik des Staates und die damit zusammenhängende Außenhandelspolitik. Angesichts der 166 Seiten, die die Rittersche Schrift umfaßt, wird es der Leser als wenig begründet ansehen, wenn ihm Ritter erklärt, er habe die Arbeit "nicht ins Uferlose anwachsen" lassen wollen (Ritter, S. 164).

Die Ursachen für diese Auslassungen liegen denn wohl auch auf einem ganz anderen Feld. Beide Fragen spielen heute zwar für die Industrialisierung der ökonomisch schwachentwickelten Länder eine sehr wesentliche Rolle, aber bei ihrer Behandlung aus der Sicht der preussischen Wirtschaftspolitik hätte Ritter mit seiner freundvoll-kritischen Betrachtung brechen müssen. Wenn er bisher mühsam verschleierte, daß eigentlich die radikale Liquidierung der Junkerherrschaft und ihres Staatsapparates nach französischem Muster die beste Lösung gewesen wäre, so hätte sich das bei der Behandlung der Agrarfrage nur schwer bewältigen lassen. Revolutionäre Veränderungen, so läßt aber Ritter durchblicken, seien etwas überaus Schädliches für die Industrialisierung (Ritter, S. 165). Deshalb empfiehlt er denn auch nicht, wenigstens heute mit feudalen Überresten radikal Schluß zu machen, sondern behauptet: "Das wirksamste Mittel (um das Prestige der Industriellen zu heben und damit die Hinwendung der im Lande vorhandenen Fonds zur Industrie zu beschleunigen - H. B.) dürfte jedoch die Erhebung von Industriellen in den Adelsstand sein, soweit es diese Institution noch gibt" (Ritter, S. 135). Die Behandlung der Probleme wiederum, die mit der Sicherung des inneren Marktes für die entstehende Industrie verknüpft sind, müßte notwendigerweise zu Ratschlägen führen, die den Interessen der imperialistischen Länder und ihren neokolonialistischen Ambitionen zuwiderlaufen, was nun Ritter ebenfalls nicht zu Papier zu bringen vermag. So leidet letztendlich die Rittersche Arbeit in erster Linie an der mehr oder weniger unverhüllten Apologetik. Wenn Ritter einleitend gewissermaßen entschuldigend darauf hinweist, "daß diese Arbeit mehr einen volkswirtschaftlichen als einen historischen Charakter hat", so entbindet ihn das doch nicht davon, mit den historischen Tatsachen wirklichkeitsgerecht umzugehen, sofern er seiner Arbeit einen wissenschaftlichen Wert zuerkennen will.

# Einige Probleme beim Studium des antiken Fernhandels

Zu: Sir Mortimer Wheeler, Der Fernhandel des Römischen Reiches in Europa, Afrika und Asien

Aus dem Englischen übersetzt von Manuela Stromeier-von Courten, R. Oldenbourg, München/Wien 1965, 188 S., 19 Abb., 40 Tafeln, Preis 28,- DM

von Heinz Kreißig

## 1. Handelsgeschichte und Archäologie

Für das Studium des antiken Fernhandels stehen uns im wesentlichen vier verschiedenartige Quellengruppen zur Verfügung.

Die erste Quelle liegt in den Funden der materiellen Kultur. Sie sagen darüber aus, welche Produkte eines Landes in andere Länder gekommen sind - sie geben für sich genommen noch keine Auskunft, wie und auf welchem Wege sie dorthin gelangt sind. Zudem ist die Bestimmung des Herkunftsortes häufig ebenso unsicher, wie die der Zeit, aus der ein Fund stammt. Erst eine Reihe von Funden in verschiedenen Gebieten oder gar die Aufdeckung alter Straßenanlagen gestatten, Verkehrswege zu erkennen.

Die zweite Quelle bilden antike Monographien, die - unter anderem - umfassendere Auskünfte über Produktentausch und Handel zu geben beabsichtigen: Beschreibungen von Reisen zu Lande und zu Wasser, geographische Darstellungen, Naturgeschichten und ähnliches. Die hierin enthaltenen Mitteilungen sind so zuverlässig, wie ihr Autor Vertrauen verdient. Aber wer will darüber entscheiden? Nicht alle Darstellungen eines Autors sind falsch, weil es einige offensichtlich sind, nicht alle Meinungen eines anderen Autors deshalb richtig, weil er meistens recht zu haben scheint. Die Wahrscheinlichkeit einer richtigen Darstellung wächst, wenn zwei Autoren über die gleiche Sache das gleiche berichten - aber nur, wenn man zugleich gegenseitige Abhängigkeit sicher ausschließen kann.

Die dritte Quelle wird gebildet durch die gesamte übrige antike Literatur, einschließlich der wissenschaftlichen - etwa auf dem Gebiet des Rechts -, der verstreut und selten Hinweise über die Wan-

derungen von Produkten zu entnehmen sind. Diese isolierten Bemerkungen sind nicht weniger kritisch aufzunehmen, als die der Monographien - aber auch nicht unbedingt kritischer.

Die vierte Quelle schließlich ist die Darstellung von Produkten auf Werken der bildenden Kunst (Reliefs, Statuen, Wandmalereien, Vasenmalereien) sowie auf Münzen. Sichere Bestimmbarkeit des Dargestellten vorausgesetzt, hat diese Quelle großen Wahrscheinlichkeitsgehalt, da der Künstler die Anschauung fremder Dinge in höherem Grade benötigt als andere Zeugen. Der indische Bildhauer, der einen römischen Krug in einem Relief richtig abbildet, muß einen solchen vor sich gehabt haben. Aber ein Krug macht natürlich noch keinen Handel.

So geht der Historiker, der den Fernhandel in der Antike studieren will, im Grunde erst sicher, wenn mehrere Hinweise, möglichst aus verschiedenen Quellen, zusammenkommen, idealerweise aus den vier verschiedenen Bereichen.

1955 erschien in London Sir Mortimer Wheelers Buch "Rome beyond the Imperial Frontiers". Es ist das Buch eines Archäologen, der über Vorkommen römischer Erzeugnisse in Germanien, in der Sahara, an der ostafrikanischen Küste, in Indien und auf der hinterindischen Halbinsel nicht nur auf Grund von materiellen Funden, sondern auch auf Grund antiker Schilderungen aus unserer Quellengruppe 2 berichtet. Seine Hauptzeugen sind Grabbeilagen, Funde bei der Freilegung antiker Lokalitäten und aus dem Schrifttum: der Periplus des Erythräischen Meeres, Strabons Geographie, Plinius' des Älteren Naturgeschichte und des Ptolemaios geographische Arbeiten.

Diese sehr verdienstvolle Arbeit wurde - sehr verspätet - ins Deutsche übertragen und erschien in Westdeutschland unter dem oben genannten Titel "Fernhandel des Römischen Reiches in Europa, Afrika und Asien". Dieser Titel ist inhaltsschwer und verspricht viel, mehr als Wheeler beabsichtigt hatte; denn im Originaltitel des Buches ist von Handel nicht die Rede, und Wheelers Vorwort verspricht in dieser Hinsicht nichts. "... wie weit der Arm Roms ausgegriffen hatte" (S. 5)<sup>1</sup>, wollte er zeigen - und man muß ihm bescheinigen, daß ihm dies gelungen ist.

<sup>1</sup> Nicht näher bezeichnete Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich immer auf das rezensierte Werk in der deutschen Ausgabe, nach der auch zitiert wird.

Neben dem irreführenden Titel hat die westdeutsche Ausgabe einen zweiten Mangel, auf den hinzuweisen nötig ist, bevor wir uns mit Einzelfragen beschäftigen können. Wheeler warnt und betont ausdrücklich, die wissenschaftliche Berichterstattung habe in den letzten Jahren mit der Entdeckung römischer Gegenstände oder mehr einheimisch gefärbter Nachbildungen im Fernen Osten nicht mehr annähernd Schritt halten können (S. 5).

Unter diesen Umständen (daß sie nicht auf den Fernen Osten beschränkt sind, wird noch zu zeigen sein) wäre es wohl kaum angängig, zehn Jahre nach dem Erscheinen des Originals eine zweite Auflage unverändert erscheinen zu lassen. Wieso aber darf man dem Publikum eine - im einzelnen nicht einmal immer zuverlässige - Übersetzung zumuten, ohne daß ein wissenschaftlicher Herausgeber wenigstens in Fußnoten auf die wichtigste, inzwischen erschienene Literatur aufmerksam macht? Das ist unterlassen worden. Und so stellt Sir Mortimer Wheeler 1965 gewissermaßen erneut oder noch immer fest, daß sich "der eiserne Vorhang als Hemmnis für die Forschung" (S. 92) erweist, obwohl nicht nur eine Fülle archäologischer, althistorischer und philologischer Zeitschriften aus der Sowjetunion und den übrigen europäischen sozialistischen Staaten fleißig und eifrig in der ganzen Welt ständig verfolgt werden, sondern auch auf vielen Kongressen und Tagungen in diesen Ländern Wissenschaftler aus allen fünf Erdteilen gern gesehene Gäste sind. So wird aber auch 1965 noch immer festgestellt, daß das offenkundige Versiegen von Funden östlich und südlich der Gdańsker Bucht "vielleicht nur mangelnder Forschung zugeschrieben werden muß". Wenn man Wheelers Unkenntnis der Leistungen sowjetischer und polnischer Archäologen 1953 bis 1955, der Entstehungszeit des Buches, noch verzeihen konnte, so zehn Jahre später gewiß nicht mehr die anmerkungslose Übersetzung solcher Stellen.<sup>2</sup> Wheelers Karten enthalten in bezug auf Polen nur Funde und Grabungen vor dem zweiten Weltkrieg - als ob die Veröffentlichungen des Instytut Historii Kultury Materialnej überhaupt nicht existierten; und Namen wie Biskupin, wo römische Keramik, oder Gródek Nadbużny,

<sup>2</sup> Vgl. zur Sache besonders das jetzt grundlegende Werk von Majewski, Kazimierz, Importy rzymskie w Polsce. Wybór źródeł archeologicznych do dziejów kontaktów ludności ziem polski z imperium rzymskim (Römische Importe in Polen. Auswahl archäologischer Quellen für die Geschichte der Beziehungen zwischen der Bevölkerung des polnischen Gebietes und dem Römischen Reich), Warschau 1960.

wo Glaswaren gefunden wurden<sup>3</sup>, sind auch seinen westdeutschen Herausgebern ebenso unbekannt geblieben wie Lublin<sup>4</sup> oder Igołomia<sup>5</sup>. Wesentlich bleibt natürlich, daß trotz des reichen Forschungsprogramms der polnischen Archäologen in Polen weniger römische Produkte gefunden werden als in den westlicher gelegenen Gebieten. In diesem Fall ist aber die negative Feststellung eben ein Forschungsergebnis!

Wenn somit auch Wheelers Übersicht gar nicht berührt wird, sondern die schon aus der geographischen Lage zu erwartende Abnahme von Funden römischer Produkte oder Waren nach dem östlichen Binnenland hin sich lediglich bestätigt, so ändert dies nichts an der Notwendigkeit, solche tendenziösen Bemerkungen zurückzuweisen. Außerdem ist es mehr als fragwürdig, die Weichselgebiete und sogar die östlich anschließenden ohne zeitliche Begrenzung einfach unter die "germanischen" zu rechnen<sup>6</sup>, wie Wheeler dies tut, indem er sie im Kapitel "Das freie Germanien" behandelt.

Behält man diese Mängel im Auge, so bleibt auch heute noch eine über weite Strecken lohnende Lektüre. Weniger bietet das Buch natürlich dem ausgesprochenen Spezialisten auf seinem jeweiligen Forschungsgebiet, durch die universale Umschau aber immerhin jedem etwas. Und von diesem Gesichtspunkt aus muß es auch beurteilt werden.

In bezug auf Germanien und die zeitweilig von Germanen besiedelten Gebiete östlich der Oder verdienen das besondere Interesse ohne weiteres die sogenannten Fürstengräber der Lübsow-Gruppe. Sie unterscheiden sich von den üblichen Brandgräbern der germanischen Eisenzeit dadurch, daß es sich vorwiegend um Erdbestattungen handelt. Von Jütland erstrecken sie sich über die dänischen Inseln die Ostseeküste entlang bis zur Weichsel, besonders massiert bei dem westpolnischen Ort Lubieszewa, nach dem dieser Typ seinen Namen erhal-

3 Vgl. Bender, Witold, Ślady osadnictwa z okresu rzymskiego odkryte w 1954 r. w Biskupinie (Spuren einer Besiedlung aus der römischen Periode, 1954 bei Biskupin entdeckt), in: Sprawozdania Archeologiczne, 2. Jg. 1956, S. 39 - 41; Kierzkowski, Kazimierz, Cmentarzysko z okresu rzymskiego w Gródku Nadbużnym, pow. Hrubieszów (Bestattungsplatz der römischen Periode bei Gródek Nadbużyny, Bez. Hrubieszów), in: ebenda, S. 61 - 64.

4 Gurba, Jan, Importy rzymskie z województwa lubelskiego (Die römischen Importe in der Wojewodschaft Lublin), in: Archeologia, 7. Jg. 1956, S. 150 - 165.

5 Gajewski, Leszek, Importy rzymskie z Igołomi (Die römischen Importe von Igołomia), in: ebenda, S. 137 - 149.

6 Vgl. Majewski, Kazimierz, a. a. O., S. 109.

ten hat. Dazu kommen nach Wheeler vereinzelte Funde im Gebiet der oberen Elbe und der oberen Oder. Von polnischen Archäologen wissen wir, daß es derartige Fürstengräber bis Kraków (Giebułtów)<sup>7</sup> hin gibt. Der Begriff "Fürstengräber" ist ziemlich willkürlich gewählt und wirft eigentlich nur ein Licht auf die für die genannten Gebiete ungewöhnlich reichen Grabbeigaben, die vorwiegend römischen Werkstätten entstammen. Sind es in Lubieszewa selbst Silberbecher, Glasschalen, bronzene Pfannen, Spiegel, Bronzescheren, Bronzekrug und Bronzeteller (S. 53), so kommen aus anderen Fürstengräbern hinzu: silberne Tafelgeschirre, Glasbecher, Bronzeeimer, Schöpflöffel usw. (S. 43). Erst in späteren Erdbestattungsgräbern des 3. und 4. Jahrhunderts aus der Umgebung von Halle und Leipzig - wegen der Bestattungsart ebenfalls als "Lübsower Fürstengräber" bezeichnet - taucht auch römische Keramik neben Silbermünzen auf (S. 55). Bis heute ist nicht klar, ob diese reichen Erdbestattungsgräber inmitten sonst ganz normaler Brandbestattungen die Gräber einer ethnographisch oder einer sozial zu bestimmenden Gruppe sind. Ihr Wert liegt darin, daß sich in ihnen naturnotwendig besser als in den Verbrennungsgräbern römische Produkte als Grabbeigaben erhalten haben.

Auch in bezug auf Nordafrika ist Wheeler nahezu ganz auf die archäologische Vorarbeit angewiesen. Somit beschränkt sich seine Aufstellung nach Afrika getauschter Produkte im wesentlichen auf die Funde im sogenannten Mausoleum von Germa (S. 105 ff.) und im Grab der Tin Hinan im Ahaggar (S. 114 ff.). Römische Keramik, italisches Obsidian, Glas und Münzen sind die Ausbeute der Forschung. Wie kamen diese Dinge hierher? Wir wissen noch nicht einmal, ob sie überhaupt Handelsobjekte waren, geschweige denn, wie sie gehandelt wurden - dasselbe Ergebnis wie bei den Beigaben der Fürstengräber.

## 2. Handelsgeschichte und Philologie

Bei der Behandlung der Küste Ostafrikas, die Wheeler als nächstes Gebiet römischer Einflußnahme aus der Fülle der Möglichkeiten herauspicks, ist er auf Grund fehlender archäologischer Beweisstücke gezwungen, dem nahezu einzigen literarischen Zeugen, dem Periplus des

<sup>7</sup> Reyman, Tadeusz, Zespół importów rzymskich z grobu ciałopalnego w Giebułtowie w pow. Krakowskim (Die römischen Importe aus dem Verbrennungsgrab von Giebułtów, Bezł. Kraków), in: Wiadomości Archeologiczne, 16. Jg. 1939 (erschienen 1948), S. 178 - 200. - Hier handelt es sich um eine der wenigen Ausnahmen von Verbrennungsgräbern in dieser Gruppe.

Erythräischen Meeres, zu vertrauen. Der Autor dieser Reiseschilderung aus dem 1. Jahrhundert u. Z. hat ganz offensichtlich selbst die afrikanische Küste entlang des Roten Meeres und des Indischen Ozeans (beide zusammen und der Persische Golf bilden für ihn das Erythräische Meer) befahren, sicher bis Sansibar, vielleicht bis zum Kap Delgado. Arabische Händler, zum Teil auf dem Handelsstützpunkt Dioskorida (der heutigen Insel Sokotra) sitzend, tauschten nach diesem Bereich an der Küste Somalias und Kenias römische Waffen, römisches Glas und Kleingegenstände, wie zum Beispiel Pfeifen, gegen einheimische Produkte wie Elfenbein, Rhinozeroshorn, Schildpatt, Palmöl und Weihrauch sowie gegen Sklaven und indischen Zimt, Waren, die in Muza, am Ausgang des Roten Meeres, nach Rom umgeschlagen wurden (vgl. S. 117 ff.). Das klingt alles recht vertrauenerweckend und auch wahrscheinlich, aber Sir Mortimers Seufzer, daß es "so gut wie keine dinglichen Beweise" dafür gibt, ist nur allzu berechtigt. Ganze 83 Münzen, davon 79 aus dem 4. Jahrhundert, die anderen vier aus den Regierungszeiten Neros, Trajans und Hadrians, waren bisher die Ausbeute sporadischer Funde (S. 118). Nun, Wheelers Hoffnung, daß "erst das Interesse ostafrikanischer Forscher auf diese Dinge gelenkt werden" muß (S. 119), dürfte sich jetzt, da die Völker und die Wissenschaftler dieser Länder ihre Freiheit und Souveränität erkämpft haben, wohl in absehbarer Zeit verwirklichen.

Auch für den Handel an der indischen Westküste steht der genannte Periplus als Quelle zur Verfügung, dessen Feststellung aber, daß der Südwest-Monsun für die Überquerung des offenen Meeres vom Roten Meer zur Indus-Mündung ausgenutzt wurde, von Plinius (S. 132) und dessen Hinweis auf römische Handelsvorrechte von Ptolemaios (S. 130) gestützt werden.

Das interessanteste Zusammentreffen von Quellen aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen tritt uns jedoch in Südindien entgegen.

### 3. Handelsgeschichte, Philologie, Archäologie und Numismatik

In der Antike umfuhren Schiffe ungern Landspitzen, weil es dort stets mehr stürmt als im offenen Meer oder unter langen Küsten. Auf Grund dieser Beobachtung untersuchte Wheeler die Verhältnisse an der Südspitze Indiens und kam dabei zu einem verblüffenden Ergebnis für den römischen Osthandel (S. 147 ff.).

In der Senke zwischen den West-Ghats und dem Kardamom-Gebirge (von den Engländern Gap = Lücke genannt), die Cranganor an der Westküste mit Ponditscherry an der Ostküste verbindet, wurden reiche Funde römischer Münzen gemacht. Die Entdeckung dieser "Münzstraße" regte zunächst an, 1937 einen Ort an der Ostküste, an dem sich antike Ruinen gefunden hatten, näher in Augenschein zu nehmen. Er erwies sich indischen und französischen Archäologen bald als reiche Fundquelle. Bei den Grabungen, die von Wheeler als "nicht allzu gründlich" (S. 149) eingeschätzt werden, wurden unter anderen italische rotglasierte Arezzogefäße, Amphoren aus Mittelmeergebieten, eine römische Lampe und eine gräco-romanische Gemme gefunden. Wheeler hat die entdeckte Stadt mit dem Ort gleichgesetzt, der im Periplus "Poduke" und von Ptolemaios "Poduke emporion" genannt wird, und es gibt wohl wirklich "keinen vernünftigen Einwand dagegen" (S. 150). So wird aber der Bericht im Periplus über die Ostküste Vorderindiens aus den numismatischen und archäologischen Funden zuverlässig, obwohl der Verfasser Ceylon nicht zu kennen, also die Südspitze nicht umfahren zu haben scheint, andererseits erhalten diese Funde durch die antike Literatur eine wesentliche Erklärung.

Weder Ptolemaios noch der Periplus kennen Hinterindien. Doch die Häufung römischer Produkte in Poduke läßt den Schluß zu, daß Waren aus der Mittelmeerwelt auch dort in reicherm Maße gefunden werden können, wenn der Befreiungskampf der dortigen Völker sich auch gegen die letzte, die amerikanische Aggression durchgesetzt haben wird, das heißt, wenn auch dort die einheimischen Wissenschaftler sich mit ihrer eigenen Vergangenheit in universalem Umfang beschäftigen können.<sup>8</sup>

Wheeler behandelt also, wie die Übersicht zeigt, nicht den Fernhandel des Römischen Reiches in Europa, Afrika und Asien. Das wollte er auch nicht. Die Behauptung ist nur ein Irrtum der deutschen Ausgabe. Was das Buch aber unter dem Aspekt des Fernhandels nachweist, ist die für die gesamte Altertumswissenschaft so dringende Notwendigkeit, die einzelnen Wissenschaftszweige zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zu bringen.

<sup>8</sup> Anfänge sind in der Demokratischen Republik Vietnam mit Überblickswerken schon gemacht, vgl. Min Tschan, Kurzer Abriß der Geschichte Vietnams, Bd. 1, Hanoi 1954 (vietn.); Dao Sjui An, Alte Geschichte Vietnams, Hanoi 1955 (vietn.).

- B l u m b e r g , Horst, Dr. rer. oec. habil., Dozent am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Hochschule für Ökonomie, Berlin.
- B ü t t n e r , Thea, Dr. phil. habil., Dozent am Afrika-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig.
- K o e h l e r , Eduard Erich, Dr. phil., Leipzig.
- K r e i ß i g , Heinz, Dr. phil., Leiter der Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeschichte des Altertums am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- L e w i n , Günter, Dipl.-Sinologe, Ostasiatisches Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig.
- M a c z a k , Antoni, Dr., Dozent für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Historischen Institut der Universität Warschau.
- M o h r m a n n , Heinz, Professor mit Lehrstuhl an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und Prorektor der Humboldt-Universität zu Berlin.
- N a r w e l e i t , Gerhard, Dipl.-Geograph, Wissenschaftlicher Assistent, Abteilung Geographische Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- N e e f , Wolfgang, Dipl.-Sinologe, Wissenschaftlicher Assistent, Abteilung Geographische Wirtschaftsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

R a d a n d t , Hans, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Betriebsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

S e i d l , Helmut, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Abteilung Betriebsgeschichte am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

T ö p f e r , Bernhard, Prof. Dr. phil. habil., Leiter der Abteilung Mittelalter am Institut für allgemeine Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin.

W e l s k o p f , Elisabeth Charlotte, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

*R. Berthold*

Modell einer agraren Betriebsgeschichte

*R. Czollek/D. Eichholtz*

Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion. Aufbau und Zielsetzung des staatsmonopolistischen Apparats für den faschistischen Beute- und Vernichtungskrieg

*Ph. S. Foner*

Karl Liebknecht in den Vereinigten Staaten.

Eine dokumentarische Studie

*K. Gossweiler*

Die Krise der faschistischen "Arbeitsbeschaffung" im Frühjahr und Sommer 1934

*H. Grienig*

Soziale und ökonomische Widersprüche in der Landwirtschaft Ägyptens, Syriens und des Irak vor Einführung der Agrarreformen

*H. Handke*

Eine neue Etappe in der Zusammenarbeit zwischen den kubanischen und deutschen Wirtschaftshistorikern. Zweiter Bericht über die Tätigkeit der deutsch-kubanischen Wirtschaftshistorikergruppe

*G. Helling*

Berechnung vergleichbarer Indizes der Agrarproduktion entwickelter kapitalistischer Länder im 19. Jahrhundert

*E. J. Hobsbawm*

Soziale Bewegungen und Kämpfe auf dem Lande in England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

*J. Kahk*

Zu den Hauptproblemen der Krise des Feudalsystems in Estland im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts

*K. Lärmer*

Ökonomie und Politik - Aspekte der Investitionspolitik der American & Foreign Power Company Inc. in Kuba und Lateinamerika in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts

*H. Mottek*

Die Wahl der richtigen Technik und die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern

*K. H. Niebyl*

Über die Natur des griechischen Denkens und seine Beziehung zur Struktur der altgriechischen Gesellschaft

*H. Nussbaum*

Versuche zur Überführung der deutschen Elektrizitätswirtschaft in Reichseigentum in den Jahren 1911 bis 1914

*V. Pazdernik*

Wirtschafts- und Rechtsfragen in Homers Gedichten

*H. Radandt*

Neue Aspekte der Betriebsgeschichtsschreibung

*S. I. Tjul'panov*

Der staatliche Sektor als zentrale Kategorie der Ökonomik der Entwicklungsländer

*R. Wimmer*

Die staatsmonopolistische Orientierung und Ausbildung der Kommunalwirtschaft Berlins unter Oberbürgermeister Gustav Böß (1921 bis 1929)

*R. Zeise*

Zur sozialen Struktur und zur Lage der Volksmassen auf dem Lande am Vorabend der Revolution von 1848/49 in Sachsen

## BERICHT ÜBER DEN STAND DER „GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER“

Bisher sind erschienen:

BÄNDE 1 bis 6, die eine Geschichte der deutschen Gesellschaft (Produktivkräfte, Basis, Überbau) in den Jahren 1789 bis 1945 geben, und BÄNDE 7a und 7b, die Westdeutschland behandeln. Ferner sind als "Studien- und Dokumentenbände" zu den BÄNDEN 1 bis 6 erschienen die BÄNDE 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 und 18. Die BÄNDE 11, 12 und 15 enthalten eine Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland von 1826 bis 1945, die BÄNDE 14 und 16 eine Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, BAND 18 gibt eine Geschichte der Lage der arbeitenden Frau. Ferner sind erschienen die BÄNDE 22 bis 28, die die Geschichte der Lage der Arbeiter in England und im englischen Kolonialreich behandeln, sowie die BÄNDE 29 und 30 über die Lage der Arbeiter in den USA und die BÄNDE 32 und 33 über die Lage der Arbeiter in Frankreich und BAND 37, der die Weltwirtschaft und die Weltlage der Arbeiter behandelt.

Im Verlaufe des Jahres 1968 erscheinen die BÄNDE 31 und 34 (Studien- und Dokumentenbände zur Geschichte der Lage der Arbeiter in den USA wie in Frankreich), der BAND 36, der die Theorie der Lage der Arbeiter behandelt, sowie die BÄNDE 19 und 20, die eine Geschichte der Lage des arbeitenden Kindes geben.

Die restlichen Bände werden 1969 erscheinen.

Jürgen Kuczynski